

**Ernst
Lemmer** **Manches
war
doch
anders**



Scheffler



Ernst Lemmer

Manches war doch anders

Erinnerungen eines deutschen Demokraten

Ernst Lemmer meldet sich zum Wort — ein Politiker, der immer dabei war, wenn es in den letzten Jahrzehnten um deutsche Schicksalsfragen ging. 1898 in Remscheid geboren, nennt er sich „einen Berliner aus tiefer Passion“. Mit 16 Jahren Kriegsfreiwilliger, mit 20 Jahren als Leutnant Teilnehmer beim Rätekongreß, aus dem die Republik von Weimar emporwuchs; Student in Marburg, Generalsekretär der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften; 1924 jüngster Abgeordneter im Reichstag für den Wahlkreis Pommern, gehörte er zu den letzten fünf Demokraten, denen Göring im Sommer 1935, trotz der Wiederwahl im März, das Reichstagsmandat widerrechtlich entzog. Es folgte ein Leben im Schatten, das ihm dennoch als Korrespondent ausländischer Blätter einen Blick auf die wirklichen Vorgänge erlaubte. Den Verhaftungen um den 20. Juli entging er wie durch ein Wunder. Nach dem Zusammenbruch Mitgründer der CDU in Berlin, oft im Gegensatz zu Adenauer, dennoch in gegenseitigem Respekt mit ihm verbunden, mehrfach Bundesminister in den Kabinetten Adenauer und Erhard. Als Abgeordneter des Bundestages mit der längsten parlamentarischen Praxis wird Ernst Lemmer von den Politikern aller Parteien hoch geachtet. Nicht nur im Weimarer wie im NS-Staat bewies er

in so manchen Situationen „Mannesmut vor Königsthronen“, wie seine Freunde sagen, er zeigte ihn auch später vor den Sowjets in Berlin-Karlhorst, denen er sich zusammen mit Jakob Kaiser widersetzte, als die Spaltungspläne der Kommunisten offenkundig wurden. Seine Popularität ist groß. Er zögert nicht, das Wort zu ergreifen, wenn es um unbequeme Dinge geht. Denn er hat die Erfahrung einer Generation, die in zwei Weltkriegen geprüft und der es auferlegt wurde, aus den Ruinen Deutschlands ein neues Staatswesen zu schaffen, in dem das Leben wieder lebenswert sein sollte. Daß manches dabei anders war, als es die Legende zu spinnen suchte, berichtet Ernst Lemmer in schlichter Sprache als Kronzeuge einer tragischen Epoche deutschen Schicksals.

Scheffler

Mit 16 Bildtafeln
Vorderes Umschlagfoto von Sven Simon

Alle Rechte vorbehalten
© 1968 Verlag Heinrich Scheffler, Frankfurt am Main
Satz und Druck bei Poeschel & Schulz-Schomburgk, Eschwege
Bindearbeiten von Fritz Wochner, Möhringen
Printed in Germany 1968

Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

Inhalt

Heimat auf rauhen Bergen 7 • Politik von Kindheit an 11 • Junge mit Tornister 14 • Baltendeutsche Tragödie 16 • Zwischen den Linien 20 • Was Mut ist 23 • Bei Arras 25 • Unter Freunden und Gegnern 27 • Ein stilles Gebet 30 • Der Zusammenbruch 32 • Zwischen Meuterern und Stabsoffizieren 35 • Der General und die Republik 41 • Beim Rätekongress in Berlin 44 • Nach zwei Katastrophen 51 • Der Student und die Politik 53 • Um den Kapp-Putsch 62 • Die republikanischen Zeitfreiwilligen von Marburg 67 • Unruhen in Thüringen 72 • Die Morde von Mechterstedt 74 • Polizei vor der Haustür 78 • Eine Forderung zum Duell 82 • Die Gefährtin meines Lebens 84 • Generalsekretär der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften 86 • Walther Rathenau 91 • Ruhrkampf und Arbeitskämpfe 100 • Rapallo 104 • Junger Mann im Reichstag 108 • Begegnung mit Paul von Hindenburg 111 • Abgeordneter für Pommern 115 • Ein finnisches Krebsessen 120 • Paul Lobes langer Weg 122 • Eine Stippvisite in die Neue Welt 125 • Grosser Durst und kleine Cocktails 131 • Jahre der Entspannung – Stresemann 135 • Wirbel um den Panzerkreuzer «A» 139 • Vor der Krise 147 • Die Ära Brüning 149 • Parlament mit Würde – trotzdem 155 • Das Kabinett der Barone 159 • Reichswehr und Gewerkschaften 165 • Der 30. Januar 1933 168 • Das Ermächtigungsgesetz und fünf Demokraten 170 • Das Scheitern der Republik 177 • Emigration – oder nicht? 184 • Der Reichstagsbrand-Prozess 185 • Der Kampf gegen die Kirchen 189 • Männer von gestern 194 • Der Weg nach München 197 • Der Pakt mit dem Kreml 201 • Hjalmar Schacht 202 • Der Überfall auf die Sowjetunion 203 • Auslandskorrespondent im Zweiten Weltkrieg 206 • Goebbels und der totale Krieg 210 • Vor und nach dem 20. Juli 1944 213 • Das Ende unter Trümmern 218 • «Bürgermeister oder Tod» 220 • Hungersnot im Niemandsland 223 • Bersarin und die «Trümmerfrauen» von Ber-

lin 228 • Ein K.o. im dunklen Walde 232 • Die neuen Herrscher 236 • Oberst Tulpanow 238 • Die Westalliierten in Berlin 244 • Walter Ulbricht 245 • Demokratie und Volksdemokratie 250 • Die Gründung der CDU 252 • «Uralfeste» 259 • Otto Grotewohl und die SED 264 • Erste Kontakte nach dem Westen 271 • Fragen nach der Oder-Neisse-Grenze 272 • Eine Niederlage der SED im Brandenburger Landtag 276 • Gewerkschaften in Ost und West 279 • Kurt Schumacher 283 • Die historische CDU-Tagung in Königstein 287 • Geschichtliche Fragen 293 • Konrad Adenauer und Karl der Grosse 295 • Das Zerwürfnis zwischen den Siegermächten 298 • Eine nationale «Repräsentanz» 301 • Der Bruch 310 • Dertinger und Nuschke 314 • Zum letztenmal bei Tulpanow 316 • Nachts beim NKWD 319 • Abschied von Klein-Machnow 322 • Neubeginn in Freiheit 325 • Ernst Reuter 328 • Abgeordneter in Bonn 330 • Die Exil-CDU 333 • Adenauer und Heuss 335 • Gustav Heinemann 342 • Willy Brandt 342 • Ludwig Rosenberg 344 • Der grösste Deutsche 345 • Ein knapper Wahlerntscheid 347 • Das erste Ministeramt 350 • Minister für Gesamtdeutsche Fragen 357 • Die Tonband-Panne 361 • Eine Skatrunde mit der SED 365 • Im Auto durch die Zone 366 • Der Strom der Flüchtlinge 369 • Die Mauer 371 • Berlin – Stadt des Schicksals 376 • Minister für Vertriebene und Flüchtlinge 378 • Kabinettsitzung unter Adenauer und Erhard 379 • Der Reichstag und der Bundestag 381 • Politik und Kompromiss 385 • Rückblick und Ausblick 384 • Nachwort 390 • Namenverzeichnis 393 • Abbildungen 399 • Bildernachweise 400 •

Heimat auf rauhen Bergen

WER GEFRAGT WIRD, woher er stamme und die Antwort geben muss, er komme aus dem Bergischen Land, der hat es nicht leicht: Viele wissen überhaupt nicht, wo das liegt, und wer davon eine Ahnung hat, ist nicht sicher, ob er nun einen Rheinländer oder einen Westfalen vor sich hat. Bei den Ortsnamen Wuppertal, Remscheid oder Solingen verhält es sich freilich anders; in welcher Gegend sie liegen, weiss jedermann. Nur ist der Name dieser Gegend – eben das Bergische Land – kein weithin bekannter Begriff.

Es ist das Land auf den mittelhohen Bergen zwischen Sauerland und Westerwald, das ein ziemlich rauhes Klima hat, wo es häufig regnet und die Bevölkerung recht abgehärtet wirkt. Wer als Sohn des Bergischen Landes definieren soll, ob er ein Rheinländer oder ein Westfale sei, gerät in Schwierigkeiten. Die bergischen Menschen vereinen Charaktereigenschaften der Rheinländer – also der Franken – und solche der Westfalen – also der Niedersachsen – in sich. Diese Mischung hat zu einer besonderen Prägung geführt. Den bergischen Menschen wird nachgesagt, sie seien einerseits ungewöhnlich rege (anders wäre ja wohl auch kaum der Exportkaufmann aus Remscheid oder Solingen zu einer in aller Welt bekannten Erscheinung geworden), andererseits jedoch beklagt man sich über den bergischen Dickschädel. Ich weiss nicht, ob diese Charakterisierung auch auf mich zutrifft. Ich fühle mich meiner Herkunft nach als Rheinländer und als Westfale. Beide Landschaften sind meine seelische Heimat.

Der bergische Dickschädel hat vielleicht erst im neunzehnten Jahrhundert in der Öffentlichkeit von sich reden gemacht, als sich zeigte, dass die Bürger auf den bergischen Höhen eigentlich jeder Obrigkeit gegenüber Widerspruchsgeist bekundeten. Kein Geringerer als Kaiser Wilhelm n. musste dies am eigenen Leibe erfahren, und zwar um die Jahrhundertwende, als es galt, die Müngstener Brücke festlich einzuwei-

hen, die Remscheid und Solingen über die Wupper hinweg miteinander verbindet. Die Honoratioren beider Städte – so berichtete mir mein Vater – waren natürlich vollzählig erschienen. Es gab den üblichen Menschauflauf und das Gedränge der Schaulustigen, die ein grosses Spektakel erwarteten. Doch eine betrübliche Tatsache liess sich ungeachtet des feierlichen Aufzuges nicht verbergen: nicht nur in der Arbeiterschaft, nein, auch in der gutsituierten Bürgerschaft war eine deutliche Distanz gegenüber dem Kaiser zu spüren.

Wohl waren die Bergischen allezeit Patrioten, wohl fühlten sie sich bis zu einem gewissen Grade auch als Preussen – aber Bürokratie und gar ein Herrscher von «Gottes Gnaden» ... gegen derlei hatten sie schon aus religiösen Gründen eine tiefe Abneigung. Kaiser Wilhelm n. soll recht betreten gewesen sein, schliesslich war er ganz andere Empfänge gewöhnt; Jubel und Trara blieben bei seiner Visite im Bergischen Land auf ein Minimum beschränkt. Noch heute höre ich über einen nahen Verwandten mütterlicherseits, der laut schimpfend seiner Frau befahl, die grünen Fensterläden an der Brüderstrasse zu schliessen, bevor der Kaiser mit seinem Gefolge am Haus vorüberfuhr. Es erregte auch Aufsehen, dass ein Remscheider, der Inhaber einer kleinen Feilenfabrik war, sich in aller Herrgottsfrühe an seinen Amboss stellte, um auf seine Weise gegen das kaiserliche Gepränge zu protestieren. In weiten Kreisen der Bevölkerung wurde darüber gelacht. Die Remscheider und Solinger, weniger die Wuppertaler (die sich bereits von den Menschen auf den Höhen unterschieden), nahmen es keineswegs tragisch, wenn ihnen später in vorwurfsvollem Ton mitgeteilt wurde, Wilhelm n. habe wohl zum ersten- und letztenmal ihr Land besucht.

Mein ganzes Leben lang blieb das majestätische Bild meiner Vaterstadt Remscheid hoch auf dem Berg meinem Gedächtnis eingegraben. Die drastische Sprache der bergischen Menschen hat es auch mir ange-
tan, so dass ich später in politischen Fragen nicht immer ohne unangenehme Folgen mich dieser herben Ausdrucksweise bedient habe. Worauf die Eigenart der bergischen Menschen zurückzuführen ist, die anders sind als die Bewohner der Nachbargebiete, also nicht dem Typus des Rheinländers und dem des Westfalen entsprechen, das muss eine historische Ursache haben. Dieses Volk an der Wupper hat immer im Widerspruch zu den Herren seiner Nachbarschaft gestanden. Der Kurfürst, der Erzbischof von Köln, musste am Anfang dieses Jahrtausends viele Fehden austragen, um sich die Herzöge von Berg unter-

tänig zu machen, die stets ihren treuen Landsleuten vertrauen durften. Auch vom Westfälischen her hat es im Laufe der Jahrhunderte nicht an Versuchen gefehlt, das Bergische Land nach dem Westen hin an die Rheinländer und im Osten an die Westfalen anzupassen. Seiner Bevölkerungsstruktur nach ist dieses Land weder rheinisch noch westfälisch. Es fällt diesen Menschen viel leichter, nein als ja zu sagen.

Auch die Religiosität hindert sie nicht daran, mitunter ihrem Schöpfer zu grollen, wenn sie glauben, sie seien von ihm nicht genügend beachtet worden. Der staatlichen Entwicklung nach Auflösung des Herzogtums Berg standen die Bergischen vorwiegend oppositionell gegenüber. Wie weit das gehen konnte, hat mir auf einer Bahnfahrt ein früherer Oberbürgermeister Remscheids und späterer Oberbürgermeister von Duisburg, der in der Weimarer Republik bekannt gewordene Dr. Karl Jarres, erzählt. Er war Mitglied des Preussischen Staatsrats, ich Reichstagsabgeordneter. Während einer Fahrt vom Rhein zur Spree meinte er lächelnd, eigentlich seien wir beide ja tödlich miteinander verfeindet. Ich war ganz betroffen und fragte ihn:

«Ja, wieso denn das? Ich habe Ihnen doch nie etwas getan.»

«Sie nicht», erwiderte er beschwichtigend, «aber denken Sie doch an Ihren Grossvater! Das war der Mann, der die Karriere mancher Oberbürgermeister beinahe verdorben hätte, weil sie eine Zeitlang in ihrer Stadtverordnetenversammlung die Regierungsvorlagen nicht reibungslos durchsetzen konnten.»

«Und warum nicht?» fragte ich interessiert.

Dr. Jarres setzte mir die Zusammenhänge auseinander:

«Wir hatten neben einer sehr radikalen sozialdemokratischen Fraktion, für die sich die Wähler der Dritten Klasse entschieden hatten, die liberale Zweite Klasse, und die wurde von Ihrem Grossvater völlig beherrscht. In ihrem Widerspruchsgeist gegen alles, was aus Berlin kam, übertraf sie die Sozialdemokraten bei Weitem. Selbst die vernünftigsten Vorlagen, die sogar die Zustimmung der radikalen Sozis fanden, stiessen auf den Protest Ihres Grossvaters, der einmal den Abgeordneten der Dritten Klasse höhnisch zurief: ‚Ihr seid mir schöne Sozialdemokraten!‘»

Das Resultat dieser Starrköpfigkeit war, dass oft die dringendsten Anträge durchfielen, weil die Stadtverordneten der Dritten und der Zweiten Klasse natürlich eine grosse Mehrheit hatten. Aus dieser Haltung spricht das Wesen der Bewohner des Bergischen Landes. Andererseits

jedoch darf nicht verschwiegen werden, dass sie auch als absolut zuverlässig galten, sobald sie einmal ja gesagt hatten. Weil ihnen ein Ja so furchtbar schwerfällt, nehmen sie es dann auch umso ernster. Dies ist nun weniger ein Zug rheinischen als westfälischen oder niedersächsischen Wesens.

Dieser oppositionelle Geist erklärt, weshalb die sozialistische Arbeiterbewegung in der Kaiserzeit und auch später sprichwörtlich radikal war. Die Sozialdemokraten in Wuppertal und in der Rheinebene waren von anderer Art. Deshalb konnte die von der Sozialdemokratie nach links abgesplitterte Unabhängige Sozialdemokratie (USPD) gerade in Remscheid und Solingen stärksten Anklang finden, so dass der gemässigte Flügel zwischen 1918 und 1933 dort so gut wie gar keine Rolle gespielt hat; die Unabhängigen Sozialdemokraten sollten später Kommunisten werden; Remscheid und Solingen wurden «Bergisch-Moskau» genannt. Dies hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg allerdings wesentlich geändert. Im Bergischen Land hat der Kommunismus, hinter dem einst nahezu geschlossen die Arbeiterschaft stand, nicht wieder Fuss fassen können.

Im sogenannten Bürgertum sah es nicht viel anders aus. Die politische Rechte, also die Konservativen und ihnen verbundene Gruppen, haben niemals viel zu sagen gehabt. Die «Bürgerlichen» wählten linksliberal. In allen Wahlentscheidungen der Wilhelminischen Zeit ging es darum, ob ein radikaler Sozialdemokrat oder ein Linksliberaler das Rennen machen würde. Auch in der Kirchenpolitik standen die Bergischen oft in der Opposition, besonders aber zu dem früheren königlich-preussischen Konsistorium in Berlin. Theologen wie der Kölner Pfarrer Jatho oder der Dortmunder Geistliche Dr. Traub feierten im Bergischen Triumphe und fanden hier ihren stärksten Rückhalt.

Die radikale Grundstimmung der Menschen aller Schichten dürfte auf ihre sehr bewusste Individualität zurückzuführen sein. Ob Arbeiter, ob Bürger – man fühlte sich eigenständig. Was die Sozialisten betrifft, so ist diese Deutung nur scheinbar paradox, denn die aus politischen und gefühlsmässigen Gründen radikalen Arbeiter, die in grosser Zahl ein eigenes Häuschen besaßen, betrachteten sich durchweg als Persönlichkeiten.

Zu der inneren Widersprüchlichkeit der bergischen Menschen gehört auch, dass ihre Gastfreundschaft herzlicher und grosszügiger nicht denkbar wäre. Wer in ein bergisches Haus kam, wurde wie ein Juwel be-

handelt. Das führte oft zu Irrtümern, denn auf solch hochherzige Weise bewirtete Gäste glaubten, dass es ihnen nicht schwerfallen werde, im Bergischen Land heimisch zu werden. Nicht dem Gast, aber dem fremden Zuwanderer stand der bergische Mensch viele, viele Jahre, manchmal jahrzehntelang mit inneren Vorbehalten gegenüber. Man empfand sie als Eindringlinge, die nicht zur grossen Familie zählten. Dadurch entstand das Wort von den «Hergeloopenen», was nicht verächtlich gemeint WEIT; es sollte nur deutlich unterstreichen, dass der Neubürger eben von woanders herkam und dass seine Wiege nicht auf bergischer Erde gestanden hatte.

Politik von Kindheit an

MEINE KINDHEIT und Jugend waren schwer. Schon früh rebellierte ich gegen das Fassadenhafte der Wilhelminischen Epoche. Kasten- und Klassengeist waren mir zuwider. Auf den Bergen zwischen der Wupper wehte der Wind der Freiheit. In der Frankfurter Nationalversammlung von 1848-1849 war das Bergische Land mit seinen eigenwillig-stolzen Menschen durch Ernst Moritz Arndt vertreten worden.

Väterlicherseits wie mütterlicherseits war meine Verwandtschaft weitverzweigt. Nach dem jähen Tod meiner Mutter am 30. November 1903 war ich, erst fünfjährig, schon in vielem auf mich allein gestellt. Mit meinem Vater, der im Jahre 1926 starb, verband mich eine innige Zuneigung. Seine letzte grosse Lebensfreude war meine Wahl in den Reichstag am 7. Dezember 1924.

Ich entstamme einer Familie, die ihren Ursprung in den Niederlanden und in Flandern hat. Meine Vorfahren, die sich zum evangelischen Glauben bekannten, flohen im sechzehnten Jahrhundert vor der Schreckensherrschaft Albas an den Niederrhein; sie waren aber Lutheraner, keine Calvinisten. Den Namen Lemmer trägt ein kleines Städtchen an der Zuidersee, das meine Kinder einmal besucht haben. Die Familie Lemmer hat sich mittlerweile vielfach verästelt und lebt teils im Rheinischen, teils im Hessischen.

Meine Vorfahren gehörten zum liberalen Bürgertum; sie waren Apotheker, Ärzte, Pastoren oder Kaufleute. Mein Grossvater väterlicherseits war Exportkaufmann, der meiner Mutter betrieb eine Hammer Schmiede in Remscheid. Diese Stadt war weltoffen; sie musste ja

Märkte suchen für ihre kleine Stahlindustrie, und diese Märkte lagen in Kanada, Nordamerika, Nordafrika, im Orient, in Russland, in Ostasien. Die Feilen, Hämmer, Sägen und Werkzeuge aller Art aus Remscheid wurden so bekannt wie die Messer und Stahlerzeugnisse des benachbarten Solingen.

Diese Exportkaufleute waren liberal-fromm eingestellt. Ich war Mitglied der Jugendbewegung, des «Wandervogel» wie des «Bibelkränzchen». Meine Mutter muss eine grossartige und warmherzige Frau gewesen sein. Der Existenzkampf meines Vaters war aufreibend, er konnte sich nur wenig um uns Kinder kümmern; er war Bauunternehmer und trug schwer an seinen Mühen und Sorgen. Nach einigen Jahren heiratete er ein zweites Mal. Zu dieser Frau konnte ich verständlicherweise ein nicht so enges Verhältnis wie zu meiner leiblichen Mutter finden, doch war sie gutmütig und liebevoll, hatte indessen bald selber ein Kind: meinen jüngeren Bruder Alfred, den sie abgöttisch liebte. So war ich schon als Kind weitgehend auf mich selbst angewiesen und musste meinen Weg ins Leben meist allein suchen. Mein Bruder Ludwig war sieben Jahre älter als ich, also beim Tod unserer Mutter bereits zwölf Jahre alt gewesen, und hatte es ein wenig leichter. Im Jahre 1915 verliess ich mein Elternhaus.

Schon als Knabe habe ich mich für Politik interessiert. Mit neun Jahren verteilte ich Stimmzettel für den liberalen Kandidaten zur Reichstagswahl. Während der Versammlungen hielt ich mich auf der Empore versteckt, damit mich niemand sehen konnte, denn Schülern war die Teilnahme an politischen Veranstaltungen untersagt. In der Volksschule hatte ich einen Lehrer namens Drescher, der mich gern mochte und meine geistige Regsamkeit zu fördern wusste. Er war ein zurückhaltender, gewissenhafter Mann mit grosser pädagogischer Begabung. Ihm verdanke ich die elementare Grundlage meiner Schulbildung.

Bei den Reichstagswahlen 1907, als ich im dritten oder vierten Schuljahr war, liess uns dieser Lehrer Drescher «Reichstagswahlen» spielen. Ein kleiner Junge, dessen Vater überzeugter Sozialdemokrat war und deshalb der ‚Linke Kandidat Meist‘ genannt wurde, musste den Sozi spielen; ich wurde zum Kandidaten der Freisinnigen ernannt, vertrat also gewissermassen den Professor Richard Eickhoff, meinen verehrten Professor am Gymnasium; ein anderer Junge agierte als Kandidat der Konservativen Partei und so fort. Der Lehrer sah hinter jedem seiner Schüler das Elternhaus. Ich empfand es als grosse Auszeichnung, dass

ich einen richtigen Reichstagskandidaten darstellen durfte und dass wir ein paar Worte krähen konnten, die Wahlreden ersetzten. Unser Lehrer wollte der Klasse klarmachen, was Wahlen eigentlich bedeuten. Aus dieser Spielwahl ging ich übrigens als Sieger hervor, ohne dass eine Stichwahl erforderlich gewesen wäre. Ich hatte zwei Drittel aller Stimmen erhalten; alle, Buben und Mädchen, mussten geheim abstimmen. Wie war ich stolz damals! So wurde ich also zum erstenmal «Reichstagsabgeordneter».

ES WAR in den ersten Julitagen des Jahres 1914. Bei drückender Schwüle sassen sechzehn Obersekundaner über einem Klassenaufsatz, der das gewichtige Thema hatte:

«Der Krieg ist schrecklich wie des Himmels Plagen, doch er ist gut, ist ein Geschick wie sie.» [«Wallensteins Tod», 11. Aufzug, 2. Auftritt]

In meinem Lieblingsfach Deutsch schnitt ich stets gut ab. Nur selten bekam ich eine schlechtere Note als gut. Dieser Aufsatz aber wurde mir eine Woche später mit folgendem Rotstiftverdikt zurückgegeben: «Nach Stil, Aufbau und Gedankenführung ‚gut‘; die Auffassung zum Thema ist eine Enttäuschung, deshalb nur ‚genügend‘.»

Diese Zensur wurde noch mündlich von meinem Deutschlehrer mit der Bemerkung begründet, dass ich als einer der wenigen unter den sechzehn Schülern zu gänzlich abwegigen Schlüssen gekommen sei. Ich hatte in meinem Aufsatz nämlich geschrieben, dass ein Krieg niemals ein Geschenk, sondern bestenfalls eine Strafe des Himmels sein könne. Zu diesem Urteil war ich nach Lektüre der Zeitungsberichte über den Balkankrieg 1912-1913 mit all seinen Greueln gelangt. Meine Klassenkameraden dagegen hatten überwiegend das Wohlgefallen des Lehrers dadurch hervorgerufen, dass sie den Krieg feierten als grosses Erlebnis zur Ertüchtigung, zur moralischen und sittlichen Erneuerung eines Volkes.

Drei Wochen später brach der Erste Weltkrieg aus. Von den sechzehn Obersekundanern unserer Schule meldete sich nur einer als Kriegsfreiwilliger. Und das war eben jener, der den Krieg als «Geschick des Himmels» ablehnte. Die übrigen blieben zu Hause; erst im Frühjahr 1917 bin ich dem einen oder andern an der Front begegnet. Für mich war der Entschluss, als Kriegsfreiwilliger in die Armee einzutreten, eine Selbstverständlichkeit: Das Vaterland war in Not und Gefahr. So war diese Entscheidung die erste bewusste Handlung des jungen Staatsbür-

gers – und der erste Schritt zur Politik. Ich ging nicht aus romantischer Gefühlsduselei unter die Waffen, sondern im Wissen um all das Schwere, das sich daraus für mich ergeben würde.

Wenn ich auch erst einige Monate später wirklich eingestellt wurde, so blieb doch für mein ganzes Leben bestimmend, dass ich diesen Entschluss am 1. August 1914 gefasst hatte. Ich musste voraussehen, dass der Kriegseinsatz mich Angehörigen eines Volkes entgegenstellen würde, für das ich eine grosse Zuneigung empfand. Während der grossen Sommerferien des Jahres 1913 nämlich war ich im Rahmen des deutsch-französischen Schüleraustausches auf Anregung meines Vaters in Frankreich gewesen; es war die erste grosse Fahrt meines Lebens. Bei einer Familie Alexandre, die in der Industriegemeinde Le Val d'Ajol bei Epinal lebte, hatte ich eine herzliche Aufnahme gefunden. Der etwa gleichaltrige Sohn der Familie Alexandre war in meinem Remscheider Elternhaus. Einige tausend junge Menschen aus Deutschland und Frankreich verlebten damals einige Wochen im Nachbarland und erfuhren, dass diese Ausländer genau so Menschen waren wie sie selber. Wären es doch bloss Hunderttausende gewesen! Die Berührung mit dem französischen Volk aller Schichten hat meine Zuneigung zu Frankreich für mein ganzes Leben bestimmt. Ich erlebte Menschen, nichts als Menschen – hüben wie drüben. Während dieser Zeit gab es zwei bedeutsame Geschehnisse, die in der französischen Familie freimütig mit mir erörtert wurden: den Tod des deutschen Sozialistenführers August Bebel und den sensationellen Konflikt zwischen Verwaltung und Militär in der unterelsässischen Stadt Zabern – die sogenannte Zabern-Affäre, die soviel böses Blut gemacht hat.

Junge mit Tornister

ICH MELDETE MICH also freiwillig, doch man schickte mich zunächst wieder nach Hause, da ich ein Einwilligungsschreiben meines Vaters benötigte. Der Vater gab mir seine Zustimmung, weswegen ihm Tante Hulda, eine Schwester meiner Mutter, die bittersten Vorwürfe machte. Sie weinte und fragte ihn, wie er etwas Derartiges denn verantworten könne, ich gehörte doch schliesslich noch in die Schule. Aber Tante Hulda vermochte nichts auszurichten. Die Militärbehörden lehnten mich jedoch dreimal hintereinander ab, weil ich mit meinen sechzehn

Jahren und drei Monaten noch nicht erwachsen genug sei. Anfang März 1915 klappte es dann – ich war noch keine siebzehn Jahre alt.

Als ich in Köln ausrückte, bepackt mit Helm, sechs Patronentaschen zu je zwanzig Schuss und Tornister, glaubte ich umzufallen, so schwer war das Gewicht, das auf meinen noch immer recht schmalen Schultern lastete. Damals, im Ersten Weltkrieg, waren die körperlichen Strapazen des Einzelnen ja noch viel grösser als im Zweiten Weltkrieg; wir Infanteristen haben die ganzen Jahre hindurch unser Gepäck schleppen müssen, erst vom Vizefeldwebel an aufwärts gab es «Marscherleichterung».

Nach ein paar Tagen harter Ausbildung bekam ich Fieber. Zum Glück hatte ich einen gütigen Unteroffizier, Briefträger von Beruf, der tröstlich zu mir sagte:

«Pass auf, du bist so etwas nicht gewöhnt. Morgens um fünf aufstehen und eine Felddienstübung zu machen, ist noch zuviel für dich.»

Nach vierzehn Tagen stellte sich denn auch in der Tat die Krise ein: Mit Schüttelfrost musste ich ins Revier gebracht werden. Ein paar Tage lang blieb ich krank geschrieben. Ich biss die Zähne zusammen, denn Kameraden – sie waren allesamt älter als ich – hatten mich verhöhnt: «Du solltest lieber daheim bleiben und Milch trinken. Was hast du eigentlich hier verloren? Du bist ja noch nicht trocken hinter den Ohren.»

Ich dachte mir im Stillen: euch werde ich keine Blösse zeigen, wartet nur mal ab. Und obwohl das Fieber noch immer nicht ganz abgeklungen war, machte ich bald wieder Dienst. Der Unteroffizier empfing mich mit den lobenden Worten:

«Jetzt haben Sie das Schlimmste durchgestanden. Ich gratuliere. Sie werden Ihr ganzes Leben davon etwas haben.»

Er hatte «Sie» gesagt. Jetzt also wurde ich für voll genommen. Aber erst bei den Strapazen, die nun folgen sollten, habe ich erkannt, was der Mensch alles durchstehen kann, wenn er nur will. Ich gab mir alle Mühe, ja nicht schlappzumachen.

MEIN REGIMENT, das Reserve-Infanterieregiment 256, Detmold, das im Verband des VII. Westfälischen Armeekorps stand, nahm teil an der grossen Offensive, die im Hochsommer 1915 an der russisch-ostpreussischen Grenze begann und bis zum Frosteinbruch im November andauerte. Sie verlief über Suwalki und Kowno in Richtung Dünaburg.

Wir wurden indessen auf Wilna zurückgeworfen, ehe wir die Winterstellung beziehen konnten. In den Stollen und Schützengräben hausten wir wie die Urmenschen. Bei diesen Gefechten legten wir in Hitze, Staub und Dreck der westpolnischen und litauischen Landwege unerhört anstrengende Märsche zurück. Von meiner Kompanie, die mehr als hundertfünfzig Mann Gefechtsstärke hatte, blieb fast die Hälfte im Graben liegen und konnte nicht mehr weiter. Ich habe diesen ganzen Vor- und Rückmarsch durchgestanden, denn ich war bald ein zäher Bursche geworden.

Mit den erst im Krieg aufgekommenen, dann immer weiter zum wirklichen Nahkampfmittel entwickelten «Schleuderminen» muss ich von Anfang an in irgendeiner seltsamen Beziehung gestanden haben. Ich wurde ein wahrer Meister bei ihrer Anwendung. Im Spätfrühling 1916 wurde mir vor Dünaburg dennoch eine russische Mine geradezu vor die Nase gesetzt, obwohl ich im Ausweichen vor den mit blossem Auge erkennbar fallenden Minen gleichfalls viel Routine gewonnen hatte. Diesmal aber hatte ich nicht aufgepasst und erlitt Wunden an beiden Füßen unter grossem Blutverlust.

Baltendeutsche Tragödie

EIN TRAGISCHES ERLEBNIS an der Front von Dünaburg zu Ende des Winters 1916 habe ich bis zum heutigen Tage nicht vergessen können.

Die russischen Soldaten des Ersten Weltkrieges waren mit den Rotarmisten der Sowjetunion nicht zu vergleichen: Von Anfang an waren sie kriegsmüde, was bei der Struktur des feudalistischen Zarenreiches nicht weiter verwundern konnte. Über das Eis des vor uns liegenden Medumsees waren noch nie Angriffe gegen unsere Winterstellung vorgetragen worden. Plötzlich aber brach eines Nachts ein Stosstrupp der Russen in Stärke von zwanzig bis dreissig Mann in unsere vorderen Linien ein, und jetzt ging es um Leben und Tod. Ich war damals Unteroffizier und hatte Grabendienst. Alle fünf Minuten gingen unsere Leuchtkegel hoch, die das Vorfeld hell erleuchteten.

Die Russen aber krochen unaufhaltsam näher heran. Vor unserem Stacheldrahthindernis mussten sie sich aufrichten, um die Sperre mit ihren Scheren zu durchschneiden. Zunächst versuchten wir, die etwa dreihundert Meter weiter hinten liegenden Stellungen zu alarmieren, denn

wir in unserem Abschnitt waren ja nur zwölf Mann. Aber ehe Verstärkung zur Stelle sein konnte, waren die Russen auch schon über uns. Ich sah, wie einer auf mich zusprang – jetzt galt es nur noch: entweder du oder ich! Er hatte einen Revolver in der Hand und war nur etwa fünf Meter von mir entfernt. Ich konnte mich gerade noch herumwerfen und auf ihn abdrücken. Da lag er auch schon, zwei Meter neben mir.

Natürlich haben wir alle derartiges nicht nur einmal erlebt. Dieser Fall ist mir jedoch besonders nahe gegangen. Ich fühlte mich als Mörder, obwohl der Russe fraglos darauf aus gewesen war, mir das Leben zu nehmen. Jetzt lag er reglos zu meinen Füßen; offenbar war er sofort tot gewesen. Das beruhigte meine Nerven ein wenig. Einen Gegner im Todeskampf liegen zu sehen und ihm nicht helfen zu können, wäre mir furchtbar gewesen. Ich besann mich also auf meine soldatischen Pflichten und half weiter mit, die Angreifer abzuwehren. Nach fünf Minuten war ihr Überfall abgeschlagen. Die Hälfte der Russen war gefallen, während von uns nur einer sein Leben lassen musste. Er war mein bester Kamerad, ein Lehrer namens Heinrich Meyer. Schon während der Ausbildungszeit hatte ich ihn kennengelernt. Er stammte aus Ummeln bei Bielefeld.

Als wieder alles ruhig geworden war, untersuchten wir die Papiere des Russen, der von meiner Hand gefallen war. Der Mann war Deutsch-Balte gewesen, seine Heimat lag in der Nähe von Riga. Ich war erschüttert. Ein Deutscher hatte einen Deutschen umgebracht. Unter seinen Papieren fanden wir Briefe seiner Eltern in deutscher Sprache. Tief bewegt hoben wir unter grossen Mühen ein Grab aus. Der Boden war hart gefroren, und diese Arbeit war schwerer, als Steinkohle zu fördern. Zu fünft brauchten wir den ganzen Tag dazu.

Ich wollte, dass dieser russische Fähnrich zusammen mit meinem Freund in ein Grab gelegt werde. Wir wickelten die beiden Leichen in Zeltplanen ein, sägten ein Holzscheit von einer Birke ab und brannten darauf die Namen der Toten ein. Ich schrieb darauf noch den kitschigen Spruch «Freund oder Feind – im Tode vereint». Das war rührselig, ich weiss es, aber gerade damit versuchte ich mich etwas zu trösten. Der Divisionspfarrer kam und erteilte den Toten den kirchlichen Segen.

KRIEGSUNLUSTIG wie die Soldaten des Zaren zeigte sich auch die Zivilbevölkerung vor allem in Polen. Die jüdische Bevölkerung, in Polen,

Litauen und Lettland zumal, stand während des Ersten Weltkrieges vorbehaltlos auf deutscher Seite. Die Juden beteten in ihren Synagogen sogar für den Sieg der deutschen Waffen. Einige von ihnen leisteten uns wertvolle Nachrichtendienste gegen die Russen. Ihre Gastfreundschaft, ihre Herzlichkeit und Bereitwilligkeit setzten uns alle in Erstaunen. Oft waren die Juden die einzigen, welche die deutsche Sprache verstanden, und wohin wir auch kamen, stets wandten wir uns zunächst an den Rabbi der jüdischen Gemeinde.

Man half uns gern, weil wir Deutsche im Rufe standen, judenfreundlich zu sein. Jüdische Glaubensgenossen in Deutschland hatten ihnen erzählt, dass die Juden in der Wissenschaft, im Geistesleben und in der Wirtschaft des Deutschen Reiches völlig gleichberechtigt wären, und diese Gleichberechtigung erhofften sich diese Ostjuden nun auch von unserem Sieg. Im zaristischen Russland war es oft genug zu Judenverfolgungen und regelrechten Pogromen gekommen. Nun waren diese Menschen erleichtert, dass die Deutschen da waren; sie hofften sogar, wir würden nie wieder fortgehen.

Um nach meiner Verwundung durch die russische Mine wieder kriegsverwendungsfähig zu werden, kam ich in ein heimatliches Lazarett. Die Wiederherstellung ging jedoch rascher vor sich, als mir lieb war. Die Transporte der Genesenden meines noch an der Ostfront stehenden Regiments kamen nun durchweg an die Westfront, wo sich die Operationen inzwischen bei den gewaltigen Materialschlachten längst zu einem Inferno von Tod und Vernichtung ausgeweitet hatten. Von jetzt an wurde der Westen zu meinem entscheidenden Kriegserlebnis. Hier fiel aller Firlefanz des preussischen Kommissbetriebes weg. Die Kameradschaft zwischen uns allen, zwischen Offizieren, Unteroffizieren und einfachen Soldaten, wurde nun weit enger, als sie es auf dem östlichen Kriegsschauplatz gewesen war.

ALS KNABE war ich in den Krieg gezogen, doch die blutigen Erlebnisse machten mich bald zum Mann. Freilich will ich nicht leugnen, dass ich an der russischen Front so manchesmal an mein heimatliches Stübchen, an mein sauberes Bett und an den Mittagstisch in unserem Remscheider Haus denken musste. Für einen so jungen Menschen war der Dienst im Felde sehr hart. Hätte ich vorher gewusst, was mir bevorstand, ich weiss nicht, ob ich mir zugetraut hätte, all das Schwere durchzustehen.

Noch heute besitze ich einen Brief, den ich von der Westfront an meinen Vater geschrieben habe. Aus diesen kargen Zeilen sprach schon die grosse Verwandlung, die in mir, dem damals Neunzehnjährigen, vorgegangen war. Der Feldpostbrief trägt das Datum vom 11. Juni 1917, er wurde in Chérisy bei Arras geschrieben:

Mein lieber Papa!

Deinen lieben Brief habe ich mit Freude erhalten und mit vielem Interesse Deine Abhandlungen gelesen. – Vom 2. bis 8. einschliesslich waren wir in der vordersten Linie (nur aus Grabenlöchern bestehend) und bis heute im Bereitschaftsgraben. Diese Nacht geht's wieder nach vorne. Unsere Kompanie-Stellung liegt direkt am Sensée-Bach und zieht sich 30 bis 40 m vor dem völlig zerstörten Dorf Chérisy her. Das Sensée-Tal ist unser Anmarschweg und liegt dauernd unter Artillerie-Feuer. Das Gelände zwischen unserer Kampflinie und dem 1. Bereitschaftsgraben ist von englischen Leichen übersät. Dort war es den Engländern am 4. 5. gelungen, bis weit über das Dorf Chérisy hinaus durchzustossen. Der kräftige Gegenstoss der 375er warf sie bald wieder zurück. Aber bis jetzt war es nicht möglich, die Toten auch nur mit Erde zu überdecken. Das Gelände liegt dauernd unter zu starkem Feuer. Es ist grausig, das Gelände zu passieren. Durch die Hitze ist nun die ganze Gegend durch die Toten verpestet. Überhaupt, wenn auch die Infanterietätigkeit nachgelassen hat, die Artillerietätigkeit dauert mit unverminderter Heftigkeit fort. Erkundungsvorstösse finden auch dauernd statt. – Unser Bereitschaftsgraben läuft längs der Strasse Arras-Cambrai an der Ferme de Servin vorbei. Wie dieses herrliche Land verwüstet ist, und welch ein Elend hier herrscht!

Heute bin ich zum Offiziersaspiranten eingereicht, und die Beförderung zum Vize-Feldwebel wird nun wohl auch nicht mehr in allzu weiter Ferne liegen. – Anfangs nächsten Monat hoffe ich Urlaub zu bekommen, welch eine grenzenlose Freude. Aber ich glaube, Du kennst mich kaum in meinem Wesen wieder, so sehr haben mich die erlebten Ereignisse allem lassen, ich mache mir zu viele Gedanken über alles ...

Zwischen den Linien

ÜBER DEN ERSTEN WELTKRIEG sind so unendlich viele Bücher geschrieben worden, dass ich auf eine zusammenhängende Berichterstattung meiner Erlebnisse verzichte und mich auf einige kennzeichnende Szenen beschränke.

Vor Verdun tauchte ich erst zu einem Zeitpunkt auf, als die fürchterlichste Material- und Vernichtungsschlacht der Weltgeschichte gerade zu Ende gegangen war. Mein in der Sommeschlacht dezimiertes Regiment wurde in eine «Ruhestellung» bei Verdun verlegt. Mit dem Ausbruch der Sommeschlacht hatte das blutige Ringen um die Forts Douaumont und Vaux und um all die andern Orte, deren Namen einen solch schaurigen Klang bekommen hatten, schlagartig aufgehört. Die Regimenter wurden aufgefüllt und an die Somme geworfen, während im bisherigen Hexenkessel Verdun nur dezimierte Truppenteile verblieben, nachdem dort zuvor Hunderttausende auf beiden Seiten sinnlos geopfert worden waren.

Der Kampfplatz von Verdun war in ein riesiges Leichenfeld verwandelt worden. Auch heute noch, nach fünfzig Jahren, spürt jeder Besucher eine unheimlich lastende Spannung auf den Höhenzügen beiderseits der Maas. Er sieht die fast endlosen Friedhöfe, und selbst die Natur, die andernorts – wie in Flandern, im Artois oder am Chemin des Dames – inzwischen nahezu die letzten Spuren des furchtbaren Geschehens verwischt hat, ist auf den Höhen von Verdun noch nicht mit dem Alptraum dieser Hybris fertig geworden.

Es war seltsam auch für mich, nun auf diesem zur Ruhe gekommenen Kampfabschnitt eingesetzt zu werden, zur Besetzung eines der Forts von Douaumont zu gehören und ein Leben beinahe wie in der Etappe zu führen. Kein Schuss fiel. Die Stille war tief und quälend. Kein Vogel schwirrte mehr durch die erstarrte Luft. Auf einmal jedoch, Mitte Oktober, änderte sich dieser Zustand vorübergehend. Das französische Oberkommando hatte aus «Prestigegründen» Kampfeinheiten frei gemacht, um die als schmachvoll empfundenen Bodenverluste während der Frühjahrsschlacht bei Verdun wieder auszugleichen. Der Sturm brach zwar nicht mit ganzer Kraft los, aber die gegnerische Artillerie war offenbar erheblich verstärkt worden, und auch neue Infanterie wurde gegen uns herangeführt.

Der Kommandant der zerschlagenen Festungsanlagen von Douaumont

stellte es um Mitternacht des 23. Oktober 1916 allen Besatzungsangehörigen der verschiedensten Truppenteile frei, sich auf eigene Faust und Verantwortung durch die gegnerischen Linien nach Norden durchzuschlagen, um nicht in Gefangenschaft zu geraten. Der Kommandant hatte erklärt, dass er bevollmächtigt sei, im Morgengrauen die weiße Fahne aufzuziehen, denn wir waren nun völlig eingeschlossen, und eine Fortsetzung des Widerstandes wäre sinnlos gewesen.

Die Jüngerer unter uns waren entschlossen, den Versuch zu wagen. In Gefangenschaft wollte keiner von uns fallen. Die Propaganda war nicht spurlos an uns vorübergegangen: Immer wieder war behauptet worden, die uns umschliessenden Truppen seien Neger aus dem Senegal, die mit besonderer Grausamkeit wahre Blutbäder unter ihren Gefangenen anzurichten pflegten. Die Wirklichkeit sah ganz anders aus. Wo man Senegalneger an der Front begegnete, stellte sich bald heraus, dass sie meist gutmütige Burschen waren, die sehr wider ihren eigenen Willen zum Einsatz auf dem europäischen Kriegsschauplatz missbraucht wurden. Wir hätten also vor diesen farbigen Gegnern durchaus keine Angst zu haben brauchen – ganz abgesehen davon, dass es ja ohnehin im Ersten Weltkrieg auf beiden Seiten noch Ehrensache war, Gefangene anständig zu behandeln; aber immerhin: manch einem von uns steckte doch die Furcht in den Knochen. Mich bedrückte mehr die düstere Aussicht, womöglich lange Jahre in französischer Kriegsgefangenschaft fern der Heimat verbringen zu müssen, während ich doch bis dahin Glück gehabt hatte.

Es gelang uns denn auch, in den langen Nachtstunden von Trichter zu Trichter vorwärts zu kriechen und die französische Linie hinter uns zu bringen. Gelegentlich hörten wir ganz nahe Poilus husten oder sprechen. Doch unser Instinkt, der im Laufe des Krieges geweckt worden war, machte ein solches Unterfangen leichter, als ein Aussenstehender sich das vorstellen kann. Endlich erreichten wir das Niemandsland und näherten uns der deutschen Frontlinie. Bald merkten wir, dass wir in die Nähe von Vorposten in einem Trichterfeld geraten waren. Um ein Haar wären wir im letzten Augenblick noch von unseren eigenen Landsleuten erschossen worden, denn man hatte sie über unseren Ausbruchversuch nicht unterrichtet: Plötzlich knallte es von allen Seiten sehr ungemütlich, und erst nach lauten Zurufen, die uns nun wiederum in Gefahr durch die rückwärts von uns liegenden Franzosen brachten, wurde das Feuer eingestellt. Wir waren derart erschöpft, dass wir wenige

hundert Meter hinter der vordersten Linie in einem Bunker zusammenbrachen.

Ich muss dort stundenlang geschlafen haben. Erst gegen Mittag trafen wir in Stenay auf die erste grosse Etappenstation und meldeten uns dort. Verpflegung hatten wir seit Mitternacht nicht mehr gehabt, aber der Hunger quält bekanntlich weniger als der Durst. Als wir in Stenay eine bayrische Kantine sahen (auch die Männer der vordersten Kampflinie waren Angehörige einer bayrischen Division gewesen), gingen wir schnurstracks hinein, um etwas gegen unseren Brand in der Kehle zu tun. Ich weiss noch heute, wie erschüttert ich war, als ein rundlicher Etappenkrieger, der bestimmt noch niemals eine Kugel hatte pfeifen gehört und meine schwarz-weiße Kokarde an der dreckigen Feldmütze musterte, meine Bestellung mit den brüskten Worten beantwortete: «Für Saupreiss'n gibt's ka Bier!»

Tief erschüttert gab ich zurück: «Ihr wollt uns kein Bier geben? Wir kommen von der Front! Wir sind doch Brüder – eure deutschen Brüder!»

Ich wandte mich an den nächsten bayerischen Offizier, der selbstverständlich sofort eingriff. In einem mir unverständlichen Urbayrisch beschimpfte er den Zapfer und sorgte dafür, dass ich auf der Stelle einen grossen Masskrug empfang, den ich mit tiefen Zügen leer trank. Es war ein solcher Genuss, wie ihn mir später kein Gerstensaft mehr bereitet hat. Doch von welcher Güte mag dieses dünne Etappenbier des Herbstes 1916 schon gewesen sein! In normalen Zeiten hätte kein Biertrinker von Format ein so schwaches Gebräu angerührt, für uns war es ein köstliches Labsal.

Wenn ich in den vergangenen Jahren mit meinem Freund Heinrich Vockel, dessen Hinscheiden Ende Januar 1968 mir sehr naheging, zusammentraf, der während der blutigen Frühjahrsschlacht des Jahres 1916 demselben Regiment angehörte wie ich und der bei den schweren Kämpfen ein Auge verloren hatte, zogen wir uns gegenseitig stets von neuem auf. Automatisch kamen die Erinnerungen an Douaumont und Vaux. Am Ende verlästerte er mich dann immer als Feigling und Jammerlappen, der just jenen Ort kampfflos preisgegeben hätte, den er mit seinen Kameraden einige Monate zuvor unter so hohen Blutopfern erkämpft hatte.

Was Mut ist

ALS KRIEGSFREIWILLIGER meldete ich mich anfangs jeden Abend zur Patrouille, die nachts in die gegnerischen Abschnitte vorgeschickt wurde. Wir schlichen uns gleich Indianern so dicht an die Gräben heran, dass wir die andern sprechen hören konnten. Es kam auch vor, dass wir dabei entdeckt wurden. Dann gab es ein kurzes nächtliches Gefecht, das von Leuchtkugeln erhellt wurde. Nach einem solchen Unternehmen kamen wir selten vollzählig zurück; oft genug blieb der eine oder andere von uns tot oder schwer verwundet im Stacheldraht hängen. Trotzdem meldete ich mich unentwegt Abend für Abend, weil ich von meinen Kameraden meiner Jugend wegen ständig gehänselt wurde und weil ich damit meinen Mut beweisen wollte.

Eines Abends rief mich mein Kompanieführer in seinen Unterstand und fragte mich:

«Nun sagen Sie mal, Lemmer, warum melden Sie sich eigentlich ständig für die Patrouillengänge?»

Ich erwiderte verlegen, ich wollte meinen älteren Kameraden zeigen, dass ich Courage besäße und nicht das Muttersöhnchen sei, für das sie mich hielten. Es entstand eine lange Pause. Schliesslich sprach der Kompanieführer einen Satz, der sich mir tief eingeprägt hat und den ich mein Leben lang nicht vergessen konnte:

«Mein Sohn – ich darf Sie wohl so nennen, denn ich könnte Ihr Vater sein –, ich muss Ihnen an Stelle Ihres Vaters jetzt einmal ein paar Worte sagen, die unter uns bleiben werden. Wissen Sie eigentlich, was Mut ist, der Sie doch dauernd von Mut sprechen?»

«Nein, Herr Oberleutnant», gab ich zurück, «darüber habe ich noch nicht nachgedacht. Vielleicht ist Mut, dass man eben keine Angst hat.»

Der Oberleutnant schüttelte den Kopf. «Nein», versetzte er dann nachdenklich. «Mut ist in der Regel – von Ausnahmen abgesehen – bloss Mangel an Phantasie. Derjenige ist mutig, der die Gefahr noch nicht erkannt hat oder der nicht die Gabe hat, sie sich vorzustellen. Man muss sich das genau ausmalen können: Ich habe jetzt einen Bauchschuss und stecke im Drahtverhau des Gegners. Ich sage übrigens mit Absicht ‚Gegner‘, denn ich habe niemals feindliche Gefühle gegen einen militärischen Gegner gehabt. Ich hänge also im Verhau mit einem Schuss im Bauch – können Sie sich das vorstellen? Haben Sie das nicht schon

mal bei andern erlebt? Ist es Ihnen nicht nahegegangen, wenn da ein Kamerad liegenblieb und mords jämmerlich schrie?»

«Herr Oberleutnant, ich habe eine Gänsehaut bekommen, mir ist beinahe schlecht geworden. Dieses Schreien von Menschen, das wie Tiergebrüll im Schlachthaus klingt, hat mich furchtbar erschüttert.»

«Und dennoch haben Sie immer weitergemacht? Ihnen hat die Phantasie gefehlt. Sehen Sie einmal: Mutig soll man sein, wenn es sein muss. Aber sich regelmässig unaufgefordert zu einer Patrouille zu melden mit dem Risiko, dass von zwölf Mann einer oder zwei nicht zurückkommen, verwundet liegenzubleiben oder in Gefangenschaft zu geraten – das haben Sie sich in allen Einzelheiten noch nicht richtig vorgestellt.» Zum erstenmal wurde ich darüber belehrt, wie leer doch Schlagworte wie Mut, Tapferkeit, Heldentum sind. In der Politik hat es später auf mich immer wie hohles Pathos gewirkt, wenn von Mut gesprochen wurde. Mutig ist man oder kann man sein, aber dann spricht man nicht davon.

Ich habe mir keine Illusionen gemacht, dass ich einen schweren Gang gehen würde, wenn ich – noch ein halbes Kind – mich freiwillig stellte. Aus der Geborgenheit des Elternhauses auf die Schlachtfelder zu stürmen, war nicht nur meiner Jugend und des anstrengenden Dienstes wegen hart und deprimierend. Ich gab mir auch darüber Rechenschaft, dass sich der sogenannte innere Schweinehund melden würde, wenn es hart auf hart ginge. Dann kam der Tag, da ich zum erstenmal erlebte, dass Kameraden, mit denen ich eben noch Karten gespielt oder in der Ausgangsstellung herumgespasst hatte, plötzlich lautlos neben mir zusammenbrachen. Zu fallen, augenblicklich ausgelöscht zu sein, erschien noch wie eine Gnade (freilich eine Gnade seltsamer Art). Leicht verletzt zu werden, also einen «Heimatschuss» zu erwischen, das war nach den damaligen Auffassungen ein Geschenk Gottes für den Soldaten. Diese Moral hatte ich mir noch nicht zu eigen gemacht, aber für jene, die den Pulverdampf schon kennengelernt hatten, gab es nichts Erstrebenswerteres, als aus dieser Hölle herauszukommen und irgendwo in ein Bett kriechen zu dürfen; in der Geborgenheit eines Lazarettzuges aufzuwachen – Welch ein Traum! Die Rote-Kreuz-Schwester erschien auch mir später in ihren sauberen Trachten wie Engel – bei meiner Jugend allerdings mehr wie mütterliche denn wie bräutliche Engel. Die Rückkehr an die Front war dann schwer. Ein gewisses Unbehagen musste überwunden werden, wenn man – noch weit von den vorderen

Linien entfernt – in einen Schrapnellhagel geriet. Selbst an der Westfront marschierten wir ja weite Strecken bei Tage und bezogen erst etwa zwei Kilometer vor der Hauptkampflinie Wartestellung, bis die Dunkelheit angebrochen war, um eine andere Fronttruppe abzulösen oder einzeln nach vorn zu gehen. Das wurde von Mal zu Mal bedrückender. Ich habe meine gute Moral dennoch nie dabei eingebüsst, nahm das Erlebnis aber umso schwerer, je mehr Kameraden an meiner Seite fielen.

Bei Arras

BESONDERS FURCHTBAR WAR für uns die Frühjahrsschlacht um Arras im April und Mai 1917, als wir eine Woche lang Tag und Nacht im Trommelfeuer lagen. Es war die erste gross angelegte Offensive der Engländer, weit heftiger als die Gegenangriffe in Flandern, wo erstmals Tanks auf dem Schlachtfeld erschienen waren. Die Sommeschlacht, an der ich nicht teilgenommen hatte, war die erste Angriffsschlacht der andern Seite mit voranspringendem konzentriertem Massentrommelfeuer auf die deutschen Linien gewesen.

Anfangs verkrochen wir uns in den Unterständen, die gegen leichte und mittlere Kaliber schützten und mehrere Ausgänge hatten. Wenn einer von ihnen getroffen wurde, waren wir nicht gleich rettungslos verschüttet, denn es gab mindestens noch zwei weitere Fluchtwege. Die Ausgänge des zehn Meter tiefen Stollens freizuhalten – das also war das erste Gebot. Schliesslich wurde das Feuer so heftig, dass nahezu alle Ausgänge zugeschüttet waren. Wir erhielten den Befehl: Raus aus dem Stollen und in die Trichter nahe am feindlichen Stacheldraht! Dies ging auf einen taktischen Einfall Ludendorffs zurück, der zwar politisch nach dem Kriege eine unglückselige Rolle gespielt hat, der aber in militärischer Hinsicht zweifellos ein Genie gewesen ist. Als unsere Stollen keine sichere Unterkunft mehr boten, waren auch unsere eigenen Stacheldrahthindernisse so durchlässig geworden, dass wir ohne hängen zu bleiben nach vorne stürmen und uns in den Trichtern unmittelbar vor den feindlichen Linien in Sicherheit bringen konnten. Es kam nur sehr selten vor, dass zu kurz gezielte Granaten noch in diesem Bereich einschlugen. Das Trommelfeuer ging über unsere Köpfe hinweg bis in die Reservestellungen und in die Stellungen der leichten Artillerie.

lene, etwa ein bis zwei Kilometer rückwärts. Wir wurden in unseren Trichtern immer ruhiger und fühlten uns erleichtert, nachdem dieser fürchterliche Segen in einem Gebiet niederging, das wir geräumt hatten.

Jäh setzte dann eine Pause ein: eine unheimliche erregende Stille. Schlagartig hörte das Feuer auf, und wir wussten: Jetzt kommen sie! Die Taktik unserer dezimierten Kompanie bestand darin, dass sie sich tot stellte. Etwa die Hälfte der Soldaten hatte sich in die Granattrichter retten können. Wir lagen mit dem Gesicht nach unten auf der zerwühlten Erde und hörten, wie die Engländer über unsere Köpfe hinwegsprangen, wie ihre Panzerwagen in unmittelbarer Nähe vorüberrollten. (Erich Maria Remarque hat diese Szenen in seinem Buch «Im Westen nichts Neues» geschildert.) Bevor dann die zweite und die dritte Welle herankam, fingen wir an, denn wir hatten uns nicht verkrochen, um zu überleben, sondern um zu kämpfen.

Unsere Waffen bestanden aus leichten MG's und Karabinern, hin und wieder gab es auch Minenwerfer. Das waren oft noch Geräte aus der ersten Produktion, also noch nicht die komplizierten Wurfapparate mit ihren mathematisch berechneten Tabellen; diese ersten primitiven Werfer wurden nach dem Gefühl bedient. Vor allem kam es darauf an, mit welcher Kraft die Schnur gezogen wurde, welchen Winkel man einstellte und noch auf verschiedene andere Kniffe. Diese Künste beherrschte ich, wie schon erwähnt, und wurde deshalb wiederholt zu Stosstrupps abkommandiert, bei denen es galt, durch einen Überraschungscoup in die vorderste Linie des Gegners einzudringen und Gefangene zu machen. Solch einer Aktion ging ein Trommelfeuerstoss von drei bis vier Minuten voraus; meine Aufgabe war es, im Stacheldrahtsystem eine Gasse für den Stosstrupp freizuschiessen. Denn ein Stosstrupunternehmen konnte nur Erfolg haben, wenn es sich in Minutenschnelle abspielte, ehe Artillerie und Infanterie des Gegners eingriffen. In der Arras-Schlacht haben wir mit diesen leichten Minenwerfern sogar Panzer geknackt. Allerdings waren diese ersten Tanks nach heutigen Begriffen recht komische Monstren: ein Bündel Handgranaten vor die Gummi- und Stahlraupen konnte sie kampfunfähig machen.

Wir haben den tapferen britischen Gegnern während dieser Kämpfe schwere Verluste beigebracht. Sie konnten sich einfach nicht vorstellen, dass es in einem solchen vom Trommelfeuer buchstäblich umgepflügten

Abschnitt noch Überlebende geben könnte, und sie haben da und dort sogar Kavallerie zur Verfolgung eingesetzt. Später hat man Lloyd George schwere Vorwürfe wegen dieser hohen Verluste gemacht (wie ich glaube, auch mit Recht), denn die Angriffe wurden nach unseren Begriffen mit grosser Leichtfertigkeit vorgetragen. Unsere eigene Artillerie begann erst viel später einzugreifen, weil man wusste, dass wir noch da waren. Trotzdem kam es auf beiden Seiten oft genug vor, dass Soldaten durch eigenes Feuer ihr Leben verloren.

Unter Freunden und Gegnern

MEINE BEFÖRDERUNG zum Offizier verzögerte sich um ein ganzes Jahr. Nie zuvor war ein Fall bekannt geworden, dass ein Anwärter, der durch die Offiziere seines Regiments vorgeschlagen worden war, abgelehnt wurde. Mein Bataillonskommandeur hatte mir sicherlich das beste Zeugnis ausgestellt. Ich führte als Vizefeldwebel einen Zug und hatte auch sonst meine Führeigenschaften hinreichend beweisen können. Die Entscheidung über mein Offizierspatent lag jedoch unmittelbar beim Militärkabinett des Kaisers; dort wurden die Beförderungen ausgesprochen. Aber bei dieser hohen Stelle wurden sie natürlich nicht mehr in Frage gestellt, allenfalls kamen Beanstandungen von der Division oder von der Armee. Wie ich viel später erfahren sollte, hatte man mich wegen «der Lektüre von sozialdemokratischen Zeitungen» zurückgestellt. (Daneben las ich die Feldausgabe der [«Frankfurter Zeitung»](#).) Offiziell allerdings lautete die Begründung für die Verzögerung, ich sei noch zu jung, auf militärischem Gebiet freilich seien keine Bedenken gegen mich erhoben worden, und man ersuche um erneute Vorlage nach einiger Zeit.

Die sozialdemokratische Zeitung, um derentwillen ich erst später Offizier wurde, nannte sich [«Bielefelder Volksstimme»](#); ihr Chefredakteur war Carl Severing. Ich habe ihm diese Geschichte viele Jahre danach erzählt. Er hat sich reichlich darüber amüsiert und gemeint:

«Wenn man uns gegenüber so fair gewesen wäre, wie wir uns im Jahre 1914 verhalten haben, als wir freiwillig den Burgfrieden wahrten, dann wäre vielleicht die Bildung der Unabhängigen Sozialdemokratie gar nicht erfolgt. Sie ist zum Teil dadurch hervorgerufen worden, dass gewisse Militärs, die dem Geist von vorgestern huldigten, ein Verhalten

an den Tag legten, das diese Radikalisierung dann unvermeidlich machte.»

Ob der leidenschaftliche Streit um die Bewilligung der Kriegskredite die Spaltung der SPD wohl tatsächlich vermieden hätte?

Carl Severing war schon von 1907 bis 1912 Reichstagsabgeordneter. Ausgerechnet bei der Wahl von 1912 aber, als die Sozialdemokratie ihre Mandate mehr als verdoppelte und ihr zum erstenmal der Durchbruch zur stärksten Fraktion des Reichstags gelang, musste er auf der Strecke bleiben. Severing unterlag bei der Stichwahl in Bielefeld, weil sich alle Parteien von den Linksliberalen bis zu den Konservativen auf den Grafen Posadowsky-Wehner geeinigt hatten, einen sehr angesehenen Mann, der zur Freikonservativen Gruppe gehörte.

DOCH ZURÜCK zur Arras-Schlacht. Die Fronttruppe blieb nur wenige Tage lang diesem mehrwöchigen Kampf ausgesetzt. Dann war sie stark zusammengeschmolzen und jeder einzelne Soldat gänzlich erschöpft. Die Überlebenden wurden dann in die vordere Etappe zurückgenommen, wo man sich auffrischte, die Uniform ausbesserte und auch sonst versuchte, wieder zu Atem zu kommen.

Ich beobachtete die verschiedenen Charaktere, wie sie sich verhielten, und nahm auch Kontakt zur Bevölkerung auf. Die Chargen wohnten bei französischen Familien, die Mannschaften wurden in Turnhallen und Sälen untergebracht. Viele Franzosen glaubten, ich sei Elsässer: «Monsieur, vous-êtes Alsacien!» Ich versicherte dann stets: «Non, non, rien.» Doch sie meinten, ich wolle mich nicht als Elsässer zu erkennen geben, weil dies gefährlich für mich werden könne. Ganz offensichtlich nahm meine freundliche Haltung sie für mich ein.

In Douchy, einem Dörfchen bei Denain im Département Nord, bezogen wir eine Ruhestellung, und ich fand Unterkunft bei dem Bürgermeister, einem Brauereibesitzer namens Alexandre Soireaux. Seine bildhübsche Tochter war etwa in meinem Alter, und sie wurde das erste und – wie ich betuern darf – gänzlich harmlose Liebeserlebnis meines jungen Lebens.

So fürchterlich auch die Wirkung der bereits im Ersten Weltkrieg angewandten Kampfmittel war, Menschlichkeit und Ritterlichkeit waren damals noch mehr als nichtssagende Worte. Schon die Behandlung der Kriegsgefangenen erfolgte mit gegenseitigem Respekt. Auf dem Kampffeld wurden Engländer und Franzosen von unseren Sanitätern

mit genau der gleichen Sorgfalt behandelt wie eigene Verwundete. So schwer vorstellbar es für den Leser unserer Zeit auch sein mag: Das moralische Klima des Ersten Weltkrieges war ein ganz anderes als das des Zweiten, und dies galt auch für das Verhältnis zwischen unseren Soldaten und der belgischen oder französischen Zivilbevölkerung. Natürlich herrschten – sehe ich einmal von der lieblichen Marianne Soireaux und vielen gleichartigen Fällen ab – keine freundschaftlichen Beziehungen zwischen Okkupanten und Einheimischen; schliesslich war ja Krieg, ein harter und blutiger Krieg, und die deutschen Truppen standen in «Feindesland». Ausschreitungen der eigenen Truppen oder Partisanenkämpfe waren jedoch völlig ausgeschlossen. Die Legende von den belgischen «Franc tireurs» und die noch schauerlichere von den durch die Deutschen «abgehackten Kinderhänden» waren üble Propagandahetzereien hüben wie drüben. Unsere Landser wurden von der Bevölkerung zwar als Eindringlinge, aber nicht als Feinde angesehen. Wir wiederum empfanden Mitgefühl für diese unschuldigen und bedrängten Leute. Der Völkerhass blieb weitab vom wirklichen Geschehen.

Nur in solcher Stimmung war es möglich, dass ich mit meiner hellblonden Marianne zu einem vertrauteren Freundschaftsverhältnis kam, das für mich auch ein «Frühlingserwachen» bedeutete. Aber wir hatten uns nur einfach gern. Ihre Eltern behandelten mich wie einen guten Freund. Ging es zur Ablösung für mehrere Tage an die Front, dann war die ganze Familie Soireaux so traurig, als nähme ein Sohn des Hauses Abschied. Marianne gab mir als Talisman Frühlingblümchen mit. Nach allem, was seitdem an Barbarei über unseren Kontinent hinweggegangen ist, kann ich nur mit Wehmut an diese Erlebnisse aus der Zeit des Ersten Weltkrieges zurückdenken.

Ich habe hier von der Familie Soireaux erzählt – noch heute, nach einem halben Jahrhundert, ist mir der Name vertraut; nie habe ich ihn vergessen können. Ich sehe den dickbäuchigen rotwangigen Maire Alexandre Soireaux noch vor mir und seine so biedere wie adrette Frau. Bei ihnen war die Sauberkeit der Niederländer und Flamen gleichermaßen zu Hause wie der Sinn für Lebensfreude, der in unseren Augen für unsere französischen Nachbarn so kennzeichnend ist. Von den vielen Bekannten und Verwandten der Familie wurde ich oft zu einem Tässchen Kaffee eingeladen – zu echtem Bohnenkaffee, einer Seltenheit in diesen Tagen.

Gelegentlich nahm mich auch Alexandre Soireaux mit in seinen Keller, nicht in den Weinkeller, denn der war fast leer, sondern in ein Nebenglass, dessen sandiger Boden mir auffiel. Monsieur Soireaux studierte an Hand einer Karte, wo er seine besten Tropfen versteckt hatte. Einige Weine reifen besser im Sand als auf Regalen. Und beim Wein lernte ich auch seine Freunde kennen. Wo ich auch hinkam, überall wurde ich freundlich begrüßt. Oft empfing man mich mit den Worten: «Cette guerre, quel malheur, pour vous et pour nous!» Es war ein Aufstöhnen, das aus tiefstem Herzen kam.

Aus dem Patriotismus entwickelte sich bei uns trotz aller Pflichterfüllung bis zum bitteren Ende eine Art von Pazifismus. Wir hatten den sogenannten Feind als Menschen kennengelernt, und je länger der Krieg andauerte, desto seltener gebrauchten wir das Wort «Feind». Lediglich bei Lagebesprechungen und in den Regiments-, Divisions- und Armeebefehlen tauchte das Wort zeitweilig noch auf; schliesslich brachten wir es gar nicht mehr über die Lippen und sagten nur noch «Gegner». Wir konnten in den Franzosen, die uns ebenso verketzert wurden, wie wir Deutsche bei ihnen als Kindermörder und Gewaltverbrecher angeprangert worden waren, nur noch Menschenwesen wie wir selbst sehen.

Wie sollte auch ein Zivilist, der plötzlich Soldat werden müssen, auf einmal den Drogerieinhaber aus Paris hassen können? Wie sollte jener wiederum plötzlich Hass gegen einen Bauern aus dem Münsterland empfinden? Sie kannten sich doch gar nicht und konnten sich daher in ihrem ganzen Leben auch nie etwas Arges zugefügt haben. Aber diese Verketzerungen sollten auf beiden Seiten eben den kämpferischen Schneid anstacheln, wie es schon in früheren Kriegen erfolgreich praktiziert worden war. Nebenwirkungen waren nicht auszuschliessen, die erstrebten Ergebnisse jedoch stellten sich nicht ein: die Bevölkerung in den besetzten Gebieten empfand keinen echten Deutschenhass.

Ein stilles Gebet

ZAHLREICH waren die Stunden der Entspannung nicht, die den Angehörigen der Fronttruppe gegönnt wurden. Im Hochsommer 1918 konnte ich für zehn Tage meine Familie in Remscheid besuchen. Ein mich tief bewegendes Erlebnis sollte diesen letzten Heimaturlaub beschliessen.

Am frühen Abend eines hellen Sommertages (ich glaube mich zu erinnern, dass es zu Ende des Monats Juni war) traf ich in Köln ein, wo ich etwa zwei Stunden auf den Urlauberzug zu warten hatte. Vom Bahnhof aus ging ich die wenigen Schritte hinüber zum Dom, um dort zu beten. Ob es mir beschieden sein würde, die Heimat am Rhein noch einmal wiederzusehen, konnte ich nicht wissen. Das Herz war mir schwer, wie bei jeder Rückkehr an die Front. Es schien mir unerheblich, dass ich das Gotteshaus einer christlichen Konfession aufsuchte, der ich selbst nicht angehörte.

Das gewaltige Kirchenschiff war von tiefer Stille erfüllt. Etwa zwanzig bis dreissig Menschen, Soldaten und Bürger, knieten gleich mir in den Bänken. Etwa eine halbe Stunde lang überliess ich mich dem Gebet, meinen Gedanken und der Hinwendung meiner Seele zu Gott. Dann machte sich in meinem Rücken, vom Hauptportal her, eine leichte Unruhe bemerkbar. Wenige Augenblicke später zog der Erzbischof von Köln, Kardinal Schulte, mit seinem Domkapitel und einigen Diakonen an mir vorüber. In der Mitte der kleinen Prozession war ein hoher Offizier zu erkennen, dessen Züge jedem Deutschen bekannt waren. Es war Wilhelm n., der Deutsche Kaiser, mein Oberster Kriegsherr, begleitet von nur einem Adjutanten. Er kniete wie ich und die andern Gläubigen vor dem Altar nieder und sprach sein Gebet. Der Besuch des Kaisers musste völlig überraschend erfolgt sein; niemand hatte davon gesprochen, dass der Monarch in Köln weilte. Als ich den Dom betreten hatte, waren mir keinerlei Vorkehrungen aufgefallen.

Ich war verwirrt und tief beeindruckt. Der scheinbar so mächtige Herrscher suchte wenige Schritte vor mir um den Segen des Allerhöchsten nach. Der Krieg hatte nun seine äussersten Schrecknisse erreicht. Jedermann wusste, dass die nächsten Wochen und Monate die endgültige Entscheidung über das Schicksal unseres Volkes, seines erst vor wenigen Jahrzehnten neu gegründeten Reiches und auch der Hohenzollern-dynastie bringen würden. Schon vor Antritt meines Urlaubs hatte ich Diskussionen darüber gehört, ob die Monarchie für das deutsche Volk wohl noch geeignet sei oder ob es nicht besser sein würde, wenn es sich künftig in der republikanischen Staatsform selber regierte.

Als ich das Gotteshaus verliess, war ich sehr erregt. Ich beschloss, nach der Rückkehr zur Truppe meinen Kameraden von dem Erlebnis zu berichten.

Diese Szene ist mir aber auch ein Vierteljahrhundert später noch öfter

in Erinnerung gekommen, als unser Volk wiederum in einem tiefen Abgrund seiner Geschichte angelangt war. Doch sein Führer in diese Katastrophe pflegte zwar oft von der «Vorsehung» zu sprechen (wobei offen blieb, was er darunter verstand), es ist indessen niemals bekannt geworden, ob er sein eigenes Gewissen auch einmal mit ihr konfrontiert hätte.

Der Zusammenbruch

ANFANG NOVEMBER 1918 stand ich als Kompanieführer in einem westfälischen Infanterieregiment mit meinen Leuten an der belgisch-französischen Grenze, genau gesagt: bei Saint Guislain, westlich von Mons, im belgischen Bergbaurevier. Am 11. November morgens um sechs Uhr erreichte uns ein Regimentsbefehl, wonach auf Anordnung des Grossen Hauptquartiers bei allen Truppenteilen von der Kompanie aufwärts Vertrauensräte zu wählen seien, und zwar zu dem Zweck, den Offizieren bei der Aufrechterhaltung von Ordnung und Disziplin behilflich zu sein – mit andern Worten: um das Überspringen des revolutionären Funkens von Kiel, Berlin und München auf die im Rückmarsch befindliche Truppe zu verhindern.

Am Vormittag um elf Uhr musste das Absetzen vom Gegner beginnen, denn zu dieser Stunde trat der Waffenstillstandsvertrag in Kraft. Erst jetzt erfuhren wir, dass ein paar Tage zuvor im Walde von Compiègne das Ende der Kampfhandlungen beschlossen worden war. Matthias Erzberger, der Reichstagsabgeordnete vom linken Flügel der Zentrumsparlei, war von der Berliner Übergangsregierung zur Führung der Waffenstillstandskommission delegiert worden; ein Generalmajor namens Detlef von Winterfeldt begleitete ihn als Vertreter des Grossen Hauptquartiers. Nach vergeblichen Versuchen, die härtesten Bedingungen zu mildern, hatte Erzberger unterzeichnet, wofür er eine geheime Vollmacht der Regierung des Prinzen Max von Baden besass.

Dieses Abkommen schrieb den Truppen fortlaufende Räumungsfristen vor. Jeder Truppenteil, der etwa am 12. November um neunzehn Uhr dieses oder jenes Ziel nicht erreicht hatte, lief danach Gefahr, in Gefangenschaft zu fallen. Es lag also im höchsten Interesse aller, dass der Rückzug – der Gegner folgte dichtauf, ohne anzugreifen – rasch vor sich ging.

Ich liess meine Kompanie aus den Erdlöchern herauskommen und antreten, in denen sie, verlaust und verdreckt, die Nacht verbracht hatte, verlas den Befehl und forderte die Männer auf, nun einen Vertrauensrat zu wählen. Der Befehl kam aus Spa, wo das Grosse Hauptquartier für wenige Tage Quartier genommen hatte, ehe es über Bad Ems und Berlin schliesslich im pommerschen Kolberg seinen letzten Standort beziehen sollte.

Nur einen Tag lang hielt sich dieser Name für eine im deutschen Heer bis dahin völlig unbekannte Einrichtung. Schon am anderen Morgen hatten die Truppe und die «Volksbeauftragten» sie in «Soldatenrat» korrigiert.

Die Soldaten waren teils betroffen, teils erleichtert. Ich forderte sie mehrmals auf:

«Macht doch einen Vorschlag! Wir müssen hier einen Befehl ausführen». Endlich trat ein Berliner Metallarbeiter vor, ein Mann Mitte vierzig, Landweh r n, die ganz zum Schluss noch an die Front geworfen worden war, weil sonst nichts mehr da war, und meinte:

«Herr Leutnant, det machen Sie doch am besten selbst. Wat soll'n wa hier 'nen Soldatenrat wählen? Sie sind unser Soldatenrat.»

Ich hatte ein gutes Verhältnis zu meiner auf siebenunddreissig Mann zusammengeschnittenen Kompanie. Also wurde ich einstimmig zum Vorsitzenden gewählt – zum Soldatenrat einer Kompanie, deren militärischer Vorgesetzter ich war. Das erschien mir geradezu unsinnig – so als wenn ein Betriebsinhaber zugleich sein eigener Betriebsrat gewesen wäre. Die Reihen waren aber so dünn geworden, dass wir kaum noch kampffähig waren. Einen zweiten Offizier hatte ich nicht mehr, es gab nur noch einen Vizefeldwebel. Ihn beauftragte ich mit der Führung, damit um elf Uhr allen Befehlen Folge geleistet war. Dann strampelte ich auf einem Fahrrad in ein Nachbardorf, an die zwanzig Minuten entfernt, wo gegen Mittag die inzwischen gewählten Soldatenräte des ganzen Regimentes zusammen trafen. Es erregte Aufsehen, dass ich mit Rangabzeichen ankam, aber es war auch ein Feldwebel unter den Räten, und schliesslich entdeckte ich einige Unteroffiziere; die meisten waren jedoch einfache Soldaten. Wir tagten in einem verlassenen Schloss. Auch ich meldete mich zu Wort, als es darum ging, welche Verbindung wir zu den Nachbarregimentern haben sollten und wie es um die Bildung des Divisions-Vertrauensrates bestellt sei. Seine Wahl sollte in drei Tagen erfolgen.

Ich war anscheinend durch meine Rednerbegabung aufgefallen. Plötzlich hörte ich meinen Namen nennen. Ich passte nicht genau auf, denn ich war ziemlich erregt und tief deprimiert, als die Waffenstillstandsbedingungen verlesen wurden. Sie waren für uns alle erschütternd, ganz gleich, wie die politische Einstellung des Einzelnen sein mochte. Wir waren niedergeschmettert.

Wiederum hörte ich meinen Namen. Es wurde ein Vorschlag gemacht:

«Den Leutnant wählen wir zum Vorsitzenden.»

Ich traute meinen Ohren nicht. Aber schon wurde abgestimmt, und die Kameraden baten mich, die Sitzung zu leiten (es waren fünfundzwanzig oder dreissig Männer versammelt). Nun war ich glücklich Vorsitzender des Regiments-Soldatenrates und musste mich mit dem Regimentskommandeur in Verbindung setzen. Dies verlief einfach, denn er hatte volles Verständnis für die Situation. Tröstlich meinte er:

«Es ist ja am Ende besser, ein Offizier macht die Geschichte, als dass wir irgendeinen wilden Burschen kriegen.»

Der Regimentskommandeur kannte mich natürlich und wusste, woran er mit mir war. Ich war beileibe kein Revolutionär, eher noch kaisertreu, auf jeden Fall aber gewillt, meine soldatischen Pflichten zu erfüllen. Wir verabredeten den Modus unseres Zusammenwirkens, dann lud er mich zum Abendessen ein. Später liess er mich in seiner Kutsche in mein Quartier zurückfahren. Am nächsten Morgen zog ich um und gab meine Kompanie an den Vizefeldwebel ab. Nur noch achtundvierzig Stunden sollte ich beim Regiment bleiben.

Inzwischen war durch einen weiteren Befehl bekanntgegeben worden, wo alle Soldatenräte der Division zusammentreten sollten. Nun waren es bereits mehr als hundert Delegierte. Ich sprach nur wenige sachliche Worte:

«Wer kann wissen, was noch alles kommen wird. Wir müssen für unsere neue Regierung die Truppen Zusammenhalten. Wer weiss, wofür sie noch gebraucht werden. Darum muss der Rückmarsch in Ordnung verlaufen.»

Alle stimmten mir zu. Nun war ich also Vorsitzender des Soldatenrates der Division – eine Laufbahn, die ich mir wahrlich nicht hätte träumen lassen.

Zwischen Meuterern und Stabsoffizieren

AM TAG DARAUF wurde ich in Marsch gesetzt, wiederum in einer Kutsche (so begann mein Aufstieg vom Fahrrad zur Kalesche), und abermals gelangte ich in irgendein altes Schloss. Es lag zwischen Namur und Charleroi vor der Senke ins Maastal, abseits der grossen Strassen. Hier residierte der Befehlshaber der 17. Armee, Generaloberst Otto von Below, einer der berühmtesten Heerführer des Ersten Weltkrieges, dem in den letzten Kriegswochen auch noch die 1. Armee im belgisch-französischen Grenzgebiet an der oberen Maas unterstellt war.

Ich meldete mich bei seinem Adjutanten, der nichts Rechtes mit mir anzufangen wusste und mich deshalb zunächst einmal mit Bohnenkaffee und mit einem Imbiss bewirten liess. Nach etwa einstündigem Warten wurde ich in Belows Arbeitszimmer geführt. An den Wänden hingen die grossen Generalstabskarten; der ganze Raum war mit ihnen tapeziert. An allen wichtigen Punkten staken Nadeln mit kleinen Fähnchen, aber an den leergewordenen Einstichlöchern war schon erkennbar, dass es nur noch ostwärts ging.

Der Generaloberst erhob sich kaum von seinem Platz, als ich hereinkam. Ich nahm Haltung an und meldete mich militärisch. Das schien ein wenig Eindruck auf ihn zu machen, denn sein mürrisches Gesicht entspannte sich leicht. Er war offensichtlich nicht darauf gefasst gewesen, dass einer der ihm aufgezwungenen Vorsitzenden des Soldatenrates seiner Armee sich bei ihm korrekt melden werde. Erstaunt sagte er: «Ich bin doch sehr verwundert, Herr Leutnant, dass sich ein Offizier der kaiserlichen Armee bei mir als Vorsitzender eines Soldatenrates meldet.»

Ich erwiderte gelassen:

«Exzellenz, ohne mein Zutun. Ich bin durch das Vertrauen der verschiedenen Formationen der Armee aufgrund eines Befehls des Grossen Hauptquartiers in Spa vom 10. November bestimmt worden, und ich habe nur den Wunsch, Ihnen wirklich zu helfen. Wenn Schwierigkeiten auftauchen, verfügen Sie, bitte, über mich. Hier sind meine Ausweise.»

Diese Papiere waren in der Zwischenzeit von den Soldatenräten zusammengestellt worden. Nach einigem Überlegen war der General wohl zu dem Schluss gekommen, dass meine Ernennung für ihn von Vorteil sein könnte. Gefährlich konnte ich ihm ja nicht werden, dazu war ich

zu jung; auch sah ich nicht gerade wie ein Berufsrevolutionär aus. Schliesslich erklärte Below:

«Wenn es nicht geht, dann lege ich das Oberkommando nieder. Ich fühle mich nur verpflichtet, unter diesen für mich unerträglichen Verhältnissen den Oberbefehl hier noch auszuüben, weil Hindenburg an der Spitze der Streitkräfte steht.»

Ich gab zurück:

«Exzellenz, ich werde alles tun, um Ihre Aufgabe zu erleichtern. So wie ich meine Kameraden kenne, haben sie nur einen Wunsch: Sie wollen nicht noch im letzten Augenblick draufgehen, nachdem sie den Krieg bis heute überlebt haben.»

«Na ja, das kann man ja begreifen», erwiderte der Generaloberst trocken. Nach einer kurzen Pause sagte ich:

«Exzellenz, ich muss Sie aber darauf aufmerksam machen, dass nur eine wirkliche Zusammenarbeit in Betracht kommt. Das ist der klare Sinn der vom neuen Generalquartiermeister in Spa, jetzt wohl in Bad Ems, gegebenen Anordnung.»

Diese Bestimmung hatte er bislang noch nicht zur Kenntnis genommen, und der Adjutant musste den Befehl, von Below bloss flüchtig überlesen, noch einmal hereinbringen.

«Stimmt», versetzte er grimmig, «aber schön ist das nicht, Herr Leutnant.»

«Das mag sein», entgegnete ich ihm, «aber es ist praktisch.»

IN DER FOLGENDEN NACHT schlief ich zum erstenmal seit langen Monaten wieder in einem herrlichen Bett. Es war sauber bezogen, und ich fühlte mich wie im Himmel. Am andern Morgen meldete ich mich bei dem ic. Das war ein vernünftiger Mann, ein Mecklenburger. Er war der für politische Fragen zuständige Offizier im Armeestab Belows, erstaunlich urwüchsig in seiner Art, und wir kamen sofort glänzend miteinander aus. Ich hielt mich noch in seinem Zimmer auf, da klingelte das Telefon. Bei einer Etappenformation hatten die Landser soeben allen Offizieren die Achselstücke heruntergerissen und rote Fahnen an ihren Wagen angebracht. Das bedeutete Meuterei. Die Armee-Vertrauensräte wurden dringend ersucht, unverzüglich zu kommen. Zum erstenmal in meinem Leben wurde ich in ein Automobil verfrachtet, und wir sausten los.

Es handelte sich um eine Nachschubformation mit Munitionsdepots und Pferden, also um eine reine Arbeitstruppe. Als wir in ihr Quartierdorf einfuhren, sahen wir Betrunkene heruntorkeln. Dass hier dicke Luft war, merkte ich sogleich. Ich versuchte den Ortskommandanten zu erreichen, aber der war schon nicht mehr vorhanden. Nach langem Suchen fand ich endlich den Vorsitzenden des Soldatenrates, der mich sofort anschrie:

«Was willst du hier?»

Ich antwortete etwas ruhiger:

«Das kann ich dir genau sagen: Ich bin dein Kollege, hier sind meine Papiere.»

Instinktiv hatte ich mit der Anrede «Kollege» den richtigen Ton *getroffen*. Ich erkundigte mich wie beiläufig, ob es hier wohl Scherereien gegeben habe. Er knurrte:

«Ach, das ist nicht so schlimm. Die Kerle werden sich morgen oder übermorgen schon wieder beruhigen.»

«Beim Oberkommando macht man sich Sorgen», wandte ich ein. «Ich soll dir behilflich sein. Vielleicht rufst du mal deine Leute zusammen, soweit sie nicht besoffen sind.»

Der grösste Teil war es zum Glück noch nicht. Die Männer fanden sich in einem Wirtshaussaal ein – und piffen mich aus. Rufe erschollen wie:

«Runter mit den Achselstücken! – Ist der eigentlich schon konfirmiert?»

Ich sah wirklich noch sehr jung aus, hatte kaum Bartwuchs und war schlank wie eine Fichte. Aber gerade meine Jugend machte doch irgendwie Eindruck auf diese verwirrten Empörer.

Ich redete sie so gelassen wie möglich an:

«Kameraden! Ich bin nicht hergekommen, um euch irgendwelche Befehle zu erteilen, dazu habe ich gar nicht das Recht. Ich bin auch nicht hergekommen, um euch Vorwürfe zu machen. Ich bin bloss gekommen, um mit euch gemeinsam zu überlegen, wie wir auf dem schnellsten Wege nach Hause kommen.» – Hier hörte ich die ersten Bravo-Rufe. – «Ich möchte euch dabei helfen. Ich habe gehört, ihr habt eure Offiziere abgesetzt und ihnen die Schulterstücke abgerissen. Wie mir euer Soldatenrat erklärt, sind dabei keine Tötlichkeiten passiert. Dazu beglückwünsche ich euch.» – Nun hatte ich die Leute gewonnen. – «Aber ihr wisst doch, wenn wir wirklich nach Hause wollen, dann müssen wir

uns diszipliniert verhalten. Wenn wir alle durcheinanderlaufen, sind die Strassen im Nu verstopft. Ich habe alarmierende Nachrichten von den Maasbrücken: Dort staut sich alles, dort spielen sich tolle Szenen ab. Wenn jetzt auch wir noch verrückt spielen, dann garantiere ich euch, dass wir alle gefangen werden. Wann die Engländer und Franzosen uns dann heimlassen – jetzt, wo sie den Krieg gewonnen haben –, das weiss kein Mensch; das kann Jahre dauern. Ich möchte euch den Rat geben, die drei Wochen, die es vielleicht noch dauern wird, vernünftig zu sein, sonst gibt es eine Katastrophe, und Ordnung halten, das können nun einmal am besten die Offiziere, weil sie es nämlich gelernt haben; die Unteroffiziere werden ihnen dabei behilflich sein. Wenn ihr die also wieder einsetzt und vernünftigen Befehlen gehorcht, dann helft ihr euch selber. Wenn sie aber Blödsinn machen und den alten Kommissbetrieb wieder einführen wollen, dann sagt eben kurzerhand nein und Schluss. Wenn sie dagegen Befehle geben, damit alles klappt, die Verpflegung, das Quartier und das Einhalten der Rückzugsetappen, dann könnt ihr die drei Wochen auch noch aushalten.» Laute Zustimmung. «Jetzt nichts wie ran! Holt eure Offiziere wieder, haltet Ordnung, und an Weihnachten sind wir längst wieder bei Muttern, bei der Frau und den Kindern.»

Nach zehn Minuten war die Ordnung bei dieser Truppe wieder hergestellt.

Nach meiner Rückkehr berichtete ich über dieses Vorkommnis. Der ic sagte zu meiner Verblüffung:

«Sie sind anscheinend ein Naturtalent in der Menschenbehandlung. Sie können sich gleich wieder auf den Weg machen. Die Schwere Artillerie hat ihre Offiziere abgesetzt und einen Wachtmeister zum Abteilungs-kommandeur gemacht.»

Diese Abteilung lag ebenfalls in der Nähe. Hier gab es keine Betrunkenen. Der Vorfall hatte sich soeben erst ereignet; bedauerlicherweise waren jedoch der Kommandeur und sein Adjutant geflohen, weil sie geglaubt hatten, es ginge um ihren Kopf. Das pflegt ja auch bei Revolutionen mitunter der Fall zu sein, nur konnte das, was sich hier zutrug, wohl nicht als Revolution bezeichnet werden. Die letzte echte deutsche Revolution war der Bauernkrieg von 1524/25 gewesen.

Die Soldaten standen aufgereggt in den Strassen herum. Ich rief, soweit es möglich war, alle zusammen und hielt meine Rede wie gehabt. Der Abteilungs-Soldatenrat, ein aufgeschlossener Mann, der es bis zum

Gefreiten gebracht hatte, stand mir zur Seite; ausserdem waren anwesend ein Leutnant, die Vizewachtmeister und der Wachtmeister. Daran war deutlich zu erkennen, wie stark die Truppe dezimiert war. Bei einem andern Regiment mit drei Abteilungen war nur noch ein einziger Offizier anzutreffen.

Der Leutnant war ein älterer Kamerad, der auch nur noch den einen Wunsch hatte, heil nach Hause zu kommen. Er trug seine Achselstücke noch; also konnte es so schlimm nicht gewesen sein. Kurzum, ich hielt meine Rede, und sie hatte den gleichen Erfolg. Der Leutnant wurde zum Regimentskommandeur ernannt, und alles war wieder im Schuss.

Solche Vorgänge wiederholten sich in rascher Folge. Die Männer wollten ganz einfach heim, und dieses elementare Bedürfnis schienen die Offiziere bis hinauf in die höchsten Stellen nicht immer zu begreifen. Wir hatten den Krieg ja wie durch ein Wunder überlebt. Ein Soldat erklärte mir treuherzig:

«Dat hab ich nicht jedacht, dat ich aus diesem Scheisskrieg noch mal rauskomme.»

Und ein anderer gestand:

«Darum hab ich jede Nacht gebetet: dass ich das ganze Schlamassel heil überstehe. Ich hab vier Kinder. Gott sei Dank, dass es jetzt endlich heimwärts geht!»

POLITISCH ERKENNBAR waren bereits sich bildende innere Fronten, die radikal nach links orientierten Charaktere, die gemässigten Leute und jene, die durchblicken liessen: Das zahlen wir denen noch heim! Da ich Offizier war, hatte ich Gelegenheit, die Auffassung anderer Offiziere kennenzulernen. Auch bei ihnen waren grosse Unterschiede zu bemerken. Es waren Sozialdemokraten darunter, «bürgerlich» Gesinnte, aber auch welche, die verzweifelt ausriefen: «Dass Majestät uns das angetan hat! Nach Holland zu türmen! Wir hätten doch mit diesen roten Brüdern aufgeräumt!»

Die oberste Führung war über die tatsächliche Stimmung des Heeres nicht im Bilde; sie hatte die Kontakte verloren, war misstrauisch geworden und wurde offenbar von schlechtem Gewissen geplagt. Die Regimentskommandeure, die in der Nacht vom 9. zum 10. November auf Befehl Groeners in das Grosse Hauptquartier nach Spa beordert wurden, um Hindenburg über die Stimmung zu berichten, antworteten

auf die Frage des Feldmarschalls, ob die Truppe bereit wäre, noch weiter für den Kaiser zu kämpfen, mit einem glatten Nein. Aber auch sie hatten von der Verfassung ihrer eigenen Untergebenen kein klares Bild. Als Hindenburg sich erkundigte, ob die Kommandeure ihrer Truppenteile noch so weit sicher wären, dass sie zum Schutz der Monarchie eingesetzt werden könnten, erklärten sie fast alle, sie hätten ihre Leute nicht mehr fest genug in der Hand. Erst daraufhin löste sich Hindenburg innerlich von seinem Treueid und folgte Groener.

In Wirklichkeit waren die Fronttruppen im Sinne der militärischen Disziplin meist noch intakt. Doch ein grosser Teil ihres Offizierskorps wusste häufig zu wenig vom inneren Zustand der Soldaten.

JE NÄHER die Männer der Heimat kamen, umso ruhiger und disziplinierter wurden sie. Als die Truppen die Grenze überschritten, verschwanden die roten Fahnen bei den Kolonnen. Die meisten Abteilungen führten noch die schwarz-weiss-rote Fahne mit sich, was klar genug von ihrer Gesinnung sprach. Deshalb wurden die Wahlen zur Nationalversammlung für die Mehrheitssozialdemokratie und für die Unabhängige SPD anschliessend auch eine so grosse Enttäuschung: die Politiker in der Heimat kannten die Frontsoldaten ebensowenig, wie deren Führung sie kannte.

In diesen letzten Kriegswochen habe ich bei vielen Gesprächen mit Wachtmeistern und Offizieren vielfach den Entschluss gehört: «Wir werden in der Heimat aufräumen.» Dann kamen andere, die sagten: «Seid doch nicht verrückt, das gibt doch nur sinnloses Blutvergiessen.»

Die meisten schienen gemässigt eingestellt zu sein; doch es gab auch eine Minderheit, aus der die Führer der späteren schwarz-weiss-roten Freikorps kommen sollten. Manche von ihnen wurden in die Feme-mordorganisationen verwickelt oder nahmen an dem verhängnisvollen Kapp-Putsch teil. Noch waren sie nicht untereinander verbunden, noch verhielten sie sich zurückhaltend. Viele dieser Offiziere sahen sich durch die Abdankung des Kaisers, die sie für eine Absetzung hielten, um ihre militärische Karriere geprellt. Andere wiederum standen aus Sentimentalität und Anhänglichkeit noch ganz unter dem Eindruck der nach aussen hin so glanzvollen Monarchie.

Der General und die Republik

ICH MÖCHTE im Ablauf der Ereignisse eine kurze Pause einschalten und von einer Begegnung berichten, die ich einige Jahre danach mit meinem einstigen Chef von Below hatte. Sie scheint mir in vielem symptomatisch für die damaligen wirren Zeitläufte zu sein, in denen die Menschen von heute auf morgen den Boden unter den Füßen verloren hatten und sich gänzlich neu orientieren mussten, wollten sie von der neuen Ära nicht überrollt werden. Es gelang durchaus nicht jedem, sich den veränderten Gegebenheiten anzupassen.

Im Jahre 1925 hielt ich in Insterburg auf einer Provinztagung der demokratischen Jugend einen Vortrag. In der Nähe lag das Gut Otto von Belows: Serpentin. Ich liess über den Oberpräsidenten Dr. Siehr und den Landrat telefonisch anfragen, ob dem Herrn Generaloberst ein Besuch des früheren Leutnants und Soldatenrats Lemmer erwünscht sei. Die Antwort lautete, Exzellenz werde sich sogar sehr freuen, mich zum Mittagessen begrüssen zu können.

Am nächsten Tag fuhr ich zu seinem Gut und wurde herzlichst empfangen. Below war in Landwirtskleidung, er trug hohe Schaftstiefel und fragte höflich, ob ich Anstoss daran nähme, allein mit ihm zu speisen. Er zog es nämlich vor, die Unterhaltung ungestört mit mir zu führen; seine Familie werde er in einem anderen Raum unter sich lassen. Er blieb in seinem Gutsinspektoren-Dress, und auch ich trug ja nicht gerade Frack oder Smoking. So setzten wir uns zwanglos zu Tisch.

Nun, wir haben drei Stunden lang Erinnerungen ausgetauscht. Der General ausser Diensten war stramm deutsch-national gesinnt, und er liess mich auch nicht darüber im Unklaren. Er sagte, inzwischen habe er meine Rolle, die ihn seinerzeit provoziert hatte, besser zu verstehen gelernt. Auch die Sozialdemokratie sähe er nicht mehr mit den früheren Vorurteilen an. Mit seinen Arbeitern käme er im Übrigen sehr gut aus; fast alle seien im Landarbeiterverband organisiert. Die Regierung in Berlin freilich hielt er für schlecht; sie verfüge über keinerlei Autorität. Der demokratische Oberpräsident Dr. Siehr indessen sei ein ausgezeichnete Mann, der auch von seinen, also von Belows Parteifreunden, respektiert werde. Was nun die neuen Verhältnisse im Allgemeinen angehe – nun, man müsse sich eben arrangieren.

Otto von Below glaubte an die Rückkehr der Monarchie. Nur müsse man Geduld haben; die Restauration dürfe nicht durch einen Gewalt-

akt erfolgen. Den Kapp-Putsch habe er entschieden missbilligt. Auch von seinen Nachbarn, allesamt Grossgrundbesitzer, hätten nur wenige daran Anteil genommen, obwohl Kapp in dieser Provinz immerhin Generallandschaftsdirektor gewesen war. Er erkenne auch die Schuldhafte des kaiserlichen Regimes. Der Kaiser habe nicht die preussische Selbstdisziplin eines Friedrichs des Grossen gekannt, für den er schwärmte. Ausserdem habe sich Majestät in schlechter Umgebung befunden. Der Krieg allerdings wäre zu gewinnen gewesen.

Mir fiel auf, dass ein Bismarckbild in seinem Zimmer hing, nicht etwa eines von Wilhelm u., auch keines von Friedrich in.; dagegen schauten Friedrich der Grosse und der Grosse Kurfürst von den Wänden herab. Das charakterisierte die Gesinnung des altpreussischen Hausherrn.

Gegen Hindenburg empfand der General eine spürbare Abneigung: Der Feldmarschall hatte sich von Monarchisten zum Präsidenten der Republik wählen lassen. Der Name Hindenburg fiel überhaupt nur selten. Below war davon überzeugt, dass die Monarchie von selber wiederkommen werde, denn das deutsche Volk sei monarchistisch «bis auf die Knochen». Die Stabilisierung der Währung sei 1923 ja glücklicherweise gelungen; was aber habe sich inzwischen nicht alles zugetragen! Kein Mensch habe Rückgrat gegenüber den Siegermächten gezeigt. In der Kriegsschuldfrage sei immerzu nachgegeben worden – was für eine Haltung! Gott sei Dank habe man die sogenannten Kriegsschuldigen nicht ausgeliefert; das hätte ja wohl auch einen Volksaufstand ausgelöst. Es sei an der Zeit, dass wir wieder bessere Beziehungen zu den Engländern fänden – entweder zu den Engländern oder zu den Russen.

Ich fragte ziemlich verblüfft:

«Was? Zu den Russen? Aber das sind doch jetzt Kommunisten!»

Der General machte eine wegwerfende Handbewegung.

«Kommt es denn darauf an? Jedes grosse Volk muss eine Alternative in seiner Politik haben. Die Beschränkung auf die Reichswehr ist eine Schweinerei, die nur noch ein paar Jahre lang vom deutschen Volk geduldet werden kann. Damit wird eines Tages Schluss gemacht! Uns die Kriegsschuldflüge anzuhängen –!»

Ich flocht ein, dass ich Mitglied des Arbeitsausschusses deutscher Verbände sei. Damit hatte ich wieder ein grosses Plus bei ihm gewonnen. Dieser Begriff umschloss eine überparteiliche Organisation, zu der auch sozialdemokratisch orientierte Gewerkschaften gehörten; wir hatten

uns die Bekämpfung der Kriegsschuldfrage zur Aufgabe gemacht. Der Arbeitsausschuss wollte durch die Förderung geschichtlicher Forschung und objektiver Tatbestandswürdigung – nicht etwa durch Polemik oder nationalistische Tendenzen – beweisen, dass die Deutschen nicht allein für den Ausbruch des Weltkrieges verantwortlich gewesen waren. Dies imponierte dem General sichtlich.

«Na, Sie sind doch ein braver Bursche. Ich habe Sie zuerst erschiessen lassen wollen, aber ich muss zugeben: Sie sind ein Prachtkerl. Dass Sie mich heute besuchen, finde ich hochanständig. Ich bitte um Entschuldigung! Wenn ich Sie damals beleidigt habe und nicht verstehen konnte. Solche Männer wie Sie brauchen wir jetzt in der Politik nötiger denn je. Wenn wir mehr von Ihrer Sorte hätten, dann würde ich vielleicht auch mehr Verständnis für diesen Übergangsstaat aufbringen.» (Er sprach von der Weimarer Republik immer nur als von einem Übergangsstaat.)

Die Unterhaltung verlief höchst harmonisch und schloss wie ein Echo auf die dramatischen Ereignisse des Jahres 1918 für mich ab.

Dieses Gespräch mit einem Mann von «vorgestern», von dem mich innerlich so vieles trennte, lässt den Typ des ostpreussischen «Junkers» in einem besseren Licht erscheinen, als manche unserer Mitbürger heute noch wissen können oder wissen wollen, wie auch gewisse Werte des Preussentums weit mehr hergeben, als seine heutige, fast nur noch konservativ betonte Äusserung erkennen lässt. Wohl kaum ein anderes Element unserer Geschichte ist in der Welt so missverstanden worden wie der Begriff des Preussentums. Es war geradezu grotesk, dass sich der vom völkischen Ungeist angetriebene Nationalsozialismus auf die geistigen Quellen des Preussentums berief. Im Staate Friedrichs des Grossen bestand eine weitreichende geistige Toleranz als Grundgesetz, wie sie damals in keinem andern Volk Europas staatliche Wirklichkeit war.

Dazu gehörte auch die in jener Zeit begonnene Emanzipation des Judentums in unserem Land, wie wohl überhaupt allen Hohenzollern nachgesagt werden kann, dass sie weit davon entfernt waren, antisemitische Regungen gehabt zu haben. Dieser Eindruck der Unvoreingenommenheit anderen religiösen Bekenntnissen oder Rassen gegenüber bestätigte sich auch in meinem Gespräch mit Otto von Below. Ob er in früheren Jahren anders gedacht hatte, weiss ich nicht. Ich erinnere mich jedoch genau, dass er während unserer letzten Unterhaltung den

Antisemitismus als Mann der konservativen Rechten mit heftigen Worten verdamnte.

Ich hatte das Gespräch auf dieses Thema gebracht, um ihn nahezu provokatorisch auf den hohen Blutzoll der jüdischen Soldaten im Weltkrieg aufmerksam zu machen. Ich erwähnte einen Getreidekaufmann Goldschmidt aus Magdeburg, der in einem der Regimenter, mit denen ich an der Front stand, gedient hatte und der mir ein guter Kamerad gewesen war. Er war ein hervorragender und tapferer Offizier, Hauptmann der Reserve, Bataillons-Adjutant und Inhaber des Eisernen Kreuzes beider Klassen sowie des selten verliehenen Hohenzollernschen Hausordens. Ich musste feststellen, dass mein ehemaliger Armeeführer nichts von dem ungewöhnlich grossen Anteil der jüdischen Gefallenen wusste. Als ich ihm aber sagte, dass mehr als zwölftausend deutsche Juden ihr Leben für das Vaterland gelassen hatten, machte diese Mitteilung einen tiefen Eindruck auf ihn.

Beim Rätekongress in Berlin

NIEMALS HÄTTE ICH geahnt, welch eine geradezu phantastische Phase meines Lebens ich vom 11. November bis zum Weihnachtsfest 1918 durchlaufen würde. Vom Kompaniechef hatte mein Weg mich zum Vorsitzenden übergeordneter Formationen geleitet und sollte nun als Ersatzdelegierter weiter zum Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte nach Berlin führen – jener Stadt, die nach dem Aufruhr in Kiel zum eigentlichen Schauplatz des politischen Geschehens geworden war. Auch Armeeverbände entsandten Delegierte zu diesem Kongress, der im Gebäude des Preussischen Abgeordnetenhauses anberaunt war.

Dieser Rätekongress brachte mich zum erstenmal in nähere Berührung mit der Reichshauptstadt. Schon zweimal hatte ich Berlin für kurze Zeit besucht und auch während des Krieges beim Wechsel zwischen Ost- und Westfront mehrfach die Peripherie der Stadt gestreift. Erst jetzt aber lernte ich sie richtig kennen.

Das Berlin von 1918 zeigte natürlich nicht sein normales Gesicht. Die Not war unübersehbar. Überall traf man auf unterernährte, verhärmte, unlustige Menschen, in denen kein Funken von Lebensfreude mehr glühte. Es war ein trauriges Bild – wenn auch längst nicht so trostlos wie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Aber schon da-

mals empfand ich, dass unsere Reichshauptstadt zum Brennpunkt aller Nöte und Leiden unseres Volkes geworden war. Mit den Berlinern kam ich rasch ins Gespräch. Einige sahen mich zwar mit scheelen Blicken an, weil ich die Achselstücke aus Trotz noch immer trug; die meisten Leute aber waren tolerant und zeigten dem Fremdling bereitwillig die Wege.

Erstaunlicherweise nahm die Bevölkerung von diesem doch so schicksalsträchtigen Rätekongress kaum Notiz. Wenn ich darauf zu sprechen kam, musste ich zunächst einmal erklären, was es mit dieser Angelegenheit denn eigentlich für eine Bewandnis habe. Die Menschen hatten eben andere Sorgen und verstanden nicht, was sich da für die Zukunft anbahnte. Der Sturz des Kaiserreiches hatte die Bevölkerung tief erschüttert, wie auch immer die politische Einstellung des Einzelnen sein mochte. Die einen glaubten, die Welt sei eingestürzt und alles zu Ende. Andere waren von der Sorge bewegt, wie sich aus dieser unfassbaren Katastrophe, aus dem Niedergang einer für ewig dauernd angesehenen Regierungsform ein neuer Staat formen könne. Die dritte Gruppe, die Linke, sah nun die Prophezeiungen eines Karl Marx verwirklicht. Sie war von dem Glauben durchdrungen, dass sich jetzt eine gewaltige wirtschaftliche und gesellschaftliche Umwälzung vollziehen werde und dass die Ereignisse in Russland und Deutschland wie in einer Kettenreaktion auf die ganze Welt übergreifen müssten.

Der Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte war etwas ganz Neues, das man nicht einzuschätzen vermochte. Man entschied sich schliesslich dafür, das Ganze für eine Art Reichstagung eines Verbandes zu halten. Dass diese Reichskonferenz eine zentrale Institution deutscher Geschichte sein würde, hat das Volk damals nicht begreifen können, auch nicht die sonst so hellen Berliner.

Die Geschehnisse bei Kriegsende und der Übergang zur Republik hatten hier und da den Charakter von Revolten angenommen, sie waren jedoch keineswegs die Zeichen einer echten Revolution. Nach jahrhundertalter Tradition nun zu einer grundlegenden Neuorientierung zu kommen, das war gewiss auch schwer fassbar, und so wurden manche Missverständnisse unvermeidlich, die sich auf die Verhandlungsführung dieses Kongresses erschwerend auswirken sollten. Seine Einberufung entsprang dem Verantwortungsbewusstsein von Männern wie Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann, Otto Landsberg, Paul Lobe und Carl Severing. Diese Politiker hatten begriffen, dass schnellstens eine neue

Legalität geschaffen werden musste, wenn der Umsturz nicht zu einer wirklichen Umwälzung mit chaotischen Verhältnissen unter den Vorzeichen des Bolschewismus führen sollte. Die Soldatenräte der West- und Ostfront schienen ihnen am besten geeignet, dem nach der Flucht des Kaisers führungslos gewordenen Staat wieder eine verfassungsmäßige Grundlage zu geben.

Noch heute bin ich erstaunt darüber, wie schnell es bei den damaligen Verkehrsverhältnissen möglich war, den Kongress schon für den 16. Dezember 1918 einzuberufen. Diesem Tag waren ja bereits zum Teil blutige Kämpfe zwischen den gemäßigten Sozialdemokraten und den Radikalen vorausgegangen. Die Linkssozialisten gedachten über den Berliner Vollzugsrat zunächst einmal eine neue staatliche und gesellschaftliche Realität zu schaffen. Die demokratisch orientierten Sozialdemokraten, noch leidlich verständnisvoll von fortschrittlichen bürgerlichen Kreisen unterstützt, wollten nichts ohne die Arbeiter- und Soldatenräte in Gang bringen. Hindenburg, dessen Machtposition noch ungeschmälert war und der unter dem Einfluss des klardenkenden Generals Wilhelm Groener stand, wollte ebenfalls nichts unternehmen, was als Illoyalität gegenüber den Volksbeauftragten erschienen wäre. Beide wussten: Wenn das Reich überhaupt vor dem totalen Zusammenbruch und einer separatistischen Teilung bewahrt werden sollte, dann konnte dies nur durch jene Männer geschehen, die sich verantwortungsbewusst bereits in der ersten Stunde zur Verfügung gestellt hatten.

ICH TRAF VERSPÄTET in Berlin ein, weil die völlig überlasteten Transportmöglichkeiten von der Westfront nach Berlin meine Anwesenheit bei der Konstituierung noch nicht erlaubt hatten. Man schrieb bereits den 18. Dezember, doch es war immerhin noch Zeit, den leidenschaftlichen Debatten und Entscheidungen dieses ersten provisorischen Parlaments Nachkriegsdeutschlands beiwohnen zu können. Mein Entree war linkisch genug. Die bürokratischen Einrichtungen waren in dem benachbarten ehemaligen Preussischen Herrenhaus untergebracht. Ich erinnere mich noch, wie ich dort hilflos in einem der Büroräume vor martialisches dreinblickenden Räten stand, die mich vergeblich nach meiner politischen Orientierung befragten:

«Genosse, bist du SPD, oder gehörst du zur USPD?»

Ich verstand überhaupt nicht, was der Mann meinte, und fragte verduzt zurück:

«USPD? Was ist denn das?»

Daraufhin wurde ich noch mitleidiger gemustert als zuvor. Man bedrängte mich indessen weiter:

«Menschenskind, das musst du doch wissen! Bist du denn nun bei der Mehrheits-Sozialdemokratie oder bei den Unabhängigen?»

Am Ende wurde ich als hoffnungsloser Fall der sogenannten Soldatenfraktion als Beobachter zugeteilt. Daneben gab es noch eine Beamtenfraktion unter Führung des späteren Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes, Wilhelm Flügel, mit dem ich in diesen turbulenten Dezembertagen Freundschaft schloss. Die grösste Fraktion wurde von der Mehrheits-Sozialdemokratie gestellt. Die Namen ihrer hervorragenden Männer waren mir als eifrigem Zeitungsleser schon geläufig. Weit kleiner war die Fraktion der Unabhängigen Sozialisten.

Die grosse Frage, die dieser Kongress beantworten sollte, lautete schlechthin: Diktatur oder demokratische Republik? Sie wurde dem Kongress von den sechs Volksbeauftragten – drei von der Mehrheits-Sozialdemokratie, drei von den Unabhängigen – vorgelegt. Ich muss auch heute noch die eisernen Nerven bewundern, mit denen der spätere Oberbürgermeister von Hannover, Leinert, die Verhandlungen leitete, die mitunter zu Ausbrüchen führten, welche die Radauszenen in der letzten Phase des Reichstags vor 1933 vorwegnahmen. Die Mehrheits-Sozialdemokratie verfügte über die absolute Majorität, dank derer es ihr gelang, die Wahlen zu einer demokratischen Nationalversammlung durchzusetzen, die am 19. Januar 1919 stattfinden sollten.

Mir ist stets unbegreiflich geblieben, dass dieser Rätekongress bloss fünf Tage brauchte, um diese schwierige Frage zu entscheiden und damit die gefährliche Zeit des Übergangs vom Kaiserreich zur Republik durch die Wahl eines nationalen Parlaments zu überwinden. Die drei Tage meiner Anwesenheit aber hatten ausgereicht, mir die grosse Gefährdung unseres Volkes klarzumachen: überall drohte das Chaos. Im Widerstreit der Theorien stand die Gründung eines neuen Staates auf des Messers Schneide.

Diese grosse geschichtliche Entscheidung ahnte ich mehr, als dass ich sie bewusst erkannt hätte. Ich war ja noch sehr jung und im öffentlichen Leben unerfahren, wenn auch schon weitaus stärker an Politik interessiert als meine Altersgenossen. Das parlamentarische Milieu zog mich an. Plötzlich verspürte ich den geheimen Wunsch, selber einmal Volksvertreter im Parlament zu sein.

Gefühlsmässig stand sicherlich eine Reihe von Abgeordneten der Soldatenfraktion der äussersten Linken näher als den Mehrheits-Sozialdemokraten. Auf der andern Seite waren unter ihren Mitgliedern undurchsichtige Figuren, die man bereits als Gegenrevolutionäre hätte bezeichnen können. Manche von ihnen entpuppten sich später als rechtsradikale Freikorpsleute; der eine oder andere sollte dann auch während der Nazizeit den Weg zum Spitzenfunktionär einschlagen. Diese Fraktion stellte ein politisches Konglomerat ohne klaren eigenen Kurs dar. Die Beamtenfraktion stand geschlossen hinter der Mehrheits-Sozialdemokratie und half damit die Anarchie zu bändigen, radikalrevolutionäre Elemente auszuschneiden und möglichst bald eine neue staatliche Ordnung zu begründen. Die Gespräche zwischen Ebert und dem Grossen Hauptquartier hatten gleichfalls zu einem Bündnis zwischen der Mehrheits-Sozialdemokratie und den militärischen Spitzen geführt. Die Radikalen stellten mir stets die Frage: Bist du für die Konstituante oder nicht? Damals habe ich mich mit einigen Kollegen der äussersten Linken angefreundet. Der eine war ein Landsmann aus Remscheid, der dortige Führer der Unabhängigen Sozialdemokraten, Otto Brass, der später Reichstagsabgeordneter der USPD wurde. Ihm sollte ich im Jahre 1945 bei der Gewerkschaftsgründung in Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone noch einmal begegnen. Inzwischen war er zum Greis geworden, der wohl nicht mehr wusste, wofür er von den Kommunisten missbraucht wurde.

Ich erinnere mich auch noch eines anderen Abgeordneten der radikalen Linken, der in jenen Tagen vor der Abstimmung regelmässig mit mir ausging und gelegentlich auch den einen oder andern Gesinnungsfreund mitbrachte. Dieser Abgeordnete bemühte sich eifrig, mich davon zu überzeugen, dass die Konstituante nicht zu früh gebildet werden dürfe. Wenn erst einmal die Diktatur des Proletariats gesichert sei – so erläuterte er mir –, dann sei auch die Zeit für eine Nationalversammlung gekommen. Jetzt aber bestünde die Gefahr, dass in einer Nationalversammlung die Reaktion die Oberhand gewinnen könnte. Im Gegensatz zu ihm hielt ich baldige Wahlen für erforderlich. Der Antrag wurde denn auch mit grosser Mehrheit, etwa mit vierhundert gegen fünfzig Stimmen, angenommen. Gleichzeitig wurde mit dreihundertvierundvierzig gegen achtundzwanzig Stimmen ein Antrag abgelehnt, den betont revolutionären Berliner Vollzugsrat noch eine Weile als Kontrollorgan über die Nationalversammlung zu stellen.

Als ich fast dreissig Jahre später in der ersten Legislaturperiode als Abgeordneter der CDU von Berlin in den Bundestag einzog, glaubte ich meinen Augen nicht zu trauen. Wer sass da als norddeutscher Abgeordneter auf den Bänken der CDU/CSU? Mein alter Freund aus dem Rätekongress von 1918! Er war sehr verlegen. Als die Sitzung zu Ende war, schlich er sich buchstäblich an mich heran und zog mich beiseite, um mir ins Ohr zu flüstern:

«Kollege Lemmer, tu mir den einzigen Gefallen und halte dicht. Halt den Mund darüber, welche Rolle ich damals gespielt habe; das weiss natürlich heute kein Mensch mehr. Wenn du redest, dann ist das nicht nur politisch eine Katastrophe für mich, sondern auch geschäftlich. Ich habe nämlich ein gutgehendes Geschäft.»

Ich drückte ihm sogleich die Hand und versprach ihm, solange er lebe, keinem Menschen auch nur ein Sterbenswörtchen zu verraten. Dieses Wort habe ich gehalten. Das Vergangene lag ja so weit zurück. Dieser gute Mann war mit der Etablierung seines bourgeoisen Wohlstandes eher zum «Reaktionär» geworden, hatte auch später wahrscheinlich dem rechten Flügel der Deutschnationalen Volkspartei angehört; Nationalsozialist ist er freilich nie geworden. Es war dennoch ein beachtlich weiter Weg vom Gegner der Konstituante des Dezembers 1918 zum braven und im Grunde konservativen Abgeordneten der CDU/CSU im Bundestag von 1949.

Aus den Tagen des Rätekongresses ist mir auch eine Äusserung des Volksbeauftragten Wilhelm Dittmann, eines Mannes der äussersten Linken, im Gedächtnis haften geblieben. Er verkündete damals: «Diktatur einer Minderheit ist unvereinbar mit Karl Marx.» Ich habe die Werke von Marx gelesen und muss zugeben, dass Dittmann diese überraschende Interpretation nicht zu Unrecht getan hat. Später waren unsere Familien miteinander befreundet. Dittmann war der Typ des korrekten Arbeiterführers. In Klein-Machnow wurden wir 1932 Nachbarn, allerdings nur für wenige Monate, denn im Frühjahr 1933 musste er in die Emigration gehen.

Mit der Liquidation der Katastrophe, der Niederlage des Kaiserreichs, hatten die Volksbeauftragten freie Hand und eine gewisse Autorität erlangt. Die ersten bürgerlichen Persönlichkeiten wurden nun in ihr Regierungsgremium einbezogen, natürlich mit dem Vorbehalt, dass die eigentliche Regierungsbildung erst nach den Wahlen zur Nationalversammlung erfolgen werde. Der Berliner Staatsrechtler Professor Hugo

Preuss wurde mit der Ausarbeitung einer Verfassung beauftragt. Ihm bin ich in späterer Zeit als Parteifreund respektvoll nähergekommen. Er legte seinen Entwurf der ersten republikanischen Reichsverfassung dem Parlament vor, doch war er vielleicht etwas zu idealistisch gehalten. Die Verfassung des Weimarer Staates beruhte weitgehend auf seinen Ideen. Diese Verfassung hat es dann leider den Feinden dieser Rechtsgrundlage allzuleicht gemacht, im Jahre 1933 antidemokratische Kräfte an die Macht zu bringen. Das deutsche Volk von 1918 war noch nicht reif für Vorstellungen, wie sie Hugo Preuss bewegten. Dieser warmherzige und geistreiche Mensch, ein echter Berliner, ist in meiner Erinnerung stets lebendig geblieben.

Die Wahlen zur Nationalversammlung konnten am 19. Januar 1919 auch deshalb so glatt verlaufen, weil die Behörden nicht in den allgemeinen Strudel des Zusammenbruchs mit hineingerissen worden waren. In den Provinzial-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen sassen Berufsbeamte, deren Pflichtbewusstsein kaum von den Änderungen beeinflusst war. Sie arbeiteten auch nach der Umwälzung wie an jedem andern Tag. So konnten die Wählerlisten ausgelegt und die Gesetze der Zentralregierung der Volksbeauftragten ungehindert zur Kenntnis gebracht werden. Ein neues Wahlrecht wurde eingeführt. Die Wahlkreiseinteilung wurde auf dem Verwaltungswege in kürzester Frist von oben nach unten bis zur letzten Verwaltungsstelle angelegt. Vier Wochen nach dem Beschluss der Rätekonferenz gingen diese Wahlen fast reibungslos vonstatten. Hier zeigte sich einmal mehr die vorzügliche Struktur unserer Verwaltung im besten Licht.

Nach dem 11. November 1918 hatten sich die Parteien neu gebildet. Einige blieben bei ihrer alten Tradition, wie die Sozialdemokratie, das Zentrum oder die Demokraten, also die einst oppositionellen Kräfte im Kaiserreich. Das Bürgertum, das überwiegend konservativ zu wählen pflegte, bangte um seine Existenz und stimmte zunächst für die demokratischen Parteien.

Dadurch fiel die Zusammensetzung der Nationalversammlung recht ungewöhnlich aus. Die Sozialisten sollten bitter enttäuscht werden. Beide Linksparteien zusammen erreichten keine Mehrheit; sie hätten aber auch in diesem Falle keine Koalition gebildet. Das linke Zentrum und die Demokraten standen der Sozialdemokratie der Richtung Ebert-Scheidemann entschieden näher als die Unabhängige Sozialdemokratie (USPD), obwohl sich später viele Abgeordnete der Un-

abhängigen keineswegs der neugeschaffenen Kommunistischen Partei Deutschlands anschliessen sollten, sondern sich – wie zum Beispiel Wilhelm Dittmann, Arthur Crispian, Hilferding, Breitscheid und viele andere – wiederum der Sozialdemokratie zuwandten.

In den linksrheinischen, also in den besetzten Gebieten wurden die Arbeiter- und Soldatenräte sofort abgesetzt. Die Amerikaner mischten sich dabei am wenigsten ein. Sie wurden der Okkupation – wie ihres europäischen Engagements überhaupt – müde und zogen sich bald gänzlich zurück. Die Engländer unterstützten den Wahlkampf in ihrem Gebiet, dem Kölner Raum, durch eine gewisse Schützenhilfe, wodurch sie dazu beitrugen, dass er mit demokratischen Methoden durchgeführt werden konnte. Das französische Interesse zielte dagegen weiter, doch beiden Grossmächten war gleichermassen daran gelegen, dass alsbald eine verhandlungsfähige Regierung auf deutschem Boden gebildet wurde, mit der sie den Friedensvertrag abschliessen konnten. Lediglich die Soldatenräte wurden unterschiedlich beurteilt. Die Franzosen schienen sie besonders argwöhnisch zu beobachten, da sich auch in Frankreich eine starke Linksbewegung abzeichnete. Die Militärbehörden befürchteten wohl, diese Einrichtung könne am Ende auch die Sicherheit des französischen Staates gefährden. Nach Besetzung des linken Rheinufer hörten die Arbeiter- und Soldatenräte jedenfalls praktisch zu bestehen auf.

Nach zwei Katastrophen

BLICKE ICH HEUTE auf meine Soldatenzeit zurück, so erscheint es mir als ganz selbstverständlich, dass ich es bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges für meine staatsbürgerliche Pflicht hielt, mich meinem Vaterland in der Stunde der Gefahr zur Verfügung zu stellen. An dieser Grundhaltung hat sich, obwohl ich seit Jahrzehnten passionierter Zivillist bin, nichts geändert.

Sehr gewandelt hat sich dagegen natürlich meine Einstellung zum Krieg überhaupt. Das technisierte Massenmorden unserer Zeit mit all seiner Unmenschlichkeit und Grausamkeit ist etwas anderes als der Krieg von 1914, der die Patrioten unter die Waffen rief. Viele kluge Leute meinen, ein Krieg könne nun eben nicht mit humanistischen Skrupeln geführt werden; der Zweite Weltkrieg hat mir in dieser Frage

indessen seine Lehren hinterlassen, obwohl ich an ihm aktiv nicht teilgenommen habe. Ich habe jedoch die Not und das Elend in der Heimat erlebt und Hunderte von Luftangriffen in Berlin mitgemacht. Ich habe sterbende Kinder, Greise, Verstümmelte und die Vernichtung von kulturellen und zivilisatorischen Werten mit angesehen, die wie ein Kartenhaus zusammenfielen. Ich habe die Psychosen, den Fanatismus und die völlige Ausschaltung des Verstandes und des Gewissens der Menschen erfahren.

Die Männer der Bundeswehr aber sollen wissen, dass ich mich des hohen Wertes einer Verteidigungstruppe für die Wahrung des Friedens, allein schon durch ihre Existenz, bewusst bin. Der Friede kann nur durch Störung des Gleichgewichts der Kräfte durch Ost und West gefährdet werden.

Wenn mich meine optimistische Überzeugung trotz der beunruhigenden Weltlage und der anhaltenden kriegerischen Auseinandersetzungen nicht verlassen hat, dann nur deshalb nicht, weil die Waffentechnik sich in so unerhörter Weise entwickelt hat, dass nur total wahnwitzige Staatsmänner einen dritten Weltkrieg herbeiführen könnten. Wir haben also den paradoxen Zustand erreicht, dass als Folge der gesteigerten Vernichtungskraft der Waffen ein Grosskrieg praktisch als Mittel der Politik entfällt. Aber auch lokale Kriege, wie die in Korea, Vietnam und Israel, werden meiner Auffassung nach bald nicht mehr möglich sein. Die Weltmächte, also die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, können kein Interesse daran haben, wegen Meinungsverschiedenheiten minderen Ranges (denn um anderes handelt es sich im Grunde – zur Zeit wenigstens – in Europa nicht) einen nuklearen Krieg zu riskieren. Doch teile ich keineswegs jenen Optimismus, der dem holden Glauben entstammt, die breiten Schichten aller Völker würden in ihren politischen Reaktionen von der Vernunft geleitet. Ich bin ein guter Soldat gewesen, aber ich habe unendliche Ängste dabei ausgestanden. Wenn Tapferkeit die Angst ausschliesst, dann bin ich nicht tapfer gewesen.

Für mich hat der Krieg eine entscheidende Phase meines Lebens bedeutet, an deren Ende mein Schicksal einen anderen Weg nahm, als sonst wahrscheinlich gewesen wäre. Meine Gesundheit, meine körperliche Zähigkeit, meine Leidensfähigkeit bei Krankheiten verdanke ich der Abhärtung im Kriege ebenso wie meine geistige Entwicklung und meine Haltung in der Politik. Nach meinen Erlebnissen bin ich für

einen robusten Machtpolitiker mit Sicherheit zu weich ausgefallen; nicht dass ich ohne Härte wäre (Politik ohne Härte kann zu keinen Ergebnissen führen), aber ich habe mich bis heute im politischen Leben immer gescheut, die Selbstbeherrschung zu verlieren, Hassausbrüchen zu erliegen und mit Vorsatz unsachlich zu sein.

Während meines ganzen politischen Wirkens habe ich mich in die Lage meines Gegners hineinzusetzen versucht, wie ich es als Soldat dem ‚Poilu‘ oder dem ‚Tommy‘ gegenüber tun musste. Ich habe stets daran gedacht, wie meinem Gegner zumute sein könnte. Deshalb habe ich in den Kämpfen – von einigen Ausnahmen abgesehen, als es um Leben oder Tod für mich ging – niemals einen Feind töten wollen. Der Krieg und die Einsichten, die ich aus ihm zog, haben sich auf meine seelisch-geistige Haltung ungemein stark ausgewirkt, mich auch frühzeitig reifen lassen. Meine untergeordneten militärischen Führungsstellen im Ersten Weltkrieg haben mich auch bereitwilliger gemacht, Verantwortung im öffentlichen Leben zu tragen. Damals habe ich gelernt, in meinem Mitkämpfer den Mitmenschen zu sehen. Ich machte die Erfahrung, dass man durch kameradschaftliches Verhalten und Geduld tausendmal mehr bei seinen Untergebenen erreicht als durch barsches Kommandieren.

In der Katastrophe des Ersten Weltkrieges habe ich auch unser Volk in allen seinen Schichten kennengelernt, von den höchsten bis hinab zu den einfachen Menschen, die aus den Gruben in die Kasernen gezogen waren, aus den Eisenhütten und den Bauernkaten. Weil ich mich immer dem Menschen verbunden fühlte, habe ich gelernt, ihn so zu sehen, wie er ist: Er hat seine Schwächen, und er hat seine Tugenden. Um meine eigene Fehlbarkeit, mein Versagen hier und da, wusste ich. Das machte es mir leichter, demütig und immer wieder demütig vor meinem Gott, dem Schöpfer, zu sein.

Der Student und die Politik

ICH GEHÖRTE zu DEN wenigen überlebenden Dutzend aus dem Heer der Hunderttausenden von Kriegsfreiwilligen, denen im Frühjahr 1918 durch Verordnung des königlich-preussischen Kultusministers von Trott zu Solz das Reifezeugnis ausgestellt wurde. Das Abitur wurde damals im Namen des Königs von Preussen denjenigen ohne weitere Prüfung

zuerkannt, die sich durch anhaltende Tapferkeit vor dem Feinde ausgezeichnet hatten.

Als ich im Dezember 1918 nach Remscheid zurückkehrte, wollte mich der Direktor des Gymnasiums, ein altpreussischer Typ, allen Ernstes dazu bewegen, wenigstens die Oberprima noch einmal zu besuchen. Dazu war ich jedoch zu stolz und hatte auch zuviel erlebt – und zwar Dinge, die nicht auf der Schulbank erlernt werden. Die bescheidenen Mittel meines Vaters, dessen Baugeschäft während des Krieges zum Stillstand gekommen war, erlaubten mir keine Verzögerung der Ausbildung. Ich musste mein Studium so schnell wie möglich beginnen. Kein Anzug und kein Hemd passten mir mehr. Ich musste daher zunächst noch eine Zeitlang in meiner alten Uniform herumlaufen, von der ich die Abzeichen abgetrennt hatte. So erging es ja oft genug auch den Heimkehrern aus dem Zweiten Weltkrieg.

Die Wintermonate verbrachte ich noch in meiner Heimatstadt. Das politische Leben blieb auch nach dem Wahlgang zur Nationalversammlung unruhig. Die Arbeiterschaft Remscheids war wie die des benachbarten Solingen ausgesprochen radikal eingestellt; es kam nicht selten zu schweren Zusammenstößen in der Bürgerschaft. Als der Frühling begann, musste ich Abschied nehmen. Wie viele Tausende meiner Generation hatte ich wertvolle Studienjahre verloren und musste mir nun Gedanken über meine berufliche Zukunft machen. Ich entschloss mich, nach Marburg an der Lahn zu gehen, wo bereits einige Freunde und Kriegskameraden mit ihrem Studium begonnen hatten. Dies war indessen leichter gesagt als getan.

Von meinem Vater konnte ich keine finanzielle Beihilfe erhoffen. Den Gründungsfonds für mein akademisches Studium erhielt ich von einigen Verwandten, doch waren diese Mittel so bescheiden, dass ich mit ihnen allein nicht auskommen konnte. Es blieb mir nichts anderes übrig, als das fehlende Geld durch Arbeit als Werkstudent zu verdienen, denn ich wollte das nationalökonomische Staatsexamen unter allen Umständen bestehen. Nebenbei erlernte ich also ein wenig das Setzereihandwerk bei der [«Hessischen Landeszeitung»](#), wo ich in der Abendschicht arbeitete. Meine politischen Freunde hatten mir zu dieser Beschäftigung bei der gemässigt demokratisch orientierten Zeitung verholfen. Später wollte ich Redakteur werden.

Gegen meinen Willen wurde ich sogleich in politische Auseinandersetzungen verwickelt. Ich mochte nicht stumm zusehen, wie sich an der

Universität ein staatsfeindlicher Rechtsradikalismus entwickelte; es galt, ihm so viele Kräfte wie möglich entgegenzusetzen. Der Streit der Meinungen wurde nicht nur während der Vorlesungen ausgetragen, sondern mit wachsender Leidenschaft auch in der Öffentlichkeit. Auf die stürmischen Versammlungen in den «Marburger Stadtsälen», dem grössten Lokal der Stadt, schauete ich heute noch mit einiger Befriedigung zurück. Eine Universitätsstadt übte damals eine starke Anziehungskraft auf alle Politiker aus, und die Parteien hatten es leicht, für ihre Veranstaltungen prominente Redner aus Berlin zu gewinnen. Die Gegensätze vertieften sich nicht allein innerhalb der Studentenschaft, wo Anhänger und Gegner des Rechtsradikalismus einander zu hassen begannen; es war weit Schlimmeres zu befürchten.

Nach einer gewissen Zeit sollte sich diese Befürchtung denn auch bestätigen. Die preussische Regierung hatte in ihrer Absicht, die bejahenden Kräfte des Staates zu unterstützen, verfügt, dass einmal in der Woche an allen preussischen Hochschulen informativische Vorlesungen über die neuen demokratischen Verhältnisse gehalten werden sollten; die Bürger konnten daran teilnehmen. Selbstverständlich besuchte ich bei meinem starken politischen Interesse diese Vorlesungen gern, weil ich von ihnen eine Erweiterung meiner Bildung erwartete. Ich wurde schwer enttäuscht. Die staatsbürgerlichen Vorlesungen des Geheimrats Professor Dr. Traeger an der Marburger Universität über die «Grundlagen der Politik» waren den Erwartungen der preussischen Staatsregierung geradezu entgegengesetzt. Ich beriet nun mit meinen politischen Freunden, ob dagegen nicht etwas unternommen werden müsste.

Aus meinen Vorlesungsnotizen will ich einige Kernsätze Traegers zitieren: «Das Oberhaupt der Evangelischen Landeskirche war früher König Wilhelm n. Nach der Revolution wurde der Sitz des summus episcopus frei. Man suchte vergebens nach einem neuen Oberhaupt. Herrn Ebert konnte man diese Würde nicht übertragen, und zur Erinnerung an die Dreifaltigkeit verfiel man auf den Gedanken, dieses Amt auf drei evangelische Minister zu verteilen. Doch mit welchen Schwierigkeiten dies verbunden ist, drei evangelische Minister in der gegenwärtigen Regierung zu finden, das wissen Sie ja selbst, meine Herren.» Ein anderes Beispiel Traegerscher Polemik: «Vor der Revolution regte man sich auf, wenn die Oberrechnungskammer in Potsdam Rechnungen über fünf Pfennige beanstandete. Man fand das sehr bürokratisch. Aber heute, meine Damen und Herren, ist es möglich, dass

der Polizeipräsident Eichhorn fünfundzwanzigtausend Mark unterschlägt, und unsere heutigen Minister machen es auch nicht besser. Die werfen das Geld mit vollen Händen zum Fenster hinaus.»

Dieser Polizeipräsident Eichhorn war eine Revolutionserscheinung der äussersten Linken, die sehr schnell von der Weimarer Koalitionsregierung hinausbefördert wurde, nachdem sie zuvor schon dank einer Aktion der Volksbeauftragten durch einen gemässigten Sozialdemokraten ersetzt worden war. Aber auch zu plumpen Verleumdungen griff dieser akademische Lehrer in seinen Vorlesungen zur staatsbürgerlichen Bildung: «Die Sozialdemokraten tragen leicht die Schmach des Friedens, da die angeblichen Erfolge der Revolution sie über diese hinwegtäuschen. Viele ihrer Führer sind verkrachte Akademiker, die in ihrem Zivilberuf keine Befriedigung gefunden haben. Sie verdrehen den Arbeitern die Köpfe, formulieren unklare Begriffe, und je unklarer diese Begriffe sind, desto magischer ist der Eindruck auf die Köpfe der Arbeiter, der sie berauscht. Die meisten sozialistischen Führer sind pathologische Individuen, von Grössenwahnsinn befallene Subjekte, aus Galizien eingewanderte Juden. Namen wie Eisner, Landauer, Toller, Lewien und Leviné genügen.» Herr Traeger liess es auch nicht an Anpöbelungen fehlen, die gegen republikanische Politiker gerichtet waren: «Friedrich Ebert und seine Frau Luise ... Königin Luise!»

Oder: «Herr Erzgau – Verzeihung, Herr Erzberger. Man kommt nur zu leicht in Versuchung, den ersten Ausdruck zu gebrauchen.» In diesem Ton ging es weiter und weiter.

Die Studenten meiner Gesinnung, derer es allerdings nicht allzu viele gab, schlossen sich angesichts einer solchen Entwicklung zusammen, unabhängig davon, zu welcher der republikanischen Parteien sie sich bekannten. Wir standen unter dem Gesetz politischer Notwehr. Es bildeten sich Studentengruppen des Zentrums, der Sozialdemokratischen Partei, der Deutschen Demokratischen Partei und auch der Unabhängigen Sozialdemokratie, die in Marburg damals keinen radikalen Flügel hatte. Sie alle arbeiteten in einem Freundeskreis zusammen, der sich als zuverlässig erweisen sollte.

Zu diesem Kreis gehörten Kommilitonen, die später bekannte Persönlichkeiten geworden sind. Ich nenne den weit über die Grenzen Europas hinaus gerühmten Nationalökonom und nachmaligen Professor Dr. Wilhelm Röpke. Er war zunächst Dozent in Marburg, floh dann vor den Nationalsozialisten nach Istanbul und später nach Genf, wo er

in der nationalökonomischen Fakultät ein hervorragender akademischer Lehrer wurde. Mein engster Freund, dessen politische Gedanken voll mit den meinen übereinstimmten, aber war Gustav Heinemann, der heutige Bundesjustizminister. In zahlreichen gefährlichen Situationen stand er in Marburg treu an meiner Seite, so dass ich ihn scherzhaft meinen «Stabschef» zu nennen pflegte.

Auch Viktor Agartz, der als ein etwas versponnener Studiker galt, aber gute Kameradschaft hielt, muss hier genannt werden, obwohl er, von meinem politischen Standort aus gesehen, sich in der Nachkriegszeit wegen seiner Kontakte zu den Behörden der sowjetischen Besatzungszone zu einer umstrittenen Figur gemacht hat. Schon während unserer Studienzeit habe ich einmal zu ihm gesagt: «Viktor, du bist ein prachtvoller Kerl, und du setzt dich tapfer ein, aber in der Politik bist und bleibst du ein Spinner. Du gehörst in eine Studierstube. Tu dem deutschen Volk das eine nicht an: mische dich nicht aktiv in politische Dinge ein. Du bist reiner Theoretiker.» Dieses Urteil über ihn habe ich auch in der Nazizeit nicht korrigieren können, weil ich wusste, womit man bei diesem ausgesprochenen Intellektuellen jederzeit rechnen musste.

Andere Freunde waren der spätere Kieler Universitätsprofessor und Sozialdemokrat Dr. Gülich, der nachmalige Oberbürgermeister von Wilhelmshaven, Friedrich Paffrath, und ein besonders origineller Typ: Henning Duderstadt, Sohn eines Regimentskommandeurs der kaiserlichen Armee, verkrachter Fähnrich und Literat von der Sorte derer, die das Romanische Café in Berlin zu bevölkern pflegten. Duderstadt war ein Mann voll Humor und Satire, ein geistig ungemein regsamer Mensch, in dem wir vor allem einen wertvollen publizistischen Kampfgefährten hatten, der mit seiner sensationell aufgenommenen Broschüre «Der Schrei nach dem Recht» in ganz Deutschland Aufsehen erregte. In dieser Schrift behandelte er die Vorfälle von Mechterstedt in Thüringen, über die ich an anderer Stelle ausführlich berichten werde.

Auch einige «schwarze» Korporationen, also nichtfarbentragende Verbindungen, standen auf unserer Seite; vor allem die evangelischen, katholischen und jüdischen Verbände hielten zu uns. Wir waren also imstande, unter Beihilfe der mit uns sympathisierenden Marburger Bürgerschaft grosse Versammlungen in den «Stadtsälen» abzuhalten. Es war dabei schwer, sich gegen den organisierten Tumult der studentischen Rechtsopposition durchzusetzen.

MIT DIESEN EINDRÜCKEN fuhr ich Mitte Juli 1919 als Delegierter zum konstituierenden Reichsparteitag der Deutschen Demokratischen Partei nach Berlin. Dieser Parteitag vereinte brillante Repräsentanten unseres geistigen, wissenschaftlichen und politischen Lebens. Er fand in der Philharmonie unweit des früheren Potsdamer Bahnhofs, in der Köthener Strasse, statt. Diese imponierende Begegnung mit führenden Männern meiner Partei beeindruckte mich sehr. Es waren etwa tausend Delegierte anwesend. Dr. Ernst Feder, der stellvertretende Chefredakteur des «Berliner Tageblattes», der mich mit ganz besonderer Gunst auf meinem politischen Lebensweg gefördert hat, stellte mich den Prominenten vor, die ich bisher nur dem Namen nach gekannt hatte. Wie stolz war ich, als ich Friedrich Naumann, dem Hamburger Bürgermeister Karl Petersen, dem Reichsminister Hugo Preuss und zahlreichen anderen Persönlichkeiten die Hand drücken durfte.

Feder machte mir Mut zu einer kulturpolitischen Rede, die ein Bild von den Zuständen an einer deutschen Universität zeichnen sollte. Ich hatte starkes Lampenfieber, vor einer solch illustren Gesellschaft zu sprechen. Einige Delegierte schmunzelten, als ich das Wort ergriff, denn ich war ja in der Tat noch ein sehr jugendlicher Typ. Aber nun stand ich einmal am Rednerpult und gab meinen Sorgen leidenschaftlichen Ausdruck. Wahrheitsgemäss stellte ich die Marburger Situation dar. Ich lasse hier einen etwas gekürzten Auszug meiner Rede folgen: «Die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei hat einen Antrag eingebracht, wonach Vorlesungen über Politik an allen Hochschulen stattfinden sollten, wo es sie bisher noch nicht gab. Der Antrag ist sehr gut, jedoch wie ist die Ausführung? In Marburg haben wir von diesen politischen Vorlesungen einen Vorgeschmack bekommen. Der reaktionärste Professor bemüht sich, die geistige Jugend in die Politik einzuführen, und wie finden die Vorlesungen statt? In der Form, dass gegen Republik und Demokratie in der entsetzlichsten Weise gehetzt wird. Es vergeht keine Vorlesung, wo nicht festgestellt wird, die internationale zersetzende Demokratie allein trage die Schuld an dem heutigen Elend, und es sei höchste Zeit, dass das Gute in unserem Volke sich wieder Bahn breche und das bewährte Alte wieder überall eingesetzt werde.

Ich will nicht weiter auf diese Vorlesungen eingehen, sondern Ihnen nur zeigen, in welchem Rahmen an den Hochschulen Referate über Politik zu hören sind. Die Folgen machen sich in erschreckender Weise

bemerkbar. In den kleinen Universitätsstädten steht die grosse Mehrheit der studierenden Jugend rechts, also bei der Deutschnationalen Volkspartei. Die Vorlesungen spielen sich in regierungsfeindlichen Kundgebungen ab, und die demokratischen Studenten – es sind zu wenig – oder die sozialdemokratischen Hochschüler werden angepöbelt. Hinzu kommen verhetzende Einwirkungen von aussen, so dass schliesslich die gemeinsten Instinkte gegen Teile der Studentenschaft, gegen die Demokratie, aufgepeitscht werden.

Ich glaube Ihnen dies mitteilen zu müssen, um meinem beklemmten Herzen Luft zu machen in der Besorgnis um die Zukunft der deutschen Republik. Wohin soll es führen, wenn gerade die geistige Jugend der Reaktion in die Arme getrieben wird, die dazu berufen sein soll, in den nächsten Jahrzehnten die Geschicke des deutschen Volksstaates zu leiten? Wohin soll es führen, wenn gerade dieser Teil des Volkes unter den Augen der Regierung verhetzt wird? Wir müssen fast den Glauben an die Regierung verlieren, wenn wir sehen, wie sie uns im Stich lässt und nichts tut, um diesen unhaltbaren Zuständen einen Riegel vorzuschieben. Naumann hat uns in so glänzender Weise gezeigt, wie die Schulen in den Mittelpunkt der staatsbürgerlichen Erziehung gerückt werden müssen. Dann möchte ich aber auch bitten, dass sofort begonnen wird, damit in den Hochschulen ein anderer Geist einziehen kann, damit nicht eine Kluft sich bildet zwischen der Intelligenz und der Masse des Volkes.

Wenn ich nun frage: Wie soll das geschehen?, so möchte ich Ihnen zwei Forderungen unterbreiten: Zunächst muss die Regierung planmässig eine grosszügige politische Erziehung in die Wege leiten und ausgewählte, sachlich denkende Professoren dazu bestimmen, nicht aber die ungeeignetsten; und zweitens die Hauptforderung: Endlich muss damit aufgeräumt werden, die Hochschule als Klassen- und Standeshochschule zu betrachten. Alle programmatischen Phrasen helfen uns nicht darüber hinweg: In Deutschland muss jeder Fähige die Möglichkeit haben, sich ein höheres Wissen anzueignen. Solange wir die Hochschule allein auf den Geldsack stützen, wird die Zukunft der deutschen Republik gefährdet bleiben.»

Meine Ausführungen wurden von den Delegierten mit stürmischem Applaus aufgenommen, und sie verfehlten auch ihre Wirkung auf die zahlreich anwesenden Regierungsmitglieder des Reiches und der Länder nicht. In Marburg freilich wurde mir wegen dieser Rede alsbald

vom Senat der Universität der Prozess gemacht. In der Urteilsbegründung versuchte man immerhin, meiner Person nach ihrem Entwicklungsgang über die Schlachtfelder des Weltkrieges im Westen und in Russland gerecht zu werden, so dass ich entgegen dem Antrag des Anklägers zwar nicht sofort relegiert wurde, aber immerhin sprach man das *consilium abeundi* mit Unterschrift aus. Dies bedeutete, dass der Rektor ohne weitere Gerichtsverfahren die Vollmacht gehabt hätte, mich im Wiederholungsfall durch einfache Verfügung von der Universität zu entfernen. Die im Original sehr ausführliche Begründung ist des teilweisen Zitierens wert:

«Selbst wenn das, was der Angeschuldigte in der Rede behauptet hat, zutreffend wäre, wäre es eine grosse Ungehörigkeit und als Achtungsverletzung der Vorschriften für die Studierenden zu ahnden gewesen, da er die angeblichen Missstände auf dem öffentlichen Parteitag zur Sprache gebracht und seinen Lehrer denunziert hat, ohne auch nur den Versuch gemacht zu haben, dem Übelstande in gehöriger Weise abzuhelpfen, indem er sich an den Rektor gewandt und diesem seine Beschwerden vorgetragen hätte. Gibt es doch kaum etwas, was das für die erfolgreiche Wirksamkeit der Dozenten so ausserordentlich wichtige Vertrauen von Lehrern und Schülern mehr erschüttern und damit die Lebendigkeit des geistigen Verkehrs zwischen ihnen mehr beeinträchtigen kann als die Besorgnis des Lehrers, dass der Inhalt seines Vortrags vor die Öffentlichkeit gezerzt werde.

Es kann dahingestellt bleiben, ob Geh. Justizrat Traeger die Äusserungen in der Weise getan hat, wie der Angeschuldigte behauptet. Von diesen angeblichen Äusserungen sind einige recht scharf, z.T. auch übertrieben, und es kommt in ihnen eine starke Empörung über die vermeintliche Schuld der jetzigen Machthaber und ihrer Parteien am Niedergange des Vaterlandes zum Ausdruck, aber es kann nicht davon die Rede sein, dass darin auf das Entsetzlichste gehetzt sei oder gar ein Anreiz zu Anpöbeleien anderer Studenten und Aufpeitschung gemeinsten Instinkte gelegen habe. Wenn, wie es allerdings der Fall gewesen zu sein scheint, Beschimpfungen und sonstige Ungehörigkeiten anders gesinnter Studenten vorgekommen sind, so hat das sicher nichts mit der Vorlesung des Geh. Justizrats Traeger zu tun gehabt. Dass er ein derartiges Verhalten aufs Schärfste verurteilt, ist selbstverständlich. Doch sei hervorgehoben, dass er gegen solche Ausschreitungen stets eine besondere Empfindlichkeit gezeigt hat.

Es kann zugegeben werden, dass die angeführten Äusserungen geeignet gewesen wären, den Angeschuldigten in seiner Weltanschauung und in seiner politischen Überzeugung zu verletzen. Es ist aber zu berücksichtigen, dass Geh. Justizrat Traeger zu Beginn der Vorlesung gesagt hat, sie würde in echt nationalem Tone gehalten; wem das nicht zusage, möge nicht daran teilnehmen. Sollte der Angeschuldigte das zunächst nicht richtig verstanden haben, so musste er doch bald merken, wie es gemeint war.»

Der Beschluss dieses akademischen Senats, an dem nur ordentliche Professoren teilnahmen, war mitnichten einstimmig erfolgt. Die Herren in Marburg, die über mein studentisches Schicksal entschieden, wussten auch, dass eine starke und damals noch sehr einflussreiche Regierungspartei hinter mir stand. In welcher Weise die Regierungen des Reiches und Preussens von meinen Ausführungen beeindruckt waren, sollten sie dann zu ihrer eigenen grossen Überraschung zur Kenntnis nehmen müssen.

Im Preussischen Abgeordnetenhaus fand eine mehrtägige Debatte über die Marburger Vorfälle statt, die klarmachte, dass die grosse Mehrheit der Abgeordneten mit der Regierung übereinstimmte. Der betroffene Marburger Hochschullehrer und seine Gesinnungsfreunde hatten das, was nun geschah, sicher nicht für möglich gehalten, weil die Regierung ihrer Meinung nach ja viel zu schwach war. Die Entscheidung des preussischen Kultusministers Konrad Haenisch und seines Staatssekretärs, des weltbekannten evangelischen Religionssoziologen, Professor Dr. Ernst Troeltsch, lautete nämlich: «Das gegen den Studiosus rer. pol. Ernst Lemmer vom 19. November verhängte Urteil auf consilium abeundi mit Unterschrift wird uneingeschränkt mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Dem Hochschullehrer wird wegen herabsetzender Äusserungen über die Regierung ein scharfer Verweis erteilt.»

Die Wirkung in Marburg war ungeheuer. Auf der einen Seite Jubel, auf der andern Empörung, aber die inneren Spannungen wurden dadurch natürlich noch weiter verschärft.

Um den Kapp-Putsch

WÄHREND DES GANZEN WINTERS 1919-1920 herrschte in Marburg Unruhe. Vertrauliche Informationen aus den Häusern der Verbindungen bestimmter Korporationen fanden zu uns, die keinen Zweifel daran liessen, dass ein militärischer Gewaltstreich gegen die junge Republik und ihre Führung im ganzen Reichsgebiet vorbereitet wurde. Das überwiegend sozialdemokratisch eingestellte Personal einiger Verbindungen setzte uns davon in Kenntnis, dass nachts Waffen geräuschlos in einige dieser Verbindungshäuser geschafft wurden; andere Corps hielten sich von diesem Treiben fern, wie ich mit Bestimmtheit weiss.

Die Tatsache allein genügte jedoch, uns zu alarmieren, weil sich hier offenkundig militärische Aktionen ankündigten, vor denen wir die neue Regierung – zu der wir in unserem republikanischen Studentenkartell standen – umgehend warnen mussten. Durch die Vermittlung der Sozialdemokratischen Partei und des Marburger Völkerrechtlers Professor Dr. Walter Schücking gelang es mir, auf einer Reise nach Berlin in Begleitung eines sozialdemokratischen Studenten bis zum Reichswehrminister Gustav Noske vorzudringen. Sein Ministerium lag in der Bendlerstrasse, der jetzigen Stauffenbergstrasse, wo sich heute mein Büro des Sonderbeauftragten des Bundeskanzlers für Berlin befindet.

Der Minister empfing uns in Gegenwart seines Adjutanten, des Majors Freiherrn von und zu Gilsa. Ich trug ihm vor, weshalb wir gekommen waren, und er hörte uns auch aufmerksam an, doch sein Lächeln verriet, dass er uns wohl nicht ganz ernst nahm. Ich beendete meinen Bericht mit der aufrichtig gemeinten Warnung, ich zweifelte nicht daran, dass in absehbarer Zeit Gewaltmassnahmen gegen den Staat zu erwarten seien. Ungeniert riet ich Noske, er möge nach Waffen suchen lassen, um einen vielleicht drohenden Bürgerkrieg oder Staatsstreich zu verhindern.

Noskes Reaktion war bezeichnend. Er lächelte noch immer leicht, als er zu sprechen begann:

«Meine Herren, ich danke Ihnen für Ihren Bericht. Ich danke Ihnen für Ihre Wachsamkeit und für Ihren idealistischen Einsatz für unsere Republik. Aber fahren Sie getrost zurück nach Marburg. Setzen Sie sich auf die Hosen, studieren Sie, damit Sie im Leben weiterkommen. Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen.»

Wir waren nicht wenig bestürzt, denn schliesslich hatten wir ihm von klaren Tatbeständen Kenntnis gegeben. Wie sich herausstellen sollte, blieb Noske bei seiner leichtfertigen Einschätzung der Lage. Er unternahm nichts, forderte weder einen Bericht des Kommandeurs des Marburger Reichswehrbataillons an, noch liess er auf andere Weise nach dem Rechten sehen. Die später folgenden Ereignisse des Kapp-Putsches hielt er einfach nicht für möglich.

Kaum waren wir wieder in Marburg, da geschah das von uns Befürchtete auch schon: Eine Truppe des Lagers Döberitz im Westen der Reichshauptstadt, die Marinebrigade Ehrhardt, setzte sich über die Heerstrasse zur Berliner Wilhelmstrasse in Marsch, um den Reichskanzler und die Regierung Bauer abzusetzen mit dem Ziel, der Republik ein Ende zu bereiten und den Herren Kapp und von Lüttwitz die Regierungsgewalt zu sichern.

Die Reichsregierung wurde von dem Putsch keineswegs völlig überrascht, wie es damals und auch später immer wieder behauptet wurde. Heute ist längst erwiesen, dass es nicht nur in den nationalistischen Kreisen der Bevölkerung gärte, sondern weit mehr noch innerhalb des auf 200'000 Mann abgerüsteten Heeres, das bis Oktober 1920 auf 150'000 und später auf 100'000 Mann verringert werden sollte. Die Unruhe war allgemein. Der General Freiherr von Lüttwitz hatte sich offen der Reichsregierung widersetzt, welche die Auflösung der Baltikumtruppen und der beiden Marinebrigaden (eine davon unter dem Befehl des Kapitäns Ehrhardt in Döberitz) verlangte. Ja mehr noch: Lüttwitz hatte seinerseits die Absetzung des regierungstreuen Chefs der Heeresleitung, des Generals Reinhardt, gefordert und obendrein – beeinflusst durch zivile Opponenten der Regierung, vor allem durch den ostpreussischen Generallandschaftsdirektor Kapp – gar das Ansinnen auf baldige Reichstagswahlen und die Neuwahl des Präsidenten durch das Volk gestellt.

Diese Forderungen hatte Lüttwitz selber dem Reichspräsidenten Ebert und dem Reichswehrminister Noske vorgetragen, doch Noske glaubte, die Regierung sitze fest im Sattel. Er hatte das Verlangen des Generals zurückgewiesen und ihn seines Amtes enthoben; er glaubte einfach nicht an eine Gefahr. Überdies stellte er sein persönliches Eingreifen in Aussicht, falls sich die Marinebrigade Ehrhardt tatsächlich der Reichshauptstadt nähern sollte: In diesem Fall werde er sich ihr mitsamt einer Maschinengewehrkompanie im Tiergarten in den Weg legen und

schiessen. Auf diese Weise fände – laut Noske – der ganze Spuk ein schnelles Ende.

Es ist später viel darüber gestritten worden, ob Regierung und Parlament sich richtig verhielten, als sie – auf die blossе Nachricht hin, die Putschisten seien im Anmarsch – Berlin in Richtung Dresden verliessen. Dieser Schritt war umso weniger verständlich, als die sozialistischen Regierungsmitglieder und der Vorstand der SPD am 13. März, unmittelbar vor Abfahrt der Regierung, eine Proklamation an das Volk erlassen hatten, in der es markig hiess: «Arbeiter, Genossen! Der Militärrputsch ist da! Die Marine-Division Ehrhardt marschiert auf Berlin, um eine Umgestaltung der Reichsregierung zu erzwingen. Die Landsknechte, welche sich vor der befohlenen Auflösung fürchten, wollen Reaktionäre auf die Ministerposten bringen ... Wendet jedes Mittel an, um diese Wiederkehr der blutigen Reaktion zu vernichten. Streikt, legt die Arbeit nieder, schneidet dieser Militärdiktatur die Luft ab, kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik, lasst alle Spaltung beiseite! ... Keine Hand darf sich mehr rühren, kein Proletarier der Militärdiktatur helfen! Generalstreik auf der ganzen Linie! Proletarier, vereinigt euch!»

Die Arbeiterschaft indessen stellte sich geschlossen auf die Seite der Regierung, welcher schliesslich nicht nur sozialistische Minister angehörten, sondern auch Politiker des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei. Ich glaube, es wäre würdiger und auch heilsamer für die Zukunft gewesen, sich den Putschisten entgegenzustellen und in einer möglicherweise blutigen Machtprobe dem staatsfeindlichen Treiben, das unser Volk nicht zur Ruhe kommen lassen wollte, ein für allemal ein Ende zu bereiten. Es hat sich seither immer wieder gezeigt, dass ein nur taktisch berechnetes kraftloses Nachgeben gegen erste Erscheinungen einer Radikalisierung die Demokratie weit mehr gefährdet als ein energisches Durchgreifen in den Anfängen. Eine Politik des permanenten Gewährenlassens erscheint zwar zunächst bequemer, muss aber am Ende entschieden schwerwiegendere Folgen auslösen.

Nachdem Regierung und Parlament ausgewichen waren, verlief der Putschversuch unblutig. Selbstverständlich muss man darüber Genugtuung empfinden. Trotzdem bleibe ich bei meiner Meinung, dass in den darauffolgenden jahrelangen bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen längst nicht soviel Blut geflossen wäre, wenn man dem Kapp-



Die Stadt Remscheid im Jahre 1918



*Als Kriegsfreiwilliger von 18 Jahren im ersten
Heimurlaub, 1916*



In der Arras-Schlacht, 1917

Reichszentrale für Heimatdienst / Berlin

Abteilung Cassel.

Postfach Konto
27100 Frankfurt a. M.

Tagebuch-Nr.

Bei Anwohrföhrungen wird um Angabe
der vorliegenden Tagebuchnummer
gebeten.

Bezug :

Betrifft :

Cassel, den 15. März 1920

Ständehaus, Ständeplatz 6.

Fernsprecher 5254.

Drahtschrift: Heimatdienst Cassel.

Herr stud. rer pol. Ernst L o m m e r = Marburg
ist von dem Aktionsausschuss der U.S.P., S.P.D., demokratische
Partei und der christlichen Volkspartei als Beauftragter nach
Cassel geschickt worden, um mit dem Oberpräsidenten, Exc.Dr.
S c h w a n d e r zu verhandeln.

Die unterzeichnete Reichsbehörde bittet, Herrn
Lemmer mit dem Schnellzug 74 die Rückfahrt nach Marburg zu
ermöglichen.



Leiter der Landes=Abteilung Cassel.

A. Heuber

Postkarte
W. Hoff
Präsidenten
Herrn Lemmer
Cassel

Ein Dokument aus der Zeit vor dem Kapp-Putsch

Putsch mit andern Mitteln entgegengetreten wäre. Die Putschisten waren ohnehin bald am Ende, da das Volk abseits blieb. Die Ausrufung eines disziplinierten Generalstreiks tat das übrige. Es wäre im Hinblick auf die weitere Entwicklung konsequenter gewesen, eben auch die Reichswehr zum Eingreifen zu zwingen. Sie hatte sich zwar an ihrer Spitze wohlwollend neutral für die Regierung erklärt, in einigen Ländern aber ebenso wohlwollend neutral für die Putschisten. Die bei weitem noch nicht geglückte Lösung unserer staatlichen Sicherheit wurde durch diese Ereignisse offenbar. Der sozialdemokratische Reichswehrminister Noske wurde abgesetzt und durch den Demokraten Gessler abgelöst. Gleichzeitig kam es zum Regierungswechsel. Nach kurzen Zwischenaufenthalten in Dresden und Stuttgart konnten Regierung und Parlament auch bald nach Berlin zurückkehren und die Arbeit wieder aufnehmen.

Ein besonders hohes Lob verdienten während der nachfolgenden Konsolidierung von Staat und Volk die Gewerkschaften. Nach meinem Eindruck ist diese Seite unserer Sozialgeschichte bisher von den Historikern noch nicht ausreichend gewürdigt worden. Die dramatischen Vorgänge der letzten Jahrzehnte überstürzten sich so sehr, dass mancherlei in der Erforschung des wirklichen Ablaufs zu kurz gekommen ist. Die Haltung der Gewerkschaften in dieser ersten schweren Krisenzeit der Republik verdient es jedoch, auch nach fünfzig Jahren im Gedächtnis unseres Volkes festgehalten zu werden. Alle gewerkschaftlichen Verbände haben sich damals noch geschlossen erhoben, um durch einen perfekt gelungenen Generalstreik die Usurpatoren mit den Mitteln des gewerkschaftlichen Kampfes zu Fall zu bringen und dem Kapp-Putsch nach wenigen Tagen ein Ende zu bereiten.

Als ein nicht weniger bedeutendes Verdienst der damals führenden Gewerkschaftler empfinde ich die Tatsache, dass sie davon Abstand nahmen, die empörten Arbeitermassen auf die Strasse zu schicken, um gewissermassen das, was man im Jahre 1918 eine Revolution genannt hatte, nun auf ernsthaftere Weise zu vollenden. Ein solcher Schritt hätte aber wohl auch die Entwicklung zu einer echten Demokratie im Keime erstickt. Dabei hätten sich nämlich die kommunistischen Kräfte allmählich die Oberhand verschafft; Deutschland wäre vermutlich in den Machtbereich der Roten geraten, die nun, von Moskau unterstützt, eine reale Chance gehabt hätten, die Macht zu übernehmen. Lenin hatte ja stets die Auffassung vertreten, dass der Kommunismus sich in

Russland nur halten könne, wenn auch das hochindustrielle Deutschland Anschluss an die kommunistische Weltbewegung fände.

WIE ZU ERWARTEN WAR, schlugen nun auch in Marburg die Ereignisse des Kapp-Putsches hohe Wellen. Wir von der staatstreuen Linken – Studentenschaft, aber auch Arbeiter – bereiteten uns auf harte Auseinandersetzungen vor. In Kappel, einem in der Nähe gelegenen Dorf, berieten wir über unsere nächsten Schritte. Ich begab mich mit einigen Freunden zu dem Kommandeur des Marburger Jägerbataillons und stellte ihm die wohl naiv wirkende Frage, wo er und sein Bataillon ständen: auf der Regierungsseite oder auf Seiten der Putschisten. Dieser, ein Major Schenck zu Schweinsberg, galt als neutral eingestellt wie die meisten Truppenkommandeure; zunächst wenigstens wollte er sich nicht aktiv an dem Putsch beteiligen. Dies hatte zur Folge, dass auch die rechtsstehenden Studentengruppen, obwohl sie bewaffnet waren, eine gewisse Zurückhaltung übten. Vermutlich standen sie bereits unter dem Befehl der Reichswehr. So hatten auch wir keinen Anlass, den Burgfrieden zu brechen. Einmal wären wir dabei sicherlich die Unterlegenen geblieben, zum andern handelten wir ja aus unserer politischen Verantwortung heraus. Aber es war doch höchste Zeit geworden, auch uns in den Besitz von Waffen zu bringen. Die andere Seite hatte die ihren zweifellos aus Reichswehrbeständen erhalten.

Während eines zweiten Besuchs beim Jägerbataillon trugen wir unsere Forderung vor. Dem Kommandeur konnten wir glaubwürdig versichern, dass wir nicht daran dächten, die Waffen etwa zur Auslösung bürgerkriegsähnlicher Gewaltmassnahmen zu gebrauchen, sondern lediglich auf Befehl militärischer Behörden. Wir bildeten eine «Volkskompanie Marburg», die unter dem Namen «Republikanische Zeitfreiwillige» in die Nachkriegsgeschichte eingegangen ist. Am 19. März 1920 bereits erschien in Marburg ein Aufruf, den zu zitieren sich wohl lohnt, weil fast gleichzeitig mit uns auch Freiherr Schenck zu Schweinsberg eine damit übereinstimmende Bekanntmachung erliess, in der er die Bevölkerung bat, sich jetzt – nach Klärung der Lage in Berlin – eindeutig hinter die verfassungsmässige Regierung zu stellen.

Unser Aufruf lautete:

«Arbeiter, Bürger, Bauern, Studenten!

Zum Schutze der deutschen Republik und ihrer Verfassung, zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung fordern wir alle Gesinnungs-

genossen, die gewillt sind, für die demokratische Republik einzustehen, auf, sich der hier neugebildeten Zeitfreiwilligen-Truppe sofort anzuschliessen.

Im Auftrage: Ernst Lemmer, stud.; H. Duderstadt, stud.; H. Heuser, Arbeiter.»

Bei dieser Einstellung konnte der Major unsere Forderung nicht zurückweisen. Wir hatten mit unserem Aufruf einen überraschenden Erfolg. An den Sammelstellen meldeten sich Hunderte von Studenten und jungen Arbeitern. Sie wurden in unserer «Volkskompanie» zusammengeschlossen.

Der Major Schenck zu Schweinsberg proklamierte:

«Aufruf an die Bevölkerung

Das Vaterland ist in höchster Gefahr. In Thüringen ist Aufruhr, bewaffnete Banden durchziehen raubend und plündernd das Land. Dringende Hilfe ist daher nötig. Die Truppen in Marburg einschliesslich der Zeitfreiwilligen werden in kürzester Zeit nach dort abtransportiert. Alle Behörden und alle politischen Parteien, die auf dem Boden der Verfassung stehen, werden zur Mitarbeit an der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung aufgerufen. Jeder, der die Waffen führen kann, unter Zurückstellung alles Trennenden, verpflichtet sich in den Dienst des Vaterlandes. In der Stunde der Not müssen wir den Blick über den eigenen engeren Kreis auf das Ganze richten und unter Zurückstellung aller persönlichen Interessen den gemeinsamen Zielen zustreben.»

Die republikanischen Zeitfreiwilligen von Marburg

DURCH DIE AUFSTELLUNG dieser Kompanie gedienter Soldaten in Marburg und durch die Vorgänge ausserhalb der Stadt wurden die Gemüter alsbald beruhigt. Die radikaleren Studentengruppen blieben in ihren Häusern; die Vorlesungen waren eingestellt worden. Man wollte Zusammenstösse vermeiden.

Noch während dieser Ruhepause – im März nach dem Kapp-Putsch – beschlossen meine Freunde, ich sollte mich in Kassel mit dem Oberpräsidenten von Hessen-Nassau, Dr. Schwander, dem letzten kaiserlichen Statthalter von Elsass-Lothringen, einem verdienten Demokraten, in Verbindung setzen und ihn von der Lage in unserer Stadt unterrichten. Gleichzeitig sollte ich ihn bitten, dafür zu sorgen, dass die rechtsste-

hende Studentenschaft entwaffnet werde; wir unsererseits seien bereit, die Waffen in der Reichswehrkasernen abzuliefern. Die verfassungstreuen Parteien und die Gewerkschaften schlossen sich dieser Anregung an, so dass ich im Auftrage eines «Aktionsausschusses» der SPD, der USPD, der Deutschen Demokratischen Partei und der Christlichen Volkspartei (Zentrum) nach Kassel reisen konnte.

Das war indessen nicht so einfach. Der nach dem Kapp-Putsch ausgerufenen Generalstreik war noch nicht beendet. Autos waren damals nicht verfügbar, Verkehrsflugzeuge noch nicht zugelassen; so blieb nur ein Ausweg: mich in einem von der Streikleitung genehmigten Sonderzug nach Kassel zu befördern. Mein Freund Gustav Heinemann war schon vor Ausbruch des Streiks nach Kassel gefahren. Für wenige Stunden war er auf dem dortigen Hauptbahnhof von Putschisten mit schwarz-weiss-roten Armbinden festgenommen worden. Er hat in jeder Situation, also auch damals, viel Courage gezeigt; zuverlässig und treu stand er zu seinen Freunden.

Es war ein groteskes Bild, als ich in Begleitung einiger Freunde und des Theologieprofessors Martin Rade, einem Schwager Friedrich Naumanns, einen kleinen Zug auf dem Marburger Bahnhof bestieg. Auf der gesamten Strecke ruhte der Verkehr. Der Hauptbahnhof in Kassel war wie ausgestorben. Weder ein Eisenbahnbeamter noch ein Arbeiter zeigten sich. Statt ihrer erwartete uns eine mit schwarz-weiss-roten Bändern geschmückte Gruppe des Jungdeutschen Ordens (einer Organisation, zu der ich viel später ein freundschaftliches Verhältnis finden sollte), um den Studiosus Ernst Lemmer aus Marburg zu internieren. Man sprach nicht gerade von Festnahme, trotzdem hatte ich zum Schrecken meiner Freunde diesen schwerbewaffneten Männern zu folgen. Wer mich da sistierte, das war der spätere, den Sozialdemokraten nahestehende Präsident der Preussischen Staatsbank Dr. Klepper. Oft haben wir uns in späteren Zeiten noch heiter über diese Episode unterhalten. Man brachte mich auch ohne alle Beschimpfungen oder gar Misshandlungen in eine Kaserne, die an der Verbindungsstrasse zwischen der Kasseler Innenstadt und dem Schloss Wilhelmshöhe lag.

In dieser Kaserne wurde ich nun eingesperrt, ohne dass man mir erklärte, welche Absichten man mit meiner Person verfolge. Dennoch schuf eine solche Festnahme begrifflicherweise in jener Zeit der politischen Wirren eine recht ungemütliche Situation für den Delinquenten. Es war bereits vorgekommen, dass Putschisten Unschuldige, die unbe-

quem erschienen, nicht nur gesetzes- und rechtswidrig festgenommen, sondern gar umgebracht hatten. Meine Begleitung alarmierte den Oberpräsidenten Dr. Schwander, der sich denn auch sofort mit dem Leiter des Wehrkreiskommandos, dem General von Stolzmann, ins Benehmen setzte. Dieser General erwirkte durch einen seiner Offiziere noch in derselben Nacht meine Freilassung. In der Wohnung des Kinderarztes Dr. Blumenfeld fand ich gastfreie Aufnahme.

Am nächsten Tag wurden wir von Dr. Schwander herzlich empfangen. Er teilte durchaus meine und meiner Freunde Auffassung, dass die Schwäche des republikanischen Staates in den letzten Tagen erschreckend sichtbar geworden sei und dass man alles tun müsse, um eine stärkere Autorität herzustellen. Es galt, den inneren Frieden zu sichern, nachdem dieser Putsch bereits die Fundamente der neuen staatlichen Existenz erschüttert hatte. Schwander teilte uns mit, dass inzwischen die radikale Linke die Schwäche der Staats- und Regierungsführung ausgenutzt hatte und nun ihrerseits in den Industriegebieten zum Schlage ausholte, und zwar mit der Rechtfertigung, es gälte, die Kappisten mit Stumpf und Stiel auszurotten. Schwerpunkte des Aufstandes seien das Rhein-Ruhr-Industriegebiet, die Hansestädte Hamburg und Bremen, Teile von Sachsen und das Kassel benachbarte Thüringen.

Durch Dr. Schwander waren wir – von ihm unbeabsichtigt – auf das nun folgende Gespräch mit dem Wehrkreisbefehlshaber, dem General von Stolzmann, vorbereitet. In dessen Arbeitszimmer sah es ähnlich aus wie einige Zeit zuvor im Befehlsstand meines letzten Armeeführers Otto von Below. Ob dies nur arbeitsmässig bedingt war oder ob es die Besucher psychologisch beeindrucken sollte, bleibe dahingestellt. Es musste natürlich Eindruck auf uns junge Leute machen, von einem hohen Offizier unter Hinweis auf die an allen Wänden angebrachten Generalstabskarten in den Ernst der Lage und in die akute Bedrohung des Staates eingeweiht zu werden. Nach höflicher Begrüssung hörte er sich an, was wir ihm vorzutragen hatten. Wir äusserten die Bitte, dass möglichst bald alle Waffen aus Marburg verschwinden sollten und dass allein das Jägerbataillon legaler Waffenträger bleibe. Damit wäre er an sich einverstanden, äusserte der General nahezu pathetisch; er müsse uns jedoch leider eine sehr ernste Mitteilung machen. Darauf erhob er sich, und mit einem Blick auf die Generalstabskarten, auf denen die bekannten Positionsnagelköpfe zu sehen waren, erklärte er:

«Es brennt immer noch in Deutschland. Frieden und Recht» – von

Freiheit sprach er nicht – «sind noch ernster gefährdet als durch den verbrecherischen Kapp-Putsch.» Jetzt müsse er an alle staatstreuen Bürger appellieren, sich als Zeitfreiwillige den militärischen Kräften anzuschließen, um schnellstens mit den kommunistischen Rebellen fertig zu werden. Er bat uns um Verständnis, dass unter den gegebenen Verhältnissen mit Billigung der Reichsregierung keine antikommunistische Formation militärischer Art in diesen Tagen aufgelöst werden könne, sondern der Regierung voll zur Verfügung stehen müsse, um deren Autorität notfalls auch mit Waffengewalt zu verteidigen.

Hier standen wir nun – trotz der Vorbereitungen durch den Oberpräsidenten – vor einer gänzlich neuen Lage. Ich höre noch die Worte eines seiner Adjutanten, der die Ansicht vertrat (ob glaubwürdig oder nicht), wenn man zu einem Staat stehe, dürfe man nicht zwischen rechts und links unterscheiden; wenn der Staat in Gefahr sei, müsse er gegen jede Seite geschützt werden, die ihn bedrohe. Das sei am Anfang von rechts der Fall gewesen, offenkundig aber jetzt von links. Er erwarte von uns als verfassungstreuen Bürgern eine konsequente Haltung. Mit andern Worten: Wir wurden aufgefordert, unsere Marburger Volkskompanie dem Kommando des Wehrkreisbefehlshabers zur Bekämpfung des Aufstandes in Thüringen zu unterstellen.

Der Entschluss, die Republik mit militärischen Mitteln verteidigen zu müssen, fiel uns weniger schwer als ein anderer. Der General versicherte uns nämlich, er könne auch auf die Mitarbeit des «Marburger Studentencorps», in dem die zum Anschluss an Kapp bereit gewesenen Studenten zusammengefasst waren, nicht verzichten. Er beschwor uns, die Gegensätze der letzten Wochen zu vergessen und die Niederwerfung des kommunistischen Aufstandes gemeinsam zu unternehmen. Die erforderlichen Züge würde er von seiner Transportabteilung schnellstens zusammenstellen lassen.

Unsere Delegation fühlte sich nicht befugt, bereits eine feste Zusage zu geben; wir verlangten, uns zunächst mit unseren Marburger Freunden verständigen zu dürfen. Unsere Rückreise erwies sich als Problem. Der Generalstreik dauerte noch immer an, und wir mussten noch einige Nächte in Kassel verbringen. Endlich, am 15. März, erhielt ich von der Reichszentrale für Heimatdienst (Kassel) einen Ausweis, der mir einen Platz in dem Sonderzug der Mitglieder des Reichstags sicherte, die in Stuttgart zu ihrer ersten Sitzung nach dem Kapp-Putsch zusammenzutreten sollten. Der Fahrtausweis, der mich berechtigte, in diesem

Zug von Kassel nach Marburg mitzureisen, dürfte als ein einzigartiges Dokument gelten, und ich möchte seinen Wortlaut daher wiedergeben:

«Herr St. rer. pol. Ernst Lemmer, Marburg, ist von dem Aktionsausschuss der SPD, der USPD, der Deutschen Demokratischen Partei und der Christlichen Volkspartei (Zentrum) als Beauftragter nach Kassel geschickt worden, um mit dem Oberpräsidenten Exzellenz Dr. Schwander zu verhandeln. Die unterzeichnete Reichsbehörde (Reichszentrale für Heimatdienst) bittet, Herrn Lemmer mit dem Schnellzug 74 (einem Sonderzug der Abgeordneten) die Rückfahrt nach Marburg zu ermöglichen. – Kassel, den 15. März 1920, Unterschrift: Dr. Steuber (Leiter der Landesabteilung Kassel).»

Es folgten die Unterschriften der Streikleitung. Das Papier besitze ich noch heute.

Diese Reise sollte für mein politisches Leben nicht ohne Folgen bleiben. Die meisten Abgeordneten kannte ich namentlich, einige schon persönlich. Unter ihnen war der sozialdemokratische Parlamentarier Otto Hörsing, Oberpräsident der Provinz Sachsen, der spätere Gründer und Führer des aus den Mitgliedern der Verfassungsparteien gebildeten Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Der Zug fuhr nicht sehr schnell, weil mit Störungen zu rechnen war. Ich hatte also während dieser nächtlichen Fahrt von mehreren Stunden genügend Zeit, mich mit den Abgeordneten der Nationalversammlung zu unterhalten.

Nach Begrüssung meiner engeren Parteifreunde geriet ich in ein Gespräch mit Otto Hörsing. Dieser Mann war von zupackender Art. Er war kein grosser Redner, aber ein energisch Handelnder. Ihm imponierte offenbar, wie wir uns in Kassel verhalten hatten, und er erachtete es nicht für unter seiner Würde, sich freundlich mit mir zu unterhalten. Wir erörterten die verschiedenen Möglichkeiten, wie die Republik künftig von den Bürgern selbst vor der Wiederholung eines Putsches geschützt werden könnte, und wir beschlossen, dass nach der allgemeinen Beruhigung der Lage in Berlin eine Zusammenkunft von älteren und jüngeren Politikern stattfinden sollte. Aus dieser Zusammenkunft sollte später die Schutzorganisation der Republik, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, entstehen. Dem Gedanken nach war jedenfalls dieses Gespräch die Geburtsstunde des Reichsbanners. Nach unserem ersten Treffen in Berlin im Jahre 1920 konnte die Gründung schliesslich 1924 in Magdeburg, dem Dienstsitz Hörsings, erfolgen. Einige Jahre

darauf wurde ich als Nachfolger meines Freundes, des Karlsruher Abgeordneten Dr. Ludwig Haas, zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Auch Heinrich Krone hat als Vertreter des Zentrums dem Vorstand angehört.

Unruhen in Thüringen

NACH MEINER RÜCKKEHR trat am 16. März ein grösserer Kreis von Professoren, Arbeitern und Studenten zu einer Beratung in Marburg zusammen. Einige Mitglieder der USPD weigerten sich, gegen den kommunistischen Aufstand in Thüringen anzutreten; die Mehrzahl beschloss jedoch, teilzunehmen. Die Kompanie wurde rasch wieder aufgestellt; wir wählten den Theologieprofessor Dr. Hermelink, der im Kriege Hauptmann der Reserve bei der Infanterie gewesen war, zu unserem Führer. Nach dem Schema der preussischen Armee bildeten wir drei Züge und einen Maschinengewehrzug. Die erforderliche Zahl von bewährten Offizieren war vorhanden: ein Oberleutnant, drei Studenten im Leutnantsrang und einige Feldwebel. Ich selbst hatte Hermelink vorgeschlagen, bei meiner politischen Belastung gegenüber den rechtsstehenden Studenten die Funktion seines Adjutanten zu übernehmen, um ihn in erster Linie politisch zu beraten. (Bei der Roten Armee hätte man meine Stellung später als die eines «Politoffiziers» bezeichnet.) Ich wollte darüber wachen, dass die rechtsorientierten Elemente nun nicht an den Kommunisten ihr Mütchen kühlten, den Bürgerkrieg ausdehnten, eine blutige Auseinandersetzung provozierten und in weitem Bogen von rechts den dann noch weiter erschütterten demokratischen Staat überwältigten. Diese Sorge vertraute ich den führenden Kameraden der Volkskompanie an. Wir lehnten es ab, im Verband des Studentencorps nach Thüringen zu ziehen, und beschliessen stattdessen, uns als unabhängig und ausschliesslich der militärischen Führung unterstellte Formation anzuschliessen. Nach dem Einmarsch in Thüringen unterstanden wir dem Leiter der dortigen Operationen, dem General Rumschoettel. Wie gut wir daran taten, uns auf Distanz zu halten, obwohl dies den Militärbefehlshabern nicht gefiel, sollte die Entwicklung der Dinge sehr schnell bestätigen.

Am 18. oder 19. März wurden wir in einen Truppenzug verladen. Die Fahrt ging zunächst nach Eisenach. Hier hatten angeblich Polizeikräfte

die Anfänge einer Rebellion niedergeschlagen. Bei dieser Gelegenheit lernte ich Eisenach kennen. Da die Kaserne nicht ausreichte, alle Abwehrstreitkräfte aufzunehmen, fand ich in dieser reizvollen Stadt bei einer Bürgerfamilie Quartier. Bereits am nächsten Tag kam der erste Alarmbefehl. Wir hatten kaum Zeit gehabt, uns die Stadt und die Wartburg anzusehen. In den späten Abendstunden wurden wir aufgeboten, in Richtung Ruhla zu marschieren, wo sich dem Vernehmen nach ein starker Stützpunkt der Aufständischen befand. Während der Nacht sollten wir uns auf den Höhen des Thüringer Waldes in Kampfordnung an die Stadt heranpirschen, um im Morgengrauen Ruhla zu nehmen, die Rebellen zu überwältigen und die Ordnung wiederherzustellen.

Es fällt mir heute schwer, ein anschauliches Bild von dem Geschehen zu geben. Nach einem nächtlichen Marsch erreichten wir bei Sonnenaufgang die Stadt Ruhla in Sichtweite, und es galt nun, die ersten Patrouillen vorzuschicken, um die Kräfte des Gegners auszumachen; dann sollte rechtzeitig Verstärkung aus den Nachbarabschnitten herangezogen werden. Ich bat Professor Hermelink um die Genehmigung, den ersten Spähtrupp führen zu dürfen. Mir war die – wie sich später herausstellte, richtige – Erkenntnis gekommen, dadurch ein Blutvergiessen zu vermeiden. Zu diesem Spähtrupp gehörte auch mein Freund Gustav Heinemann. Ich besass soviel Phantasie, mir eine schwarz-rot-goldene Fahne zu beschaffen, denn der Kapp-Putsch hatte ja im Zeichen der schwarz-weiss-roten Farben gestanden, und ich wollte erreichen, dass die militanten Kommunisten, soweit es sie wirklich gab, schon an diesem Zeichen erkennen sollten, dass hier nicht etwa verspätete Kappisten anrückten, sondern Demokraten, die nichts anderes wollten, als die republikanische Ordnung zu sichern.

Das erwies sich als eine gute Vorahnung. Wir näherten uns unter Waffen dem Stadtrand. Die Sonne stand hoch, es war Tag geworden, und schon liefen Leute durch die Strassen. Die Aufständischen gedachten wir durch Verhandlungen zu überreden, ihre Waffen niederzulegen. Es bestand kein Anlass, den Kommunisten, die ja erst durch die Kappisten aufgeschreckt worden waren, ein Gefecht zu liefern. Die Bevölkerung der Stadt, meist Arbeiter, empfing uns anfangs misstrauisch, dann – als die ersten aufklärenden Worte gefallen waren – mit ausgesprochener Freundlichkeit. Von bewaffneten Rebellen war keine Spur zu sehen.

Im Rathaus wurden wir von dem kommunistischen Bürgermeister empfangen. Er erzählte uns, dass die Bevölkerung (es waren in der Hauptsache Kommunisten, Sozialdemokraten gab es in dieser Gegend damals nur sehr wenige) versucht hätte, sich zu bewaffnen, um den schwarz-weiss-roten reaktionären Truppen und den Putschisten entgegenzutreten. Dazu sei es jedoch nicht gekommen. Sie seien weder von Eisenach noch von Gotha aus angegriffen worden. Ausserdem hätten sie erfahren, dass der Putsch niedergeworfen worden wäre, und sich alsdann nach Hause begeben. Der Bürgermeister versicherte, es sei nicht wahr, dass sich die Bevölkerung erhoben hätte. Zwar sei es nicht überall friedlich zugegangen, aber das komme auf das Konto der Marburger Studenten. Unsere Frage, damit könne er doch nicht etwa uns meinen, denn wir seien eine gemeinschaftliche Formation aus Studenten und Arbeitern, hörte er mit Erstaunen. Dann aber machte uns der Bürgermeister eine elektrisierende Mitteilung: Am Tage zuvor sei eine Abteilung von Studenten durch die Gegend gezogen. Sie hätten im benachbarten Thäie eine Reihe von Festnahmen vorgenommen, und zwar auf Grund von Denunziationen bössartiger Elemente. Diese Festgenommenen seien schliesslich auf dem Wege nach Gotha an der Strasse bei Mechterstedt von den Studenten erschossen worden.

Die Morde von Mechterstedt

DIESE NACHRICHT erregte mich über die Massen. Ich sicherte dem Bürgermeister eine Überprüfung der Vorfälle zu. Dann fragte ich, ob sich noch bewaffnete Arbeiter in seiner Gemeinde aufhielten. Er gab dies zu und erklärte sich nach unserer Aufforderung bereit, die Waffen auszuliefern und dadurch zu beweisen, dass von dieser Seite aus kein Bürgerkrieg gespielt werden sollte. Erfreut über diesen Verhandlungserfolg schickte ich zwei Melder zu unserem Kompanieführer, der telefonisch den Militärstab in Gotha davon unterrichtete, dass in Ruhla völlige Ruhe herrsche. Die telefonische Verbindung klappte bereits wieder, denn inzwischen war der Generalstreik endlich aufgehoben worden.

Ich weiss nicht, ob diese Mitteilung in Gotha sehr überraschte. Das Oberkommando zeigte sich jedenfalls einsichtig und gab Befehl, Ruhla mit der ganzen Kompanie zu besetzen und die Entwaffnung möglichst

ohne Gewaltanwendung vorzunehmen. Im Laufe des Tages kam es dann zu einer regelrechten Verbrüderung zwischen meinen Kameraden und der Bevölkerung. Bürgerliche Elemente machten sich bemerkbar: kleine Gewerbetreibende, Kaufleute, Beamte und Angestellte bestätigten mir unter vier Augen die Richtigkeit der Aussagen des Bürgermeisters. Sie meinten zwar, er sei ein fanatischer Kommunist, und ganz so harmlos, wie die Kommunisten sich jetzt benahmen, seien sie nicht gewesen, aber ich erhielt doch die Versicherung, dass es hier keine Gefahr militärischer Auseinandersetzungen mehr gab.

Der Tag verlief ohne Zwischenfälle. Meine Freunde und ich fuhren anschließend nach Thaïe, um Näheres über die dortigen Festnahmen zu erfahren. Hier wurde uns von bürgerlichen Kreisen die ungeheuerliche Tatsache des Gemetzels bestätigt. Fünfzehn Männer habe man festgenommen, der jüngste sei sechzehn, der älteste siebzig Jahre alt gewesen. Ein Teil von ihnen habe mit Politik nichts zu tun gehabt. Offenbar hätten sich einige Denunzianten entweder wichtig machen wollen, ohne vorauszusehen, was mit den Gefangenen geschehen würde, oder der eine oder andere habe eine persönliche Rechnung begleichen wollen.

Nach diesen Feststellungen war es mit meiner Gemütsruhe endgültig vorbei. Ich erhielt die Zustimmung Hermelinks, noch am selben Tage nach Eisenach zurückzukehren. Hier kam es zu leidenschaftlichen Diskussionen, die mich besonders heftig erregten, da ich mich für die Teilnahme unserer Männer an diesem Thüringer Unternehmen mitverantwortlich fühlte. Am Abend bekam ich vor Aufregung einen Fieberanfall und spürte, dass ich irgendetwas unternehmen musste, um mein Gewissen zu beruhigen. Ich schlug Professor Hermelink, Gustav Heinemann, einem Oberleutnant Knöckel und Hermann Henning Duderstadt vor, noch in der Nacht nach Berlin zu fahren und unseren Abgeordneten Professor Schücking über die Vorfälle zu informieren.

Ich nahm den Nachtzug, den ersten Schnellzug, der nach dem Generalstreik wieder verkehrte. Allein der Umstand, dass dieser Zug fahrplanmässig und ohne Verspätung in den Anhalter Bahnhof einlief, bewies mir, dass von einem ausgedehnten kommunistischen Aufstand in Mitteldeutschland – wenn er überhaupt stattgefunden haben sollte – jetzt nicht mehr die Rede sein konnte. Sofort nach meiner Ankunft eilte ich zum Reichstagsgebäude. Glücklicherweise traf ich Professor Schücking schon in den frühen Vormittagsstunden.

Schücking war ein vortrefflicher Mann, ebenso mit hohem Geistesflug wie mit grosser seelischer Ausgeglichenheit gesegnet, ein wirklich vornehmer Charakter, ein Mann, der während seines politischen Lebens eher als Pazifist denn als Politiker der Parteiroutine auftrat. Er reagierte auf die Schreckensnachricht ähnlich wie ich, obwohl ihm die unmittelbaren Eindrücke fehlten. Er entschloss sich sofort, alle Termine abzusagen, und ersuchte um eine Unterredung mit dem Reichswehrminister Dr. Otto Gessler, die uns noch am Vormittag in der Bendlerstrasse gewährt wurde. Wir trafen ihn mit eben jenem Adjutanten an, den ich bei meiner ersten Begegnung mit Noske kennengelernt hatte. Obwohl ich ja nun Uniform trug und einem Major gegenüber selbst in diesem Zeitfreiwilligen-Verhältnis eine gewisse Haltung hätte einnehmen müssen, attackierte ich ihn mit heftigen Worten:

«Sehen Sie, Herr Major, jetzt ist es genau so gekommen, wie ich es Herrn Noske vor Wochen angekündigt habe. Nun ist das Porzellan zerschlagen.»

Ich war ehrlich entrüstet. Der Major zeigte indessen Verständnis für meine Empörung; vielleicht erschien es ihm auch nur tunlich, in Gegenwart des neuen Reichswehrministers, der meiner Partei angehörte, Einsicht zu dokumentieren. Zusammen mit meinem verehrten Freund Schücking beteiligte er sich an den Überlegungen, was zu tun sei, rief den General Rumschoettel vom Wehrkreiskommando Gotha an und forderte umgehend einen Lagebericht an. Nach kurzer Zeit meldete der Major seinem Minister, er habe die Zustimmung der militärischen Führungsstellen in Gotha und Kassel erhalten, die Zeitfreiwilligen in ihre Universitätsstadt zurückzuschicken, weil – wie sie meinten – der Aufstand soweit niedergeschlagen sei, dass die Reichswehrtruppen in diesem Gebiet hinreichend für Ordnung sorgen könnten.

Anschliessend lud mich Professor Schücking zum Mittagessen im Reichstagsgebäude ein. Hier lernte ich am Tisch der Demokraten den Abgeordneten Dr. Ludwig Haas kennen. Am Nachmittag wohnte ich einer stürmischen Reichstagsdebatte bei. Man beschuldigte die Rechte des Bürgerkriegsversuchs, und Haas schilderte unter grösster Erregung des ganzen Hauses die Ereignisse in Ruhla und Mechterstedt. Am Tage darauf berichteten die Zeitungen in seitenlangen Spalten darüber.

Am Abend reiste ich mit dem frühesten Spätzug nach Eisenach zurück und unterrichtete meine Freunde über die bevorstehende Abberufung der Studentenformation. Professor Hermelink empfing mich am näch-

sten Morgen und teilte mir mit, unser Auftrag sei nun beendet, und Sonderzüge für unseren Abtransport würden schon am Abend bereitgestellt sein. Meine Kameraden waren erfreut, denn sie alle hatten erkannt, wie überflüssig unsere weitere Anwesenheit in diesem befriedeten Gebiet war. Das Studentencorps reagierte dagegen mit Empörung. Inzwischen war durchgesickert, dass ein Offizier der Volkskompanie sich am Vortage von der Truppe entfernt hatte, im Reichstag gewesen war und mit einem Abgeordneten den Reichswehrminister aufgesucht hatte, der daraufhin den Abmarschbefehl der Marburger Studenten erwirkt habe. Man wusste nicht, um welchen Offizier es sich gehandelt, auch nicht, mit welchem Abgeordneten er den Minister gesprochen hatte, aber der Verdacht fiel selbstverständlich auf mich.

Als sich unsere Formationen am Abend vor dem Bahnhofsgebäude in Eisenach aufstellten, um gruppenweise in die Transportzüge geleitet zu werden, kam der Kommandeur des Studentencorps, ein Hauptmann a. D. von Ruttlar, auf mich zu: ein Mann, der sich späterhin als rücksichtsloser Rechtsradikaler demaskieren sollte. Er fragte mich unverblümt, ob ich jener ungenannte Offizier gewesen sei. Die Situation war gespannt: Beide Haufen, Studentencorps und Volkskompanie, standen sich drohend gegenüber. Ein Funke hätte genügt, um eine blutige Auseinandersetzung auf dem Bahnhofsvorplatz auszulösen. Hermelink flüsterte mir zu, die Antwort zu verweigern. Das tat ich denn auch, worauf von Ruttlar meinte, dies gelte als Bestätigung. Ich erwiderte, darüber würde ich ihm in Marburg Rechenschaft geben.

Er sollte nicht lange im ungewissen bleiben. Mit dieser kleinen Ausflucht hatte ich aber erreicht, dass der Abmarsch diszipliniert verlief. Schon vor dem Bahnhof war es zu bedrohlichen Zwischenfällen gekommen. Das Studentencorps hatte verlangt, wir sollten die schwarz-rot-goldene Fahne einziehen, andernfalls seien sie gezwungen, die schwarz-weiss-rote Flagge zu zeigen. Selbstverständlich weigerte sich die Volkskompanie bis zum letzten Mann, dieser Aufforderung Folge zu leisten. Mit Entschiedenheit erklärten wir, diese Fahne nötigenfalls mit Waffengewalt verteidigen zu wollen. Es seien die Farben der Nation, und sie könnten nicht preisgegeben werden.

Polizei vor der Haustür

IN MARBURG kam es fortlaufend zu Zusammenstößen inner- und außerhalb der Universität. Für mich war bereits eine derart unangenehme Lage entstanden, dass der Polizeichef meine Freunde wissen Hess, es bestehe Gefahr für meine Person; deshalb habe er Anweisung gegeben, meine Wohnung, Roter Graben ab, Tag und Nacht zu überwachen, weil ein Anschlag geplant sei.

Sogleich nach unserer Rückkehr aus Thüringen gaben meine Freunde und ich Herrn von Buttlar brieflich bekannt, dass ich in der Tat jener Student sei, der es für notwendig gehalten habe, nach Berlin zu fahren, mit dem Abgeordneten Schücking zu sprechen und den Wehrminister aufzusuchen. Ausserdem bekannte ich, von ihm die Rückberufung der Studenten erwirkt zu haben. Ich war nun ganz sicher, dass es in Eisenach zu blutigen Zwischenfällen innerhalb der Truppe gekommen wäre, wenn sich unsere studentischen Kampfverbände noch länger in Thüringen aufgehalten hätten.

Die Morde von Mechterstedt hatten ein gerichtliches Nachspiel. Der erste Prozess vor einem Militärgericht in Kassel endete nach einem reichlich oberflächlichen Verfahren mit einem glatten Freispruch für alle Angeklagten. Das hatte zur Folge, dass der Reichstag unter dem Eindruck der öffentlichen Entrüstung unverzüglich ein Gesetz verabschiedete, das die Militärgerichtsbarkeit abschaffte. Die Zeitungen schilderten ausführlich die grauenhaften Einzelheiten des fünfzehnfachen Mordes. Der «Vorwärts» schrieb am 19. Juni 1920:

«... Zeuge Leutnant Lemmer, Angehöriger der Volkskompanie, berichtet, dass die Zustände in Thüringen bei Weitem nicht so schlimm gewesen seien, wie man auf Grund der militärischen Berichte hätte annehmen müssen ... Der Zeuge Metz gibt an, dass einige Studenten gesagt hätten, die Gefangenen würden ja wohl nicht weit kommen. Weiter ist ihm gesagt worden, dass bei einer Führerbesprechung der Bataillonsführer v. Selchow gesagt habe, dass man bei der Erschiessung von Gefangenen stets auch den Schein des Rechts wahren müsse. Man brauche auch nicht so plump wie im Falle Liebknecht vorzugehen. Sergeant Wagner ... habe gesehen, dass die Gefangenen geschlagen und mit Füßen getreten worden seien. Der Zeuge Student Hönemann ... habe bei seiner Rückkehr gesagt, dass die Gefangenen erst zur Flucht veranlasst und dann erschossen wurden ... Der Zeuge Schellen-

berg [ergänzt] seine ... Aussagen und weist darauf hin, dass z.B. an einer Stelle die Toten in einem Halbkreis mit den Füßen dicht nebeneinander, die Köpfe in einem Abstand von etwa zwei Metern, teils auf dem Rücken, teils auf der Seite, gelegen hätten, also nicht auf der Flucht erschossen worden sein könnten ... Die Richtung, aus der die Kopfschüsse gekommen sind, ist nicht mit Genauigkeit festzustellen, da die Schädel vielfach ganz zertrümmert gewesen sind. Die meisten Schüsse seien von hinten, einige von der Seite und zwei von vorn abgegeben worden ...»

Am 21. Juni nahm unser Freund Duderstadt in der «Hessischen Landeszeitung» mit flammenden Worten zu dem Freispruch Stellung: «Das Kriegsgericht hat gesprochen, sein Urteil lautet auf Freispruch. Mit blankem Ehrenschild also verlassen die Angeklagten den Gerichtssaal; hochehrhobenen Hauptes dürfen sie einherschreiten ... Es ist ja so bezeichnend, dass weder der Anklagevertreter noch der Verteidiger noch auch der Vorsitzende in Plädoyers und Urteilsbegründung auf die Aussage des Zeugen Leutnant d. R. Hakens mit einem Worte eingingen, der als Kamerad über Kameraden offensichtlich aus schwerstem Herzen heraus unendlich Herbes zu beschwören sich verpflichtet fühlte. Es ist ja so bezeichnend, dass die lebenswürdige Behandlung aller Entlastungszeugen in schrillum Gegensatz stand zu dem schroffen und kränkenden Ton, den der Vorsitzende den Belastungszeugen gegenüber immer von Neuem zur Schau trug. Es ist ja so bezeichnend, dass mit keiner Silbe an der Glaubwürdigkeit der mehr oder weniger interessierten Zeugen aus der Oberschicht gezweifelt wurde ..., während die Glaubwürdigkeit der Zeugen aus dem ‚niederem Volke‘ fleissig und betriebsam zerpflückt ward ... Als der Vertreter der Anklage sein Plädoyer beendet hatte, sagte mir ein Bekannter, der mit der Plätzeverteilung im Gerichtssaal nicht vertraut war, der Verteidiger habe sehr gut gesprochen. Ich belehrte ihn, dass es der Ankläger war! Und man verliess das Landgericht mit dem seltsamen Gefühl, dass Herr Lemmer 15 Zeitfreiwillige erschossen ... hätte ... Die Angeklagten sind freigesprochen ... Ich hielt schon immer die nunmehr Freigesprochenen im schlimmsten Falle für Opfer. Die wahren Schuldigen sitzen unnahbar, unfassbar. Sie tragen ordengeschmückte Generalsuniformen und haben niemals Verhaftungen vorgenommen. Sie hocken auf den Redaktionsstuben der arbeiterfeindlichen Hetzpresse und haben niemals ein Gewehr in der Hand gehabt. Sie sind schon alt, haben vernarbte

Schmisse, nennen sich Geheimer Regierungs-, Studien-, Justiz- oder Medizinalrat und schrecken vor jedem Schuss ... Sie schimpfen auf den 8-Stunden-Arbeitstag und fallen beim Anblick von Leichen in Ohnmacht ... Furchtbare Saat geht auf, und niemand will sie gestreut haben.»

Nach der Gesetzesänderung war uns die Möglichkeit einer kriegsgerichtlichen Revision des Urteils genommen. Die Vorgänge von Mechterstedt wurden nun an die Zivilgerichtsbarkeit überwiesen. Wenige Monate später kam es, wiederum in Kassel, zu einem Verfahren vor dem Landgericht. Trotz gründlicher Prozessführung wurden die Angeklagten abermals freigesprochen. Der Zorn der Öffentlichkeit war gross. Die Urteilsbegründung unterschied sich wesentlich von der des Militärgerichts, das von der Unschuld der Angeklagten ausgegangen war. Die Begründung des Freispruchs durch das Kasseler Landgericht unterstellte keineswegs die Schuldlosigkeit der Angeklagten, sondern ruderte geschickt unter Bezug auf irgendwelche inzwischen erfolgte Amnestien an einem Schuldspruch vorbei. Es war deutlich zu spüren, dass die Atmosphäre im Sitzungssaal des Zivilgerichts anders war als zuvor beim Militärgericht und dass den Angeklagten hier weniger Sympathien zuteilwurden als den zahlreichen Belastungszeugen.

FÜR MICH hat dieser Freispruch im Jahre 1935 unerwartete Folgen zeitigt. Rudolf Diels, der in Marburg zu meiner demokratischen Studentengruppe zählte, wiewohl er Korpsstudent war, und der sich nach der Machtergreifung Hitlers von Göring zum ersten Chef der Gestapo machen liess, schilderte in einem nach dem Kriege erschienenen Buch, wie ihn im Sommer 1933 eine Delegation Marburger Studenten in seiner Dienststelle aufgesucht und meine Festnahme gefordert habe. Diels schrieb, er habe den Leuten dieses Ansinnen ausgedet, indem er darauf hinwies, dass man von einem überzeugungsstarken Gegner auch eine positive Meinung haben müsse und dass es achtenswert sei, wenn ein politischer Gegner sich sonst charakterlich einwandfrei verhalte. Die Studenten liessen sich von Diels überzeugen. Ich kann mir aber vorstellen, was passiert wäre, wenn er sich dafür entschieden hätte, mich preiszugeben. Die ihm damals unterstehende preussische «Gestapo» war allerdings noch nicht jene Organisation, die bald danach für das ganze Reichsgebiet geschaffen wurde und die mit der SS in engster Personalverbindung stand; es handelte sich in den ersten Monaten des



Die republikanischen Zeitfreiwilligen von Marburg



Auf der Überfahrt nach New York mit der alten ‚Bremen‘, Oktober 1923. In der Mitte: die Abgeordneten Sollmann, Louise Schröder, Paul Lobe, Prof. Schücking, hinten: Rosenfeld, Dr. Brauns, Dr. Schnee, am Rettungsring Lemmer, halb links unten Christine Teusch

Eine Reichsbanner-Versammlung in Stolp, 1930



Berlin, den 19. Oktober 1931.

Anläßlich des französischen Ministerbesuchs sind die Deutsche und die Französische Regierung übereingekommen, eine Gemischte Deutsch-Französische Kommission aus Vertretern der beteiligten Zentralstellen zu bilden, unter Beteiligung von berufenen Vertretern der verschiedenen Zweige der Wirtschaft und der Arbeitnehmer. Das Nähere ergibt sich aus dem abschriftlich beigelegten gemeinsamen Communiqué der beiden Regierungen vom 28. September 1931 sowie dem anliegenden Merkblatt.

Im Einvernehmen mit den zuständigen Regierungsstellen habe ich Sie als ehrenamtlichen Vertreter der Arbeitnehmer für den Ausschuß ausersehen. Ich hoffe, daß Sie Ihre wertvolle Unterstützung der Reichsregierung zur Verfügung stellen werden, und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir alsbald Ihre Zustimmung mitteilen wollten.

Wegen Anberaumung einer Besprechung über die Ziele und Arbeiten der Kommission, die demnächst unter meinem Vorsitz stattfinden wird, behalte ich mir weitere Mitteilung vor.

R. Brüning



Im Fussballstadion von Berlin-Tempelhof neben Vizekanzler Dietrich, 1931

Im Olympia-Stadion neben Fritz Walter und Helmut Schön, 1961



Jahres 1933 noch um eine legale Polizeibehörde des preussischen Staates, die freilich schon unmittelbar dem nationalsozialistischen Ministerpräsidenten Göring unterstellt war. Bereits wenige Monate später, nach dem sogenannten Röhm-Putsch vom 30. Juni 1934, wechselte sie ganz in Himmlers Machtbereich über und wurde zur reinen Terror- und Mord-Organisation.

Sowohl in der Weimarer Zeit als auch im «Dritten Reich» bin ich oft genug manchem aktiven Gegner von damals begegnet. Man hat mir dabei immer wieder erklärt, dass viele dieser meiner ehemaligen Gegenspieler mir persönlich mit Respekt gegenüberstanden. Auch in der Marburger Studentenschaft hatte man ja deutlich genug feststellen müssen, dass ich bereit war, gegen den Strom zu schwimmen. Ich stand zu meiner Sache, und diese Haltung hat auf die anständigen Elemente unter meinen politischen Gegnern (das war alles in allem doch die Mehrheit) Eindruck gemacht. Meist ist es doch so, dass die Rabauken, die sich allein in der Masse sicher fühlen, nur eine Minderheit repräsentieren. Sie führen wohl zuweilen das Regiment, und die Mehrheit findet oft nicht die Kraft oder den Ansatzpunkt, sich wider ihre zerstörerischen Kräfte zu stemmen, obwohl sie selbst redlich gesinnt ist. Dies habe ich übrigens nicht nur einmal erfahren müssen, sondern nur allzu häufig bis auf den heutigen Tag. Die meisten Studenten wollen ihr Studium absolvieren; sie werden vielleicht auch einmal mitgerissen, weil sie nicht ausreichend informiert sind. Nihilistische und anarchistische Gestalten kann man sie wohl kaum nennen: Die wahrhaft destruktiven Typen treten nur in Einzelexemplaren auf. So bin ich auch davon überzeugt, dass jene Kommilitonen, die in Marburg als grosse Mehrheit einem kleinen Freundeskreis von Andersdenkenden mit gewaltiger Übermacht gegenüberstanden, keineswegs allesamt von jener Sorte waren wie die wenigen, die aus reiner Mordlust in den Märztagen 1920 fünfzehn Menschenleben ausgelöscht haben.

Ich mache heute kein Hehl daraus, dass meine Einstellung zu den korporierten Studenten sich seither durchaus gewandelt hat. Auch sie haben in einem freiheitlichen Rechtsstaat Anspruch auf Toleranz und auf gerechte Beurteilung ihrer Zielsetzungen.

Eine Forderung zum Duell

AUCH SCHON vor dem Kapp-Putsch fehlte es nicht an Reibereien in Marburg. Eines konnte ich nicht übersehen: Die rechtsstehenden republikfeindlichen Kreise gedachten mir einen gehörigen Denkkettel zu verpassen. Was sich dann aber zutrug, das gehört zu den amüsantesten Begebenheiten, die sich vor dem düsteren Hintergrund jener Tage abspielten.

Ende November oder Anfang Dezember 1919 sass ich wie so oft mit Freunden in meiner Wohnung zusammen. Unser Gespräch wurde durch einen unerwarteten Besuch jäh unterbrochen. Unter der Tür erschien meine taubstumme Wirtin, erregt gestikulierend, und im Flur standen zwei Chargierte eines Marburger Corps. Sie benahmen sich sehr höflich, und ich – in völliger Unkenntnis der Gebräuche des Waffenstudententums – lud die Herren ebenso höflich ein, Platz zu nehmen. Man belehrte mich sofort, dass dies eine weitere Beleidigung der waffenstudentischen Sitten sei, denn sie hätten mir als Kartellträger eine Forderung zu überbringen.

Ich war sprachlos und erkundigte mich: weshalb um alles in der Welt denn das? Auf ein Palaver wollten sich die Herren indessen nicht einlassen; das war wohl auch eine ihrer Spielregeln. Sie teilten mir lediglich den Grund der Forderung mit, und der hiess: wegen Beleidigung des Waffenstudententums in der Öffentlichkeit.

Einer Schuld war ich mir freilich keineswegs bewusst. Zwar hatte ich bei Beginn meines Studiums den Beitritt zur Korporation verweigert, aber ich wollte damit niemanden kränken. «Mut» hatte ich auf den blutgetränkten Schlachtfeldern hinreichend unter Beweis stellen müssen. Nach neuen Mutproben, die wohl eine erzieherische Aufgabe der Messuren oder eines Waffengangs sein sollten, stand mir nicht der Sinn. Sie schienen mir für einen Angehörigen der Kriegsgeneration unangemessen. Das hatte ich damals Erklärt. Darüber hatten sich die Herren wohl viele Monate lang den Kopf zerbrochen, um mir erst jetzt, nachdem ich in den Brennpunkt der politischen Streitfragen geraten war, einen Strick daraus zu drehen.

Aus dem Hintergrund des Zimmers rief der junge Linksozialist Viktor Agartz ungehalten:

«Schmeiss die Kerle doch endlich raus!»

Ich bedeutete ihm aber, wer bei mir zu Gast sei und sich wie ein Gast

benehme, werde auch anständig behandelt. Und ich nahm die Forderung an.

Meine Freunde und die Kartellträger waren verblüfft. Schliesslich war ich kein Waffenstudent und infolgedessen beim Austragen eines solchen Duells von vornherein benachteiligt. Nachdem sich die Kartellträger gefasst hatten, setzten sie mich überaus höflich davon in Kenntnis, dass mir selbstverständlich der Paukboden des Corps zum Einpauken zur Verfügung stehe. Man wollte mir auch noblerweise eine längere Frist als üblich einräumen. Ausserdem werde mir als dem Geforderten die Wahl der Waffen freigestellt.

Ich erwiderte mit gelassener Miene, dass ich keine Zeit zum Einpauken benötigte, da ich nicht die Absicht hätte, eine Säbelspielerei um ein paar Schmissee auszutragen. Dies versetzte den Herren einen neuen Schock, denn nun dachten sie, ich sei auf ein Pistolenduell aus. Das war aber erstens strafbar, und zweitens konnte es einem Duellant das Leben kosten. Ich blieb ruhig und bemerkte:

«Da ich für andere Waffen keine Einübung brauche, wollen wir die Angelegenheit schnell hinter uns bringen.» Dann überlegte ich, welcher Platz wohl der geeignete sei, und mir fiel ein, dass man ernste Duelle auf der Höhe von Spiegelslust, einem Höhenzug, der Marburg gegenüberliegt, auszutragen pflegte. Ich bestimmte also: «Am kommenden Montag bei Sonnenaufgang auf der Höhe von Spiegelslust.»

Die Kartellträger wurden immer verlegener. Endlich fragten sie nach den Bedingungen. Ich versetzte mit toderntem Gesicht:

«Also am Montag bei Sonnenaufgang, hundertfünfzig Meter Distanz ohne Deckung, dreimaliger Minenwechsel mit dem kleinen Minenwerfer der alten Armee.»

Die Herren erstarrten zu Eis. Dann drehten sie sich um und verliessen wortlos unter dem tosenden Gelächter meiner Freunde die Wohnung. Ich versichere indessen aufrichtig, dass ich nicht gekniffen hätte. Bei hundertfünfzig Metern Distanz ohne Deckung hätte ich meinen Gegner mit der ersten Mine erledigen können. Aber darum war es mir bestimmt nicht zu tun. Das Duell kam also nicht zustande, was gewiss vernünftig war. Ganz sicher hätte es eine Sensation ausgelöst, mir aber eine Strafverfolgung wegen Mordes oder Totschlags eingebracht. Wenige Wochen später erschien am Schwarzen Brett der Universität eine Erklärung des Korporationsrings der Waffenstudenten, wonach ich angeblich vor einer Forderung durch ein Ausweichen auf nicht in

Frage kommende phantastische Waffen gekniffen hätte; demnach sei der «Waffenverruf» über mich verhängt. Nun galt ich als nicht satisfaktionsfähig und hatte von diesem Tage an meine Ruhe.

Die Gefährtin meines Lebens

ENDE FRÜHJAHR verliess ich Marburg und liess mich, mit Wohnsitz in Wiesbaden bei einer Tante, in Frankfurt am Main immatrikulieren. Gleichzeitig wurde ich als Volontär bei der Redaktion der berühmten «Frankfurter Zeitung» mit ihren täglichen drei völlig selbständigen Ausgaben aufgenommen. Schon dadurch befand ich mich am Main in einem geistig, politisch und gesellschaftlich völlig anderen Klima als in der Lahnstadt.

Der Verleger dieser traditionsreichen Zeitung war Heinrich Simon. Was ich anfänglich nicht begriff, war, dass die «Frankfurter Zeitung», Mitte des vorigen Jahrhunderts von Leopold Sonnemann als Stiftung begründet, kein Verlagsunternehmen fürs Geldverdienen war, und nicht die Institution eines «Chefredakteurs» kannte. Sie war in bestem demokratischem Stil auf kollegiale Zusammenarbeit der Ressortleiter aufgebaut. Meine Gönner mit Rat und Tat waren vor allem Dr. Wilhelm Cohnstaedt, v. Dewall, Dr. Goldschmidt, Artur Feiler und der kluge Rudolf Geck, der peinlich auf gute Sprachübung achtete und dabei keine Nachsicht kannte. Er war der «Vater» seiner jüngsten Redaktionskollegen. Die Haltung dieses aus Tradition demokratischen Blattes, im Herzen der Mainmetropole gemacht, mit einer starken Nebenredaktion in der Reichshauptstadt Berlin, wurde auf einer täglichen Redaktionskonferenz bestimmt. Diese kam mir wie die Kabinettsitzung einer Regierung vor, nur dass sachlicher, knapper und wesentlicher mit absolutem Freimut diskutiert wurde. Die «Lehrlinge» durften ab und zu dabei sein, konnten gelegentlich selbständig Artikel schreiben, mit Namen und anonym, Rudolf Geck half dabei. Für mich war das eine Hohe Schule für Publizistik und Politik. Bis zu seinem in der NS-Zeit erzwungenen Eingehen blieb ich diesem Blatt und seinen Herausgebern in enger menschlicher und sachlicher Beziehung verbunden. Von diesen lebt heute nur noch der gute Oskar Stark in Freiburg im Breisgau.

In Wiesbaden rumorte ich in der Politik. Hier lernte ich meine unver-

gessliche Frau Wilma, geborene Tiemann, eine Bremerin, kennen. Es war die schönste, unbekümmertste Zeit meines Lebens. Dort verlobte ich mich.

Schon als junger Mann hatte ich gehnt, dass mein Leben wohl recht un-
stet verlaufen werde und deshalb die Absicht, früh zu heiraten und eine
Familie zu gründen, um nach des Tages lautem Getriebe in die geruhsame
Stille eines Heimes zurückfinden zu können.

Wir beschlossen, beisammen zu bleiben, und im April 1924 – kurz nach
dem Ende der Inflationszeit – heirateten wir. Unsere Ehe wurde mit
zwei Kindern gesegnet. Unsere Tochter Ingeborg, Doktor med., hat
den wegen seiner Abstammung im Dritten Reich verfolgten Gerhard
Loewenthal geheiratet, der heute Erster Repräsentant des Zweiten
Deutschen Fernsehprogramms in den Benelux-Ländern und bei den
Europäischen Institutionen in Brüssel ist. Unser Sohn Henning wurde
Volljurist und ist als Regierungsrat in der Berliner Innenverwaltung
tätig; er hat sich seine Freiburger Studienfreundin Dr. Adelheid Maier
zur Frau genommen.

Vor drei Jahren wurde meine Frau Wilma von unserem Herrgott in
die Ewigkeit abberufen. Fast ein halbes Jahrhundert lang war sie
meine Lebensgefährtin gewesen. Ohne ihre ständige opferbereite Für-
sorge hätte ich meinen oft turbulenten Weg nicht gehen können; mein
Schicksal wäre ganz anders verlaufen. Wenn ich je Gutes geleistet ha-
ben sollte, dann war es das Verdienst meiner Frau. Ihr Elternhaus
hatte in Bremen gestanden; ihr Vater war Buchdruckereibesitzer ge-
wesen. Mit tiefem Dank muss ich ihrer auch als treusorgender Mutter
meiner Kinder gedenken. Ihre älteste Schwester Toni Tiemann betreut
mich heute als Witwer.

Unser Familienleben stand allezeit im Schatten der Politik, das heisst:
Meine Frau musste auf unendlich vieles verzichten und mit mir manche
Aufregungen, Sorgen und Gefahren in hochherziger Kameradschaft teil-
en. Frömmerei war unserem Zusammenleben fremd, doch waren wir stets
bekenntnisfreudig als Christen.

Die Gedenkpredigt für meine Frau hielt am 29. Januar 1965 Propst
D. Heinrich Grüber in der St.-Annen-Kirche in Berlin-Dahlem. In sei-
ner Trauerrede fand er die mich erschütternden einfachen Worte:
«Du, lieber Freund Lemmer, weisst um vier Jahrzehnte eines reichen
gemeinsamen Lebens. Ihr fandet euch als junge Menschen zusammen
in dem Bestreben, nach dem Zusammenbruch an dem Neubau eines

freiheitlichen Deutschland mitzuhelfen. Sie war stets deine treue Gefährtin in schweren und guten Stunden. Wenn ihr über Höhen geführt worden seid, dann blieb sie die Schlichte und die Bescheidene, und wenn es durch Dunkelheit ging, dann war die Treue, die Tapfere an deiner Seite, und das bleibt ... An ihrem Sarge dürfen wir in aller Stille das Wort unseres Heilandes sprechen: Sie hat getan, was sie konnte.»

Generalsekretär der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften

WÄHREND MEINER Marburger Studentenzeit hatte ich Gelegenheit, vor den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften im Ruhrgebiet einige Vorträge zu halten. Ich tat dies umso selbstbewusster, je bescheidener meine akademischen Kenntnisse waren, aber diese Gewerkschaften schienen meinen eigenen politischen Vorstellungen am ehesten zu entsprechen.

Einer ihrer bedeutendsten Führer war Anton Erkelenz, ein rheinischer Schlosser und Autodidakt, der es an Bildung mit manchem Akademiker aufnehmen konnte. Gustav Schneider vom Gewerkschaftsbund der Angestellten, der damals bereits 350'000 Mitglieder zählte, war wie Erkelenz Anhänger Friedrich Naumanns. Ich fand bald Kontakt zu diesen Männern, und auch sie begannen mich zu schätzen. Im Spätwinter 1921/22 schlossen sich die Gewerkschaften der Hirsch-Dunckerschen Richtung zu einem «Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände» zusammen, und Anton Erkelenz und Gustav Schneider suchten für diese Spitzenorganisation einen geeigneten Generalsekretär. Beide wünschten, dass begabte junge Menschen möglichst früh in Führungsstellen aufrückten, und so wurde ich ihr Mann. Ich zählte damals gerade vierundzwanzig Jahre. Dieser Entschluss, mich nun ganz gewerkschaftlichen Aufgaben – und damit der Politik – zu widmen, bedeutete aber auch die Aufgabe meines Studiums. Am 15. März 1922 siedelte ich von Wiesbaden und Frankfurt am Main nach Berlin über, das seither mein ständiger Wohnsitz werden sollte. Die Ernennung eines so jungen Mannes zum Generalsekretär erregte naturgemäss einiges Aufsehen. Der Arbeitgeberverband meiner Heimatstadt Remscheid richtete eine Anfrage an den ziemlich starken Gewerkschaftsverein der Hirsch-Dunckerschen Metallarbeiter, ob das denn tatsächlich stimme: Soeben sei die Nachricht eingetroffen, dass ich zum

Generalsekretär ernannt worden sei, und das könne man doch nicht glauben. Gleichzeitig stellte eine Berliner Illustrierte die sechs führenden Männer der Gewerkschaften in einer längeren Bildreportage vor, darunter auch mich.

Es war nicht leicht für einen Anfänger, solch ein verantwortungsschweres Amt auszuüben. Unsere Gesprächspartner auf der anderen Seite waren das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und das Präsidium der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände. Zunächst sass ich noch mit viel Minderwertigkeitskomplexen im Kreis dieser erfahrenen Kollegien und wagte nur dann etwas zur Diskussion zu sagen, wenn ich sicher zu sein glaubte, Wesentliches beitragen zu können. Diese Befangenheit legte sich aber bald.

Die grossen sozialpolitischen Gesetze der Weimarer Zeit wurden – ausserhalb des Parlaments – erörtert, so zum Beispiel das Gesetz über das Schlichtungswesen, das Arbeitsgerichtsgesetz, das Tarifvertragsgesetz, das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung. Das alles war etwas Neues, bislang völlig Unbekanntes. Früher blieb der Arbeitslose der Wohlfahrt überlassen, wenn er keinen Lohn mehr empfang. Arbeitskämpfe sah der Staat mehr mit den Augen polizeilicher Obrigkeit. Lohnabschlüsse waren eine private Angelegenheit. Das Arbeitsrecht, kollektiv wie privat, hatte gesetzlich nur wenig Boden. Was während der Weimarer Zeit für die Gestaltung des modernen Sozialrechts geleistet wurde, war später für alle modernen Industriestaaten bahnbrechend. Darum war der deutsche Einfluss im Internationalen Arbeitsamt in Genf gross; zu den deutschen Vertretern gehörte zeitweilig Otto Bach, in der Nachkriegszeit viele Jahre Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses.

DIE LEHRE von Karl Marx gipfelt in der These von der Unversöhnlichkeit der Klassen. Klassenhass und Klassentrennung waren vor dem Ersten Weltkrieg selbst in den Schulen spürbar. Allein die Bezeichnungen «Volksschulen» und «höhere Schulen» liessen Rückschlüsse auf die Kampf Stimmung zwischen den Bildungsstätten zu. Ich habe diese Unterscheidungsmerkmale schon als Kind für peinlich gehalten. Wir «höheren» Schüler mussten bunte Mützen tragen, die uns deutlich von den kaufmännischen und gewerblichen Lehrlingen trennten, welche die Volksschule gerade hinter sich gebracht hatten.

Diese Disharmonie, die auch die Innen- und Aussenpolitik des Kaiser-

reiches beeinflusste, sollte schlagartig mit dem 1. August 1914 ihr Ende finden. Innerhalb von Stunden vollzog sich in der deutschen Sozialdemokratie ein Wandel. Ohne Vorbehalte schwenkte sie ein in die vaterländische Verteidigungsfront, was wohl keiner ihrer älteren Angehörigen für möglich gehalten hätte. Die vielzitierten Worte Wilhelms II., «Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche», wurden von den Sozialisten ernst genommen. Ich habe noch eine deutliche Erinnerung an die damals herrschende Stimmung und kann bestätigen, dass auch die Arbeiterschaft von einem patriotischen Rausch erfasst wurde. Ein innenpolitischer Burgfriede wurde geschlossen, der auch bei den im Krieg notwendig werdenden Nachwahlen zum Reichstag bestehen blieb. Wenn ein Abgeordneter starb und in seinem Wahlkreis Nachwahlen stattfanden, verpflichteten sich die Parteien, die kein Mandat besaßen, von der Aufstellung eines Gegenkandidaten abzusehen, so dass für die Dauer des Krieges kein Wettstreit der Parteien ausgetragen wurde.

Der Burgfrieden der Kriegszeit beschränkte sich jedoch nicht nur auf die politischen Parteien. Am 15. November 1918 schlossen sich die Gewerkschaften aller drei Richtungen mit den Repräsentanten des deutschen Unternehmertums zu einer «Zentralarbeitsgemeinschaft» zusammen. Dieses Ereignis war meiner Meinung nach, gesellschaftspolitisch gesehen, eine der eindrucksvollsten und revolutionärsten Leistungen dieses Jahrzehnts. In keinem anderen Industrieland war zuvor Ähnliches auch nur diskutiert worden. Wenn wir verhältnismässig glimpflich, also ohne schwere soziale Erschütterungen, über die Zeit des Zusammenbruchs hinweggekommen sind, so verdanken wir das nicht zuletzt dieser Entspannung, die durch die erstmalige organisatorische Verbindung der Zentralarbeitsgemeinschaft erreicht wurde.

Diese Gemeinschaft ging späterhin faktisch in den zunächst provisorisch geschaffenen Reichswirtschaftsrat über, der als eine Art Ständekammer neben dem Reichstag geplant war. Ich bedaure, dass diese neuartige Institution bis zum Ende der Weimarer Republik Provisorium blieb. Immerhin war der Reichswirtschaftsrat empfehlend und vorbereitend an allen Gesetzeshandlungen des Parlaments, soweit sie sozialpolitischer oder ökonomischer Natur waren, beteiligt. Ihm gehörten von beiden Seiten, also den Gewerkschaften und den Unternehmern, hervorragende Persönlichkeiten an. Ich nenne Namen wie: Theodor Leipart, Bernard Otte, Umbreit, Baltrusch, Franz Neustedt,

Frommholz, Max Rössiger von der Arbeitnehmerseite und von Borsig, Stinnes, Bosch, Vogeler, Silverberg, Geheimrat Dr. Kastl von der Arbeitgeberseite. Viele andere Namen sind mir seitdem entfallen. Hier herrschte eine Atmosphäre grosser Sachlichkeit, die viele Männer aus beiden Lagern schliesslich auch persönlich einander näherbrachte. Der Reichstag achtete argwöhnisch darauf, dass diese aus der Zentralarbeitsgemeinschaft hervorgegangene Wirtschaftskammer sich nicht zu dem entwickeln konnte, was beabsichtigt war. Die Initiative war von Männern der «Gesellschaft für Sozialreform» ausgegangen, deren Vorsitzender der Nationalökonom Professor Dr. Heyde war.

Die Entwicklung dieser Körperschaft machte damals bereits deutlich, dass die Klassenkampf-Ideologie der Vorkriegszeit nun der Vergangenheit angehörte. Meine gewerkschaftlichen Freunde von der Hirsch-Dunckerschen Richtung, die geistig von Anton Erkelenz mit grosser Autorität geführt wurden, hatten seit ihrer Gründung Mitte des vorigen Jahrhunderts den Marxismus und seine Klassenkampf-These programmatisch abgelehnt. Nun war der Geist dieser zahlenmässig schwächsten Gewerkschaft, zu deren Führung neben Gustav Schneider und Max Fürstenberg von den Bankbeamten auch ich zählen durfte, unerwartet modern geworden.

Die gewerkschaftliche Gruppe dieser Zentralarbeitsgemeinschaft (wie auch des späteren Reichswirtschaftsrats) setzte sich aus den sozialistisch orientierten Freien Gewerkschaften, den Christlichen und den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften zusammen. Die Freien Gewerkschaften standen der Sozialdemokratie politisch nahe. Die Mitglieder der Christlichen Gewerkschaften neigten, soweit sie katholisch waren, dem Zentrum zu; die evangelischen Gruppen bekannten sich vereinzelt zu den Demokraten. Dort wurden sie vor allem von der Lehre Friedrich Naumanns angezogen. Der grössere Teil der evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften sammelte sich im Lager der Christlich-Sozialen. Das waren (ich will diese Gruppe damit nicht disqualifizieren) Ableger der Konservativen, die sich auf diese Weise eine Anziehungskraft innerhalb der Arbeiterschaft zu sichern trachteten. Ihre Schwerpunkte lagen in Osteibien und in Westfalen.

Die dritte Gruppe, die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, war zahlenmässig die schwächste; sie stand dem Liberalismus nahe. Der Vorwurf, sie sei eine «gelbe Gewerkschaft» gewesen, also eine grundsätzlich wirtschaftsfriedliche Organisation, ist unbegründet. Man hat den

Hirsch-Duncker sehen Gewerkschaften damals zum Teil sogar vorgeworfen, sie beteiligten sich grundsätzlich nicht an Streiks und seien gegen die wirklich freien und unabhängigen Gewerkschaften der anderen Richtungen gebildet worden. Diese Behauptung entbehrt jeder Grundlage allein schon deshalb, weil sie gleichzeitig mit den ersten «Arbeiter-Assoziationen» entstanden. Die «Gelben» wurden erst von Unternehmergruppen in diesem Jahrhundert gegründet; sie spielten keine Rolle. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften erstrebten eine Volksgemeinschaft in der Demokratie. Sie waren infolgedessen zum Streik bereit, wenn es keine andere Möglichkeit mehr gab und wenn der Streik das letzte Mittel blieb. Sie hielten absolute Solidarität mit Kampfaktionen der anderen Gewerkschaftsrichtungen.

Weil der Streik von allen Gewerkschaftsrichtungen nur als äusserstes Kampfmittel angesehen wurde, stimmte man in der Weimarer Zeit gesetzlichen Einflussmöglichkeiten des Staates über die von ihm geschaffenen Schlichtungsstellen zu, um Spielraum für eine rechtzeitige Verständigung zu gewinnen. Diese Auffassung vertraten Männer wie Karl Legien, Adam Stegerwald, Anton Erkelenz. Die Bedeutung Legiens ist wegen seines frühen Todes in der Öffentlichkeit unterschätzt worden. Nach meiner Meinung hat er wie kaum ein anderer Gewerkschaftler bestimmend auf die moderne gesellschaftspolitische Entwicklung gewirkt. Die Beobachtung ist nicht ohne Reiz, dass die Gewerkschaftsführer überwiegend den Holzarbeiterverbänden entstammten. Auf der Arbeitgeberseite der Zentralarbeitsgemeinschaft standen der vielgenannte und umstrittene Hugo Stinnes und Ernst von Borsig, der bekannte Berliner Industrielle.

Die Zentralarbeitsgemeinschaft, später der «Vorläufige Reichswirtschaftsrat», und die bemerkenswerte Entwicklung in der Sozialpolitik gaben der Republik von Weimar einen guten Start. Die Enttäuschung der Mehrheits-Sozialdemokratie unter Ebert und Scheidemann über das Ergebnis der Wahlen vom 19. Januar 1919 wurde durch das bessere soziale Klima, das durch die Zentralarbeitsgemeinschaft entstanden war, verringert. Obwohl Teile der Gewerkschaften aus der Tradition der ursprünglich revolutionären Arbeiterbewegung kamen, nahmen sie in Wirklichkeit bald eine eher konservative Grundhaltung an. Sie standen teilweise durchaus im Gegensatz zur Lehre von Karl Marx. Während Marx die Diktatur der Arbeiterklasse über seine Verelendungstheorie erreichen wollte, waren die Gewerkschaften in entgegen-

gesetzter Richtung bestrebt, die kapitalistische Wirtschaft zu demokratisieren. Sie kämpften für den grösseren Anteil der Arbeiter und damit für ihren höheren Lebensstandard. Nicht «Proletarier», sondern mitbestimmende Wirtschafts- wie Staatsbürger wollten sie sein. Das war nicht mehr Marx.

Die Gewerkschaften insgesamt sahen in Lohnbewegungen und Tarifverträgen ein Mittel, die sozialen Gegensätze abzubauen. Sie hatten ihren Anteil an dem grossen Sozialgesetzgebungswerk der Weimarer Republik, sie förderten den Arbeitsfrieden und wurden somit staatsertreuende Kräfte. Mit dem Anstieg des Lebensstandards der Arbeiter wurde die Verelendungstheorie von Marx weiter widerlegt.

Das Einvernehmen bei Grundsatzfragen zwischen den Spitzen der Sozialpartner blieb praktisch bis zur Machtergreifung Hitlers bestehen. Es hat sich auch in einer Zeit grosser Arbeitslosigkeit und Inflation bewährt, und sicherlich wird es dereinst in der Sozialgeschichte Deutschlands als epochenmachende Tat gewürdigt werden. Das Vertrauensverhältnis bei den regelmässigen Kontakten zwischen den führenden Männern der Gewerkschaften und des Reichs verb an des der Deutschen Industrie (der im Laufe der Jahre mehr als die Arbeitgeberverbände zentraler Partner der Unternehmenseite wurde) blieb bis zum Ende der Weimarer Epoche erhalten. Ich möchte als Teilnehmer dieser zentralen Kontaktstelle sagen, dass die Unternehmer von manchen weitsichtigen, verständigungsbereiten Männern mit politischem Fingerspitzengefühl vertreten wurden. Allerdings gab es auch viele, viele andere unter ihnen, die – von Ressentiments gegen die Gewerkschaften erfüllt – sich Hitler in die Arme warfen, ihn mit reichlichen Mitteln finanzierten und dadurch gleich vielen Grossagrariern eine schwere geschichtliche Verantwortung für das Unglück unseres Volkes auf sich luden.

Walther Rathenau

DIE führenden Männer des neuen Staates hatten eine schwere Hypothek übernommen. Sie waren, als das Kaiserreich zerfiel, in die Bresche gesprungen, um das Chaos zu verhindern. Noch konnten sie nicht ahnen, dass sie sehr bald schon von den Extremisten beider Richtungen in übelster Form geschmäht werden sollten. Sie waren es ja schliesslich nicht, die Mitverantwortung trugen am Ausbruch des grossen Krieges

und denen man diese für den furchtbaren Zusammenbruch hätte zuschieben können; im Gegenteil: Viele von ihnen hatten jahrelang wieder und wieder vor dem Wettrüsten gewarnt, sie hatten die sozialen Missstände hinter gleissenden Fassaden aufgedeckt, sie hatten das dumpfe Grollen gehört, das immer lauter anschwellt und eine Zeitenwende ankündigt, vor deren Nahen die Regierenden vor 1914 Augen und Ohren verschlossen.

Der erste deutsche Politiker, dem es gelang, durch das überragende Format seiner Persönlichkeit die Staatsmänner auf der Siegerseite wenigstens zum Respekt vor der nationalen Würde zu zwingen, war Walther Rathenau. Das Ausland kannte ihn nicht nur in seiner Präsidentenstellung bei der AEG; auch seine zahlreichen Publikationen hatten in den geistigen Kreisen Europas Aufsehen erregt. Rathenau war ein Grandseigneur. Er war als deutscher Jude ein deutscher Patriot, einer der vielen unserer Landsleute jüdischer Abstammung, deren Verlust in Kultur, Wirtschaft und Politik bis heute nicht wieder ausgeglichen werden konnte. Die Symbiose deutschen und jüdischen Geistes hat im neunzehnten und zu Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts zu ausserordentlichen Ergebnissen geführt, die Deutschland als eines der grossen Kulturvölker an die Spitze der Nationen gestellt haben.

Mit Walther Rathenau verbindet mich eine Reihe persönlicher Begegnungen. Sie konnten den Eindruck nur verstärken, den ich von dieser grossen Persönlichkeit schon Jahre zuvor durch die eifrige Lektüre seiner Broschüren und Bücher gewonnen hatte.

Rathenau hatte vor und während des Ersten Weltkrieges das Ohr der Jugendbewegung gefunden. Er bediente sich einer Sprache, die in die Zukunft wies und die Phrasen von gestern und heute verschmähte. Seine Gedankenführung war klar; seine Darstellung konnte nicht missverstanden werden, obwohl der Stoff, den er anfasste, vielleicht zu falschen Deutungen hätte führen können. Ich erinnere mich an manche seiner Publikationen, etwa an «Die neue Gesellschaft», «Kritik der Vernunft» oder «Mechanik des Geistes». Ich habe sie ebenso verschlungen wie die Schriften Friedrich Naumanns, obwohl diese beiden Männer ganz unterschiedliche Persönlichkeiten waren. Naumann – das soll keine Abwertung sein, im Gegenteil – war der Romancier der Politik, ehe er durch die Praxis zu einer sachlicheren Orientierung fand. Rathenau hingegen stand den Vorgängen des wirtschaftlichen und industriellen Lebens realistischer gegenüber; es schien, als könne er die ge-

waltige technische Entwicklung vorausahnen, welche die zweite Hälfte unseres Jahrhunderts bestimmen sollte. Er ahnte wohl auch, wie sehr die Menschheit – vor allem seelisch – von dieser Revolution beeinflusst werden musste. Ich begegnete Walther Rathenau zum erstenmal am 26. Oktober 1921 während einer Kabinettskrise. Er war bis dahin Reichsminister für den Wiederaufbau gewesen. Rathenau hatte sich dem Wunsch der Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei gefügt, in diesem Kabinett unter Reichskanzler Wirth nicht mehr vertreten zu sein. Er rechtfertigte seinen Schritt im Mannheimer «Nibelungensaal» auf einer Versammlung der Deutschen Demokratischen Jugend vor etwa siebentausend Zuhörern. Unter anderem führte er an diesem Abend aus:

«Meine Damen und Herren, man sagt, die Politik verderbe den Charakter. Kleine Charaktere kann sie verderben. Ich sage: Politik verlangt Charakter. Als charaktvollen Mann habe ich Wirth kennengelernt und betone, dass er imstande ist, in voller Breite nach aussen zu wirken und gleichzeitig nach innen zu ordnen. Ich habe ihn als einen wahren Demokraten kennengelernt, das heisst: als einen Menschen, der den Anspruch eines jeden Menschen achtet – einen Anspruch auf Selbstachtung, auf Selbstbestimmung und auf eigenes Recht. Es sind nicht aussenpolitische Gründe gewesen, die mich gegen den Eintritt in das neue Kabinett bestimmt haben, sondern es war lediglich der Beschluss unserer Fraktion, die sich darauf festgelegt hatte, ihre Mitglieder nicht von Neuem in das Kabinett eintreten zu lassen. Ich selbst bin diesem Beschlüsse nicht beigetreten, aber als Demokrat erkläre ich mich mit einem Beschluss auch dann solidarisch, wenn er gefasst wird von einsichtigen Männern gegen meine Stimme. Ich hielt es für wünschenswert und glaube dazu beigetragen zu haben, dass Gessler dem Kabinett erhalten bleibt. Ich hielt seinen Eintritt für erheblich wichtiger und wertvoller als den meinigen ...

Wir waren zum Spielball der Mächte geworden, und warum das? Nicht allein die furchtbare Situation des verlorenen Krieges, sondern es war hinzugetreten ein schwerer politischer Irrtum grundsätzlicher Art; es war der Irrtum, dass man glaubte, es sei möglich, nach aussen hin solche Beschlüsse zu fassen, die man nach innen glaubte vertreten zu können. Das aber ist der grösste Fehler aller auswärtigen Politik. Auswärtige Politik muss frei und unbeeinflusst sein von allen Stimmen des Innern, genau wie ein ärztliches Urteil unbeeinflusst sein muss von der Stim-

mung des Patienten. Wehe dem, der auswärtige Politik frei betreibt, ohne auf diese Stimmungen im Innern Rücksicht zu nehmen! Er wird zwar seinem Lande dienen, seinem Lande nützen, er wird vor der Geschichte bestehen – aber er wird ein furchtbares Leben führen. Das vergessen Sie nie, wenn Sie in solcher Zeit wie der gegenwärtigen in den Fehler eines Urteils über die auswärtige Politik verfallen. Der Mann, der auswärtige Politik macht nach den Stimmungen der Versammlungen, der wird bald ein Ultimatum auf dem Rücken haben. Der andere aber, der nach besten Kräften für seine Politik kämpft und der nicht tut, was den Volksversammlungen gefällt – er muss kämpfen gegen die öffentliche Meinung, er muss der öffentlichen Meinung voraus sein und muss sich selbst der öffentlichen Meinung aufzwingen. Aber das ist eine Lage, die die schwierigste ist. Wir sind in Deutschland noch lange nicht soweit.»

Dann sprach Rathenau von der Überwindung der deutschen Not besonders im Hinblick auf die Verständigung mit Frankreich, weil nur durch sie europäische Folgerungen aus dem Zusammenbruch von Siegern und Besiegten gezogen werden könnten.

An diesem 26. Oktober 1921 hatte ich die grosse Freude, in dieser für damalige Begriffe grossen Versammlung Rathenaus das Schlusswort sprechen zu dürfen. Was ich sagte, war in der Sache unerheblich. Es genügte mir, dass Rathenau, wie ich vom Rednerpult aus mit einem Seitenblick bemerkte, aufmerksam zuhörte. Ich dachte mir: Nun, wenn ein Rathenau sich für das interessiert, was du sagst, dann redest du wohl kein allzu dummes Zeug.

Er hat mir nach der Versammlung erzählt, der jugendliche Schwung, die Begeisterung und Überzeugungskraft meiner Rede hätten ihm gefallen. Wenn ich meinen Weg unerschrocken fortsetzte, dann würde ich einer jener Politiker werden, die mit starker rhetorischer Begabung selbst Massen in Bewegung setzen könnten. Solche Männer brauche eine Demokratie, und darum wünsche er mir alles Gute für die Zukunft. Diese Worte wiederholte er während der Bahnfahrt von Mannheim nach Frankfurt am Abend.

An die Einzelheiten dieses Gespräches kann ich mich freilich nicht mehr erinnern; auf jeden Fall aber spürte ich, wie sehr sich dieser bedeutende Mann dafür interessierte, was die Jugend dachte. Auffällig war, was heute kaum einer mehr für möglich halten wird, dass Walther Rathenau allein zu reisen pflegte. Er hatte in seinem Gefolge keinen per-

sönlichen Referenten, keinen Mitarbeiter aus dem Wiederaufbauministerium und keine Polizeibewachung, die er immer wieder entrüstet ablehnte.

DIESE ERSTE BEGEGNUNG hatte eine segensreiche Folge für mich, nachdem ich nach Berlin über gesiedelt war: Ich wurde nun mehrfach von Rathenau eingeladen. Er war Anfang 1922 Reichsminister des Auswärtigen geworden. Diese Treffen fanden im Hause seiner von ihm zärtlich geliebten Mutter in der Viktoriastrasse statt. Sooft er nur Zeit hatte, lud er etwa ein Dutzend junger Menschen ein, bewirtete sie, erkundigte sich nach ihren Zukunftsplänen und nahm mit grossem Interesse ihre Reaktionen auf das Zeitgeschehen zur Kenntnis. Seiner Meinung nach konnte ein Politiker niemals schöpferisch wirken, wenn er nicht fühlte, wohin die Jugend drängte und wie sie sich ihr künftiges Leben vorstellte.

Unser Gastgeber empfing mit vollendeter Liebenswürdigkeit jeden in gleicher Weise: nicht konventionell und doch mit innerer Distanz, die mit Takt beachtet werden wollte. Seine Sprache war einfach, seine Fragestellung deutlich; stets war ihm an klärenden Gesprächen gelegen. Rathenau war beileibe kein Volkstribun, doch wie mir schien, konnte er seine Gemütsiefe nur schwer verbergen. Schon seine hohe aristokratische Erscheinung zwang den Partner zu guter Haltung. Keiner von uns jungen Leuten vermochte sich dem Bann seiner natürlichen Autorität und seines Charmes zu entziehen. Was wir in Worte fassten, fand sichtlich sein Interesse; jeden Einzelnen liess er spüren, dass er ihn ernst nahm.

In der faszinierenden Atmosphäre dieses Hauses sprach man öfter von künftigen als von gegenwärtigen Ereignissen, was der Absicht des Gastgebers entsprach. Von einer tiefgehenden Wandlung der gesellschaftlichen, ökonomischen und technischen Verhältnisse war Rathenau absolut überzeugt. Seine Vision ging dabei oft über seine während des Krieges in den «Kommenden Dingen» entwickelten Gedanken hinaus. Unverhohlen blieb sein Zorn auf die Alliierten, denen er vorwarf, durch ihre starre Haltung unsere Aussenpolitik nicht weniger zu blockieren als die Politik des Innern. Er machte sich Sorgen – wie sehr er recht hatte, haben wir erst später ganz begreifen können.

VOM CHEF der damaligen Abteilung i A des Polizeipräsidiiums (Politische Abteilung) wurde Walther Rathenau, wie er uns in einer Teestunde der ersten Junihälfte 1922 gelassen mitteilte, auf die Notwendigkeit hingewiesen, sich einen besonderen polizeilichen Schutz gefallen lassen zu müssen. Ohne jedes Pathos und mit der ihm eigenen Würde knüpfte er daran einige Bemerkungen, die auch nach Jahrzehnten noch nicht in meiner Erinnerung ausgelöscht werden konnten:

«Ein Staatsmann, der mit redlichen Gedanken und reinen Händen für die Zukunft seines Volkes das Beste einzusetzen versucht, kann sich doch unmöglich in ständiger Begleitung von Sicherheitsbeamten sehen lassen. Ein Staatsmann, der vor der breitesten Öffentlichkeit seines Landes steht, muss – wenn es das Schicksal so will – auch zum Märtyrer bereit sein.»

Wir jungen Zuhörer waren ergriffen, als wir diese Worte aus dem Munde jenes Mannes vernahmen, den wir für das stärkste Aktivum deutscher Politik angesichts der ehemaligen Kriegsgegner, ja angesichts der ganzen Welt überhaupt betrachteten. Aber wir wussten (weil man dazu bloss die Zeitungen jener Tage zu lesen brauchte), welche Schmutzkübel an Verhetzung selbst in Blättern, die nicht ohne Weiteres zu der rechtsradikalen Pamphletjournalle zählten, über Rathenau ausgeschüttet wurden. Wir wussten also, dass die Warnungen der Polizei durchaus ernst zu nehmen waren.

Einige von uns gingen nach diesem Abend in der Viktoriastrasse noch in das Café Josty am Potsdamer Platz und diskutierten bis tief in die Nacht über die unheimliche Situation, die sich aus der wachsenden Bürgerkriegsstimmung unseres Volkes ergeben hatte. Eine schwache Regierung, die mit der ihr anvertrauten Macht nichts anzufangen wusste, war nicht einmal durch den knapp ein Jahr zuvor erfolgten Mord an Matthias Erzberger aufgeschreckt worden. «Schlagt tot den Walther Rathenau, die gottverdammte Judensau» – solche schändlichen Parolen gingen von Mund zu Mund, wurden gedruckt und unter das Volk geworfen, ohne dass eine starke Hand dem schamlosen Treiben Einhalt geboten hätte. Die Freiheit des Individuums war in der Weimarer Republik so weitgehend, dass nur Rathenau selbst als Privatkläger bei einer völlig renitenten, passiven Justiz gegen den johlenden Mob hätte vorgehen können. Wer ihn kannte, wusste, dass er das niemals mit seinem Gefühl für Würde hätte vereinbaren können.

DER ZUFALL führte mich am 23. und 24. Juni auf die Zuschauertribüne des Reichstages. Mich interessierte der Verlauf der grossen politischen Auseinandersetzungen über unsere Aussenpolitik. Am Freitag, dem 23., sprach in den frühen Abendstunden für die Deutschnationalen der frühere Bankier und ehemals kaiserliche Staatssekretär für die Finanzen, Dr. Karl Helfferich. Er entstammte einer alten liberalen Familie aus der Rheinpfalz und war nach dem unglücklichen Kriegsausgang politisch weit nach rechts gegangen. Seine Rede war von zügelloser Leidenschaft erfüllt. Die Regierung Wirth/Rathenau müsse vor den Staatsgerichtshof gestellt werden, deren «Erfüllungspolitik» er als «nationale Schamlosigkeit», «Schweinerei» und «Katastrophe» verunglimpfte. Dann richtete Helfferich persönliche Angriffe auf Rathenau als Reichsminister des Auswärtigen. Im Plenarsaal brodelte es, stürmische Zwischenrufe und Radauszenen offenbarten die unglückselige Tiefe der Gegensätze. Ich empfand es als schmerzlich, dass die Opposition nicht einmal den Versuch unternahm, sachlich zu argumentieren. Die Abgeordneten der Weimarer Parteien und auch der grössere Teil der Stresemannschen Deutschen Volkspartei zeigten sich bestürzt.

Rathenau erwiderte mit faszinierender Ruhe und Sachlichkeit. In der «Erfüllungspolitik» sah er die einzige Methode, die unnachgiebigen Siegermächte von den Grenzen des Möglichen zu überzeugen. Ein anderes Verhalten hätte zu noch schwereren Erschütterungen geführt. Ein Mann wie Helfferich wusste das sicherlich ganz genau, aber seine hemmungslose Demagogie trieb ihn an, eine Regierung, ein System zu bekämpfen, dem sein ganzer Hass galt.

Am darauffolgenden Tage, am Samstag, 24. Juni, nahm ich rechtzeitig wieder meinen Platz ein. Vor Beginn der Sitzung, um elf Uhr, machte sich plötzlich eine lebhafte Unruhe unter den Abgeordneten bemerkbar. Die Ursache erfuhren wir bald. Präsident Lobe eröffnete die Sitzung, um sie sofort zu vertagen, nachdem er dem Haus mitgeteilt hatte, kurz zuvor sei Aussenminister Walther Rathenau auf seiner Fahrt zum Reichstag in der Königsallee ermordet worden.

Nach einer unheimlichen Stille brach ein wahrer Sturm aus, nicht nur im Plenarsaal, auch auf den Tribünen. Nachdem eine Zwischenberatung im Ältestenrat stattgefunden hatte, wurde die zweite Sitzung dieses schwarzen Tages durch Paul Lobe mit einer vor innerer Erregung bebenden Stimme eröffnet. Seine Worte blieben zum Teil unverständlich, weil Abgeordnete der Linken – aber auch der Mitte – unter den

Rufen «Helfferich raus!», «Helfferich ist einer der intellektuellen Mörder!» zu den Bänken der Rechten vordrangen, so dass nur durch das besonnene Dazwischentreten von Parlamentariern der Sozialdemokratie und der Parteien der Mitte schwere Handgreiflichkeiten verhindert werden konnten. Lobe sprach von einer «Organisation von Mördern», von «massloser Hetze gegen die Männer der Regierung» und beklagte, dass Rathenau «meuchlings» ermordet worden sei. Die Deutschnationalen waren konsterniert. Aber die Mörder kamen von viel weiter rechts. Alle Mitglieder des Hauses, und auch Helfferich, waren erschüttert. Die Sitzung wurde zum zweitenmal unterbrochen.

Man erfuhr, dass Rathenau noch am Vorabend auf Einladung des amerikanischen Botschafters mit seinem persönlichen Widersacher Hugo Stinnes zu Abend gegessen, sich mit ihm ausgesöhnt und über sachliche Differenzen verständigt hatte. Seine Mörder waren verabschiedete junge Offiziere, verwirrte Idealisten, deren Idol der nationalistische Kapitän Ehrhardt war. Nichts aber kennzeichnete besser das heillose Durcheinander jener Tage als das Motiv dieser verleiteten jungen Männer. Sie hatten Rathenau nicht etwa deshalb ermordet, weil sie sein Wirken überhaupt für verderblich hielten; nein: Rathenau musste fallen, weil sie durchaus seine Grösse erkannten, weil sie sich darüber klar waren, dass er die andern weit überragte und als einziger imstande sein könnte, das neu entstandene Deutschland wieder zu einer Stellung emporzuführen, in der sie es in der Gemeinschaft der Völker nicht zu sehen wünschten. Das sollte verhindert werden. In ihren Köpfen spukte noch etwas vom Ungeist des untergegangenen Kaiserreichs, jedoch war dort nichts von dessen bewahrenswerten Traditionen zu finden; sie glaubten am 9. November 1918 ihre Ehre verloren zu haben; sie fühlten sich in einem verrotteten Staat, der nicht wert sei, weiterzubestehen; sie glaubten reine Idealisten zu sein und erkannten zu spät, dass ein verbrecherischer Wahn ihre Hirne umnebelt hatte.

Am Nachmittag wurde die dritte Reichstagssitzung dieses schicksalsschweren Tages mit einer Regierungserklärung eingeleitet. Der Nachruf des Reichskanzlers lässt sich auch heute nur noch mit Erschütterung lesen. Joseph Wirth sprach mit grosser Würde, konnte jedoch nur schwer seine leidenschaftliche Erregung unterdrücken. Sein Aussenminister war ihm enger Freund und unentbehrlicher Helfer gewesen. Auch wusste er, dass seit Wochen Morddrohungen gegen ihn selbst gerichtet wurden. «Nur edle Worte quollen aus seinem edlen Munde»,

sagte Wirth und erinnerte an die grosse Rede Rathenaus in Genua, die er im Palazzo San Giorgio mit den alle Zuhörer bewegenden Worten geschlossen hatte: «Pace, pace, pace!» (Frieden, Frieden, Frieden!) Joseph Wirth beendete seine frei vorgetragene Rede mit der Klage, dass immer wieder von neuem Gift in die Wunden des gequälten deutschen Volkes geträufelt werde, und dieser Feind, der das tue, dieser Feind stehe rechts. Die Wirkung dieser Anschuldigung war unbeschreiblich. Von Neuem drohten schwere Zusammenstösse. Lobe meisterte nur mit Mühe die Situation, so dass diese denkwürdige Sitzung schliesslich doch in Ruhe zu Ende geführt werden konnte.

Auch durch das deutsche Volk ging eine tiefe Erregung. In Berlin und anderen Grossstädten kam es zu Massendemonstrationen der Arbeiterschaft. Die Republik stand vor dem Abgrund des Bürgerkrieges. In Berlin waren es viele Hunderttausende, die in disziplinierten Aufmärschen ihrer Empörung Ausdruck gaben. Allenthalben erscholl der Ruf: «Es lebe die deutsche Republik!» An den Berliner Demonstrationen beteiligten sich nicht nur Arbeiter, sondern Angehörige aller Bevölkerungskreise. Auch ich ging auf die Strasse – ich brauchte für meine Erschütterung ein Ventil. Die Verabschiedung des grossen Toten fand im Reichstagsgebäude durch eine eindrucksvolle Trauerfeier statt, bei der Fritz von Unruh sprach, und an der alle Fraktionen, auch die Deutschnationalen, teilnahmen. Nur Helfferich fehlte.

Die Unruhe klang nur allmählich ab. Im Herbst 1923, als die schreckliche Inflation die Billionengrenze erreicht hatte und die Existenz der Besitzlosen zu einem kaum noch zu lösenden Problem geworden war, schien das Leben von Staat und Gesellschaft stillzustehen. Eine neue schwere Krise begann. In Mitteldeutschland stand die radikale Linke auf, in München inszenierte Hitler seinen Putsch, der durch die rechtzeitige Umkehr der bayrischen Staatsregierung mit Hilfe der Reichswehr niedergeschlagen werden konnte. Erst mit der Stabilisierung der Währung trat Ruhe ein; der Weimarer Staat fing an, sich zu konsolidieren. Zum erstenmal seit dem Jahre 1914 normalisierten sich die allgemeinen Lebensverhältnisse wieder. Die sogenannten «goldenen Jahre» der Weimarer Epoche brachen an.

Ruhrkampf und Arbeitskämpfe

SCHON EINMAL im Leben der jungen Republik, beim Kapp-Putsch im März 1920, hatte die organisierte Arbeiterschaft durch einen Generalstreik demonstriert, dass sie bereit war, Gefahren abzuwenden, die der neuen staatlichen Ordnung drohten. Im Jahre 1923, während des Ruhrkampfes, bewiesen die Massen des Volkes wiederum, wieviel Kraft einem entschlossenen und gemeinsamen Vorgehen innewohnen kann – freilich schienen alle Anstrengungen diesmal vergebens.

Bereits wenige Monate nach der Ermordung Rathenaus stellte sich heraus, dass die von ihm und Wirth befürwortete «Erfüllungspolitik» keine Früchte trug. Das Verhältnis zu den Alliierten wurde immer gespannter. In der Reparationskommission wurden die Meinungsverschiedenheiten unüberbrückbar. Die Franzosen und Engländer forderten, Deutschland müsse seine Währung aus eigener Kraft stabilisieren; erst dann könne über eine Neufestsetzung der Reparationszahlungen verhandelt werden. Die deutsche Regierung hielt dagegen eine internationale Hilfsaktion für unabdingbar, ferner einen längeren Zahlungsaufschub; anders sei die Mark nicht zu sanieren. Die Folge der schier endlosen Diskussion war der Rücktritt des Reichskanzlers Dr. Wirth (Zentrum) im November 1922, der ohne Unterstützung der Sozialdemokraten nicht weiter amtieren wollte. Unter dem HAPAG-Generaldirektor Wilhelm Cuno wurde daraufhin ein «Geschäftsministerium» gebildet, das sich aus Fachleuten zusammensetzte. Die Konstituierung dieses Fachkabinetts liess bereits erkennen, dass die Öffentlichkeit des parteipolitischen Haders müde wurde.

Cuno machte den Alliierten Vorschläge über die weiteren Reparationszahlungen; er hoffte, aus eigenen Kräften den Versuch einer Währungsstabilisierung wagen zu können. Dem neuen Kanzler unterlief dabei allerdings ein psychologischer Fehler: Der Ton, in dem seine «nationale» deutsche Regierung sprach, war dem unerbittlichen Poincaré gerade recht: Nun beharrte er umso starrer auf seinen Rechtsansprüchen; ja, er verkündete vor der französischen Kammer, notfalls werde er allein – also ohne Unterstützung der Engländer – Sanktionen gegen das Reich ergreifen, denn er hielt die deutsche Wirtschaft durchaus für zahlungskräftig und sprach von einem manipulierten Staatsbankrott.

Solche Drohungen mit Sanktionen gegen die Ruhr, das industrielle

Kernstück des Reiches, waren nichts Neues; nur hatte man sie bislang nicht ernst genommen. Jetzt aber zeigte Poincaré, wie ernst es ihm war: Unter einem nichtigen Vorwand – Deutschland habe eine bestimmte Zahlung verzögert – liess er französische und belgische Truppen am 11. Januar 1923 in das Ruhrgebiet einmarschieren. Die Reichsregierung antwortete umgehend: Sie rief ihre Botschafter aus Paris und Brüssel ab und stellte jegliche Geld- und Sachleistungen ein. An der Ruhr begann nun der sogenannte passive Widerstand, den Berlin dirigieren und finanzieren musste. Die Zechen wurden angewiesen, Frankreich keine Kohlen mehr zu liefern, auch gegen Bezahlung nicht; die Behörden durften fortan nur noch deutschen Weisungen entsprechend handeln; sogar die Schutzpolizei tat nicht mehr Dienst. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten schloss sich eng zum Widerstand gegen die Okkupanten zusammen.

Dass sich ein derartiges Verhalten auf die Dauer nicht auszahlen würde, hätte eigentlich jedem Einsichtigen klar sein müssen, denn Poincaré liess nun sogleich den Belagerungszustand und alsdann den verschärften Belagerungszustand erklären; aus Frankreich rückten immer neue Truppen an Rhein und Ruhr. Deutsche Beamten, die den Franzosen jeden Gehorsam verweigerten, wurden mitsamt ihren Familien ausgewiesen; im Ganzen waren es etwa hundertfünfzigtausend Menschen. Doch triumphierte fürs erste der gemeinsame Wille des gedemütigten Volkes, dem Feind die Stirn zu bieten, über die Vernunft. Schliesslich trennte eine Zollgrenze das Ruhrgebiet vom übrigen Reich, die Franzosen nahmen die Eisenbahn in eigene Regie, der Passzwang wurde eingeführt, es kam zu Zusammenstössen, Blut wurde sinnlos vergossen. «Nationale» Grüppchen fingen eine Art Guerillakrieg auf eigene Faust an; auf Brücken, Bahnlinien und Fabrikanlagen wurden Sabotageakte verübt.

Aber auch im übrigen Deutschland verschlimmerten sich die Verhältnisse von Tag zu Tag. Der Wahnsinn des Währungsstaumels setzte ein. Um das Reparationsproblem zerbrach man sich vorläufig nicht länger mehr den Kopf. Der Widerstand an der Ruhr kostete das Reich jedoch praktisch weit mehr als die Reparationen. Ein Vierteljahr noch konnte die Reichsbank die Mark durch Stützungsaufkäufe zu Lasten ihres Gold- und Devisenbestandes stabil halten, dann aber begann die Inflationsschraube sich immer rasender zu drehen: Das Geld, das heute ausgegeben wurde, war am nächsten Tag schon nichts mehr wert...

Die deutsche Arbeiterschaft, auch die kommunistische, stand geschlossen zum bedrohten Reich. Da die Probleme indessen nicht genügend durchdacht worden waren, erforderte der passive Widerstand bald eine zentrale Führung – eine illegale im Ruhrgebiet und eine legale in Berlin. Sie lag bei dem allgemeinen anerkannten Reichsarbeitsminister Dr. Heinrich Brauns. Dieser Kommission gehörten Vertreter aller betroffenen Ministerien, der kommunalen Behörden, der Preussischen Staatsregierung, des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Gewerkschaften an. Von Seiten der Freien Gewerkschaften war der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Peter Grassmann anwesend, von den Christlichen Gewerkschaften war Jakob Kaiser delegiert, während ich die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften vertrat.

Es war dies meine erste Begegnung mit Jakob Kaiser. Wir verstanden uns auf den ersten Blick. Ich wusste seine Argumente zu würdigen; er wiederum fand Gefallen an meinen Darlegungen, und da wir beide auch mit dem Sozialdemokraten Grassmann in der Sache übereinstimmten, herrschte in dieser Kommission absolute Eintracht. Diese Zusammenarbeit während des Ruhrkampfes legte den Grundstock zu unserer Freundschaft. In den folgenden Jahren nutzten wir jede Gelegenheit, uns wiederzusehen und uns Gedanken über die Weiterführung der Gewerkschaftsbewegung zu machen. Später, nach Konsolidierung des Weimarer Staates, glaubten wir zuversichtlich, dass die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden auf lange Zeit friedlich sein würden. Es sollte indessen alles anders kommen, als wir damals ahnen konnten.

Im Sommer 1923 war Deutschlands Widerstandskraft am Ende. Cuno hatte sich mit seiner Resistenz verrannt und wollte zurücktreten. In allen Parteien war man sich darüber klar, dass es so nicht weitergehen konnte. Es musste eine Regierung auf möglichst breiter Grundlage gebildet werden. Schliesslich wurde das Kabinett Cuno durch ein Misstrauensvotum der SPD gestürzt. Der Mann, der den Mut zur Unpopularität hatte, fand sich in Gustav Stresemann, der sich sogleich nach seiner Berufung um eine Beendigung des tragischen Konfliktes mit Frankreich bemühte. Er fand dabei unsere Unterstützung. Als Fazit des passiven Widerstandskampfes an der Ruhr konnte verzeichnet werden, dass Paris hatte erkennen müssen, wie einig sich die deutsche Arbeiterschaft in der Entschlossenheit war, für die Souveränität und Unteilbarkeit Deutschlands einzustehen. Im Spätsommer kam es zum Ab-

bruch der Aktion. Jeder Widerstandstag hatte das Reich vierzig Millionen Goldmark gekostet. Die deutsche Valuta war am Ende. Für eine Goldmark hatte man nun eine Billion Papiermark auf den Tisch zu blättern.

JÄHRE SPÄTER, im Herbst 1929, wurde ich Mitwirkender bei einem Arbeitskampf, der unter völlig anderen Vorzeichen stattfand. Als Generalsekretär einer der drei Gewerkschaftsgruppen wurde ich in den Lohnstreit hineingezogen, der in der Arbeitnehmerschaft der nordwestdeutschen Eisen- und Stahlindustrie drohte. Zum Schlichter berief man nach den damals gültigen Bestimmungen eine so angesehene Persönlichkeit wie den langjährigen Innenminister des Reiches und Preussens, Carl Severing. Aber auch seine Autorität und sein Geschick konnten ebensowenig wie die Bemühungen der gemässigten Repräsentanten von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden einen besänftigenden Einfluss ausüben; im Gegenteil: die radikalen Elemente in beiden sozialen Lagern setzten sich durch. Es war wie eine Psychose. Von dem einen oder andern Sozialpartner, auf Arbeitnehmer- und auf Arbeitgeberseite, konnte man sagen, dass sie geradezu hysterisch erregt waren und dadurch eine Atmosphäre schufen, die jede friedliche Verständigung auszuschliessen schien.

Und sie erreichten ihr Ziel. In den Novembertagen entbrannte für lange Wochen der schwerste Arbeitskampf, der sich überhaupt in der Weimarer Republik zugetragen hat. Das gesellschaftliche und ökonomische Leben zwischen Bielefeld und Düsseldorf wurde total erschüttert. Die Arbeitslosen auf den Strassen der grossen Städte, die tumultuarischen Versammlungen der Streikenden – alles das musste einen mit grosser Sorge erfüllen. Die Auseinandersetzungen wollten kein Ende nehmen. Wiederholte Versuche, die Partner wenigstens wieder einmal an einen Tisch zu bringen, scheiterten von vornherein. Arbeiter und Unternehmer gebärdeten sich immer rabiater. Die Arbeiter reagierten auf gutgemeinte Ratschläge der Gewerkschaften kaum noch; die Unternehmer liessen bereits Zeichen ihrer späteren Anfälligkeit für den Rechtsradikalismus, für den Nationalismus, erkennen. Die Gewerkschaftskassen wurden durch die ständigen Streikzahlungen geleert.

Schon damals sah ich den Tag kommen, an dem auch die stärksten Gewerkschaften, die der Metallarbeiter, finanziell ruiniert sein würden. Sie mussten am Ende Anleihen bei andern Gewerkschaften aufnehmen,

um die satzungsmässig vorgeschriebenen Streikunterstützungen an ihre Mitglieder auszahlen zu können. Die Situation war also auch für die Gewerkschaften trostlos. Der Aderlass durch diesen Arbeitskampf an Rhein und Ruhr war so gross, dass die Gewerkschaftsbewegung im Ganzen materiell erheblich geschwächt wurde, was schwerwiegende politische Folgen haben sollte.

Nach Abschluss dieses schwersten Lohnstreites in der nordwestdeutschen Stahlindustrie waren die Gewerkschaften nicht mehr das, was sie früher gewesen waren. Das Klima hatte sich wesentlich verschlimmert. Das Vertrauen der Mitglieder hatte gelitten. Die leeren Kassen mussten die gewerkschaftliche Stosskraft naturgemäss herabsetzen. Obwohl die Weltwirtschaftskrise noch nicht zu ahnen war, spürte man doch, dass wir einer sozialen und ökonomischen Krise zusteueren. Die Tatsache, dass dreihunderttausend Metallarbeiter so lange gestreikt hatten, war ein Vorgang, der nicht ohne Auswirkungen bleiben konnte: Der Arbeitskampf hatte viele Menschen radikalisiert. Manch einer wandte sich nun den Nationalsozialisten zu, weit mehr noch gingen zu den Kommunisten über, während andere wiederum in Apathie verfielen.

Der Historiker wird vielleicht eines Tages zu der Folgerung gelangen, dass dieser katastrophale Arbeitskampf an Rhein und Ruhr nicht unwesentlich zur schweren Krisis des Staates selbst, also der Weimarer Republik, beigetragen hat.

Rapallo

DIE ZAHL DER HISTORIKER, die sich über die Rolle Rathenaus auf der Konferenz von Rapallo gründlich geirrt haben, ist bestimmt grösser als die Zahl der besser unterrichteten. Alles, was mit dem Namen Rapallo zusammenhängt, wird auf Walther Rathenau zurückgeführt. Man sagt, er habe als erster Staatsmann die grossen Vorteile und Zukunftschancen einer deutsch-sowjetischen Zusammenarbeit erkannt. Wir Jüngeren haben Rathenau danach gefragt, und seine Antwort hat uns sehr überrascht: Er habe starke Bedenken gegen den Abschluss eines Sondervertrages mit der sowjetischen Delegation gehabt, und es habe ihn viele Überlegungen und Gewissensnöte gekostet, ehe er unter dem drängenden Einfluss seines Freundes Wirth und des Staatssekretärs von Maltzan seine Besorgnis überwinden konnte.

Der Sinn dieses Abkommens war nicht, wie oft fälschlich gesagt wurde, ein deutsch-sowjetisches Bündnis zu schaffen. Seine Bedeutung lag vielmehr darin, dass die sowjetische Delegation die Chance witterte, welche durch die törichte und starre Haltung der westlichen Delegationen erkennbar geworden war. Die französische und die britische Abordnung glaubten nämlich, sie könnten den Reparationsrahmen für das besiegte Deutschland erweitern und ihn auf die Sowjetunion ausdehnen. Russland war bekanntlich 1914 in einer Triple-Entente mit Grossbritannien und Frankreich gegen Deutschland und Österreich-Ungarn in den Krieg eingetreten. In Russland war der Krieg indessen bereits im Jahre 1917 zu Ende gegangen; es folgten die schweren inneren Erschütterungen: zuerst die Kerenskij-Revolution vom Frühjahr, danach die Oktoberrevolution Lenins und schliesslich der Bürgerkrieg zwischen Weiss und Rot. Schon lange vor Beendigung der Kampfhandlungen des Ersten Weltkrieges war Russland aus dem Ringen ausgeschieden.

Es muss eine geradezu teuflische Idee gewesen sein, Sowjetrußland in die Versuchung zu führen, sich dem Block der Reparationsgläubiger in Genua anzuschliessen. Dadurch hätten sich die Reparationsleistungen um einige Milliarden erhöht, und zwar zu einer Zeit, da jeder Einsichtige längst wusste, dass der Reparationsplan überhaupt undurchführbar war. Man muss der sowjetischen Delegation, die unter der Leitung des Volkskommissars für Auswärtiges, Tschitscherin, stand, zugutehalten, dass sie zu weitblickend war, um sich auf dieses makabre Spiel einzulassen. Sie verständigte sich hinter dem Rücken der Franzosen und Engländer mit der isolierten Delegation des Reiches. Walther Rathenau schilderte meinen Freunden und mir den Ablauf der Verhandlungen: Zu nächtlicher Stunde habe man sich, um kein Aufsehen in Genua zu erregen, in dem nahen Ort Rapallo heimlich getroffen. Die Initiative sei von der sowjetischen Delegation ausgegangen, die Wirth und seine wenigen Begleiter von dem westlichen Angebot in Kenntnis gesetzt habe. Joseph Wirth, ein Mann starker Emotionen, soll empört ausgerufen haben, man könne ja denen kein Vertrauen mehr entgegenbringen, die dem deutschen Volk mit härtesten Waffenstillstands- und Friedensvertragsbedingungen das Leben als Nation kaum noch möglich machten. Es müssten Überlegungen angestellt werden, welche Konsequenzen zu ziehen seien.

Hier hatte nun der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ago von Maltzan, eingehakt. Als Berufsdiplomat witterte er die Alternative

einer flexibleren Politik des vom Willen der Westmächte abhängigen Reiches. Es schien (doch das hat Rathenau nicht ausgesprochen), als sei von Maltzan bereits auf diese Information vorbereitet gewesen. Denn als die Sowjets nun den Vorschlag machten, ein Verzicht abkommen Moskaus auf Reparationen für alle Zeiten abzuschliessen, da stiess er mit allem Eifer vor, um diesen Abschluss zu befürworten. Reichskanzler Wirth sprang ihm sogleich bei.

Meiner Ansicht nach war eher Wirth, der einer der stärksten und einflussreichsten Männer der Weimarer Republik war, bereits damals mehr nach Osten als nach Westen orientiert. Schon vor Rapallo war diese Einstellung seiner Politik erkennbar gewesen. Damit stand er allerdings während der Auseinandersetzungen im Kabinett oder im Auswärtigen Ausschuss ziemlich allein, obwohl der Pakt von Rapallo von der ganzen deutschen Öffentlichkeit lebhaft begrüsst wurde. Die Kommunisten hatten dabei ihre besonderen Gründe, und die Rechte stimmte aus nationalistischen Spekulationen zu.

Walther Rathenau indessen hatte anfangs schwerste Einwände gegen einen Vertrag mit den Sowjets. Einmal wollte er nicht ohne Wissen der Westmächte verhandeln, obwohl sie sich nicht gerade übertrieben grosszügig und fair verhalten hatten; zum andern befürchtete er, dass die Alliierten als Folge dieses Abkommens nun an einer Wiedergenesung Deutschlands noch weniger interessiert sein würden als bisher, ja, dass sie in den Deutschen vielleicht schon wieder die Feinde von morgen erblicken könnten, die jetzt im Bunde mit den Sowjetrussen nur noch gefährlicher werden mussten, als sie es bereits bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges gewesen waren.

Rapallo ist zu einem alarmierenden Schlagwort der östlichen Deutschlandpolitik geworden, während bei dieser Übereinkunft doch nicht mehr festgelegt wurde, als dass beide Staaten keine gegenseitigen Forderungen mehr stellen und künftig in Frieden und Freundschaft miteinander leben wollten. Es war ein Vertrag, wie er zu Dutzenden in den damaligen Jahren abgeschlossen wurde; Bündnischarakter hatte das Abkommen keineswegs. Von London und Paris aus sah man die Dinge freilich anders. Dort zeigte man sich verschnupft, weil man zuvor nicht informiert worden war, und fasste den Schritt als unmissverständliche Zurückweisung des eigenen trüben Versuchs auf, auch noch Russland zu einem Reparationsgläubiger Deutschlands zu machen.

Walther Rathenau hielt die Sowjetunion in der Weltpolitik nicht für

aktionsfähig, was bei einem so weitschauenden Politiker eigentlich verwundern musste. Er glaubte auch nicht, dass sie es in absehbarer Zeit sein würde. Er meinte vielmehr, es sei wichtiger, die Ressentiments der Westmächte gegen Deutschland abzubauen, das Vertrauen zu uns wieder herzustellen und gemeinsam mit Frankreich und England europäische Politik zu treiben. Rathenau fühlte sich dem zivilisatorischen Westen enger verbunden, doch hatte er, wie alle vernünftigen Russlandkenner, eine sehr hohe Meinung von der russischen Kultur. Er vertrat jedoch die Auffassung, allein der Gütertausch und der Aussenhandel mit den Westmächten könnten Deutschland die wirtschaftliche Heilung bringen. Eine geduldige und vertrauenswürdige Politik müsse endlich zum Abbau der Bestimmungen des Versailler Vertrages führen, die von allen Deutschen als unerträglich empfunden wurden.

Wenn mich jemand fragen wollte, ob ich bei meinen verschiedenen Gesprächen mit Walther Rathenau den Eindruck gewonnen hätte, dieser Aussenminister sei entweder mehr nach Frankreich oder mehr nach den angelsächsischen Ländern hin orientiert gewesen, so würde ich es nicht wagen, eine schlüssige Antwort zu geben. Aber dass Rathenau zu der Entwicklung, die das deutsch-französische Verhältnis nach dem Zweiten Weltkrieg genommen hat, ein leidenschaftliches Ja ausgerufen hätte, unterliegt für mich keinem Zweifel.

Walther Rathenau gehört zu den Männern, die mich in das tiefste Wesen der Politik eingeführt haben. Er strafte das Geschwätz auf den Strassen und Märkten Lüge, dass Politik ein schmutziges Geschäft sei und den Charakter verderbe. Wäre dem wirklich so, dann hätte ich mich niemals mit der Politik befasst. Ich bin – wie mein Lebenslauf zeigt – nicht einer von jenen, die sich mit harten Ellenbogen ihre Positionen erworben oder die mit unfairen Mitteln nach irgendwelchen Pöstchen gestrebt haben. Es war mir offenbar vorherbestimmt, dass ich einen politischen Weg einschlagen sollte. Ich war mir immer der schweren Verantwortung bewusst, die jeder Politiker empfinden sollte, weil von allem, was er tut oder unterlässt, soviel für sein Volk abhängt. Der eigentliche Grundstein für die sich ungewöhnlich schöpferisch entwickelnden Beziehungen zwischen dem Reich und der Sowjetunion wurde erst am 24. April 1926 durch den sehr bekannt gewordenen «Berliner Vertrag» gelegt, den Stresemann und Krestinski unterzeichneten und mit dem eine stetige und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen beiden Mächten eingeleitet werden sollte. Er sah für den

Konfliktfall ein gegenseitiges Neutralitätsverhalten vor und enthielt auch eine entsprechende Formel für wirtschaftliche Blockade. Am 24. Juni 1931 wurde er auf unbestimmte Zeit verlängert und erwies sich – bis Hitler – ohne jede Ranküne gegen die Westmächte als hervorragendes Instrument für die enge Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten zwischen Berlin und Moskau.

Junger Mann im Reichstag

NACH MEINER Übersiedlung in die Reichshauptstadt trat ich bald in das politische Leben an diesem Schnittpunkt der geistigen Strömungen ein. Zunächst handelte es sich natürlich um Jugendkreise, aber ich war auch journalistisch tätig und erhielt vor allem als Generalsekretär der liberalen Arbeiter- und Angestelltenverbände einen klaren Eindruck vom politischen Leben Berlins.

Von Anfang an war ich ein begeisterter Berliner. Die Impulse der Weltstadt haben manch einen, der in der Reichshauptstadt seine Lebensaufgabe fand, davor bewahrt, zum politischen Spiessbürger zu werden. Die Lebenskraft dieser Stadt beruhte auf der Zusammenballung nicht nur von Millionen Menschen, nicht nur in der Anwesenheit der Politiker, der Männer des geistigen Lebens, der Wirtschaft, Arbeit und Diplomatie, sondern nicht zuletzt auch auf der ständigen Begegnung mit den bedeutendsten Kulturschaffenden jener Zeit. Sie konnten ihr Dasein in Berlin nach Belieben einrichten, ohne durch kleinstädtischen Klatsch irritiert zu werden. Sie lebten mit den Berlinern und die Berliner lebten mit ihnen. All dies gefiel mir sehr; es faszinierte mich.

Oft wurde ich gebeten, für die Deutsche Demokratische Partei Vorträge zu halten, wodurch ich in den politischen Kreisen allmählich bekannt wurde. Schon von Marburg her wussten viele, wer ich war, nachdem die dortigen Ereignisse in der Presse der Reichshauptstadt ihren Widerhall gefunden hatten. Meine berufliche Arbeit machte mir nicht wenig Freude. Es waren schöne Jahre.

Natürlich war es ein Zufall, dass ich mit meinen sechsundzwanzig Jahren bereits für die Reichstagswahlen des 7. Dezember 1924 als Spitzenkandidat auf der Liste der Deutschen Demokratischen Partei in Pommern stehen durfte. Niemand glaubte im Ernst daran, dass ich gewählt würde. Nach dem Stimmenanteil zu urteilen, den die Partei im Früh-

jahr bei den Reichstagswahlen erhalten hatte, war mein Bemühen sogar aussichtslos. Zu einem Reichstagsmandat waren nach dem Weimarer Wahlgesetz sechzigtausend Stimmen erforderlich. Die Gesamtzahl der im Wahlkreis abgegebenen Stimmen, dividiert durch sechzigtausend, ergab die Zahl der Abgeordneten, die eine Partei in den Reichstag entsenden konnte, was darüber ging, wurde auf einer «Reichsliste» verrechnet.

In Pommern hatte die Deutsche Demokratische Partei im Grunde gar keine Chance; dort gaben die konservativen Kräfte den Ton an. Die Kandidatur wurde mir auch nur deshalb angetragen, damit ich mich hier bewähren konnte. Tröstlich stellte man mir in Aussicht, vier Jahre später bei den dann fällig werdenden Reichstagswahlen in einem für meine Partei günstigeren Wahlkreis besser placiert zu werden; in Pommern sollte ich mir erst einmal die Sporen verdienen. Ich zog ohne besondere Erwartungen in diesen Wahlkampf, nahm ihn aber ernst, weil ich den Ehrgeiz hatte, die Stimmenzahl auf jeden Fall zu steigern und damit zu beweisen, dass der Einsatz eines begeisterungsfähigen jungen Mannes sich für eine Partei lohne. Die Auffassungen meiner Partei sollten auch für künftige Wahlen Gültigkeit erhalten.

Es kam zu einem Wahlkampf, den ich sechs Wochen lang Tag für Tag mit mehreren Versammlungen zwischen der Insel Rügen und der Westgrenze des Polnischen Korridors unermüdlich führte – nicht nur in den Städten, sondern auch in den Dörfern; sogar die Gutsdörfer besuchte ich. Hier kam es nicht selten vor, dass der Gutsherr seinen Hofhund auf mich hetzen liess. Das alles machte mir im Grunde eher Spass. Ich war nicht überempfindlich, und ich lernte auch manche Grossgrundbesitzer oder «Latifundieninhaber» (wie man sie damals nannte) näher kennen. Sie machten aus ihrer konservativen Haltung und ihrer deutsch-nationalen Parteizugehörigkeit kein Geheimnis, wünschten mich aber dennoch anzuhören, um zu erfahren, welche Gedanken ein so seltsamer Bursche haben mochte, der da mit seinem leicht rheinischen Tonfall ausgerechnet nach Pommern hereingeschneit kam, um sich ein Reichstagsmandat zu erobern. Alle Wege legte ich mit der Eisenbahn zurück. Der Autoverkehr war noch derart unbedeutend, dass er für den Durchschnittsbürger gar nicht in Betracht kam. Diese Reise kostete mich deshalb viel Zeit, denn ich musste ja mehrmals umsteigen, von den Hauptstrecken auf die Nebenstrecken, um die Dörfer zu erreichen. Lagen sie von der Nebenlinie auch noch weitab, so erwartete

mich ein Pferdefuhrwerk und brachte mich zu meinen Wahlversammlungen.

Dieser Wahlkampf von 1924 verlief noch ziemlich friedfertig. Es gab nur wenige stürmische Versammlungen. Meine Zuhörer wurden selten in Saalschlachten verwickelt (nicht mehr als drei- oder viermal); im Übrigen blieb alles im Stil des besonnenen und ruhigen Pommern, der sich nicht so leicht zu Gefühlsäusserungen hinreißen lässt. Diskutiert wurde indessen viel. Dadurch unterscheiden sich die Wahlversammlungen jener Zeit wesentlich von den heutigen. In unseren Tagen kommt es selten vor, dass politische Gegner aufeinandertreffen; heutzutage werden Monologe gehalten, und man gestattet in der Regel nicht einmal eine Diskussion. Wird sie aber doch zugelassen, dann tritt gewöhnlich nur ein Psychopath auf; die politischen Gegner schicken höchstens einen Beobachter, der über den Verlauf der Kundgebung zu berichten hat. Unsere heutigen Wahlversammlungen sind an Langeweile kaum noch zu übertreffen. Die Zuhörer zu fesseln, gelingt nur noch einem sehr guten Redner, der den Leuten wirklich etwas zu sagen hat, der es versteht, sie innerlich zu packen. Die Versammlungen von früher gehören wohl für immer der Vergangenheit an.

Das Wahlergebnis von 1924 bedeutete eine gewaltige Überraschung für mich. Ich sass mit meinen engeren Freunden in der Nacht des 7. zum 8. Dezember in der Diele des Stettiner Hotels «Preussenhof» zusammen und wartete auf den Eingang der Abstimmungsergebnisse, die zunächst nur tropfenweise, dann aber allmählich schneller einliefen. An die Stimmauszählung mittels Computersystem und hochentwickelter Meldetechnik dachte damals noch kein Mensch. Wir blieben die ganze Nacht mit meiner lieben Frau auf. Die Stunden zwischen fünf und sieben Uhr schlichen träge dahin. Nach einem vorläufigen Ergebnis fehlten mir an den vorgeschriebenen sechzigtausend Stimmen nur noch einunddreissig: beinahe wäre ich also wie ein tragischer Held auf der Strecke geblieben. Niemand hätte es indessen für möglich gehalten, dass meine Partei im Wahlkreis verb and mit Mecklenburg auch nur annähernd sechzigtausend Stimmen erhalten würde; dann aber an einunddreissig Stimmen zu scheitern, das wäre bitter gewesen. (In Pommern steigerte ich die Zahl von dreiundzwanzigtausend auf vierunddreissigtausend.)

Ich behielt meine Nerven, nachdem mich der Wahlleiter beim Oberpräsidenten in Stettin mit der Versicherung getröstet hatte, die See-

leute wählten auf den heimkehrenden Schiffen in den pommerschen Häfen. Das dauere noch eine ganze Woche lang. Es seien zwar nur ein paar Dutzend, aber es würde vielleicht zu schaffen sein, da die Sozialdemokratie die Parole ausgeben werde, die Leute sollten die Liste der Deutschen Demokratischen Partei wählen, um mich in den Reichstag zu bringen. Daran könnten die Sozialdemokraten interessiert sein, da ich mich als fairer Gegner erwiesen hatte. In den grossen Fragen verband uns gute Kameradschaft. Ich hatte in der gewerkschaftlichen Arbeit einen Namen, war Zweiter Vorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und daher für die Sozialdemokratie ein Mann, den man um der Republik willen zum Zuge bringen musste.

Es wurde indessen nicht notwendig, mein Mandat mit solcher Schützenhilfe zu gewinnen, denn kurz vor sieben Uhr in der Frühe stellte sich heraus, dass noch Stimmen aus entlegenen Dörfern nachgezählt wurden. Mit sechzigtausend und einigen hundert Stimmen darüber wurde ich also in den Reichstag gewählt. Es war ein grosser Tag in meinem Leben, der bestimmend wurde für vieles, was dann weiterhin aus mir geworden ist.

Pommern ist mir durch diese Wahl ans Herz gewachsen. Wenn ich in späteren Jahren nur noch über die Reichsliste in den Reichstag gewählt wurde – sie sammelte die nicht zum Zuge gekommenen Stimmen aus den verschiedenen Wahlkreis verbänden des Reichsgebietes –, so blieb ich doch neben Berlin in erster Linie den Pommern verbunden. Auch bei den Wahlen von 1928, als die Deutsche Demokratische Partei statt mit zweiunddreissig nur noch mit fünfundzwanzig Abgeordneten vertreten war, habe ich die für mich abgegebene Stimmenzahl noch weiter – auf fünfunddreissigtausendfünfhundert – steigern können. Neben Hamburg, wo es nur wenige Neuzugänge gab, gelang es unserer Partei lediglich in Pommern, noch Stimmen zu gewinnen und damit einen Erfolg zu markieren, der sich vom allgemeinen Rückgang der Partei deutlich abhob.

Begegnung mit Paul von Hindenburg

MEINE WÄHL zum Reichstagsabgeordneten war für mich eine Mahnung, bescheiden zu sein. Ich verstand meinen Eintritt in das Parlament als eine Aufforderung, mich gut umzusehen. Zum Respekt vor

der Verantwortung der in den Parlamenten tätigen Volksvertreter war ich schon in meinem Elternhaus erzogen worden.

Die ersten bedeutsamen Erlebnisse als junger Abgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei, also der Linksliberalen, waren im Jahre 1925 der Tod des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert und im Anschluss daran die Wahl des zweiten Präsidenten der Weimarer Republik, Paul von Hindenburg.

Am zweiten Wahlsonntag, an dem die Entscheidung für Hindenburg fiel, war ich mit meiner Frau – einer Einladung meines Freundes Ernst Feder folgend – bei dem Chefredakteur Theodor Wolff im Hause des «Berliner Tageblatt» zu Gast. Er war bestürzt, als in den späten Nachtstunden die Ergebnisse bekannt wurden. Schon war eine grosse Mehrheit für Hindenburg zu erkennen, wenn auch keine absolute. Im ersten Wahlgang hatte Dr. Karl Jarres, Oberbürgermeister von Duisburg, für die Rechte kandidiert. Die Kommunisten hatten auf ihrem Kandidaten Ernst Thälmann bestanden; sie waren nicht bereit gewesen, den von der Mitte und der Sozialdemokratie aufgestellten Zentrumspolitiker Wilhelm Marx zu unterstützen. Zwar hatten nun Thälmann und Marx zusammen mehr Stimmen als Hindenburg erhalten, aber nach dem Wahlgesetz war der Feldmarschall Sieger geblieben.

Über die Folgen dieser Wahl möchte ich mich nicht weiter auslassen; über dieses Thema ist schon sehr viel geschrieben worden. Ich erinnere mich noch der makabren Vereidigungsszene durch Paul Lobe. Die Kommunisten lärmten, obwohl gerade sie indirekt Hindenburg zum Sieg verholfen hatten. Lobe hatte es schwer, die Feierlichkeit zur Vereidigung des Staatsoberhauptes nach den Bestimmungen der Verfassung zu wahren. Im Übrigen verhielten sich die Abgeordneten der Linken zurückhaltend, ja kühl. Der verhältnismässig früh gealterte Hindenburg (damals war er achtundsiebzig) vermochte nur stammelnd die von Lobe verlesene Eidesformel nachzusprechen und stand steif wie ein Stock, offensichtlich voller Unbehagen, neben dem Rednerpult. Viele unter uns bebten innerlich, ob die Zeremonie wohl glatt verlaufen werde. Zum Glück ging alles gut. Wir fühlten uns hinterher wie von einem Albdruck befreit.

Es war immerhin bemerkenswert, dass der kaiserliche Feldmarschall in die Hand eines ehemaligen Schriftsetzers, des sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten, den Eid auf die republikanische Verfassung zu leisten hatte. Paul von Hindenburg hat diesen Eid ernst ge-

nommen. Weil er nicht bereit war, sich auf eine abenteuerliche Politik einzulassen, hat er später viele Konflikte mit seinen eigenen Wählern hinnehmen müssen. Er war auch nicht bereit, diesen Eid auf die Verfassung zu brechen; er verhielt sich verfassungstreu, bis dann die Alterserscheinungen Überhandnahmen.

Einige Wochen nach seiner Wahl im Frühjahr 1925 wurde ich von meiner Fraktion zu einem ersten Empfang in das Reichspräsidentenpalais in der Wilhelmstrasse delegiert. Ich war auf diesem mir noch fremden Parkett natürlich sehr befangen und fühlte mich als jüngster Abgeordneter verständlicherweise ein wenig unsicher. Von jeder Fraktion, mit Ausnahme der Kommunisten und der Nationalsozialisten, waren einige Abgeordnete eingeladen worden. Anwesend waren ferner die Vertreter des Diplomatischen Korps und führende Männer der deutschen Publizistik.

Der damalige Staatssekretär beim Reichspräsidenten, Dr. Meissner, hatte sich bemüht, Hindenburg nicht nur die Repräsentanten der Rechten vorzustellen, sondern auch jene, die zu ihm während der Wahlen in Opposition gestanden hatten. So geschah es, dass Dr. Meissner den Reichspräsidenten zu einer Gruppe führte, unter der sich Theodor Wolff, Conrad Conradus, der stellvertretende Chefredakteur der «RZ am Mittag», und ich befanden. Nun kam es zu einem für mich unvergesslichen Gespräch. Ich wurde Hindenburg als jüngster Abgeordneter präsentiert. Wortkarg wie er war, dauerte es eine Weile, bis er mich fragte, wie alt ich denn sei. Ich antwortete, ich sei gerade siebenundzwanzig Jahre alt geworden, also schon mit sechsundzwanzig Reichstagsabgeordneter gewesen. Die von mir etwas stolz vorgetragene Bemerkung machte auf den Reichspräsidenten nicht den geringsten Eindruck, im Gegenteil: Es schockierte ihn wohl eher, dass ein solch junger Mann bereits im Strudel der Politik stand. Mit keineswegs wohlwollender Betonung meinte er:

«Na, Herr Abgeordneter, dann sind Sie aber sehr jung gewählt worden.»

Ich spürte die abschätzige Distanz und ärgerte mich darüber. Um ihm zu parieren, antwortete ich:

«Herr Präsident, wenn ich mit sechsundzwanzig Jahren das jüngste Mitglied des Reichstags werden konnte, so darf ich darauf aufmerksam machen, dass ich wohl auch zu den jüngsten Freiwilligen des Weltkrieges gehörte, von 1915 bis 1918. Mit noch nicht siebzehn Jahren» – ich

betonte dies ausdrücklich – «bin ich bei der Infanterie Kriegsfreiwilliger geworden.»

Hindenburgs Reaktion war bezeichnend: Auf einmal fand er mich interessant, er zeigte sich nun aufgeschlossen, geradezu freundlich und murmelte versonnen:

«Ja, ja, die Infanterie, das ist die Königin der Waffen.»

Dann fragte er, bei welchem Regiment ich eingetreten sei. Ich gab ihm Auskunft:

«Beim Ersten Westfälischen Infanterieregiment Nummer dreizehn, beim Ersatzbataillon dieses sonst in Münster in Westfalen stehenden Regiments in Köln.»

Nun erkundigte sich Hindenburg sogleich nach einigen höheren Offizieren dieses Regiments, worauf ich ihm freilich nur unvollständigen Bescheid geben konnte. Immerhin spürte ich, welchen Eindruck es auf ihn machte, dass ich mit sechzehn Jahren in den Krieg gezogen war. Um ihn zu einem persönlichen Bekenntnis zu verlassen, fuhr ich fort:

«Herr Reichspräsident, Sie sehen, ich bin jung Soldat für mein Vaterland geworden, wie ich nun auch jung in diesem Reichstag der Weimarer Republik meinem Vaterland diene.» Ich sagte absichtlich Republik, um ihn nicht im Unklaren über meinen politischen Standort zu lassen. Das genierte ihn jedoch nicht weiter. Er blieb freundlich und verabschiedete mich mit der Feststellung:

«Wissen Sie, Herr Abgeordneter, Sie sind eben sehr jung in die Armee eingetreten und nun auch sehr jung Abgeordneter geworden. Darauf können Sie stolz sein. Ein Häkchen krümmt sich beizeiten.»

Der Staatssekretär stellte ihm sodann Theodor Wolff mit den Worten vor:

«Herr Reichspräsident, Sie kennen ja Herrn Wolff schon seit vielen Jahren; er war häufig während des Krieges in Ihrem Hauptquartier.»

Diese Brücke baute Meissner, weil er wusste, wie schwach das Gedächtnis des Reichspräsidenten war, wenn es sich um Zivilisten handelte.

«Ja, ich erinnere mich», versetzte Hindenburg schwerfällig, um dann Wolff unvermittelt zu fragen: «Sagen Sie mal, Herr Wolff, wie oft erscheint denn Ihre Zeitung eigentlich? Einmal am Tage oder zweimal?»

Wolff erwiderte gelassen:

«Zweimal, Herr Reichspräsident. Wir haben eine Abendausgabe, und wir haben eine Morgenausgabe.»

Jetzt wollte Hindenburg wissen, welche denn die wichtigere sei.

«Das ist die Morgenausgabe», erklärte Wolff geduldig. «Die Abendausgabe ist eigentlich nur eine Ergänzung.»

«Ja, dann wird aber doch die Morgenausgabe in der Nacht gemacht?» fragte Hindenburg nachdenklich, was Theodor Wolff unerschütterlich bestätigte. Daraufhin bemerkte Hindenburg, zweifellos ohne den Journalisten kränken zu wollen, denn dazu war er geistig zu elementar:

«Wissen Sie, Herr Wolff, ich habe auf meinem Gut Neudeck in Westpreussen einen Nachtwächter, der ist vierundneunzig Jahre alt geworden. Da Sie ja auch in der Nacht arbeiten, weil Sie ja vorhin sagten, die Morgenausgabe wird in der Nacht gemacht, kann ich Sie beruhigen: mein Nachtwächter ist sehr alt geworden.»

Conrad Conradus wurde von dem Reichspräsidenten folgendermassen angesprochen:

«So, Sie machen also die BZ am Mittag?»

«Ja», entgegnete der Redakteur, «im Verlag Ullstein.»

«So, so. Wissen Sie, Herr Conradus, Ihre Zeitung lese ich jeden Tag. Die ist für mich so angenehm. Ich brauche nur auf der ersten Seite die Überschriften zu lesen, alles andere kann ich mir dann sparen. Dann weiss ich immer gleich, was los ist.»

Abgeordneter für Pommern

IN DEN NEUN JAHREN meines Reichstagsmandats als Vertreter Pommerns ging es mir darum, nicht nur in möglichst vielen Versammlungen aufzutreten, sondern mir lag noch mehr daran, die Probleme und Schwierigkeiten des Existenzkampfes meiner Wähler kennenzulernen. Ein Abgeordneter hat im Parlament die Interessen jener Menschen zu vertreten, die ihn ihres Vertrauens gewürdigt haben. Ich setzte mich nach Wahlversammlungen stets in die Wirtsstuben und unterhielt mich mit den Gästen aus allen Schichten. Diese bunt zusammengewürfelten und mir unbekannt Menschen hatten möglicherweise sozialdemokratisch, vielleicht auch deutschnational gewählt, doch das scherte mich nicht. Ich fragte sie nun: «Was ist los? Was gefällt euch? Was gefällt euch nicht?» Dabei erfuhr ich viel Neuartiges; die Leute erzählten mir Dinge, von denen ich bislang nichts gewusst hatte.

In den Gasthöfen von Landkreisen wie Stolp, Schlawe, Köslin und Kol-

berg traf ich zahlreiche Fischer, denen es besonders schlecht erging. Sie hatten hart um ihr Recht zu streiten, im nahen Küstengewässer mit Schleppnetzen fischen zu dürfen, denn die Behörden zeigten sich widerborstig. Um mit seetüchtigen Kuttern auf hohe See hinausfahren zu können, dazu aber fehlte den Männern das Geld für den Erwerb solcher Boote. Einige hatten dennoch versucht, mit kleinen und nicht sehr seetüchtigen Booten ausserhalb des näheren Küstengebietes zu fischen und waren dabei elend ums Leben gekommen.

Ich hörte, dass in den Dörfern Vitzgerstrand, Krolowstrand, Laase und anderen in letzter Zeit mehrere Fischer umgekommen waren und ihre Familien in äusserster Not zurückgelassen hatten. Die Wohlfahrtsfürsorge der zwanziger Jahre war – obwohl sie ständig verbessert wurde – noch nicht ausreichend, um diese Familien, die bis zu zwölf Kinder zählten, wirksam zu unterstützen. Ich fuhr in die Dörfer und beriet mit den Bürgermeister und Lehrern. Man erklärte mir an Ort und Stelle, dass die Fischer schon seit Jahrzehnten in grosser Not leben mussten und dass sie sich vergeblich darum bemüht hatten, durch Erwerb eines Stückchens Ackerland ihre Existenz zu sichern.

Gesetzestechisch nennt man den Nebenerwerb einer kleinen Parzelle zur Verbesserung des Lebensunterhalts eine Anliegersiedlung. Ich beschloss nun zu versuchen, die Grossgrundbesitzer, die sich bisher geweigert hatten, ein paar Morgen Land an diese Unglücklichen zu verkaufen, zur Änderung ihrer Haltung zu bewegen. Es ging nicht etwa darum, die grossen Güter in ihrer Substanz anzutasten, sondern ihre Besitzer lediglich zum Verkauf von einigen Hektar zu veranlassen. Auch diese Güter hatten ihre Existenzberechtigung; sie wurden musterhaft bearbeitet und gaben den Kleinbauern oft ein Beispiel dafür, wie rationell gewirtschaftet werden kann. Aber sie waren oft genug so ausgedehnt, dass es keine Benachteiligung der Eigentümer bedeutete, wenn sie von den vielen tausend Morgen Land einige hundert gegen Entschädigung abgaben. Natürlich kam eine Beschlagnahme nicht in Betracht; wir Demokraten traten vielmehr als überzeugte Befürworter des Privateigentums auf und überredeten – unter Zuhilfenahme von ein wenig moralischem Druck – die Gutsbesitzer, freiwillig doch etwas Land herzugeben, um den bedrängten Kleinbauern zu einer leidlichen landwirtschaftlichen Existenz und den Fischern zu einer Anliegersiedlung zu verhelfen. Die notwendigen Kredite zu besonders günstigen Bedingungen kamen vom Staat.

Die Bevölkerung dieses Küstenstreifens Ostpommerns litt damals wirklich unter schlimmer Not. Eine Abwanderung in die Städte war kein Ausweg mehr, weil sich bereits die ersten Anzeichen der grossen Arbeitslosigkeit zeigten. Ich begann also mit den Gutsherren zu verhandeln, denen das verhältnismässig fruchtbare Ackerland hinter dem Dünenngürtel gehörte. Die meisten waren einsichtig genug, es nicht auf staatlichen Zwang ankommen zu lassen; sie halfen aus Vernunftgründen und Verständnis. Schliesslich ist es mir auch gelungen, die paar Morgen zusammenzubringen, die für diese Fischer und Kleinbauern so lebenswichtig waren; lediglich in einigen Ausnahmefällen verhielten sich die Besitzer mir gegenüber geradezu hasserfüllt. Die Gewalttätigkeiten eines Gutsbesitzers bei Laase, eines Herrn Hildebrand, bewiesen mir, dass er die veränderten Zeitumstände noch nicht begriffen hatte und anscheinend noch im Zeitalter der Leibeigenschaft zu leben glaubte. Dieser Feudalherr versagte sich mit ungewöhnlicher Gemütslosigkeit allen Bitten, den Leuten seiner Gemeinde zu einer besseren Ackernahrung zu verhelfen. Trotzdem ist es mir bis zum Jahre 1933 geglückt, dort ein ganzes Siedlungswerk zu schaffen, was mich heute noch mit grosser Befriedigung erfüllt, obwohl dieses schöne Land nun von Fremden bewohnt wird.

Ein solches Verfahren dauerte natürlich Jahre, ehe es abgeschlossen war. Deshalb ging es zunächst darum, den Fischern sofort unter die Arme zu greifen. Da mir selber die Mittel dazu fehlten, wandte ich mich an die «Vossische Zeitung» und an das «Berliner Tageblatt», die sogleich Redakteure in diese Gebiete entsandten, die über die Notlage berichteten und meine Angaben bestätigten. Als bald erschien ein Aufruf an die Berliner Bevölkerung, durch Spenden von Klein- und Kleinstbeträgen diesen bedrängten Menschen zu helfen; auch in eigenen ausführlichen Zeitungsberichten brachte ich das Problem zur Sprache. Die Namen der ertrunkenen Fischer wurden genannt, das karge Dasein ihrer Hinterbliebenen geschildert und die Frage der Anliegersiedlung erörtert.

Die Spenden waren beträchtlich: es kamen an die zwanzigtausend Mark zusammen – damals eine Menge Geld – und Sachgaben in Form von Lebensmitteln, Kleidung, Waschmitteln und ähnlichem. Der Verlag Ullstein hatte sich mit einer Spende von tausend Mark an die Spitze der Liste gesetzt, aber es trafen auch kistenweise Margarine, Hülsenfrüchte, Schokolade und Kleider ein, die ich sofort in die Dörfer

brachte und dort verteilte. Die Dankbarkeit der Bevölkerung war gross und hielt so lange an, dass ich noch im Jahre 1933, als man sonst allenthalben in Pommern schon die Nationalsozialisten wählte, in diesen Dörfern über neunzig Prozent aller Stimmen erhielt.

Viel Sorge machte mir auch die geringe Bevölkerungsdichte in den Latifundiengebieten von Osteibien. In Reichstagsreden und Zeitungsartikeln wies ich immer wieder auf diese beängstigenden Zustände hin. In Pommern kamen neunundfünfzig Einwohner auf den Quadratkilometer, in Ostpreussen waren es nur siebenundfünfzig. Hier zeigte sich eine Diskrepanz zu dem Bevölkerungsdurchschnitt des gesamten Reichsgebietes von hundertdreissig Einwohnern pro Quadratkilometer. Ich forderte von der Regierung – und bemühte mich um Verständnis bei den Abgeordneten aller Fraktionen –, durch verstärkte Bauernansiedlung die bevölkerungsschwachen Gebiete Osteibiens höher zu entwickeln. Meine Artikel zu diesem Thema erschienen vor allem in der «Frankfurter Zeitung» und im «Berliner Tageblatt» unter Titeln wie «Osteibien in Not!», «Krisis der ostdeutschen Wirtschaft», «Raum ohne Volk?»

Die Entvölkerung weiter Gebiete im deutschen Osten war wegen ihrer zum Teil erheblichen sozialen Rückständigkeit seit Jahrzehnten so deutlich spürbar, dass der Grossgrundbesitz seine Betriebe gar nicht mehr ohne die hereinströmenden polnischen Wanderarbeiter hätte bewirtschaften können. Im Juni 1929 waren in Osteibien bereits hundert-siebzigttausend polnische Landarbeiter beschäftigt. Mit dieser erstaunlichen Entwicklung beschäftigte man sich jedoch weder in West- noch in Mitteldeutschland, obgleich diese Tatsache jeden Politiker hätte alarmieren müssen. Die Bevölkerungsverluste östlich der Elbe hätten sich noch sichtbarer abgezeichnet, wenn nicht die Reichshauptstadt in diesem Raum gelegen wäre und mit ihren damals viereinhalb Millionen Einwohnern das ungünstige Bild etwas verwischt hätte. In Stettin, Breslau und Königsberg gab es die meisten Arbeitslosen; diese Städte konnten daher keine weiteren Menschen aufnehmen. Demgegenüber hatten sich die polnischen Westgebiete trotz der allgemeinen wirtschaftlichen Flaute des Landes weitaus besser entwickelt, obwohl Polen früher ein wirtschaftliches und soziales Krisenland gewesen war.

Ich möchte keine antislawischen oder antipolnischen Emotionen hervorrufen, wenn ich erkläre, dass sich meine traurigen Prophezeiungen aus den zwanziger Jahren erfüllt haben. Alle diese Gegenden sind

heute polnisches Verwaltungsgebiet, in dem kaum noch Deutsche leben. Auch über das Korridorproblem habe ich mich früh in zahlreichen Reden geäußert, freilich unter durchaus friedfertigen Aspekten habe ich die Lage für die Deutschen in den preussischen Ostprovinzen «national bedrohlich» genannt:

«Durch diesen Korridor müssen Spannungen ausgelöst werden, durch die schliesslich ein zweiter Weltkrieg entstehen wird», schrieb ich damals in einer Tageszeitung, um die Gefahr für das deutsche Volkstum zu kennzeichnen. Es hat mich tief erschüttert, dass ich schliesslich recht behalten sollte, als Hitlers kriegerischer Wahnwitz sich seinem Höhepunkt näherte.

DASS ICH bei meinem Debüt in dem mir bis dahin nur von den Tribünen her vertrauten Plenarsaal des Reichstages, inmitten dieser repräsentativen Versammlung so vieler angesehenen Männer und Frauen, ein gewisses Lampenfieber hatte, will ich gern zugeben. Anfangs quälte mich die Frage: Würde man mich mit meinen sechszwanzig Lenzen überhaupt ernst nehmen? Ohne mein durch die harten Kriegserlebnisse entwickeltes Selbstbewusstsein wäre mir der Auftakt meiner parlamentarischen Laufbahn sicher weit schwerer gefallen. Viele meiner neuen Kollegen flössen mir Respekt ein: Graf Westarp, Hermann Robert Dietrich, Prälat Leicht, Stresemann, Spahn, Wirth, Wilhelm Marx, Koch-Weser, Frau Bäumer, Ludwig Haas, Professor Walter Schücking, Scheidemann, Clara Zetkin, Otto Landsberg, Hermann Müller-Franken, Otto Wels, Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding. Allmählich gewöhnte ich mich an Milieu und Persönlichkeiten.

Der Mann, der neben einigen besonders ausgeprägten Gestalten auf der Regierungsbank und den Abgeordnetensitzen besonders grossen Eindruck auf mich machte, war der Reichstagspräsident Paul Lobe. Ich darf mich als einen seiner Freunde bezeichnen. Noch im Februar 1967, also kurz vor seinem Tode, besuchte mich der Einundneunzigjährige im Krankenhaus, als ich einen schweren Unfall erlitten hatte. Lobe hatte – entgegen dem Rat seiner Ärzte – darauf bestanden. Nachdem wir uns auch während der nationalsozialistischen Ära so nahe geblieben waren, wollte er es nicht unterlassen, einen alten Freund in solcher Lage zu trösten.

Paul Lobe erscheint mir im Rückblick als einer der hervorragendsten Männer der vierzehn Jahre zwischen 1919 und 1932. Mit seinem Na-

men verbindet sich für mich immer jener erste, wenn auch so tragisch gescheiterte Versuch, die parlamentarische Demokratie, die den Obrigkeitsstaat wilhelminischen Gepräges ablöste, dem deutschen Volk als Ausdruck des eigenen politischen Willens selbstverständlich zu machen. Die parlamentarisch-technische Lebensfähigkeit der Republik stand ausser Frage, nachdem ein Paul Lobe nach den Reichstagswahlen im Jahre 1920 den Präsidentenstuhl bestiegen hatte. Von diesem kleingewachsenen Mann mit den gütigen Augen strahlte so viel schlichte, angeborene Würde und Autorität aus, dass es nur ihm gelingen konnte, bei der späteren Verschärfung der Gegensätze die Arbeitsfähigkeit des Reichstages zu sichern und die Tumultszenen im Plenum zu beherrschen. Der Reichstag der Weimarer Republik lässt sich ohne seinen Präsidenten Paul Lobe nicht denken. Auch die Opposition, ja selbst die Radikalen, hatten Hochachtung vor diesem Mann, obwohl es ihnen nicht leicht wurde, ihre Gefühle zu unterdrücken. Doch Lobes Gerechtigkeitssinn bei der Amtsführung konnte auch von ihnen nicht gelehnet werden.

Ein finnisches Krebsessen

DIE VERBUNDENHEIT zwischen Paul Lobe und mir wurde durch gemeinsame Reiseerlebnisse vertieft. Wir fuhren 1925 zusammen zur Internationalen Interparlamentarischen Union nach Washington und Ottawa, wir reisten auch oft gemeinsam innerhalb Deutschlands zu Kundgebungen des Reichsbanners oder zu interparteilichen Veranstaltungen am Verfassungstag, dem 11. August. Mit Freunden Lobes unternahmen wir im Jahre 1928 eine Reise nach Finnland. Gastgeber waren der Gesandte Finnlands in Berlin, Wuolijoki, und seine charmante Frau. Herr Wuolijoki besass einen mittelgrossen Bauernhof im Süden des Landes, der so ausgedehnt war, dass er dort ohne Weiteres ein gutes Dutzend deutscher Parlamentarier als Gäste aufnehmen konnte. Zu unserer Gruppe gehörten der frühere Reichsminister und Volksbeauftragte Otto Landsberg, Georg Bernhard, der Chefredakteur der «Vossischen Zeitung», die Zentrums abgeordnete Frau Christine Teusch, eine warmherzige, sympathische Kollegin, die von uns allen sehr geschätzt wurde, und der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Rudolf Breitscheid. Wir nannten ihn den «roten Lord», denn er war fast zwei

Meter gross und verfügte über die Würde eines britischen Edelmannes: ein kluger, aber kühler Mann. Es fehlte ihm ein wenig an Ausstrahlungskraft; seine hohe Intelligenz war durch eine gewisse menschliche Kühle reduziert.

Auf der Schiffsreise hatte Paul Lobe arg mit der Seekrankheit zu schaffen. Auf der Strecke zwischen Stettin und Reval ging es noch einigermaßen, doch der berühmte Finnische Meerbusen hatte es in sich. Die kurze Fahrt von wenigen Stunden wurde für viele von uns zu einer wahren Strapaze. Paul Lobe war sowohl auf der Hinfahrt als auch auf der Heimfahrt seekrank. Meine verehrte Kollegin Louise Schröder, die nachmalige stellvertretende Oberbürgermeisterin von Berlin, versuchte seine Leiden zu lindern.

In Reval erwarteten uns am Hafen der Parlamentspräsident und Vertreter der estnischen Regierung. Paul Lobe war noch immer recht blass, doch er fasste sich bald, und wir besichtigten einen ganzen Tag lang diese zauberhafte Stadt. In Finnland wurde uns ein grossartiger Empfang zuteil. Abgeordnete der drei deutschen Verfassungsparteien waren Mitglieder dieser Delegation. Die Gastfreundschaft der Finnen war herzlich; wir wurden mit Aufmerksamkeiten geradezu überschüttet.

Während dieser Reise – es war August – lernten wir einen grossen Teil des Landes mit seinen tiefen dunklen Wäldern und seinen weiten Seen kennen. Es war die Saison der Krebse. An einem herrlichen Sommerabend wurden wir zu einem solchen Krebsessen mitten im Seengebiet eingeladen. Damals herrschte in Finnland strenge Prohibition, so dass wir die Krebse nicht «in Alkohol schwimmen» lassen konnten, wie es die finnische Sitte eigentlich vorschreibt. Man hatte auch uns trockengelegt, was uns reichlich missfiel, obwohl keiner von uns als Säufer angesehen werden konnte; an einen guten Tropfen waren wir jedoch alle gewöhnt.

In unserer Begleitung befand sich ein Attaché des finnischen Aussenministeriums. Ihm gab der an diesem Abend ganz besonders forsche Georg Bernhard berlinerisch urwüchsig zu verstehen, dass zu Krebsen nun einmal Schnaps gehöre; Krebse müsse man ertränken. Der Attaché war fix und witzig genug, eine Weile zu verschwinden, um mit drei Flaschen Hennessy zurückzukehren. Georg Bernhard hat bei dieser Mahlzeit einundsechzig Krebse vertilgt (ich weiss die Zahl noch heute). Er hatte eine Vorliebe für diese Delikatesse und war umso glücklicher, als nun endlich auch der begehrte Schnaps zur Stelle war.

Dessen Beschaffung hatte allerdings eine Prozedur besonderer Art erfordert. Normalerweise wäre es unmöglich gewesen, auch nur einen Fingerhut voll Alkohol auf den Tisch zu bringen. Der Attaché hatte es jedoch mit Hilfe seiner amtlichen Ausweise durchgesetzt, dass der nächste Tierarzt ihm ein Rezept ausschrieb, auf Grund dessen dem Futter einiger Kühe drei Flaschen Hennessy beigemischt werden sollten, alldieweil sie keinen rechten Appetit zeigten. Der Apotheker verfügte anscheinend über reichliche Vorräte. Lachend fragten wir den Attaché, ob dies der landesübliche Weg sei, sich mit Schnaps einzudecken.

Paul Lobe verstand es auf dieser Reise immer wieder, durch seinen launigen Witz die an sich schon gute Stimmung noch weiter zu steigern. Er machte sich nichts daraus, dass er bei den Staatsempfängen die Nummer eins war und im Vordergrund stand, denn seinem Wesen war jede Eitelkeit fremd. Er vergass nie, dass er ärmlichen Verhältnissen entstammte und erst nach vielen Jahren unermüdlicher Arbeit und schwerer Sorgen sein hohes Amt hatte übernehmen dürfen.

Paul Lobes langer Weg

ALS SOHN EINES TISCHLERS war Lobe in Schlesien zur Welt gekommen; bereits der Knabe las dem von Tagewerk heimgekehrten Vater die Reichstagsreden Bebels und Wilhelm Liebknechts aus dem «Liegnitzer Anzeiger» vor. Sein heimlicher Wunsch, Lehrer zu werden, erfüllte sich nicht, denn dazu reichten die Mittel nicht. Stattdessen erlernte er das Schriftsetzerhandwerk und schrieb schon als Sechzehnjähriger kleine Berichte für die Breslauer «Volkswacht». Nach der Lehrzeit ging Lobe auf die traditionelle Wanderschaft quer durch Deutschland und mehrere europäische Länder. Bereits 1895 schloss er sich der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften an: Ihnen blieb er über zweiundsiebzig Jahre hinweg treu. Seine Laufbahn war die klassische Karriere des Sozialisten alter Prägung: Redakteur, Häftling in wilhelminischen Gefängnissen, Stadtverordneter, Mitglied des Provinziallandtages, Deputierter der Weimarer Nationalversammlung, Abgeordneter des Reichstages. Im Jahre 1919 wurde er zum Vizepräsidenten der Nationalversammlung gewählt, von 1920 bis 1924 und von 1925 bis 1932 war er der Präsident des Deutschen Reichstages. Die ihm

nach Eberts Tod angetragene Kandidatur für das Amt des Reichspräsidenten hatte er abgelehnt. «Auf diesen Platz gehört ein Mann von härterem Holze und mit grösseren Gaben, als ich sie besass», schrieb er später in seinen Lebenserinnerungen «Der Weg war lang».

Auch Lobes Abtritt von der politischen Bühne entbehrte nicht der Würde. Als die Nationalsozialisten erstmals die stärkste Reichstagsfraktion wurden und Göring sich auf Lobes Sessel häuslich niederliess, blieb es dem verdienten Sozialdemokraten zwar erspart, seinen Nachfolger ins Amt einzuführen; unter Ausschluss der Öffentlichkeit musste er Göring jedoch in seinen Diensträumen die Amtsgeschäfte übertragen. Göring und seine Parteigenossen hatten im Plenum eine Stunde lang eine wilde revolutionäre Rede der Alterspräsidentin, der kommunistischen Abgeordneten Clara Zetkin, zu ertragen, bevor er zum Präsidenten gewählt werden konnte. Frau Zetkin war eigens aus Moskau herbeigeht worden, weil die Kommunisten den Triumph auskosten wollten, diese von ihnen wegen ihres geistigen Formats und ihres hohen Alters sehr verehrte Genossin auf dem Präsidentenstuhl zu sehen. Die kommunistische Fraktion bereitete ihr einen begeisterten Empfang. Diese Sitzung des Reichstags konnte im Übrigen wenigstens noch einigermassen würdevoll durchgeführt werden.

Paul Lobe stand nach der Flucht des sozialdemokratischen Parteivorstands in das Ausland zu Beginn des Dritten Reiches auf verlorenem Posten. 1933 sperren ihn die neuen Machthaber alsbald in ein Konzentrationslager; dort wurde er mit einem Strauch Brennesseln willkommen geheissen. Göring liess ihn durch ein Berliner Polizeikommando gewaltsam herausholen. Später fand er in einem Berliner Verlagshaus als Korrektor ein bescheidenes Auskommen. Seine unzähligen Freunde wussten, dass der stille alte Herr in seiner kleinen Wohnung in der Rubensstrasse in Berlin-Schöneberg stets ein tröstendes Wort für sie bereit hatte. Auch während der zwölf Jahre verliess diesen unauffälligen Mann, der einen so ausgeformten Sinn für Anstand und Ehre besass, niemals die Geduld. Auch die tiefste Demütigung vermochte ihn nicht zu beugen. Nach dem 20. Juli 1944 wurde er als ein Vertrauter Leuschners abermals verhaftet.

Nach dem Krieg trat Paul Lobe wieder an die Öffentlichkeit. Von 1948 bis 1949 war er Mitglied des Parlamentarischen Rates. Im Jahre 1949 eröffnete er als Alterspräsident die erste Sitzung des Bundestages. Der herzliche Applaus der Abgeordneten liess den gütigen Mann erröten.

Im August 1967 ist dieser aufrechte Demokrat, der sein ganzes Leben dem unermüdlichen Dienst am Vaterland verschrieben hatte, hochbetagt verstorben.

ENDE 1925 wurden mir von Unternehmerseite Dokumente in die Hand gespielt, aus denen hervorging, dass sich bei der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände eine «Korruptionsabteilung» gebildet habe. Dieses Büro hatte angeblich die Aufgabe, ungewöhnlich hohe Honorare an sozialdemokratische Publizisten und gewerkschaftspolitisch orientierte Journalisten zu verteilen. In dem Organ der Christlichen Gewerkschaften «Der Deutsche» erschien zunächst ein Artikel, der den Unternehmern vorwarf, sie hätten Extrahonorare an Wissenschaftler gezahlt; ferner seien Darlehen für dunkle politische Zwecke gegeben worden; die Vereinigung finanziere Tausende von «Aufklärungsschriften», die unter einem neutralen Deckmantel in Arbeitnehmerkreise eingeschmuggelt würden; insgesamt hätte dieses Büro allein im Jahre 1924 eine Viertelmillion für «Arbeitszeitpropaganda» zur Verfügung gestellt.

Die Unterlagen, die ich erhalten hatte, bestätigten diese Behauptungen. Ich konnte nachweisen, dass so bekannte Verleger wie Carl Erdmann, der Herausgeber der Zeitschrift «Der Firm», und eine Reihe von jungsozialistischen Schriftstellern in die Korruptionsaffäre verwickelt waren. Bei den Darlehen für «dunkle politische Zwecke» handelte es sich um die Unterstützung eines in die Femevorgänge verwickelten Mitgliedes des christlich-nationalen Landarbeiterverbandes, um einen deutschnationalen Reichstagsabgeordneten. Ich veröffentlichte am 6. Dezember 1925 einen längeren Bericht in der Sonntagsausgabe der «Frankfurter Zeitung», in dem ich alle mir bekannten Tatsachen darlegte, unter der Überschrift: «Soziale Vertrauenskrise». Es gab einen Skandal in der Öffentlichkeit.

Zunächst verteidigte sich der Vorsitzende der Vereinigung der Arbeitgeberverbände, Ernst von Borsig, in einem offenen Brief an die «Frankfurter Zeitung», der auch in der Zeitschrift seines Verbandes, dem «Arbeitgeber», erschien. Er konnte meine Anschuldigungen jedoch nicht entkräften. Sogar ein grosser Teil der Unternehmerpresse ergriff für mich Partei. So schrieb die «Deutsche Unternehmer-Zeitung»:

«Aus der Vereinigung ist oft der von uns nur begrüßte Wunsch laut geworden, die Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitnehmern und Ar-

beitgebern in irgendeiner Form wiederherzustellen. Damit verträgt sich aber nicht ein Propagandafeldzug, der über die notwendige sachliche Vertretung der berechtigten Arbeitgeberinteressen hinaus zu etwas dunklen Wegen seine Zuflucht nimmt. Die finanzielle Unterstützung und Abhängigmachung von Verlagen, in denen sozialistische Arbeitnehmer ohne Kenntnis der Zusammenhänge Broschüren veröffentlichen, muss schliesslich auf die Beziehungen zwischen Unternehmer- und Arbeiterschaft vergiftend wirken. Dazu braucht noch nicht einmal der Vorwurf zu kommen, dass auf den Inhalt dieser mit grossen Mitteln vertriebenen Veröffentlichungen irgendein Einfluss genommen wird.» Die polizeilichen Ermittlungen, die wegen des Darlehens eingeleitet wurden, ergaben für die Arbeitgebervereinigung ein wenig schmeichelhaftes Bild. Die Untersuchung brachte an den Tag, dass der Leiter der Propagandaabteilung der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände von dem beschuldigten deutschnationalen Abgeordneten um ein Darlehen für einen Fememordverdächtigen angegangen worden war. Zwar erteilte die Vereinigung anfangs eine Absage, bewilligte dem christlich-nationalen Landarbeiterverband das Darlehen schliesslich aber doch.

Durch diese Affäre hatte ich mir schwere Angriffe zugezogen; in der Folgezeit freilich kam es dann zu regelmässigen Besprechungen zwischen den Spitzenorganisationen der Wirtschaft einerseits und den drei Gewerkschaften andererseits. Der Bundesverband der Deutschen Industrie, der bislang die Vereinigung der Arbeitgeberverbände ziemlich unkontrolliert hatte operieren lassen, ohne sich in das Verhältnis zu den Gewerkschaften näheren Einblick zu verschaffen, begann nun, Fühlung mit uns aufzunehmen. Wir trafen uns künftig alle zwei Monate, und das Gespräch zwischen den Sozialpartnern fand jetzt auf einem höheren Niveau statt als auf dem der Korruption.

Eine Stippvisite in die Neue Welt

IM REICHSTAG von 1924 waren nur wenige junge Angehörige der Frontsoldatengeneration vertreten; erst 1928 und später wurde eine stärkere Verjüngung sichtbar, jedoch überwiegend auf den Bänken der Radikalen. In meiner Fraktion wurde ich sogleich als «volljährig» anerkannt und gründlich gefördert. Besonders nahmen sich des suchenden

Neulings zwei in ihrem Wesen so grundverschiedene Männer wie Theodor Heuss und Hartmann Freiherr von Richthofen an. Der eine war eher ein Ideologe zu nennen, der andere hingegen ein Pragmatiker. Bis zu beider Tod währte meine Freundschaft zu ihnen; sie haben mir viel zu geben gewusst. Auch in den Fraktionen des Zentrums und der Sozialdemokratie hatte ich ausser den bereits Genannten viele Freunde: Heinrich Vockel, Heinrich Krone, Schauff, Helene Weber, Diez-Konstanz, Heinrich Brüning, Friedrich Stampfer, Dittmann, Carlo Mierendorff, Höltermann und Carl Severing.

Im Ganzen verstanden sich die Abgeordneten der drei grossen Weimarer Parteien eigentlich recht gut. Von der Rechten waren es Treviranus, Lambach und später auch Graf Westarp, mit denen ich mich vertrauensvoll aussprechen konnte; nicht zuletzt aber muss ich aus den Reihen meiner Fraktion Anton Erkelenz und Gustav Schneider mit tiefer Dankbarkeit nennen, ebenso den demokratischen Landtagsabgeordneten in Preussen, Gustav Hartmann. Die Unterstützung durch solche Persönlichkeiten war für meine parlamentarische Arbeit ungemein wichtig; sie halfen mir – dem altersmässig zunächst nahezu Vereinzelten –, das rechte politische Augenmass zu finden. Dies hinderte mich freilich nicht daran, dennoch manche eigenwillige Rede vor dem Plenum zu halten – selbstverständlich in freier Rede; «Vorlesungen» wurden vom Präsidenten prompt unterbrochen. Das hat sich in den Nachkriegsparlamenten leider sehr geändert. Daran sind nicht zuletzt die Massenmedien schuld, die druckfertige Texte vorziehen. Früher wurde im Allgemeinen kürzer gesprochen als heute, lärmende Debatten jedoch kamen umso häufiger vor.

Wohlvollende ältere Kollegen waren es dann auch, die mir die Teilnahme an der Interparlamentarischen Konferenz im Oktober 1925 in Washington und Ottawa ermöglichten. Diese Reise war ein überaus reizvolles Erlebnis für mich. Die deutsche Delegation stand unter Leitung von Professor Walter Schücking; auch Reichspräsident Loh war mit von der Partie. Die Interparlamentarische Union war eine Organisation, die mich schon deswegen interessierte, weil sie mir Gelegenheit bot, auf internationalem Parkett parteipolitisch und weltanschaulich Gleichgesinnten zu begegnen, aber auch Politikern aus ganz andern Lagern.

Die Überfahrt von Bremerhaven nach New York dauerte damals zehn Tage. Für alle, die nicht unter der Seekrankheit zu leiden hatten, war

sie ein Genuss. Ich teilte meine Kabine mit dem Chemnitzer Abgeordneten Alfred Brodauf, der von uns scherzhaft «Monsieur Painlevé» genannt wurde, weil es einen französischen Parlamentarier dieses Namens gab. Brodauf war von Beruf Richter, und er litt so entsetzlich unter der Seekrankheit, dass er mir anvertraute, als Strafrichter würde er fünf Tage Seefahrt zwanzig Tagen Gefängnis gleichsetzen.

Unser Kapitän war ein Spassvogel ganz besonderer Art; er machte sich über die seekranken Passagiere lustig, indem er uns während der stärksten Sturmtage morgens mit Trompeten wecken liess. Die Bordkapelle spielte mit Vorliebe «Still ruht der See» und «Freut euch des Lebens». Ich konnte später dennoch kaum glauben, dass sich zahlreiche Passagiere beim Norddeutschen Lloyd bitter über diese musikalischen Morgengrüsse beschwerten. Sie schrieben entrüstet, man habe sie selbst dann noch verhöhnt, als sie nicht mehr gewusst hätten, ob sie überhaupt noch lebten oder bereits gestorben wären.

Am 1. Oktober trafen wir in den späten Nachmittagsstunden, als die Lichter überall aufzuflammen begannen, vor der gewaltigen Wolkenkratzer-Silhouette von New York ein. Wir stiegen in einem der modernsten Hotels der damaligen Zeit, dem «Pennsylvania» in der Nähe des Pennsylvania-Bahnhofs, ab. Die Entwicklung der amerikanischen Hotellerie, die in den zwanziger Jahren der europäischen weit voraus war, erregte unsere Bewunderung. In den Zimmern gab es bereits Klimaanlage, so dass uns die Hitze von New York nichts anhaben konnte.

Der Oberbürgermeister der Riesenstadt gab uns einen Empfang. Seine Haupttätigkeit bestand meiner Meinung nach wohl darin, zu repräsentieren, also Gäste willkommen zu heissen und nette Ansprachen zu halten, die von irgendeinem seiner Mitarbeiter ausgearbeitet worden waren und nun mit viel Schwung und Pathos vorgetragen wurden. Die New Yorker Stadtverwaltung hat eine Kunstfertigkeit erlangt, offizielle Gäste so eindrucksvoll zu begrüßen, wie es deren jeweiliger Mentalität entspricht. Diese Tradition, prominente Besucher mit besonderer Feierlichkeit zu empfangen, ist inzwischen weiter vervollkommen worden.

Von New York aus ging es am übernächsten Tage weiter nach Washington. Hier wohnten alle Delegationen zusammen in dem neu errichteten Hotel «Mayflower». Allerorten begrüßten uns Transparente mit der Aufschrift «Forty eight Nations». Sie zeigten uns, dass eine

solche internationale Konferenz, auf der achtundvierzig Nationen aller Kontinente vertreten waren, auch für die USA immerhin ein Ereignis war. In Washington erregte ich übrigens die Aufmerksamkeit der Presse, weil ich dabei der jüngste Teilnehmer war. Ich musste viele Interviews geben, obwohl ich damals als Politiker noch ein unbeschriebenes Blatt war.

Ich erinnere mich einer heiteren Szene in den Luxusräumen des Hotels. Die amerikanische Regierung, vertreten durch den Finanzminister Mellon, gab uns zu Ehren ein Essen. Es war Frack vorgeschrieben, und mir fiel auf, dass die Parlamentarier der verschiedenen Länder mit Orden und Dekorationen geradezu überladen waren. Den Rekord schlug der Delegierte eines mittelamerikanischen Staates, der einem Christbaumständer glich. Von der Brust bis zu den Schenkeln war er mit allen nur denkbaren Ehrenzeichen geschmückt; er ging nicht mehr, er schritt durch die weiten Räume. Auch die Delegationsmitglieder anderer Nationen versuchten sich gegenseitig mit ihren Orden auszustechen; es war wie ein Karnevalsfest. Schmuck- und ordenslos waren lediglich drei Delegationen: Die Amerikaner trugen keine Orden, weil es damals verboten war, ausländische Dekorationen anzuheften und es amerikanische gar nicht gab. Die zweite Gruppe war die der Schweiz; sie glich in ihrer schlichten Auffassung von Demokratie den ordensfeindlichen Amerikanern. Als dritte kamen schliesslich wir Deutsche, was ich mit Stolz feststellte. Einige von uns hätten natürlich hohe Kriegsauszeichnungen tragen können (nach den Gesetzen der Weimarer Republik wäre dies möglich gewesen), aber wir erregten auch ohne Ordenschmuck mehr Aufsehen als die dekorierten Teilnehmer dieses Banketts.

In diesem Hotelsaal hatte ich einige Tage später noch ein anderes Erlebnis: Es wurde ein Tanzabend für die Oberschicht Washingtons veranstaltet. Mehrere Kapellen spielten moderne Rhythmen, die man in Europa noch nicht kannte. Mit fassungslosem Staunen hörte und sah ich, wie nach den Klängen des Pilgerchors aus dem «Tannhäuser» Foxtrott getanzt wurde. Da wandte sich der Gast mit Grausen. Ich eilte in die grossartige Bar des Hotels und fühlte mich wie erschlagen. Heute ist man bei derlei Dingen weit abgehärteter; es würde mich längst nicht mehr wundem, wenn die Leute nach den Melodien eines feierlichen Kirchenchorals wie die Verrückten herumhopsten. So dickfellig sind wir allmählich geworden.

Im Übrigen besichtigten wir das Kapitol, in dem sowohl die Säle und Fraktionszimmer des Kongresses untergebracht waren als auch die Arbeitsräume des Senats. Wir lernten die grosszügige Organisation des amerikanischen Parlamentswesens kennen, das wohl bis heute in keinem andern Land vergleichbar entwickelt sein dürfte. Jeder Senator hatte einen vom Staat bezahlten Mitarbeiterstab, ausserdem genoss er eine entsprechende Repräsentationsmöglichkeit in den Arbeits- und Besprechungsräumen des Kapitols. Wir waren davon stark beeindruckt, obwohl unser Reichstagsgebäude für die Verhältnisse der zwanziger Jahre auch nicht gerade unansehnlich war. Den Unterschied zwischen Senat und Repräsentantenhaus spürten wir indessen deutlich: Die Abgeordneten bezogen geringere Diäten, womit wohl auch schon die Klassifizierung anfang, was ich als nicht dem Stil der Demokratie angemessen erachte. Die Arbeitsräume waren bescheidener und wirkten nicht so feierlich wie der Sitzungssaal des Senats, der kleiner war und allein deswegen mehr Atmosphäre besass.

Die Delegierten dieser Interparlamentarischen Union – etwa dreihundert – beschäftigten sich bei den Verhandlungen in Washington mit praktischen Fragen. Man sprach zum Beispiel darüber, wie der Welthandel stärkeren Auftrieb erhalten könnte, wie die Zoll- und Handelspolitik der einzelnen Länder nun, da der Krieg schon einige Jahre zurücklag, zu liberalisieren wäre, aber auch Fragen der kulturellen Beziehungen standen auf der Tagesordnung.

Ein Thema wurde allerdings nicht behandelt, sondern auf die Konferenz in Ottawa vertagt: die Frage des Selbstbestimmungsrechts nationaler Minderheiten und des Schutzes ihrer Rechte. Dieser Komplex muss für die Vereinigten Staaten eine besondere Bedeutung gehabt haben, denn sie hatten darauf bestanden, darüber nicht in Washington zu konferieren. Ich erkundigte mich bei amerikanischen Journalisten, weshalb denn eine solche Scheu bestünde, Minderheitenfragen zum Gegenstand rechtspolitischer Erörterungen zu machen. Sie wiesen mich auf das amerikanische Problem der zahlreichen Einwanderergruppen hin, die noch immer innerlich an ihre Herkunftsländer gebunden waren, obgleich viele von ihnen bereits seit Generationen in den Vereinigten Staaten lebten und deren Bürgerrechte besaßen. Dies galt nicht nur für die Einwanderer aus allen Teilen Europas, sondern auch für solche aus Asien und Mittelamerika.

Die Amerikaner wünschten also, dass über diese Frage nur in Ottawa

gesprochen wurde, um nicht das Nationalitätenbewusstsein unter ihren Bürgern neu zu beleben. Sie befürchteten wohl auch, es könnte darüber innerhalb einer nationalen Delegation zu Meinungsverschiedenheiten kommen. Schliesslich gab es genug Länder, die in ihrer volklichen Zusammensetzung nicht einheitlich waren. Dazu gehörten die Tschechoslowakei mit ihren dreieinhalb Millionen Sudetendeutschen, Polen und Italien, Finnland mit seinen schwedischsprechenden Bürgern, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Jugoslawien, aber auch die Weimarer Republik.

In Ottawa gab es bei den Italienern, ausnahmslos Faschisten, Krach. Die Südtiroler Volkspartei, deren Zielsetzung ja bis in die Gegenwart zu starken Spannungen geführt hat, hatte zusammen mit der italienischen Delegation einen ihrer Vertreter entsandt. Dieser Abgeordnete ergriff nun in der Debatte über Minderheitenrecht und Minderheitenschutz das Wort und beklagte sich – meiner Ansicht nach in massvoller Weise – über gewisse Benachteiligungen der österreichischen Minderheit in Südtirol. Die italienischen Kollegen empfingen diesen Delegierten, als er wieder unter ihnen Platz nahm, mit solch ungehobelten Beschimpfungen, mit geballten Fäusten und wüsten Drohungen, dass die Sitzung für kurze Zeit unterbrochen werden musste. Der Kongress wandte sich einmütig voller Empörung gegen die Italiener, die sich daraufhin schnell beruhigten. Vermutlich war ihnen nur ihr südländisches Temperament durchgegangen, was den Jüngern Mussolinis vielleicht angemessen war. Sie hatten damit ihrer Sache freilich einen schlechten Dienst erwiesen, denn es war noch nicht vorgekommen, dass während eines derartigen Kongresses auf diese Art Meinungsverschiedenheiten ausgetragen wurden.

Nach dieser Sitzung im Parlamentsgebäude zu Ottawa, das übrigens ganz im Stil des britischen Unterhauses gehalten ist, besuchten wir einige Städte im französischsprechenden Teil Kanadas, in der Provinz Quebec. Montreal und Quebec waren damals noch Städte des Frankreichs früherer Jahrhunderte. Abgesehen von den neuen Bezirken mit modernen Hochhäusern waren ausgedehnte Stadtteile in dem schönen Stil guter französischer Provinzarchitektur erbaut, wie man sie in Frankreich selbst heute nur noch selten findet. Bald mussten wir feststellen, dass es zweierlei Kanada gibt: das englischsprachige und das französischsprachige, das kulturell wie geistig-seelisch traditionsbewusst war, teilweise sogar noch im Wesen des siebzehnten Jahrhunderts

wurzelte, wie ja auch seine Sprache nicht die des modernen Frankreichs ist, sondern stark an das Französisch der Epoche Ludwigs xiv. erinnert. Die Interparlamentarische Union, die schon vor dem Ersten Weltkrieg gegründet wurde, hat bis heute an Bedeutung nicht gewonnen. Sie hat zur praktischen Verständigung der nationalen Delegationen nicht mehr beigetragen, als es andere internationale Organisationen vermocht haben. Ich will gar nicht erst den Vergleich mit den Vereinten Nationen anstellen, weil diese Organisation mich bis jetzt noch nicht von ihrer Wirksamkeit überzeugen konnte. Ich sage das nicht etwa deshalb, weil wir Deutsche infolge der Teilung unseres Landes nicht in ihr vertreten sind, sondern weil wir alle ja so oft schon erleben mussten, dass die UNO sich seit 1945 damit begnügte, zu diskutieren, wenn es um das Schicksal bedrängter Völker ging.

Unsere Rückreise verlief ohne Zwischenfälle. Das Wetter hatte sich beruhigt. Die «München», auf der wir nun den Atlantik überquerten, war auch moderner und grosszügiger gebaut, und die Passagiere spürten die Tücken der Seekrankheit weit weniger als auf der Hinfahrt, weil dieses Schiff fast das Doppelte an Tonnage hatte wie die alte «Bremen», mit der wir unsere Reise angetreten hatten und die später durch die neue grosse «Bremen» ersetzt wurde.

Grosser Durst und kleine Cocktails

MIT EINEM durchaus nicht auf die leichte Schulter zu nehmenden Problem hatten wir bei Antritt unserer Amerikareise nicht gerechnet: In den Vereinigten Staaten und im englischsprechenden Teil Kanadas herrschte damals Prohibition. Die Abgeordneten waren 1917 von den einflussstarken Frauenverbänden gezwungen worden, für dieses Gesetz zu stimmen, das 1920 endgültig in Kraft getreten war. Viele unter ihnen hatten sich gewiss nur höchst widerwillig dem Druck der sogenannten besseren Hälften gebeugt, was mir nach meinen Erfahrungen in der Regel vernünftig erscheint. In diesem Fall aber nicht!

In New York verspürte ich alsbald einen Mordsdurst. Auf dem Schiff waren wir mit alkoholischen Getränken mehr als verwöhnt worden. Auf die Quantität kam es mir nicht an, aber ich war keineswegs gesonnen, mich in diesem Lande der Prohibition zu unterwerfen. Mit ähnlichen Gedanken trug sich der frühere Reichskanzler Dr. Joseph Wirth; also

schlossen wir Komplizenschaft und begaben uns auf die Suche nach etwas Trinkbarem. Diskret wandten wir uns an den Hotelportier, schoben ihm zwei Dollarnoten hin und erkundigten uns, wo man denn in der Millionenstadt New York für gutes Geld irgendeinen Drink zu sich nehmen könnte. Der Portier war auf solche Fragen durchaus vorbereitet. Es müssen wohl viele Gäste durstig gewesen sein, und nicht nur Europäer. Er steckte uns ein Kärtchen zu und empfahl, dieses Papierschreiben irgendeinem Taxifahrer in die Hand zu drücken, der unseren Weg kreuzte.

So begann unsere alkoholische Expedition in den Dschungel von Manhattan. Der erste Taxichauffeur brummte sofort ein O. K. und brauste los. Ich hatte allerdings den Eindruck, der sich bei unserer Rückfahrt bestätigte, dass der Bursche mehrmals im Kreis herumfuhr, um eine höhere Taxe kassieren zu können, denn es dauerte auffallend lange, bis er in eine halbdunkle Seitenstrasse einbog. Sie war nur spärlich beleuchtet, und vor einem Haus, das in völligem Dunkel lag, hielt er an. Nicht einmal ein Lichtstreifen drang aus einem Fenster nach aussen. Etwas unheimlich war uns natürlich zumute, denn man hatte uns so viele Räubergeschichten von amerikanischen Gangstern erzählt, dass ich ein leises Kitzeln am Halse verspürte, als wir nun fünfmal an die Tür klopfen, nachdem wir unsere Taxirechnung beglichen hatten. Die Tür wurde, immer noch in absoluter Finsternis, geöffnet. Jetzt steigerte sich unser Unbehagen; Joseph Wirth war anscheinend noch bedenklicher als ich. Wir traten nach plötzlichem Entschluss ein. Die Tür wurde hinter uns sogleich von einem unsichtbaren Geist wieder geschlossen – und nun erst ging das Licht an.

Wir befanden uns in einem der üblichen Boarding-Häuser. Ohne zu fragen, was wir wollten, denn das war ihm selbstverständlich klar, führte uns der Zerberus zu einer Treppe und dann erst zu einer Kasse, über der mit grossen Buchstaben «Midnight Maxim Supper Club» geschrieben stand. Zunächst mussten wir also Mitglieder werden. Später habe ich mich gewundert, weshalb wir nicht in einem Aufzug befördert wurden. Vermutlich war dieser Teil des Hauses vom übrigen Gebäude abgetrennt. Nachdem wir unseren Obolus entrichtet hatten, durchqueren wir mehrere recht ungemütliche Räume, in denen Kapellen rhythmische Tanzlieder spielten. Auf jeden männlichen Eindringling schwirren stehenden Fusses zwei Schöne zu. Ohne im mindesten an dergleichen gedacht zu haben, landeten wir also in der Gesellschaft von zwei

Fair Ladies. Aber diese Dämchen hatten lediglich die Aufgabe, uns zum Trinken zu animieren und selber dabei wacker mitzuhalten, auf dass eine möglichst üppige Zeche zustande kam. Wir bestellten Cocktails, und bei dieser denkwürdigen Gelegenheit wurde ich zum erstenmal mit den Begriffen «Manhattan» und «Martini» vertraut gemacht. Freiwillig habe ich nie wieder in meinem Leben nach solchen Genüssen verlangt, wofür ich meine zahlreichen amerikanischen Freunde um Entschuldigung bitte.

Ein derartiges Gesöff war nichts für Joseph Wirth und mich, sonst hätten wir mehr getrunken. Da Bier natürlich nicht zu haben war, wollten wir eine Flasche guten Wein trinken, den es indessen auch nicht gab. So mussten wir wohl oder übel einige dieser Cocktails schlürfen. Damals, während der Prohibitionszeit, betrug der Preis für ein Gläschen solch einer merkwürdigen Mischung fünf Dollar. Wir hatten jeder vier Cocktails zu bezahlen, und fünf Dollar waren damals unvergleichlich mehr wert als heutzutage. Der unverantwortliche Spass hatte uns also ein kleines Vermögen gekostet. Wir waren voller Reue.

Dafür wurden wir später in Washington reichlich entschädigt. Hier soll ein Nachruf des Dankes auf Ago von Maltzan eingeschlossen sein, der aus den Kellerräumen des Botschaftsgebäudes einen höchst einladenden «Restaurationsbetrieb» gemacht hatte. Es gab da ein kleines Hofbräuhaus, ein Steinhägerzimmerchen, eine rheinische Winzerstube und so fort. Alles, was Deutschland an alkoholischen Getränken zu bieten hatte, war auch hier zu finden. Maltzan wusste, wie sehr die führenden amerikanischen Politiker und Diplomaten, aber auch die der andern Länder, unter der Prohibition litten, wie überhaupt die gesamte männliche Bevölkerung der Vereinigten Staaten. Damals gab es mehrere Länder, die man mittels Gesetzes trockengelegt hatte.

Diese deutschen Alkoholika waren in Washington allseits hochgeschätzt. Die Einladungen des deutschen Botschafters waren infolgedessen (wie ich von Angehörigen anderer Botschaften nicht ohne Neid hörte) eine ganz spezielle Auszeichnung. Auch Politiker, die Deutschland nicht besonders wohlwollend beurteilten, besannen sich nach einem Marsch durch die Keller des deutschen Botschafters zuweilen eines Besseren und zeigten sich mit einemmal verständnisvoller. So betrachtet, war diese Einrichtung gewiss mehr als gerechtfertigt. Wie ich jedoch von Maltzan kannte, hatte er dies alles sicherlich aus eigener Tasche bezahlt. Er war ein sehr vermögender Mann, und es lag daher

bei ihm, das zu tun, was er für richtig hielt, ohne erst seinen Minister zu fragen. Auch die Ehefrauen mancher Politiker liessen sich ganz gern ein wenig durch diese guten Tropfen betören und vergassen dabei vermutlich ohne grosse Mühe, dass sich die amerikanischen Frauenbewegungen so entschieden für die Trockenlegung eingesetzt hatten.

Dieser feucht-fröhliche Abend in der Deutschen Botschaft von Washington ist mir in lebhafter Erinnerung geblieben. Er zeigte mir einen sehr begabten und oft bewährten Diplomaten, der mit viel Feingefühl sofort erkannt hatte, wieviel er mit seiner Kellereinrichtung diplomatisch für sein Land erreichen konnte. Er hielt es nicht für seiner Würde abträglich, einen gepflegten Alkoholausschank zu installieren, wenn er daraus politischen Gewinn ziehen konnte. Ago von Maltzan hatte sich als starke Persönlichkeit in den USA durchgesetzt, obwohl er «der Staatssekretär von Rapallo» war und deswegen zunächst auf das allergrösste Misstrauen gestossen war. Es bedeutete einen schweren Verlust für unsere Politik, dass dieser Mann bereits 1927, während eines Urlaubs in Deutschland, bei einem Flugzeugunglück über dem Thüringer Wald ums Leben kam.

Der nächste grosse Durst plagte uns dann nach der Ankunft in Ottawa; auch hier herrschte die schreckliche Prohibition, und auch hier wandten wir uns wiederum an den Hotelportier. Wir setzten ihm in etwas gereiztem und verärgertem Ton auseinander, dass wir nun schon eine Woche lang trockenlügen und derlei von Europa her einfach nicht gewöhnt seien. Der aufgeschlossene Mann hatte denn auch volles Verständnis für unsere Bedürfnisse und versicherte uns:

«Ja, meine Herren, das kommt ganz auf Ihren Geldbeutel an. Wenn Sie etwas anlegen wollen, allzuviel braucht es ja nicht zu sein, dann setzen Sie sich einfach in ein Taxi, und fahren Sie über den Strom in ein grosses Dorf in das ‚Old Inn‘. Das ist zwar auch Kanada, aber man spricht dort Französisch. Dort können Sie bestellen, was Sie wünschen. Alles, was Sie in Europa drüben haben, das finden Sie dort auch.»

Wir zögerten nicht einen Augenblick, verzichteten auf den üblichen Abendempfang mit Eiswasser, nahmen uns ein Taxi und sausten nach dem ‚Old Inn‘, wo wir auch wohlbehalten ankamen. Erst in den frühen Morgenstunden kehrten wir nach Ottawa in unser Hotel zurück ...

Jahre der Entspannung – Stresemann

ERST ENDE 1924 hatten sich angemessenere Formen des diplomatischen Verkehrs zwischen dem besiegten Deutschland und den Siegermächten angebahnt. Dies war möglich geworden, nachdem Poincaré, der ein Hasser alles Deutschen war und blieb, durch einen Führer der französischen Linken, Edouard Herriot, abgelöst worden war. Herriot war ein hochgebildeter Humanist, der mit dem deutschen Geistesleben, auch mit der deutschen Musik, wohlvertraut war. (Er bewunderte Beethoven, dem er ein glänzendes Buch gewidmet hatte, und er hielt in aller Welt auch bemerkenswerte Vorträge über ihn.) Gleichzeitig erfolgte in England ein grundlegender Regierungswechsel; ein Mann der Labour Party, James Ramsay MacDonald, wurde Anfang 1924 Premierminister.

Herriot verstand es bald, mit den Staatsmännern der jungen deutschen Republik in Kontakt zu kommen: Es war das erste Mal nach dem Krieg, dass überhaupt wieder miteinander gesprochen wurde. Diese Gespräche wurden dadurch erleichtert, dass in Deutschland ein so gewandter Politiker wie Dr. Gustav Stresemann im Jahre 1923 Aussenminister geworden war. Es gelang ihm nicht nur, seine Partei, die Deutsche Volkspartei, in die Regierungsverantwortung einschwenken zu lassen, sondern er beendete vor allem den sinnlos gewordenen Ruhrkampf. (Stresemann war in zwei Kabinetten Reichskanzler gewesen.) Er verfügte über genügend Autorität, um mit der Obstruktion an der Ruhr, die nur zu einer weiteren Verschärfung der deutsch-französischen Beziehungen führen musste, endlich Schluss zu machen. Obendrein gewann Stresemanns Name Geltung in Europa. Es fiel ihm verhältnismässig leicht, mit Chamberlain und Herriot sowie später mit dem glänzenden französischen Aussenminister Aristide Briand zu vertrauensvollen Beziehungen zu kommen. Nun bot sich erstmals die Gelegenheit, wenigstens atmosphärisch all das Gift auszumerzen, das sich als Folge der militärischen Auseinandersetzungen angesammelt hatte.

Die Jahre zwischen 1924 und 1929 waren eine Zeit der allmählichen Erleichterung und Annäherung. 1924 wurde der Dawes-Plan von der Reichsregierung akzeptiert, der eine halbwegs erträgliche Regelung des drückenden Reparationsproblems anbahnte (dass sich die phantastisch hohen Kriegsschädigungen niemals würden aufbringen las-

sen, wussten freilich damals schon alle, die Rechnen gelernt hatten); die deutschen Eisenbahnen wurden in einer Gesellschaft des öffentlichen Rechts zusammengefasst; die Reichsbank war fortan eine unabhängige Notenbank; zur Stabilisierung der Mark erhielt das Deutsche Reich eine Anleihe von achthundert Millionen Goldmark vom Ausland. Nachdem die inneren Unruhen – Rhein und Ruhr, Bayern, Sachsen, Thüringen – blutig niedergeschlagen worden waren, festigten sich allmählich auch die wirtschaftlichen Verhältnisse; es bildeten sich grosse Konzerne (IG-Farbenindustrie, Vereinigte Stahlwerke und andere). Die pünktlichen Reparationsleistungen in den Jahren bis 1929 waren letztlich allerdings nur durch eine wachsende Auslandsverschuldung möglich.

Im Juli 1925 hatten die Franzosen mit der Räumung des Ruhrgebietes begonnen. Der Vertrag von Locarno (Ende 1925) garantierte die deutsche Westgrenze. Der «Geist von Locarno», den Stresemann, Briand und Chamberlain beschworen, verhies einen allgemeinen Fortschritt in der europäischen Politik nach so vielen Irrungen und Verhetzungen der vergangenen zehn Jahre; langsam bahnte sich eine deutsch-französische Verständigung an. Freilich wurden diese zarten Bande alsbald von den rechtsorientierten Kräften in Deutschland bedroht, die dem verhängnisvollen Einfluss des Geheimrats Hugenberg erlagen. Kein Wunder, dass daraufhin auch in Frankreich wieder misstrauische Stimmen zu vernehmen waren.

Am 24. April 1926 wurde – wie schon erwähnt – der Vertrag von Rapallo durch einen deutschen Freundschafts- und Neutralitätsvertrag mit der Sowjetunion erneuert und erweitert. Im September desselben Jahres konnte Stresemann den grössten Triumph seines staatsmännischen Wirkens erleben: Deutschland wurde einstimmig in den Völkerbund aufgenommen.

Ich selber empfand diesen Völkerbund, den ich als Delegationsmitglied (conseiller technique) kennenlernte, als eine unzulängliche Konstruktion, weil er aus dem Wunschgedanken entstanden war, eine Weltorganisation zur Regelung aller Probleme zu schaffen; der idealistische und den Realitäten fremde amerikanische Präsident Wilson hatte ihn angeregt. Der Völkerbund umfasste zwar Nationen aller Kontinente, die Vereinigten Staaten jedoch, die sich – enttäuscht über den Versailler Vertrag – frühzeitig von der Zusammenarbeit mit ihren ehemaligen europäischen Verbündeten zurückgezogen hatten, hielten sich die-

ser Erfindung ihres eigenen Präsidenten fern. Auch die Sowjetunion, damals noch ohne grosses politisches Gewicht, als Staatswesen aber immerhin zahlenmässig das stärkste Volk Europas, war noch nicht in Genf vertreten.

Dieser Völkerbund machte auf mich keinen starken Eindruck. Umso anfälliger war ich hingegen für alle Ideen, die einen europäischen Staatenbund propagierten – etwa nach dem Modell des alten Deutschen Reiches, das seinem Charakter nach ja ebenfalls ein Staatenbund gewesen war. Auf diese Weise, so glaubte ich damals, müssten Kriege von vornherein ausgeschlossen sein, so wie dadurch ja auch innerdeutsche Kriege ausgeschlossen gewesen waren. Der letzte deutsche Bruderzwist hatte sich im Jahre 1866 zugetragen, und niemand auf dieser Welt konnte sich vorstellen, dass es jemals wieder zu einem Krieg zwischen Bayern und Württemberg oder zwischen Sachsen und Hessen kommen würde.

Es war in den zwanziger Jahren durchaus nicht einfach, im politisch gespaltenen und sich nicht ohne Recht verletzt fühlenden deutschen Volk europäische Ideen zu verbreiten. Das nationale Denken war auch bei Männern und Frauen der Linken unter dem Eindruck der damaligen Situation anders als heute ausgerichtet. Paul Lobe beispielsweise war Präsident des Deutsch-Österreichischen Volksbundes, der kein anderes Ziel hatte, als ein Gross Deutsches Reich zu erstreben – natürlich auf friedlichem Wege. Das Ideal, die Völker Europas in einem grossen Bund zu vereinigen, fand höchstens bei der Jugend einen begrenzten Anklang, wenn man sich als Politiker dafür einsetzte. Das Europa, für das ich eintrat, sollte selbstverständlich die Rechte meines eigenen Volkes wahren. Deutschland konnte nur nach moralischer und politischer Rehabilitierung gleichberechtigt ein vollgültiges Mitglied eines solchen europäischen Staatenbundes werden. Ich bin sicher, dass dieses Ziel heute erreicht wäre oder doch in greifbarer Sicht vor uns läge, wenn nicht Hitler der Weimarer Republik den Garaus gemacht hätte.

Weitere Erleichterungen brachte im Januar 1929 der Young-Plan; er setzte die deutschen Reparationszahlungen noch weiter als der Dawes-Plan herab. Ausserdem wurden nun die alliierten Kontrollen und Sanktionen beendet. Das Rheinland wurde vorzeitig geräumt.

Dieses Jahr brachte dem Deutschen Reich aber auch einen schweren Verlust. Am 3. Oktober verstarb Reichsaussenminister Gustav Stresemann. Dieser bedeutende Staatsmann der Weimarer Republik, der

Deutschland aus seiner Nachkriegsisolierung befreit hatte, schied zum Unglück für unser Volk viel zu früh aus dem Leben, das ihm seine in nationalistischen und konservativen Gedankengängen verhafteten zahlreichen Gegner oft unerträglich schwer gemacht hatten. Sein Partner und Freund Briand hatte in Frankreich unter ähnlichen Anwürfen zu leiden. Mir hat Stresemanns mutige und kluge Haltung in der Aussenpolitik stets imponiert. Zu ihm hatte ich Vertrauen, nicht aber zu seiner Partei, der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei, in deren Reihen mir nur wenige Persönlichkeiten politisch näherstehen konnten. Deshalb war ich – besonders als Führer der Jungdemokraten, die ziemlich weit links standen – absolut gegen die seit 1928 von beiden Seiten inoffiziell betriebenen Gespräche, durch die Demokraten und Volkspartei zur liberalen Partei unter Stresemanns Führung geeinigt werden sollten. Dies erschien mir als eine politische Sünde. Im Rückblick auf jene schicksalvollen Jahre muss ich meine damalige Haltung tief bereuen. Ich kannte Gustav Stresemann nicht näher. Um mich für den vernünftigen Plan einer Parteikonkretion in der politischen Mitte zu gewinnen, wurde ich 1928 eines Tages von August Weber (vor dem Ersten Weltkrieg nationalliberaler Reichstagsabgeordneter, von 1930 bis 1932 Reichstagsabgeordneter der neugebildeten «Staatspartei» – Demokraten, Jugend der Volkspartei und Anhänger des «Jungdeutschen Ordens» mit dem redlichen Arthur Mahraun) in seine im grossbürgerlichen Stil gehaltene Wohnung des Berliner Westens zum Abendessen eingeladen.

Gern nahm ich an, weil ich diesen ewig jungen Politiker mit dem toleranten Herzen gern hatte. (Nach 1945, nachdem ein Jahrzehnt schwersten Erlebens dazwischen lag, begegnete ich ihm in der Wohnung meines Freundes, Professor Hans Reif, wieder in Berlin. Doch kehrte er nicht für immer nach Deutschland zurück, er blieb als Deutscher in England.) Ich war aufs Äusserste überrascht, als ich erfuhr, dass Stresemann der dritte Gast sein sollte. Über diese Begegnung sollte im Interesse der Sache Stillschweigen gewahrt werden. Es ging um die Vorbereitung der liberalen Kräftekonzentration. Ich bemerkte bei diesem Anlass zum ersten Mal, dass Stresemanns Gesundheit erschüttert war. Was hierzu beigetragen hat, sollte kein Geheimnis bleiben. Er litt schwer unter der wachsenden Malaise in seiner Partei, unter den Intrigen gegen ihn, unter der Verständnislosigkeit der grossen Mehrheit seiner Fraktion, die sich weigerte, Tatbestände zu begreifen, die

für unsere Aussenpolitik bestimmend waren. Erst kürzlich erzählte mir seine grossartige Lebenskameradin, die seit Langem in den Vereinigten Staaten lebt, bei einem zufälligen Wiedersehen in einem süddeutschen Kurort, dass zu Stresemanns schlimmsten Widersachern sein Stellvertreter in der Parteiführung, der Berliner Abgeordnete Scholz, gehört hatte. Die Tragik Stresemanns war, dass er lediglich eine Minderheit seiner Fraktion für seine staatsmännische Arbeit hinter sich hatte: ein ganz gewöhnlicher, wenn auch deprimierender Vorgang, der allerdings bei seiner Sensibilität Stresemanns Lebenskraft untergrub.

In dieser makabren Lage sah er nur noch in der Vereinigung der Liberalen einen Ausweg, der ihm gleichzeitig die Möglichkeit geben sollte, den Rechtsradikalismus abzuwehren. Ich habe mich damals in der Form einwandfrei, in der Sache jedoch einsichtslos verhalten, was ich heute noch beklage und mir vorwerfe. Ich betrachtete diese Frage nur unter doktrinären Aspekten, weil ich an die Zukunft einer fortschrittlichen Entwicklung glaubte und törichterweise damals die Bedrohung der freiheitlichen Demokratie in ihrer Grösse noch nicht erkannte. Hinzu kam ein anderes Moment für meine Abweisung: In der Vereinigung aller Liberalen erblickte ich eine Belastung der sozialen Orientierung meiner Partei; ich meinte sie eher gewahrt zu wissen, wenn von den Konservativen moderner Prägung, also vom linken Flügel der Deutschnationalen bis zu meinen Freunden hin, eine grosse Partei mit positivem Staatsbewusstsein hätte geschaffen werden können. In den Zeitungen wurde von einer «Front von Lambach» (linker Flügel der Deutschnationalen) «bis Lemmer» (linker Flügel der Demokraten) geschrieben.

Es bedrückt mich heute noch, dass ich mich damals den Vorschlägen Stresemanns versagte. Wäre ich etwas einsichtiger und weitblickender gewesen, dann hätte ich einen guten Beitrag zur Förderung des liberalen Einigungsbemühens leisten können.

Wirbel um den Panzerkreuzer «A»

DIE DEUTSCHE Innenpolitik des Jahres 1928 wurde weitgehend von den leidenschaftlichen Diskussionen um ein Schiff bestimmt, das es überhaupt noch nicht gab: Es handelte sich um die berühmt gewordene Affäre des sogenannten Panzerkreuzers «A».

Der Versailler Vertrag hatte dem Deutschen Reich sechs alte Linienschiffe zugestanden, die bei Bedarf durch Neubauten ersetzt werden durften, freilich nur durch Schiffe, deren Tonnage die Zehntausendergrenze nicht überstieg. Da sich die Finanzlage unterdessen recht günstig gestaltet hatte und die fortgeschrittene Technik nun auch solch kleine Einheiten mit einer gewissen Kampfkraft ausstattete, war in der Reichsmarine der Wunsch wach geworden, einen derartigen Neubau in Auftrag zu geben. Der Reichspräsident von Hindenburg war von diesem Gedanken ebenso angetan wie der Reichswehrminister Groener. Die Regierung hatte bei den Haushaltsberatungen eine Vorlage für die erste Rate eingebracht. Groener hatte in diesem Zusammenhang von einem «vernünftigen Pazifismus» gesprochen.

Auf die Sozialdemokraten wirkte das Vorhaben jedoch wie ein rotes Tuch; in neuen Panzerschiffen sahen sie teure Spielzeuge, die keinerlei praktischen Wert besäßen. Überdies erinnerten sie daran, dass die Regierung die Sozialausgaben gekürzt habe, jetzt aber offenbar unter grossen Kosten gewissermassen den Versailler Vertrag auszuschöpfen gedächte. Sie waren aber überstimmt worden. Unmittelbar nach der Auflösung des Reichstags am 31. März hatte indessen der Reichsrat auf Initiative Preussens die Vertagung der Arbeiten bis zum September gefordert, mit andern Worten: Dem neuen Reichstag blieb es unbenommen, die umstrittene Vorlage einer nachträglichen Korrektur zu unterziehen.

Die SPD führte denn auch ihren Wahlkampf unter dem Motto «Keine Panzerkreuzer, sondern Kinderspeisung!», was sich auszahlen sollte, denn bei den Wahlen am 20. Mai erhielten Sozialisten und Kommunisten mehr als vierzig Prozent aller Wählerstimmen. Die Sozialdemokraten, die bislang mit hunderteinunddreissig Sitzen im Reichstag vertreten waren, verfügten nun über hundertzweiundfünfzig Mandate. Verlierer waren die Parteien der Mitte und der Rechten. Die Demokraten sahen sich auf fünfundzwanzig Sitze dezimiert, das Zentrum musste von seinen neunundsechzig Mandaten acht abgeben. Den schwersten Schlag hatten freilich die Deutschnationalen einzustecken: Ihr unsicheres Lavieren brachte sie um fünfundzwanzig Sitze, so dass im neuen Reichstag nur noch achtundsiebzig Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei sassen. Dieses Wahlergebnis sollte sich später verhängnisvoll auswirken, denn von nun an setzte sich der rechtsradikale Flügel dieser Partei durch, und schon im Oktober 1928 löste der Wirtschafts-

führer Geheimrat Hugenberg den Grafen Westarp im Parteivorsitz ab. Der Weg zum Anschluss an die Nationalsozialisten war damit frei geworden. Die NSDAP selbst musste nach den Neuwahlen zwei ihrer vierzehn Sitze räumen. Auch die Deutsche Volkspartei hatte – obwohl ihr Vorsitzender Stresemann sich einer wachsenden Popularität erfreuen konnte – sechs ihrer bislang einundfünfzig Mandate eingebüsst.

Der Wahlsieg der Sozialdemokratie hatte die Beauftragung eines ihrer Männer mit der Regierungsbildung zur Folge: Hermann Müller-Franken wurde Reichskanzler, die Leitung des Auswärtigen Amtes übernahm Gustav Stresemann.

Nach den parlamentarischen Sommerferien beschloss das Kabinett der grossen Koalition, die erste Rate für den Bau des nun langsam schon legendär gewordenen Panzerkreuzers «A», der noch immer ein Phantom war, in den Reichshaushalt einzusetzen. In der Öffentlichkeit brach ein Sturm los. Sozialdemokratische-, demokratische- und Zentrums-Kreise forderten kategorisch die Streichung dieses ersten Haushaltsansatzes.

Auch in meiner Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei bestanden erhebliche Meinungsverschiedenheiten, ob dem Regierungsantrag und Kabinettsbeschluss zugestimmt oder durch dessen Ablehnung eine Regierungskrise heraufbeschworen werden sollte. Diese Auseinandersetzungen zogen sich über viele Wochen hin und führten in meiner Fraktion zu einem überraschenden Resultat: Je mehr wir uns mit dieser Frage beschäftigten, desto fester wurde unser Entschluss, trotz grosser Bedenken der Regierung zuzustimmen.

In der Bevölkerung gingen die Ansichten weit auseinander. Noch hatte niemand das Grauen des Krieges und die Enttäuschung über dessen bitteres Ende vergessen. Bei manchem löste das Projekt des Panzerkreuzers sentimentale Erinnerungen an die einst so glorreiche Vergangenheit aus; vielfach war dies der Anlass zu Gefühlsausbrüchen. Bei anderen, wohl der grossen Mehrheit, herrschte indessen wenig Neigung zur Anschaffung eines derartigen Kriegswerkzeugs. Die regierende Sozialdemokratie sowie einige andere politische Gruppen hatten grosse Schwierigkeiten, selbst die durch den Versailler Vertrag arg beschnittene Reichswehr (das Hunderttausend-Mann-Heer) zu bejahen. Vielerorts zeigten sich geradezu schizophrene Züge, die von Anfang an das Verhältnis des Militärs zum republikanischen Staat schwer belasteten. Viele Politiker drückten sich vor der klaren Stellungnahme; sie brachten es weder übers Herz, ja zu sagen noch nein.

Nach den sehr scharfen Beschränkungen durch den Vertrag von Versailles war der Wiederaufbau einer Kriegsmarine überaus schwierig. Sollten die wenigen uns konzedierte Zehntausend-Tonnen-Kreuzer überhaupt gebaut werden? Diese Frage wurde nun seit dem Frühjahr 1928 in den politischen Lagern ebenso wie in der Öffentlichkeit mit zunehmender Erbitterung diskutiert. Die starke Linke verweigerte dem Kabinett die Gefolgschaft. Eine peinliche Situation war entstanden. Ich selber gehörte zunächst zu jenen, welche sehr starke Skrupel hatten, für diesen Kabinettsbeschluss zu votieren. Doch hielt ich schliesslich die Entscheidung der Fraktion für richtig, deshalb wollte ich nicht abseits stehen. Revisionen von Entscheidungen, die man nachträglich für falsch hält, können niemals eine politische Torheit sein. Es können neue Umstände, neue Überlegungen hinzukommen, so dass eine Veränderung des parlamentarischen Verhaltens schliesslich als zulässig angesehen werden muss. Bedenklicher wäre es gewesen, aus Eigensinn oder aus Furcht vor Prestigeverlust auf einer falschen Entscheidung zu beharren. Ich fragte mich, warum wir hinter den minimalen Rüstungsmöglichkeiten des Friedens Vertrages Zurückbleiben sollten. Hier ging es um unser nationales Selbstgefühl. Als Teilnehmer des Weltkrieges hielt ich es für logisch und folgerichtig, mich meiner Partei als Sprecher zur Verfügung zu stellen. Einige meiner Freunde versuchten mich daran zu hindern, sie sprachen sogar von «politischem Selbstmord», denn ich stand ja schliesslich auf dem linken Flügel meiner Fraktion. Aber ich blieb bei meinem Entschluss.

Es kam zu einer turbulenten Debatte. Die Kommunisten stimmten selbstverständlich gegen die Rate. Die Sozialdemokraten hatten sich durch Parteitagsbeschlüsse festgelegt, ihren Parteigenossen, den Reichskanzler, und die übrigen sozialistischen Minister zu desavouieren, also gegen die heiss umkämpfte erste Rate für den Panzerkreuzer zu stimmen. Einige wenige der Zentrumsabgeordneten waren gleichfalls nicht bereit, ihre Zustimmung zu geben. Der nationalsozialistische Klüngel war natürlich dagegen, weil er gegen alles war, was das Kabinett dem Parlament auch vorschlagen mochte.

Für die Sozialdemokratie sprach Otto Wels. Ich merkte, dass ihm dabei nicht wohl war. Im Grunde hielt er es für unfair, den Beschluss einer sozialdemokratisch geführten Reichsregierung nun hier im Reichstag abzulehnen. Seine Rede war sehr massvoll.

Dann wurde mir das Wort erteilt. Ich erklärte, es gäbe nur eine Alter-

native: entweder dagegen zu stimmen und damit zugleich die Regierung zu stürzen oder aber den Beschluss des Kabinetts zu akzeptieren und sich hinter die Reichsregierung zu stellen. Jede andersgeartete Entscheidung sei unwürdig. Ich forderte die Abgeordneten auf, sich klar zu äussern.

Bei den Kommunisten gab es viel Spektakel, bei den Nationalsozialisten tobte Goebbels, der dies alles lediglich unter demagogischen Gesichtspunkten behandeln wollte. Auch den Deutschnationalen war meine Stellungnahme höchst unerwünscht; sie hätten allzu gern ihre nationalistische Phraseologie an einer andern Entscheidung entzündet. Nun waren sie in Verlegenheit.

In meiner Rede warf ich den zahlreichen Zwischenrufern der Rechten, die über unseren Gesinnungswechsel überrascht waren, diese entscheidenden Worte zu:

«Ich muss die Herren von der Rechten darauf aufmerksam machen, dass – wenn wir hier prinzipiell über den Werdegang sprechen – die heutige Reichswehr das Ergebnis des politischen Willens der deutschen Linken war, die damals in der Nationalversammlung durchaus bereit gewesen ist, die uns im Versailler Vertrag gegebene Möglichkeit der Wehrhaftigkeit in zweckmässiger Weise auszuschöpfen und wir infolgedessen das Recht haben, solche Vorwürfe, wie sie immer noch hier und da gegen die Linke erhoben werden, mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen.»

Dies war indessen nur der eine Gedankengang, der mich zu meiner Haltung bewog; die andern Überlegungen, die ich im Plenum des Reichstages vortrug, gingen dahin, dass nach dem Gesetz der parlamentarischen Demokratie Fraktionen, die in Opposition zu ihrer eigenen Regierungsmannschaft stehen, entweder gegen den Antrag stimmen konnten und damit das Kabinett zum Rücktritt zwingen mussten oder aber den Antrag anzunehmen hatten. Die Sozialdemokratie, welche die erste Rate zum Bau des Panzerkreuzers «A» für untragbar hielt, hätte also nach parlamentarischem Brauch ihren Reichskanzler Hermann Müller-Franken zum Rücktritt auffordern müssen.

Es ging sehr lebhaft zu. Auf meine Rede folgte die von Dr. Joseph Wirth, der für die Fraktion der Zentrumsparlei sprach und sich mit ähnlichen Ausführungen an die Sozialdemokraten wandte. Er versuchte gleich mir, sie wenigstens zur Stimmenthaltung zu bewegen. Wir hatten freilich nur einen halben Erfolg: Ein Teil der sozialdemo-

kratischen Abgeordneten verliess still und leise den Sitzungssaal, um sich nicht an der Abstimmung beteiligen zu müssen. Das Ergebnis war eine knappe Mehrheit, mit der die Regierungsvorlage gebilligt wurde. Die erste Rate für den Bau des Panzerkreuzers «A» wurde also in den Haushalt von 1929 eingesetzt.

Eines steht heute fest: Wenn die linken Flügel des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei nicht für die Annahme des Kabinettsbeschlusses gestimmt hätten – abgesehen von den Stimmenthaltungen einiger Sozialdemokraten –, dann wären wir damals schon in eine der schweren Regierungskrisen hineingerissen worden, die das Ende der Weimarer Republik kennzeichnen sollten. Damals spürte ich bereits, wie in weiten Kreisen der Bevölkerung das Vertrauen in den Parlamentarismus schwächer und schwächer wurde, weil wir selber viel zu viele Fehler machten. Wir hatten nicht genügend Disziplin, uns durch eine klare und mutige Haltung vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen und Vertrauen für unsere Regierungsauffassung und für unser Staatssystem zu wecken. In meiner Rede über den Panzerkreuzer «A» war der folgende Satz enthalten, der sich an die Adresse derer richtete, die das Vertrauen mehr und mehr verloren:

«In letzter Zeit ist unendlich viel über die Krisis des Parlamentarismus geschrieben und gesprochen worden. Ich persönlich bin der festen Überzeugung, dass diese Auffassung, die sich kritisch gegen das parlamentarische System wendet, zu Unrecht besteht. Das System ist nicht nur die einzig mögliche Grundlage unseres staatlichen Seins, sondern das System ist auch an sich gut und gesund. Es mangelt nicht em System, es mangelt an den Menschen dieses Systems, die sich in der kurzen Zeit des Parlamentarismus noch nicht so einfühlen konnten, wie es erforderlich gewesen wäre, um die Weimarer Republik krisenfest zu machen.»

Diese Rede fand erstaunlicherweise in den grossen Blättern, die meiner Partei nahestanden, der «Frankfurter Zeitung», dem «Berliner Tageblatt» und der «Vossischen Zeitung», einen zustimmenden Widerhall, obwohl auch sie Bedenken gegen den Bau des Schiffes geäussert hatten. Es war aber ein sehr verantwortungsbewusster Journalismus, der von diesen Zeitungen gepflegt wurde. Man hatte in der Zwischenzeit eingesehen, dass der Alternative, die ich aufgezeigt hatte, nicht auszuweichen war. Auch von der gegnerischen Presse der Rechten wurde ich wie ein reuiger Sünder in Gnaden aufgenommen; zumindest befleis-

sigten sich diese Blätter, meine nationale Gesinnung zu loben. Meine nationale Einstellung hat freilich zu keiner Zeit jemand zu loben, geschweige denn zu beanstanden gehabt. Ich schwieg zu diesen mir keineswegs willkommenen Komplimenten.

Für mich folgten einige unangenehme Wochen. Meine Freunde von den Jungdemokraten, der Demokratischen Partei und der Deutschen Friedensgesellschaft übten lebhafte Kritik an meinem Verhalten. Sie konnten nicht begreifen, dass ich für den Bau des Panzerkreuzers eingetreten war. Ich war indessen der Überzeugung, dass meine Haltung richtig gewesen sei. Immerhin hatte ich ungewollt eine entscheidende Rolle als dreissigjähriger Abgeordneter der gemässigten Linken des Deutschen Reichstags gespielt.

Der «Vorwärts», das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei, verhielt sich mir gegenüber ausserordentlich fair. Ich merkte an dem wohlwollenden Kommentar, dass man unseren Argumenten den Respekt nicht versagen wollte (Joseph Wirth und ich galten als anerkannte Verfechter demokratischer Politik der Linken). Jedenfalls blieb als parlamentarisches Ergebnis dieser Panzerkreuzer-Affäre die Regierung Hermann Müller-Franken am Ruder. Sie wurde erst anderthalb Jahre später gestürzt, weil sich die Fraktionen der Koalition – Sozialdemokratie, Deutsche Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei und Bayrische Volkspartei – nicht länger einig waren. Es ging um eine unerlässlich gewordene Erhöhung des Beitrages für die Arbeitslosenversicherung von einem halben Prozent. Die Arbeitnehmer hätten davon nur ein Viertel Prozent mehr zahlen müssen. An dieser Frage zerbrach die Regierung. Es folgten die vielen Krisen der Ära Brüning.

SIEBEN oder acht Jahre später sollte die Sache mit dem Panzerkreuzer noch einmal eine Rolle in meinem Leben spielen. Damals war ich bereits ein Geächteter des Nationalsozialismus, ein Diffamierter und seines Reichstagsmandants rechtswidrig Beraubter, ein sogenannter Staatsfeind. Im Jahre 1934 oder 1935 erhielt ich aus heiterem Himmel eines Tages eine Einladung vom Chef der Marineleitung, dem Admiral Raeder: Ich möge an der Jungfernfahrt des von mir 1928 «geretteten» Panzerkreuzers «A» teilnehmen; inzwischen hatte man das Panzerschiff auf den Namen «Deutschland» getauft. Die Marineleitung bestätigte mir schriftlich, durch meine Haltung im Reichstag hätte ich dazu beigetragen, dass dieses Schiff auf Kiel gelegt werden konnte.

Ich fuhr denn auch nach Kiel. Am Vorabend der Jungfernfahrt wurde ich dort im Hauptbahnhof von einem Offizier der Kriegsmarine förmlich empfangen und in mein Hotel eskortiert. Am nächsten Morgen holte man mich ab und geleitete mich zu dem Schiff. Ich war recht befangen und eingeschüchtert; in dieser Umgebung fühlte ich mich durchaus nicht besonders wohl: Immerhin weilte ich nun als «Staatsfeind» unter den Würdenträgern des mir fremden Regimes – eine reichlich merkwürdige Situation. Als ich an Bord ging, bemerkte ich, dass der Reichsorganisationsleiter Robert Ley und einige andere Herrschaften an meinem Erscheinen Anstoss zu nehmen schienen.

Der erste Kommandant dieses Schiffes war Kapitän zur See König. Ich habe seinen Namen in Erinnerung behalten, denn er führte an Bord ein sehr aufrichtiges Gespräch mit mir. Er hatte in der Tat eine lebhaft Auseinandersetzung mit Ley gehabt, deren Ursache meine Person war. Ich konnte selber beobachten, wie Ley mit rotem Kopf und geballter Faust auf mich wies; vermutlich forderte er meine augenblickliche Entfernung. Ich hielt mich abseits und wartete mit einer gewissen Spannung und Unruhe auf das Kommende. Nach etwa zwanzig Minuten hiess mich Kapitän König betont freundlich willkommen; er sei glücklich über mein Erscheinen, denn ohne meine damalige Stellungnahme im Reichstag wäre er heute nicht Kommandant dieses Schiffes. Danach erzählte er mir, er habe Schwierigkeiten mit einigen Herren der NSDAP gehabt, die mein sofortiges Verschwinden vor Lichtung der Anker gewünscht hatten. Daraufhin habe er sich jedoch mit Admiral Raeder in Verbindung gesetzt, der ihm den eindeutigen Befehl erteilte: «Die Jungfernfahrt findet entweder mit Herrn Lemmer oder überhaupt nicht statt.» Zu jener Zeit war Raeder noch nicht bereit, sich dem Druck der Parteigrössen zu unterwerfen. Damals war freilich die Position des Militärs im Staat auch noch eine andere als schon wenige Jahre später.

Die Schiffsreise ging glücklich vonstatten. Ich gestehe jedoch, dass ich erleichtert war, als wir nach vier Stunden wieder anlegten und ich mich unauffällig empfehlen konnte, um auf dem schnellsten Wege nach Berlin zurückzukehren.

Vor der Krise

WER ETWAS von wirtschaftlichen Zusammenhängen verstand und um deren Auswirkung auf die Politik wusste, konnte bereits im Jahre 1928 die immer deutlicher zutage tretenden Anzeichen einer nahenden Wirtschaftskrise nicht mehr übersehen. Sie ging von den Vereinigten Staaten aus, wo durch Überproduktion und Rationalisierung des Arbeitsganges ernste Schwierigkeiten auftraten: Die Märkte verloren ihre Aufnahmefähigkeit. Auch die Politik schädigte das Wirtschaftsleben; die Kriegs- und Reparationsschulden sowie die politische Neuordnung, die keine Rücksicht nahm auf wirtschaftliche Erfordernisse, schädigte die Ökonomie ebenso, wie es die Errichtung der Schutzzölle tat. Es konnte nicht ausbleiben, dass diese trübe Entwicklung, die von den Vereinigten Staaten rasch auf die anderen Kontinente übersprang, das durch Krieg und Nachkrieg geschwächte Deutschland besonders hart treffen würde.

Als Abgeordneter Pommerns wurde ich bald auf die prekäre Situation aufmerksam, wiewohl auch ich mir das ganze Ausmass der zu erwartenden Krise natürlich noch keineswegs vorzustellen vermochte. Am 1. Februar 1928 betrug die Zahl der von der Krisenfürsorge betreuten Arbeitslosen bereits 1'548'000. Das bedeutete, dass in Deutschland praktisch zwei Millionen Menschen ohne Arbeit waren. Dies wirkte sich vor allem auf die Landarbeiter der ostelbischen Gebiete aus. Ihnen war die Möglichkeit genommen, vom Lande in die Ballungszentren der Städte abzuwandern, aber in ihrer Heimat fanden viele keine Arbeit. Die so oft gepriesene Vaterlandsliebe mancher Grossgrundbesitzer Osteubiens hörte nämlich dort auf, wo es sich um den polnischen Arbeiter, der billig und willig war, handelte. Hundertdreissigtausend polnische Wanderarbeiter wurden alljährlich eingeschleust. Dabei standen damals in Deutschland 70'255 arbeitssuchenden Landarbeitern nur 12'780 offene Stellen zur Verfügung.

Ein Arbeitsnachweis in Ostpommern wandte sich während der Erntezeit im Juli 1928 mit diesem sorgenvollen Bericht an das Landesarbeitsamt in Stettin: «Die Anforderungen auf Gestellung von Landarbeitern sind in diesem Jahr so gut wie völlig ausgeblieben. Eine grössere Anzahl von Landarbeitern, die sich auf jegliche landwirtschaftliche Arbeit verstehen, hat daher hier in Kolberg Erwerbslosenunterstützung beziehen müssen.»

Ich liess durch meine politischen Freunde die Arbeitgeber regelmässig besuchen, um festzustellen, ob sie nicht gesonnen wären, einheimischen Arbeitskräften vor polnischen Schnittern als Saisonarbeiter den Vorzug zu geben. Ein Erfolg blieb aus. Im Gegenteil: Die Grossgrundbesitzer verstanden es, bei der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung eine Erhöhung der Kontingente um zehntausend polnische Wanderarbeiter durchzusetzen.

Von 1923 bis 1928 waren in Pommern 60'000 Menschen in die Städte abgewandert. Um die Rechte der Landarbeiter war es vielfach noch mittelalterlich bestellt. Der Vertrag zwischen dem Arbeitgeber Schulze und dem Arbeitnehmer Müller betraf nicht nur das Verhältnis der beiden Partner zueinander; er bezog gleichzeitig auch die Angehörigen des Landarbeiters ein. Wenn eines der Familienmitglieder oder ein «Hofgänger» nicht mehr mitmachte, hatte der Arbeitgeber das Recht auf fristlose Kündigung. Ich habe in Pommern unzählige Fälle erlebt, in denen die Söhne von Landarbeitern, die einen andern Beruf erlernen wollten, das väterliche Haus nicht verlassen konnten, weil sonst der Vater obdachlos und arbeitslos geworden wäre. In den Unterkünften dieser Landarbeiter schliefen mitunter in einem Raum bis zu sechs Personen. Die Arbeitsbedingungen waren vielfach äusserst rückständig; die Grundbesitzer vermerkten in der Regel im Arbeitsvertrag diese Klausel: «Anfang und Ende der Arbeitszeit bestimmt lediglich der Arbeitgeber.» Man vermag sich danach leicht ein Bild von den sozialen Verhältnissen in Teilen der ostdeutschen Landwirtschaft zu machen, doch muss gewürdigt werden, dass an zahlreichen Orten auch rühmliche Arbeits- und Lebensbedingungen herrschten, die Vorbild hätten sein sollen.

In mehreren Reichstagsreden habe ich meinen Sorgen über die Schwächung der ostdeutschen Provinzen Ausdruck gegeben. Die Landflucht war dort weit grösser als in den Agrarbezirken West- und Süddeutschlands. Die Bevölkerungsbewegung blieb rückläufig, obwohl die Bevölkerungsdichte im Reichsgebiet Jahr um Jahr zunahm. Auf die Industriegebiete Ostdeutschlands fielen die ersten Schatten der kommenden Wirtschaftskrise. In Anträgen im Reichstag machte ich wiederholt auf die besondere Notlage der ostelbischen Provinzen aufmerksam. Immer wieder regte ich an, die Bautätigkeit auf dem flachen Lande durch agrarreformerische Siedlungswerke und Vergrösserung von Landarbeitersiedlungen zu fördern. Alles musste indessen Stückwerk blei-

ben, wenn nicht nach eingehender Planung, an der sämtliche Parteien teilzunehmen hatten, eine grosszügigere Agrarreform in den Provinzen mit den umfangreichen Latifundien vorgenommen wurde. Ostdeutschland war der wirtschaftlich und sozial schwächste Teil des Reiches, dazu war es ein nicht ungefährdetes Grenzgebiet – was wir binnen einer Generation zweimal schmerzlich erleben mussten.

Die Ära Brüning

AM 29. MÄRZ 1930 wurde Dr. Heinrich Brüning zum Reichskanzler berufen. Deutschland befand sich nun mitten in der Wirtschaftskrise: Die Zahl der Arbeitslosen betrug im Frühjahr 1930 mehr als drei Millionen. Das bisherige Koalitionskabinett Müller zerbrach über Finanzfragen und trat am 27. März, ohne sich erst dem Reichstag zum Kampf zu stellen, zurück. Viele Historiker und Politiker datieren mit diesem Tag das Ende der Demokratie von Weimar.

In weiten Kreisen des Bürgertums war man partei- und parlamentsmüde: Das deutsche Obrigkeitsbedürfnis verlangte immer lauter nach einer «vernünftigen» autoritären Lösung der politischen Schwierigkeiten; der ewige Zank der Reichstagsparteien sollte durch die Hand eines «starken Mannes» zum Verstummen gebracht werden. Die Agitation von rechts tat das Ihre, um solche Gefühle und Wünsche zu steigern.

Brüning, der neue Mann, Fraktionsvorsitzender des Zentrums, genoss noch das Vertrauen des nun greisen Hindenburg. Gestützt auf die dem Reichspräsidenten nach Artikel 48 der Weimarer Verfassung zustehende Gewalt, beschloss er, unter Ausschaltung des Parteienstreites und ohne parlamentarische Gefährdung seines Kabinetts das deutsche Volk aus der Wirtschaftskrise herauszuführen. Den Schlüssel dazu sollten ihm die Notverordnungen zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen liefern. Diese einschneidenden Massnahmen – Steuererhöhungen, Verringerung der Reichsausgaben, Kürzung der Beamtengehälter, Erhöhung der Arbeitslosenbeiträge – machten seine Politik freilich nicht gerade beliebt. Seine Anstrengungen, die Preise zu senken, Ostdeutschland zu helfen, Arbeitsplätze zu beschaffen, konnten nicht von heute auf morgen eine Wendung zum Besseren bringen: sie hätten sich

erst nach einem längeren Zeitraum segensreich auswirken können. Diese Zeit blieb Brüning indessen nicht. Die verhetzende Propaganda der äussersten Rechten und Linken schuf ein immer bedenklicher werdendes Klima. Hitler nutzte rücksichtslos die Not der Massen aus und sammelte Anhänger in hellen Scharen.

Das deutsche Volk zerfiel. Es gab ein schwarz-rot-goldenes Lager und ein schwarz-weiss-rotes. Auf einer tiefer gelegenen Ebene bekriegten sich die Kommunisten und die Nationalsozialisten. Die Kluft ging durch alle Schichten und Kreise, ja, sie riss Familien auseinander in leidenschaftlichen Fehden.

Die Republik hatte das Erbe eines verlorenen Krieges angetreten. Die deutschen Truppen waren nicht als Sieger unter schmetternder Marschmusik durch das Brandenburger Tor eingezogen, wie es der überwiegende Teil des Volkes nicht nur 1914, sondern auch dann noch gehofft hatte, als sich der Zusammenbruch kaum noch verheimlichen liess. Die Republik wurde als schuldig an der militärischen Niederlage beschimpft, und doch hatte sie zu dem Debakel nicht das geringste beigesteuert. Die späteren Republikaner, die Anhänger der Symbolfarben Schwarz-Rot-Gold, hatten sich im grossen Kriege als getreue Söhne ihres Vaterlandes erwiesen, die ihre Pflicht, die Heimat zu verteidigen, aus reinem Patriotismus erfüllten, ohne von der blossen Staatsräson bewegt zu sein. Auch nach 1918 wuchs die Jugend in Schulen heran, in denen vielerorts noch immer das Bild des Kaisers an der Wand hing. Alternde Pädagogen vermittelten der heranwachsenden Generation die sentimental Erinnerungen an die glanzvolle Kaiserzeit, und diese Saat ging auf: Viele, die mit solchen Lehren gross geworden waren, schauten später verächtlich auf diese Republik herab; in ihren Augen besass dieser Staat nichts, was ihn schätzens- und verteidigungswert gemacht hätte.

Den Vorstellungen der meisten Deutschen zufolge hatte die Weimarer Republik die nationale Symbolik verraten, und sie hatte den Sieg, der «zum Greifen nahe gewesen war», durch den heimtückischen «Dolchstoss» verhindert. Die Republik zeigte sich unfähig, dem Volk wieder zu einem erträglichen Lebensstandard zu verhelfen, dem Hungern und Frieren ein Ende zu bereiten. Das Missbehagen war auf Schritt und Tritt zu spüren.

Der Untertanengeist, der bis in die Verfassungsparteien hineinreichte, war nicht auszurotten; der deutsche Bürger wollte gar nicht mitbestim-

men, was zu seinem Wohl und dem Wohle der Gemeinschaft geschehen sollte. Ich bin in meinem Wahlkreis Pommern vielen Menschen begegnet, die noch immer in der Welt des Patriarchats lebten. Der Gedanke, die Wähler seien die unmittelbaren Vorgesetzten ihrer Regierung, war ihnen unfassbar. Die Weimarer Republik hatte aber auch in ihrer Repräsentation wenig vorzuweisen, was dem romantischen Bedürfnis der Deutschen entgegengekommen wäre. Ein Minuspunkt gesellte sich zum andern.

Es hatte schon mit den Waffenstillstandsverhandlungen im Walde von Compiègne und der Kapitulation begonnen. Ihnen war die scheinbar bedingungslose Unterwerfung jener neuen politischen Kräfte gefolgt, die 1914 keinerlei Verantwortung getragen hatten. Ungeachtet dessen behandelte man sie nun wie Verbrecher. Die Aufnahmen aus Versailles zeigten, in welcher demütigender Form die deutsche Friedensdelegation im Frühjahr 1919 die Bedingungen der Siegermächte zur Kenntnis zu nehmen hatte. Ein Labsal für unzählige Deutsche in jenen trostlosen Tagen war das Verhalten des Grafen Brockdorff-Rantzau, den die Volksbeauftragten zum Staatssekretär des Auswärtigen ernannt hatten: Mit einer bewussten Geste warf er seine Handschuhe auf den dicken Band, der die alliierten Forderungen enthielt, was nach alter Rittersitte bedeutete, dass er lediglich der äusseren Not gehorchte, sich innerlich jedoch von dem Geschehen distanzierte. Er trat denn auch alsbald zurück, da er die Annahme der Friedensbedingungen ablehnte.

Ein weiterer nicht unwesentlicher Grund für den Untergang dieses Staates war die Traditionslosigkeit; die Deutschen hatten ja doch keinerlei Erfahrungen mit der Demokratie. Der Reichstag der Kaiserzeit hatte über keine reale Macht verfügt; er hatte kaum mehr als eine Art Tribüne der Nation abgegeben. Der alte Reichstag konnte die Regierung nicht zu Auskünften zwingen, geschweige denn, sie von sich aus stürzen. Der Reichstag der Wilhelminischen Epoche, dem so bedeutungsvolle Männer angehörten wie Friedrich Naumann, Ludwig Windthorst, August Bebel, Eugen Richter, Wilhelm Liebknecht, Heydebrand von der Lasa und der Graf Posadowsky-Wehner, konnte in Wirklichkeit nur ein einziges Recht ausüben: nämlich den Haushalt des Reiches annehmen oder ablehnen; um Abänderungsanträge zu einem Regierungsentwurf zu stellen, wie sie in einer echten Demokratie auf parlamentarischer Grundlage eine Selbstverständlichkeit sind, reichte seine

Kompetenz nicht aus. Es regierten der Kaiser und manche Clique in seiner Umgebung; es regierten die erkonservativen Kräfte an Rhein und Ruhr; es regierten vor allem aber die Gutsherren Osteibiens. So fand die Weimarer Republik nichts vor, was ihr hätte helfen können, ihre eigene, neue, demokratische Form zu finden.

BRÜNINGS erste Notverordnung fand keine Billigung im Parlament. Danach wurde der Reichstag aufgelöst. Die Neuwahlen vom 14. September 1930 brachten einen Umschwung, der das Schlimmste befürchten liess. Noch hatte die Sozialdemokratische Partei sich als die stärkste Fraktion knapp behaupten können, aber in kurzem Abstand folgte ihr nun mit hundertsieben Mandaten als zweitgrösste Gruppe die der Nationalsozialisten, die im vorherigen Reichstag ganze zwölf Sitze eingenommen hatten. Sie marschierten voll uniformiert in das Plenum ein. In diesem halb-militärischen Aufzug forderten sie unter Führung der Herren Göring, Frick und Goebbels alle parlamentarischen und demokratischen Gepflogenheiten heraus. Bei der ersten Versammlung dieses neuen Reichstages Anfang Oktober bot das Plenum ein deprimierendes Bild. Ich glaube, dass selbst einigen Deutschnationalen darüber «die Spucke wegblieb», wie man so sagt. Den Parlamentseintritt der zweitstärksten Fraktion hatten sie sich so gewiss nicht vorgestellt. Dennoch konnte in diesem Reichstag von Oktober 1930 bis zum Spätfrühjahr 1932, also während der ganzen Brüning-Ära, noch einigermassen sachlich gearbeitet werden. Vizekanzler war Robert Hermann Dietrich, Aussenminister Dr. Curtius, Wehrminister Dr. Groener, Innenminister Dr. Wirth.

Die nationalsozialistischen Abgeordneten beteiligten sich an der praktischen Parlamentsarbeit überhaupt nicht. Nur selten liessen sie sich einmal in den Ausschüssen blicken. Stattdessen zogen sie mit ihrer Freifahrkarte, die sie als Mandatsträger erhalten hatten, jetzt nach den Anweisungen ihrer Parteizentrale hinaus bis ins letzte Dorf auf dem Land, um eine skrupellose Propaganda zu entfachen. Mit dem Glorienschein eines Reichstagsabgeordneten der sogenannten «nationalen Opposition» konzentrierten sie alle Energien auf die Fortsetzung des Wahlkampfes, obwohl Neuwahlen zunächst gar nicht in Aussicht standen. Aber sie rechneten damit, dass es ihnen in einem Jahr oder in zwei, spätestens jedoch in drei Jahren gelingen würde, die absolute Mehrheit zu erringen.

Auch dieser letzte Reichstag der Weimarer Republik, der noch funktionsfähig war, stand unter Führung von Paul Lobe. Die Sozialdemokraten waren – obwohl sie nicht zur Regierungskoalition gehörten – stark daran interessiert, das Kabinett Brüning wenigstens indirekt zu unterstützen, um Zeit zu gewinnen: Nach Beseitigung der Arbeitslosigkeit hätte die Radikalisierung weitester Bevölkerungskreise vielleicht wieder nachgelassen. Auf diese Weise wurde es der Regierung Brüning möglich, sich mit ihrer Notverordnungspraxis über Wasser zu halten. Beinahe wiegten wir uns schon wieder in einer gewissen Sicherheit, denn es zählt ja zum Wesen der Demokratie – gleich welcher Partei-richtung –, Optimist zu sein und sich daher gern selbst zu täuschen. Wir sahen die Gefahren einfach nicht. Doch im späten Frühjahr 1932 war es dann doch soweit: Das Unheil zeigte sich in ganzer Gestalt.

Die Arbeitslosigkeit hatte ein erschreckendes Ausmass angenommen: Sechs Millionen Menschen gingen stempeln. Die innerpolitischen Spannungen traten immer krasser hervor. Am 10. April wurde der nunmehr vierundachtzigjährige Hindenburg als Kandidat der Weimarer Koalition im zweiten Wahlgang mit 19,39 Millionen Stimmen abermals zum Reichspräsidenten gewählt. (Auf Hitler waren 13,4 Millionen, auf Thälmann 3,7 Millionen Stimmen entfallen.) In dieser Wiederwahl vereinte sich – im Gegensatz zu Hindenburgs erster Wahl im Jahre 1925 – die demokratisch gesinnte und die dem von Brüning verteidigten Weimarer Staat anhängende Mehrheit des Volkes; sie entschied sich klar gegen den Nationalsozialismus. Doch vierzehn Tage darauf bekannten sich bei den Landtagswahlen in Preussen, Bayern, Württemberg mehr Wähler zu Hitler als zuvor, und in Preussen geriet die seit 1925 amtierende Koalition unter dem Ministerpräsidenten Otto Braun in Bedrängnis.

Nun setzte in den Salons bestimmter Gesellschaftskreise, in «nationalen» Klubs und andern auf Rechtskurs bedachten Gruppen ein Spiel hinter den Kulissen ein. Zwischen Vertretern der Reichswehr und Figuren der nationalistischen Rechten entspann sich eine verschwörerische Intrige. Sie reichte bis in die Vorzimmer des Präsidentenpalais hinein, bis zu Oskar von Hindenburg, der als Oberst die Charge eines persönlichen Adjutanten bei seinem Vater bekleidete und grossen Einfluss auf den nun doch recht senil gewordenen alten Herrn hatte. Dieser Frühling 1932 wurde zum Auftakt einer unerhörten Tragödie. Sie wurde mit Methoden vorbereitet, die bislang in der deutschen Politik

unbekannt gewesen waren. Intrigen gibt es in der Politik naturgemäss immer, unter jedem Regime und bei jeder Staatsform. Ein politisches Komplott dieser Art war jedoch nur durch die Schwäche des Reichstages möglich.

Der Reichskanzler Dr. Brüning betrat eines Tages arglos das Arbeitszimmer Hindenburgs, um ihm wie üblich zu berichten und sich der Zustimmung des Reichspräsidenten in dieser oder jener Frage zu vergewissern. Hindenburg empfing den Kanzler indessen mit einer bisher nicht erlebten Kühle, wie Brüning selbst erzählt hat. Ein solches Verhalten musste ihn umso tiefer treffen, als er jener der nicht gerade wenigen Reichskanzler der Weimarer Zeit war, der wohl das beste Verhältnis zu Hindenburg gefunden hatte. Die Zusammenarbeit zwischen beiden war – von geringfügigen Differenzen abgesehen – immer ausgezeichnet gewesen; Präsident und Kanzler «lagen einander». Der eine war der berühmte Generalfeldmarschall des grossen Krieges, den alle Welt kannte, der andere der bis vor Kurzem noch so gut wie unbekannt gewesene Reserveoffizier, der im Weltkrieg starke Neigungen zum Soldatentum in sich entdeckt hatte. Seine spätere Arbeit in den Gewerkschaften hatte sein Gefühl für Disziplin weiter vertieft. Zwischen Hindenburg und Brüning bestand demnach eine gewisse innere Verwandtschaft, die der Entwicklung des Reiches gerade in diesen schwierigen und gefährvollen Jahren zugutekam.

An diesem Vormittag musste Dr. Brüning jedoch erkennen, dass die Vertrauensbasis erschüttert war. Es stand das Problem der Osthilfe für die Landwirtschaft zur Debatte. Durch staatliche Zuschüsse sollte die in eine ernste Krise geratene Agrarwirtschaft der ostelbischen Gebiete subventioniert werden, was indessen nur bis zu einer bestimmten Höhe möglich war, weil Staat und Wirtschaft ebenfalls in einer Krise staken: Eine solch einseitige Bevorzugung der ostelbischen Grundbesitzer, wie sie die Freunde Hindenburgs forderten, war gänzlich ausgeschlossen. Brüning fragte schliesslich unverblümt:

«Herr Reichspräsident, habe ich noch Ihr Vertrauen?»

Der Kanzler erhielt keine Antwort. Dies war das Ende der Regierung Brüning. Papen und seine Komplizen, die geglaubt hatten, dem Vaterland einen Dienst zu erweisen, hatten in Wahrheit alles getan, um den staatszerstörenden Kräften wenige Monate später zum Siege zu verhelfen.

Parlament mit Würde – trotzdem

MAN KANN nicht sagen, dass das deutsche Volk vom demokratischen Geist durchdrungen gewesen wäre. Die Volksvertreter, die so erstaunlich viele Wählerstimmen erhalten und damit das Recht hatten, auf den Bänken des Reichstages zu sitzen, dachten zu wenig an ihre Verantwortung.

Aus dem Reichstag wurde erst später ein Versammlungsraum für Saalschlachten, die nicht nur rhetorisch, sondern auch handgreiflich ausgetragen wurden. Dem deutschen Volk fehlte es an genügend Abgeordneten, die als wirkliche Demokraten angesehen werden konnten. Der Reichstag hatte eigentlich seit den Juliwahlen von 1930 aufgehört, das Forum einer parlamentarischen Demokratie zu sein. Bis 1930 hatten sich lediglich die Kommunisten programmatisch gegen die parlamentarische Regierungsform ausgesprochen. Die hundertsieben Nationalsozialisten jedoch, die am 14. September hinzugekommen waren, übertrafen in ihrem Hass und in ihrem Fanatismus die Kommunisten.

Damals erlitt die Arbeit des Parlamentes den ersten Bruch, was umso schwerwiegender war, als die demokratische Substanz innerhalb und ausserhalb des Reichstags auch schon vor diesem Unheilstag sehr schmal gewesen war. Im Lauf der Zeit sank dann das Parlament immer tiefer und tiefer und verlor schliesslich ganz seine Würde, als die Radikalen von links und rechts zusammen mehr Sitze hatten als die Verfassungsparteien.

Die letzten Reichstagsperioden endeten unter chaotischen Verhältnissen. Von 1930 bis 1932, also während der Regierung Brünnings, die sich im Wesentlichen auf Gruppen der Mitte stützte, ohne über eine ausreichend breite Basis zu verfügen, gab es nur noch beschränkte parlamentarische Arbeitsmöglichkeiten.

Nicht selten kam es zu lärmenden Szenen, die der Würde eines Parlaments wenig entsprachen. Andererseits aber musste man auch nicht gerade selten öde Stunden hinbringen – vor allem dann, wenn Abgeordnete ums Wort baten, die nicht unbedingt bei Demosthenes in die Lehre gegangen waren.

Die langweiligsten Redner im Plenum des Reichstages waren zu meiner Zeit meist die Kommunisten. Die einzige, die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zog, war Clara Zetkin, wenn sie zu Beginn einer Legislaturperiode als Alterspräsidentin fungierte. Bei diesem Men-

schen spürte man das echte revolutionäre Feuer. Man fühlte sich angesprochen durch die geistige Spannkraft einer Persönlichkeit. Da sie zudem eine betagte Frau war, liess sich das Plenum, das ja überwiegend aus Nichtkommunisten bestand, dieses rednerische Feuerwerk gefallen.

Doch unter den andern Sprechern der Kommunisten gab es nur wenige gute Redner, zu denen ich den unglückseligen Fraktionsgeschäftsführer Torgler zählen möchte. Gelegentlich zeichneten sich auch Männer von Geist wie Münzenberg oder Professor Rosenberg aus und – in den ersten Jahren – Paul Levy, der später die Kommunistische Partei verliess und zur Sozialdemokratie übertrat. Wilhelm Pieck hingegen polemisierte so unbekümmert darauf los, dass man eine Weile seinen Spass daran haben konnte. Walter Ulbricht jedoch trug zumeist mit ermüdender Monotonie die Thesen vor, die er im Auftrag seiner Fraktion oder des Politbüros zu sagen hatte. Er stand, als die Machtkämpfe innerhalb der KPD begannen, von Anfang an konsequent auf Seiten Moskaus. Nur deshalb hat er seine Karriere gemacht. Ulbricht war und ist kein mitreissender Rhetoriker. Seine Ansprachen wären sicher wirkungsvoller gewesen, wenn er sich kürzer gefasst hätte.

Die stürmische Reichstagssitzung vom 23. Februar 1932 wurde damals in der Öffentlichkeit stark beachtet, denn es war dabei zu wahren Radauszenen gekommen. Goebbels hielt unter dem tosenden Beifall seiner Parteifreunde eine «grundsätzliche Abrechnung» mit dem Kabinett Brüning. Ausserdem wandte er sich in schärfster Form gegen eine abermalige Nominierung Hindenburgs zum Reichspräsidenten. Der elegante und zynische Provokateur, der genau wusste, wo er seinen Gegner empfindlich treffen würde, hatte die Sozialdemokratie die «Partei der Deserteure» genannt. Ein beispielloser Sturm brach los. Selbst Deutschnationale waren schockiert. Diese summarische Verunglimpfung von Millionen Wählern, die im Weltkrieg mehr als nur ihre Pflicht getan hatten – was den Herren der Rechten sehr wohl bekannt war –, musste bis aufs Blut reizen.

Dr. Kurt Schumacher rief den Nationalsozialisten zwei denkwürdige Sätze zu. Einmal: «Die ganze nationalsozialistische Agitation ist ein dauernder Appell an den inneren Schweinehund im Menschen.» Und: «Wenn wir irgendetwas beim Nationalsozialismus anerkennen, dann ist es die Tatsache, dass ihm zum erstenmal in der deutschen Politik die restlose Mobilisierung der menschlichen Dummheit gelungen ist.»

Aber nicht nur die sozialdemokratischen Abgeordneten waren empört. Während Goebbels noch sprach, traten Treviranus von der Deutschen Volkspartei sowie Abgeordnete des Zentrums und anderer Fraktionen zu mir und forderten mich auf, für alle Kriegsteilnehmer der Mitte zu sprechen, um den Eindruck zu verstärken, dass ich keine parteiliche Äusserung tat, sondern für alle politischen Gruppen zwischen den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten das Wort ergriff.

Die Erregung war ungeheuer. Wir mussten uns alle Mühe geben, nicht gewalttätig vorzugehen. (Der sozialdemokratische Parteivorstand hat eine Langspielplatte über «Hundert Jahre deutsche Sozialdemokratie» herausgebracht, auf der diese Szene vollständig wiedergegeben ist.) Ich hatte kaum einen halben Satz gesprochen, dann musste ich drei Minuten warten, bis Reichstagspräsident Lobe die Ordnung wiederhergestellt hatte. Ununterbrochen tobten die Nationalsozialisten, weil sie wussten, dass ich als ehemaliger Kriegsfreiwilliger die sogenannten nationalen Wähler ansprechen würde. (Die Debatte wurde vom Rundfunk übertragen.) Im Reichstagsprotokoll dieser Sitzung liest sich der Ablauf folgendermassen:

Präsident Lobe: «Das Wort für die Kriegsteilnehmer aller übrigen Parteien hat der Herr Abgeordnete Lemmer.» (Grosse Unruhe und Rufe bei den Nationalsozialisten: Schiebung!)

Lemmer (DSP), Abgeordneter: «Ich habe für zahlreiche Kriegsteilnehmer → (fortgesetzte lebhaft Rufe von den Nationalsozialisten: Schiebung!)

Präsident Lobe: «Meine Herren, Herr Abgeordneter Lemmer wird die Parteien nennen, in deren Namen er spricht.»

Lemmer: «Ich habe für zahlreiche Kriegsteilnehmer dieses Hauses aus folgenden Fraktionen: → (Lärm bei den Nationalsozialisten.)

Präsident Lobe: «Meine Herren, ich bitte, mich nicht zu weiteren Massnahmen zu zwingen.»

Lemmer: «- aus den Fraktionen des Evangelischen Volksdienstes, der Deutschen Volkspartei, der Bayrischen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Volkskonservativen, des Zentrums und der Staatspartei folgende Erklärung abzugeben-----«(Anhaltender Lärm bei den Nationalsozialisten.)

Präsident Lobe: «Meine Herren, ich muss weitere Ausweisungen vornehmen, wenn Sie den Redner am Sprechen hindern.»

Lemmer: «Der Abgeordnete Dr. Goebbels hat die Sozialdemokraten

die Partei der Deserteure genannt. Diese Beleidigung, die auch zahlreiche Mitglieder dieses Hauses beschimpft, die den Weltkrieg mitgemacht und zum Teil ihre Gesundheit geopfert haben, hat bei Kriegsteilnehmern dieses Hauses die grösste Entrüstung ausgelöst. «(Lebhafte Zustimmung in der Mitte.) «Wir weisen die infame Beleidigung des Abgeordneten Dr. Goebbels auf das Schärfste zurück.» (Beifall in der Mitte und bei den Sozialdemokraten. Lärm bei den Nationalsozialisten. Glocke.)

Präsident Lobe: «Herr Abgeordneter Lemmer, der Ausdruck ‚infame Beleidigung‘ ist unparlamentarisch; ich rüge ihn hiermit.»

Lemmer: «Wir tun das umso nachdrücklicher, als der Abgeordnete Dr. Goebbels und ein grosser Teil seiner Fraktionskollegen den Weltkrieg nicht mitgemacht haben.» (Lebhafte Zustimmung in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.) «Die Kriegsteilnehmer dieses Hauses, die miterlebt haben, wie Tausende von Sozialdemokraten im Felde starben, sind im Andenken an ihre gefallenen Kameraden empört über diese Beleidigung des Abgeordneten Dr. Goebbels.» (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten und in der Mitte.) «Sie sind empört über jene Beleidigung, die skrupellos das heroische Kriegsoffer der Nation schändet, das von den Deutschen aller Parteien auf dem Altar des Vaterlandes gebracht worden ist.» (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten und in der Mitte.)

Der rechte Flügel der Deutschnationalen benahm sich sehr schäbig. Der Abgeordnete Stubbendorff fühlte sich zu dieser Erklärung bemüssigt:

«In dem Lärm war nicht klar zu verstehen, wen eigentlich Herr Lemmer vertreten hat. Ich nehme deshalb Veranlassung, zu erklären, dass diese Vorlesung des Herrn Lemmer für die deutschnationale Reichstagsfraktion und ihre Kriegsteilnehmer nicht gilt.»

Der Abgeordnete Schmidt-Hannover (hoffentlich liest er meine Beurteilung seiner Person, denn er möchte noch heute gern den Harmlosen spielen) war einer der grössten Scharfmacher und versuchte in Seelenverwandtschaft mit den Nationalsozialisten dem Rechtsradikalismus Auftrieb zu geben. Er wünschte ebenfalls, dass im Stenogramm der Sitzung ausdrücklich festgehalten werde, ich hätte nicht im Namen der deutschnationalen Kriegsteilnehmer gesprochen, worauf Paul Lobe feststellte, dies sei ja gar nicht behauptet worden; ich hätte doch die Fraktionen genannt, in deren Auftrag ich sprach.

Diese Vorgänge, die sich in den letzten Wochen der Ära Brüning abspielten, zeigten deutlich, wie sehr der Parlamentarismus des Staates bereits ausgehöhlt war. Die Republik bestand nur noch dem Namen nach. Es sollte nicht mehr lange dauern, bis auch die Fassade fiel.

Das Kabinett der Barone

AM 30. MAI 1932 wurde Brüning entlassen – von eben jenem Hindenburg, der kurz zuvor von den Anhängern der Politik Brünings ein zweites Mal zum Reichspräsidenten gewählt worden war. Der alte Soldat stand nun ganz unter dem Einfluss ehrgeiziger, nichtverfassungsmässiger Berater, die meist im Schatten blieben. Zwei Tage darauf wurde der neue Reichskanzler vereidigt. Sein Name war Franz von Papen. Er war lange Zentrumsabgeordneter im Preussischen Landtag gewesen, wo er durch seine nationalistischen Eskapaden mitunter von sich reden gemacht hatte. In der grossen Politik hatte er indessen bislang keine Rolle gespielt.

Umso eifriger agierte der einstige Kavallerieoffizier und Herrenreiter im feudal-reaktionären «Herrenclub». Der wendige und – dank Heirat – sehr wohlhabende Mann war auch ein Freund des Generals Kurt von Schleicher, der seit geraumer Zeit sein undurchsichtiges Spiel in Salons und Vorzimmern betrieb. Schleicher war es denn auch, der das Kabinett Papen zusammenstellte: Reserveoffiziere, Barone, Fachminister. Er selbst übernahm das Wehrministerium. Hindenburg hatte dem mit Undank behandelten Brüning erklärt, die Zeit der Notverordnungen müsse nun ein Ende haben, deshalb sei jetzt ein Rechtskabinett angezeigt – ein reines Rechtskabinett. Der Ruck ins nationale Lager setzte auch prompt ein, die Zeit der Notverordnungen fing nun aber erst richtig an. Im Übrigen unterhielt Herr von Papen recht gute Beziehungen zu dem Mann aus Braunau, mit dem er es unter gar keinen Umständen verderben wollte.

Papen fand allerdings keine Mehrheit im Reichstag. Für ihn stimmten nur die inzwischen selber durch die Erfolge der Nationalsozialisten schwer angeschlagenen und geschwächten Deutschnationalen, so dass der Kanzler bei der Vertrauensfrage, mit der ein neues Kabinett nach den Parlamentswahlen eingeführt werden musste, lediglich eine unbedeutende Stimmenzahl erhielt, während alle übrigen Fraktionen

links und rechts der Mitte gegen den Vertrauensantrag der Deutschnationalen für die Regierung Papen votierten. Nun machte Papen von seinem Recht Gebrauch, die Volks Vertretung aufzulösen und Neuwahlen auszusprechen.

Der neue Reichstag, der am 31. Juli gewählt wurde, zeigte sich der Regierung Papens noch abgeneigter, da die Deutschnationalen weiter stark verloren. Aber auch von den Parteien der Mitte waren bloss Splitter übriggeblieben. Meine Gruppe bestand nur noch aus vier Abgeordneten. Die Volkspartei war in ähnlicher Verfassung; leidlich gehalten hatten sich bloss das Zentrum, die Bayrische Volkspartei und die Sozialdemokratie. Weiter angeschwollen aber war die Schar der nationalsozialistischen Abgeordneten: Sie nahmen zweihundertdreissig der insgesamt sechshundertacht Reichstagssitze ein (das waren 37,8 Prozent). Auch die Kommunisten hatten Zugänge zu verzeichnen. Am 15. August lehnte Hitler den ihm angebotenen Posten eines Vizekanzlers ab.

Dieser Reichstag konnte nicht arbeitsfähig sein. Papen selbst wusste, dass seine Tage als Reichskanzler gezählt waren. Da er indessen stets Optimist blieb, wandte er sich zunächst einer längst überfälligen Aufgabe zu, nämlich der Reichsreform, zu der die Pläne seit Jahren unerledigt in Schubfächern lagen. Dadurch rief er allerdings sogleich die süddeutschen Regierungen auf den Plan. Das Kernproblem der Reformen betraf Preussen, dieses Zwei-Drittel-Land des Reiches, das noch immer eine sozialdemokratisch-republikanische Bastion war. Der neue Reichskanzler beschaffte sich bei Hindenburg eine Blankovollmacht zur «Übernahme» Preussens durch die Reichsregierung: Die preussische Staatsregierung, so stellte er es dar, dulde «tatenlos eine kommunistische Gefahr».

Von Papen stützte seine verfassungswidrige Aktion, für die es laut Urteil des Staatsgerichtshofs in Leipzig keine verfassungsmässige Grundlage gab, auf seine Stellung als «Reichskommissar in Preussen». Das aber war ein verfassungsrechtlich völlig unbekannter Begriff. Reichskanzler von Papen ernannte sich selbst zum Reichskommissar.

Der Berliner Wehrkreiskommandeur und seine Berater kannten sich in diesen staatsrechtlichen Finessen nicht aus und liessen sich missbrauchen. Der Staatsstreich ging wie eine Posse über die Bühne, bei der den Zuschauern das Lachen verging. Der preussische Ministerpräsident Braun war bereits am 19. Mai zurückgetreten und in Urlaub gegangen; er

dachte nicht daran, seine Arbeit wieder aufzunehmen. «So wie ein Dienstbote, der gestohlen hat, weggejagt zu werden, das ist ziemlich bitter», schrieb er später. Innenminister Severing wollte nur der Gewalt weichen. Diese Gewalt erschien dann auch prompt in Gestalt einer Reichswehrstreife. Die Minister der Regierung Braun wurden kurzerhand von Papen abgesetzt. Im Anschluss daran brauchte lediglich noch die preussische Verwaltung von sozialdemokratischen Elementen «gesäubert», zu werden, was nach der zwangsweisen Beurlaubung von 105 hohen Beamten getan war. Der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten stand nun kein ernstliches Hindernis mehr im Wege.

Wir im republikanischen Lager machten uns über den Reichskanzler von Papen keine Illusionen. Trotzdem hätten wir es nicht für möglich gehalten, dass dieser noch einigermaßen legal berufene Kanzler versuchen würde, die ihm unliebsame republikanische Regierung Braun-Severing in Preussen durch einen militärischen Gewaltakt absetzen zu lassen. Dies war eine der wesentlichsten Vorentscheidungen für den Marsch Hitlers vom Kaiserhof zur Reichskanzlei.

Es bedurfte nicht einer früheren von dem Erzjunker von Oldenburg-Januschau im kaiserlichen Reichstag ausgesprochenen Drohung, diese Versammlung müsse von einem Leutnant und zehn Mann auseinandergesagt werden. Kein Mensch hatte diese Worte damals ernst genommen, auch nicht der alte Reaktionär selber. Am 20. Juli 1932 sollte diese leichtfertige Warnung indessen Wirklichkeit werden, und es wurden nicht einmal ein Leutnant und zehn Mann dazu benötigt.

Die Führung des Reichsbanners zeigte sich entschlossen, gemeinsam mit der preussischen Polizei militärisch gegen diese gewaltsame Massnahme vorzugehen. (Diese ausgezeichnete Polizei war damals noch intakt.)

Ein derartiger Schritt wäre durchaus möglich gewesen, vor allem schon deshalb, weil die Gewerkschaftsführer ihre Bereitschaft zugesagt hatten, dem Befehlshaber im Wehrkreis in (Brandenburg), dem General von Rundstedt, Widerstand zu leisten.

Carl Severing, den wir verehrten, warnte jedoch mit aller Entschiedenheit vor Gewaltakten; er befürchtete den Ausbruch eines Bürgerkrieges, eines Blutbades, für das er als Innenminister keine Verantwortung übernehmen könne. Die Folge war, dass er aus seinem Amt ebenso rechtswidrig verdrängt wurde wie der preussische Ministerpräsident Otto Braun und der Berliner Polizeipräsident Albert Grzesinsky.

Diese letzte Gelegenheit zur Tat blieb also ungenützt. Für uns war dies eine bittere Enttäuschung, denn wir waren seit Jahren darauf vorbereitet, die Republik notfalls auch mit der Waffe zu verteidigen. Angesichts des Verhaltens der preussischen Regierung verloren auch wir den Mut, und die Entwicklung nahm ihren unglückseligen Verlauf.

Herr von Papen hatte inzwischen in Lausanne einen Erfolg buchen können, der ganz und gar nicht sein Verdienst war, sondern das des gestürzten Dr. Brüning: Nach einer Schlusszahlung von drei Milliarden Mark galten die Reparationsleistungen nun als beendet.

Am 30. August fand die konstituierende Sitzung des Reichstages statt; sie sollte aber auch die einzige bleiben. Bei der Präsidentenwahl bestieg erstmals Göring als Nachfolger von Paul Lobe den Präsidentenstuhl, nachdem seine Fraktion die weitaus stärkste geworden war. Eine ordnungsgemässe Abwicklung der Präsidiumsbildung war nach der erwarteten Agitationsrede der Alterspräsidentin, der Kommunistin Clara Zetkin, gerade noch möglich gewesen. Als die Nationalsozialisten einen Misstrauensantrag einbrachten, dem weitere von der Linken folgten, wurde deutlich, dass sich die Abgeordneten aller Fraktionen darauf geeinigt hatten, diese Minderheitsregierung zu stürzen.

Das aber hatte auch Papen vorausgesehen und den Reichspräsidenten vorsichtshalber dazu überreden können, ihm die Auflösungsorder gleich mitzugeben und damit die Abstimmung zu vermeiden. Er erschien drohend vor dem Plenum mit der allen Abgeordneten bekannten roten Mappe, die nach altem Brauch die Auflösungsorder eines Parlaments enthielt. Papen dachte wohl im Stillen, mit dieser Demonstration der Entschlossenheit doch noch das Haus einschüchtern zu können, denn nach den Wahlkämpfen, die einander gewissermassen wie auf dem Fliessband gefolgt waren, hatte sich ein allgemeines Ruhebedürfnis eingestellt. Das Parlament indessen fühlte sich durch Papen eher herausgefordert, und so hob nun ein unwürdiges Spiel mit der Geschäftsordnung an. Der auf dem Präsidentenstuhl thronende Göring versuchte immer wieder, den Kanzler daran zu hindern, seine Auflösungsorder bekanntzugeben, als feststand, dass er bei Weitem keine tragfähige Mehrheit erhalten konnte. Immer wieder aber schickte sich auch der Kanzler an, sich von seinem Regierungsplatz zu erheben, um ans Rednerpult zu treten. Göring fuhr ihm jedesmal mit den barschen Worten «Sie haben nicht das Wort!» dazwischen. Er hat es Papen denn

auch in der Tat nicht erteilt, so dass sich schliesslich ein Vorfall ereignete, den es wohl in der Geschichte keines Parlaments, das diesen Namen verdient, je gegeben hat: Ein Beamter, der hinter dem Stuhl des Kanzlers stand, legte dem Reichstagspräsidenten die Auflösungsorder auf den Tisch und brachte sie auf diese Weise an den Mann.

Göring missachtete jedoch auch diesen Trick, er nahm einfach keine Kenntnis vom Vorhandensein der roten Mappe und schloss kurzerhand die Sitzung. Die inhaltsschwere Mappe wurde am Ende von Beamten der Reichskanzlei wieder mitgenommen. Die Auflösungsorder erschien in den Reichsgesetzblättern und wurde damit öffentlich verkündet. So hat dieser am 31. Juli 1932 gewählte Reichstag, der noch einmal zu einem gewaltigen Anwachsen der Rechtsradikalen geführt hatte, tatsächlich nur einen einzigen Sitzungstag erlebt. Nun musste nach der Verfassung ein neuer Reichstag gewählt werden.

Leider enthielt die Reichsverfassung keine Bestimmung darüber, wie oft ein derartiges Spiel wiederholt werden durfte. Ein der Regierung nicht genehmes Parlament sich nur konstituieren zu lassen und es sogleich wieder nach Hause zu schicken, liess eine Lücke in der Verfassung offenbar werden. Theoretisch wäre es jedenfalls möglich gewesen, dass sich dieser Vorgang jahrelang wiederholt hätte. Wir wären gewählt worden, zusammengetreten und am selben Tage wieder heimgegangen. Freilich war man in der Umgebung des Reichspräsidenten nicht bereit, es so weit kommen zu lassen. Hindenburgs geistige Kräfte allerdings nahmen zusehends ab. Er verstand nach und nach überhaupt nicht mehr, was man ihm sagte, was sich abspielte und zu welchen Zwecken sein Name missbraucht wurde.

Der Reichstag wurde also erneut aufgelöst; bei den Neuwahlen am 6. November verlor die NSDAP sechsunddreissig Sitze. Die Partei befand sich in einer Krise; Gregor Strasser schied aus.

Am 17. November 1932 schlug dann auch die Stunde Papens: Alles Lavieren half ihm nichts mehr, er trat zurück. Der kluge, leider gar zu viel, oft dilettantisch politisierende General Kurt von Schleicher hatte mittlerweile seine Freundschaft mit ihm zu den Akten gelegt und es über den Sohn Hindenburgs und einige andere Hintergrundgestalten beim Reichspräsidenten durchzusetzen verstanden, nun selbst (am 3. Dezember) mit der Regierungsbildung beauftragt zu werden. Papen wurde – gewiss zu seiner eigenen peinlichen Überraschung – fallengelassen, und jetzt ging Schleicher daran, ein neues Kabinett zu-

sammenzustellen. Dieses Kabinett, das dem vorausgegangenen ähnelte, konnte nicht unbedingt als Herausforderung angesehen werden.

Der General von Schleicher, eine umstrittene Erscheinung jener trüben Jahre, verfolgte gewisse soziale Pläne, die ihm umgehend die Feindschaft der Grossindustrie (Hugenberg) und der Grossgrundbesitzer eintrugen. Es ging ihm in erster Linie darum, eine Zeitlang politisch zu «überwintern». Er glaubte, es schaffen zu können, wenn es ihm nur gelang, ein paar Monate lang an der Regierung zu bleiben. Er scheiterte indessen am Ende doch, und zwar nach einem bemerkenswerten Zwischenspiel.

In aller Form hatte er um die Jahreswende 1932/33 den Versuch unternommen, mit den Arbeiterführern der Mitte und der Linken Kontakt zu finden und auch mit einem – freilich ohnmächtigen, doch sozialpolitisch aufgeschlossenen – Grüppchen der Nationalsozialisten um Gregor Strasser. Schleichers Idee war es, sozusagen von Strasser über Stegerwald, Otte, Kaiser, vielleicht auch mich, vor allem aber die führenden Männer der Freien Gewerkschaften wie Leipart, Grassmann und Leuschner zu einer Notregierungsbildung zu kommen, um die Übernahme der Macht durch Hitler zu verhindern. Der Führer der NSDAP hatte es abgelehnt, unter Schleicher Vizekanzler zu werden. Strasser war, wie sich später herausstellte, tatsächlich bereit zum Mitmachen – allerdings nur mit einem halben Dutzend seiner Anhänger. Es wäre nicht ausgeschlossen gewesen, dass ein Parlament auf einer solch breiten Frontbildung mit Ach und Krach die wichtigsten Gesetzgebungsarbeiten für einige Monate hätte leisten können. Die ersten Anzeichen für das Nachlassen der Weltwirtschaftskrise und der Krise auf dem deutschen Arbeitsmarkt waren gerade erkennbar geworden, so dass dieser Plan nicht ganz abwegig erschien. Aber dies war doch mehr eine gedankliche Spekulation als eine tragfähige politische Basis. Allein die Beteiligung Strassers war für die Gewerkschaften unannehmbar. Gregor Strasser hat sein damaliges Verhalten am 30. Juni 1934 mit dem Leben bezahlen müssen.

Doch Strasser war nicht die einzige Ursache für das Scheitern des Schleicher-Plans. Noch eine Reihe anderer Faktoren kam hinzu. Bei den Gewerkschaften herrschte nach allem, was sich auf der politischen Bühne in den vergangenen Monaten zugetragen hatte, weithin Misstrauen. Auch Schleicher hatte mitnichten das Vertrauen all jener gewonnen, mit denen er hoffte, zusammenarbeiten zu können. In der

Arbeiterbewegung bestanden Ressentiments ganz natürlicher Art gegen Männer aus dem erzkonservativen Bereich; zudem befürchtete man, sich vor den eigenen Anhängern zu kompromittieren. Diese Leute konnten ihrerseits nicht begreifen, dass es nur noch darum ging, kurzfristig eine Lebensgefahr für die Republik abzuwehren.

Reichswehr und Gewerkschaften

DIE KONZEPTION der Gewerkschaften wie auch die Schleichers zielte auf eine engere Zusammenarbeit. Vor allem die Frontsoldatengeneration erstrebte 1932 das Zustandekommen eines solchen Bündnisses – leider erst zu einem Zeitpunkt, als schon die Braunen vor der Tür standen. Die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Reichswehr hätten von Anfang an besser sein müssen; das wäre für beide Seiten nicht nur entlastend, sondern auch für die Wahrung der Freiheit des Staates von Vorteil gewesen. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, dessen Zweiter Vorsitzender ich war, bekannte sich zum Ethos des Soldatentums und zu der Pflicht, das bedrängte Vaterland im Innern wie nach aussen zu verteidigen, wenn es ohne eigene Provokation und Schuld seiner Regierung angegriffen wurde. Es führte, obwohl dies gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages versties, Reservistenübungen durch. Dadurch stand es in unmittelbarem Kontakt mit der Reichswehr.

Das Reichsbanner bezeichnete sich als Bund ehemaliger Frontsoldaten und bestand vorwiegend aus Studenten, Arbeitern und linksgerichteten republiktreuen Gruppen. Sein Ethos blieb lebendig. Es existiert ein Brief des damaligen Reichswehrministers, des Generals Groener, vom Jahre 1931 an mich, in dem er sich mit vorbehaltloser Anerkennung für diese vaterländische und reichswehrfreundliche Einstellung meiner Reichsbanner-Kameraden bedankte. Auch auf der Linken gab es also Persönlichkeiten, die eine positive Einstellung zur Reichswehr hatten. Bestimmt gehörte der Reichspräsident Ebert zu ihnen, doch hat er ja bis zu seinem allzu frühen Tod in dieser Richtung nicht mehr viel ausrichten können.

Die Hauptaufgabe des Reichsbanners war durch die bürgerkriegsähnlichen parteipolitischen Auseinandersetzungen gegeben. Die verfassungstreuen Parteien brauchten Schutz vor Störung und Sprengung

ihrer Versammlungen durch radikale Gegner von rechts und links. Reichsbanner-Mitglieder stellten den Saalschutz. In Wahlkreisen, die Hochburgen der Nationalsozialisten waren, wie einige ostdeutsche Provinzen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Franken, waren an vielen Orten ohne das Reichsbanner keine Versammlungen mehr möglich gewesen. So gross war der Terror geworden.

Bei den Gewerkschaften herrschte dem Reichsbanner gegenüber eine zurückhaltende Stimmung. Der eine Verband war positiver, der andere etwas negativer eingestellt.

Als Schleicher 1932 mit dem Gedanken spielte, die Staatskrise dadurch zu lösen, dass man eine Regierungsbildung auf der Basis Reichsbanner-Gewerkschaften-Reichswehr zu erreichen suchte, war es bereits zu spät. Möglicherweise hätte man dabei auch den «Stahlhelm» mit einbeziehen können und die Frontsoldaten dadurch vor einem Abrutschen in das Lager der SA bewahrt. Bemühungen dieser Art hätten viel früher und ernsthafter einsetzen müssen.

Wenige Tage vor dem unglückseligen 30. Januar 1933 kam ich aus Genf zurück, wo ich an einer Weltkonferenz zur Regelung der Arbeitszeit mitgewirkt hatte. Sogleich nach meiner Ankunft wurde ich durch die Nachricht alarmiert, die Berufung Hitlers zum Reichskanzler stehe unmittelbar bevor. Am Nachmittag dieses Tages fand eine Besprechung zwischen Theodor Leipart von den Freien Gewerkschaften, Bernhard Otte von den Christlichen Gewerkschaften und mir von den Hirsch-Dunckerschen im Gebäude des ADGB in der Wallstrasse statt (wo übrigens heute der FDGB seinen Sitz hat). Wir behandelten ein Thema, das schon früher, etwa Anfang Januar, gestreift worden war: dass sich Schleicher nämlich bemühe, mit den Gewerkschaften, der Reichswehr und andern noch staatsbewussten und staaterhaltenden Kräften ein Bündnis zu schliessen, damit die Arbeitsaufnahme des im November 1932 gewählten Reichstages verschoben wurde. Bei den Wahlen im November hatten die Nationalsozialisten im Vergleich zu den Juliwahlen 1932 beträchtliche Stimmenverluste erlitten. Die Arbeitslosigkeit schien langsam zurückzugehen.

In diesem Gespräch, das zu den bewegendsten meines Lebens gehört, sagte Leipart:

«Kollege Otte, Kollege Lemmer, wir müssen über unseren Schatten springen können.»

Otte und ich antworteten fast mit denselben Worten:

«Dazu sind wir ja bereit. Hoffentlich kriegen auch Sie Ihre Leute hinter sich.»

Da es unter den Mitgliedern der Freien Gewerkschaften radikalere Elemente gab, waren wir zu dieser Frage berechtigt. Die Antwort Leiparts war bezeichnend:

«Bei meinen Leuten haben auch die Dümmeren auf dem radikalen Flügel jetzt begriffen, dass es um Leben oder Tod geht. Ich glaube, ich werde mich durchsetzen können. Wenn Schleicher keine Dummheiten macht, wenn das Militär im Hintergrund bleibt und wenn die richtigen Männer gefunden werden, dann werden wir uns an dem Unternehmen beteiligen. Natürlich muss auch die Zustimmung der Sozialdemokratischen Partei erreicht werden. Aber vor allem brauchen wir Zeit.»

Darauf entgegnete ich:

«Wenn ich auf Grund der Eindrücke urteilen will, die ich heute hier in Berlin gewonnen habe, dann haben wir nur noch Stunden oder Tage zur Verfügung. Wenn uns jetzt noch eine Aktion gelingen soll, müssen wir uns binnen achtundvierzig Stunden einig werden.»

Leiparts Antwort war: «So schnell schaffe ich das nicht. Dafür sind die psychologischen Widerstände zu gross. Ich bin mir auch noch gar nicht sicher, ob Strasser überhaupt für uns tragbar sein könnte. Ich habe übrigens eine fast unüberwindliche Abneigung dagegen, mit einem solchen Mann an einem Tisch zu sitzen. Aber wir müssen Schleicher bewegen, uns etwas länger Zeit zu geben.»

Schleicher wurde entweder durch Otte oder durch Leipart über den Verlauf dieses Gesprächs unterrichtet. Er war entschlossen, auf jeden Fall Zeit zu gewinnen. Er war gleichfalls gesonnen, den alten Herrn im Reichspräsidentenpalais zu bitten, er möge ihm noch eine Chance bis Ende Februar einräumen. Die Beteiligung Strassers war für Schleicher wesentlich; in dieser Frage wollte er anscheinend keine Konzessionen machen. Er hatte wohl schon zu viele Zusagen gegeben, über Gregor Strasser die NSDAP zu spalten. Ich sah zwar auch die Möglichkeit eines derartigen Versuchs, glaubte aber nicht, dass nach dem Stand der Dinge (Anfang Januar hatten die Nationalsozialisten einen neuen Sieg bei den Landtagswahlen in Lippe errungen) Hindenburg das Stehvermögen haben werde, den ihn umdrängenden Intrigantenklüngel davonzuja-gen.

Die Regierungsbasis Schleichers war von der ersten Stunde an zu

schwach gewesen; hinter ihm stand lediglich ein Flügel der Deutschnationalen, und auch der nur widerwillig. Die Deutschnationalen waren nun ganz nach rechts radikalisiert. Diese Bemühungen Schleichers waren der letzte Versuch zur Rettung der Republik. In letzter Stunde wurde Theodor Leipart noch einmal von ihm empfangen. Schleicher hatte auch mit Seldte, dem Führer des «Stahlhelms», Verbindung aufgenommen, der jedoch zurückhaltend reagierte. Es war zu spüren, dass er bereits zum Gefangenen der Nationalsozialisten geworden war.

Der 30. Januar 1933

INZWISCHEN wurden neue Intrigen in Hindenburgs Umgebung gesponnen, an denen wiederum der nun arg enttäuschte Papen beteiligt war. Er hatte übrigens am 4. Januar Hitler bei dem Bankier von Schröder in Köln eingeführt, was seine Folgen haben sollte. Selber noch einmal eine Reichskanzlerschaft anzutreten, das schien wohl auch von Papen gar zu vermessen, aber er wollte sich jetzt vermutlich an seinem Exfreund von Schleicher rächen; so wenigstens habe ich sein Verhalten empfunden. Wenige Wochen zuvor hatte Hindenburg allerdings noch kategorisch erklärt: «Der böhmische Gefreite wird niemals Reichskanzler.» (Irgendein Ignorant hatte ihm eingeredet, Hitler stamme aus dem böhmischen und nicht aus dem österreichischen Braunau.) Am Abend des 29. Januar waren die Karten dann richtig gemischt. Eine neue Front hatte sich gebildet. Herr von Papen hatte sich mit den Nationalsozialisten ausgesöhnt, die ihn brauchten, um ihn missbrauchen zu können, damit er Hindenburgs Widerstände überwand. In den Vormittagsstunden des 30. Januar 1933 wurde Hitler, der schon seit Tagen im Hotel Kaiserhof auf diesen Augenblick gewartet hatte, endlich in das Präsidentenpalais geladen. Diesen Vorgang hat Goebbels in seinem Buch «Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei» mit einem dämonischen Triumphgesang zu beschreiben versucht. Gegen Mittag wurde die amtliche Nachricht bekannt, Hitler sei vom Reichspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragt worden.

Sie konnte noch am selben Tag vorgenommen werden, denn Hitler hatte so gründliche Vorarbeit geleistet, dass er Hindenburg sogleich seine Kabinettsliste zu unterbreiten vermochte. Vizekanzler war Papen. zwei wichtige Ressorts erhielt Hugenberg, dieser unglückselige Geist

jener Zeit, der die Konservativen, die zu jedem Staatswesen gehören, dadurch lahmlegte, dass er seine Politik immer mehr an den Nationalsozialismus anlehnte und so gemeinsam mit Papen den Einzug Hitlers in die Reichskanzlei ermöglichte. Einige Deutschnationale waren in diesem ersten Kabinett Hitlers zwar noch vertreten, sie spielten aber in ihm, wie sich bald herausstellte, absolut keine Rolle.

Die Nationalsozialisten markierten ihre Bescheidenheit dadurch, dass sie sich mit nur wenigen Ministerportefeuilles zufriedengaben. Der Zahl nach waren sie in der Minderheit und hätten also von der Mehrheit der Kabinettsmitglieder überstimmt werden können. Dazu kam es jedoch nicht. Wenige Wochen später wurde Joseph Goebbels an die Spitze eines neugebildeten Ministeriums gestellt, dem man die Bezeichnung «Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda» gab. Das Wort «Volksaufklärung» war das Feigenblatt für ein Ministerium, das sich ausschliesslich der Propaganda für eine einzige Partei widmete.

Obwohl Hitler im Verein mit den Deutschnationalen über die absolute parlamentarische Mehrheit verfügte, löste er nun doch den Reichstag wieder auf, um durch Neuwahlen eine noch breitere Basis für seine Regierung zu gewinnen. Der Wahlkampf wurde blutig. Schon während der Wahlkämpfe von 1932 waren die grossen Parteien von rechts und links mit grösster Leidenschaftlichkeit aufeinandergestossen. Auch wir in der Mitte – meine kleine Gruppe in Anlehnung an die Sozialdemokratie und das Zentrum, gestützt durch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold – hatten alle Mühe, überhaupt noch Wahlversammlungen veranstalten zu können. Die eigentliche Wahlordnung war in dessen noch unangetastet.

Am Abend des 27. Februar hatte ich auf einer meiner letzten Wahlversammlungen im holsteinischen Bad Oldesloe zu sprechen, wo meine fast zur Bedeutungslosigkeit zusammengeschrumpfte Deutsche Staatspartei immerhin noch eine grössere Zahl von Anhängern hatte, so dass die Veranstaltung gut besucht war. Während meiner Rede wurde mir ein Zettel gereicht. Ich griff nichts ahnend danach und zuckte zusammen: Der Reichstag brannte!

Ich war tief bestürzt. Nachdem ich mich wieder gefasst hatte, richtete ich an meine Zuhörer die Frage, wem dieses ungeheuerliche Verbrechen wohl zugutekommen müsse. Damals war mein erster Gedanke: allein den Nationalsozialisten, die ja in der Tat diesen Anschlag auch

sofort zum Anlass nahmen, ihre diktatorische Position durch eine Reihe von Verordnungen schwerwiegender Art zu festigen. Die der Zahl ihrer Wähler nach bedeutende Kommunistische Partei wurde sogleich verboten, wodurch die etwa hundert Reichstagsmandate der Kommunisten praktisch ausgelöscht wurden. Auf diese Weise sicherte sich Hitler von vornherein eine zwar verfälschte, aber tatsächlich ausschlaggebende Mehrheit. Was dann später geschah, bestärkte damals meine Meinung, dass nur Nationalsozialisten die geheimen Täter gewesen sein konnten. (Die Historiker haben bis heute den Sachverhalt aber nicht verlässlich aufklären können.)

Hitler gewann am 5. März kaum noch Stimmen hinzu. Die Regierungsparteien, also die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen, besaßen zwar eine klare, aber keine verfassungsändernde Mehrheit. Zu einer Verfassungsänderung benötigten sie die Stimmen des Zentrums und der bürgerlichen Mitte. Mit diesen zusätzlichen Stimmen versuchten sie, ein Ermächtigungsgesetz durchzubringen, das ihnen jene weitreichenden Vollmachten verschaffen sollte, die sich Hitler wünschte. Dieses Gesetz, das auf vier Jahre befristet sein sollte, gab der Reichsregierung das Recht, ohne Rücksicht auf Reichstag und Verfassung Gesetze zu erlassen. Dadurch bekam Hitler freie Hand zu willkürlichen und unkontrollierbaren Massnahmen. Nur die Institution des Reichstags als solche sollte unangetastet bleiben. Es stellte sich als arglistige Täuschung heraus.

Das Ermächtigungsgesetz und fünf Demokraten

MEINE VIER KOLLEGEN von der Demokratischen Staatspartei und ich (wir nannten uns die «letzten fünf Mohikaner») neigten zunächst dazu, im Bunde mit den Sozialdemokraten das Ermächtigungsgesetz abzulehnen. Dies geht auch aus den Erinnerungen meines Freundes Theodor Heuss hervor. Von meiner Partei waren ausser Heuss und mir lediglich noch Hermann Robert Dietrich, Reinhold Maier und Heinrich Landahl übriggeblieben.

Trotz der Warnungen von Heuss und Dietrich entschlossen wir uns schliesslich doch, dem Ermächtigungsgesetz in der törichten Hoffnung zuzustimmen, dass die Diktatur Hitlers durch die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage eine legale Begrenzung erfahren würde. Zwei-

fellos wäre die braune Diktatur auch ohne unser Votum zustande gekommen, ja, sie war bereits da und tobte sich aus, und nachdem die Nazis einmal an der Macht waren, konnten sie auf gesetzlichem Wege nicht mehr beseitigt werden; das stand für uns fest. Wir glaubten in dessen umso eher zustimmen zu müssen, als die Zentrumspartei leider unter dem starken Einfluss ihres Vorsitzenden, des Prälaten Kaas, für dieses Gesetz eintrat. Kaas hatte sich zum Ärger vieler seiner Fraktionskollegen von den Nationalsozialisten übertölpeln lassen. Ihm war in Aussicht gestellt worden, man würde im Falle der Zustimmung im Rahmen der Legalität bleiben; ohne die Annahme des Ermächtigungsgesetzes würden die Nationalsozialisten ihre Ziele allerdings auch erreichen, dann freilich mit revolutionären Mitteln.

Der am 5. März 1933 gewählte Reichstag trat schon am 21. März nachmittags in der Kroll-Oper, gegenüber der Ruine des Reichstagsgebäudes, zusammen. Am Vormittag hatte sich in der Potsdamer Garnisonkirche eine peinliche Szene abgespielt. Der alte Hindenburg und der evangelische Bischof D. Otto Dibelius wurden von Adolf Hitler in demutsvoller Attitüde zu ihren Plätzen geleitet. In den Strassen Potsdams jubelten Zehntausende, während in der altehrwürdigen Kirche ein «Staatsakt» stattfand. Die schwarz-weiss-roten Anhänger glaubten voller Naivität, auch für sie sei nun ebenso eine neue Zeit angebrochen wie für die Männer von der Hakenkreuzpartei. Sie sollten bald erfahren, wie gründlich sie sich getäuscht hatten.

Die konstituierende Sitzung verlief schnell. Die Mehrheitsparteien hatten ja die Macht, das Präsidium nach Wunsch zusammzusetzen. Erstmals in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus wurde die zweitstärkste Fraktion, die Sozialdemokratie, nicht in das Präsidium aufgenommen und stellte auch keinen Vizepräsidenten; lediglich ein Zentrumsabgeordneter wurde mitgewählt, der aber nie amtiert hat.

Die Sitzung wurde bereits nach anderthalb Stunden abgebrochen und die nächste für den 24. März angesetzt. Tagesordnung: Entgegennahme einer Regierungserklärung und Vorlage eines Ermächtigungsgesetzes. Diese denkwürdige Sitzung vom 24. März war von einer ganz andern Atmosphäre bestimmt; der Boden, auf dem wir standen, schien bereits zu schwanken; es roch nach Revolution. Vor der Kroll-Oper hatten die Nationalsozialisten Zehntausende ihrer Anhänger aufgeboten, vor allem SA-Männer, die für alle Abgeordneten, die das Gebäude betraten, Spalier bildeten. Die einen wurden beklatscht, die andern, die man

als Gegner der NSDAP erkannte, beschimpft. Im Sitzungssaal stand neben jedem Abgeordneten der Opposition ein baumlanger SS-Mann. Diese Ungeheuerlichkeit zeigte, dass die Stunde gekommen war, in der die parlamentarische Demokratie nun auch äusserlich zu Grabe getragen wurde. Nach der Geschäftsordnung hätte der Präsident die SS-Männer des Saales verweisen müssen; er dachte indessen gar nicht daran. Auch als er von Abgeordneten der Opposition darauf aufmerksam gemacht wurde, dass dergleichen nicht üblich sei, stellte er sich taub. Vielleicht war es ein Fehler, dass wir dies nicht zum Anlass genommen haben, den Sitzungsraum zu verlassen. Es musste entwürdigend wirken, dass wir uns dieses Schauspiel gefallen liessen. Leider blieb es dabei.

Das Ermächtigungsgesetz stiess nur bei den Sozialdemokraten auf tapfere Widersacher. Die Rede des Fraktionsvorsitzenden Otto Wels gehört bereits zur klassischen politischen Literatur. Es war eine gewaltige Rede, die uns alle erschütterte, aber am Ablauf der Dinge nichts mehr ändern konnte. Otto Wels und seine Freunde wussten selbst, dass sie nun auf verlorenem Posten standen.

Die Rede des Zentrumssprechers dagegen war kläglich. Die Worte von Reinhold Maier, der für uns fünf sprach, obwohl wir ihm davon abgeraten hatten, wurden von den Nationalsozialisten bloss noch mit einem Lächeln hingenommen. Maier hatte jedoch auf seiner Rede bestanden, weil er der Ansicht war, man müsse dem Historiker einige Sätze zu unserer Rechtfertigung hinterlassen, und wir hätten den Nationalsozialisten zu beweisen, dass wir uns nicht freiwillig ihrem Diktat unterwarfen.

Auf Wels antwortete zunächst Hitler als Reichskanzler. Er sprach gedämpfter, als man es von ihm gewöhnt war, offensichtlich bemüht, staatsmännische Haltung zu bewahren. Dennoch war diese Replik eine unanständige Abkanzlung der Sozialdemokratie, die ja nur noch ein ohnmächtiger Gegner war. Einige Abgeordnete waren ins Ausland geflüchtet, andere hatte man bereits eingesperrt, um sie an der Abstimmung zu hindern, aber das wusste damals noch niemand. Auch dadurch wurde das Abstimmungsverhältnis weiter verschoben. Über meine und meiner Freunde Zustimmung war ich recht unglücklich.

Diese Sitzung sollte die vorletzte der Wahlperiode sein. Die letzte, die am 17. Mai 1933, also etwa zwei Monate später stattfand, benötigte Hitler noch, um das Ausland zu beruhigen. Wir hörten uns eine nicht

ungeschickte, aber für den Kenner verlogene Rede Hitlers an, die eine Regierungserklärung zu seinem aussenpolitischen Programm darstellen sollte. Er sprach sehr beherrscht, weil er offenbar die ausländischen Politiker beeindrucken wollte; ja, er sprach beinahe im Stil eines Parlamentariers. Fürchtete er etwa eine militärische Intervention der Westmächte? Heute wissen wir, dass eine solche Befürchtung grundlos gewesen wäre. Wir wussten, was Hitler mit dieser Rede bezweckte: Er wollte erst einmal Zeit für seine innenpolitischen Massnahmen finden, die Diktatur der NSDAP und sein Regime festigen. Diese gemässigte Rede unterschied sich durch nichts von der eines massvollen Deutschen, und wir mussten uns die Augen reiben, um zu glauben, dass dies wirklich Hitler war, der da sprach.

Die Richtlinien der vom Reichskanzler entwickelten Aussenpolitik wurden «leider einstimmig gebilligt. Es ist wenig bekannt, dass der Reichstag auch einstimmig einer Vertrauenserklärung der Fraktionen der Nationalsozialisten, der Deutschen, des Zentrums und der Sozialdemokratie einschliesslich meiner Fraktion zugestimmt hat. Nun gebe ich zu, dass man nicht ohne Weiteres die Abstimmung des 17. Mai mit der über das Ermächtigungsgesetz vergleichen kann. Peinlich bleiben beide gleichermaßen.

Wenige Wochen danach wurden uns die Reichstagsmandate aberkannt: den Sozialdemokraten und uns fünf Demokraten. Wir bekamen ein gleichlautendes Schreiben, dessen Text ich zitieren möchte:

REICHSTAG

Direktor
-1. 2039 -

Berlin NW 7, den 12. Juli 1933

Fernsprecher: Sammel-Nr. A1 Jäger 0025

Postscheckkonto: Berlin 29012 – Reichsbankgirokonto

Herrn

Ernst Lemmer

Berlin-Zehlendorf

(Klein-Machnow) Hohe Kiefer 13

Sehr geehrter Herr ...

Nach Verordnung des Herrn Reichsministers des Innern zur Sicherung der Staatsführung vom 7. Juli 1933 (Reichsgesetzblatt I S. 462) ist die auf Grund des Wahlergebnisses vom 5. März 1933 erfolgte Zustellung von Sitzen auf Wahlvorschläge der Sozialdemokratischen Partei für den Reichstag unwirksam.

Da Sie auf Reichstagswahl Vorschläge der SPD gewählt worden sind, ist

Ihr Mandat erloschen. Ich bitte Sie demgemäss um Rückgabe Ihrer Ausweiskarte als Mitglied des Reichstags, der Freifahrkarten für Eisenbahnen und Kraftposten sowie der noch in Ihren Händen befindlichen Schrankschlüssel.

Hochachtungsvoll

Kaufhold

in Vertretung des Direktors beim Reichstag

(Um keine antinationalsozialistischen Stimmen unter den Tisch fallenzulassen, waren die Kandidaten der Staatspartei auf der Reichswahlliste der SPD abgesichert worden.)

NACH DER sinistren Sitzung des 24. März schlug ich dem sozialdemokratischen Abgeordneten Friedrich Stampfer, Chefredakteur des «Vorwärts» (er war jüdischer Abstammung), zunächst einmal eine Tasse Kaffee im Restaurant der Kroll-Oper vor. Diese Einladung richtete ich auch an Theodor Heuss und andere Kollegen. Ich begründete sie damit, dass es ein Risiko bedeuten würde – zumindest für die Sozialdemokraten –, jetzt das Gebäude zu verlassen. Wir sollten besser abwarten, bis sich der nationalsozialistische Haufen verflüchtigt hatte. Stampfer, Heuss und ich waren sehr bedrückt. Mir war es ebenso wie Heuss klar, dass wir uns für diese Abstimmung einst vor der Geschichte zu verantworten haben würden. Wir hörten, wie die Menge draussen lärmte, und erkannten, dass ich recht gehabt hatte, einer solchen Gefahr aus dem Wege zu gehen. Einige sozialdemokratische Abgeordnete wurden beim Verlassen des Gebäudes von der SA misshandelt und abtransportiert. Manche kamen im Konzentrationslager der berüchtigten Moorgebiete im Emsland elend ums Leben, wie der sehr gemässigte Bergarbeiterführer Husemann, der aus Verzweiflung gegen den elektrisch geladenen Stacheldraht rannte. Auch Moritz Heilmann, Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtages, der es mit seinem kämpferischen Naturell verstand, die Nazis bis aufs Blut zu reizen, ging im Moorlager von Esterwegen zugrunde.

Nachdem wir anderthalb Stunden im Restaurant der Kroll-Oper gewartet hatten, gelang es uns, unangefochten ins Freie zu kommen. Friedrich Stampfer konnte bald in die Vereinigten Staaten emigrieren. Dort hat er (wie mir Bekannte erzählten) noch während des Krieges das deutsche Volk verteidigt, zu dem er sich bekannte und dem er als

Jude verzieh. Er war Patriot wie nur wenige; seine republikanische Staatsgesinnung war beinahe konservativ. Stampfer hat nach dem Krieg seinen Lebensabend in der Umgebung von Frankfurt am Main verbracht und ist erst vor einigen Jahren gestorben. In einem Brief hat er mir für jene anderthalb Stunden im Kroll-Restaurant gedankt, die ihm vielleicht das Leben gerettet haben. Aus meinem Rat konnte er mit Recht schliessen, dass es höchste Zeit für ihn war, sich im Ausland in Sicherheit zu bringen.

Die Deutschnationale Volkspartei hat die Sozialdemokratie und die andern Parteien kaum überlebt. Sie wurde noch im Sommer aus dem Reichstag entfernt. Erst jetzt wachten die Deutschnationalen auf – mit Ausnahme von Hugenberg und seinen Trabanten, die später von den Nationalsozialisten mit offenen Armen aufgenommen wurden. (Sie hatten sich praktisch schon seit Jahren von den Hakenkreuzleuten kaum mehr unterschieden.) Umso höher ist die Haltung jener Männer aus dem deutschnationalen Lager zu rühmen, die bereits im Jahre 1930 den Bruch mit der abenteuerlichen Politik ihres Parteivorsitzenden vollzogen hatten. Der letzte Fraktionsvorsitzende der Deutschnationalen, Ernst Oberfohren, war ein Ehrenmann. Weshalb er so lange bei Hugenberg aushielt, blieb uns unverständlich. Er beging in Kiel, wo er seinen Wohnsitz hatte, nach dieser Reichstagssitzung Selbstmord.

Ich möchte in grosser Freundschaft einiger Männer gedenken, die sich respektinflössend verhalten haben, wie etwa Treviranus. Er sollte am 30. Juni 1934 festgenommen werden, doch die Reichswehr hatte ihn gewarnt. Man wollte ihn wie die andern angeblich am sogenannten Röhm-Putsch Beteiligten in Lichterfelde erschiessen. Seine Häscher entdeckten ihn im Grünewald auf einem Tennisplatz. Als ihm gemeldet wurde, er möge doch zu einer kurzen Besprechung erscheinen, unterbrach er sein Spiel, setzte über einige Zäune hinweg und entzog sich durch die Flucht dem sicheren Tode. Er hatte das unwahrscheinliche Glück, in Tempelhof eine startbereite Verkehrsmaschine zu erreichen, und entkam so im letzten Moment ins Ausland.

Andere Männer dieses Kreises waren der Professor Hoetzsch und Graf Westarp, der mir zuletzt nahegekommen war. In früheren Jahren war er für mich ein politisches Schreckgespenst gewesen, die Personifizierung finsterster Reaktion. Nachdem ich ihn kennengelernt hatte, stellte sich dies jedoch als ein Irrtum heraus. Graf Westarp und viele

andere aus dem deutschnationalen Lager hatten verspielt, weil sie sich zu spät von Hugenberg trennten. Hätten sie sich gleich nach den Wahlen von 1928 zu diesem Schritt entschlossen, dann wäre ihnen genug Zeit geblieben, sich neu zu organisieren, und sie hätten wahrscheinlich so viel Unterstützung bei den schwarz-weiss-roten Wählern gefunden, dass Hugenbergs düsteres Treiben möglicherweise verhindert worden wäre.

Ähnlich ist es übrigens auch bei meiner Partei gewesen. Wir versuchten nach den Wahlen von 1928, als wir nur noch fünfundzwanzig Mandate erhielten, jüngere Menschen vor allem der Frontsoldatengeneration auf unsere Seite zu ziehen und eine breitere Basis für die liberale Mitte zu finden. Auch mit Stresemann waren ja – wie schon erwähnt – Gespräche geführt worden, die das Ziel hatten, durch eine Zusammenfassung aller Kräfte der Mitte eine stärkere Widerstandskraft gegen die Radikalisierung der deutschen Politik zu erreichen.

Meine eigene Mitarbeit bei dieser Aufgabe beschränkte sich auf die Fühlungnahme mit dem sich zu Ende der zwanziger Jahre gemässigt und modern entwickelnden «Jungdeutschen Orden», der sich als Nebenorgan die «Volksnationalen» geschaffen hatte. Die Partei hatte bei den Landtagswahlen in Sachsen einen ersten ansehnlichen Erfolg errungen. Diese Gruppe nun an uns zu binden, schien mir als Angehörigem derselben Generation wünschenswert zu sein.

Der «Jungdeutsche Orden» hatte in den ersten Jahren der Weimarer Republik keine besonders gute Figur gemacht. Er wirkte sehr nationalistisch und stand zunächst auf der schwarz-weiss-roten Seite. Unter Führung von Arthur Mahraun hatte er sich später zur Mitte hin vorgeschoben und vor allem in der aussenpolitischen Haltung einen bemerkenswerten Kurswechsel vollzogen, indem er die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich zu einem Hauptpunkt seines Programms erklärte. Die ursprünglichen antisemitischen Programmpunkte wurden stillschweigend aufgegeben, so dass gegen einen Zusammenschluss mit den Demokraten keine Bedenken mehr bestanden.

Mit der Deutschen Volkspartei kam noch keine Einigung zustande, wohl aber mit ihren Jugendgruppen. Die jungen Volksparteiler schlossen sich dieser neuen «Deutschen Staatspartei» an, wie diese Vereinigung der Mitte genannt wurde. Ich trage selbst einen Teil der Schuld daran, dass die ältere Generation der DVP nicht zu uns kam, weil mir der rechte Flügel dieser Partei als Partner nicht akzeptabel

erschien. Ganz bewusst habe ich bei den Verhandlungen Schwierigkeiten gemacht, um das Zusammengehen mit dem rechten Flügel zu vermeiden. Mit der Stresemann-Gruppe diese grosse Mitte zu bilden, dazu wäre ich stets bereit gewesen, und das wäre wohl auch die beste Lösung gewesen.

Doch nun war es müssig, verpassten Chancen nachzutruern.

Das Scheitern der Republik

WESHALB scheiterte die Republik von Weimar? – Sie war der erste Versuch unseres Volkes, sich in einer modernen parlamentarischen Demokratie selbst zu verwalten und den Obrigkeitsstaat durch die Selbstregierung des Volkes abzulösen. Deutschland war bis 1918 nicht nur eine Monarchie, sondern ein Bund von Monarchien und Stadtrepubliken wie etwa die Königreiche Preussen, Bayern, Württemberg und Sachsen, die Grossherzogtümer Mecklenburg-Schwerin, Hessen und Baden, das Fürstentum Lippe-Detmold und viele andere; die Hansestädte waren von alters her Freie Reichsstädte. Das Kaiserreich Bismarcks war ein Fürstenbund, nicht etwa ein Bund deutscher Staaten. Die gefühlsmässigen Spannungen, die sich daraus ergeben mussten, kamen in den sehr unbekümmerten Ansprachen Wilhelms II. oft genug zum Ausdruck.

Die Weimarer Republik wurde geboren, ohne dass jemand sie gewollt hatte: Dies muss als erstes festgestellt werden. Die Sozialdemokratische Partei war die einzige, die sich in ihrem Programm für die republikanische Staatsform aussprach (ähnlich wie es heute noch die sozialdemokratischen Parteien der skandinavischen Länder und Grossbritanniens tun). Aber auch die Sozialdemokratie unternahm nicht das geringste, um aus dem Kaiserreich der Deutschen eine Republik der Deutschen zu machen; die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, einschliesslich der meisten sozialdemokratischen Anhänger, war nach langer Tradition noch immer monarchistisch gesinnt. Hätte es vor dem Ersten Weltkrieg eine Volksabstimmung über eine monarchische oder republikanische Staatsform gegeben, ich bin sicher, dass kaum mehr als zehn Prozent der Bevölkerung sich für die Republik ausgesprochen hätten.

Die Monarchie ging zu Ende, weil sie an der militärischen Niederlage

zerbrochen war. So entstand, eigentlich von selbst und wie beiläufig, die Republik. Die Flucht des Kaisers könnte als Besiegelung des Selbstmordes der Monarchie aufgefasst werden; jedenfalls war die Weimarer Republik in ihren Anfängen die Folgeerscheinung eines geschichtlichen Ereignisses. Es hat in den Jahren 1918/19 keine Revolution in Deutschland stattgefunden, wenn dies auch später während der parteipolitischen Auseinandersetzungen der Weimarer Zeit und unter den Nationalsozialisten immer wieder erklärt wurde. Man fabrizierte die Legende einer Revolution und behauptete gar, diese Monarchie sei meuchlings durch eine republikanische Revolution in einer schwarzen Stunde unserer Geschichte ausgelöscht worden. Davon konnte in Wahrheit keine Rede sein.

Die Kieler Matrosen, die ja erst im Oktober 1918 revolutionsähnliche Aktivitäten erkennen liessen, wollten ganz einfach nur eines: Der Krieg sollte aufhören, der für sie längst schon sinnlos geworden war; sie wollten nicht noch einmal mit der Hochseeflotte auslaufen, um «heldenhaft» unterzugehen, wie es die Kaiserliche Marineleitung geplant hatte. Von ihren Vorgesetzten dachten sicherlich viele wie diese meuternden Matrosen: Auch sie hielten es für Wahnsinn, zu einem Zeitpunkt, da der Krieg entschieden war, noch Zehntausende von Menschenleben zu opfern. Doch als Offiziere waren sie es gewöhnt, auch solchen Befehlen zu gehorchen, die sie für falsch hielten.

Die Weimarer Republik war aus den Trümmern des Zusammenbruchs entstanden, weil die Restauration der Monarchie noch schwieriger gewesen wäre; ich will nicht sagen: ausgeschlossen. Immerhin hat Friedrich Ebert seinem engsten politischen Freund, dem späteren Reichskanzler Philipp Scheidemann, die bittersten Vorwürfe gemacht: Scheidemann hatte ohne Abstimmung mit der Parteileitung und ohne Zustimmung Eberts die Republik spontan ausgerufen. Zwar waren unter den Hunderttausenden, die sich aus allen Teilen der Bevölkerung Berlins zusammenfanden und in einem Demonstrationenzug zum heutigen Platz der Republik drängten, auch solche, die Transparente mit der Aufschrift «Es lebe die Republik! Nieder mit Wilhelm!» und ähnliche Parolen trugen; doch die Masse hatte keineswegs den einheitlichen Willen erkennen lassen, die Dynastie der Hohenzollern abzusetzen.

Vielleicht hätten sich die meisten Deutschen mit der Abdankung Wilhelms ii. und der Einsetzung des Kronprinzen begnügt, der im Gegen-

satz zu den politisch orientierten Kreisen noch mancherorts beliebt war. Ebert hingegen neigte der Konzeption des Prinzen Max von Baden zu, der den ältesten Sohn des Kronprinzen, den 1940 in Frankreich gefallenen Prinzen Wilhelm (Bruder von Louis Ferdinand), als Thronfolger sehen wollte. Max von Baden, ein aufgeschlossener und moderner Mensch, sollte die Regentschaft bis zur Mündigkeit des Prinzen führen. Solchen mehr oder weniger theoretischen Erwägungen kam indessen Scheidemann zuvor, und sie wurden gänzlich hinfällig, nachdem der Kaiser abgedankt und der Kronprinz auf seine Thronrechte verzichtet hatte.

Scheidemann hat sich von diesem Konflikt mit seinem Freunde Ebert nie wieder erholen können. Zwischen diesen beiden Männern, die so eng nebeneinander in der Führung der Sozialdemokratie arbeiteten, sollte es nicht mehr zu einem harmonischen Einvernehmen kommen. Scheidemann aber hat (wie er in seinen Erinnerungen andeutet) die Republik deshalb ausgerufen, weil er befürchtete, radikale Elemente könnten ihm zuvorkommen.

Die Bevölkerung der Reichshauptstadt hatte im Übrigen andere Sorgen, als sich um Fragen der Staatsform zu kümmern. Die Leute warteten sehnsüchtig auf die Rückkehr ihrer Männer aus dem Felde, sie hungerten, sie froren, sie waren in ihrem Lebenswillen geschwächt. Eine seit dieser Zeit nie wieder erlebte Grippeseuche zog damals durch die deutschen Lande und wütete vor allem in den grossen Städten. Die seit Jahren ausgemergelten Menschen starben zu ungezählten Tausenden dahin.

Doch es dauerte nicht lange, und die ersten oppositionellen Stimmen erhoben sich gegen die junge Republik. Das deutsche Volk hatte noch kein richtiges Verhältnis zu der Nüchternheit einer republikanischen und traditionslosen Staatsform finden können. Bei den Wahlen vom 19. Januar 1919 sprachen sich noch achtundsiebzig Prozent der Stimmberechtigten für die drei Weimarer Verfassungsparteien aus; gegen sie wandten sich nur die Unabhängigen Sozialisten und die Wähler der Deutschnationalen Volkspartei und die der Deutschen Volkspartei, also die ganz rechts Stehenden. Bei den ersten Reichstagswahlen zeigte sich indessen schon eine veränderte Situation: Im Frühjahr 1920 waren die Verfassungsparteien in einer knappen Minderheit. (Die Nationalversammlung war ja im Jahre 1919 nur gewählt worden, um dem deutschen Volk eine Verfassungsgrundlage zu geben.)

Dass die drei Verfassungsparteien bereits ein Jahr darauf die Mehrheit verloren, hatte jedoch keine Folgen, weil es auf der Rechten und Linken des verfassungstreuen Blocks verwandte Gruppen gab, die nicht daran dachten, die Regierungsparteien zu stürzen; zudem war die Unabhängige Sozialdemokratie, die inzwischen weit stärker geworden war, betont republikanisch gestimmt, so dass – was die Staatsform betraf – die republikanische Mehrheit gesichert blieb. Die Regierungen der Anfangszeit waren noch schwächer als die der letzten Weimarer Periode, da sie die Regierungsgewalt ja völlig unvorbereitet hatten übernehmen müssen. Für sie ging es allein darum, die Regierungsfähigkeit zu retten; ohne Regierung und ohne Staatsgewalt kann ein Sechzig-Millionen-Volk nicht bestehen. Verwaltungen und Behörden mussten intakt bleiben, Wirtschaft und soziale Ordnung bedurften der staatlichen Lenkung. Der Republik war die Aufgabe gestellt, das deutsche Volk vor dem Sturz ins Chaos zu bewahren.

Dieser Wandel in der Volksstimmung, der die Arbeit des Weimarer Staates so unendlich erschweren sollte, war anfangs vor allem auf Emotionen zurückzuführen. Die heutige junge Generation kann sich nicht vorstellen, was das Wilhelminische Zeitalter mit seinem Glanz und seiner Gloria, mit seinem Pathos und seinem Wohlstand, dem einfachen Menschen bedeutet hat. Das Kaiserreich sollte für weite Teile unseres Volkes noch lange die Erinnerung an eine «glorreiche Zeit» darstellen, in der das Deutsche Reich eine Grossmacht war und – auf seine Art freilich – auch ein Wohlfahrtsstaat. Man erinnerte sich der Achtung, die diesem Kaiserreich überall auf der Welt entgegengebracht worden war, und man erinnerte sich naturgemäss all der schönen Dinge, die den Alltag einst lebenswert gemacht hatten. Wie es nun einmal zur menschlichen Natur gehört, sah man in der Rückschau nur noch das Gute und Schöne.

So belastete der Wechsel der Staatsform allein schon die Republik stimmungsmässig derart, dass die Allgemeinheit nur mit grosser Besorgnis der Zukunft entgegensah. Ich habe oft die Erfahrung gemacht, dass wir Deutschen in der Politik äusserst verletzlich sind. Wenn wir auch noch so nüchtern, praktisch und arbeitsam sein mögen, in politischen Dingen schlägt das Emotionelle das Rationelle nieder.

Die verantwortlichen Männer des neuen Staates hatten ein schweres Erbe zu übernehmen. Dass es ihnen nicht gelungen ist, dieses Erbe zu verwalten, sollte man ihnen nicht zum Vorwurf machen. Denn es kam

noch mancherlei hinzu, was dieses Erbe noch schwerer zu tragen machte – beispielsweise der Flaggenwechsel. Es ist heute unvorstellbar, wie sehr das Volk an diesen Farben Schwarz-Weiss-Rot hing und was sie ihm bedeuteten. In der skrupellosen Agitation der republikfeindlichen Kräfte wurden die Farben Schwarz-Rot-Gold aufs Übelste geschmäht; einen Flaggenschutz gab es praktisch nicht. Auch diese Veränderung der nationalen Symbole hat eine starke oppositionelle Stimmung gegen die Republik geschaffen.

Dies alles aber hätte nicht ausgereicht, den Staat von Weimar in einer Tragödie enden zu lassen. Die fortwährende, zeitweilig dämonisch betriebene Demütigung des neuen Deutschlands und seiner ehrenwerten, auch international anerkannten Männer wirkte auf die Volksstimmung verheerend. Während nach dem verbrecherischen Zweiten Weltkrieg die Siegermächte bald zu einem vernünftigen Verhältnis zum Besiegten kamen, war das nach dem Ersten Weltkrieg ganz anders, obwohl seine Auslösung nicht einseitig auf das besiegte Volk abgeladen werden konnte. Bis dahin war wohl kein grösseres Volk in der neueren Geschichte jemals so methodisch als minderwertig behandelt worden wie das der jungen deutschen Republik. Dadurch mussten natürlich nationalistische Ressentiments wachgerufen werden, was sich wiederum schädlich auf die Stabilität des neuen Staates auswirkte. Eine Unzahl von Fehlern und Irrtümern führte zu niederschmetternden Folgen. Das ging so bis zur Machtübernahme Hitlers. Von nun an wurden Konzessionen über Konzessionen gemacht, die – beizeiten gewährt – die Republik gerettet hätten. Hier liegt noch immer ein weites Feld für die Arbeit des Historikers.

Grossbourgeoisie und Grossgrundbesitz finanzierten – allerdings von zahlreichen Ausnahmen abgesehen – alle Massnahmen, die am Ende die Masse des Kleinbürgertums in die Verhetzung gegen die Republik hineinzerren sollten. «Osteibien» würde noch heute ein unlösbarer Teil Deutschlands sein, wenn nicht gerade die mächtigen Herren in diesen Gebieten alles getan hätten, um den Staat zu unterhöhlen. Als sie nach 1935 ihren Irrtum einsahen, war es zu spät. Das gilt auch für Teile unserer Generalität. Eine unheilvolle Verkettung von Umständen drängte zur Katastrophe hin. In diese Situation fiel die schwere Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1933, von der auch die deutsche Volkswirtschaft aufs Schwerste betroffen wurde. Mehr als sechs Millionen Arbeitslose, Millionen von Kurzarbeitern – das war zuviel: Mit dieser Mi-

sere vermochte das junge Staatsgebilde nicht mehr fertig zu werden. Vielleicht haben auch die verzweifelten Deflationsmassnahmen der Regierung Brüning zur Verschärfung der Krise beigetragen. Der Demagoge Hitler brauchte sich nur der chaotisch gewordenen Verhältnisse zu bedienen, um seinen Vorgängern zu zeigen, wie eine entschlossene Staatsführung ihre Macht anzuwenden vermochte.

Die persönliche Freiheit war in der Weimarer Republik geradezu unermesslich. Wo Ansätze zur Autoritätsbildung sichtbar waren, wurden sie von solchen, die sich für Intellektuelle hielten, wahnwitzig zerstört. Auch für diesen Mangel an Verantwortungsbewusstsein und ungenügender Sicherung der Staats- und Gesellschaftsordnung musste unser Volk schwer büssen. Der republikanische Staat, der geistige, kulturelle und wirtschaftliche Höchstleistungen vollbracht hatte, wurde vom deutschen Volke selbst vernichtet. Eine Demokratie ist nur lebensfähig, wenn sie von einem selbstbewussten und opferwilligen Staatsvolk getragen wird.

ALLE GEWERKSCHAFTEN waren schon vor der Machtergreifung Hitlers so geschwächt, dass sie sich nicht mehr imstande sahen, einen grösseren Arbeitskampf durchzustehen. Ihre Mitgliederzahl war als Folge der Massenarbeitslosigkeit rapide geschwunden. Die Arbeiter glaubten von ihren Organisationen keine wirksame Hilfe mehr erwarten zu können. Die ständigen kostspieligen Arbeitskämpfe der Krisenzeit hatten Millionen verschlungen. Nun waren die Kassen leer; auch sassen in den Gewerkschaften, vor allem in den Angestelltenverbänden, bereits viele Nationalsozialisten.

Die Gewerkschaften waren den Nationalsozialisten zutiefst verhasst. Vor dem 2. Mai 1933 hatten sie nicht gewagt, sich mit ihnen offen auseinanderzusetzen. Leider haben die Gewerkschaften den Fehler begangen, ihre Mitglieder zur Teilnahme an den Maifeiern von 1933 aufzufordern. Auch sie hofften, unter dem Nationalsozialismus «überwintern» zu können. Alle drei Richtungen machten mit; ihre führenden Männer in Berlin jedoch blieben fern. Einzelne dieser Maifeiern standen noch unter den Fahnen Schwarz-Weiss-Rot, doch die Hakenkreuzfahne überwog. Die gewaltigste Demonstration dieser Art fand auf dem Tempelhofer Feld statt. Halb Berlin war dorthin geführt worden.

Ich ging nicht zum Tempelhofer Feld; mir war speiübel. Es war ein

herrlicher Frühsommertag. Mit einigen Freunden sass ich im «Fürstenhofbräu» vor dem Potsdamer Bahnhof und trank meinen Frühschoppen. Mit tiefer Bestürzung sahen wir, dass viele Arbeiter, die noch im Januar im Lustgarten gegen Hitler demonstriert hatten, nun in diesem Zug mitmarschierten: sie zogen an uns vorüber. Wir aber hatten kein Recht, mit Steinen nach ihnen zu werfen. Die Führung selbst hatte ihre geschichtliche Aufgabe nicht zu lösen vermocht.

Am 2. Mai 1933 begann auch schon die Aktion zur Auflösung der Gewerkschaften. Die Funktionäre der Freien Gewerkschaften wurden samt und sonders von SA-Kommandos in Haft genommen; die Mehrzahl liess man jedoch nach wenigen Tagen, ohne dass man sie besonders gedemütigt oder misshandelt hätte, wieder laufen. Dass die Christlichen und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsfunktionäre in Ruhe gelassen wurden, war offenbar auf eine Direktive zurückzuführen. Wilhelm Leuschner von den Freien Gewerkschaften, später ein Opfer des 20. Juli 1944, wurde sogar von den Nationalsozialisten zu einer Art Arbeiterkongress delegiert, wie auch führende Männer der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften. Ich war froh, dass ich nicht zu den Auserlesenen gehörte, mit denen man noch etwas anzufangen meinte. Von den Christlichen Gewerkschaften aber delegierte man zu diesem Kongress den grössten Teil der Führungsschicht, Bernhard Otte und Baltrusch, und natürlich auch die Vertreter des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. Aber diese Leute waren ohnehin schon meist Mitglieder der NSDAP geworden. Viele aus ihren Reihen wurden später Funktionäre in der sogenannten Deutschen Arbeitsfront, welche die Gewerkschaften ablöste.

Es hatte sich als Irrtum erwiesen, durch Konzessionen eine totalitäre Macht zu gemässigerem und vernünftigerem Handeln bewegen zu können. Dies wurde eine grosse Lehre für mich, die ich fortan beherzigt habe. Totalitäre Mächte sind in dieser Hinsicht identisch. Jede Nachgiebigkeit, jede Versöhnlichkeit gegenüber dem Totalitären lässt den Partner schwach erscheinen; die Macht braucht ihm jetzt nur noch einen Tritt zu geben, damit er dorthin stolpert, wohin sie ihn haben will. Nur Festigkeit und eine charaktervolle Haltung sowie der Verzicht auf Spekulationen, was sich möglicherweise erreichen liesse, sind die einzigen Hilfsmittel in einer solchen Lage.

Emigration – oder nicht?

BALD SCHON häuften sich alarmierende Nachrichten über grausame Ausschreitungen in SA-Kellem, wo neben völlig unpolitischen jüdischen Mitbürgern auch politische Gegner – Abgeordnete, Publizisten, Rechtsanwälte und Gewerkschaftssekretäre – gefoltert und umgebracht wurden; auch mir nahestehende Menschen, Kameraden vom Reichsbanner, befanden sich unter den Opfern. Obwohl ich mich wie meine ehemaligen parteipolitischen Freunde Heuss, Dietrich, Maier und andere weniger unmittelbar bedroht fühlte (unsere Gruppe war vor ihrer Auflösung zu unbedeutend geworden), geriet ich in eine innere Krise: Sollte ich Weggehen oder bleiben?

In Paris hatte ich inzwischen manche Freunde gewonnen, vornehmlich bei linksliberalen Politikern wie Edouard Daladier, Yvon Delbos (später Aussenminister der Dritten Republik), Edouard Herriot, Paul Bastide (Handelsminister) und einigen andern, so dass eigentlich nichts näher gelegen hätte, als mich dort über Existenzmöglichkeiten zu unterrichten. Ich dachte auch an die Schweiz. Eine Auslandsreise war im Frühjahr 1933 noch kein Problem. Ein paar Tage, die ich Ende Mai in Paris verbrachte, genügten mir aber, um unter dem starken Einfluss meiner heimatverwurzelten Frau den Entschluss zu fassen, unbedingt in Deutschland zu bleiben und alle Risiken der persönlichen Gefährdung auf mich zu nehmen, wie sie einem Gegner des nun herrschenden Regimes drohten.

Diese Entscheidung habe ich nicht zu bereuen brauchen. Nicht voraussehen war allerdings, dass ich fünfzehn Jahre später doch noch ins Exil gehen würde – von Klein-Machnow am Stadtrand von Berlin nach dem benachbarten Bezirk Zehlendorf...

Die Frage, alles aufzugeben, sein ganzes bisheriges Leben hinter sich zu lassen und in der Fremde das bittere Brot des gerade nur Geduldeten zu essen – diese Frage ist nicht generell zu beantworten; hier helfen keine pathetischen Worte aus dem Dilemma: Jeder Einzelne muss diese Entscheidung – ob sie von andern nun für richtig oder für falsch gehalten wird – für sich selbst beantworten.

Vor allem galt es mm, unter den so gänzlich veränderten Umständen meinen Lebensunterhalt weiterhin zu sichern. Es folgten schwere Wochen. Für deutsche Zeitungen durfte ich jetzt, da das Dritte Reich angebrochen war, nicht mehr schreiben: Man hatte mich wegen angeblicher

nationaler Unzuverlässigkeit unter anderem auch aus dem Reichsverband der Deutschen Presse ausgeschlossen. Was sollte ich tun, um mich und meine Familie über Wasser zu halten? Zum Glück hatte ich viele Bekannte und Freunde, verfügte auch über gute Beziehungen zu Leuten in den Ministerien, die noch in Amt und Würden waren und sich bereit erklärten, mir zu helfen. Besonderen Rückhalt fand ich im Auswärtigen Amt, wo mir meine Freunde aus anderen Tagen treu geblieben waren. Ich kann hier nur die Namen Bülow, Assmann, Braun von Stumm nennen.

Schliesslich bot sich eine Lösung an: Ich versuchte, mich als Korrespondent ausländischer Zeitungen durchzuschlagen, deren Berichterstattung nicht dem deutschen Pressegesetz unterworfen war. Ich kannte einflussreiche Männer, die in den Redaktionen angesehener Auslandszeitungen sassen, und ich kannte eben auch Angehörige des Auswärtigen Amtes, die für eine wohlwollende Absicherung sorgten. Ich hatte das Glück, bald für die «Neue Zürcher Zeitung», das [«Luzerner Tagblatt»](#), den [«Pester Lloyd»](#) (eine hervorragende deutschsprachige Zeitung in Ungarn), die [«Thurgauer Zeitung»](#), den Berner [«Bund»](#) arbeiten zu können.

Der Reichstagsbrand-Prozess

BEREITS IM HERBST 1933 konnte ich als Berichtersteller dieser Zeitungen auf der Pressebank des Reichstagsbrand-Prozesses vor dem Reichsgericht in Leipzig Platz nehmen. Meine Berichte waren objektiv und nicht ohne Gefahr für meine Person abgefasst. Sie können heute in holländischen und Schweizer Blättern nachgelesen werden, ohne dass diese Lektüre für mich unangenehm wäre. Das ist mir in den letzten Jahren auch vielfach aus dem Ausland bestätigt worden.

Doch bei aller Neigung, Vorgänge zu melden, welche die Nationalsozialisten belasteten, musste ich am Ende dieses langwierigen, noch nach den Regeln rechtsstaatlicher Ordnung geführten Monsterprozesses doch anerkennen, dass es nicht gelungen war, die Nationalsozialisten als Täter zu überführen. Auch für Torgler und Dimitroff und die beiden andern bulgarischen Kommunisten ergab sich keine Belastung. Ich zitiere aus meinem unter der Überschrift «Nach dem Abschluss der Beweisaufnahme im Leipziger Prozess» am 13. Dezember 1933 im demokratischen [«Luzerner Tagblatt»](#) erschienenen Artikel:

«Die umfangreiche Beweisaufnahme konnte am Mittwoch endlich zum Abschluss gebracht werden, nachdem an 52 Verhandlungstagen mehr als 250 Zeugen zur Vernehmung aufmarschiert waren. In der Voruntersuchung sind sogar rund 500 Zeugen vernommen worden. Dieses riesige und fast beispiellose Zeugenaufgebot gab der Beweisführung das Gepräge, und was man bei dieser Gelegenheit vor den Schranken des Reichsgerichts hören und sehen konnte, das war ein realistischer Ausschnitt aus dem Leben dieser Zeit. In endlosen Reihen kamen sie, die Zeugnis ablegen sollten, Belastungs- und Entlastungszeugen, Männer und Frauen, Angehörige aller Stände, Reichsminister und Arbeitslose, Nationalsozialisten und Kommunisten, Bürger, Bauern und Arbeitergestalten aus dem Leben dieses Volkes, dessen Schicksal durch die verbrecherische Tat vom 27. Februar in entscheidender Weise bestimmt worden ist.

Es entspricht freilich einer alten und guten Tradition, dass eine gewissenhafte Journalistik mit ihrem eigenen Urteil so lange zurückhält, bis zunächst die Richter ihr Urteil über die Angeklagten gesprochen haben ...

Es ist anzunehmen, dass die Plädoyers zu neuen Höhepunkten in diesem an sensationellen Zwischenfällen reichen Prozess führen werden. Manche Temperamente werden dabei aufeinanderstossen. Man denke nur an Dimitroff, der in dem langen Verlauf dieses Prozesses ein starkes Profil von seiner Persönlichkeit zu geben wusste und nicht zuletzt sich auch in erstaunlicher Weise mit den Methoden und Begriffen einer bürgerlichen Rechtsordnung vertraut gemacht hat. Dieser mazedonische Revolutionär ist an den 52 Verhandlungstagen ein gelehriger Schüler der Oberreichsanwälte und auch der Verteidiger gewesen. Er stand im Mittelpunkt der Verteidigungsfront, und sein Temperament hat den Prozessverlauf des Öfteren in bemerkenswerter Weise beeinflussen können. Kein Mensch hätte vor dem Prozessbeginn ahnen können, dass die Angeldagten ihre Rollen so weitgehend tauschen würden, dass dieser Mazedonier immer mehr in den Vordergrund rückte, während der Holländer als der Hauptangeklagte mehr und mehr in den Hintergrund des öffentlichen Interesses versank.

Das Rätsel um van der Lubbe konnte allerdings trotz der Gründlichkeit, mit der die Beweisaufnahme erfolgte, nicht völlig gelöst werden. Die Frage ist offengeblieben, was ist das für ein Mensch? Nach der Verhaftung war van der Lubbe ein durchaus gesprächiger und geistig

lebendiger Mann, und erst als das Verfahren weiter fortschritt, wurde er stiller und stiller, bis er schliesslich bei Beginn der Hauptverhandlung jene seltsame Haltung zeigte, die wir in den 52 Verhandlungstagen an ihm kennengelernt haben. Wochenlang sass er mit tief gesenktem Kopf teilnahmslos in der Reihe der Angeklagten, sprach kaum ein einziges Wort, war höchstens zu bewegen, verschiedene Male mit einem einsilbigen Ja oder Nein zu antworten. Es schien so, als ob er geistig und körperlich geradezu empfindungslos geworden sei. Erst am Schluss der Beweisaufnahme veränderte sich seine Haltung, doch die grosse Sensation, dass van der Lubbe über die Motive und Zusammenhänge seiner Tat vom 27. Februar reden würde, blieb zur grossen Enttäuschung aller Prozessbeteiligten aus. Man begreift, dass die rätselhafte Person des Hauptangeklagten den Richtern des Reichsgerichts die Beweisaufnahme ungeheuer erschwert hat und überhaupt ihre schwierige Aufgabe, das Recht zu finden und ein gerechtes Urteil zu sprechen, ausserordentlich komplizieren musste ...»

Der [«Pester Lloyd»](#) brachte am 16. Dezember 1933 meinen Artikel «Schlusskampf in Leipzig», dem diese Auszüge entnommen sind: «Todesstrafe für van der Lubbe und Torgler, Freispruch der drei Bulgaren, so lautete der Antrag, den der Oberreichsanwalt unter gewaltiger Spannung im Gerichtssaal nach einem langen Plädoyer von zweitägiger Dauer gestellt hat. Eine starke Bewegung wurde dadurch ausgelöst, und man konnte beobachten, dass unter den Zuschauern manch einer darüber verblüfft war. Van der Lubbe nahm von dem Antrag auf Vernichtung seines Lebens mit völliger Apathie und ohne jegliche Bewegung Kenntnis, er sitzt vollkommen in sich zusammengesunken auf der Anklagebank und scheint weder für seine Umwelt noch für sich selbst das geringste Interesse zu haben. Der Antrag des Oberreichsanwalts konnte ihn freilich nicht überraschen, da die Situation für den Holländer strafrechtlich von Anfang an weitgehend geklärt erschienen ist, dennoch glauben wir, dass das Plädoyer dem Angeklagten van der Lubbe nicht ganz beigegeben ist. Denn die Frage, was ist das für ein Mensch, hat auch das Plädoyer nicht beantworten können. Vielleicht liegt das daran, dass die gutachtlichen Äusserungen der Psychiater in diesem Prozess wenig erschöpfend und reichlich unfruchtbar gewesen sind.

Das Todesurteil, das die Anklage fordert, würde sich gegebenenfalls sowohl bei van der Lubbe wie auch bei Torgler auf die vielgenannte

Notverordnung der deutschen Reichsregierung vom 28. Februar stützen (Lex van der Lubbe), die bekanntlich mit rückwirkender Kraft für politische Brandstiftungsverbrechen die Todesstrafe vorsieht. Der Oberreichsanwalt hält die Verbindung mit Torgler mit der Reichstagsbrandstiftung für erwiesen und glaubt deshalb, den Kopf des Angeklagten Torgler gleichfalls fordern zu müssen. Torgler nimmt den Antrag in eisiger Ruhe entgegen, sein Gesicht verrät nicht das geringste Zeichen von seelischer Erregung, und man hat den Eindruck, als ob er grosse Hoffnungen auf die Wirkung des Plädoyers setzt, das sein Verteidiger Dr. Sack halten wird. Nur im Zuschauerraum sitzt eine bescheidene junge Frau, die schon während des Plädoyers der Anklage offensichtlich sehr ergriffen war, und die jetzt unter dem Eindruck des beantragten Todesurteils ihre Erregung nicht mehr verbergen kann und in Schluchzen ausbricht: – es ist die Ehefrau des Angeklagten Torgler. Die Anklage stützt sich bei Torgler in erster Linie auf das Zeugnis des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Karwahne, der bekanntlich Torgler in Begleitung des Holländers am Brandtage im Reichstag gesehen haben will. Die anderen Belastungszeugen erscheinen dagegen dem Oberreichsanwalt weniger bedeutsam und manche keineswegs absolut einwandfrei.

Wird das Gericht Torgler zum Tode verurteilen? Das ist jetzt noch die einzige grosse Frage, deren Beantwortung wohl von der ganzen Welt mit grosser Spannung erwartet wird. Denn immerhin bestehen in der Beweisführung des Oberreichsanwalts gegen Torgler einige Fragezeichen, weshalb es sicherlich noch keineswegs feststeht, dass das Gericht bei seiner Urteilsfindung dem Antrag des Oberreichsanwalts stattgeben wird.

Der Antrag auf Freispruch der Bulgaren kam nicht unerwartet, denn die Indizienkette ... war dünner und dünner geworden. Es ehrt die Oberreichsanwaltschaft, dass sie mutig und entschlossen die Konsequenz daraus gezogen hat...»

Nach meinen Eindrücken stand der Prozess unter Leitung des Präsidenten Dr. Bünger und der vier Beisitzer auf der Höhe und Würde souveräner Rechtsprechung. Die Prozessführung lief in klassischem Stil ab und konnte auch von den zahlreichen kritischen Beobachtern des Auslandes nicht beanstandet werden. Eine restlose geschichtliche Klärung konnte indessen bis zum heutigen Tage nicht erbracht werden. Bei der Frage nach dem cui bono müsste der Verdacht gegen aktive

Nationalsozialisten bestehenbleiben; er konnte weder völlig zerstreut noch bestätigt werden. Die vier kommunistischen Angeklagten aber erwiesen sich als zweifelsfrei unschuldig; für die Bulgaren beantragte sogar die Anklage Freispruch, und Torgler wurde vom Gericht ebenfalls rechtmässig für unschuldig erklärt. Im Gerichtssaal konnte ich damals nur seiner bedauernswerten Frau meinen Glückwunsch dazu aussprechen.

Ein Rätsel der Geschichte ist bei dem Riesenprozess in Leipzig ungelöst geblieben: War der unselige Marius van der Lubbe nun in der Tat der alleinige Täter, oder waren doch andere Kräfte an jenem Abend des 27. Februar 1933 am Werke gewesen? Wurde er von andern in deren Interesse erbarmungslos geopfert? Wie war der unbegreifliche Wandel im Verhalten des Angeklagten zu erklären?

Als einziger blieb der Holländer auf der Strecke. Er endete unter dem Fallbeil, da die Todesstrafe in seinem Fall verfassungswidrig rückwirkend in Kraft gesetzt wurde. Das bleibt ein schwarzer Punkt in diesem Prozess, der zugleich den Abschied von der Rechtsstaatlichkeit bedeutete. Schon bald darauf wurde die deutsche Justiz zum illegalen Kampfmittel der Diktatur entwürdigt. Vor dem späteren «Volksgerichtshof» unter Roland Freisler, der Anfang der zwanziger Jahre noch kommunistischer Stadtverordneter in Kassel gewesen war und den Hitler in vertrautem Kreise den «Bolschewisten» zu nennen pflegte, feierten Barbarei, Zynismus und Rechtsbruch in jeder Form blutige Triumphe. Bürgerrecht und Menschenwürde hatten ihre Werte verloren – bald nicht nur allein bei uns. Über Deutschland wurde es Nacht.

Der Kampf gegen die Kirchen

HITLER VERLOR keine Zeit. Binnen kürzester Frist war die Weimarer Demokratie beseitigt und der autoritäre Führerstaat errichtet. Schon im April 1933 wurden die Länder gleichgeschaltet und Reichsstatthalter eingesetzt, im Juni und Juli folgten die Auflösung und das Verbot der Parteien, womit die Alleinherrschaft der NSDAP gesichert war. Die Reichsfarben waren nun wieder Schwarz-Weiss-Rot (zwei Jahre darauf wurde die Hakenkreuzfahne zum Symbol des Staates erklärt). Am 24. Oktober 1933 hielt Hitler im Berliner Sportpalast eine Rede, an die sich wohl kaum noch jemand erinnern wird, die jedoch einige bemer-

kenswerte Sätze enthielt. An die Adresse Frankreichs richtete er diese starken und makabren Worte:

«Frankreich fühlt sich bedroht? Gut. Vor dem ganzen Volke erkläre ich: Wir sind bereit, dem französischen Volk die Hand zur Versöhnung zu geben. Ich für meine Person kann versichern, dass ich jederzeit lieber sterben würde, als dass ich einmal etwas unterschreibe, was für das deutsche Volk meiner heiligsten Überzeugung nach nicht erträglich ist, und ich sage dem ganzen deutschen Volk, wenn ich jemals irren würde oder das Volk glauben sollte, meine Handlungen nicht zu decken, so kann es mich hinrichten lassen. Ich möchte nicht mithelfen, den Namen der deutschen Nation weiter zu schänden.»

Im Juli hatte der neue Reichskanzler zwar ein Konkordat mit dem päpstlichen Stuhl abgeschlossen, das jedoch nicht über die Religions- und Kirchenfeindschaft des Nationalsozialismus hinwegtäuschen konnte. Im Protestantismus entstand ein Gegensatz zwischen den «Deutschen Christen», die der Heilslehre Hitlers anhängen, und der «Bekennenden Kirche», die allmählich in scharfen Widerspruch zum Regime kam.

Ich hielt es für meine menschliche und berufliche Pflicht, den Zeitungen des Auslandes von den Ausschreitungen bestimmter nationalsozialistischer Elemente Kenntnis zu geben. Dazu gehörte die objektive und gewissenhafte Berichterstattung über den Druck, der auf die Kirchen ausgeübt wurde.

Die Kirchenfeindschaft des totalitären Staates nahm seit dem Sommer 1933 immer heftigere Formen an; von Jahr zu Jahr verschärfen sich die Auseinandersetzungen. Der heutige Bundesjustizminister Dr. Gustav Heinemann hatte den Auftrag der Bekennenden Kirche übernommen, von seinem Wohnsitz in Essen mindestens einmal im Monat nach Berlin zu fahren. Er unterrichtete mich ständig über die Spannungen zwischen der evangelischen Bekennenden Kirche und dem Regime, vor allem über Verfolgungen und Exzesse.

Ich beherrschte ein wenig die Kunst, meine Berichte so abzufassen, dass sie seinerseits für meine Überwacher gerade noch tragbar erschienen, andererseits aber von den Lesern meiner ausländischen Zeitungen durchaus verstanden wurden. Ähnliche Beziehungen unterhielt ich auch zur Katholischen Kirche; oft war ich im Bischöflichen Ordinariat von Berlin zu Besuch bei Prälat Dr. Banasch, der die Öffentlichkeitsarbeit der Diözese Berlin leitete. Auf diese Weise wurde ich über alle Vor-

gänge, welche die Existenz der Kirche berührten, über die jedoch in den deutschen Tageszeitungen nicht berichtet werden durfte, informiert. Die Meldungen, die ich weitergab, schlossen selbst Reaktionen auf päpstliche Enzykliken ein, die in unserer Presse nicht erwähnt wurden, sowie Hirtenbriefe der Bischöfe, die der Beschlagnahme durch die Gestapo anheimfielen. Ich denke hier vor allem an die einzigartigen Predigten und Hirtenbriefe des Bischofs von Münster, des späteren Kardinals Clemens August Graf von Galen, welcher mit einem Mut, der nur in der Bereitschaft zum Märtyrertum verwurzelt sein konnte, von der Kanzel herab die Gläubigen in ihrem Widerstandswillen be- stärkte.

Am 20. Januar 1934 schrieb ich in einem vom [«Luzerner Tagblatt»](#) veröffentlichten Artikel über den Streit in der evangelischen Kirche Deutschlands:

«Die evangelische Kirche steht immer noch im Zeichen einer ernsten Krisis. Die Neutralitätserklärung des nationalsozialistischen Staates vom 1. Dezember hat nicht zur Beruhigung der Geister geführt, wenn seitdem auch das Kampffeld sich auf das ausschliesslich religiöse Gebiet verschoben hat und infolgedessen wenigstens der politische Frieden in den kirchlichen Auseinandersetzungen gewahrt werden konnte. Doch die Hoffnung, dass mit der Entpolitisierung des Streits auch schliesslich der innerkirchliche Frieden wiedergewonnen werden könnte, hat sich zunächst als trügerisch erwiesen, und seit dem Beginn des neuen Jahres macht sich eine allgemeine Verschärfung der Gegensätze bemerkbar. Die politischen Instanzen dürften angesichts dieser unerfreulichen Entwicklung eine gewisse Befriedigung darüber empfinden, dass sie rechtzeitig genug davon Distanz genommen hatten und eine unmittelbare Schädigung staatlicher Interessen vermieden werden kann. Eine Parteinahme des Staates in dem einen wie in dem anderen Sinne wäre für ihn zweifellos nur nachteilig, seine Anhänger stehen auf allen Fronten, und die früher bevorzugten «Deutschen Christen haben längst aufgehört, eine politische Monopolstellung zu besitzen, und ihr weiterer Zerfall scheint unaufhaltsam zu sein.»

Jeden Sonntag besuchte ich – gewissermassen in doppelter Eigenschaft – den Gottesdienst Martin Niemöllers in der Jesus-Christus-Kirche von Berlin-Dahlem. Einmal hörte ich seine Predigten als Christ, der in den Worten eines aufrechten Geistlichen Trost suchte, und zum zweiten kam ich als nachrichtenhungriger Journalist, denn Niemöllers Kanzel-

reden enthielten fast immer etwas für die Auslandspresse Interessantes. Eines Tages rief er die hintergründigen Worte aus: «Wir verfügen nicht über so plump vertrauliche Beziehungen zu unserem Gott wie andere.» Damit wollte er Hitler treffen, der ja bekanntlich nicht nur von der Vorsehung zu sprechen pflegte, sondern gelegentlich auch Gott den Allmächtigen zum Zeugen seiner Schandtaten anrief. Was Niemöller meinte, wurde natürlich von den Gläubigen ebenso verstanden wie von den anwesenden Gestapobeamten.

Heute ist mein Verhältnis zu Pastor Niemöller ein anderes geworden, denn auf seinem späteren politischen Weg konnte ich ihm nicht folgen. In vielen Fragen der Politik nehmen wir beinahe entgegengesetzte Standpunkte ein, was mich freilich niemals dazu veranlassen könnte, den Menschen Niemöller durch ein herabsetzendes Urteil zu kränken oder gar seiner Persönlichkeit die Hochachtung zu versagen.

Auch Nationalsozialisten lasen mitunter meine Artikel. Es kam vor, dass Göring das Propagandaministerium und auch Himmler auf meine Berichte aufmerksam machte. Er wollte nicht etwa nachforschen lassen, woher sie stammten; es interessierte ihn lediglich, ob etwas Wahres daran sei. Ich muss einräumen, dass Göring wiederholt versucht hat, den größten Ausschreitungen gegen die Kirchen Einhalt zu gebieten; sein Einfluss und seine Anteilnahme reichten indessen nicht aus, sie zu verhindern. Göring hatte sich mit seiner zweiten Frau Emmy Sonnemann im evangelischen Dom zu Berlin kirchlich trauen lassen, und in seiner Umgebung war kein Platz für die ausgesprochen heidnisch geprägten scheinreligiösen Bewegungen einer Mathilde Ludendorff, anderer Wotansmystiker oder selbst des Parteimythologen Alfred Rosenberg.

Die Kirchen waren im Dritten Reich das einzige Reservat, in das den Nationalsozialisten der Einbruch nicht gelang. Sie haben für die Bewahrung der geistigen und seelischen Substanz unseres Volkes viel getan und zahlreiche Märtyrer gestellt. Ich weiss, wieviel Kraft von der christlichen Substanz beider Kirchen ausstrahlte. Damals habe ich viele tapfere Männer der Kirchen kennengelernt, die furchtlos als Christen waren, manche opferten Freiheit oder Leben.

Gustav Heinemann und viele andere haben auch vom Nationalsozialismus bedrohte Mitbürger zu retten versucht, die sich nicht zum Christentum bekannten. Ich erinnere mich einer Begebenheit, als ich dank Heinemann einem bedrängten Kollegen helfen konnte. Es war einige

Tage vor dem Blutbad des 30. Juni 1934, der berüchtigten Röhm-Affäre. Heinemann kam zu unserem verabredeten Treffpunkt und brachte einen Begleiter mit, den er mir als Dr. Edmund Forschbach vorstellte und den ich viel später als Pressechef der Bundesregierung wiedersehen sollte; heute ist er Ministerialdirektor in einem Bundesministerium. Eine Woche zuvor, am 23. Juni, hatte Franz von Papen in Marburg jene aufsehenerregende Rede gehalten, in der er den totalitären Staat korrigieren wollte. Das Manuskript stammte zum großen Teil von Edgar Jung, einem Rechtsanwalt und philosophierenden Schriftsteller, der das in jenen Jahren bekannte Buch «Die Herrschaft der Minderwertigen» verfasst hatte; er war Papens Berater. Dr. Forschbach bat mich dringend, meine Beziehungen zu Schweizer Zeitungen im Interesse eines verhafteten Journalisten spielen zu lassen. Ich lasse Forschbachs Darstellung folgen:

«Am 25. Juni 1934 wurde in den Abendstunden in Berlin-Halensee Rechtsanwalt Edgar Jung von der Gestapo verhaftet. Am 26. Juni erhielt ich einen Brief von der nachmaligen Frau Pechel, aus dem ich entnehmen musste, dass Jung etwas zugestossen war. Ich fuhr deswegen sofort von Köln nach Berlin. Dort wurde ich durch Rudolf Pechel über das Vorgefallene unterrichtet.

Am 28. Juni verhörte die Gestapo die Freundin Pechels. Durch dieses Verhör wurden der Gestapo auch meine Beziehungen zu Edgar Jung bekannt. Am Spätnachmittag des 28. Juni begab ich mich in die Vizekanzlei, Berlin, Vossstrasse 1, um mit dem Pressereferenten, Oberregierungsrat von Bose, zu sprechen. Im Vorzimmer traf ich Dr. Franz Mariaux. Er war gegen Mittag aus Paris, wo er Vertreter der [.Vossischen Zeitung](#) war, nach Berlin gekommen und in der Wohnung, in der Edgar Jung drei Tage zuvor verhaftet worden war, abgestiegen. Als ich ihn traf, hatte er noch keine Ahnung von der Verhaftung Jungs. Wir gingen gemeinsam zu Bose. Kurz zuvor hatte der Sohn des Reichspräsidenten, Oskar von Hindenburg, Papen aufgesucht. An der Unterredung hatte auch Bose teilgenommen. Bose berichtete uns, der Reichspräsident werde jetzt über die Übergriffe von Goebbels unterrichtet. Es sei vorgesehen, dass Papen am Samstag, dem 30. Juni, nach Neudeck fliegen werde.

Nach dem Gespräch mit Bose fuhr ich mit Mariaux in die Wohnung von Edgar Jung in Halensee, weil er die dort untergestellten Koffer abholen wollte. Ich bin nicht selbst mit in die Wohnung gegangen,

sondern habe hinter einem Gestrüpp an der nahegelegenen Kirche gewartet und den Hauseingang beobachtet. Nach etwa fünfzehn Minuten kam Mariaux wieder aus dem Hause – ohne Koffer, aber in Begleitung zweier Männer, die offenbar Gestapobeamte waren. Sie nötigten Mariaux, in ein bereitstehendes Auto zu steigen, und fuhren mit ihm davon.

Noch am selben Abend informierte ich Pechel und von Bose über die Festnahme des Journalisten. Am nächsten Tag machte mich Rechtsanwalt Dr. Heinemann aus Essen mit dem früheren Reichstagsabgeordneten Ernst Lemmer bekannt. Lemmer war damals Berichterstatter für Schweizer Blätter. Nachdem ich ihm die Ereignisse erzählt hatte, erklärte er sich bereit, sofort entsprechende Meldungen an seine Zeitungen durchzugeben. Tatsächlich berichteten am Morgen des 30. Juni, als die Welt noch keine Ahnung von der deutschen Bartholomäusnacht hatte, einige Zeitungen in Bern und Zürich über die Verhaftung von Edgar Jung und Franz Mariaux.

Diese durch Lemmer veranlassten Veröffentlichungen führten dazu, dass Genfer Journalisten und auch der Botschafter François-Poncet sogleich protestieren konnten, als Goebbels im Rundfunk bekanntgeben liess, durch Vermittlung eines Journalisten habe Schleicher landesverräterische Beziehungen zu den Franzosen aufgenommen. Der Protest des französischen Botschafters hatte den Erfolg, dass Mariaux noch im Laufe des 30. Juni aus der Gestapohaft in der Prinz-Albrecht-Strasse entlassen und der Kripo am Alexanderplatz überstellt wurde. Damit war sein Leben gerettet. Edgar Jung wurde in Lichterfelde erschossen.»

Männer von gestern

SCHWEIZER ZEITUNGEN boten mir auch Gelegenheit, über deutsche Politiker zu berichten, die bis vor Kurzem noch verantwortliche Stellungen eingenommen hatten, im neuen Staat jedoch von jeder öffentlichen Betätigung ausgeschlossen waren, weil sie als Verfemte galten. Das [«Luzerner Tagblatt»](#) und einige andere Blätter brachten am 1. Mai 1934 einen Artikel von mir, der sich mit diesen «Männern von gestern» befasste. Einzelne Passagen dieses Berichtes dürften auch heute noch von Interesse sein.

Über den früheren Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning schrieb ich:

«Er lebt als Gast in völliger Zurückhaltung von allen politischen Dingen bei den Benediktinern im bayerischen Kloster Ettal, nachdem er sein jahrelanges Domizil im Elisabeth-Krankenhaus hatte aufgeben müssen. Wie es heisst, beschäftigt sich Brüning... mit wissenschaftlichen, und zwar besonders historischen Studien; auf alle Fälle will er auf diese Weise offenbar jeder Berührung mit dem politischen Zeitgeschehen entgehen. Über die tragische Rolle, die dieser Mann in dem Schlusskampf um den Weimarer Staat geführt hat, wird der Historiker später noch manches schwerwiegende Wort zu sagen haben.»

Von Brünings früherem Fraktionskollegen, dem Prälaten Ludwig Kaas von der Zentrumspartei, wusste ich damals zu berichten, dass er in päpstliche Dienste getreten war und als Protonotar beim Abschluss des Konkordates mitgewirkt hatte.

«Zwei Reichswehrminister wohnen nicht weit voneinander. General Groener hat seinen Sitz in dem Berliner Vorort Dahlem aufgeschlagen, froh, der Last des Ministeramtes enthoben zu sein – sein früherer Staatssekretär und Übergangskanzler Schleicher residiert, allen anderslautenden Gerüchten zum Trotz, nach wie vor in dem herrlichen Neubabelsberg bei Potsdam. Aufmerksam verfolgt er die politischen Geschehnisse, und ab und zu trifft man seine markante Figur auf einem Morgenritt im Grünewald.»

Wer hätte damals ahnen können, dass schon wenige Wochen darauf ein Kommando der SS in die Wohnung des Generals eindringen und ihn und seine Frau dazu über den Haufen schiessen würde?

Der Geheimrat Hugenberg hatte bei Abfassung meines Artikels bereits resigniert.

«Leise grollend sitzt Herr Hugenberg, schon lange nicht mehr ‚Herr über Presse und Film‘, auf seinem Gut in Nordwestfalen. Da er es anscheinend nicht übers Herz bringen konnte, zur Eröffnung des am 12. November 1933 gewählten Reichstages, dem auch er immerhin noch angehört, am 30. Januar dieses Jahres nach Berlin zu kommen, so ist es lange her, dass man ihn in Berlin gesehen hat. Es ist so lange her, dass die Nennung seines Namens nur noch wie eine Erinnerung an längst vergangene Zeiten klingt, und doch ist kalendermässig erst wenig mehr als ein Jahr vergangen, dass Alfred Hugenberg nach fünfzehnjährigem erbittertem Kampf gegen die Weimarer Republik endlich an das Ziel seiner innigsten Sehnsucht, nämlich in den freilich recht kurzfristigen Besitz der Macht, gekommen war.»

Von Carl Severing konnte ich in diesem Frühjahr 1934 Besseres melden. «Er teilt seinen Wohnsitz zwischen Bielefeld und Dahlem. Still und zurückhaltend arbeitet er an der Aufzeichnung seines politischen Lebens. Auch auf nationalsozialistischer Seite erfreut sich dieser anständige und saubere Mann der Achtung; seit dem neuen Jahr bezieht er übrigens die ihm als ehemaligem preussischen Staatsminister gesetzlich zustehenden Übergangsgelder, die ihn für eine Reihe von Jahren von jeglicher wirtschaftlichen Sorge entbinden dürften. Es ist bemerkenswert, dass Severing im Verlauf der revolutionären Umwälzung des vergangenen Jahres jederzeit vollkommen unbehelligt geblieben ist, obwohl er immerhin als langjähriger preussischer Polizeiminister und zeitweilig auch als Reichsminister des Innern in besonders exponierter Form dem Nationalsozialismus gegenübergestanden hat.»

Thälmann und sein ungleich kultivierterer Parteifreund Torgler sassen damals im Gefängnis; der Chef der KPD sollte es nur noch einmal verlassen, um in das Konzentrationslager Buchenwald transportiert zu werden, wo er den Tod fand.

Meine Betrachtung in dem Schweizer Blatt schloss mit nachstehenden Sätzen: «Von nicht geringem Ausmass ist der politische Schichtwechsel im öffentlichen Leben des deutschen Volkes gewesen, seitdem die Braunhemden der SA an dem Winterabend des 30. Januar vorigen Jahres in Fackelzügen durch die Wilhelmstrasse marschiert sind. Hunderttausende von Männern des verflossenen Regimes sind gegangen, Hunderttausende neuer Männer des Nationalsozialismus sind gekommen. Solche revolutionären Umschichtungen sind mit mancherlei menschlichen Tragödien verbunden, an denen es auch ... nicht gefehlt haben dürfte. Dennoch kann heute schon festgestellt werden, dass die in Deutschland von solchem Schicksal betroffenen Menschen, die Existenz und Geltung verloren hatten, zum weitaus grössten Teil den Lebensmut nicht sinken liessen und irgendwie sich fähig zeigten, den Daseinskampf auf anderer Basis aufzunehmen.»

Wer hätte damals, zu Anfang des Jahres 1934, die Phantasie besessen, sich jene Schrecknisse auszumalen, die uns allen noch bevorstanden ...

Der Weg nach München

DIE EREIGNISSE jener Jahre vor dem grossen Sturm überstürzten sich geradezu; es war nicht verwunderlich, dass der Beobachter verwirrt und geblendet wurde. Kein Zweifel: Die Arbeitslosen verschwanden von den Strassen, die Wirtschaftskrise klang ab, Strassen wurden gebaut, in den Fabriken drehten sich wieder die Räder... Wie sollte der einfache Mann wissen, dass diese Blüte auf unsicherer Grundlage entstand, dass die Aufrüstung nur künstlichen Auftrieb brachte, dass die neue Regierung bedenkenlos Schulden machte, dass die Autarkiebestrebungen zu Devisenmangel führten? Das Ausland räumte dem neuen Staat moralischen Kredit ein. Zwar trat Deutschland bereits im Oktober 1933 wegen Nichterfüllung seiner Forderung nach militärischer Gleichberechtigung aus dem Völkerbund aus und nahm auch an den Abrüstungskonferenzen nicht mehr teil; andererseits aber machte Hitler einige geschickte Schachzüge: Im Januar 1934 schloss er einen Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrag mit Polen, im Juni 1935 ein Flottenabkommen mit England. Im geheimen jedoch rüstete er gewaltig auf. Die ausländischen Staatsmänner taten, als bemerkten sie nichts – auch dann noch, als die Wiederaufrüstung immer offenkundiger betrieben wurde.

Am 2. August 1934, wenige Wochen nach der Röhmer-Affäre, hatte der greise Feldmarschall des Weltkrieges die Augen geschlossen. Hitler proklamierte sich nun zum Führer und Reichskanzler, zum Oberhaupt des Deutschen Reiches. Am 19. August hiessen neunzig Prozent aller Wahlberechtigten in einer «Volksabstimmung» diesen Beschluss gut. Eine demokratische Meinungsäusserung war es nicht und sollte es unter diesem Regime auch nicht mehr geben.

Ein halbes Jahr danach, im Januar 1935, kehrte die Saar «heim ins Reich». Auch diesmal stimmten neunzig von hundert Wählern mit Ja. Das war eine echte nationale Entscheidung. Und im März schliesslich führte Hitler die allgemeine Wehrpflicht wieder ein; die Rüstungsbeschränkungen des Versailler Vertrages wurden von der Reichsregierung nicht mehr länger anerkannt. Die Aussenminister Frankreichs, Englands und Italiens erklärten auf der Konferenz von Stresa, die einseitige Aufhebung von Verträgen sei nicht zu billigen, und sie protestierten gegen die deutsche Aufrüstung. Das war aber auch alles, was geschah. Auch danach wurde noch oft protestiert, ja: protestiert.

Was im Saarland möglich gewesen war, musste auch in der Freien Stadt Danzig zu erlangen sein, die seit 1920 vom Reich abgetrennt war und dem Völkerbund unterstand: So wenigstens glaubte die nationalsozialistische Führung und mischte sich unter Missachtung der Danziger Verfassung im April 1935 in die Volkstagswahl des Freistaates. Goebbels, Göring und andere Prominente sprachen auf Wahlversammlungen, wozu sie überhaupt kein Recht hatten, denn Danzig war den internationalen Abmachungen zufolge Ausland. Das Ansehen des Völkerbundes wurde durch diese Wahlkomödie stark geschädigt.

Ich hielt mich damals einige Tage in Danzig auf, um für meine ausländischen Rlätter über diese Wahlen zu berichten. Der Ausgang wurde eine Überraschung. Kein Mensch, weder die Nationalsozialisten noch ihre Gegner, hatte damit gerechnet, dass die Hakenkreuzpartei so schlecht abschneiden würde. Die politische Bedeutung dieses Wahltages war gross. Die Braunen erhielten weniger als sechzig Prozent der Stimmen. Ihr Ziel war aber gewesen, mindestens siebenundsechzig Prozent zu gewinnen, um im neuen Volkstag über eine verfassungsändernde Zwei-Drittel-Mehrheit verfügen zu können. Deshalb war der alte Volkstag aufgelöst worden, in dem die Nationalsozialisten zwar mit einundvierzig unter zweiundsiebzig Abgeordnetensitzen eine genügend starke Mehrheit hatten, die indessen nicht ausreichte, in Danzig die totale nationalsozialistische Gleichschaltung vollziehen zu können. Aus diesem Grund war die Neuwahl erfolgt. Sie brachte den Hitler-Anhängern zwar einen Stimmenzuwachs, doch bei Weitem nicht den erwarteten. Dabei hatten die Nationalsozialisten alles Erdenkliche getan, um ihr Ziel zu erreichen: Auf Kosten der Reichsregierung hatte man achttausend Danziger, die verstreut im Reich lebten, zur Wahl in ihre Heimatstadt gebracht. Die Paladine Hitlers schreckten in ihren Versammlungsreden selbst vor massiven Angriffen gegen den Völkerbund nicht zurück. Rücksicht wurde nicht genommen, und dennoch war der Erfolg ausgeblieben.

Diesmal, im Jahre 1935 also, hatte Hitler das Problem Danzig noch nicht zu lösen vermocht. Es sollte nicht mehr lange dauern, und er würde sich anderer Mittel bedienen.

AM 30. SEPTEMBER und 1. Oktober 1938 nahm ich als Auslandskorrespondent an den Geschehnissen um das Münchener Abkommen teil. Es war die schicksalsschwere Konferenz zwischen Hitler, Mussolini,

Daladier und Chamberlain, die zu dem überraschenden Sudeten-Abkommen führte. England und Frankreich glaubten damals immer noch, durch eine Beschwichtigungspolitik, durch das Eingehen auf die Forderungen Hitlers, den Ausbruch eines Krieges verhindern zu können.

Es war ein bedeutsames Ereignis für mich, als Journalist Zeuge dieser Konferenz zu sein. Meinen Zeitungen berichtete ich darüber ebenso sachlich wie distanziert. Ich fasste meine Artikel zurückhaltend ab, denn ich empfand die Tragödie, die für das tschechische Volk mit diesem Abkommen eingeleitet wurde. Daladier und Chamberlain erklärten sich schliesslich unter dem Druck Hitlers – der in aller Form mit Krieg gedroht hatte – bereit, der Auslieferung der sudetendeutschen Randgebiete an das Deutsche Reich zuzustimmen.

Es hat mich damals schockiert, dass die westlichen Staatsmänner sich so schnell dem Willen des Diktators unterwarfen. Noch am selben Tag erfuhr ich von Freunden im Auswärtigen Amt, dass Hitler sich seltsamerweise enttäuscht über diesen glatten Erfolg seiner gross angelegten Konferenz geäussert hatte. Ihm wäre es lieber gewesen, diese vertragliche Regelung des Sudetenproblems wäre nicht zustande gekommen, weil er eine kriegerische Auseinandersetzung mit der von Masaryk und Benesch geführten tschechoslowakischen Republik vorgezogen hätte. («Sie haben mir meinen Einzug in Prag verdorben!» soll er ärgerlich gesagt haben.)

In der Nacht vom 30. September auf den 1. Oktober versuchte ich gemeinsam mit George Blun, dem Vertreter der Pariser Tageszeitung [«Le Journal»](#), in der Halle des Münchener Hotels «Vier Jahreszeiten» den uns beiden bekannten Ministerpräsidenten Edouard Daladier abzufangen. Uns war daran gelegen, zusätzliche Informationen zu erhalten. Gegen zwei Uhr endlich erschien Daladier völlig erschöpft in Begleitung eines Beamten des Quai d'Orsay, des Directeur Léger, dessen Aufgabenbereich etwa dem eines deutschen Staatssekretärs entsprach.

Daladier zeigte sich trotz seiner Ermüdung zu einem kurzen Gespräch bereit. Ich kannte ihn schon viele Jahre, denn wir waren während der Zeit der Weimarer Republik beide Mitglied der Arbeitsgemeinschaft der liberalen Parteien Europas gewesen: er als Repräsentant der Radikalsozialistischen Partei Frankreichs, ich als Vertreter der Deutschen Demokratischen Partei. Da mein Kollege George Blun den

Ministerpräsidenten ebenfalls gut kannte, kam es zu einer freimütigen Aussprache. Wir suchten zu erfahren, aus welchem Grunde Frankreich und Grossbritannien sich den Bedingungen Hitlers gefügt hätten. Daladier äusserte sich zunächst zurückhaltend, dann aber fragte er unverblümt:

«Mein lieber Freund, was sollten denn Chamberlain und ich machen? Wie wir jetzt zu Hause aufgenommen werden, das ist natürlich eine andere Frage. Wir konnten aber nicht anders. Es ging doch darum, dass dreieinhalb Millionen Deutsche in den Randgebieten der Tschechoslowakei nun einmal mit den übrigen Deutschen in einem Staat zusammenleben wollen. Ich bin mit Chamberlain der Meinung, dass wir gegen den Vollzug des Selbstbestimmungsrechts einer grossen deutschen Bevölkerungsgruppe, die bis jetzt noch zu der Tschechoslowakischen Republik gehört, keinen Weltkrieg auslösen durften. Das wäre keine moralische Rechtfertigung gewesen. Wenn es einen anderen Konflikt von schwerwiegenderer Art gegeben hätte, bei dem ein fremdes Volk in Mitleidenschaft gezogen worden wäre, dann hätten wir – darauf können Sie sich verlassen – ohne Rücksicht auf die Konsequenzen nein gesagt. Mein Freund, ich wiederhole: Es ging um das Selbstbestimmungsrecht eines geschlossenen Bevölkerungsteils in einem geschlossenen Siedlungsgebiet. Wir als Demokraten können das nicht einfach ignorieren oder uns so verhalten, wie es uns gerade opportunistisch passt. Wir müssen in solchen ernststen Fragen die Grundsätze unserer Ideologie beachten.»

Daladier, der mit grosser Lebendigkeit sprach – anscheinend, um sein Gewissen zu beruhigen –, wandte sich nun zu dem einen Kopf grösseren Léger und fragte, als suche er eine Bestätigung seiner Worte: «N'est-ce pas, Léger, c'est la vérité?»

Léger schwieg.

George Blun und ich verstanden, dass zwischen der Auffassung der traditionellen Berufsdiplomatie und der Politik des französischen Regierungschefs eine deutliche Differenz bestand. Mit Erschütterung hörte ich schon wenige Wochen später die Rede Hitlers in Saarbrücken, in der er sich von seinen soeben erst eingegangenen Verpflichtungen aus dem Münchener Abkommen lossagte. Weder Chamberlain noch Daladier hatten voraussehen können, dass Professor Hacha, der Nachfolger Masaryks, in der Nacht vom 14. auf den 15. März 1939 unter

der Nerven- und Seelenmassage Hitlers und Görings in Berlin zusammenbrechen und zustimmen würde, Prag durch deutsche Truppen besetzen zu lassen.

Das konnte von den Franzosen und Engländern nun nicht mehr hingenommen werden. Sie kündigten zwar nicht sofort das Münchener Abkommen auf, sprachen auch nicht öffentlich von Krieg, doch sie gaben nun unzweideutig zu verstehen, dass sie sich eine derartige Herausforderung nicht mehr gefallen lassen würden. In Voraussicht auf kommendes Geschehen wurden mit dem nunmehr beunruhigten Polen Beistandspakte abgeschlossen, obwohl bis dahin zwischen Berlin und Warschau nahezu freundschaftliche Beziehungen bestanden hatten. Der Zweite Weltkrieg warf seine Schatten voraus.

Der Pakt mit dem Kreml

IM JAHRE 1939 war es dem kritischen Zeitgenossen klar geworden, dass Hitler der Entspannung mit Sowjetrußland bedurfte, um einen Schlag gegen Polen führen zu können. Ich erinnere mich der Willkommensfeier für die Legion Condor im Berliner Lustgarten. Diese Freiwilligentruppe hatte im spanischen Bürgerkrieg gegen Kommunisten gekämpft und wurde nun mit der üblichen Goebbels-Regie von Hitler begrüßt.

Alle Welt erwartete bei dieser Gelegenheit eine neue leidenschaftliche Philippika des deutschen Regierungschefs gegen den Weltkommunismus oder gar gegen die Sowjetunion. Sie blieb zum allseitigen Erstaunen aus. Hitler sprach nur anerkennende Worte über das tapfere Verhalten der Truppen; er erging sich in Ausführungen über die Ehre des deutschen Soldatentums und lenkte politisch ab. Der Kommunismus wurde überhaupt nicht erwähnt.

Neben mir stand ein Kollege namens Robeson, Vertreter der Londoner «Times». Er beherrschte die deutsche Sprache, hätte also eigentlich bemerken müssen, wie sensationell diese Rede Hitlers wirken musste, doch ihm war nichts aufgefallen. Als ich ihm sagte, dass es zwischen Hitler und Stalin wohl bald zu einer Annäherung kommen werde, sah er mich fassungslos an. An eine solche Möglichkeit dachte er nicht im Traum. Soweit ich weiss, hat er nicht gewagt, seiner Zeitung auch nur eine Andeutung in dieser Richtung zu machen.

Wenige Wochen später wurden die Kriegsvorbereitungen immer deutlicher; die neue Propagandawelle, die jetzt angelaufen war, erweckte den Eindruck, dass es nach Lage der Dinge in Kürze zu einem grossen Krieg kommen müsse, nachdem Engländer und Franzosen sich verpflichtet hatten, Polen im Falle eines Angriffs der Deutschen militärisch beizustehen.

Hitler brauchte die Entspannung mit Moskau. Zwar galt die Sowjetunion seit der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten als Feind Nummer eins, doch diese Einstellung zählte nun nicht länger. Der Abschluss dieser Entwicklung, die zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges geführt hat, war dann auch folgerichtig der Vertrag, den Ribbentrop in der Nacht zum 23. August 1939 im Kreml abschloss. Die Nachricht schlug in den Hauptstädten der westlichen Welt, aber auch in Berlin für die darauf völlig unvorbereitete Bevölkerung wie eine Bombe ein. Der Hitler-Stalin-Pakt war die Overtüre zum grossen Krieg. Die ersten Anzeichen für die Hinwendung Hitlers nach Osten waren erstmals bei dem Empfang der Legion Condor offenbart, doch nicht erkannt worden.

Hjalmar Schacht

IM SOMMER 1940 wurde ich auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin Zeuge einer interessanten Szene. Hitler stand nun auf dem Gipfel seiner dämonischen Macht: Die deutschen Truppen hatten nach einem sechswöchigen Blitzfeldzug Frankreich niedergeworfen. Als Triumphator kehrte Hitler im Stile eines Cäsars in die Reichshauptstadt zurück. Das repräsentative Berlin empfing ihn auf dem Anhalter-Bahnhof. Unter den Angehörigen des Kabinetts befand sich auch Hjalmar Schacht, der zu jener Zeit Minister ohne Geschäftsbereich war. Die «Notablen» hatten sich etwa der Körpergrösse nach in Reih und Glied aufgestellt; Schacht gab demnach den rechten Flügelmann ab. Ich beobachtete, wie Hitler seinem Salonwagen entstieg und – als werde er von einem Magneten angezogen – auf Schacht zuging, wobei er alle andern zunächst ignorierte. Er machte eine herrische Geste und fragte den Finanzmann mit einer Stimme, der man den unbändigen Stolz anhörte:

«Nun, Herr Schacht, wer von uns beiden hat recht behalten?»

Schacht hatte vor der Entfesselung eines Krieges gewarnt. Was jetzt bei den Worten des Diktators in seinem Kopf vorging, konnte ich nur erraten.

Ich wusste von ihm, dem langjährigen Reichsbankpräsidenten der Weimarer Republik und zeitweilig unter Hitler, aus persönlicher Kenntnis, dass er ein bedeutender, aber überaus schwieriger Mann war. Sein Eigensinn konnte ihn jederzeit in Konflikte bringen. Doch Schacht war ein Finanzmann von aussergewöhnlichem Format; schade, dass er in politischen Dingen rechthaberisch blieb. So legte er denn einen recht seltsamen Weg zurück: Im Jahre 1918 gehörte er zu den Mitbegründern der Deutschen Demokratischen Partei, und im Jahre 1932 gesellte er sich dem Führer der NSDAP zu. Nationalsozialist ist er seiner Herkunft und Gesinnung nach niemals gewesen. Auch noch während der NS-Zeit hatte ich zuweilen die Gelegenheit zu einer offenen Aussprache mit ihm. Ich weiss daher, wer Schacht war und was er dachte. Dennoch hat er ungewollt dazu beigetragen, die Weimarer Demokratie zu erschüttern, was ihn auf die Anklagebank im Nürnberger Prozess führte. Das Tribunal der Sieger musste ihn jedoch freisprechen.

Die Szene im Anhalter Bahnhof bedarf im Übrigen noch einer Anmerkung: Auf dem Platz vor der Station erwartete eine jubelnde Menschenmenge den unfehlbaren Führer. Zu den über alle Massen begeisterten Leuten zählten auch die Arbeiter eines benachbarten Unternehmens, die früher als ganz besonders radikale Kommunisten bekannt gewesen waren.

Der Überfall auf die Sowjetunion

VOR AUSBRUCH des folgenschwersten Feldzuges Hitlers, dem Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941, erfuhren viele Angehörige von Soldaten, dass ganze Armeen aus dem Westen und der Heimat an die östlichen Grenzen des deutschen Machtbereichs, bis nach Brest-Litowsk und Lemberg, verlegt wurden. Hitler hatte der Sowjetunion Estland, Lettland und Litauen geopfert und liess sich nun, unbekümmert um alle traditionellen Sorgen des Generalstabes, es nicht wieder auf einen Zwei-Fronten-Krieg ankommen zu lassen, zu der längst von ihm geplanten Auseinandersetzung mit der Sowjetunion hinreissen.

In der Woche vor dem 22. Juni gab es keinen Inlands- und Auslands-korrespondenten in Berlin (vielleicht mit Ausnahme der Russen), der nicht gewusst hätte, dass der Angriff auf Russland noch im Monat Juni erfolgen würde. Viele kannten sogar den genauen Termin. Ich wurde in jenen Tagen Zeuge eines aufschlussreichen Gesprächs zwischen amerikanischen und sowjetischen Journalisten.

Die Sowjets waren nach dem Freundschaftsabkommen vom 23. August 1939 in grosser Zahl nach Berlin gekommen. Ihr wichtigster Vertreter war Filipoff, der Korrespondent der Nachrichtenagentur TASS. Beim Verlassen einer Pressekonferenz in der Wilhelmstrasse fragte nun einer meiner amerikanischen Freunde den russischen Journalisten:

«Nun, seid ihr denn auch vorbereitet?»

Der Korrespondent von TASS fragte ganz erstaunt zurück:

«Worauf denn?»

«Na, ihr seid doch jetzt an der Reihe. Ihr seid in den nächsten Tagen dran und müsst euch auf allerhand gefasst machen. Die Leute in meiner Botschaft sind fest davon überzeugt. Sie haben allen Grund zu der Annahme, dass Hitler in wenigen Tagen den Krieg mit euch beginnen wird.»

Die Antwort Filipoffs bleibt mir unvergesslich:

«Sie sind ein Provokateur! Sie wollen das gute Verhältnis zwischen uns und den Deutschen durch die Ausstreuung solcher Gerüchte stören.»

Diese Worte des TASS-Korrespondenten bestätigten die Erkenntnisse der historischen Forschung, wonach die sowjetische Regierung es einfach nicht für möglich halten wollte, dass Hitler auch noch die Torheit begehen werde, ihr Land anzugreifen. Nun, er beging diese Torheit.

Am Abend des 21. Juni wurden alle Auslandsjournalisten zu einer auf drei Uhr nachts angesetzten Pressekonferenz in das Auswärtige Amt geladen. Wir wussten, was uns bekanntgegeben werden sollte: die Eröffnung der Feindseligkeiten gegen die Sowjetunion. Aber auch jetzt noch waren die sowjetischen Vertreter die einzigen, die nicht daran glauben wollten. Der sowjetische Botschafter Dekanosow hatte, wie ich im Auswärtigen Amt erfuhr, vor etwa einer Woche um einen Termin bei Aussenminister von Ribbentrop gebeten, um sich über kleinere Grenzverletzungen zu beschweren. Entgegen jeder Übung liess man ihn Tag um Tag ohne Bescheid. An jenem Abend wurde er auf zwei

Uhr nachts in das Auswärtige Amt eingeladen: Ribbentrop erwarte ihn um diese Stunde.

Botschafter Dekanosow fuhr ahnungslos mit seinem Wagen in der Wilhelmstrasse vor, wunderte sich über die kühle Atmosphäre, die ihn empfing, und stand schliesslich einem völlig verwandelten Ribbentrop gegenüber, der ihm nicht einmal die Hand reichte. Gemäss den Instruktionen seiner Regierung begann der Botschafter seine Beschwerden vorzutragen. Ribbentrop schnitt ihm sogleich das Wort ab und erwiderte kurz und bündig, er habe ihm von einer Note Kenntnis zu geben, die der deutsche Botschafter, Graf von der Schulenburg, zur nämlichen Stunde im Aussenkommissariat des Kremls überreiche.

Dann verlas Ribbentrop die Note mit der Kriegserklärung und liess durchblicken, dass die Kampfhandlungen zu diesem Zeitpunkt bereits begonnen hätten. Von einem Teilnehmer dieser gespenstischen nächtlichen Szene habe ich wenige Tage später erfahren, dass der sowjetische Botschafter trotz seiner tiefen Bestürzung die Nachricht schweigend zur Kenntnis nahm und dann – ohne jede Gemütsregung zu zeigen – die todernste Antwort gab:

«Das werden Sie noch einmal bedauern.»

Sodann verliess er das Auswärtige Amt wortlos. Am nächsten Tag reiste er in einem Sonderzug über Südeuropa in die Sowjetunion zurück.

Die Berliner Auslandskorrespondenten waren äusserst erregt. Am frühen Sonntagmorgen standen wir noch zwei Stunden lang in der Wilhelmstrasse, denn abgesehen von den Agenturen, die Tag und Nacht senden konnten, hatten die Journalisten noch Zeit genug. Sonntags erschienen ja keine Zeitungen. Alle entscheidenden Aktionen Hitlers fanden übrigens samstags statt, weil er sich dadurch einen Überraschungseffekt versprach.

Mit meinen Freunden Dr. Urs Schwarz, dem Korrespondenten der [«Neuen Zürcher Zeitung»](#), mit dem ich für dieses bedeutende Weltblatt zusammenarbeitete, und dem späteren stellvertretenden Botschafter Dänemarks in Bonn, Dr. Helge Knudsen, damals Vertreter von [«Berlingske Tidende»](#), Kopenhagen, ging ich in den Tiergarten. Inzwischen war der Tag angebrochen, und aus den Arbeiterquartieren Moabits kamen die ersten Bürger. Sie hatten ihr Frühstück mitgebracht, ihre Thermosflaschen mit Kaffee (sofern man den Inhalt noch Kaffee nennen konnte), und wir alle erlebten den Beginn eines herr-

lichen Sommertages. Alle diese Menschen waren noch arglos; keiner dieser friedlichen Berliner ahnte, dass die schlimmste Tragödie des Zweiten Weltkrieges soeben begonnen hatte. Für uns drei – wir sind alle noch am Leben – bestand an diesem Morgen kein Zweifel daran, dass dieser Entschluss Hitlers, der fürchterlichste Irrtum seines Lebens, Blut und Tränen über diese unschuldigen und friedfertigen Menschen, über uns alle, bringen würde.

Auslandskorrespondent im Zweiten Weltkrieg

MEIN ARBEITSPLATZ in den Jahren der NS-Zeit war das Büro der [«Neuen Zürcher Zeitung»](#) in der Zimmerstrasse 79. (Das Haus steht noch; heute gehört es der Ostzonen-CDU.) Nach Beginn des Krieges besuchten mich dort mehrfach Beamte der Geheimen Staatspolizei; sie verwickelten mich in umständliche Gespräche, ohne mir dabei zu sagen, was sie eigentlich von mir wollten. Ich fand diese Unterhaltungen äusserst unangenehm, da ich ja nicht wissen konnte, mit welchem Ergebnis sie enden würden. Wer erst einmal im Gewahrsam der Gestapo in der Prinz-Albrecht-Strasse war, kam meist so schnell nicht wieder frei – das lehrten die Erfahrungen, die viele Freunde hatten machen müssen.

Wie alle andern in diesem Haus Beschäftigten musste ich alle vierzehn Tage Luftschutz-Nachtdienst verrichten. Gewöhnlich leistete mir dabei mein Schweizer Kollege Eduard Geilinger Gesellschaft. Als jedoch die schweren nächtlichen Luftangriffe begannen, zog er es vor, die Berliner Innenstadt bei Anbruch der Dunkelheit zu verlassen und in meine Wohngemeinde Klein-Machnow überzusiedeln, wo er in einem Nachbarhaus Unterkunft fand. Ich konnte ihm das nicht Übelnehmen, denn schliesslich hatte er als Schweizer Bürger ja nicht die Aufgabe, im Berliner Bombenkrieg den Heldentod zu suchen.

Im Winter 1943-1944 habe ich im Keller dieses massiv gebauten Hauses viele schwere Luftangriffe erlebt. Oft glaubten wir, das Gebäude müsse jeden Augenblick über uns einstürzen und waren, als endlich die Entwarnungssirenen heulten, erstaunt, dass es immer noch stand und wir noch heil waren.

In diesem Luftschutzraum hatten wir natürlich Drahtfunk, der uns über den Verlauf der Luftoperationen unterrichtete. Im Übrigen be-

schäftigten wir uns mit dem Kartenspiel, was meine Nerven beruhigte. Zu den Spielern gehörte mitunter auch der Geheime Legationsrat Katzenberger, der im dritten Stockwerk des Hauses sein Büro hatte.

Während der Weimarer Zeit war Katzenberger im Dienst des Auswärtigen Amtes beschäftigt gewesen. Damals hatte ich ihn als Mitglied der Zentrumspartei kennengelernt. Er war ein Mann von ungeheurer Energie. Ich zähle ihn zu den besten Freunden meines Lebens. Er besass nur noch einen Arm, was ihn beim Skatspiel freilich nicht behinderte: Er hatte eine ganz spezielle Fähigkeit entwickelt, seine Karten zwischen zwei Bücher zu stecken, so dass er genau so flott mit ihnen hantieren konnte wie wir andern, die im glücklichen Besitz beider Hände waren. Manchmal dauerten solche Sitzungen Stunden, denn die Entwarnung wollte und wollte nicht kommen.

Nach der Machtergreifung Hitlers hatte der Reichsaussenminister von Neurath, der selber kein wirklicher Nationalsozialist war, Katzenberger zu verstehen gegeben, dass er ihn wohl kaum noch lange werden halten können, da er nicht der NSDAP angehörte und auch keinen Versuch unternahm, in die Partei einzutreten. Neurath schlug Katzenberger, dessen lauterer Charakter er schätzte, deshalb vor, einen relativ sachlichen Informationsdienst für Auslandszeitungen zu gründen, der mit Geldern des Auswärtigen Amtes unterstützt werde. Katzenberger nahm diese Offerte an; so wurde er der Verlagsleiter dieses Unternehmens, dessen Chefredakteur Georg Dertinger hiess. Nach dem Krieg war er einer der Gründer der überkonfessionellen CDU in Berlin; ausserdem leitete er das CDU-Organ «Neue Zeit», das noch heute existiert, allerdings ist es längst kommunistenhörig geworden. Katzenberger war jedoch durch schwere familiäre Kümernisse ein anderer Mensch geworden. Er verliess Berlin schon bald und stellte sich Karl Arnold, dem von den Engländern berufenen ersten Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, zur Verfügung. Später wurde er Direktor des Bundesrates in Bonn, den er mit seinem grossen organisatorischen Geschick ausbaute. Seine letzte Tätigkeit war die des Botschafters in Dublin; in diesem Amt ist er wohl auch gestorben. (Seine Bemühungen um einen Botschaftsposten auf dem Kontinent schlugen fehl, denn sein Verhältnis zu Adenauer war nicht gerade gut; der damalige Bundeskanzler wollte ihn möglichst weit fort haben, denn er befürchtete vermutlich, Katzenbergers Einfluss könne ihm in seinem politischen Freundeskreis abträglich werden.)

MIT DEM AUSBRUCH des Krieges hatte die Berichterstattung eines Auslandskorrespondenten an Reiz und Spannung verloren. Es wurde immer schwieriger, den Redaktionen interessantes Material zu liefern. Die Informationspolitik des Regimes war nicht engherzig, natürlich aber zumeist darauf aus, Zweckgerüchte in die Welt zu setzen. In den ersten Kriegsjahren herrschte die Tendenz vor, die Alliierten durcheinanderzubringen, Misstrauen auszustreuen und Zwietracht zu säen. Die Gegner Hitlers machten es nicht anders. Ich glaube indessen nicht, dass die neutralen Pressekollegen, aber auch die Vertreter aus verbündeten Ländern, auf derlei Manipulationen hereinfließen. Sie hatten längst ihre Erfahrungen gemacht und wussten die Spreu vom Weizen zu trennen.

Wir hatten also kaum etwas anderes zu tun, als das uns mehr oder weniger reichlich dargebotene Material über das militärische Geschehen zu bearbeiten. Die bei den Konferenzen für Auslandskorrespondenten auftretenden Presseoffiziere erweckten ebenso wie einzelne Beamte der Auslandspresseabteilung des Auswärtigen Amtes und des Propagandaministeriums manche Sympathien, denn sie verhielten sich fair. Man hielt sich natürlich gewissenhaft an die für die Pressearbeit vom Oberkommando der Wehrmacht abgesteckten Regeln, doch man tat dies auf eine kluge Art, indem man im eigenen Interesse bei den Verlautbarungen über militärische Operationen einigermassen nüchtern, möglichst bei der Wahrheit blieb. Bis Dezember 1941 waren ja noch die vielen routinierten amerikanischen Korrespondenten in Berlin, und es war deshalb für die amtlichen Stellen klüger, glaubhafte Angaben zu machen.

Mein amerikanischer Freund Louis P. Lochner erzählte mir bei einem Deutschlandbesuch während der Adventszeit 1967, dass er wohl der einzige Auslandskorrespondent gewesen sein dürfte, dem Einblick in die Organisation der Pressezensur beim Oberkommando der Wehrmacht gewährt worden sei. Die Liberalität der Handhabung habe ihn erstaunt. Auch ich war verblüfft, denn es dürfte in kaum einem andern kriegführenden Lande denkbar gewesen sein, dass jeder akkreditierte Auslandsjournalist ohne Vorzensur seine Tagesmeldung telefonisch durchgeben konnte. Das war meiner Ansicht nach ein kluges System, weil deswegen die Verantwortung besonders schwer empfunden werden musste, denn die Nachzensur war desto gründlicher.

Mit Respekt und Dankbarkeit muss ich der vielen Kollegen gedenken,

die als Auslandskorrespondenten während der Nazizeit in Berlin tätig waren. Ich durfte als Deutscher Mitglied des «Vereins der Ausländischen Presse» sein, dessen Präsident mein soeben genannter Freund Lochner war. In diesem Kreis herrschten wahre Kameradschaft und gegenseitiges Vertrauen, denn jeder wusste, was er vom andern zu halten hatte. Besonders nahe standen mir meine Schweizer Kollegen, die zu echten Freunden wurden, wie Dr. Reto Caratsch, Dr. Eduard Geilinger, Max Schnetzer. Von den Amerikanern nenne ich neben Lochner: Guido Enderes und Tolischuss, von den Holländern: Jan Stoffels und Benz, von den Dänen: Dr. Helge Knudsen und Jacob Kronika, von Schweden: Christ Jäderlund, von den Engländern: Williams, Robieson und Abbot von der «Times»; der Name des Kollegen vom «Manchester Guardian» war Charles Lambert. Auch mit den Franzosen Louis Suess, dem schon erwähnten George Blun und vor allem mit Paul Ravoux, aber auch mit polnischen, tschechoslowakischen, italienischen und ungarischen Kollegen konnten gute menschliche Beziehungen gepflegt werden, bis die Katastrophe begann.

Alle diese Männer taten ihre Pflicht: Sie berichteten unbestechlich über die Vorgänge in Deutschland. Trotz der gespannten politischen Situation jener Jahre blieb die Atmosphäre sauber. Die Auslandsreferenten auf beiden Seiten der Wilhelmstrasse, die mit der Auslandspresse zu tun hatten, trugen dazu bei.

IN DEN ERSTEN KRIEGSJAHREN jagte eine Erfolgsmeldung die andere; nach 1941 änderte sich dies freilich sehr. Dass die deutsche Offensive vor Moskau gescheitert war, wurde in den Kommentaren für das Ausland zugegeben, während die bedauernswerten Inlandsredaktionen sich mit hinhaltenden Redensarten abfinden mussten. Die Tragödie von Stalingrad hingegen wurde auch in der Informationspolitik erst viel später angedeutet. Die amtlichen Presseinstanzen mussten unrichtige Darstellungen geben, denn Hitler hatte für längere Zeit alle Quellen verschliessen lassen, so dass beispielsweise selbst das Auswärtige Amt grosse Mühe hatte, über seinen Verbindungsmann im Hauptquartier erst allmählich Kenntnis von der ganzen Katastrophe zu erhalten. Die Wirkung auf die Berufsdiplomaten war enorm; sie hörten auf, sich noch weiterhin Illusionen hinzugeben. Jedoch weder von ihnen noch von den hohen Militärs wurden die damals noch möglichen Konsequenzen gezogen. Die Ereignisse des 20. Juli 1944 wären vermutlich zu spät er-

folgt – selbst wenn das Attentat geglückt und nicht fehlgeschlagen wäre.

Die erfolgreiche Invasion Anfang Juni in der Normandie bezeichnete dann wirklich den Anfang vom Ende; was danach noch geschah, war das furchtbare Schauspiel des nationalen Selbstmordes. Dass der Krieg verloren war, vermochte kein vernünftiger Mensch in den Stäben mehr zu übersehen, dennoch verschlossen die Verantwortlichen die Augen vor der bitteren Wahrheit. Zehntausende von Soldaten starben einen sinnlosen Tod an den Fronten, Zehntausende von Zivilisten kamen im Bombenhagel um, der jetzt Tag und Nacht über Deutschland nieder ging. Keine Feder kann beschreiben, was die Bevölkerung erleiden musste.

Im Februar 1945 musste ich wieder einmal auf dem Weg zu meinem Büro in der Zimmerstrasse Zuflucht im Keller des Columbushauses am Potsdamer Platz suchen; amerikanische Bomber dröhnten über die Stadt hinweg. In diesen Schutzräumen war eine Funkstation der Luftwaffe untergebracht. Bruchstückweise konnte ich einiges über den Luftangriff aufschnappen. Ehe die Entwarnung einsetzte, wurde bekannt, dass ganz in unserer Nähe, in der Bellevuestrasse, das provisorische Gebäude des «Volksgerichts» Volltreffer erhalten hatte, wobei der berühmte Roland Freisler ums Leben gekommen war. Der Eindruck dieser Nachricht auf Soldaten und Zivilisten war bemerkenswert: Für einen Moment schien ein Bann gebrochen. Keiner verbarg vor dem andern seine Genugtuung – wenn auch ohne Worte – über das Ende dieses Blutrichters des NS-Regimes.

Die Auslandskorrespondenten, die zum grössten Teil Hitlers Weg zur Macht verfolgt hatten und Zeugen des scheinbaren Aufblühens Deutschlands gewesen waren – sie erlebten nun auch den schauerlichen Zusammenbruch seiner Politik und das Inferno, in welches das Deutsche Reich und die Welt gestürzt wurden. Die erschütternden Erlebnisse dieser Jahre gingen nicht spurlos an ihnen vorbei.

Goebbels und der totale Krieg

GOEBBELS WAR – das wird wohl niemand bestreiten wollen – ein Meister der demagogischen Verführung. Er kannte die Seelenregungen der Waschfrau ebensogut wie die des Universitätsprofessors. Er verfügte

über eine rege Phantasie und war sicherlich an allen Untaten der Diktatur intellektuell entscheidend beteiligt.

Der Judenhass des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda zeigte zwar nicht das grobe Kaliber eines Julius Streicher, aber er hatte in dieser Hasswelle zumindest ein treffliches Kampfmittel zur Fanatisierung der Massen des Inlandes und des Auslandes erkannt. Man darf ja doch nicht übersehen, dass in manchen Ländern innerhalb gewisser Kreise ein latenter Antisemitismus lebendig war und ist. Viele Propagandadummheiten des Regimes, die in der Welt die Auswirkungen des Nationalsozialismus durchsichtiger und abschätzbarer machten, kamen weniger aus seinem Machtbereich. Propaganda machte ja jeder, doch die aus der Goebbelschen Küche stammende sollte sich einige Jahre lang als weitaus wirksamer bei Nichtdeutschen als bei unserem Volk erweisen.

Ich habe die Gefährlichkeit des Dr. Joseph Goebbels schon früh erkannt. Seine skrupellosen Artikel, die er damals noch im «Angriff» erscheinen liess, zeugten von einem unleugbaren journalistischen Talent, und er war wohl auch ein ungewöhnlich eindringlicher Schriftsteller. Dennoch glaube ich nicht, dass seine propagandistische Begabung solche weitreichenden Erfolge gezeitigt hätte, wenn sein Auftreten nicht mit der Entwicklung des Rundfunks zusammengefallen wäre. Der Machtantritt der Nationalsozialisten erfolgte etwa gleichzeitig mit der Entfaltung des Hörfunksystems für die breite Öffentlichkeit. Folgerichtig liess Goebbels einen «Volksempfänger» konstruieren, der nur auf die kontrollierten Sender eingestellt war und den Empfang ausländischer Programme nicht gestattete.

Seine wahnwitzige und zynische Rede im Sportpalast nach dem Debakel der deutschen Offensive vor Moskau hat in der Bevölkerung das Bild entstehen lassen, man habe vor der russischen Hauptstadt haltmachen müssen, weil der «General Winter» zu früh erschienen sei: Man wolle die Einnahme Moskaus, die ja gewiss sei, nicht mit zu grossen Verlusten erkaufen. Es gelte lediglich, Winterstellungen zu beziehen, und nun sei es die Pflicht des deutschen Volkes, in dieser unerwarteten Situation mitzuhelfen. Damals fielen unsere Soldaten zu vielen Tausenden der über Nacht hereingebrochenen schrecklichen Kälte zum Opfer, weil sie ohne Winterkleidung kämpfen mussten. Dieses Unheil vor den Toren Moskaus wird einmal in der Geschichtsschreibung als die eigentliche Wende des Krieges bezeichnet werden.

Bis in die letzten Dörfer hinein liess Goebbels Sammelstellen einrichten, um das Volk aufzurufen, Wollsachen für die Soldaten zu spenden. Dabei ging es ihm natürlich keineswegs nur um diese Winterausrüstung; er wollte vielmehr von der Moskauer Misere ablenken. Die Wollkleidung hätte er leicht auch durch die Beschlagnahme von Warenlagern der Textilindustrie beschaffen können. Aber Goebbels dachte an die Jahre 1812 und 1813, als die Bevölkerung Preussens aufgerufen wurde, ihre Gold- und Silbersachen auf dem Altar des Vaterlandes zu opfern – «Gold gab ich für Eisen». Es gelang ihm denn auch in der Tat, durch seinen Appell an den Patriotismus das Volk von einer der schicksalhaften Katastrophen des Krieges abzulenken; dennoch sickerte natürlich bald die Wahrheit über die Lage an der Ostfront durch, als Verwundete und Urlauber heimkamen. Bis heute sind keine genauen Zahlen darüber bekannt geworden, wie viele Hunderttausende in jenem Winter mit erfrorenen Gliedmassen in Verwundetenzügen nach Hause geschafft und wie viele für den Rest ihres Lebens zu Amputierten wurden.

Den Zenit seiner finsternen Karriere erreichte Goebbels am 18. Februar 1943 mit der demagogischsten aller seiner Reden. In Stalingrad hatten sich die Reste der geschlagenen 6. Armee ergeben müssen. Der Krieg wurde nun von jedem eingeweihten Ausländer und jedem einsichtigen Militär in unserem eigenen Lande für verloren gehalten. Aber Goebbels brachte kraft seiner diabolischen Suggestion die Massen dazu, sich für den totalen Krieg zu erklären – allerdings war die Zuhörerschaft sorgfältig ausgesucht worden.

Der Berliner Sportpalast glich an jenem frühen Abend einem Hexenkessel. Goebbels ergriff sogleich das heisse Eisen: Stalingrad. Dieser tragische Schicksalsschlag habe das deutsche Volk «geläutert»; nun wisse es die «grausame Wahrheit». Dieses Opfer sei indessen nicht umsonst gewesen: «Warum, das wird die Zukunft beweisen», orakelte er düster. Dann entwarf er ein schauriges Bild der Zukunft, falls es dem deutschen Volk nicht gelänge, sich in seinem Schicksalskampf zu behaupten: «Eine zweitausendjährige Aufbauarbeit der abendländischen Menschheit ist in Gefahr», wenn der «Ansturm der Steppe unseren ehrwürdigen Kontinent» überrolle. Doch der Reichsminister für Propaganda wusste das Gegenmittel: «Der Radikalste ist heute eben radikal, und das Totalste ist heute eben total genug», weshalb es nun endlich an der Zeit sei, Schluss mit aller «bürgerlichen Zimmerlichkeit» zu machen.

Den Tausenden, die ihm dabei lauschten, kam nicht in den Sinn, dass die bisherigen Kriegshandlungen ja wohl nicht gerade als besonders zimperlich angesehen werden konnten: Sie gerieten in einen Paroxysmus ohnegleichen. Als Goebbels ihnen zurief: «Wollt ihr den totalen Krieg», da brüllten sie wie rasend: «Jaaa!» Und auf die Frage: «Wollt ihr alle Entbehrungen auf euch nehmen, um mit den Weltfeinden unseres Volkes endlich abrechnen zu können?», hallte ihm wiederum ein hemmungsloses «Jaaa!» entgegen. Wenn Goebbels gefragt hätte: «Wollt ihr, dass man euch noch heute Nacht samt und sonders als Blutzegen für den deutschen Sieg umbringt?» – vielleicht hätten die wie Trunkenen auch dazu begeistert «Jaaa!» geschrien.

Genauso hatte ich mir immer die Hexenverfolgungen des Mittelalters vorgestellt. Goebbels verstand es meisterlich, Psychosen zu schaffen. Etwas Satanisches haftete ihm an.

Vor und nach dem 20. Juli 1944

WENN AUCH HEUTE so viel von der Teilnahme an Widerstandskreisen gesprochen wird, so bin ich doch sicher, dass dabei in den meisten Fällen Übertreibung oder nachträgliches Wunschdenken im Spiele ist. Tapfere Widerstandskämpfer hat es natürlich viele gegeben wie etwa die Männer und Frauen um Carl Goerdeler, die am 20. Juli 1944 zu dem letzten Versuch ausholten, den Ablauf der Katastrophe durch die Beseitigung Hitlers zu beschleunigen, wobei sie hofften, eben diese Katastrophe gleichzeitig zu mildern. Natürlich gab es auch in zahlreichen Privatwohnungen regelmässige Zusammenkünfte zwischen früheren Gesinnungsgefährten, die sich nicht hatten «gleichschalten» lassen. Man wollte sich gegenseitig Mut machen, man versuchte einander Trost zuzusprechen und sich im Glauben zu bestärken, es könne ja nun nicht mehr lange dauern, bis der ganze Spuk vorüber wäre.

Solche Widerstandskreise, die sich zu keinem aktiven Handeln entschlossen, könnte man allenfalls als geistige Widerstandsnester bezeichnen. Um den früheren Vizekanzler der Regierung Brüning und zeitweiligen Finanzminister Hermann Robert Dietrich hatte sich beispielsweise ein derartiger Kreis gebildet. Dietrich war einer der prominentesten Vertreter der Deutschen Demokratischen Partei gewesen; er hatte von der Nationalversammlung an im Reichstag gesessen und auch

das traurige Ende der jungen Demokratie als politisch aktiver Mann erlebt. Dietrich war sehr wohlhabend und führte in Berlin ein bemerkenswert anspruchsvolles Haus, obwohl er seinen eigentlichen Wohnsitz in der Nähe von Freiburg im Breisgau, im südlichen Schwarzwald, hatte.

In seinem politischen Salon hatte man sich schon vor dem Heraufkommen Hitlers gern getroffen, um über die Fraktionsgrenzen hinweg freimütig seine Meinung auszutauschen. Dieses Haus hielt Dietrich auch nach der Machtergreifung offen. Ich brachte ihm grosse Achtung entgegen, denn er war ein grundgescheiter Mann, der ein bedeutendes Wissen besass. Ich entsinne mich eines Abends Anfang Juli 1941, als ich mit Theodor Heuss und Karl Brammer sein Gast war. Dietrich verfügte über einen Weinkeller, der so ungefähr alle Lagen bester badischer Weine enthielt. Wir sprachen ihnen in jener Nacht besonders reichlich zu, denn wir sahen, dass die Katastrophe auf uns zukam, nachdem Hitler nun die Sowjetunion überfallen hatte. So köstlich die edlen Tropfen auch waren, wir vermochten nicht die düsteren Schatten zu verscheuchen, die über Deutschland und Europa lagen. Es war nicht möglich, die Besorgnisse des Tages beim abendlichen Schoppen zu vergessen.

Ein anderer Freundeskreis fand sich oft im Hause eines bekannten Juteindustriellen zusammen, der bereits als Nationalliberaler dem kaiserlichen Reichstag angehört hatte: August Weber. Er war 1930 mit meiner Fraktion als «alter Neuling» wieder in das Parlament eingezogen. Unmittelbar vor Ausbruch des Krieges musste er nach England emigrieren, denn seine Frau war Jüdin, und er wollte sie und seine «halbarischen» Kinder nicht den Demütigungen aussetzen, die nun bevorstanden. In seinem Haus in der Mommsenstrasse trafen sich alle Mitglieder der früheren Reichstagsfraktion, soweit sie in Berlin wohnten; manche kamen eigens von ausserhalb in die Reichshauptstadt, um einem solchen Treffen beizuwohnen.

Auch unser langjähriger Partei- und Fraktionsvorsitzender, der ehemalige Reichsminister Erich Koch-Weser, kam sogar gelegentlich aus Brasilien herüber, wohin er aus den gleichen Gründen wie später August Weber emigriert war. Er konnte in Südamerika grosse wirtschaftliche Erfolge erzielen, wurde sehr reich, war aber immer noch Deutscher; die Nationalsozialisten hatten ihn nicht ausgebürgert. Wie ich bereits schrieb, sind wir Liberalen überhaupt im Grossen und

Ganzen in Ruhe gelassen worden. Ich führte dies auf die totale Bedeutungslosigkeit zurück, zu der unsere Partei leider zum Schaden des deutschen Bürgertums abgesunken war. Nur so ist es zu erklären, dass ein Mann wie Koch-Weser bis zum Ausbruch des Krieges immer wieder nach Deutschland auf Besuch kommen konnte, ohne dabei ein Risiko einzugehen; ja, er machte sogar Geschäfte mit grossen Wirtschaftsunternehmen im Reich.

DEN 20. JULI 1944 VERLEBTE ICH in Zürich, wo ich an der alljährlich stattfindenden Begegnung der Auslandskorrespondenten der [«Neuen Zürcher Zeitung»](#) als deren Berliner Vertreter teilnahm. (Die Ausreisegenehmigung wurde mir zu diesem Zweck regelmässig bewilligt.) Ich war von den Ereignissen nicht überrascht, aber bestürzt. Überrascht war ich deshalb nicht, weil mir Julius Leber im Juni mitgeteilt hatte, dass sich bei den Widerstandsgruppen der Politiker und der Militärs immer stärker die Anschauung durchsetze, Hitler müsse auf irgendeine Weise handlungsunfähig gemacht werden – so lautete der terminus technicus; ohne diese Voraussetzung müsse ein Widerstand, der ja auf breitester Linie von der Westfront her unter Rommel in Aussicht genommen war, zwangsläufig scheitern. Aus Gesprächen mit andern hatte ich erfahren, dass ein Wechsel in der politischen Führung zwar durch einen Gewaltakt erfolgen sollte; niemals aber war von einem Attentat die Rede gewesen. Die Hoffnung, aus den Reihen der Arbeiterschaft sei ein revolutionäres Eingreifen zu erwarten, war wohl zu naiv, obwohl man wusste, dass die Arbeiter (die ja unter allen Umständen gewonnen werden mussten) durchaus nicht alle nazistisch verseucht waren.

Ich erinnere mich einer zufälligen Begegnung mit einem emeritierten Professor, der einmal mein Lehrer gewesen war. Wir hatten uns seit Jahren nicht mehr getroffen und führten deswegen beide zunächst eine vorsichtige Sprache. Er war Kommunist und zeigte sich tief enttäuscht darüber, dass die illegale KPD keine revolutionären Aktionen unternahm. Wenn die Kommunisten heute gern von dem heftigen Widerstand erzählen, den sie im Dritten Reich geleistet haben wollen, dann kann ich nur sagen, dass dies Propaganda ist. Sie haben geklüngelt wie wir alle; sie waren vielleicht aktiver, weil sie mehr Erfahrung in der Untergrundarbeit hatten (wir andern waren in ihren Augen ja allesamt Spiessbürger); aber Boden konnten auch sie nicht

finden. Damit soll freilich nicht verschwiegen werden, dass die Kommunisten besonders gnadenlos von den Nationalsozialisten verfolgt wurden und deshalb auch einen besonders hohen Blutzoll zu entrichten hatten.

Bei dieser Begegnung in der Schweiz war nun natürlich das Geschehen in Berlin das grosse Thema. Auch meine Kollegen von der [«Neuen Zürcher Zeitung»](#) – Willy Bretscher, Urs Schwarz und Albert Müller, zu denen ich ein enges Verhältnis hatte und die über die Lage in Deutschland genau informiert waren – hatten diese Form der Rebellion nicht erwartet. Dass in Deutschland in allernächster Zeit etwas passieren werde, war ein Eindruck, den ich schon nach Zürich mitgebracht hatte. Zu meinem Erstaunen sagte ich damit jedoch meinen Zeitungskollegen nichts Neues: In der Schweiz war man auf einen gewaltsamen Umsturz längst vorbereitet.

So ergab sich nun die einigermaßen verwirrende Situation, dass ich im Ausland von Dingen hörte, über die in Deutschland nur in kleinsten Kreisen unter Lebensgefahr geflüstert werden konnte. Die Schweizer waren entsetzt über die Redseligkeit Carl Goerdelers, der auf Auslandsreisen eine derart offene Sprache geführt hatte (freilich nur zuverlässigen Leuten gegenüber, wie sich später herausstellte), dass sich die Eidgenossen verwundert fragten, ob denn ein solcher Mann jemals ein echter Revolutionär sein könnte. Genau so leichtfertig ging Goerdeler ja auch mit seinen Notizbüchern um, in die er wie ein zuverlässiger deutscher Beamter fein säuberlich Aufzeichnungen über alle seine Besprechungen und Pläne eintrug. Offenbar hatte er auf dem Papier bereits eine ganze Regierung gebildet. Auch mein Name tauchte in diesen Notizbüchern auf, wie ich zu meinem Schrecken später hören sollte, und zwar hatte mich Goerdeler (wohl neben anderen Namen) als Chefredakteur des «Völkischen Beobachters» vorgesehen, der nach dem Umsturz selbstverständlich unter einem andern Namen erscheinen sollte.

Damals in Zürich waren wir uns darüber im Klaren, dass dieses Attentat auf Hitler und der gescheiterte Putsch am weiteren Verlauf der Tragödie nichts ändern würden. Ich war sogar ein wenig enttäuscht über die Haltung meiner Schweizer Freunde: Sie hätten wahrscheinlich ein Gelingen gar nicht so sehr begrüsst, denn sie waren der Ansicht, damit sich derlei Schreckliches nicht wiederholen könne, müsse der Krug so lange zu Wasser gehen, bis er breche; man dürfe dem

Schicksal nicht in den Arm fallen. Das war im Grunde auch meine Meinung, nur hatte ich andere Motive.

Zunächst verlängerte ich meinen Urlaub um vierzehn Tage und zögerte meine Heimkehr hinaus. In den ersten Augusttagen bot sich mir über die Schweizer Gesandtschaft in Berlin die Möglichkeit, Führung mit meiner Frau aufzunehmen. Ich erkundigte mich, ob beunruhigende Anzeichen zu erkennen wären. Meine Frau verneinte dies. Daraufhin fuhr ich nach Deutschland zurück, aber ich werde niemals die tiefe Depression vergessen, die mich befiel, als ich im Badischen Bahnhof von Basel die Grenzlinie überschritt und mich nun wieder auf deutschem Boden befand – nur selten in meinem Leben war ich so niedergeschlagen wie an jenem Tag. Ich war darauf gefasst, sofort verhaftet zu werden. Allein der Gedanke an meine Frau und an meine Kinder, die in Berlin lebten, gab mir die Kraft, den Weg zurück zu gehen. Wäre ich ungebunden gewesen, dann hätte ich mich nicht zur Heimfahrt entschliessen können. Ständig sagte ich mir: Es kann sich nur noch um Monate handeln. Du hast diese fürchterliche Zeit überstanden, nun bring dich nicht noch fünf Minuten vor zwölf in Gefahr.

Bekommen sass ich im Zug. Vom Potsdamer Bahnhof aus rief ich meine Frau an. Ich merkte dem Klang ihrer Stimme an, dass alles in Ordnung war. Dann erst fuhr ich nach Klein-Machnow hinaus. In den nächsten Tagen suchte ich wie sonst die Informationsstellen für die Auslandspresse auf. Auch dort war nichts Beunruhigendes wahrzunehmen. Die Beamten der Pressestelle im Auswärtigen Amt, die ich gut kannte, versicherten mir, dass ich nicht gefährdet sei. Erst später, wohl nach der Sichtung von Goerdelers Nachlass, kam noch einmal eine kritische Zeit für mich; anscheinend beschäftigte man sich nun mit meiner Person, festgenommen wurde ich gottlob nicht. Der Gesandte Paul Schmidt, Pressechef des Auswärtigen Amtes, sowie Franz Wulf von der Auslandspresseabteilung des «Promi» hatten mich schützen helfen, zudem war der Gesandte Braun von Stumm sehr entschieden für mich eingetreten. Die Gestapo nahm schliesslich davon Kenntnis, nachdem auch der japanische Botschafter Oshima mich als seinen Freund seit 1929 erklärt hatte.

Jakob Kaiser hatte ich mehrere Wochen vor dem 20. Juli zum letzten Mal gesehen; ich traf ihn erst nach dem Ende des Krieges wieder. Ich wusste allerdings, wo er sich verborgen hielt. Ein Besuch bei ihm hätte

jedoch alle Beteiligten in Lebensgefahr gebracht, weshalb er die wenigen, die sein Versteck kannten, dringend gebeten hatte, keine Verbindung mit ihm aufzunehmen. Ich bin ganz sicher, dass Jakob Kaiser und auch Frau Elfriede Kaiser-Nebgen genau wie die andern aktiven Mitglieder des Widerstandskreises um Goerdeler und Generaloberst Beck am Galgen geendet hätten, wenn es der Gestapo gelungen wäre, sie aufzuspüren.

Als Folge des misslungenen Aufstandes wurden Generalfeldmarschälle an Fleischerhaken aufgehängt oder zum Selbstmord getrieben, die Träger ruhmvoller altpreussischer Namen liquidiert und ein Nationalsozialist der ersten Stunde – wie der Berliner Polizeipräsident Graf Helldorff, der eine innere Wandlung durchgemacht und viele Jüdegerettet hatte – gezwungen, der Exekution anderer Verschwörer zuzuschauen, ehe er selber zu Tode gebracht wurde. Eine grausige Blutorgie, die das kranke Him des von Rachedurst schäumenden Diktators ersonnen hatte.

Das Ende unter Trümmern

ES WAR WOHL Anfang März 1945, als ich meinen Augen nicht trauen wollte: Am Potsdamer Platz, mitten in Berlin, wurden Panzersperren errichtet. Die Bevölkerung schien das gleichgültig zu lassen; sie war zu sehr strapaziert, um sich noch Gedanken zu machen, die über den heutigen Tag, ja die jetzige Stunde hinausgingen. Als ich erfuhr, Hitler werde sich nicht in die oberbayerischen Berge zurückziehen, sondern in der Reichshauptstadt bleiben, begriff ich sofort, was dies bedeutete. Er wollte also in Berlin den schon vor Jahren verlorenen Krieg gewinnen! Die Hauptstadt mit ihren Millionen Einwohnern sollte der letzte Schauplatz dieses grauenvollen Krieges werden. Dieser Aberwitz war nicht zu fassen, doch man konnte nur im engsten Freundeskreis entsetzt darüber sprechen.

Mit der Aufstellung eines sogenannten Volkssturms war auch in der Randgemeinde Klein-Machnow bereits begonnen worden. Alle Männer, die aufgegriffen wurden, mussten mitmachen, doch selbst den NS-Ortsgruppenleiter, der ein harmloser Bürger war, überkamen nun grösste Zweifel, die er mir zu meiner Überraschung anvertraute, obwohl ich ihn kaum kannte.

Befehl ist Befehl, so heisst es nun einmal in unserem oft selbst zu den blödsinnigsten Diensten bereiten Volk. Kompanieführer wurde der spätere Bürgermeister von Steglitz, Dr. Peter Bloch, mit dem ich schon in den zwanziger Jahren befreundet gewesen war. Er war kein Parteigenosse und schätzte die Lage nüchtern ein. Ich liess ihn wissen, dass ich auf keinen Fall – obwohl «gelernter» Soldat – mitmachen würde. Als dann wirklich die ersten sowjetischen Truppen von Teltow her sich unserer bis dahin vom Krieg wenig heimgesuchten Siedlung näherten, löste Bloch seine Volkssturmtuppe einsichtsvoll auf, denn es wäre ja der schiere Wahnsinn gewesen, diese Männer, von denen nur wenige überhaupt ein Gewehr hatten, in den absolut sicheren Tod zu führen. Zuvor hatte Bloch mir den Rat gegeben, mich rechtzeitig im Keller eines befreundeten Nachbarn in Sicherheit zu bringen. Hier also, unter der Erde, erwartete ich das Ende.

Am Vormittag dieses Tages – es war Sonntag, der 22. April – war ich mit meinem Nachbarn und Freund Heinrich Ronneburg noch einer Einladung des Schweizer Militärattachés Major Burckhardt zu einer «Henkersmahlzeit» gefolgt. Er hatte bereits mit den Gesandtschaftsmitgliedern ein Notquartier in Kladow bezogen. Dort gab er uns mit seiner Frau sozusagen ein Abschiedsessen, denn niemand konnte ja sicher sein, die Ereignisse der folgenden Tage zu überleben.

Einige Tage zuvor hatte ich bereits dem Schweizer Geschäftsträger Zehnder, dem späteren Staatssekretär des eidgenössischen politischen Departements und langjährigem Botschafter der Schweiz in Moskau, Lebewohl gesagt und ebenso meinem immer getreuen Freund und Kollegen Eduard Geilinger, heute Korrespondent der [«Neuen Zürcher Zeitung»](#) in Rom. Der Schweizer Gesandte Dr. Fröhlicher hatte schon vor einigen Wochen Berlin verlassen und war auch trotz der Fliegerangriffe in Süddeutschland wohlbehalten über die Grenze gekommen. Dieses Gespräch mit Zehnder blieb mir in Erinnerung. Er sah sehr schwarz. Trotz seiner tiefen Abneigung gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland machte er sich doch Sorgen, was denn aus Europa werden solle, wenn in dem Raum, der bisher das Deutsche Reich gewesen war, ein Vakuum entstünde. (Als ich ihn nach dem Krieg besuchte, kam er auf diese Sorge zurück. Er hielt die Friedensschlusspolitik der Siegermächte für unglücklich und glaubte, dass hier eine Saat ausgestreut wurde, aus der in der Zukunft schwere Spannungen erwachsen müssten.)

In den frühen Nachmittagsstunden dieses 22. April 1945 kehrten wir nach Klein-Machnow zurück. Wir erkannten unsere Gemeinde kaum wieder. Vormittags schien der Krieg noch in weiter Ferne gewesen zu sein, jetzt aber standen die sowjetischen Truppen bereits am Teltow-Kanal, und unser Wohngebiet war zum Kampfplatz geworden. Die Szenerie war gespenstisch: Die ersten Granaten schlugen ein. Ich verschwand schleunigst.

Nach achtundvierzig Stunden voller Angst und Aufregung war dann alles vorbei. In den Morgenstunden des 25. April drangen Rotarmisten in Klein-Machnow ein. Der Krieg setzte seinen blutigen Weg in die Berliner Innenstadt fort. Zehntausende, wahrscheinlich mehr, mussten unter der Zivilbevölkerung in diesen letzten Tagen noch ihr Leben lassen. Deutsche Politik hatte vor zwölf Jahren aufgehört. NS-» Politik« hatte jetzt ihren schaurigen Abschluss gefunden. Der Vorhang fiel über der schrecklichsten Tragödie, zu der sich unser leider so unpolitisches Volk hatte verführen lassen ...

«Bürgermeister oder Tod»

ES WAR DER 28. April 1945. Die sowjetischen Truppen hatten Berlins letzte Verbindungen zur Aussenwelt abgeschnitten. Die Flugplätze Tempelhof und Gatow waren besetzt. Seit dem Vortag ging von beiderseits des Hohenzollerndammes heftiges Artilleriefeuer auf das Zentrum der Reichshauptstadt nieder. Potsdam war eingeschlossen, Spandau in russischer Hand, um die Bezirke Schöneberg und Kreuzberg wurde gekämpft. In der Vorstadtgemeinde Klein-Machnow aber hatten sich die Sowjets bereits eingerichtet. Es war bei uns plötzlich still geworden.

Ich hörte an diesem Tag ein Auto vorfahren, streckte den Kopf aus dem Fenster und erblickte einen russischen Offizier, der mit einem Zettel in der Hand einem amerikanischen Jeep entstieg und an meiner Haustür klingelte. Die Klingel funktionierte natürlich nicht, denn es gab ja weder Elektrizität noch Wasser.

Mir fuhr der Schreck in die Glieder. Mein Gott, überlegte ich in fliegender Hast, jetzt war das «Tausendjährige Reich» mit seinem mörderischen Krieg endlich heil überstanden, alle Schrecknisse und Plagen schienen zu Ende zu sein, und nun kamen sie und holten mich ab ...

Zaghaft öffnete ich die Tür. Der Russe grüßte nicht, machte jedoch gottlob kein unfreundliches Gesicht.

«Du Lemmer?» fragte er knapp.

Woher wissen sie denn meinen Namen, wunderte ich mich beklommen, nickte aber schnell.

«Vorname Ernst?»

Ich bejahte. Der Offizier schaute prüfend auf sein Papier. Dann wollte er wissen, ob ich Journalist sei. Wieder nickte ich.

«Geboren?»

«Am 28. April 1898», antwortete ich. Bevor er jedoch fragte, wo ich geboren war, machte er eine Pause. Plötzlich schien er zu merken, dass ich ja heute Geburtstag hatte, lächelte, reichte mir die Hand und sagte etwas auf Russisch, was ich nicht verstand. Mir wurde wesentlich wohler. Ganz so schlimm schien es also doch nicht zu werden. Was sollte diese Fragerei eigentlich bezwecken? Dass ich eine politische Vergangenheit hatte, dessen war ich mir bewusst; doch so prominent fühlte ich mich nicht, dass ich, kaum nach den letzten Schüssen des Zweiten Weltkrieges, zu meinem Geburtstag aus Moskau Glückwünsche erhofft hätte ... Danach aber wurde der Mann wieder dienstlich und fragte nach meiner Geburtsstadt. Nachdem ich Remscheid genannt hatte, nickte er befriedigt und sprach sodann:

«Gutt. Karascho. Du Bürgermeister!»

Ich erschrak. Darauf war ich nun wirklich nicht vorbereitet gewesen. Um ihn nicht zu beleidigen, redete ich ihn mit einem möglichst hohen Rang an:

«Herr Oberst, ich verstehe nichts von der Arbeit eines Bürgermeisters.

Ich bin Journalist.»

Doch das scherte ihn nicht. Er wiederholte lakonisch:

«Du Bürgermeister!»

Ich versuchte ein zweitesmal, mich der Sache zu entziehen, nicht etwa aus politischen Gründen, sondern ganz einfach deshalb, weil ich von der Verwaltung einer Gemeinde nicht das geringste verstand.

«Drüben, im Nachbarhaus, wohnt ein alter Antifaschist», empfahl ich ihm dringend. «Der ist kein Nazi, sondern ein guter Demokrat.» In meiner Verzweiflung suchte ich nach allen möglichen Ausdrücken, da ich ja nicht wusste, wieweit er mich verstehen konnte: «Behörde – Verwaltung – guter Bürgermeister – guter Antifaschist.» Dabei wies ich immer wieder auf das Nebenhaus.

Doch jetzt wurde mein Besucher ausgesprochen unfreundlich. Er griff nach seiner Pistolentasche und hantierte am Griff der Waffe, ohne sie in-
dessen hervorzuziehen. Dann stellte er mich ganz sachlich vor die Wahl:

«Du Bürgermeister – oder ... tot!»

Daraufhin versetzte ich allerdings sehr schnell:

«Dann lieber Bürgermeister.»

So wurde ich der erste Nachkriegsbürgermeister von Klein-Machnow, einem Vorort Berlins mit damals 14'000 Einwohnern, und ich hatte nun mit Gleichgesinnten in Verbindung zu treten, von denen ich wusste, dass sie untadelig waren, damit wir eine neue Verwaltung aufbauen konnten. Diese Aufgabe stellte sich als nicht allzu schwierig heraus: In Klein-Machnow lebte der ehemalige sozialdemokratische preussische Landtagsabgeordnete Franz Stammer, der früher einmal Landrat in Bitterfeld gewesen war – ein braver Mann. Ich war auch mit dem heutigen sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Professor Ernst Schellenberg befreundet, der gleichfalls in Klein-Machnow wohnte.

Mit diesen und andern Männern bildeten wir die Gemeindeverwaltung. Wie aber sah es in der Bürgermeisterei aus! Das Chaos herrschte dort. Die Akten waren anscheinend in «Sicherheit» gebracht worden, fremde Hände hatten in Schreibtischen und Schränken gewühlt, offenbar waren auch Soldaten eingedrungen, um nach Wertgegenständen zu suchen. Das Haus glich einer Räuberhöhle. Wir brauchten eine ganze Woche, um einigermaßen Ordnung zu schaffen. Schellenberg und ich begrüßen uns noch heute im Bundestag mit ganz besonderer Herzlichkeit, denn stets fällt uns diese schwere Zeit ein, die wir damals gemeinsam durchgestanden haben. Als in dem unzerstört gebliebenen dreistöckigen Gemeindehaus wieder an Arbeit zu denken war, meldeten sich auch die Angestellten, soweit sie keine aktiven Nationalsozialisten gewesen waren.

Unsere erste Sorge galt der Ernährung der Bevölkerung. Die wackeren Lebensmittelhändler und Bäcker von Klein-Machnow taten alles Erdenkliche, um eine rationierte Brot- und Nahrungsmittelversorgung möglich zu machen. Aber der Nachschub blieb aus, denn die Amerikaner und Sowjets konnten sich nicht über die Stadtgrenze von Berlin einig werden. Die Amerikaner hielten sich an die tatsächliche politische Grenze, die am Bahnhof Düppel, an der Bahnlinie Potsdam-Berlin,

verlief; die Russen dagegen behaupteten, der Teltow-Kanal im südöstlichen Randgebiet dieser Wohngemeinde sei die Demarkationsgrenze. Jenseits dieses Kanals standen ein grosses Gasthaus und die bekannte Hakeburg; dort waren an die hundert Menschen untergebracht. Die Bürger Klein-Machnows jedoch wohnten diesseits des Kanals und wären – hätte sich die russische Auffassung durchgesetzt – damals Berliner geworden, was uns aus begreiflichen Gründen sehr recht gewesen wäre.

Dieser monatelange Streit winde indessen auf Kosten der Bevölkerung Klein-Machnows ausgetragen, und zwar bis zum September 1945. Während dieser Zeit bezog die Gemeinde weder aus dem sowjetischen noch aus dem amerikanischen Gebiet Lebensmittel. Klein-Machnow war, wie ich mit bitterer Ironie feststellte, der einzige Teil Deutschlands, den niemand besetzt hatte; hier wohnten die letzten «freien Deutschen».

Hungersnot im Niemandsland

DOCH DAMIT NICHT genug: Die Besatzungsangehörigen kamen plündernd von beiden Seiten zu uns, die wir völlig schutzlos waren, eine Gemeinde ohne Polizei. Unsere Autorität als Gemeindevorstand war ja illusorisch. Andreas Hermes versuchte uns von Berlin aus Lebensmittel zukommen zu lassen, aber das wurde ihm nicht gestattet. Ich habe ihm verzweifelt geschildert, dass in Klein-Machnow Kleinkinder dahinstarben, dass Mütter sich das Leben nahmen, weil ihre Kinder vor ihren Augen verhungerten. Ich übertreibe nicht: Bei uns herrschte eine Hungersnot, die kaum wiederzugeben war. Noch leben Tausende von Menschen, auch hier in der Bundesrepublik, die bestätigen können, wie grauenvoll diese Monate waren. Zweimal gingen wir zu dem sowjetischen Kreiskommandanten in Malchow. Wir haben gebettelt, sie möchten uns doch als Teil des russischen Besatzungsgebietes übernehmen, nachdem wir bei den Amerikanern mit demselben Wunsch keinen Erfolg gehabt hatten. In den ersten Julitagen war ich mit einer Engländerin, einer älteren Dame, die sich den Union-Jack um den Arm geschlungen hatte, bei Oberst Howley gewesen. Sein Hauptquartier war damals noch im Harnack-Haus. Er empfing uns sehr freundlich und liess einen seiner Mitarbeiter kommen. Der aber versicherte ihm, wir

befänden uns in einem Irrtum, Klein-Machnow sei sowjetisches Besatzungsgebiet. Der Oberst resignierte und erklärte uns, er könne nicht helfen.

Wiederum zog ich mit der Engländerin (ich weiss nicht, ob sie noch unter den Lebenden weilt; sie hatte einen deutschen Ingenieur von Siemens geheiratet) nach Malchow zum Sowjetkommandanten. Er fertigte uns mit den Worten ab, der Amerikaner habe unrecht: «Sie gehören nicht zum sowjetischen Besatzungsgebiet und haben deshalb auch keinen Anspruch auf Lebensmittel.» Heute hört sich das alles so einfach an. Damals aber musste jeder Weg zu Fuss zurückgelegt werden, Autos gab es natürlich längst nicht mehr, auch keine Fahrräder, alles war uns abgenommen worden, und eine solche Wanderung nach Malchow war hin und zurück beinahe ein Tagesmarsch. In unserem unterernährten Zustand schafften wir es kaum. Mein späterer gesundheitlicher Zusammenbruch war zweifellos eine Folge dieser Strapazen.

Der russische Kommandant lehnte auch diesmal die Einbeziehung unserer Gemeinde ab. Nun suchten wir ein zweitesmal den Obersten Howley auf und wurden reichlich ungnädig empfangen. Die Szene war demütigend, man wies uns einfach ab. Die englische Dame war empört, denn es ging ja schliesslich um die Rettung von Menschenleben. Nichts half. Niemand wollte uns beistehen.

So blieben wir auch weiterhin Niemandsland. Mit einemmal aber tauchte eine seltsame Erscheinung in Klein-Machnow auf; ich hielt den Mann für einen Hochstapler. Er gab sich als Kommunist aus und hatte Beziehungen zum Ernährungsamt und den sowjetischen Dienststellen in Berlin. Ob er nun ein guter oder böser Mensch war – er hat eine segensreiche Tat vollbracht, für die wir ihm allezeit dankbar sein werden: Durch eine Mogelei, auf die er sich anscheinend berufsmässig verstand, erreichte er, dass Klein-Machnow sechs Wochen lang Lebensmittellieferungen erhielt, und zwar die gleichen Mengen, die auch der Berliner Bevölkerung zustanden. Im Vergleich zur Hauptstadt hat die Einwohnerschaft der Umgebung damals viel mehr Hunger erleiden müssen. Berliner, die meine Worte lesen, werden sich gar nicht vorstellen können, dass die Verhältnisse noch schlimmer sein konnten als in den Ruinen ihrer Stadt, denn es reichte ja auch bei ihnen weder vorn noch hinten. Und dennoch schreibe ich die Wahrheit.

Diese sechs Wochen, in denen wir mit «Kalorien» versorgt wurden, erschienen den Klein-Machnowem wie ein Paradies. Die Menschen blüh-

ten geradezu auf, sie kamen wieder zu Kräften. Unser Helfer – wer immer er auch gewesen sein mag – hiess Recknagel, ein höchst gewandter Mann; er hätte eigentlich verdient, dass ihm in Klein-Machnow ein kleiner Gedenkstein gesetzt würde. Ich bin davon überzeugt, dass ohne seine Lebensmittel noch Hunderte verhungert wären. Leider kam man dann hinter diese nicht einwandfreien Lieferungen, und der Segen fand ein Ende. Die Folge aber war, dass nach kurzer Zeit Klein-Machnow doch in die Sowjetzone eingegliedert wurde. In der Stadt Teltow verlief die Beköstigung bereits geregelt, wir jedoch mussten noch eine Weile warten, ehe sich auch bei uns die Versorgung einspielte. Monatelang lebten wir im Niemandsland zwischen Ost und West. Wer auf Raub und sonstige Untaten ausgehen wollte, konnte damals kurzerhand in Klein-Machnow eindringen, wo es noch immer keinerlei Polizeischutz gab.

DIE INZWISCHEN nach Klein-Machnow übergesiedelten Kommunisten (es w^Taren zunächst nicht viele) konnten zwar für sich selbst sorgen, beim besten Willen jedoch waren auch sie nicht in der Lage, dem Gemeindevorstand bei der Ernährung von nun etwa 12'000 Bürgern zu helfen. Sie blieben zwar im Hintergrund, übernahmen aber schon nach kurzer Zeit alle entscheidende Gewalt – wie es ihr ausgeklügelter Plan vorsah. So wurde die Verwaltung von Klein-Machnow praktisch von den Kommunisten ausgeübt, während wir andern mehr oder weniger bloss als Aushängeschilder fungierten, so dass die Bevölkerung sich nicht beunruhigte.

Als die sowjetischen Truppen in Deutschland einzogen, führten sie bis ins Detail ausgearbeitete Pläne zum Aufbau einer neuen Verwaltung mit sich. Sie waren von der «Gruppe Ulbricht» entworfen worden, welche die sowjetische Militärmacht beriet. Anhand von Personallisten, die noch aus Moskau stammten, wurden nun politisch unbelastete Deutsche zur Mitarbeit herangezogen. Sie sollten natürlich bei ihren Mitbürgern angesehen sein und auch sonst eine gute Fassade abgeben, damit hinter dieser Scheinverwaltung der Grundstein für die Alleinherrschaft der Kommunisten gelegt werden konnte. Den Kommandanten der einzelnen Orte sollten ebenso wie der Sowjetischen Militäradministration in Karlshorst Gesprächspartner für politische Fragen zur Verfügung stehen.

In Berlin sah es nicht anders aus als in unserem Klein-Machnow. Der

Oberbürgermeister war offiziell zwar Dr. Arthur Werner, in Wirklichkeit aber bestimmte sein kommunistischer Stellvertreter Maron. Werner, ein biederer, unpolitischer Mann, Architekt von Beruf, blieb der Repräsentant im Vordergrund; er leitete die Sitzungen, wobei er schöne und pathetische Reden hielt. Im Übrigen jedoch hatte er gar nichts zu sagen. Die Kommunisten in der Gemeindeverwaltung von Klein-Machnow, die mir auf die Finger sahen, bedienten sich bald meines Namens, ohne mich von ihren Anordnungen überhaupt in Kenntnis zu setzen. Diese Anordnungen waren indessen recht harmlos, und ich brauche mich ihrer auch heute, nach zweiundzwanzig Jahren, nicht zu schämen. Jedenfalls hatte ich unversehens ein Amt und bezog ein Monatsgehalt von vierhundert Besatzungsmark, die freilich so gut wie wertlos waren. In der Sowjetzone war die Kaufkraft des Geldes genau wie in den drei Westzonen gleich Null. Allein die Rationszuteilung zählte.

Damals habe ich tiefe Einblicke in das Elend der gepeinigten Menschen gewonnen. Es verging kaum ein Tag, an dem sich nicht schreckliche Szenen abgespielt hätten. Unvergesslich wird mir jene Stunde bleiben, da wir in das Haus gerufen wurden, in dem der grosse Schauspieler Friedrich Kayssler wohnte. Jedermann kannte diesen Grandseigneur der Bühne und der Leinwand. Der Anblick, der sich uns in dem stummen Haus bot, war grauenhaft.

Kayssler lag tot auf dem Fussboden. Im Nebenzimmer aber erwartete uns ein zweites Schreckensbild: Dort fanden wir die Leichen zweier junger Schauspielerinnen mit aufgeschlitzten Leibern ...

Erst nach und nach erfuhren wir, was sich zugetragen hatte. Das Unheil war während der letzten Stunden des Krieges über diesen friedlichen Ort hereingebrochen. Ein paar betrunkene russische Soldaten wollten, wie üblich, Frauen haben. Friedrich Kayssler wollte ihnen den Zutritt verwehren. Er war auch in diesen letzten tragischen Minuten seines Lebens jener Kavalier, den er zeitlebens – ähnlich wie Eduard von Winterstein – auf der Bühne dargestellt hatte. Er stellte sich schützend vor die Schauspielerinnen, die er bei sich aufgenommen hatte, weil sie in Berlin ausgebombt worden waren. Seine heroische Haltung rettete weder ihn noch die jungen Frauen.

Wir haben die Leichen in tiefer Erschütterung auf dem Friedhof von Klein-Machnow, in eine Zeltbahn gewickelt, ohne Särge beigesetzt. Denn Särge gab es damals nicht. Die Nachfrage war zu gross geworden ...

In jenen Tagen und Wochen sind viele Menschen auf ähnliche Weise ums Leben gekommen. Etwa Anfang Mai – nachdem in der Reichshauptstadt die Kampfhandlungen beendet waren – brach in Klein-Machnow eine Selbstmordepidemie aus. Wir mussten die Bevölkerung zusammenrufen und den gequälten Menschen Mut zusprechen. Ich bin für jeden eingetreten, selbst für ehemalige Nationalsozialisten, die im Dritten Reich anständig geblieben waren. Dabei fand ich in dem sowjetischen Kommandanten einen verständnisvollen Helfer. In gebrochenem Deutsch versicherte er mir: «Nix mehr! Schluss jetzt!» Auf seinem Schreibtisch landete eine wahre Flut von Denunziationen. Manche kamen von Kommunisten, andere von besonders erbitterten Antifaschisten, andere wieder von charakterlosen Lumpen. Damals musste man leider feststellen, dass unser Volk in betrüblicher Weise zum Denunziantentum neigt und nicht immer den Mut zur Zivilcourage aufbringt. Ich machte den Einwohnern klar, dass jeder zur Rechenschaft gezogen werde, der denunziere, es sei denn, er habe eine stichhaltige Begründung für seine Anklage.

Damit gewann ich das Vertrauen der Bürger meiner Gemeinde, und sie haben mir meine Haltung anderthalb Jahre später, im September 1946, honoriert, als auf Anordnung der sowjetischen Militärverwaltung die ersten Gemeindewahlen in der ganzen Zone ab gehalten wurden. In Klein-Machnow sollten dreissig Abgeordnete gewählt werden. Die CDU erhielt so viele Stimmen, dass sie mit dreiundzwanzig Abgeordneten eine Fraktion bilden konnte, denen nur eine SED-Fraktion von sieben Abgeordneten gegenüberstand. Viele Sozialdemokraten Klein-Machnows hatten sich mit der Fusion von SPD und KPD nicht abgefunden, die sie als Gleichschaltung empfanden.

Ich musste den Kommandanten beruhigen. In Klein-Machnow, so versicherte ich ihm, herrsche eine besondere politische Situation: Die Bürger hielten mich für einen fortschrittlichen Mann, der mit der sowjetischen Militärverwaltung gut zusammenarbeiten könne. Die Wahl richte sich also nicht etwa gegen die sowjetische Besatzung, sondern sei lediglich ein Bekenntnis zu mir. Das sah der Kommandant schliesslich auch ein. Freilich konnte er seine Enttäuschung nicht ganz verbergen: Die Kommunisten hatten bei diesen ersten, noch halbwegs freien Wahlen jedenfalls eine Schlappe erlitten.

Um die Verwaltung konnte ich mich allerdings nicht mehr lange kümmern, doch blieb ich bis zum Bruch der CDU mit der Sowjetischen Mi-

litäradministration im Jahre 1947 in der Gemeindevertretung von Klein-Machnow. Die Mehrheit dieses Gemeindeparlaments, die von meinen Freunden Peter Bloch und Alfred Ansorge geführt wurde, liess sich durch Drohungen ihrer SED-Kollegen keineswegs einschüchtern. In Klein-Machnow war es möglich, dass beispielsweise 1948 die Umbenennung eines Strassenzuges in «Thälmannstrasse» abgelehnt wurde. So etwas war schon kurze Zeit danach nicht mehr denkbar.

Bersarin und die «Trümmerfrauen» von Berlin

DAS SCHICKSAL der Deutschen war nach der Katastrophe von 1945 sehr unterschiedlich. Manch einer, der in Ostdeutschland lebte, flüchtete mit seiner Familie vor dem Herannahen der Front. Wer seine Heimat nicht verloren hatte, geriet unter die sowjetische Besatzungsherrschaft. Die Westdeutschen sahen sich amerikanischen, englischen oder französischen Oberherren gegenüber. Wie sich das Leben künftig gestalten würde, darüber machten sich damals wohl wenige Menschen Gedanken. Ich habe den Hochmut gewisser Mitbürger oft mit den Worten zurückweisen müssen, keiner von uns habe sich seine Besatzungsmacht selbst aussuchen dürfen.

Wer sein Domizil im Westen hatte, konnte sich schneller und vor allem ungefährdeter mit seinem Besatzungsregime abfinden. Er konnte sein Leben bald wieder nach eigenen Vorstellungen aufbauen und schliesslich die unermessliche Wohltat geniessen, in freiheitlicher Rechtsstaatlichkeit leben zu dürfen und nicht der Diktatur einer revolutionären Partei ausgeliefert zu sein. Ich sage das mit Nachdruck auch für die Gegenwart, nicht nur im Rückblick auf die Jahre seit 1945.

Unsere Landsleute in Mitteldeutschland haben völlig unverdient das schwarze Los gezogen. Bei umgekehrten Besatzungsverhältnissen wären die Westdeutschen die Hauptleidtragenden des nationalen Unglücks geworden. Man übertreibt wohl nicht, wenn man mitfühlend und mitleidend zugibt: Die einzigen echten Träger der Kriegsfolgenlasten sind diejenigen unserer Landsleute, die im Machtbereich Ulbrichts leben. Jene Deutschen, die in den westlichen Gebieten neu beginnen konnten, sind zu bestaunten Wohlstandsbürgern geworden. Zu keiner Zeit in der deutschen Geschichte hat es einen solch hohen Lebensstandard in allen Schichten unseres Volkes, einschliesslich der

Arbeiterschaft, gegeben. Wer aus andern Ländern in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin kommt und erlebt hat, wie mühsam der Wiederaufbau in Westeuropa vor sich ging, der fragt nicht ohne einen leichten Vorwurf, ob denn eigentlich die Deutschen den Krieg gewonnen hätten und nicht jene Völker, die einen Kampf auf Leben und Tod gegen Hitler führen mussten.

Ich geriet damals in den von Sowjets besetzten Randgebieten Berlins unter die östliche Besatzungsgewalt und hatte mich mit ihr auseinanderzusetzen, um wieder politisch tätig werden zu können. Schon bei den ersten Begegnungen mit meinen westdeutschen Freunden bemerkte ich, wie unterschiedlich die Verhältnisse in den einzelnen Zonen waren. Die persönlichen Beziehungen der Deutschen zu den Repräsentanten der westlichen Besatzungsmächte entwickelten sich zunächst wesentlich langsamer als in der sowjetischen Zone. Die Sowjets sind nicht mit den Allüren einer Siegermacht in Deutschland eingerückt. Es gab keine Verbote, Beziehungen zu Deutschen aufzunehmen, und es gab auch keine Anweisung, uns als Menschen zweiter Klasse zu behandeln.

All das war in der sowjetischen Zone anders als in den drei Westzonen – allerdings nur für jene, die von den drakonischen Sowjetisierungsmaßnahmen nicht betroffen waren. Die Sowjets ignorierten gänzlich die Umstände, welche Russen und Deutsche in der Vergangenheit hatten zu Feinden werden lassen. Meine erste Begegnung mit dem Ortskommandanten war daher von keinem Schatten belastet. Die Kommandanten der Ortschaften waren einfache russische Menschen; es war nicht zu erkennen, ob sie echte Bolschewisten waren, aber vermutlich waren sie es edle, zumal sie ja politische Funktionen ausübten.

Auch über unser Verhältnis zu den kommunistischen Politikern und späteren Funktionären der SED konnten wir uns zunächst nicht beklagen. Wir waren auf enge Zusammenarbeit angewiesen, um gemeinsam mit den Besatzungsorganen die größten materiellen Kriegsschäden zu beseitigen und die Städte wieder bewohnbar zu machen.

Die Deutschen aller Parteien in den drei Westzonen haben ähnlich gehandelt. Wir, die das Schicksal in die sowjetische Zone verschlagen hatte, waren verpflichtet, bei der Errichtung einer neuen Ordnung mitzuwirken. Auf höherer Ebene kam ich nun mit Männern der sowjetischen Führung und der Parteien und Gewerkschaften in Kontakt.

Der Mann der Stunde, der Generaloberst Bersarin, residierte in dem nur wenig zerstörten Stadtbezirk Lichtenberg. Natürlich kannten die

Sowjets unsere Lebensläufe; Bersarin war genauestens über jeden einzelnen von uns informiert. Er empfing die Vertreter aller vier Parteien getrennt, interessierte sich aber wenig für die politischen Entwicklungsmöglichkeiten. Er stellte uns auch keine politischen Fragen, sondern wollte von uns hören, was jetzt geschehen solle, um die schwersten Schäden zu beseitigen.

Wir machten ihm klar, dass wir an den Winter zu denken hätten. Die Zerstörung sei ja so fürchterlich, dass die Behebung der Kriegsfolgen in Berlin wohl fünfzig Jahre dauern würde – so pessimistisch gestimmt war ich damals beim Anblick der riesigen Trümmerfelder. Einer der Mitarbeiter des Generalobersten bezeichnete die Trümmerbeseitigung als Aufgabe Nummer eins, und dies wurde auch allgemein anerkannt.

Generaloberst Bersarin gab sich bei dieser Unterredung betont freundlich. Es war bei seiner Haltung kaum zu spüren, dass noch vor wenigen Wochen blutige Kämpfe in den Strassen dieser Stadt ausgefochten worden waren, die auch der Roten Armee harte Opfer abverlangt hatten. Er war dabei als Kommandeur eines Armeekorps beteiligt gewesen. In einer Ecke des kleinbürgerlichen Raumes sass Walter Ulbricht. Ich hatte ihn zum erstenmal nach dem Krieg in der Parochialstrasse wieder-gesehen. Soweit ich mich erinnern kann, verhielt er sich bei dieser Sitzung nicht nur zurückhaltend, sondern völlig schweigend.

In Berlin entstand nun bald der Begriff von den «Trümmerfrauen», aus dem eine Saga geworden ist. Da die Männer schon zu anderen Aufgaben herangezogen wurden, leisteten diese Frauen jetzt in den Ruinen härteste körperliche Arbeit. Ob sie früher einmal Damen der Gesellschaft gewesen waren, ob sie Frauen von Mittelständlern oder Arbeitern waren, all das spielte nun keine Rolle mehr. Die Berliner Frauen wurden teils durch Befehl zur Trümmerbeseitigung aufgerufen, teils aber – und dies bleibt ihr echtes Heldenlied aus der damaligen Zeit – kamen sie freiwillig, um zu helfen, die Stadt wieder bewohnbar zu machen. Viel Entlohnung gab es nicht. Die bescheidenen Gelder, die gezahlt wurden, hätten wahrscheinlich niemanden gelockt.

Auch dem Generaloberst Bersarin schien nichts wichtiger zu sein, als Berlin wieder lebensfähig zu machen. In den Rhein- und Ruhrstädten hat man zweifellos viel zaghafter mit dem Wegschaffen des Schutts begonnen. Ich erinnere mich, dass in Köln noch im Jahre 1946 selbst die Hohe Strasse, die Hauptgeschäftszeile, unpassierbar war. Als zweitwich-

tigste Aufgabe suchte Bersarin die angeschlagenen Häuser wieder einigermaßen bewohnbar zu machen, also für die Verglasung der Fensterlöcher und Abdichtung der Decken gegen den Regen zu sorgen. Die Frage hiess allerdings, woher das Glas nehmen, denn die noch vorhandenen Lagerbestände wurden natürlich von der Besatzungsmacht für sich selbst beansprucht. Es folgten abenteuerliche Expeditionen in die sowjetisch besetzte Zone, in die wir ja damals ungehindert fahren konnten, um die erforderlichen Baustoffe herbeizuholen. Bersarin nahm seine Aufgabe so ernst und hielt sie für so selbstverständlich, als hätte er sie in seinem eigenen Land durchzuführen. Leider ist er schon wenige Wochen später bei einem Autounfall ums Leben gekommen. Seine Nachfolge trat Oberst Jelisarow an. Den General Kotikow, der sehr viel später Kommandant von Berlin wurde, habe ich nicht mehr kennengelernt, weil ich wenige Jahre danach meinen Wohnsitz von Klein-Machnow nach Zehlendorf verlegen musste.

Die technische Zusammenarbeit mit den Siegern verlief befriedigend. Ich war erstaunt, mit welchem Eifer sich die Militärverwaltung um das Wohl der Berliner Bürger bemühte. Auch die Lebensmittelversorgung war in Berlin besser als in der Zone und sogar in Westdeutschland. Es war jedoch eine Versorgung nach sowjetischer Denkweise. Geistesarbeiter und Künstler sowie politisch tätige Schlüsselfiguren erhielten die Lebensmittelkarte i, Arbeiter die Klassen n und in, Hausfrauen und Kinder aber wurden sehr benachteiligt, denn ihnen waren nur die Karten v und vi zugedacht. Jede Versorgungskarte bezog sich nämlich bloss auf die einzelne Person, nicht etwa auf die Familie; die Familienmitglieder wurden nach ihrem angeblichen Leistungsgrad innerhalb der Gesellschaft eingestuft. Uns war das unverständlich, da wir ja die Familie als eine Einheit betrachten und Versorgungsprobleme auch unter diesem Gesichtspunkt zu lösen gewohnt sind.

Die andere Seite der gemeinsamen Arbeit betraf die Politik. Hier kamen wir mit einem Mann wie Bersarin gar nicht weiter in Berührung, sondern wurden zu Besprechungen in die heutige Luisenstrasse, den Sitz der sowjetischen Stadtkommandantur, gerufen. Später trafen wir uns zu ungezählten Malen im Ost-Berliner Vorort Karlshorst.

Ein K.o. im dunklen Walde

DIE ERSTEN sowjetischen Truppeneinheiten verhielten sich diszipliniert, und das machte uns leichtsinnig. Als nachrückende Formationen kamen, versteckten wir uns nicht gleich in den Häusern. Wenn ich bis dahin von Soldaten angesprochen worden war, hatte ich mit ihnen geradebrecht. Dann aber tauchten Schlimmere auf: Plünderer, Frauenjäger, Uhrendiebe. Das Wort «Uri, Uri» ist damals zu einem populären Begriff geworden; es bezeichnete schlicht die Gier der fremden Soldaten nach Armbanduhren.

Einmal kam auf einem gewiss gestohlenen Fahrrad ein Soldat an. Ich stand allein vor dem Haus. Er sprang ab – ganz offensichtlich hatte sein geübtes Auge meine Armbanduhr erspäht. Mit dem Ruf «Uri, Uri!» trat er auf mich zu. Ich glaubte, die Hergabe verweigern zu können, doch er griff hart nach meiner Hand, streifte in Sekundenschnelle meine Uhr ab und liess sie in seine prall gefüllte Hosentasche gleiten, wo sie anscheinend in gute Gesellschaft geriet. Dann aber fing er in erstaunlich gutem Deutsch eine Unterhaltung mit mir an, als sei gar nichts weiter geschehen. Ich hatte den Eindruck, er war sich des Unrechts seines Tuns überhaupt nicht bewusst.

«Was bist du?» wollte er wissen.

Ich sagte ihm, dass ich für Zeitungen arbeitete. Darauf meinte er:

«Oh, interessant! Ich auch Journalist.»

Nun war es an mir, erstaunt zu sein. Ich fragte ihn, woher er denn stamme.

«Ach, kennst du nicht. Kleine Stadt in Sibirien.»

Nun bemerkte ich, wir seien ja wohl Kollegen. Er reichte mir sogleich seine Hand, und ich dachte: Na, jetzt kriegst du sicher deine Uhr wieder. Doch als ich mit einer diesbezüglichen Frage herausrückte, lehnte er entschieden ab:

«Nein. Njet. Uri mir.»

«Dann bist du aber kein guter Kollege», gab ich zu bedenken. «Uri gehört mir.»

Doch er drückte mir bloss noch einmal die Hand und sagte:

«Fiddersähn!»

Dann aber geschah etwas, was mir heute kaum noch jemand glauben wird. Er gab mir zwei Küsse, einen auf die linke und einen auf die rechte Wange, und verabschiedete sich sodann mit grosser Herzlichkeit.

Bis zum heutigen Tag kann ich mir nicht zusammenreimen, wie ein Mensch einem andern in diesem Augenblick ein wertvolles Besitzstück abnehmen kann, um im nächsten Moment eine menschliche Annäherung zu suchen, um seinen freundlichen Gefühlen Ausdruck zu geben.

Von Schweizer Freunden bekam ich kurze Zeit danach eine Ersatzuhr. Doch schon wenige Wochen später geschah ein Vorfall, der zum Stadtgespräch in Berlin wurde. Wir hatten in der Jägerstrasse im heutigen sowjetischen Sektor, wo die Parteizentrale der CDU ihr Quartier hatte, eine lange Sitzung gehabt. Die Partei hatte von der Besatzungsmacht ein halbes Dutzend alter abgetakelter Autos erhalten, wahre Überbleibsel von Autofriedhöfen, die von tüchtigen deutschen Monteuren aus diversen Wagentypen zusammengebastelt worden waren. Ihre Höchstgeschwindigkeit betrug immerhin dreissig Kilometer in der Stunde. Es waren fürchterliche Vehikel, aber sie brachten einen wenigstens nach Hause. Damals verkehrten zwar schon einzelne S-Bahn-Züge, auch verschiedene Strassenbahnlinien waren wieder intakt, doch lag der Verkehr im Herbst 1945 noch arg darnieder.

Mein Fahrer war Paul Müller, den ich von der früheren Deutschen Staatspartei her kannte, ein redlicher Mensch, der wenige Monate zuvor aus dem Zuchthaus Brandenburg befreit worden war. Die Nationalsozialisten hatten ihn aus politischen Gründen zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach der Befreiung hatte er sich bei mir gemeldet und mich gebeten, ihn als Fahrer zu beschäftigen, da er sonst nichts weiter zu tun hatte.

Paul Müller fuhr mich gegen neunzehn Uhr aus dieser Sitzung nach Hause. Es war ein dunkler Abend Ende Oktober. Als wir vor meinem Haus hielten, bemerkte ich zwei Jeeps, die uns ohne Licht gefolgt waren. Der eine setzte sich vor uns, der andere hinter uns. Es waren Amerikaner. Sie kamen aus dem benachbarten Militärlager, wo Fallschirmjäger stationiert waren. (Von amerikanischer Seite wurde uns später berichtet, dass auch Halbkriminelle dieser Kampftruppe angehörten. Sie waren vor die Wahl gestellt worden, entweder in den Krieg zu ziehen oder ins Gefängnis. Es handelte sich um keine Schwerverbrecher, aber eben doch um Gesetzesbrecher, die auch ihren Vorgesetzten viel zu schaffen machten.)

Die Disziplin dieser Truppe, die zu unserem Pech ausgerechnet in der Nachbarschaft, in Zehlendorf, untergebracht war, liess sehr zu wün-

schen übrig. Diese Burschen machten sich wenig aus der Demarkationslinie zwischen dem amerikanischen Sektor und der sowjetischen Zone, in der Klein-Machnow lag, und gingen nach Anbruch der Dunkelheit im Niemandsland auf Raub und Plünderung aus. Erst mein Erlebnis mit diesen Gesellen, das auch dem Botschafter Murphy bekannt wurde, sollte dazu führen, dass solche Vorfälle sich danach nicht mehr wiederholten.

Die beiden Jeeps standen im Dunkeln, nachdem sie uns gestoppt hatten. Aus dem vorderen Wagen sprangen zwei mit Pistolen bewaffnete Soldaten. Einer setzte sich in unser Gefährt hinter den Fahrer und mich; der andere kletterte in seinen Jeep zurück. Der «Führungsjeep» setzte sich nun in Bewegung. Etwa zwei Kilometer von meiner Wohnung entfernt steuerte der Amerikaner in ein unbewohntes Waldgelände nahe der Autobahn. Der liebenswürdige Pistolenträger in meinem Wagen schrie uns in recht gutem Deutsch immer wieder an:

«Ihr Schweine, ihr Nazischweine, jetzt ist eure letzte Stunde gekommen!»

Es ist kein allzu angenehmes Gefühl, in tiefer Nacht selbst in schönem Deutsch zu erfahren, dass man in einen finsternen Wald verschleppt wird, wo einen die Liquidierung erwartet. Uns beiden war alles andere als wohl zumute, aber wenn man unmittelbar vor dem Ende zu stehen glaubt, kann man doch merkwürdigerweise recht gefasst sein. Ich hatte mich bereits mit meinem Los abgefunden, dachte nur noch an meine Familie, und wie sie in dieser Zeit wohl ohne mich zurechtkommen würde. Plötzlich wurde angehalten. Die Scheinwerfer blieben aufgeblendet, um die Gegend für die nun stattfindende Operation zu erleuchten. Ich kam als erster an die Reihe. Zwar wurde ich nicht sofort erschossen, aber man nahm mir alles ab: Armbanduhr, Siegelring, ein Nageletui und die Brieftasche, in der sich verhältnismässig viel Geld befand. Und damit, glaubte ich, sei die Sache erledigt. Mitnichten: Mit einemmal verlor ich das Bewusstsein. Man hatte mir einen perfekten K.-o.-Schlag versetzt, der mich augenblicklich umwarf. Als ich wieder zu mir kam, wurde gerade mein Fahrer bearbeitet. Er versuchte, die Amerikaner von seiner antifaschistischen Vergangenheit zu überzeugen, indem er ihnen seine Entlassungspapiere aus dem Zuchthaus vors Gesicht hielt, doch das half ihm nichts. Auch er bekam seinen Hieb. Zu seinem Schaden war er jedoch widerstandsfähiger als ich und

musste deshalb einen zweiten und dann auch noch einen dritten Faustschlag einstecken. Das Blut schoss ihm aus der Nase.

Ich rollte mich aus dem Lichtkegel der Scheinwerfer fort in die Finsternis. Hinter mir wurden Rufe laut, es fielen auch Schüsse. Damals war man noch gelenkig und hatte kein Gepäck in Form von überflüssigem Speck zu tragen. Ich lief also in schnellstem Tempo auf den Wald zu. Unterwegs bemerkte ich, dass die Räuber mir wenigstens meinen Ehering gelassen hatten; soviel Anstand hatten sie wenigstens noch gehabt.

Nach einer halbstündigen Wanderung erreichte ich meine Wohnung. Meine Frau war noch wach. Ich setzte mich an den Tisch und fand keine Worte, um ihr zu berichten, was sich ereignet hatte. Unversehens kamen mir die Tränen: Wir beide hatten Verwandte ersten und zweiten Grades in Amerika; vor 1933 war ich zweimal in den Staaten gewesen und hatte das Land und seine Menschen schätzengelernet; in diesen Amerikanern hatte ich die Retter vor der Nazityrannei gesehen, ja mehr noch: die Retter vor einer möglichen Sowjetisierung Berlins. Alle meine Hoffnungen und Erwartungen hatte ich auf die Amerikaner gesetzt. Und nun war mir das passiert...

Allmählich konnte ich meiner Frau erzählen. Sie tröstete mich. Und dann erschien auch Paul Müller – blutüberströmt. Meine Frau wusch ihm die Wunden aus. Er war durch seine Zuchthauserlebnisse härter geworden als ich, er nahm das Abenteuer gelassener hin. Er hatte lediglich seine Brieftasche eingebüsst, in der nicht mehr als hundert Mark gewesen waren – sie bedeuteten für die Räuber so viel wie ein Cent. Auch Müller tröstete mich: es sei ja schliesslich immer noch kein richtiger Frieden im Lande.

In den nächsten Tagen sprach sich dieses Ereignis in Berlin herum. Etwa eine Woche später fand eine Sitzung bei dem neuen sowjetischen Stadtkommandanten, dem Obersten Jelisarow, statt, der ein sehr respektable Mann von guten Manieren war. In Gegenwart seines politischen Beraters, des späteren stellvertretenden sowjetischen Aussenministers Semjonow, fragte er:

«Nun, Herr Lemmer, wo haben Sie denn Ihre Armbanduhr?»

Ihm war natürlich mein erstes Uri-Uri-Erlebnis peinlich gewesen, das ich mit dem Russen vor meiner Haustür gehabt hatte. Nun war seine Schadenfreude umso grösser. Ich gab scherzhaft zurück:

«Sie sehen, meine Herren, jetzt ist das Gleichgewicht wieder hergestellt.» Und sichtlich zum Behagen des Obersten Jelisarow fügte ich

hinzu: «Schliesslich muss ich zugeben – ob gern oder nicht –, dass ein kleines moralisches Aktivum für die Rote Armee übrigbleibt. Ihr Soldat hat mir mit einem Bruderkuss die Uhr abgenommen, der Amerikaner aber hat mich dabei mit einem wohlgezielten Kinnhaken zu Boden gestreckt.»

Die neuen Herrscher

SCHON IM JUNI 1945 wurden in der Berliner Luisenstrasse die ersten wichtigen politischen Gespräche zwischen Russen und Deutschen geführt. Ein Teil der ehemaligen Tierärztlichen Akademie war wie durch ein Wunder von den Bomben verschont geblieben. Dort residierte nun Oberst Jelisarow, der im Beisein von Semjonow den Vertretern der neuen deutschen Parteien ihre Lizenzurkunden überreichte.

Jelisarow war eine höchst repräsentative Erscheinung (wie übrigens auch die andern hohen sowjetischen Offiziere, die vielfach in der Öffentlichkeit auftraten). Semjonow, dessen Einfluss wir in jenen Tagen nicht ahnen konnten, beteiligte sich zwar an einem zwanglos geführten Gespräch; ihm war auch bekannt, dass ich vor der Hitlerzeit Mitglied des Reichstags gewesen war, und da er sich in der politischen Vergangenheit von Hermes, Schreiber und Kaiser gleichfalls auszukennen schien, war ein persönlich gefärbtes Gespräch möglich. Jelisarow, der nur schlecht Deutsch sprach, liess sich unsere Äusserungen durch Semjonow übersetzen. Ob ihm die deutsche Sprache wirklich nicht geläufig war, konnte niemand wissen: Es gab manche Russen, dazu gehörten auch Marschälle, die Deutsch zumindest verstanden, diese Tatsache aber nicht zugeben wollten, sondern sich alles Wort für Wort übersetzen liessen – und dies geschah nicht etwa aus Prestigegründen wie oftmals bei Vertretern der Westmächte, sondern einfach deshalb, weil sie Zeit gewinnen wollten.

Eine der bedeutsamsten Begegnungen hatte ich zusammen mit Andreas Hermes (ich glaube, auch Jakob Kaiser war dabei anwesend) draussen in Karlshorst mit dem Marschall Shukow. Er hatte sich dort mit fast orientalischem Prunk im unzerstört gebliebenen Gebäudekomplex einer Kriegsakademie eingerichtet. Im Gegensatz zu den meisten andern Sowjetführern legte er anscheinend grossen Wert auf Prachtentfaltung.

Shukow sprach kein Wort Deutsch mit uns; ich habe nie erfahren, ob

er unserer Sprache mächtig war. Bemerkenswert erschien uns seine völlig ungezwungene Art. Er unterhielt sich betont freundlich mit den Vertretern der deutschen Bevölkerung; von Argwohn oder Abneigung war nichts zu spüren. Wie viele Russen in hohen Stellungen begann er mit einfachen menschlichen Gesprächsthemen. Sicherlich gehörte dies zur sowjetischen Taktik, um eine Atmosphäre des Vertrauens zu schaffen und uns zu ungeniertem Sprechen zu ermuntern. Shukow machte nicht (wie später Marschall Sokolowskij) Äusserungen, die den damals schon zwischen Ost und West ausgebrochenen Konflikt erkennen liessen. Er sprach vielmehr mit Hochachtung von seinen Verbündeten, was wir Deutsche für selbstverständlich hielten. Im Übrigen erinnerte auch Marschall Shukow daran, dass wir gemeinsam alles Notwendige unternehmen müssten, um in Berlin wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen. Mit dem zweifellos ungewöhnlich intelligenten Botschafter Semjonow, der in der Diplomatie der Sowjetunion eine steile Karriere machen sollte, habe ich leider keine persönlichen Gespräche führen können. Er lud mich zwar manchmal mit Andreas Hermes oder Jakob Kaiser zu einem Abendessen in kleinem Kreise ein, wobei sehr wenig getrunken und mehr diskutiert wurde, doch blieb er so zurückhaltend, dass man sich kaum ein richtiges Bild von ihm machen konnte. Ohne Frage ist er ein Diplomat von Rang und ein intimer Kenner der deutschen Situation diesseits und jenseits der Demarkationslinie. Er spricht fliessend deutsch. Immer wieder betonte er die Notwendigkeit, dass zwei so grosse Völker wie Sowjetrussland und Deutschland von nun an für alle Zeiten in Freundschaft miteinander leben müssten.

Semjonow erinnerte gern an den Lauf der Geschichte. Zwischen Deutschland und Russland habe es doch in der Vergangenheit weit häufiger friedliche Kontakte gegeben als Kriege. In Deutschland (und Preussen, wie er ausdrücklich sagte) möge man doch nicht vergessen, dass es schliesslich russische Truppen gewesen seien, die einst gemeinsam mit den Deutschen Napoleon verjagt hätten.

Vielen deutschen Politikern, die keineswegs links zu stehen brauchen, kann ich nur wünschen, dass sie allmählich lernen, ebenso zur Tradition ihres Volkes zu stehen wie die Sowjetrussen. Wer einen Sowjetmenschen beleidigen will, der braucht nur herabsetzende Äusserungen über historische russische Ereignisse zu machen. Man kann selbst kaum abfällig über einen Zaren sprechen, ohne eine unangenehme Reaktion zu spüren.

DIE ZEIT des Hungerns ging nicht spurlos an mir vorbei. Meine Frau und meine Kinder waren widerstandsfähiger, weil sie ja auch nicht so in Anspruch genommen wurden wie ich. Diese endlosen Fussmärsche mussten gesundheitlichen Schaden anrichten. Anfang Oktober brach ich mit vierzig Grad Fieber zusammen und wurde in dem einzigen Gefährt, das nicht beschlagnahmt worden war, einem überalterten Krankentransportwagen, in das heutige Zehlendorfer Behring-Krankenhaus gebracht. Der Bau war damals halb zerstört. Ich habe dort in der Baracke für die hoffnungslosen Fälle drei Wochen lang unter unsagbaren Verhältnissen gelegen, obwohl sich die zurückgebliebenen jungen Assistenzärzte und Schwestern, die nirgendwo mehr eine Bleibe hatten, alle Mühe mit mir gaben.

Es waren entsetzliche Wochen. Täglich kam meine Frau und steckte mir Eingemachtes zu und andere Sachen, die sie hier und dort hatte auftreiben können. Ganz langsam ging es wieder bergauf mit mir. Mein kräftiger Körper überwand die Krise. In den folgenden Jahren bin ich trotz vieler Unruhe und innerer Nöte, Gott sei Dank, gesund geblieben.

Oberst Tulpanow

MEINE ERSTE BEGEGNUNG mit dem Obersten Sergej Tulpanow, der während der nachfolgenden Jahre eine ebenso entscheidende Rolle in der deutschen Nachkriegsgeschichte wie in meinem eigenen Leben spielen sollte, trug sich Ende Oktober 1945 in Karlshorst zu. Dieser Begegnung war ein merkwürdiges Ereignis vorangegangen.

Nach meiner plötzlichen Erkrankung (es hatte auch Typhusverdacht bestanden) und meiner Entlassung aus dem Krankenhaus erschien in meinem Haus ein Offizier des NKWD in Begleitung eines deutschen Hilfsagenten, um mich wegen meiner angeblichen Zusammenarbeit mit Goebbels zu verhaften. Damals gerieten Zehntausende Unschuldiger auf Grund irgendwelcher Verdachtsmomente und Denunziationen in die Fänge der Geheimpolizei. Dass man sich jetzt meiner bemächtigen wollte, fand ich freilich verblüffend. Ich bekleidete ja schon eine Reihe öffentlicher Ämter.

Der russische Offizier kam die Stiege zu meinem Schlafzimmer herauf, während seine deutsche Kreatur bei meiner Frau an der Haustür ste-

henblieb. Der Offizier erklärte mir, ich sei ein Mitarbeiter von Dr. Goebbels gewesen und müsse jetzt vernommen werden. Ich schrie ihn in meinem fiebrigen Zustand an, das sei doch eine niederträchtige Verleumdung. Daraufhin liess er seinen Agenten heraufkommen, der ihm meine Worte übersetzen musste. Ich protestierte laut schreiend weiter fort.

Der Russe rührte sich nicht. Vermutlich wollten die Sowjets mich einschüchtern, um mich nach Wiederherstellung meiner Gesundheit zu einem gefügigen Werkzeug in ihren Händen zu machen. Seltsam war nur, dass der Offizier seine Anschuldigungen so gelassen vortrug und auf meine Schimpferei überhaupt nicht reagierte. Er hätte mich ja auch tötlich angreifen können. Hingegen nahm er das Wort «Typhusverdacht» sofort zum Anlass, sich sang- und klanglos zu entfernen.

Als ich bald darauf wieder gesund war, berichtete ich im engeren Hauptvorstand des FDGB über diesen Besuch. Ich erklärte mit aller Deutlichkeit, so etwas könne man mit mir nicht machen; dies sei doch wohl nichts anderes als ein Einschüchterungsmanöver gewesen. Mein Gegenüber bei dieser Beschwerde war Roman Chwalek, der heute noch im Funktionsapparat der Gewerkschaften wie der SED eine Rolle spielt. Mir wurde gut zugeredet: Es wäre nun einmal alles Mögliche denkbar, ich sollte die Sache doch nicht so tragisch nehmen. Sie hätten auch schon davon gehört und würden sich mit der Sowjetischen Militäradministration in Verbindung setzen.

Die Folge war, dass ich bald darauf eine Einladung zu Oberst Tulpanow erhielt. Ich kannte seinen Namen zwar bereits, hatte jedoch bislang keine Möglichkeit gehabt, ihn persönlich kennenzulernen. Er war erst im Hochsommer in Berlin eingetroffen, um seine Schlüsselstellung in der Militärverwaltung als Leiter der politischen Informationsabteilung – wie es harmlos hiess – einzunehmen.

Ich begegnete einem überaus gebildeten Mann. Er besass gute Umgangsformen, seine Miene war freundlich. Seine national-ökonomischen und soziologischen Grundkenntnisse hatte er (darin ein bevorzugter Sowjetbürger) zu Ende der zwanziger Jahre an der Universität Heidelberg erworben. Mittlerweile ist er Rektor der Universität Leningrad geworden und hat dort einen Lehrstuhl für Marxismus-Leninismus inne, wie mir mein Freund Gustav Heinemann berichtete, der ihn bei einer Reise durch die Sowjetunion besucht hat.

Tulpanow gab mir die Hand, bat mich, Platz zu nehmen und erkun-

digte sich nach meinem Befinden. Er wies darauf hin, dass ich doch jetzt ein führender Mann in der sowjetischen Besatzungszone sei; wir würden künftig zusammenarbeiten. Gemeinsam mit den leitenden Männern der KPD, SPD, CDU und LPD wolle er den Aufbau einer Demokratie in Deutschland ins Werk setzen, und er fragte mich – wohl mehr der Form halber –, ob ich dazu bereit sei. Das hiess konkret, ob ich dem «Gemeinsamen Ausschuss der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien», der unter Kontrolle der Sowjetischen Militäradministration stand, beitreten wolle.

Ich wusste, dass meine Freunde Andreas Hermes, Jakob Kaiser und Walter Schreiber gegen die Mitarbeit in einem solchen Ausschuss nichts einzuwenden hatten; auch sie wollten ja ihren guten Willen zeigen. Ich sagte daher sofort meine aktive Mitarbeit zu. Oberst Tulpanow begründete die Zweckmässigkeit eines solchen Ausschusses mit dem Argument, nach der furchtbaren Katastrophe, der die Besatzungsmächte in Deutschland gegenüberständen, müssten alle antifaschistischen Kräfte Zusammenhalten und sich nicht wie früher gegenseitig bekämpfen. Nach einer kurzen Pause, in der ich ahnte, dass nun etwas Überraschendes kommen werde, fuhr er fort:

«Herr Lemmer, sehen Sie, wir bringen Ihnen Vertrauen entgegen und wünschen Ihre Mitarbeit, obwohl wir da so einige Informationen haben, wonach Sie zwar kein Nationalsozialist gewesen sind – das konnten wir feststellen –, aber doch mit Dr. Goebbels irgendwie in Fühlung waren. Aber das ist ja jetzt vorbei, das ist vergessen. Nun gehen wir in die Zukunft.»

Ich widersprach mit höflichen Worten, und Tulpanow hörte aufmerksam zu. Ich schilderte ihm meine Lage in den Jahren zwischen 1933 und 1945: die Situation eines Gegners des Regimes, der nicht emigriert war, der infolgedessen unter ganz anderen Lebensbedingungen stehen musste als seine Freunde in der Emigration. Ich hatte das Gefühl, der Oberst nahm meine Worte wirklich zur Kenntnis. Die Verabschiedung war so höflich wie bei allen folgenden Begegnungen. Nur einmal liess er sich Jakob Kaiser gegenüber hinreissen, als er gewisse Widerstände spürte, die wir der Entwicklung in der Zone entgegenzusetzen mussten. Er explodierte bei dieser Gelegenheit und erklärte:

«Herr Kaiser, wir sind Revolutionäre und können auch mit revolutionären Mitteln arbeiten, wenn Sie einsichtslos sein wollen.» Er lenkte jedoch schnell wieder ein. Ich habe für diesen Mann immer ein gewis-

ses Verständnis empfunden, denn er zeigte sich in diesen Jahren auch für unseren politischen Standpunkt stets aufgeschlossen.

Rückblickend erscheint es wie ein Anachronismus, dass der erste Mann, der uns als Politiker der östlichen Besatzungsmacht entgegentrat, ein früherer Heidelberger Student war. Er sprach fast fließend Deutsch und zitierte einmal das alte Studentenlied «O Heidelberg, du Feine, du Stadt an Ehren reich». Unsere vielen Gespräche und Diskussionen mögen ihn vielleicht ein wenig kritischer gegen die Durchführung der Anweisungen gemacht haben, die er aus Moskau erhielt. Für einen Stalinisten habe ich ihn nicht gehalten. Schon sein ungewöhnliches Bildungsniveau musste ihm die Unterschiede zwischen dem Stalinismus und der kommunistischen Ideologie aufzeigen. Es ist auch kein Zufall, dass er zu einem Zeitpunkt abberufen wurde, als die Deutschlandpolitik des Kreml, wie man sie sich im Moskauer Sandkastenspiel vorgestellt hatte, bereits gescheitert war. Ich habe ihm oft gesagt:

«Sie können mit dem deutschen Volk vieles machen, um im Interesse Ihrer Politik Schwierigkeiten zu vermeiden oder um Ihre eigene Position weltpolitisch zu stärken, aber eines wird Ihnen nicht gelingen: Sie können aus Deutschland kein kommunistisches Land machen. Wenn Sie das versuchen, Herr Oberst, dann werden Sie bald vor den Trümmern Ihres Unternehmens stehen. Die Deutschen sind für den Kommunismus nicht geeignet. Lassen Sie den Deutschen das Recht, ihre staatliche und gesellschaftliche Ordnung nach eigenem Willen zu gestalten, und ich bin sicher, dass keine antisowjetischen Ressentiments in unserer Bevölkerung Zurückbleiben – ungeachtet gewisser böser Vorkommnisse bei der Besetzung. Ich bin sicher, dass es dann zu einer wirklich guten Zusammenarbeit kommen wird. Die Gründung der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, die im Winter 1946/47 erfolgt ist, wird segensreiche Früchte tragen.»

Es müsse, so erklärte ich weiter, verhindert werden, dass es zwischen Deutschen und Russen jemals wieder zu einem solchen Unheil wie dem Zweiten Weltkrieg komme. Meine Generation scheue den Faschismus wie ein gebranntes Kind das Feuer. Unsere Erfahrungen mit dem Totalitarismus vor und während des Krieges seien so fürchterlich, dass wir unser Schicksal nicht abermals totalitären Machthabern anzuvertrauen gedächten. Hätten sie Hitler nicht kennengelernt, so wären die Deutschen eher für die sowjetischen Tendenzen anfällig. Zur auf-

richtigen Freundschaft mit dem Sowjetvolk war ich damals und bin ich auch heute bereit, aber in der Freiheit eigenen Willens.

Oberst Tulpanow hat das wohl am Anfang nicht begriffen. Es ist schwer, seine Deutschlandpolitik zu deuten. Bei aller Konzilianz eines gebildeten Menschen blieb er doch der harte Doktrinär der Sowjetideologie. Er ist sicherlich für manche Irrtümer der sowjetischen Besatzungspolitik – soweit sie den nichtkommunistischen Teil des Volkes betrifft – verantwortlich. Er verstand nicht, dass man das deutsche Volk nicht sowjetisieren kann. Dieses Volk, das trotz des «Tausendjährigen Reiches» zu den ältesten und schöpferischsten Kulturnationen Europas zählt, kann man nicht brutal wie irgendeine Völkerschaft an den fernen Grenzen Russlands einfach in ein ihm fremdartiges System eingliedern. Ich bin ganz sicher: Weder die Russen noch Ulbricht können sich darüber täuschen, dass dieses deutsche Volk ein gänzlich untaugliches Objekt für eine Sowjetisierung nach russischem Muster ist und bleiben wird.

Ob Oberst Tulpanow das heute einsieht? Heinemann wird bei seinem Gespräch mit dem früheren Besatzungsoffizier wohl zu taktvoll gewesen sein, ihn danach zu fragen. Doch ich glaube, der heutige Professor Tulpanow würde manchen Fehler von damals nicht mehr begehen. Er würde wohl weniger auf Ulbricht hören und vielleicht doch mehr auf jene Deutschen, die in Konzentrationslagern gesessen haben, oder auf diejenigen, welche auch in den zwölf Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland ausharrten und dabei sauber geblieben sind. Aus der Kenntnis der wahren Mentalität ihrer Landsleute hätte diese Gruppe von Deutschen die Unterschiede in der Staats- und Gesellschaftsbildung der beiden Völker nicht einfach ignoriert. Denn auch die überwiegende Mehrheit der mitteldeutschen Bevölkerung im Machtbereich Ulbrichts ist ja bis heute mit den Methoden der Sowjets, ein sozialistisches Deutschland nach den Grundsätzen ihrer Ideologie zu schaffen, nicht einverstanden. Das behaupte ich nicht einfach so dahin, weil es etwa ein Wunschbild wäre, sondern ich kenne die wirkliche Gesinnungs- und Gemütslage dieser Menschen.

DIE MÄNNER der Sowjetischen Militäradministration waren einerseits psychologisch gewandt, charmant und witzig, andererseits revolutionär, rücksichtslos, teilweise brutal, wenn sie Widerstände spürten, die sie brechen wollten. Es haben damals manche ihr Leben lassen müssen,

weil sie der Politik der sowjetischen Besatzungsorgane nicht folgten, weil es ihrem Gewissen widerstrebte, sich missbrauchen zu lassen.

Einer von ihnen war der frühere preussische Staatssekretär Schleusener, den die Sowjets in die provisorische Regierung des Landes Brandenburg als Finanzminister berufen hatten. Er war ein charakturvoller und kundiger Mann. Wer im alten Preussen Staatssekretär im Finanzministerium wurde, musste über bedeutendes Können verfügen. Schleusener wollte die Sowjets und die Kommunisten gewiss nicht hinter gehen. Nur stellte er sich eben Demokratie so vor, wie er sie in seinem Staatssekretärsamt unter einem so tüchtigen Finanzminister wie Dr. Höpker-Aschoff während der Weimarer Republik erlebt hatte. Weil er politisch ein wenig gutgläubig war und nicht ganz verstand, was es hiess, unter sowjetischer Besatzung zu arbeiten, geriet er in Haft und ist niemals zurückgekehrt.

Auch der Potsdamer Bürgermeister Köhler, ein Gründungsmitglied der CDU/CSU, der bei den Gemeindewahlen 1946 die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erringen konnte, verschwand eines Tages mit seiner Frau. Frau Köhlers Mutter ist wiederholt bei mir in Berlin zu Besuch gewesen. Ich habe sie zu Otto Nuschke schicken müssen, da ich ihr damals nicht mehr helfen konnte. Leider ohne Erfolg. Aber Nuschke half sonst, wo er nur konnte.

Tulpanow wie auch andere Exponenten der sowjetischen Besatzungspolitik liessen in vielen Gesprächen anklingen, dass sie bei passender Gelegenheit mit der Ausdehnung ihrer Macht nach Westen rechneten, freilich nicht durch Krieg, jedenfalls damals nicht, vielleicht auch heute nicht – und hoffentlich auch morgen nicht. Sie glaubten vielmehr, nach dem Naturgesetz der marxistischen Lehre werde ihnen alles von selber in den Schooss fallen. Oberst Tulpanow hat sich grosse Mühe gegeben, mich zur Mitarbeit beim Aufbau einer neuen Ordnung mit «positiven Methoden», wie er sich ausdrückte, zu gewinnen. Ich habe ihn nie im Unklaren darüber gelassen, dass ich mich stets für eine fortschrittliche Politik zur Verfügung gestellt habe und hätte, wenn eine Möglichkeit dazu gegeben war, dass es für mich jedoch unzumutbar sei, einer kommunistischen Gesellschafts- und Staatsentwicklung Hilfe zu leisten. Ich wäre auf keinen Fall und für keinen Preis bereit gewesen, etwa Jakob Kaiser während und nach der Volkskongresskrise in den letzten Monaten des Jahres 1947 im Stich zu lassen und dessen Nachfolge anzutreten, die später Otto Nuschke übernehmen sollte.

Die Westalliierten in Berlin

DASS WIR DEN EINMARSCH der alliierten Truppen Anfang Juli in Berlin als Erlösung empfanden, ist wohl selbstverständlich. Nun entstand doch wenigstens ein Gegengewicht zu der östlichen Besatzungsmacht. Die veränderten Verhältnisse wirkten bis in unser Privatleben hinein.

Es freute mich ganz besonders, dass unter den Amerikanern ein ganzer Schwarm früher in Berlin tätig gewesener Journalisten war, zum Teil gute Freunde; vor allem das Wiedersehen mit meinem mir seit langen Jahren sehr verbundenen Freund und Kollegen Louis P. Lochner bereitete mir herzliches Vergnügen. Nun hatte ich manche neue Anknüpfungspunkte gewonnen. Ich erhielt auch ein paar Lebensmittel von einigen Freunden aus dem Ausland, die sich meiner Hungersnot in Klein-Machnow erbarmten, obwohl sie uns nicht allzu viel abgeben konnten, denn auch ihre Rationen waren ja beschränkt. Immerhin konnte meine Familie jetzt doch ein wenig aufatmen. Die mir bekannten englischen und französischen wie amerikanischen Journalisten waren schneller im Bilde über die wirklichen Geschehnisse als die Diplomaten und politischen Beamten der drei westlichen Besatzungsmächte. Sie bemühten sich eifrig um Nachrichten, die der Realität eher entsprachen als die zum Teil naiven Vorstellungen, mit denen die offiziellen Vertreter der westlichen Regierungen noch lange Zeit an die Arbeit gingen.

Diese Journalisten sorgten auch dafür, dass wir (das heisst: die später bekannt gewordenen Personen der neu lizenzierten Parteien) mit den Repräsentanten ihrer Nationen in Kontakt kamen. Bald stellte sich eine Art Vertrauensverhältnis zu diesen Männern ein. Wer in den Westsektoren Berlins lebte, konnte mit grösserem Freimut seine Meinung äussern als jene, die unter sowjetischer Obrigkeit standen.

Die ersten Ausländer, die bis ins Detail hinein erfassten, welche geschichtliche Lage in der Vier-Sektoren-Stadt gewollt oder ungewollt entstanden war, das waren die Engländer, weil sie nüchterne und von Gefühlen unbeeinflusste Gedanken über die Realitäten hatten.

Walter Ulbricht

DIE ERSTE BEGEGNUNG mit den deutschen Kommunisten fand wie so vieles, was sich damals ereignete, in der Parochialstrasse statt: Walter Ulbricht hatte zu einer Besprechung über die Neugründung der Gewerkschaften eingeladen. Die Berliner Stadtverwaltung hatte in einem relativ unbeschädigten Gebäude Unterschlupf gefunden, das – sehr bezeichnenderweise – ausgerechnet der Brandenburgischen Feuersozietät gehört hatte.

Dieses erste Treffen war ungewöhnlich. Ulbricht trug noch die Uniform eines sowjetischen Offiziers und empfing uns so gnädig, wie früher Fürsten die von ihnen bevorzugten Untertanen zu begrüßen pflegten. Er war sich seiner ganzen Bedeutung als Figur im grossen sowjetischen Deutschlandspiel bewusst und handelte wie immer mit äusserster Korrektheit genau nach den ihm erteilten Befehlen. Er hatte auch bereits die Gewohnheit, sich zu räuspern, wie die Russen es zu tun pflegen, das heisst: zunächst einmal liess er die andern reden und hörte schweigend zu. Mit diesem psychologischen Trick versuchen sich die Sowjets ein Bild vom Partner zu machen.

Ulbricht begrüsst die wenigen Teilnehmer kurz und bündig, nicht unfreundlich, aber auch keineswegs herzlich; Gefühle waren ihm nicht anzumerken. Er wünschte zu erfahren, wie wir uns nun die Wiederaufnahme der gewerkschaftlichen Arbeit vorstellten, wenn es ihm – vielleicht schon in Kürze – gelänge, dafür die Zustimmung der Sowjetischen Militäradministration, also die des Marschalls Shukow und des Generals Bersarin, zu erhalten. Für die Sowjets sei die schnelle Wiederaufnahme der Gewerkschaftsarbeit noch wichtiger als die von demokratischen Parteien.

Ein Foto von Walter Ulbricht, das ihn in sowjetischer Uniform zeigt, gibt es wohl nicht. Wir besaßen ja keine Fotoapparate und hätten uns im Übrigen auch gehütet, sie mitzubringen. Die Russen machten keine Aufnahmen und gestatteten das Fotografieren auch anderen nicht; sie hatten kein Interesse daran, ihre Leute frühzeitig bekanntzumachen. Die wenigen Bilder, die von uns später auf den Gründungsversammlungen der CDU und des FDGB der Zone gemacht wurden, zeigen uns als halbverhungerte Gespenster. Auch ich erkenne mich darauf kaum wieder. Aber es gibt ein Bild, das mich zusammen mit Ulbricht inmitten einer Gruppe von Gewerkschaftlern darstellt: Es gibt die gespannte

Atmosphäre jener Tage deutlich wieder und lässt den Abgrund ahnen, der bald danach historische Tatsache werden sollte.

Ulbricht hatte sich über das unerwartet beherzte Auftreten oppositioneller Delegierter geärgert. Dies waren Berliner CDU-Mitglieder, Sozialdemokraten und vor allem Franz Spliedt (in der Weimarer Zeit Bundesvorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, ADGB, nun Initiator der sich neu formierenden Gewerkschaftsgruppen in der britischen Zone).

«Diese Leute haben nichts gelernt», sächselte Ulbricht mit einem vorwurfsvollen Blick auf mich, dessen Gelassenheit ihn offenbar reizte. «Sie sind Reaktionäre geblieben. Wir werden aufpassen müssen.»

Ich gab zu bedenken, ob dies nicht ein Vorurteil, ein Missverständnis sei wie damals – vor 1933 –, für das die Arbeiterbewegung schliesslich mit ihrer Zerschlagung durch Hitler hatte bezahlen müssen. Ich fragte Ulbricht, wie es denn um die feierlich beschworene Toleranz bestellt sei, ohne die wir nicht Zusammenarbeiten könnten.

Er gab mir keine Antwort.

Ich hatte Walter Ulbricht in den zwanziger Jahren kennengelernt, als wir beide Reichstagsabgeordnete gewesen waren. Im Jahre 1932 hatte er in der tumultuarischen «Radau-Sitzung» während der Debatten um Goebbels nach Kurt Schumacher und mir das Wort ergriffen. Äusserlich fiel mir Ulbricht damals zunächst dadurch auf, dass er die eine Schulter etwas gesenkt trug. Ich fragte damals seinen Fraktionskollegen Münzenberg, mit dem man leicht Gespräche anknüpfen konnte, weshalb denn der Kollege Ulbricht die Schulter so hängen lasse. Münzenberg erzählte mir, dass Ulbricht Tischler gewesen sei, und beim ständigen Hantieren mit schwerem Holz stelle sich eben eine gewisse Senkung der Schulterteile ein. Ob dies zutraf, konnte ich nicht beurteilen. Damals schon hatte ich den Eindruck, dieser Ulbricht müsse wohl ein gänzlich humorloser Mensch sein – eine Beobachtung, deren Richtigkeit sich später herausgestellt hat. Er zeigte stets denselben unbewegten Gesichtsausdruck des geschulten Funktionärs. Gelegentlich hatte ich mit ihm in dem einen oder andern Reichstagsausschuss zusammengesessen, er als Vertreter der Kommunistischen Partei, ich als Abgeordneter der Deutschen Demokraten. Ulbricht wirkte auf mich wie ein parlamentarischer Bürokrat. Dass er eines Tages einmal eine solche historische Rolle spielen würde, das hätte damals wohl keiner von uns geahnt.

Nun also, im Jahre 1945, sassen wir uns wieder gegenüber. Das Gespräch wurde auf der einen Seite vorwiegend von Sozialdemokraten bestritten, während die kommunistischen Teilnehmer ebenso wie Kaiser und ich zunächst abwarteten. Ulbricht griff – und das erlebte ich später noch oft – erst nach einem vorangegangenen Palaver in dem Augenblick ein, da er das Thema für soweit geklärt hielt, um nun die von ihm gewünschten Entscheidungen durchsetzen zu können. Sprach er endlich, dann wurde seine Natur erkennbar: er war hart und bestimmt, formulierte genau, worauf er aus war, und wich nicht von seiner Linie ab. So ging es auch an diesem Tag in der Parochialstrasse zu, als die Basis der mitteldeutschen Gewerkschaftsbewegung geschaffen wurde.

Ulbricht trat dann mit jovialer Kollegialität auf, solange er nicht auf unerwarteten Widerstand traf. Er gab sich gut gelaunt, um mit seinem unverfälschten Sächsisch den Gang der politischen Entwicklung in diesen bedeutsamen ersten Nachkriegswochen in Berlin und von Berlin aus festzulegen – genau so, wie es in jahrelanger Vorbereitungszeit von den Exilkommunisten in der Sowjetunion nach den Direktiven ihrer sowjetischen Gastgeber verlangt worden war. Ulbricht achtete sorgfältig darauf, dass die kommunistische Fassade tunlichst nicht zu deutlich in Erscheinung trat. Deshalb interessierte er sich auch weniger für seine Genossen, derer er ja in jeder Hinsicht absolut sicher war, als vielmehr für die Persönlichkeiten aus den andern Lagern.

Es wird wohl wenige Menschen geben, die Ulbricht einmal in ausgesprochen fröhlicher Stimmung gesehen haben. Es liess sich eigentlich kaum vorstellen, dass er zu Gemütsbewegungen irgendwelcher Art überhaupt fähig war. Auch sein Mienenspiel blieb durch eine immer gleichbleibende Maske verborgen. In den Gesprächen formulierte er behutsam, um ja kein Wort zuviel zu sagen. Auch dieses Verhalten war wohl beste sowjetische Schule. Wenn er spürte, dass dieser oder jener für eine Zusammenarbeit in Aussicht genommene vielleicht doch nicht der rechte Mann sein werde, dann wusste er mit kalter und bösartiger Verachtung zu reagieren. Auch ich bekam das nicht nur einmal zu spüren. Man musste wissen, wie man sich in seiner Gegenwart zu benehmen hatte. Einschüchtern durfte man sich nicht lassen, sondern musste betont Gleichmut zeigen. Ulbricht schwenkte wieder ein, sobald er damit rechnete, das Nachgeben habe noch einen Sinn.

Doch die Spannungen liessen nicht lange auf sich warten. In kritischen

Momenten stand ihm ein auf die Dauer mehr als monoton wirkendes Schimpfwort zur Verfügung: Er sprach dann von «Kreaturen des amerikanischen Monopolkapitalismus». Wer von ihm derart titulierte, der tat gut daran, schnell zu verschwinden, denn diese Verunglimpfung war der Anfang einer Verfolgung. Ihr folgte alsbald die Verleumdung, «ein amerikanischer Agent» habe sich irgendwo eingeschlichen. Ich erinnere mich einer recht aufschlussreichen Szene, die sich bei diesem ersten Treffen zutrug. Natürlich waren wir – wie immer in jenen Tagen – reichlich hungrig. Ulbricht holte aus seiner Aktentasche einige Pakete Kekse und begann sie ungeniert zu geniessen, ohne sie den anderen am Tisch anzubieten. Nachdem er sich vermutlich an den heisshungrigen Blicken genügend ergötzt hatte, bot er mit grosser Geste auch den Gesprächspartnern die Päckchen an. Dabei musste ich die Feststellung machen, dass es sich nicht etwa um russisches Backwerk handelte, das ich gern einmal kennengelernt hätte. Aber nein, es war amerikanischer Armeezwieback, wie ja überhaupt sehr vieles, was wir bei den sowjetischen Truppen in den ersten Nachkriegswochen sahen, den Stempel Made in USA sichtbar oder unsichtbar trug. Es fing mit der Bewaffnung an, setzte sich mit der technischen Ausrüstung und den Jeeps fort und hörte bei Konserven jeder Art auf. All das stammte aus den gewaltigen Hilfsleistungen der Vereinigten Staaten für die Sowjetunion. Auch Ulbricht genierte sich in dieser Situation durchaus nicht, uns diese Backwaren amerikanischen Ursprungs zu offerieren.

Er galt als die mysteriöse Gestalt im Hintergrund, als der Mann im Schatten (heute könnte man nach dem Titel eines mittlerweile bekannt gewordenen Romans auch sagen: «Der Mann, der aus der Kälte kam»). Er wirkte auf die Nichtkommunisten, die damals mit ihm zu tun hatten, unheimlich. Ich kann nicht mehr sagen, ob ich damals Furcht vor ihm empfand, glaube es jedoch nicht: Wovor sollte man damals in unserer Lage schliesslich noch Angst haben? Aber ich glaube doch, dass viele meiner Freunde, auch unter den Sozialdemokraten, nicht ohne Furcht sich in seinem Bann bewegten – und darin dürfte vielleicht auch das Geheimnis der Wirkung dieses Mannes liegen: Keiner zweifelte daran, dass Ulbricht rücksichtslos und brutal reagieren würde, wenn sich jemand gegen seinen Plan, für den er Moskau verantwortlich war, stemmen sollte.

Stellt man mir die Frage, ob schon am Anfang zu spüren gewesen sei, welche Ziele Ulbricht verfolgte, dann müsste ich verneinend antwor-

ten. Auch das gehört ohne Zweifel zu der sowjetischen Methode, politische Ziele anzusteuern, indem man stets nur kleine Schritte macht. Jede Schockwirkung auf direkte oder indirekte Opfer ihres politischen Willens sollte augenscheinlich vermieden werden. Hätten die Kommunisten alle Karten auf einmal ausgebreitet, so wäre die Entwicklung in den Jahren 1945 bis 1946 ganz gewiss anders verlaufen. Wenn Mitarbeiter, die er offenbar frühzeitig mit seinen Gedankengängen vertraut gemacht hatte, allzu explosiv eindeutig kommunistische Absichten verrärende Vorschläge machten, bremste Ulbricht sie sofort, falls Nichtkommunisten anwesend waren. Er liess sich auch nicht durch die Gefühle seiner Gesinnungsfreunde dazu verführen, auf andern Wegen als den vorgesehenen seine Teilziele zu erreichen.

WAR ULBRICHT nun von Anbeginn an die graue Eminenz des Kreml in der Deutschlandpolitik? Diese Frage wird schlüssig erst von den Historikern beantwortet werden können. Wollte man ihn eine graue Eminenz betiteln, könnte leicht überschätzt werden, was er aus sich selbst heraus damals zur Gestaltung der Nachkriegsentwicklung im sowjetischen Machtbereich Deutschlands beigetragen hat. Man sollte aber sein Wirken auch nicht unterschätzen; gewiss hat er manchem Geschehen (wie wir sagen müssen: unheilvollem Geschehen) seinen Stempel aufgedrückt, doch ich glaube, man muss diesen Altkommunisten der Weimarer Republik vor allem als den peniblen Vollstrecker des sowjetischen Willens einordnen.

Ich kannte Leute, die in Gesprächen mit den Russen es für ratsam hielten, ihnen ihren Ulbricht auszureden. Ich vermute beinahe, dass dies alle versucht haben, ob Sozialdemokraten, Liberale oder Männer meiner eigenen politischen Richtung. Ich habe niemals den törichten Versuch unternommen, Ulbricht abzuwerten – wahrhaftig nicht etwa aus Sympathie für ihn, sondern weil ich zu verstehen glaubte, dass er mit weitem Abstand der hervorragendste Vertrauensmann des Kreml in Deutschland war und von den Sowjets geradezu als Garant für die Sicherung ihrer Politik angesehen wurde. Deshalb erschien es mir als naiv, die Sowjetrussen überreden zu wollen, Ulbrichts Einfluss zu schwächen. Ich bin der Meinung, dass all jene, die derartiges versuchten, im Gegenteil nur Ulbrichts Position gestärkt haben.

Oberst Tulpanow liess einmal im Zusammenhang mit irgendwelchen Sachfragen, ohne dass ich den Namen Ulbricht genannt hätte, die Be-

merkung fallen, das sei ein ausgezeichnete Mann, auf den man hören solle; er nannte Walter Ulbricht einen guten Patrioten, der als einer der wenigen die Russen schneller vergessen machen könne, was die «Hitlerbanden» in der Sowjetunion angerichtet hätten. Wenn man eine echte Freundschaft zwischen beiden Völkern anbahnen wolle – so ungefähr fuhr Tulpanow fort –, dann sei Ulbricht der Mann, der zur Erreichung dieses Zieles dank seines Einflusses und seiner Intelligenz sehr viel beitragen könne.

WILHELM PIECK war ein ganz anderer Typ als Walter Ulbricht. Er war der Veteran mit beinahe väterlichen Zügen. Früher, in der Weimarer Zeit, war er freilich ein wilder Bursche im Reichstag gewesen, der besonders durch Zwischenrufe und Randalieren auffiel. Aus dem russischen Exil kehrte er indessen als abgeklärter Emigrant nach Deutschland zurück. Er war nun viel menschlicher geworden. Kommunistische Funktionäre haben es schwer, richtige Menschen zu sein oder zu bleiben. Das liegt in ihrem Dogma, in ihrer Ideologie begründet, die nur die Methodik kennt.

Pieck wurde dann auch später von Ulbricht «nach oben» abgeschoben und zum ersten Präsidenten der sowjetzonalen Republik gewählt. Er repräsentierte die Macht nach aussen und bewohnte das schöne ehemalige Jagdschloss der Hohenzollern in Niederschönhausen. Angehörige des Nationalkomitees «Freies Deutschland», unter ihnen adlige Offiziere, die in Stalingrad in Gefangenschaft geraten waren, sorgten für das Protokoll, so dass die Geschäfte reibungslos und bei besonderen Anlässen feierlich abliefen.

Währenddessen beschränkte sich der nun greise Pieck mehr und mehr darauf, bei Einweihungen sein schlohweisses Haar über dem dunklen Anzug zu zeigen und kleinen Kindern freundlich die Wangen zu streicheln. Von dem einst so revolutionären Kommunisten war nichts mehr zu spüren.

Demokratie und Volksdemokratie

SO OFT WIE MÖGLICH reisten wir damals durch die mitteldeutschen Lande, von der Ostseeküste bis zum Bayrischen und Thüringer Wald, um uns den Menschen in ihrer sozialen und politischen Not zu stellen. Unsere

von der Sowjetischen Militäradministration ausgestellten Legitimationen schützten uns vor der Eigenmächtigkeit der örtlichen Gewalthaber. Auch unsere Redemanuskripte brauchten wir nicht den Kommandanturen zur Zensur vorzulegen. Man liess uns damit in Ruhe, und wir konnten manches mehr oder weniger deutlich aussprechen, was nicht-kommunistischen Parteirednem im Allgemeinen kaum möglich gewesen wäre.

Allerdings waren wir bei diesen Touren den zweckbedingten Einladungen mancher Ortskommandanten ausgesetzt, die vor Beginn der Versammlungen recht grosszügig zu «Speis' und Trank» einluden. Wer nicht bestens geeicht war, blieb auf der Strecke; der Wodka warf mehr als einen Redner um. Einmal, es war in Schwerin, hätte es auch mich um ein Haar erwischt; nur im Seemannsgang vermochte ich das Rednerpult zu erreichen. Doch angesichts der interessierten Zuhörer wurde mein Kopf bald wieder klar. Auch die Claqueure der SED konnten mich nicht aus dem Konzept bringen, ihre Zurufe steigerten vielmehr meine Beredsamkeit.

Was ich sagte, streifte mitunter die Grenze. Den Russen imponierte ich dadurch offensichtlich. Mürrisch zeigte sich allenfalls der eine oder andere die Versammlung überwachende Politoffizier, der aber nicht selten den Spott seiner Kameraden einzustecken hatte. Nach einer Rede in Zeitz stellte mir einmal ein Hauptmann der GPU mit bösem Blick bohrende Fragen. Ich hätte, so warf er mir vor, in höhnischem Ton erklärt, unser Volk werde von vier Besatzungsmächten zur Demokratie erzogen. Dies sei jedoch eine schwierige Sache, weil uns nicht verborgen bleiben könne, dass über die Frage, was Demokratie denn nun eigentlich sei, augenscheinlich unterschiedliche Auffassungen beständen: die Sowjets verstünden darunter offenbar etwas anderes als die Westmächte. So bliebe uns Deutschen nichts anderes übrig, als selbst nachzudenken. Ich hatte erwähnt, dass die Nazis mit der Behauptung an die Macht gekommen seien, es sei besser, nur eine einzige Partei zu haben statt sechsenddreissig Splittergruppen. Unter minutenlangem Beifall hatte ich gesagt, dass nach unseren Erfahrungen mit der einen Partei, die Deutschland in die schlimmste Katastrophe seiner Geschichte gerissen hätte, selbst sechsenddreissig Parteien immer noch gefahrloser seien als die Alleinherrschaft einer einzigen, die von der Öffentlichkeit nicht kontrolliert werden könne. Damit nun war der verdutzte Politoffizier ganz und gar nicht einverstanden. Er meinte, es gebe überhaupt nur

eine Demokratie, wie sie in der Sowjetunion herrsche, wo das Volk durch das Volk regiert werde. Ich versicherte dem Manne, dass ich genau das gemeint habe.

Die Bevölkerung war «im Bilde» und reagierte stets treffsicher. Der auf ihr lastende Druck war nicht allerorten gleich stark; im Allgemeinen war er in den Agrarbezirken im Norden der Zone schwerer als in den Industriegebieten von Sachsen-Anhalt und Sachsen. Hier verhielten sich die Befehlshaber im Allgemeinen zurückhaltender, was bei den Wahlen im Herbst 1946 zum Ausdruck kam. Die SED erhielt die meisten Stimmen ausgerechnet im konservativen Mecklenburg-Vorpommern, die wenigsten in Sachsen-Anhalt, in manchen Teilen Sachsens und in Brandenburg, wo sich die Ausstrahlungskraft der Industriestadt Gross-Berlin bemerkbar machte.

Die Gründung der CDU

JAKOB KAISER, seine jahrzehntelange Weggefährtin Frau Doktor Elfriede Kaiser-Nebgen und ich hatten schon im Jahre 1936 über neue Wege deutscher Politik nach dem Ende der nationalsozialistischen Ära unsere Gedanken ausgetauscht. Natürlich hatte ich noch keine konkrete Vorstellung von der Gründung einer Union und damals lediglich festgestellt, dass die Zentrumsparterie neben der Sozialdemokratie wohl noch am ehesten als tragende Partei einer demokratischen Zukunft in Frage käme, vorausgesetzt, sie sei imstande, ihren katholisch-konfessionellen Charakter aufzugeben, damit es zwischen den Christen beider Konfessionen nicht nur auf gewerkschaftlichem, sondern auch auf politischem Gebiet zu einer engeren Zusammenarbeit kommen könne. Kaiser, der fest auf einmal gewonnenen Erkenntnissen zu beharren pflegte, war jedoch gegen eine Wiederbelebung der Zentrumsparterie, der er selbst angehört hatte. Wehmütig meinte er: «Ernst Lemmer, das kommt nicht wieder. Wir können mit dem Namen Zentrumsparterie nicht von Neuem auf den Markt gehen. Es muss eine völlig andere, eine unbelastete Parteibewegung auf christlicher und überkonfessioneller Grundlage gebildet werden, der sowohl Protestanten als auch Katholiken angehören können: also eine grosse Volkspartei.»

Er spielte aber noch mit einer anderen Möglichkeit. Das ergab sich aus

seinen vielen Gesprächen mit Wilhelm Leuschner, dem späteren Märtyrer des 20. Juli 1944, sowie mit Gewerkschaftsführern aller Richtungen und ehemaligen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten. Kaiser erwog, nach englischem Vorbild gemeinsam aus Sozialdemokraten und sozial eingestellten Kräften des katholischen und evangelischen Lagers eine Art deutscher Labour Party zu gründen. Über die dogmatische Begrenzung der früheren Sozialdemokratie hinaus sollte es durch die Zusammenfassung aller sozial-progressiven Kräfte zu der tragenden Staatspartei der Zukunft kommen. Diese neue Partei sollte eine Wiederholung der unglückseligen Zersplitterung der Parteien wie in der Weimarer Zeit ausschliessen und ein nochmaliges Scheitern der Demokratie verhindern.

Im Laufe der nächsten Jahre, vor allem vor dem 20. Juli 1944, verstärkten wir unsere Bemühungen, eine überkonfessionelle Partei auf christlicher Grundlage vorzubereiten. Über ihren Namen dachten wir damals noch nicht weiter nach. In Jakob Kaiser hatte ich seit Langem den starken Freund gefunden, der meine wesentlichen Entscheidungen mit beeinflusst hat. Wie schon erwähnt, kannte ich ihn bereits seit 1923, ebenso Andreas Hermes und Walter Schreiber, mit denen ich lange Strecken des Weimarer Leidensweges gemeinsam zurückgelegt hatte. Kaiser wäre beinahe ein Opfer des 20. Juli geworden, wurde aber noch rechtzeitig gewarnt; er überstand die Zeit vom August 1944 bis zum Einmarsch der Russen mit seiner späteren Frau in einer Kellerwohnung im Potsdamer Vorort Neubabelsberg. Er hat dem inneren Kreis der Verschwörung um Goerdeler angehört.

Die erste Wiederbegegnung nach dem 20. Juli 1944 fand bald nach der deutschen Kapitulation vom 8. Mai 1945 in Kaisers Notwohnung in der Wittelsbacher Strasse statt. Es gab keine Verkehrsmittel, und ich musste die acht bis zehn Kilometer lange Strecke von und nach Klein-Machnow zu Fuss zurücklegen. Mein Fahrrad war mir gestohlen worden. Später trafen wir uns dann im Büro von Hermes am Fehrbelliner Platz.

Auch Andreas Hermes war ein ungewöhnlich intelligenter, talentierter, charakturvoller und unerschütterlich zu seinen Freunden stehender Mann. Auch er war in die Ereignisse des 20. Juli verwickelt und hatte zusammen mit Dr. Theodor Steltzer die Hinrichtung in Plötzensee erwartet (die Todesurteile waren schon gefällt). Im letzten Augenblick wurden sie von Soldaten der Roten Armee befreit. Man kann sich vor-

stellen, was nun in diesen Männern vorging, denen zweifellos ihre tiefe Religiosität der einzige Halt gewesen ist. Hermes war inzwischen von der Besatzungsmacht zum stellvertretenden Oberbürgermeister und zum Leiter des Ernährungswesens bestellt worden. Was damals die Verantwortung für die Sicherung der Ernährung von drei Millionen Menschen bedeutete, lässt sich heute kaum noch ausmalen.

Der Gründungsversuch der CDU, der in Berlin seinen Anfang nahm, ist dadurch wesentlich erleichtert worden, dass die Beziehungen zwischen den Konfessionen unter der Verfolgung und Unterdrückung durch den Nationalsozialismus sich entschieden verändert hatten. Von Anfang an fanden wir bei beiden Konfessionen Verständnis für unseren Plan. Befürchtungen, dass von orthodoxen Repräsentanten der Kirche Schwierigkeiten erwartet werden mussten, erwiesen sich als unbegründet. Einige Kirchenmänner nahmen allerdings Anstoss daran, dass eine politische Partei in ihren Namen das Wort «christlich» aufgenommen hatte; sie glaubten, dergleichen könne als Versuch gedeutet werden, das christliche Bekenntnis zum Vorspann für eine politische Bewegung zu missbrauchen. Im Gründerkreis gab es langstündige Debatten darüber, ob wir uns nicht nur schlicht als «demokratisch» bezeichnen sollten; die Mehrheit entschied sich jedoch dann für den Zusatz «christlich».

Die Bezeichnung «*Christlich*-Demokratische Union» sollte ein Bekenntnis zur staatsbürgerlichen Gesinnung, zum inneren Charakter des wiederherzustellenden deutschen Staates sein. Dies umso mehr, da der zusammengebrochene Hitlerstaat nicht zuletzt an der Missachtung aller religiösen und sittlichen Werte wie an der methodischen Verfolgung der Kirchen gescheitert war. Die deutliche Markierung eines völlig anderen Kurses sollte nach dem neuheidnischen Mythos eines Alfred Rosenberg und dessen Ausstrahlung auf die Hitlerjugend klar zum Ausdruck kommen.

Die Parteigründung der CDU in Berlin ist für mich eine geschichtlich zweifelsfreie Tatsache, wenn auch in späteren Jahren manche Veröffentlichungen die Gründung der CDU aus der allgemeinen Atmosphäre in allen Besatzungszonen heraus erklären wollten. Die Atmosphäre war jedoch in den Zonen mitnichten überall die gleiche. Die politische Willensbildung, die politische Initiative gingen von Berlin aus. Wir sandten unsere politischen «Missionare» zunächst in die mitteldeutschen Länder aus, damit gesichert wurde, dass sich das zu Entwickelnde mit un-

seren Gedanken in Einklang befand. Diese erste «Mission» beschränkte sich auf das Hinterland von Berlin, auf Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Mecklenburg und Vorpommern – also auf die gesamte Sowjetzone. Zu den Gründern gehörten noch der bedeutende Hochschullehrer Eduard Spranger, der grosse Chirurg Ferdinand Sauerbruch, der grossartige «Preusse» Ferdinand Friedensburg, der gütige katholische Pälät Buchholz und mein immer getreuer und tapferer Freund Propst Heinrich Grüber sowie die beiden «Heinriche» Vockel und Krone.

Aber schon unter Andreas Hermes und Walter Schreiber, den damaligen beiden Vorsitzenden, und Jakob Kaiser und mir als ihren Stellvertretern, wandten wir uns auch dem Westen zu. Wenn die Berliner Gründung einen höheren Sinn, ja – ich vermeide sonst das oft missbrauchte Wort – einen nationalen politischen Sinn haben sollte, dann musste es eine ganz Deutschland umfassende Bewegung sein. Wir mussten demnach schnellstens mit unseren Freunden in den Westzonen Verbindung aufnehmen.

Grösste Verdienste hat sich bei dieser schwierigen Aufgabe der spätere Staatssekretär Dr. Otto Lenz erworben, der nicht ohne persönliche Gefahr bis nach München durchdrang und später nach Stuttgart, Frankfurt/M., Karlsruhe, Mainz, Koblenz, Düsseldorf, Essen, Münster, Hannover, Hamburg und Kiel reiste, um an all diesen Orten Fühlung mit Gleichgesinnten anzuknüpfen. Die Menschen, die damals in den Westzonen in einem politischen Vorfeld wirkten, konnten offiziell noch nicht tätig werden; die westlichen Besatzungsmächte gaben erst viel später «grünes Licht» für eine überzonale politische Tätigkeit als die sowjetische. Es genügte aber bereits, dass man von uns Kenntnis erhielt, denn wir wussten ja wenig voneinander: Verkehrs- und Nachrichtenmittel fehlten, das Post- und Fernmeldewesen funktionierte noch nicht fugenlos; auch standen der CDU-Gründung in den Westzonen, die nicht vor dem Herbst 1945 begann (also zu einer Zeit, da wir schon über einen organisierten Parteiapparat mit einer Zeitung und den nötigen finanziellen Mitteln verfügten), materielle Sorgen entgegen.

Diese politische Resignation war aber in den Westzonen unvergleichlich grösser als in der sowjetischen Zone. Sie reichte weithin bis zur Hoffnungslosigkeit; das Interesse für materielle Werte war grösser als das für ideelle und sittliche. Die Idealisten, die sich meldeten, waren verarmt, sie hatten kaum das Porto für ihre Briefe, geschweige denn Geld für ein Auto

oder ein anderes Beförderungsmittel, um wenigstens die wichtigsten Plätze ihres Gebietes zu erreichen und Beziehungen aufzunehmen, die einer Parteibildung vorangehen. Bei uns in der Sowjetzone sah es dagegen schon etwas anders aus.

Die sowjetische Besatzungspolitik beabsichtigte die Inspiration des deutschen Partei-, Gewerkschafts- und Kulturlebens von ihren Machtstellungen in der Zone und von Berlin aus. Die Namen der Parteien wurden gebilligt. Die «Gruppe Walter Ulbricht», die mit fertig ausgearbeitetem Programm aus Moskau zurückgekehrt war, hatte den Plan, zunächst vier Parteien von der Besatzungsmacht lizenzieren zu lassen. Dabei gab es eine Panne, die im Programm der Kommunisten nicht vorgesehen war.

Die erste Partei, die eine Lizenz erhalten sollte, war natürlich die KPD, die zweite die SPD, die dritte Partei sollte das alte Zentrum sein und die vierte eine liberale. Dass es vier Parteien sein sollten, ging auf einen Plan Stalins zurück. Die Lizenzierung von vier politischen Gruppen wurde gefördert, um durch die scheinbare Existenz mehrerer Parteien die Alleinherrschaft der Kommunisten zu tarnen. Die Russen wünschten anscheinend eine ähnliche Entwicklung wie in Warschau, Budapest, Sofia und später in Prag.

Eine «CDU» sollte demnach in Deutschland nicht gegründet werden, sondern die alte Zentrumspartei. Die ehemaligen Kommunisten aus dem Reichstag, die Ratgeber der Russen in der Emigration, hatten sich daran erinnert, dass Zentrum und Demokraten keine «reaktionären» Parteien waren, und die Kommunisten glaubten wohl, mit den führenden Männern dieser beiden Richtungen eher zusammenarbeiten zu können. Bei ihrer Einstellung zur Sozialdemokratie erkannte man bald die Tendenz, nach kürzester Frist die Zwangsfusion der beiden Parteien herbeiführen zu können. Der Kommunismus – das wussten auch die Russen – war bei der Arbeiterschaft derart kompromittiert, dass eine Kommunistische Partei allein wohl keine besonders günstige Entwicklung genommen hätte.

In Karlshorst und im kommunistischen Hauptquartier herrschte Betroffenheit und teilweise Bestürzung, als bekannt wurde, dass seitens der christlich gesinnten Politiker an eine neue Zentrumspartei nicht gedacht war. Auch viele Liberale aus dem Reichstag der Weimarer Zeit, die in Berlin erreichbar waren und die einst auf dem linken Flügel der Deutschen Demokratischen Partei gestanden hatten, erklärten den

Sowjets, auch sie wünschten keine neue Demokratische Partei zu gründen, sondern gedächten, sich gleichfalls einer neuen Christlich-Demokratischen Partei anzuschliessen: «Unser Freund Lemmer gehört zu unseren ersten Gründern; wir haben Vertrauen zu ihm.»

Es ist bezeichnend, dass die Sowjets und die deutschen Kommunisten im Hintergrund nach der Schaffung einer dritten Partei nun auf die Gründung einer Liberal-Demokratischen Partei drängten, um doch noch eine vierte Gruppe einzuschalten. Sie kann freilich nicht als Nachfolgepartei der früheren Deutschen Demokratischen Partei angesehen werden.

Jede der vier Parteien erhielt bald eine Tageszeitung in Lizenz, während es in Westdeutschland noch lange keine Zeitungen ausser denen der Besatzungsmächte gab. Die deutschen Zeitungen, die im Westen lizenziert wurden, konnten anfangs nur zwei- bis dreimal wöchentlich erscheinen. In der nachrichtenhungrigen Bevölkerung Mitteldeutschlands aber fanden unsere ersten Blätter reissenden Absatz; sie waren überdies auch ein Geschäft. Die Russen haben uns nicht etwa Geld gegeben, jedenfalls nicht der CDU, und ich glaube auch nicht, dass die LDP und die SPD finanziell unterstützt wurden. Sie wollten keinen allzu stürmischen Aufschwung, durch den ihr Werkzeug, die KPD, in den Schatten gerückt wäre. Die KPD hingegen ist von Anfang an mit bedeutenden Mitteln finanziert worden; sie verfügte bald über mehrere Zeitungen und Zeitschriften. Daneben gab es noch die «[Tägliche Rundschau](#)», das Organ der Besatzungsmacht mit der höchsten Auflage, und dieses Blatt (das muss ich zugeben) war geschickter aufgemacht als die damalige «[Volkszeitung](#)» der KPD in der Zone oder das spätere «Neue Deutschland» der SED. Das «Neue Deutschland» ist zu unserem Glück stets langweilig geblieben. Es hat bis heute keine echte Resonanz in der Bevölkerung Mitteldeutschlands gefunden. Ich bin erstaunt darüber, dass die Intelligenz in den Reihen der SED es bis zum heutigen Tag nicht fertiggebracht hat, ein lesbares Zentralblatt zu schaffen.

Die CDU konnte mit ihren ansehnlichen Gewinnen durch den Verkauf ihrer Zeitungen (mit der Zeit kamen einige wöchentlich erscheinende Blätter hinzu) nicht nur ihren Parteiapparat in der Zone finanzieren, sondern auch die Parteigründung in den Westzonen mit beträchtlichen Summen unterstützen. Einige meiner westdeutschen Freunde mögen wohl mit Unbehagen lesen, dass mit dieser Finanzhilfe der Ostzonen-

CDU der Start mancher Organisationen in der westdeutschen CDU ermöglicht wurde.

Die CDU ist also in Berlin geboren worden und konnte auch nur dort geboren werden. Aus dem riesigen Trümmerfeld dieses letzten Kriegsschauplatzes erwachsen die Kraft und der Schwung zur Schaffung von etwas Neuem. Was sich bei der Eroberung der Millionenstadt Berlin abgespielt hat, das wurde bisher – soweit ich es übersehen kann – in seiner ganzen Dramatik noch von keinem Schriftsteller gültig dargestellt. Allein Theodor Plievier kam der grauenhaften Wirklichkeit in seiner Romantrilogie «Stalingrad», «Moskau», «Berlin» am nächsten. Die Luftangriffe bei Tage, die Bombennächte, der schreckensvolle Einmarsch der Sowjettruppen, Plötzensee mit den Hinrichtungen des 20. Juli und was nachher folgte – all das hat eine ganz besondere Atmosphäre geschaffen. Nur aus dieser Gesinnung heraus war der Neubeginn einer politisch entscheidenden Bewegung in unserem Volk möglich.

Wenn ich von dem Entsetzlichen spreche, das sich in der Hauptstadt Deutschlands zugetragen hat, möchte ich nicht missverstanden werden. Ich könnte wie so viele anklagend von den Vergewaltigungen sprechen, deren sich sowjetische Soldaten schuldig gemacht haben; allein ich tue es nicht! Es muss endlich ein Schlussstrich gezogen werden. Das Klima zwischen Deutschen und Russen, zwischen allen Völkern des leidgeprüften Europas, muss entgiftet werden. Mit Nachdruck betone ich: Trotz des Fürchterlichen, das geschah, müssen wir uns eher über den Grad der Disziplin wundern, den die meisten Soldaten der Roten Armee gezeigt haben.

Die russischen Truppen wurden, was wenigen Zeitgenossen bekannt ist, vor ihrer letzten Offensive am 16. April 1945 an der Oderfront täglich mit einem Befehl Stalins bekannt gemacht. Dieser Befehl schärfte den Soldaten ein, mit unbedingter Disziplin den Kampf um die deutsche Hauptstadt aufzunehmen, Haltung zu bewahren, Moral zu bekunden und sich dabei bewusst zu bleiben, dass sie Träger einer Idee seien, die nicht durch Ausschreitungen kompromittiert werden dürfe. Dieser Befehl hat, wie wir wissen, nur zum Teil Wirkung gehabt. Was sich aber ereignet hätte, wenn dieser Befehl nicht jeden Morgen verlesen worden wäre, das kann sich nur einer vorstellen, der erlebt hat, was dennoch geschehen ist. Ich habe dies von deutschen Kommunisten erfahren, die in der Roten Armee gekämpft haben. Sie konnten

ihre Aussagen durch Dokumente belegen. Nun aber, nach der Kapitulation, entlud sich der Zorn der Sowjettruppen doch über Berlin – jener Stadt, von der man ihnen jahrelang erzählt hatte, sie sei das letzte Ziel, und dort in ihren Mauern werde die grosse Rechnung beglichen. Zweifellos waren sie anfangs bereit, Berlin gänzlich untergehen zu lassen. Doch sie hatten ihre Absichten geändert.

Die russischen Soldaten waren natürlich, wie das nun einmal zu den Methoden eines totalitären Staates gehört, während des Krieges genauso aufgestachelt worden, wie die Goebbelssche Propaganda unsere Männer gegen die «russischen Untermenschen» aufgehetzt hatte. Unsere Wehrmacht braucht sich ihrer Haltung im Krieg gegen die Sowjetunion nicht zu schämen. Zu schämen haben sich jedoch all jene Parteileute, die auf Grund ihrer politischen Machtfunktionen, ob schwarz oder braun uniformiert, hinter der kämpfenden Truppe in Russland gewütet haben und dadurch dem Partisanenkrieg eine breite Grundlage verschafften. Die Sowjetbürger, die zurückgeblieben waren, zeigten sich teilweise zunächst bereit, in den deutschen Truppen Befreier vom Bolschewismus zu sehen. Die enteigneten Bauern hofften ihre Höfe, ihren alten Besitz zurückzuerhalten; sie wurden indessen durch die brutale Unterdrückung in den besetzten Gebieten geradezu zu Partisanen gepresst. Dieser von den Nationalsozialisten entfesselte Terror hat weitaus am stärksten dazu beigetragen, dass unsere Truppen solche schweren Verluste auch hinter der Front erlitten haben.

«Uralfeste»

DIE REPRÄSENTANTEN der sowjetischen Besatzungsmacht liessen ihren Charme vor jenen Deutschen, die sie interessierten oder mit denen sie etwas vorhatten, geradezu verführerisch spielen. Viele unserer Landsleute sind diesem Zauber erlegen. Sie verloren ihre Kritikfähigkeit und erkannten nicht, dass diese Herzlichkeit einen Zweck verfolgte. Ich muss zugeben, dass der russische Mensch mit seiner nicht zu bestreitenden Gemühtiefe auf Deutsche ansprechender wirkt als etwa der nüchterne Angelsachse. Die Sowjets bedienten sich dieses ihnen verwandten Naturells sehr geschickt und nicht ohne Erfolg.

Die Einladungen zu einem Abendessen nach Karlshorst oder in eines ihrer zahlreichen Sommerhäuser waren eigens in der Absicht insze-

niert, den Nichtkommunisten unter den Gästen Vertrauen einzuflössen. Die Küche war hervorragend, doch das Trinken war dabei weit wichtiger als das Essen. Unterernährt, wie wir waren und des Alkohols längst entwöhnt, liessen wir uns keine der zahlreichen Einladungen des Marschalls Shukow oder seines Protokollchefs, des Generals Bokow, entgehen: wir nannten ihn bald den «Frühstücksgeneral».

Auf diesen Banketten ging es stets nach demselben Muster zu: Man stand in der Eingangshalle und genehmigte sich als erstes ein Gläschen Wodka. Wodkagläser enthalten mindestens dreimal soviel Flüssigkeit wie deutsche Schnapsgläser. Bei dem einen oder andern von uns genügte bereits dieses eine Gläschen, um aus dem Gleichgewicht zu geraten.

Ging es endlich zur Tafel, so war an Essen dennoch kaum zu denken. Dabei konnte einem allein die Fülle der Vorspeisen den Atem verschlagen. Auf der Tafel türmten sich Hammel- und Spanferkelrücken, Geflügel, Fisch und Kaviar in Kristallschalen. (Die letzteren stammten aus den guten Stuben von Karlshorst...)

Man hatte sich gerade gesetzt und wollte zulangen, da ertönte das Kommando des Gastgebers, der am Kopfende des Tisches sass: «Jetzt wir trinken auf Zukunft von grossem deutschen Volk!» Was blieb einem anderes übrig, als die beste Hammelkeule liegen zu lassen und sein Glas zu erheben. Soldaten hatten die Bedienung übernommen und sorgten dafür, dass jedes leere Glas alsogleich wieder gefüllt wurde. Die sowjetischen Offiziere, die zwischen den deutschen Gästen sassen, tranken wacker mit, was wohl eine Geste der Freundschaft war. Jetzt aber wollte man endlich seinem Magen etwas zuführen, da erfolgte auch schon die zweite Aufforderung des Gastgebers: «Und nun trinken wir auf die Freundschaft zwischen grossem deutschen Volk und grossem Sowjetvolk!»

Wer konnte als Gast der sowjetischen Militärverwaltung da den Gehorsam verweigern! Pflichtgemäss wurde auch dieses Glas gekippt. Mittlerweile waren es bereits drei geworden.

Und in diesem Tempo ging es weiter. Ein Trinkspruch feierte den ersten Gast, Jakob Kaiser, der diese Ehre am wenigsten schätzte, denn er war nicht besonders trinkfest. Einmal wurde er bei dem Versuch er tappt, sein Glas unter dem Tisch auszuschütten, doch dieser Trick half ihm nichts. Das Glas wurde flugs aufgefüllt, und der General fragte in verletztem Stolz, ob Kaiser denn ein Feind der Freundschaft zwischen

dem grossen deutschen Volk und dem grossen Sowjetvolk sei! Meinem armen Freund blieb der scharfe Trunk nicht erspart.

Der nächste Gast, dem die hohe Ehre zuteil wurde – das war meistens ich. Die Herren erhoben sich von ihren Plätzen und stiessen auf mein Wohl an. Ich nahm solche flüssigen Ovationen meist mit grosser Freude an. Ich trank gern mit – wenn auch bei mir die Folgen nicht immer ausblieben! Nach zwei oder drei Stunden waren selbst die meisten Russen auf der Strecke geblieben, und das Fest löste sich nach und nach auf. Man hatte dabei meist mehr zu trinken als zu essen vorgesetzt bekommen.

Einige Male waren zu diesen Gastereien auch Freunde aus Westdeutschland erschienen: Karl Arnold, der erste Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen; Erich Köhler, der spätere erste Bundestagspräsident; Josef Müller, genannt «Ochsen-Sepp», aus München; Friedrich Holzapfel, der nachmalige Botschafter in Bem; Heinrich von Brentano und andere. Alle waren stark beeindruckt von der russischen Gastfreundschaft, und je mehr der Alkohol wirkte, desto anerkennender äusserten sie sich über diese rustikale Art. Es ging eben naturhaft zu, wie dies nur bei Menschen möglich ist, die noch nicht ganz von der flachen Zivilisation geschwächt worden sind.

Eine Eigenschaft unserer Gastgeber imponierte mir sehr: am Ende eines solchen Festes standen allemal ein paar nüchterne Offiziere in Reserve, die den Auftrag hatten, diesen oder jenen prominenten deutschen Gast – ob aus Westdeutschland oder aus Berlin – wohlbehalten nach Hause zu bringen. Die Heimfahrt erfolgte in russischen Militärfahrzeugen. Wer allzu schwer angeschlagen war, der konnte seinen Rausch im Haus der Gastgeber ausschlafen. Mich begleiteten jedesmal bei solchen Anlässen ein Offizier, gewöhnlich im Majorsrang, und sein Fahrer bis vor die Haustür. Bei der Ankunft öffnete der Russe die Gartentür, geleitete mich bis zum Eingang und ging erst fort, nachdem sich die Tür hinter mir geschlossen hatte, damit er melden konnte, der Gast sei heil in seiner Wohnung abgeliefert worden.

Eine erstaunlich fürsorgliche Praxis!

TOLLER NOCH als diese «Uralfeste» waren gelegentliche Begegnungen in kleinem Kreis. Im Sommer 1947 lud einer der prominenten sowjetischen Generäle Josef Müller, Otto Lenz und mich in seine Babelsberger Villa zum Essen ein. Dieser General verfügte offensichtlich über mehr poli-

tischen Einfluss als der Marschall. Die militärische Rangordnung stimmte sowieso vielfach keineswegs mit der politischen Bedeutung überein. Es kam vor, dass der Chauffeur eines Militärfahrzeuges einen höheren politischen Rang bekleidete als der General, den er zu fahren hatte.

Dieses Fest nun war zunächst ganz auf ein Gelage angelegt. Der General becherte ebenso unerschrocken wie Ochsen-Sepp und ich; Otto Lenz war von schwächerer Natur. Das Essen begann nach drei oder vier Stunden. Unser ganzes Interesse konzentrierte sich auf den Kaviar. Man kann nämlich viel mehr trinken, wenn man Kaviar zu sich genommen hat: er wehrt die Attacken des Alkohols auf Magen und Galle ab. Nach dem Hinsetzen versuchte ich mir zwei oder drei Suppenlöffel Kaviar zu genehmigen. (Später erfuhr ich, dass die Russen vor dem Essen gleichfalls zum Kaviar griffen, was wohl auch ihre hohe Trinkfestigkeit einigermaßen erklärt.)

Otto Lenz musste gegen Mitternacht von Soldaten hinausgetragen werden. Sie legten ihn fürsorglich in ein Bett, damit er sich ausschlafen konnte; Ochsen-Sepp und ich machten weiter. Gegen halb fünf in der Frühe waren wir alle so ziemlich am Ende – da passierte es: Der General dämmerte ein und rutschte lautlos vom Stuhl. Lallend flüsterte ich Ochsen-Sepp zu: «Sepp, wir haben doch gesiegt.»

Das war nun eine Äusserung, die ich nüchtern nie über die Lippen gebracht hätte. Ich versichere jedoch, dass ich wirklich nur an den Sieg in der Alkoholschlacht dachte und nicht an den grössenwahnsinnigen Anspruch gewisser Nationalisten.

Natürlich beschränkten sich diese Gelage nicht nur auf das Essen und Trinken: Es wurde eine freimütige Sprache geführt. Der General verharnte in absoluter Toleranz, so dass wir ungescheut unsere Meinung äussern konnten. Immer wieder kamen wir auf die Wiederherstellung Gesamtdeutschlands zurück. Der General verstand, dass dies unser grösstes Anliegen war. Er meinte indessen, wir müssten Geduld haben. Die Welt müsste erst wieder Vertrauen zur demokratischen Entwicklung Deutschlands fassen. Eine Demokratie war für ihn selbstverständlich eine Volksdemokratie, also eine Staatsform, die ihrem Wesen nach etwa kommunistisch ist.

Wir scheuten diese offenen Auseinandersetzungen nicht. Diese Treffen boten die Gelegenheit, den Sowjets aufrichtig zu sagen, was uns bewegte. Auch offene Kritik war möglich: Der General schnappte nie ein,

wenn wir an den Massnahmen der Sowjetischen Militäradministration etwas auszusetzen hatten. Im fortgeschrittenen Stadium unserer Sitzungen ging es freilich nicht immer ganz friedlich zu. Ich erinnere mich, dass der sonst so charmante Gastgeber mit irgendeiner Bemerkung des freimütig redenden Josef Müller nicht einverstanden war, sich sogar verletzt fühlte und ganz unerwartet mit einem Gefühlsausbruch reagierte. Völlig unvermittelt brach er in die Anklage aus: «Zweimal habt ihr Deutsche unser Land überfallen. Wir werden dafür sorgen, dass es ein drittesmal nicht möglich sein wird. Davon müsst ihr bei aller Freundschaft Kenntnis nehmen. Das ist der einhellige Wille des Sowjetvolks.»

Wir waren bestürzt. Dann antwortete ich ungefähr mit diesen Worten: «Lieber General, was du jetzt sagst» (man duzte sich in vorgerückter Stunde), «kann doch nicht dein Ernst sein. Du bist doch alter Bolschewik und warst bei denen, die mit Lenin zusammen die grosse Oktoberrevolution gemacht haben. Du bist doch ein Bolschewik der ersten Stunde. Ihr habt mit dem Zarismus Schluss gemacht. Dem habt ihr doch die Schuld am Krieg vorgeworfen. So jedenfalls wurde es von euch damals aller Welt verkündet. Und jetzt auf einmal ist euer letzter Zar, den ihr mit seiner ganzen Familie erschossen habt, unschuldig am Ausbruch des Ersten Weltkrieges! Ich muss schon sagen, das hätte ich aus dem Munde eines Bolschewiken nicht erwartet. Seid ihr denn inzwischen wieder zaristisch geworden?»

Der General zuckte zusammen. Mit einem Schlag schien er nüchtern zu werden. Wir merkten, wie peinlich es ihm war, sich durch eine gefühlsbetonte Äusserung dem Verdacht ausgesetzt zu haben, er beurteile den Zaren anders, als es die sowjetische Geschichtsdarstellung tat. Schliesslich sprach er ein paar ablenkende Worte, um die Wirkung seiner Rede abzuschwächen.

Wir aber zogen aus diesem kleinen Intermezzo die Folgerung, die sich uns schon öfter aufgedrängt hatte: Der Russe mag ein noch so glühender Kommunist sein, er ist gleichzeitig ein ebenso glühender Nationalist.

DIE EMPFANGE bei Amerikanern, Engländern und Franzosen konnten natürlich mit den «Uralfesten» der Sowjets in keiner Weise verglichen werden. Von der Non-Fratemisation, die unseligerweise in Washington beschlossen worden war, nahmen freilich die meisten führen-

den Amerikaner in Berlin keine Notiz. Sie erkannten sehr schnell die Unmöglichkeit, sich danach zu richten, wenn sie Politik machen wollten. Ausserdem konnten sie bald zwischen jenen unterscheiden, die eine solche Non-Fraternisation nach ihrem früheren Verhalten verdient hätten, und den andern, die dadurch nur brüskiert worden wären.

Bei den pragmatischen Engländern gab es eine derartige Anweisung nicht. Zu ihnen fand ich am schnellsten ein ungezwungenes Verhältnis, während meine Beziehungen zu den Franzosen später einen geradezu herzlichen Charakter annahmen. Ich nenne da den weithin bekannt gewordenen General Ganeval, der einen bemerkenswerten Einfluss auf die Haltung der Alliierten während der Berliner Blockade hatte (meines Erachtens überschritt er im Interesse unserer Bevölkerung sogar seine Pariser Richtlinien), und ich gedenke mit Respekt und Dankbarkeit des derzeitigen französischen Botschafters Seydoux, der damals zuerst politischer Berater des Generals Koenig und später der des Generals Ganeval war.

Ganeval war übrigens als Sohn eines französischen Botschafters am Pariser Platz in Berlin zur Welt gekommen. Ich sprach ihn deshalb gern als Berliner Mitbürger an, was ihm viel Spass machte. Er hat seine Geburtsstadt nie verleugnet; es bereitete ihm vielmehr Vergnügen, jetzt als Repräsentant einer der Besatzungsmächte sich in Berlin als gebürtiger Berliner vorstellen zu können.

Otto Grotewohl und die SED

DIE SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI der Zone erhielt zunächst einen gewaltigen Auftrieb: Sie wurde die weitaus stärkste Partei, hinter der die wiedererstandene KPD mehr als deutlich zurückblieb. Der sozialdemokratische Zonenvorstand liess sich aber augenscheinlich durch diese überraschenden Erfolge täuschen.

Als um die Jahreswende 1945/46 von den Kommunisten zum erstenmal der Gedanke einer Fusion der beiden Arbeiterparteien vorgetragen wurde, zeigte sich bald, dass die von Grotewohl dirigierte Führung der Sozialdemokratie bereit war, dieser Verführung – hinter der natürlich Karlshorst stand – zu erliegen. Viele SPD-Leute glaubten sich mit ihrer weit umfangreicheren Organisation innerhalb einer «sozialistischen Einheitspartei» durchsetzen zu können.

Otto Grotewohl war neben Kurt Schumacher eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der deutschen Sozialdemokratie, die das Dritte Reich überlebt hatten. Schumacher war gewiss der weitaus temperamentvollere und phantasiereichere von beiden, Grotewohl dagegen beurteilte die politischen Realitäten nüchterner; er war wohl auch taktisch wendiger als Schumacher. Während Schumacher in unserer Erinnerung unbefleckt weiterlebt, stimmt uns der Gedanke an Grotewohls politisches Spiel trübselig.

Ich möchte aber diesen Mann, der in Berlin in eine weit schwierigere Situation geraten war als Schumacher im Westen, nicht herabsetzen. Otto Grotewohl wurde nicht zuletzt deshalb zu einer tragischen Erscheinung der Nachkriegszeit, weil er in Berlin geblieben war. Ganz gewiss hätte er es leichter gehabt und sein Leben wäre wohl ganz anders verlaufen, wenn er sich nach seiner Entlassung aus dem KZ in sein heimatliches Braunschweig in der britischen Besatzungszone zurückgezogen hätte. Dass er damals in der deutschen Hauptstadt aushielt, ist ihm indessen positiv anzurechnen. Er hat auch zunächst die grosse Gefährdung der Sozialdemokratie im Machtbereich der Sowjets nicht unterschätzt. Am Anfang hatte er zweifellos die Absicht, die Sozialdemokratie als selbständige Partei zu erhalten und sich auf keine Fusion mit den Kommunisten einzulassen, wozu ihn seine Freunde bald drängten. Freilich beging er schon bald den ersten Fehler, als er in einem sogenannten Einheitsausschuss auf interfraktionelle Vorgespräche mit den Kommunisten einging, bevor das Plenum dieses gemeinsamen Ausschusses mit den beiden anderen Parteien zusammentrat. Dadurch akzeptierte er die marxistische Volksfrontideologie, deren unausbleibliche Folge dann die Fusion zur SED sein sollte.

Otto Grotewohl war ein bürgerlicher Typ, obwohl er noch der Arbeiterschaft alter Schule entstammte. Er suchte nach Anlehnung weniger bei den Repräsentanten der Liberaldemokratischen Partei, die ihm fremd geblieben war, als vielmehr bei Kaiser, Hermes und mir. Wir trafen uns häufig. Grotewohl legte stets grossen Wert darauf, uns über seine Absichten zu beruhigen, denn allzubald zeigten sich die Symptome für eine Fusionierung beider Linksparteien immer deutlicher. Grotewohl versicherte stets, er werde sich auf nichts dergleichen einlassen. Seine Funktionäre, die er zwar noch nicht genügend kenne, seien nach ihm bekannt gewordenen Berichten allesamt zuverlässig.

Zwei Gespräche aus dieser Zeit verdienen festgehalten zu werden. Das eine fand im Hauptquartier der Sozialdemokraten, in dem früheren Verwaltungsgebäude der Dresdner Bank gegenüber dem Kaiserlichen Schloss, zwischen Grotewohl, Kaiser und mir statt. Ich machte Grotewohl darauf aufmerksam, dass die Sozialdemokraten allzuwenig selbständig in dem Einheitsausschuss aufträten. Kaiser und ich empfanden es als äusserst bedrückend, dass die SPD, der wir doch schliesslich auf dem Boden der Demokratie nahestanden, sich so sehr in Ulbrichts Fahrwasser hineinmanövrieren liesse, dass bereits jetzt schon Kommunisten und Sozialdemokraten gegen uns Front machten.

Es war ein Mann aus der engsten Umgebung Grotewohls, Karl Germer, Angehöriger einer jüngeren Generation, der Kaiser und mich alarmierte. Er hatte Beobachtungen machen können, die nur einen Schluss zuließen: Die Zwangsvereinigung von Sozialdemokraten und Kommunisten stand unmittelbar bevor.

Anfang Dezember 1945 suchten wir Grotewohl auf. Erst vor wenigen Wochen hatte er noch eine sehr gute Rede über die Politik der deutschen Sozialdemokratie gehalten. Daran erinnerte ich ihn nun und fragte:

«Also, Otto, was ist bei euch eigentlich los?»

Grotewohl erwiderte:

«Gar nichts. Der Aufbau der Partei übertrifft alle meine Erwartungen. Alles geht reibungslos vor sich. Wir haben die Kommunisten zahlenmässig überall weit überholt. Wenn das noch eine Weile so weitergeht, werden wir mindestens im Verhältnis 5:1 oder gar 4:1 zur KPD stehen. Warum regst du dich eigentlich auf?»

Begriff Grotewohl den Ernst der Stunde wirklich immer noch nicht? Ich erklärte ihm:

«Wir haben eindeutige Informationen, dass grosse Unruhe in den Reihen deiner Parteimitglieder herrscht.»

Grotewohl begriff wohl, dass wir Verdacht geschöpft hatten, doch beteuerte er immer wieder, dass kein Grund zur Sorge gegeben sei, denn die Sozialdemokratische Partei der Zone und vor allem die in Berlin sei ja doch viel zu stark, um sich derart überfahren zu lassen.

Der sozialdemokratische Politiker Karl Germer – der hier ein nachdrückliches Wort des Dankes verdient – gehörte neben Franz Neumann zu den wenigen Männern, die im Frühjahr 1946 der Zwangsfusionierung entschieden Widerstand geleistet haben. Er war auch einer der

Gründer der neuen Sozialdemokratischen Partei nach dem Zusammenbruch in Berlin und entstammte einer sozialistischen Familie: Schon sein Vater hatte die sozialdemokratische Presse verlegt. Von ihm war auf den Sohn die charaktervolle Einstellung übergegangen.

Die Warnungen des jungen Germer fanden Anfang Januar 1946 ihre erste und geradezu frappierende Bestätigung auf einer grossartig inszenierten Geburtstagsfeier für den siebzigjährigen Wilhelm Pieck im Admiralspalast; das war damals der einzige erhaltene repräsentative grössere Versammlungsraum in Berlin. Etwa tausend Menschen waren erschienen. Die Vertreter aller Parteien gratulierten Pieck (was damals noch zu den selbstverständlichen Gepflogenheiten zählte). Kaiser sprach für die CDU, Külz für die LDP und Grotewohl für die SPD. Dann aber schlug er einen anderen Ton an und gebrauchte Formulierungen, die uns betroffen machten. Pieck liess sich von Grotewohl nach Abschluss seiner Laudatio unter dem tosenden Beifall der Funktionäre die Hand drücken: – «Brüder, in eins nun die Hände» ... Feierlich verkündete Grotewohl: «Diese Hände, die sich heute hier gegenseitig ergriffen haben, werden niemals wieder gelöst werden. Die Arbeiterklasse hat gelernt. Wir werden die Garanten dafür sein, dass die Einigkeit der Arbeiterklasse niemals mehr gestört wird.»

Neben mir sass Elfriede Kaiser-Nebgen. Sie flüsterte mir ins Ohr: «Jetzt ist es also doch soweit!»

Und mit diesen Worten sollte sie recht behalten. Der Händedruck gab das Signal zum Fusionierungsprozess, der vor allem in Mitteldeutschland durch massive Einmischung der sowjetischen Politoffiziere angeheizt wurde. Es sollte so aussehen, als dränge die Arbeiterschaft ungestüm nach der Einheit, während die Wirklichkeit doch ganz anders war. Die eigentlichen Entscheidungen fielen allein in der Führungsspitze, wo nun Otto Grotewohls tragische Rolle einsetzte. Für uns hatte er jetzt seine Unzuverlässigkeit bestätigt, wiewohl er nicht aufhörte, auch weiterhin zu beteuern, dass in absehbarer Zeit mit einer Fusion nicht zu rechnen wäre.

Die letzte Entscheidung sollte im März auf einer nächtlichen Sitzung fallen, an der die kommunistischen Führer Ulbricht und Pieck sowie die Sozialdemokraten Grotewohl und Fechner teilnahmen: Aus beiden Linksparteien sollte eine neue grosse Partei, die SED, entstehen. Die offizielle Zwangsvereinigung folgte dann am 21. und 22. April 1946. Ausserdem beschlossen die Parteiführer die Abhaltung eines gemein-

samen Parteitages. Nun war die verhängnisvolle Entwicklung nicht mehr aufzuhalten.

Am Mittag dieses folgenschweren Märztages waren Otto Grotewohl und ich von der bekannten amerikanischen Journalistin Margaret Higgins zum Essen in ihr Haus nahe dem Bahnhof Zehlendorf-West eingeladen. Diese ungewöhnlich intelligente Frau, die im amerikanischen Journalismus eine bedeutende Rolle gespielt hat, verstand es sehr geschickt, aus ihren Gästen alles sie Interessierende herauszuholen. Sie trieb Grotewohl derart ins Gedränge, dass er Farbe bekennen musste. (Noch ein vierter sass in der Runde, ein gewisser Schipschinski, damals Chef der Industrieverwaltung in der Wirtschaftskommission der Sowjetischen Besatzungszone: ein Parteiloser, der von den Russen aus einem Konzentrationslager befreit worden war, sich aber nicht von den deutschen Kommunisten benutzen liess.) Grotewohl meinte schliesslich: «Gnädige Frau» – er drückte sich gern bürgerlich konventionell aus –, «es ist möglich, dass heute etwas passiert. Ich kann nur noch nicht abschätzen, wie unsere entscheidenden Verhandlungen heute Abend verlaufen werden. Ich bin jedenfalls entschlossen, die Selbständigkeit der Sozialdemokratie zu verteidigen.»

Margaret Higgins stiess sofort nach:

«Werden Sie das in jedem Falle bleiben?»

Grotewohl wich aus. Er wollte sich offensichtlich nicht festlegen lassen:

«Ein Politiker soll eine Formulierung wie ‚in jedem Falle‘ oder ‚niemals‘ nicht in den Mund nehmen.»

Jetzt schaltete ich mich lachend in das Gespräch ein:

«Ich lerne ja, obwohl ich auch schon ziemlich lange mit Politik zu tun habe, von Otto Grotewohl noch einiges. Man soll also niemals ‚niemals‘ sagen und in keinem Fall ‚in jedem Fall‘?»

Grotewohl spürte ganz sicher, dass wir seinen Versicherungen keinen Glauben mehr schenkten, andernfalls hätte er gewiss nicht beschwichtigend hinzugefügt:

«Sollte es zu einer engeren Verbindung zwischen den beiden Parteien kommen, dann weiss ich, dass wir Sozialdemokraten dabei der stärkere Teil sein werden. Unsere Partei hat eine längere Tradition. Wir haben vor allem viel mehr Mitglieder als die Kommunisten. ‚Verbuttern‘ lassen wir uns nicht.»

Ich hielt ihm vor, dass er wohl die Realitäten nicht ganz durchdenke.

«Otto, du weisst doch genau, dass es darauf in erster Linie gar nicht ankommt. Wir stehen hier unter sowjetischer Herrschaft. Diese Tatsache allein wird den Weg bestimmen, den eine sozialistische Einheitspartei gehen wird.»

Doch Grotewohl wollte das nicht hinnehmen. Ich brachte ihn später zum Wagen. Er schien nachdenklich gestimmt zu sein. Margaret Higgins war sich über die Situation völlig im Klaren geworden. Sie hatte für die «New York Herald Tribune» vorausahnend klug berichtet. Wahrscheinlich hat sie auch das amerikanische Oberkommando in Dahlem auf dieses bedeutsame politische Ereignis vorbereitet.

Es kam so, wie wir nach diesem letzten Beisammensein vermutet hatten. Weshalb Otto Grotewohl in die Knie ging (anders kann man es wohl nicht nennen), das zu ergründen, ist nicht einfach. Vielleicht liess ihn seine taktische Beweglichkeit die Gefahren unterschätzen. Zu seiner Entschuldigung muss ich allerdings sagen, dass ihm die gänzliche Isolierung, in die er infolge seiner Rivalität zu Kurt Schumacher geraten war, vermutlich den Blick getrübt hatte.

Die Sozialdemokraten der drei westlichen Zonen hatten sich Schumachers Führung unterstellt. Grotewohl plante – wie übrigens Hermes, Külz, Kaiser und ich – den Wiederaufbau unseres Staatswesens und seiner Parteien von der Hauptstadt Berlin aus. Deshalb kam es ja auch zu den Rivalitäten zwischen uns CDU-Leuten in Berlin und unseren CDU-Freunden in Westdeutschland. Wir konnten uns nicht einig werden, ob eine gesamtdeutsche Parteiführung mit Sitz in Berlin von den Parteiorganisationen aller vier Besatzungszonen anerkannt würde oder nicht.

Schumacher hat Grotewohl gewiss recht schlecht behandelt. Für ihn war Otto Grotewohl einfach schon deshalb suspekt, weil er unter Kontrolle der Sowjets wirkte – damit stimmte er mit einem anfänglich sicher vorhandenen Misstrauen Adenauers gegenüber uns Berlinern überein. Es war natürlich bekannt, wie hart sich die Eingriffe einer totalitären Besatzungsmacht auf die Entwicklung einer Partei auswirkten. Daraus resultierte der Entschluss, sich jedenfalls für eine Übergangszeit nicht den Berlinern zu unterwerfen, sondern zunächst einmal in Westdeutschland auf eigenen Füßen zu stehen und die Verbindung mit den politischen Freunden in Berlin und Mitteldeutschland auf ein Minimum zu beschränken.

Grotewohl machte in meiner Gegenwart einmal britischen Offizieren

den Vorwurf, sie mischten sich in die Auseinandersetzungen innerhalb der sozialdemokratischen Parteiführung ein: Allzu deutlich hätten sie Schumacher protegiert, wahrscheinlich unter dem Einfluss von Erich Ollenhauer, der ja in englischem Exil gelebt hatte. Er, Grotewohl, könne dies natürlich nicht übersehen. Die Engländer bestritten jegliche Einmischung, aber ich glaube, dass sie Schumacher allein schon deswegen von allem Anfang an unterstützten, weil er eben in der britischen Zone lebte. Sicher waren sie an der Zusammensetzung der SPD-Führungsspitze nicht ganz unbeteiligt. Viele deutsche Sozialdemokraten hatten ja in England Zuflucht gesucht.

Diese Isolierung kränkte Otto Grotewohl, sie verletzte seinen Ehrgeiz, sie hat ihn wesentlich in seinem Glauben bekräftigt, nur über eine selbständige Parteiführung in seinem Bereich könne er wieder eine bedeutende Stellung einnehmen und schliesslich auch zur Führung der deutschen Sozialdemokratie gelangen. Als er erkannte, dass Schumacher im Westen sich als die stärkere Persönlichkeit durchgesetzt hatte, resignierte er, und sein anfänglicher Widerstandswille gegen die Fusion mit der KPD fiel in sich zusammen.

An dem Zustandekommen der SED-Gründung, die für Tausende von Sozialdemokraten in der Zone zu einer Tragödie werden sollte, war Oberst Tulpanow entscheidend beteiligt. Die Unterstützung bestand darin, dass Tulpanow im Auftrage der SMA an alle Politoffiziere in den mitteldeutschen Ländern Anweisung gab, sich überall mit den örtlichen SPD-Führern in Verbindung zu setzen und auf diese im Sinne der erstrebten Vereinigung entsprechenden Druck auszuüben, was bekanntlich in höchst intensiver Weise geschehen ist.

In der Vier-Sektoren-Stadt aber brach nun unter Leitung von Franz Neumann, Karl Germer und Arno Scholz eine Rebellion aus, durch die der grösste Teil der Berliner Parteimitglieder veranlasst wurde, der Vereinigung mit den Kommunisten zu widerstehen. In Berlin bildete sich eine selbständige SPD, wie auch später eine selbständige Opposition (UGO) innerhalb der Berliner Organisation des FDGB.

Aber auch im Lande verlief die Zwangsfusion keineswegs reibungslos. In Schwerin begegnete ich damals in einem mehr als bescheidenen kleinen Wohnstübchen Hermann Lüdemann, einem meiner alten Bekannten, der früher sozialdemokratischer Finanzminister in Preussen und Oberpräsident von Schlesien gewesen wär, wo er 1933 in einem Konzentrationslager schwere Misshandlungen durch die SA zu erleiden

hatte. Jetzt war er von den Russen als Ministerpräsident von Mecklenburg abgesetzt worden, weil er mit grösster Bestimmtheit zur Fusion sein Nein gesagt hatte. Ihm gelang später die Flucht nach Schleswig-Holstein, wo er wiederum Ministerpräsident wurde. Bei unserem Gespräch zeigte dieser ehrenhafte Mann wie viele andere Sozialdemokraten der Zone eine bewundernswerte Haltung.

Erste Kontakte nach dem Westen

IN DEN ERSTEN MONATEN nach Gründung der CDU und dem Wiederaufbau der Verwaltung hatten wir den begrifflichen Wunsch, so bald wie möglich legal mit unseren Freunden in Westdeutschland Fühlung zu nehmen. Im Herbst 1945 war es unser aller grösster Wunsch, in einem Militärzug der Alliierten oder auf dem Luftwege nach Köln, Hamburg, Frankfurt am Main, Stuttgart und München zu gelangen. Einigen unserer Freunde war es mit Hilfe der Amerikaner in Berlin möglich gewesen, schon sehr frühzeitig – wenn auch nicht legal – in unserem Auftrag nach dem Westen zu reisen. Aber keinem der Berliner Parteiführer war es bis dahin gelungen, von den Sowjets die Papiere zur Ausreise zu erhalten. Obwohl sich die Russen für unsere Beziehungen zu den Westzonen interessierten, zögerten sie zu unserer Überraschung, uns ausreisen zu lassen. Vielleicht befürchteten sie, wir würden nicht zurückkommen.

Einer von uns kam auch in der Tat damals nicht wieder. Der im Herbst 1967 im Alter von zweiundachtzig Jahren verstorbene Dr. Theodor Steltzer erhielt die Erlaubnis zur Ausreise und liess sich in Berlin nicht wiedersehen. Stattdessen fuhr er in seine schleswig-holsteinische Heimat, wo er bald von den Engländern zum ersten Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein berufen wurde. Steltzers nicht angekündigtes Verbleiben im Westen aber hatte zur Folge, dass nun Hermes, Kaiser und mir keine Möglichkeit mehr gegeben wurde, besuchsweise in den Westen zu reisen. Wir empfanden dies als grosses Hindernis, denn dadurch wurde uns die Beeinflussung der nun rasch aufeinanderfolgenden CDU-Gründungen in den Westzonen versperrt.

Bei keiner Unterredung mit den Sowjets unterliessen wir es, sie um Ausreisepapiere anzugehen; ja wir drohten geradezu: falls wir keine Genehmigung erhielten, müssten wir eben auf andere Weise versuchen,

zu unseren Freunden zu gelangen. Dies tat denn auch Andreas Hermes, der Anfang Dezember von den Amerikanern in ihrem täglichen Militärzug nach Frankfurt befördert wurde. Seinen Aufenthalt nutzte Hermes wirkungsvoll zu ersten Kontaktaufnahmen aus. Kaiser und ich drängten Tulpanow weiter, der uns dann auch endlich das erforderliche Papier bewilligte (die Russen nennen es Propusk), auf dem uns, in russischer und deutscher Sprache nebst abgestempeltem Lichtbild, die Ausreise über Helmstedt nach Westdeutschland erlaubt wurde.

Man schrieb den 1. Oktober 1945, als wir uns in jämmerlichen Vehikeln auf den Weg machten. Die Autobahn befand sich damals noch in wenig schönem Zustand. In Marienborn, also vor Helmstedt, stiessen wir jedoch auf eine «chinesische Mauer». Zu unserer peinlichen Überraschung war der sowjetische Kommandant dieser Übergangsstelle durchaus nicht willens, uns die Ausreise in die britische Zone zu gestatten. Erst später dämmerte uns, dass wir einen grossen Fehler gemacht hatten: Ein englischer Offizier nämlich, der damalige Captain und spätere Major Royce, hatte sich erboten, uns mit einem Jeep nach Westdeutschland zu begleiten, damit die britischen Militärbehörden in ihrer Zone uns notfalls Hilfe gewähren sollten. Bei der kläglichen Verfassung unserer Fahrzeuge musste auch mit Defekten gerechnet werden – der Captain diente uns also sozusagen als Reiseprotector. Sein Auftreten in unmittelbarer Nähe unseres kleinen Konvois hatte indessen wohl gerade das Misstrauen der Sowjets erregt. Jedenfalls mussten wir in den sauren Apfel beißen und umkehren. Am Abend waren wir unverrichteterdinge wieder in Berlin.

Fragen nach der Oder-Neisse-Grenze

DIE FRAGE DER DEUTSCHEN OSTGRENZE war damals noch ohne Bedeutung. Wenn einmal in Gesprächen mit Oberst Tulpanow oder seinen Mitarbeitern die Rede darauf kam, erhielten wir ausweichende Antworten. Nur die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands stiess niemals auf Widerspruch. Wir konnten sogar eine eher verständnisvolle Einstellung zu dieser Frage wahrnehmen.

Deshalb erschien mir ein Intermezzo im Hochsommer 1946 wie eine politische Sensation. Ich unterhielt ungetrübte Beziehungen zu Johannes R. Becher, der schon bald nach dem Zusammenbruch den «Kultur-



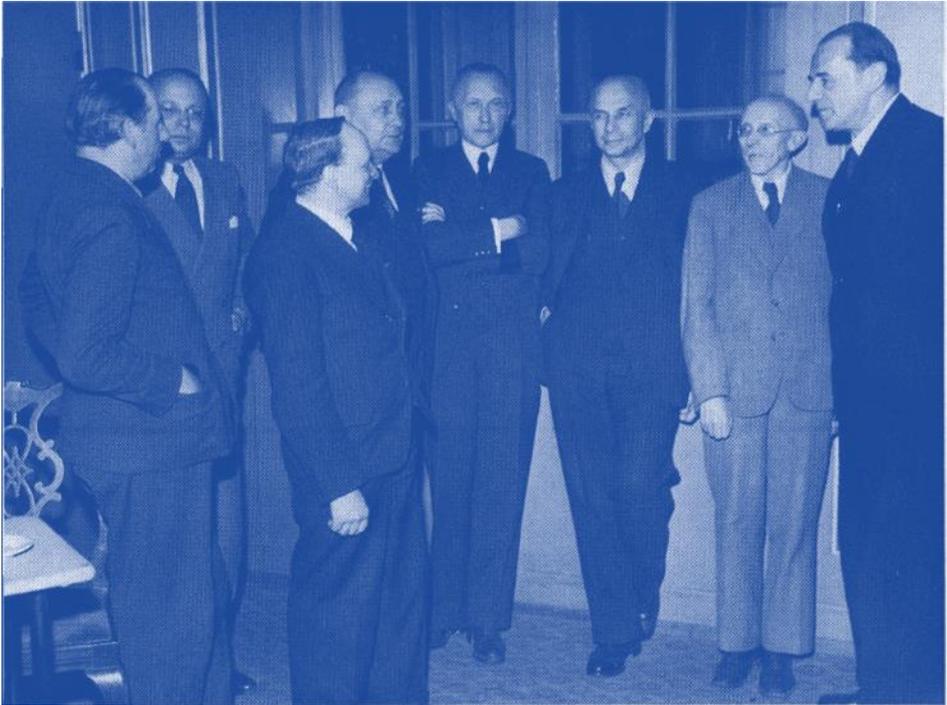
*Eine Präsidialsitzung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, 1946.
Links Johannes R. Becher, rechts der spätere Kultusminister Klaus Gysi*



Links: Walter Ulbricht in Sowjet-Uniform während der Stalingrad-Schlacht

*Unten: Auge in Auge mit Walter Ulbricht nach einer Tagung des Gewerkschaftsbundes, 1947
In der Mitte die Funktionäre Schlimme und Jendretzky*





Nach der Vier-Zonen-Tagung der CDU/CSU in Frankfurt a. M., 26. April 1948. Von links nach rechts: Dr. Holzappel, Ulrich Steiner, Bruno Dörpinghaus, Ernst Lemmer, Konrad Adenauer, Jakob Kaiser, Prof. Hugo Hickmann, Erich Köhler

Mit Jakob Kaiser nach der Enthebung aus den Parteiämtern, 29. Dezember 1947





Mit Theodor Heuss und Jakob Kaiser in Berlin, 1948

bund für die demokratische Erneuerung Deutschlands» gegründet hatte. Dieser Kulturbund sollte Intellektuelle aller Schattierungen anziehen und für eine aktive Mitarbeit an dem neuen Deutschland gewinnen, das sich freilich nach den Vorstellungen des Kreml formen sollte.

Becher machte seine Sache stilvoll. Er war ein Mann von Geist – ob freilich auch von Charakter, das kann und will ich nicht beurteilen. Durch ihn hatte ich jedenfalls bereits im Sommer und Herbst 1945 die Möglichkeit, viele interessante Bekanntschaften zu schliessen. In seinem Heim in Niederschönhausen kam es bei manchen Gesellschaften, zu denen er mit seiner Frau Lilli eingeladen hatte, zu aufschlussreichen Gesprächen mit Russen und Polen, aber auch mit Besuchern aus der westlichen Welt.

Eines Abends wurde ich vom Chef der polnischen Militärmission (die in den folgenden Jahren ihr Quartier in West-Berlin am Olivaer Platz hatte) zum Essen gebeten. Dieser Pole stand im Rang eines Generals und hiess Pravin; ich hatte ihn durch die Vermittlung Bechers kennengelernt. Ebenso wie seine Mitarbeiter sprach er fließend deutsch. Seine Wohnung war zu jener Zeit im amerikanischen Sektor Berlins gelegen, und zwar im Bezirk Zehlendorf, also mitten im Diplomaten- und Journalistenviertel. Ausser Becher und mir war nur noch ein dritter Deutscher anwesend, ein führender katholischer Geistlicher jener Tage, der eine Gemeinde in Lichterfelde-Ost betreute, namens Grossek.

In der Pflege ihrer Gastfreundschaft stehen die Polen den Russen nicht nach. Sie waren auch gegen uns überaus liebenswürdig, und wir blieben stundenlang beisammen. Bald jedoch stellte sich heraus, was es mit dieser Einladung auf sich hatte. Der Geistliche und ich wurden nach allen Regeln der diplomatischen Kunst unentwegt ausgefragt: Die Polen wollten wissen, wie wir uns bei der Wiedervereinigung Deutschlands die territoriale Abgrenzung im Osten vorstellten. Wir versicherten, zu solchen Gesprächen nicht autorisiert zu sein. Man wolle aber, hiess es, unsere persönliche Meinung erfahren. Als wir davon sprachen, dass Deutschland so, wie es nach dem Versailler Vertrag und vor Hitlers Machtergreifung bestand, wiederhergestellt werden sollte, wurde uns unmissverständlich bedeutet, davon könne keine Rede sein.

Während Johannes R. Becher bei dieser Frage gänzlich stumm blieb, wollten mein Begleiter und ich einer anderweitigen Festlegung auch nicht das Wort reden. Dies mobilisierte nun einen jüngeren, gutausse-

henden polnischen Gast, der erst vor wenigen Tagen aus Warschau zu einem kurzen Besuch nach Berlin gekommen sein wollte. Mit betonter Höflichkeit, ja beinahe einschmeichelnd, versuchte er uns klarzumachen, dass Polen für seine an die Sowjetunion verlorenen Ostgebiete im Westen auf Kosten des am Kriege Schuldigen und im Kriege Besiegten entschädigt werden müsse. Auf unsere Frage, welche praktischen Vorstellungen er davon habe, hielt er uns zunächst einen geopolitischen Vortrag über die Bedeutung der grossen Ströme für die Grenzen der Völker. Er sprach vom Bug, von der Weichsel und – für mich ganz unverständlich – auch von der Oder.

Da hakte ich ein und wies darauf hin, dass sich das «polnische Verwaltungsgebiet» in Schlesien weit westwärts erstreckte. Das schien ihm das erwartete Stichwort zu sein. Er meinte, dies könne man ja ändern, wenn die Deutschen bereit wären, die Oder-Neisse-Linie als natürliche Grenze zwischen Polen und Deutschland eines Tages freiwillig anzuerkennen. Meiner Bemerkung, dies würde ja bedeuten, dass der grössere Teil von Niederschlesien, Mittelschlesien und auch Oberschlesien dann zu Deutschland käme, stimmte er zu mit der Einschränkung: nur bis zur oberschlesischen Neisse.

Ich überlegte im Stillen, welche Teile Schlesiens in diesem Fall wohl bei Deutschland verbleiben würden: Breslau, Waldenburg, Liegnitz und Hirschberg. Ich dachte aber auch an Stettin. Als langjähriger pommerscher Reichstags ab geordneter bewegte mich gerade das Schicksal Pommerns besonders. Deshalb flocht ich ein, dass bei einem derartigen Vorgehen nicht nur Schlesien, sondern auch pommersche Gebiete wieder von den Deutschen in Anspruch genommen werden könnten. Auf seine ausdrückliche Frage hin nannte ich Stettin und einen Teil der Insel Usedom.

Als ich das sagte, verlor er vorübergehend seine Selbstbeherrschung: die Oder sei ein polnischer Strom, und zur Oder gehöre Stettin als bedeutender Seehafen. Dieser Wasserweg sei die wichtigste Verbindung Polens mit dem Meer. Als ich ihn darauf aufmerksam machte, dass Stettin am Westufer der Oder gelegen sei, erwiderte er prompt: «Das schon, nicht aber der eigentliche Hafen.»

Im Ganzen gewann ich bei diesem Gespräch den Eindruck, dass die Polen im Ernst nicht daran dachten, alles Gebiet westlich der Oder auf die Dauer zu behalten. Die ganze Unterhaltung erweckte den Eindruck, als wollten die Polen bei einigen politisch denkenden Deutschen

vorfühlen, um zu erkunden, wie sie sich möglicherweise zur Oder als Grenze verhalten würden. Ganz gewiss war es kein beiläufiges Gespräch: zweifellos wünschte man sich politisch zu informieren. Die Teilnahme von Johannes R. Becher, der dabei auf jede Äußerung verzichtete, gab mir die Gewissheit, dass diese seltsame Begegnung nur von Karlshorst in Szene gesetzt sein konnte.

Wenn man an die Flugblätter der SED in dem einige Monate später folgenden Wahlgang in der Sowjetzone denkt, auf denen eine Revision der Oder-Neisse-Grenze in bescheidenem Rahmen ausgesprochen wurde, konnte nur der Schluss gezogen werden, dass die sowjetische Deutschlandpolitik sich noch diplomatischen Spielraum offenhalten wollte. Ende 1946 freilich war es auch damit vorbei.

DIE HALTUNG der westlichen Siegermächte zur Frage der Ostgrenzen, mit deren Vertretern wir allmählich auch ins Gespräch kamen, schien anfänglich unklar zu sein. Die Franzosen zeigten damals dafür wenig Interesse, die Engländer verhielten sich zurückhaltend, und von Amerikanern konnte man nur von Einzelnen privat etwas erfahren. Die Reichsgrenze von 1937, von der die Politik der Bundesrepublik bei der Regelung territorialer Fragen auch heute noch ausgehen will, wurde nicht einmal erwähnt. Anders war das Verhalten zu Problemen, die mit der Wiedervereinigung zusammenhingen. Esser war spürbar, dass die westlichen Alliierten einem willkürlich voneinander getrennten Volk das Recht auf nationales Zusammenleben nicht bestreiten wollten. Deutlicher wurde das Bekenntnis indessen erst später, als es Teil offizieller Sprachregelung geworden war: nach der Ratifizierung der Deutschlandverträge im Jahre 1954, mit dem Anschluss der Bundesrepublik an die westliche und atlantische Gemeinschaft.

Eine private Unterhaltung mit Amerikanern ergab absolute Klarheit, wie später auch mit Engländern und Franzosen: Die Teilung Deutschlands wurde als politisch unreal angesehen. Anders dagegen war ihre Stellungnahme zur Oder-Neisse-Grenze. Natürlich gab es auch Meinungsunterschiede.

Einer meiner amerikanischen Freunde zerbrach sich den Kopf bei der Suche nach einer allseitig befriedigenden Lösung. Es war Mitte 1947, als er eine Deutschlandkarte aufgestöbert hatte, um es endlich genau zu wissen. Ich erinnere mich, wie er mit einem Bleistift von der Ostseeküste bei Kolberg einen Strich bis Köslin ostwärts, südwestlich bis zur

Warthe bei Landsberg, dann südwärts bis zur Oder bei Glogau und von dort die Oder entlang bis zur oberschlesischen Neisse zog. Ich glaube nicht, dass er die Absicht oder gar den Auftrag hatte, meine Reaktion zu beobachten. Immerhin war es aufschlussreich, wie ein redlicher, wohlwollender Amerikaner damals über eine Schicksalsfrage unseres Volkes dachte.

Die Frage Berlin – das heisst: die drei westlichen Sektoren – stand niemals zur Erörterung, was für die Angehörigen aller drei westlichen Mächte bis heute gilt. Doch in ihren Heimatländern gab es zumindest bei Ausbruch der Blockade gegen West-Berlin im Frühsommer 1948 eine vorübergehende Unsicherheit. Davon schreibt Botschafter Robert Murphy, diplomatischer Ratgeber des Generals Clay, in seinem Erinnerungsbuch «Diplomat unter Soldaten». Bei der amerikanischen Führung in Deutschland und Westeuropa freilich griff keine Unsicherheit um sich; dagegen wussten einige massgebliche Stellen in Washington zunächst nicht, was zu tun sei. In Berlin waren Männer wie General Lucius D. Clay, Botschafter Murphy, der US-Stadtkommandant Howley sowie ihre britischen und französischen Kollegen nicht einen Augenblick schwankend. Ernst Reuter, Ferdinand Friedensburg, Louise Schröder und die Führer der drei Parteien standen fest zu ihnen, gestützt auf die hohe Moral einer unerschütterten Bevölkerung. Weder Hunger noch alles übrige Leid schien den Berlinern als Preis zu hoch, die Freiheit nicht zu verlieren.

Eine Niederlage der SED im Brandenburger Landtag

DIE LANDTAGE der sowjetischen Besatzungszone waren bedeutungslose Einrichtungen. Dennoch war es schwierig, sich zurechtzufinden. Der Landtag von Brandenburg war durch halbwegs korrekte Wahlen einigermassen ordentlich gewählt worden; nichtsdestoweniger blieb er nur die parlamentarisch-demokratische Fassade für die sowjetische Besatzungsmacht und ihre SED-Freunde. Mir hat es Vergnügen bereitet, alle vierzehn Tage einmal nach Potsdam zu fahren und im Gebäude der früheren brandenburgischen Provinzialregierung den Parlamentarier zu spielen. Ich konnte das aufwendige Getue nicht ernst nehmen, wollte jedoch meine Freunde nicht enttäuschen und die SED nicht argwöhnisch machen. Die SED verfügte im brandenburgischen Landtag

über keine Mehrheit, auch nicht gemeinsam mit ihren getarnten Anhängertrüppchen. CDU und LDP nahmen ein oder zwei Sitze mehr ein. Wohl gab es noch ein halbes Dutzend Abgeordneter, die über irgendwelche von der SED abhängige Listen in dieses Parlament gekommen waren, aber ihr Wort fiel natürlich nicht ins Gewicht.

Die eigentliche Aufgabe dieser Landtage war das Scheinexperiment, eigene Landesverfassungen auszuarbeiten. Später hat Ulbrichts DDR eine gesamtzonale Verfassung geschaffen, worauf die der Länder geräuschlos verschwanden – wie die Landtage selbst.

Wir gingen also daran, eine Verfassung auszutüfteln. Besonders interessant war das gerade nicht. Doch eines Tages stiessen wir auf einen Paragraphen des deutschen Strafrechts, der das Verbot der Abtreibung ausspricht, und hierüber versuchte nun die SED, eine grundsätzliche Abtreibungsfreiheit durchzusetzen.

In dieser komplexen Frage erkannte ich einen Anlass, politischen Widerstand zu leisten. Der SED-Antrag erinnerte allzusehr an die nationalsozialistische Verwaltungspraxis in den besetzten Ostgebieten. Dort war die Abtreibungsfreiheit eingeführt worden, um die «Volkskraft» dieser Länder zu schwächen und das deutsche Element, das ja in diesen slawischen Gebieten angesiedelt werden sollte, zu stärken.

Meine Freunde in der CDU-Fraktion hatten anfangs Bedenken, sich gegen den Antrag zu wenden, zumal sie verständlicherweise die eigene Gefahr in Betracht zogen, die sich eventuell für sie aus einem derartigen Verhalten ergeben konnte. (Einer der liberaldemokratischen Abgeordneten hatte nur durch eine abenteuerliche Flucht sein Dörfchen im Kreise Teltow verlassen können, sonst wäre er festgenommen worden. Immunität kannte man in diesem Parlament nicht.) Ich war der Meinung, gerade die CDU habe in dieser Frage Stellung zu beziehen, zusammen mit der LDP gegen den Antrag unsere Majorität auszunutzen und der SED eine Abstimmungsniederlage zu bereiten. Ich sagte meinen Kollegen, wir würden als christlich orientierte Partei das Gesicht verlieren, falls wir auch nur durch Stimmenthaltung uns den Vorstellungen der SED anpassten. Diese guten Ratschläge hatten zur Folge, dass man mir auftrag, doch selber eine Rede gegen den Antrag zu halten.

Der Sprecher der SED hatte den Antrag seiner Partei begründet. Die Abgeordneten der Liberaldemokratischen Partei schwiegen. Zur Überraschung der SED meldete ich mich plötzlich zu Wort, obwohl ich nicht

Fraktionsvorsitzender oder Sprecher war, und hielt sinngemäss diese Rede (ich kann nur aus der Erinnerung zitieren):

«Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der SED! Ich bin auf das Äusserste erstaunt, dass Sie einen so reaktionären Antrag einbringen, der die Abtreibungsfreiheit verfassungsmässig verankern soll. Sie haben doch sonst die Tendenz, die gewaltigen Fortschritte und Aufbauleistungen der Sowjetunion uns allen als Vorbild hinzustellen. Ich muss leider befürchten, dass Sie die Situation der Sowjetunion nicht richtig erfasst haben, denn sonst müsste Ihnen doch bekannt sein, dass die Sowjetunion nach den Erfahrungen ihrer ersten Jahrzehnte die bis dahin bestandene Abtreibungsfreiheit aufgehoben und eine Verletzung dieses Verbotes unter drakonische Strafen gestellt hat. Stalin hatte eben erkennen müssen, dass entgegen früherer kommunistischer Parteidoktrin die Gewährung grundsätzlicher Abtreibungsfreiheit zur Zerstörung der Volkssubstanz führen muss. Es geht hier nicht um moralische Einwände, auch nicht darum, dass man Möglichkeiten schaffen könnte, unter bestimmten Voraussetzungen die Abtreibung in gesetzlichem Rahmen zuzulassen. Sie aber in der Verfassung grundsätzlich zu garantieren, würde eine schwere Schädigung des Volkes bedeuten. Die Fraktion der CDU hat deshalb einmütig beschlossen, nach den in der Sowjetunion gemachten Erfahrungen und in Übereinstimmung mit deren Verfassungsbestimmungen den Antrag auf Abtreibungsfreiheit abzulehnen.»

Diese Rede wirkte wie ein Schock. Die Abgeordneten der SED, unter denen sich übrigens auch Wilhelm Pieck befand, schwiegen verdattert. Die beiden nichtsozialistischen Fraktionen applaudierten laut, was in diesem Hause selten geschah. Dann beantragte der SED-Fraktionsvorsitzende eine Unterbrechung der Sitzung. Nach einer Stunde gab die SED keine weiteren Erklärungen mehr ab, der Präsident setzte vielmehr die Beratungen fort und liess über den Antrag abstimmen. Das Ergebnis war grotesk. Gegen den Antrag stimmten die Abgeordneten der CDU und LDP, wie es zu erwarten gewesen war, die SED-Leute jedoch enthielten sich der Stimme.

Wie den sowjetischen Beobachtungsoffizieren zumute war, weiss ich leider nicht.

Gewerkschaften in Ost und West

DIE GEWERKSCHAFTEN im Nachkriegsdeutschland wurden ebenfalls zuerst in der sowjetischen Zone lizenziert; nicht lange nach dem Ende der Kampfhandlungen. Es war überhaupt die erste öffentlich-politische Tätigkeit, die Deutschen wieder erlaubt wurde. Der Marschall Shukow verkündete diesen Beschluss am 10. Juni 1945.

Der Gründungsakt des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) fand im damaligen Berliner Rathaus in der Parochialstrasse nahe dem Alexanderplatz statt. An der Feier nahm auch Walter Ulbricht teil, der sich später in den Hauptvorstand wählen liess, um sicherzugehen, dass der FDGB eine Entwicklung in seinem Sinne nahm. Der Gründungskreis setzte sich aus drei Kommunisten, drei Sozialdemokraten und den Vorsitzenden der CDU – Jakob Kaiser und mir – zusammen. Einer der drei Sozialdemokraten (Brass) war ohne Wissen seiner Parteifreunde während der Nazizeit zur illegalen KPD über getreten. Jakob Kaiser kam aus den früheren christlichen Gewerkschaften und ich aus den liberal orientierten Hirsch-Dunckerschen und den freiheitlich-nationalen Angestelltenverbänden.

Die Verständigung über einen Aufruf zur Gründung der neuen Einheitsgewerkschaften vollzog sich reibungslos, weil die Kommunisten sowohl den sozialdemokratischen Gründern als auch Kaiser und mir nichts zumuten wollten, was eine Einigung erschwert oder gar verhindert hätte. Ihnen ging es in erster Linie darum, den Grundstein für eine neue Gewerkschaftsbewegung in der sowjetischen Besatzungszone und in Berlin zu legen; sie wünschten, dass auch Sozialdemokraten und CDU-Angehörige von Anfang an mit dabei waren.

Im halbwegs restaurierten Stadthaussaal waren mehrere hundert Teilnehmer versammelt. Sie nahmen einstimmig den Gründungsauftrag an, dem in der ganzen Zone bald Folge geleistet wurde, so dass der Aufbau der Organisation erstaunlich schnell vor sich ging. Auf mehreren Reisen in die Industriezentren Mitteldeutschlands konnte ich mich selbst davon überzeugen.

Die Aufnahme der Tätigkeit in Berlin stiess anfangs auf grössere Schwierigkeiten, da das Verwaltungsgebäude der sozialdemokratischen Gewerkschaften aus der Weimarer Zeit stark zerbombt war und es an Baumaterial fehlte. Im Frühherbst 1945 aber war die Zentrale voll arbeitsfähig, wenn auch zunächst als provisorische Körperschaft.

Die Mitglieder des Gründungsausschusses konnten noch nicht den Vorstand stellen, weil der Kongress erst im Frühjahr 1946 im Admiralspalast zusammentrat. Hier wurde die Satzung beschlossen, die Gründung bestätigt und der Vorstand gewählt. Die Mehrheit setzte sich, wie auf dem vorangegangenen Kongress der Berliner Landesgruppe des FD GB, aus Kommunisten zusammen. Eigentlich hätten die Sozialdemokraten die Majorität erreichen müssen, aber eine unsaubere Wahlprozedur der Kommunisten hatte sie daran gehindert. Auch bei dem Gründungskongress beherrschten sie die Szene, obwohl die Fusion von KPD und SPD erst in diesen Tagen, am 21. und 22. April, etwa gleichzeitig mit dem FD GB-Kongress vollzogen wurde.

Auf diesem ersten Kongress traten Delegierte der CDU und der Sozialdemokratie aus der Zone und Berlin dem Machtstreben der Kommunisten mutig entgegen, obwohl sie sich der Aussichtslosigkeit ihrer Bemühungen bewusst sein mussten. Ich denke dabei vor allem an den zu früh verstorbenen Regierenden Bürgermeister Dr. Otto Suhr und an meinen Freund Dr. Ottmar Batzel. Die kommunistische Mehrheitsgruppe aber bestimmte die Zusammensetzung des gewählten Vorstandes mit grosser Überlegenheit. Sie gab ihren Delegierten genaue Anweisungen, welche Namen auf den Stimmzetteln anzukreuzen seien, darunter auch Sozialdemokraten und Angehörige der CDU, so dass nach aussen hin ein demokratisches Stück auf der Bühne des Admiralspalastes gespielt zu werden schien.

Wer indessen hinter die Kulissen schaute, der konnte erkennen, worum es wirklich ging. Kaum waren die Gewerkschaften in der Zone aktiv geworden, da versuchten sie auch schon (also noch vor dem Gründungskongress), durch Emissäre mit alten Gewerkschaftsmännern der westlichen deutschen Lande Verbindung aufzunehmen. Die westdeutschen Kollegen wurden aufgerufen, sich an einer gesamtdeutschen Einheitsorganisation zu beteiligen. Eine erste zwanglose Begegnung fand 1945 in Frankfurt am Main zwischen führenden Männern der Gewerkschaften aus allen vier Zonen statt. Die Atmosphäre war kühl, wenn auch alle bereit waren, den Gedanken einer gesamtdeutschen Gewerkschaftsorganisation aufzugreifen.

Allmählich bildeten sich auch die Freien Gewerkschaften in den Westzonen, und es folgte eine Serie von Interzonenkonferenzen, auf denen die Grundsätze eines Neuaufbaus der Organisationen erörtert werden sollten. Die Kommunisten taktierten gewandt; sie gebärdeten sich

keineswegs radikal, sondern verhielten sich so, als wären sie besten Willens. Wie stets ging es ihnen darum, ihren Einfluss auch auf die Entwicklung der Westzonen auszudehnen. Im Ganzen wurden sieben solcher Interzonenkonferenzen abgehalten, und zwar in Berlin, Bad Pyrmont, Frankfurt am Main, Dresden, Garmisch-Partenkirchen, Hannover und Lindau am Bodensee. Als dritter Vorsitzender des FDGB war ich überall dabei. In Lindau kam es zum Bruch. Die im wesentlich sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften der Westzonen merkten natürlich, was gespielt wurde. Aber selbst manche Vertreter von ausländischen Organisationen rieten ihren Freunden vom DGB, sich mit der Existenz des FDGB in der Zone abzufinden, da die Zeit für einen gesamtdeutschen Gewerkschaftsbund noch nicht gekommen sei. Einigkeit bestand lediglich über einen Punkt: Richtungsgewerkschaften unter ideologischen Gesichtspunkten sollten nicht wieder geschaffen werden.

Wenn es überhaupt zu diesen sieben Konferenzen gekommen ist, dann nur deshalb, weil alle auf unserer Seite hofften, mittels einer gesamtdeutschen Gewerkschaftsbewegung der Teilung unseres Vaterlandes entgegenwirken zu können. Es hat sich jedoch immer wieder gezeigt, dass wir zwar über die gleiche Titulatur verfügten, nicht aber über die gleiche Sprache. So musste die gesamtdeutsche Gewerkschaftsorganisation von Anfang an eine Illusion bleiben.

Im Jahre 1949 konnte im Westen dann endlich der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) gegründet werden. Sein erster Vorsitzender wurde Hans Böckler, der allseits grösste Hochachtung genoss. Er war tolerant, parteipolitisch unabhängig und stand weltanschaulich auf dem Boden echter Demokratie.

Immer noch werden von westdeutschen Kollegen wohlgemeinte Versuche unternommen, mit Vertretern des FDGB zu sprechen. Aber was ist bis heute dabei herausgekommen? Man spricht nach solchen Treffen gern von einer Verbesserung des Klimas. Selbstverständlich treten die SED-Gastgeber des FDGB sehr kollegial auf; harten Gesprächen jedoch werden sie immer auszuweichen versuchen. Ansatzpunkte für eine aufrichtig gemeinte und wirklich konstruktive Zusammenarbeit haben sich bisher nicht ergeben. Selbst der beste Wille auf beiden Seiten kann schliesslich vorläufig nichts an der Tatsache ändern, dass die Aufgabe der Gewerkschaften in der kommunistischen Staats- und Gesellschaftsordnung eine völlig andere ist. Die Gesprächspartner reden

aneinander vorbei, weil die einen die Begriffe nicht so auslegen wie ihre Kontrahenten.

So wie der FDGB damals mit seinem Versuch scheiterte, sich mit dem DGB zu einer echten Annäherung zusammenzufinden, so wie der Weltgewerkschaftsbund scheiterte, dem nach dem Kriegsende eine Zeitlang die Industrienationen aller Erdteile angehörten, genauso werden auch alle westdeutschen gewerkschaftlichen Anstrengungen um einen gemeinsamen Weg mit den ostdeutschen Kollegen erfolglos bleiben, bis eine reale Lösung politischer Probleme eine neue Situation schafft.

DER WIRKLICHE CHEF des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes für Berlin und die sowjetische Besatzungszone war Ulbricht. Freilich ahnte ich dies damals nicht; man war ja noch reichlich naiv. Erst sehr viel später vermochte man tiefere Einblicke zu gewinnen.

In der ersten Phase des Aufbaus war Ulbrichts Organ Hans Jendretzky, der heute noch in Ost-Berlin tätig ist und an den ich eine gute Erinnerung habe. Er gab sich sehr verbindlich, spielte keineswegs den Radikalen, sondern verstand es mit viel Intelligenz und wahrscheinlich ebensoviel Schulung, unauffällig die Fäden der Entscheidungen in seine Hand zu bringen. Er konnte sich dabei unter den acht Männern auf drei Kommunisten stützen, da der als Sozialdemokrat eingeschleuste Otto Brass zur Kommunistischen Partei übergewechselt war. Die beiden echten Sozialdemokraten, Bernhard Göring und Hermann Schlimme, waren zu schwach, um ernsthaften Widerstand zu leisten. An Stelle von Jendretzky trat später der heutige Vorsitzende des FDGB, Herbert Wamke, ein Hamburger oder Mecklenburger, der schwerfälliger erschien und auch nicht Jendretzkys geistige Beweglichkeit besass, aber offenbar in der Politik nicht nur erfahren, sondern auch ganz nach sowjetischem System erzogen war, so dass die Führung der Gewerkschaftsbewegung – wenn auch zunächst, wie gesagt, nicht erkennbar – in Wahrheit bei den Sowjets lag.

Meine eigene Stellung in der neuen Gewerkschaftsorganisation war mehr als schwierig. Zur Seite stand mir lediglich Jakob Kaiser als Vertreter der christlichen Gewerkschaften, doch er zog sich nach einiger Zeit zurück, um sich nach dem von den Sowjets erzwungenen Rücktritt von Hermes und Schreiber ganz der Führung der CDU in Mitteldeutschland zu widmen. Er bat mich zwar, ihm auch bei der Parteiarbeit behilflich zu sein, wünschte indessen, dass ich mich gleichzeitig

der gewerkschaftlichen Bewegung annähme, die ihm sehr am Herzen lag. So stand ich also allein auf ziemlich verlorenem Posten. Nachdem ich als Vorsitzender der CDU abgesetzt worden war, wurde meine Position in den Gewerkschaften noch viel schwieriger. Schliesslich zog man mich zu wichtigen Beratungen überhaupt nicht mehr heran.

Ich harrete aus, weil ich noch in der Zone wohnte und nicht ohne Zwang meine Mitbürger im Stich lassen wollte. Ein Politiker, der Verantwortung für seine Mitmenschen trägt, kann nicht nur als Privatmann seine Entscheidungen treffen; er muss auch an jene Bürger denken, die ihm vertrauen. Mir ist der Entschluss, nach West-Berlin zu gehen, ausserordentlich schwer geworden. Die Unhaltbarkeit meiner Stellung wurde jedoch immer deutlicher. Ich war im Begriff, das Gesicht zu verlieren, wenn ich meinen Namen weiter für diesen nun völlig kommunistisch gewordenen FDGB zur Verfügung gestellt hätte. Es ging um mein Ansehen und meinen Ruf. Nachdem ich mir am 9. November 1948 verboten hatte, meinen Namen unter Dokumente zu setzen, ohne mich vorher zu fragen, wurde ich gar nicht mehr in Anspruch genommen.

Kurt Schumacher

ICH BIN Kurt Schumacher zum erstenmal 1928 oder 1930 in Berlin begegnet, nachdem er als junger Abgeordneter in den Reichstag eingezogen war. Er war einige Jahre älter als ich, gehörte jedoch derselben Kriegsgeneration an, die sich – bis auf die Radikalen der Rechten und Linken – untereinander besser verstand als die meisten der älteren Herren; eine nähere Beziehung hatte ich allerdings nicht zu ihm gewonnen. Ich vermute, dass es auch nicht leicht war, sich diesem verschlossenen Mann zu nähern. Offensichtlich litt er unter seinen schweren Kriegsverletzungen, zu denen später die Strapazen der jahrelangen KZ-Haft kamen, denen er wie durch ein Wunder nicht erlegen ist. Er hatte zu Beginn des Ersten Weltkrieges einen Arm verloren, und ich weiss von meinem Freunde Katzenberger, wie sehr Amputierte unter Witterungseinflüssen leiden. Das wirkte sich naturgemäss in seinem Wesen aus. Dass er ein grosser Charakter war, fühlte man schon in der Weimarer Zeit, doch zog er die Menschen nicht an. Seine starke Wirkung erklärt sich aus seiner überragenden Geisteskraft, seiner Entschlossenheit, seinem unerhörten Willen und seinem kämpferischen Elan. Diese

Eigenschaften hat er sich auch während der harten Jahre im Konzentrationslager bewahrt. Ich fand ihn nach dem Kriege in seinem Wesen nicht viel verändert – er war nur noch bitterer geworden.

Eine Erinnerung an unsere letzte Begegnung im Sommer 1933 ist mir unvergesslich. Schumachers Wohnsitz war damals Stuttgart, wo er unter den Nationalsozialisten erbitterte Gegner hatte; er zog es deshalb vor, zunächst in Berlin zu bleiben, auch nach der Reichstagsitzung vom 17. Mai. Oft trafen wir uns am Stammtisch meist ausländischer Journalisten im Café Josty am Potsdamer Platz. Eines Tages sagte er zu mir:

«Lieber Kollege Lemmer, wir haben jetzt nur die eine Verpflichtung: Wir müssen uns in der Zeit, die vor uns liegt und über die wir uns beide keine Illusionen machen können, unser politisches Erbrecht behaupten.»

Damit meinte er, dass man nichts tun dürfe, was einem später das Recht auf politisches Wirken nehmen könnte. Ich habe an diese Worte wieder und wieder denken müssen. Ich gestehe offen, dass sie mir zu einer Art innerem Kompass wurden. Jede bedrohte Kreatur pflegt Schutzfarbe anzunehmen, und so mussten wir in der inneren Emigration uns anders verhalten als unsere Freunde, die ins Exil gegangen waren. Nach der grossen Katastrophe erinnerte ich in einem Gespräch mit Kurt Schumacher, an dem auch seine Sekretärin Annemarie Renger teilnahm, an diese letzten Worte im Café Josty. Ich sah dem Führer der deutschen Sozialdemokratie an, wie sehr ihm dieser Ausspruch (den er selbst längst vergessen hatte) nun Wohltat – er war ja seiner Gesinnung unerschütterlich treu geblieben.

Doch sonst war der Umgang mit Schumacher nicht leicht. Mir ist es heute noch rätselhaft, dass ein ebenfalls hart wirkender Mann wie Herbert Wehner einem solch verschlossenen Menschen nahekommen konnte. Gewiss waren sie verwandte Naturen, aber man sagt doch oft, dass zwei so hart erscheinende Menschen (wie hart sie in Wirklichkeit sind, wird wohl selten jemand erforschen können) nur schwer miteinander auszukommen vermögen.

Eigentlich war ich nicht sehr enttäuscht, als bei den ersten offiziellen Gesprächen zwischen den Repräsentanten der interzonalen CDU und der SPD im Frühjahr 1947 Schumacher einfach bockig wurde. Denn anders kann man sein Verhalten in der Frage der nationalen Repräsentation nicht nennen. Die neugebildeten Parteien hatten zu der jewei-

ligen Besatzungsmacht mehr oder weniger gute Beziehungen. Eines ist sicher: An der Wiege der deutschen Sozialdemokratie standen bei der Wiedergeburt im Jahre 1945 die Engländer Pate. Das war nicht nur in Berlin so, sondern auch in Westdeutschland. Überraschend war dies freilich nicht, man musste es vielmehr ganz natürlich nennen, denn die Elite der sozialdemokratischen Führerschaft war – von Schumacher abgesehen – in englischer Emigration gewesen; ausserdem war die damalige britische Regierung eine Labourregierung. Sie stand demnach der Sozialdemokratie ideologisch sehr nahe, und viele der in Grossbritannien zur Regierungsverantwortung gekommenen Männer und Frauen werden den deutschen Emigranten bekannt gewesen sein.

In Berlin zeigte es sich bei zwei Gelegenheiten, dass die Engländer grosses Interesse an der Sozialdemokratie nahmen. Als die SPD sich unter dem Druck der Sowjets mit den Kommunisten zusammentat, befürchteten die angelsächsischen Mächte, die SED könne die Mitglieder der SPD assimilieren. Die Engländer griffen ein: Der spätere Major Royce, ein Angehöriger der weltbekannten Autofamilie Rolls-Royce, schaltete sich mit feinem Fingerspitzengefühl und hoher politischer Begabung in die sozialdemokratische Parteiorganisation ein, wo er grösstem Vertrauen begegnete. Vor allem die Engländer in der alliierten Kommandantur sorgten dafür, dass die sozialdemokratischen Parteimitglieder durch eine Urabstimmung zum Ausdruck bringen konnten, ob sie die Fusion bejahten oder nicht. Die Sowjets versuchten diese Abstimmung mit allen Mitteln zu verhindern. Sie unterblieb jedoch nur im sowjetischen Sektor, in den Westsektoren fand die Urabstimmung statt: Die überwältigende Mehrheit lehnte den Zusammenschluss mit den Kommunisten ab.

Auch bei der Verteilung von Zeitungslizenzen blieben die Engländer nicht müssig. Die Sozialdemokraten erhielten von ihnen zwei Lizenzen: die erste für den noch heute erscheinenden [«Telegraf»](#) unter Arno Scholz, die zweite für den inzwischen eingegangenen «Der Sozialdemokrat», das offizielle Parteiorgan. Zu der CDU hatte die britische Besatzungsmacht deswegen durchaus keine unfreundlichen Beziehungen; wir brauchten uns über ihre Haltung nicht zu beklagen: sie gewährten uns Schutz bei unserer politischen Arbeit. Dasselbe gilt auch für die Amerikaner und Franzosen. Bei den Franzosen hatte man sogar damals in Berlin als CDU-Politiker das Gefühl, man stehe ihnen vielleicht aus weltanschaulichen Gründen besonders nahe. Die Amerika-

ner verhielten sich Sozialdemokraten wie Anhängern der Christlich-
Demokratischen Union gegenüber gleich freundlich, doch entschlossen
sie sich erst ziemlich spät zu einer politischen Unterstützung, im Ge-
gensatz zu den europäischen Siegermächten. Ihnen waren die Verhält-
nisse wohl ganz einfach zu fremdartig; sie brauchten mehr Zeit, enge-
ren Kontakt zu deutschen Politikern zu finden.

Dass es überhaupt dazu kam, war in erster Linie das Verdienst von Dr.
Ulrich Biel. Dieser in Berlin geborene Rechtsanwalt hatte mit seiner
Familie 1933 in die Vereinigten Staaten emigrieren müssen. 1945 kam
er mit einem amerikanischen Bürgerpass als Berater des Berliner US-
Kommandanten Howley in seine Heimat zurück. Biel kannte die deut-
schen Verhältnisse und die deutsche Mentalität. In seinem Haus traf
man sich zu politischen Aussprachen. Ulrich Biel verstand es trefflich,
Kontroversen herbeizuführen; mit Vorhebe lud er grundverschiedene
Gäste ein. Einer davon, der frühere Stettiner Regierungspräsident Dr.
Simons, ist amerikanischer Staatsbürger geblieben; und das schliesst
nichts Abtrüglisches ein. Biel war einer der ersten, der seinen amerika-
nischen Pass gegen einen deutschen eintauschte. Simons nahm allerdings
einen Standpunkt ein, der mich herausforderte: er schien mir die Teilung
Deutschlands geradezu als gottgegebenes Schicksal hinzunehmen.

Ulrich Biel war ein Mann, mit dem man stets freimütig reden konnte.
Wiederholt forderte er mich auf, meinen Wohnsitz in den Westen zu
verlegen. Seine Argumentation lautete etwa so: «Sie müssen aus Klein-
Machnow 'raus. Erstens sind Sie dort gefährdet, denn es steht zu be-
fürchten, dass Ihre Begegnungen mit Amerikanern, Engländern und
Franzosen vom sowjetischen Geheimdienst beobachtet werden. Aber vor
allen Dingen müssen Sie weg, damit Sie nicht doch eines Tages wie
Dertinger und Nuschke zu einem politischen Gaukelspiel erpresst wer-
den.»

Eine gewaltige Überraschung erlebte ich indessen mit Freund Biel, als
er mir eines Tages kaltblütig ins Gesicht hinein erklärte: «Wissen Sie,
wir haben ja kein besonderes Interesse daran, dass Sie hier im Westen
eine politische Funktion übernehmen. Wenn Sie das tun wollen, dann
ist das Ihre Sache; wir haben nichts dagegen. Uns interessiert nur, dass
Sie nicht der sowjetischen Politik zum Opfer fallen und uns mit Ihrem
Talent unbequem werden.»

Noch offener ging es wirklich nicht. Doch gleichviel, was immer seine

Motive auch gewesen sein mögen, er hat mir in einer schweren Stunde den unabwendbaren Schritt erleichtert, Klein-Machnow zu verlassen und damit Haus und Grundstück aufzugeben, als es gar nicht mehr anders ging.

Die historische CDU-Tagung in Königstein

AM 5. und 6. Februar 1947 trafen sich die führenden Mitglieder der CDU/CSU aus allen vier Besatzungszonen erstmals auf einer Tagung, die in Königstein im Taunus stattfand. Die Teilnehmerliste war bemerkenswert. Angesichts der strengen Bestimmungen der westlichen Besatzungsmächte, die jeder politischen Bewegung die Entwicklungsmöglichkeit nahmen, war sie sogar erstaunlich.

Die meisten Persönlichkeiten, die später in der Politik der Bundesrepublik hervortraten, waren anwesend: Konrad Adenauer, Heinrich von Brentano, Peter Altmeier, Josef Müller, dessen scherzhafter Beiname ‚Ochsen-Sepp‘ zu einem Begriff der deutschen und bayerischen Nachkriegsentwicklung geworden ist und der verhindert hat, dass Deutschland durch gewisse Ansätze zum bayrischen Separatismus sich noch weiter zersplitterte; sodann der bekannte Berliner Völkerrechtler Professor Peters und Dr. Friedrich von Prittwitz, der frühere deutsche Botschafter in Washington, den wir gern als Aussenminister eines wiederhergestellten Deutschland gesehen hätten. Leider kam es nicht dazu. Dr. von Prittwitz hatte als geborener Schlesier Hemmungen, sich einem Staat zur Verfügung zu stellen, der nur aus Nord-, West- und Süd- deutschland bestand. Weiter waren zugegen: Johann B. Gradl, der später kurze Zeit Bundesminister für Vertriebene und Flüchtlinge war, Hugo Hickmann, Friedrich Holzapfel, Geheimrat Dr. Hermann Katzenberger, Erich Köhler, Otto Lenz, Theodor Steltzer, Anton Storch, Walter Strauss, Werner Hilpert und viele andere. Die Teilnehmerliste vermittelt ein Bild vom raschen Wachstum der CDU/CSU und ihrem anschliessenden steilen Aufstieg, dank dessen sie bei Gründung der Bundesrepublik als führende Fraktion im Bundestag Dr. Adenauer als Bundeskanzler durchsetzen konnte.

Auf dieser konstituierenden Versammlung bildeten wir den ersten vorläufigen Vorstand der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU. Gewählt wurden: Dr. Adenauer, Köln; Dr. Holzapfel, Herford; Professor Hick-

mann, Dresden; Dr. Köhler, Wiesbaden; Kaiser, Berlin; Lemmer, Berlin; Dr. Josef Müller, München; Ulrich Steiner, Laupheim. Es wurde auch eine Geschäftsordnung geschaffen, aus der ihr erster Paragraph festgehalten werden soll. Er lautet: «Die Parteiorganisationen von Berlin-Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern entsenden sechs ständige Vertreter und sechs Stellvertreter zu den Tagungen der Arbeitsgemeinschaft. Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Bremen entsenden fünf ständige Vertreter und fünf Stellvertreter. Die CSU Bayern, die CDU Baden-Württembergs und Hessens entsenden ebenfalls fünf ständige Vertreter und fünf Stellvertreter.» Die Mitglieder aus den Ländern der französischen Zone sollten nachgewählt werden.

Wir empfanden es als höchst ermutigend, dass wir nach einer längeren Aussprache trotz mancher Spannungen zwischen einzelnen Persönlichkeiten diese Erklärung beschliessen konnten:

«Die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU begrüsst es, dass die Mächte den Übergang der Waffenruhe zu einem Friedenszustand vorbereiten. Sie bekennt sich zur Unteilbarkeit des Friedens, und sie hofft auf die Schaffung einer dauerhaften Weltordnung, in der ein freies und friedliches Zusammenleben aller Völker gewährleistet ist. Die Union betrachtet die von der Organisation der Vereinten Nationen verkörperten Grundsätze als die sittliche Norm des künftigen Weltfriedens. Nur in ihrem Rahmen kann sich jene echte Gemeinschaft der europäischen Völker entfalten, die Deutschland in seiner Lage zwischen Ost und West erstrebt. Die Union wird alle Kräfte für eine echte Demokratisierung Deutschlands einsetzen als Grundlage der endgültigen Abkehr von militaristischen und nationalistischen Traditionen. Von dem Inhalt der kommenden Friedensregelung wird in hohem Masse der Erfolg der notwendigen geistigen Erneuerung des deutschen Volkes abhängen. Mit ernster Sorge sehen wir, dass weite Kreise unseres Volkes die Hoffnung auf eine menschenwürdige Existenz aufgeben und der Verzweiflung preisgegeben werden. Gerade in diesem Zusammenhang weisen wir auf das Problem der deutschen Grenzen hin, das mit den Massenausweisungen von Millionen Deutschen so unheilvoll verbunden ist. Wir nehmen die Pflicht zur Wiedergutmachung auf uns, aber das deutsche Volk braucht eine gesicherte Ernährungsgrundlage und eine ausreichende industrielle Betätigungsmöglichkeit für seine Selbstversorgung und seinen Export, der ihm die Bezahlung der notwendigen



In der Bernauer Strasse während der Berlin-Krise, 5. Mai 1962

An der Sektorengrenze vor dem General der Volkspolizei Kreikemeyer, 1962

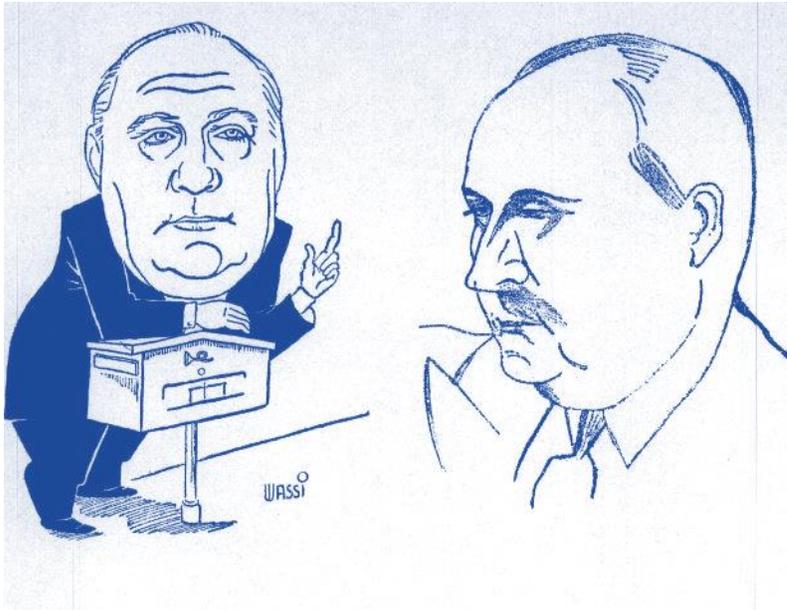




Ein Besuch von Paul Lobe am Krankenbett, 3. Februar 1967

An der Mauer vor Klein-Machnow, 25. Dezember 1962





*Oben: Als Postminister; rechts: Zeichnung von
Rudolf Grossmann, 1931*

Unten: Karikatur in der «Welt am Sonntag»

Einführen ermöglicht. Nur dann wird das deutsche Volk, das nicht zum ständigen Kostgänger der Welt absinken will, von seiner Hände Arbeit leben können. Bei der Veränderung geschichtlich gewordener und natürlicher Grenzen muss zugleich der Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Völker gewissenhaft beachtet werden, wenn die Spannungen unter den Völkern endgültig beseitigt werden sollen. Im selbstverständlichen Bekenntnis zur organisch gegliederten Einheit Deutschlands lehnen wir jede separatistische Tendenz ab. Wir appellieren an die Weisheit der Siegermächte, durch eine weitschauende Politik das Leben und die Freiheit des deutschen Volkes und den Frieden unseres Erdteils inmitten der neuen Gemeinschaft der Völker der Welt zu sichern.

AUF DER TAGESORDNUNG stand im ersten Teil: Fragen der gesellschaftlichen Neuordnung, Berichte der einzelnen Zonen über die politische Lage in ihren Gebieten, Fragen der bizonalen Ämter für die amerikanische und die britische Zone und die Schaffung eines überzonalen Wirtschaftsministeriums, Probleme der Kultur- und Schulpolitik und die Frage des Elternrechts. Für den zweiten Teil der Aussprache war eine Tagesordnung praktischer Art festgesetzt worden: die Errichtung einer Geschäftsstelle zur Durchführung vorbereitender Aufgaben, wie Bildung von Arbeitsausschüssen und Verbindungsorganen der Zonen untereinander.

Nach Begrüssung durch den «Landesherrn», Dr. Werner Hilpert, und kurzen Ansprachen der Vertreter aus den einzelnen Zonen wurde Jakob Kaiser aufgefordert, den Vorsitz zu übernehmen. Kaiser regte jedoch an, Adenauer mit der Leitung zu betrauen. Die Vertreter der britischen Zone trafen allerdings erst einige Stunden später ein, und so übernahm Dr. Holzapfel den Vorsitz. Zunächst wurde mit der Bildung der Arbeitsausschüsse begonnen. Später kam es zu einer allgemeinen politischen Aussprache, die spannungslos verlief. Uns allen fehlte die Übersicht über die wirkliche Lage Deutschlands. Wir waren alle nur mit der Situation der jeweiligen Zone vertraut und vermochten uns nur nach und nach erst auf gesamtdeutsche Probleme einzustellen. Die Gegensätze und Spannungen dieser Tagung aber wuchsen auf späteren Sitzungen eher noch weiter an. Heftige Auseinandersetzungen konzentrierten sich auf die Parteiorganisation. Vor allem wurde über die Frage diskutiert, wo der Sitz einer zu bildenden überzonalen Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU sein sollte.

Wir Mitteldeutschen traten selbstverständlich für Berlin ein. Dabei stießen wir jedoch auf unerwartet starken Widerstand bei vielen angesehenen und auch von uns sonst geschätzten westdeutschen Freunden. Besonders Adenauer widersetzte sich unserem Vorschlag ganz entschieden. Am ersten Verhandlungstag hielt er sich auffallend zurück, ergriff nicht ein einzigesmal das Wort, aber ich konnte beobachten, welche Konferenzteilnehmer von ihm dirigiert wurden. Im Verlauf der Gespräche wurden Andeutungen hörbar, die unsere Stellung zu schwächen suchten. In einer seiner Bemerkungen klang sogar der Verdacht an, Kaiser und ich seien ja doch nur die Befehlsempfänger einer totalitären Besatzungsmacht, wir fristeten unter kommunistischer Kontrolle ein kümmerliches Dasein, und von einer innerlich derart gefesselten CDU-Führung in Berlin könnten höchst bedenkliche Einflüsse ausgehen. Solche Meinungsunterschiede führen zwangsläufig auch zu persönlichen Gegensätzen; die ganze Atmosphäre wurde dadurch getrübt. Eine Tatsache war nicht zu übersehen: Unsere Freunde im Westen vertrauten uns nicht mehr uneingeschränkt.

Jakob Kaiser war mit seiner Aufrichtigkeit und Härte freilich auch kein bequemer Partner. Diplomatische Vorgeplänkel lagen ihm nicht. Deshalb schickte er mich als Wortführer ins Gefecht. Sicherlich aber hätte sich das Klima durch Kaisers Leidenschaftlichkeit noch weiter verschlechtert. Wir mussten am Ende die Bedenken unserer Parteifreunde gegen einen zentralen Sitz in Ost-Berlin hinnehmen und schlugen nun vor, die Bundesgeschäftsstelle in den britischen Sektor zu verlegen und die endgültige Entscheidung darüber auf dem ersten ordentlichen Parteitag der CDU/CSU in Goslar zu fällen. Doch unser Entgegenkommen genügte nicht. Nach stundenlangem Hin und Her wurde Frankfurt am Main zum Sitz der Bundesgeschäftsstelle gewählt.

ADENAUER sass bei diesem Treffen in Königstein in der hintersten Ecke des Raumes, aus der er seine intimen Helfershelfer ins Feuer schickte. Er wusste, was er wollte. Wenn Adenauer sprach – was ganz selten geschah –, dann nur, wenn er befürchtete, die Versammlung könne sich vielleicht doch noch für Berlin entscheiden. Er zögerte keineswegs, reine Räubergeschichten aufzutischen, um seine westdeutschen Parteifreunde vor den schrecklichen Wirkungen zu warnen, die von einer CDU-Führung in Berlin ausgehen könnten. In ungeniertem Plauderton erzählte er der Runde, ein Oberbürgermeister im nördlichen Rheinland (Namen

dürfe er nicht nennen) habe ihm ja recht interessante Mitteilungen über Begegnungen Kaisers mit hohen Offizieren der ehemaligen deutschen Wehrmacht, mit Sowjetrussen und andern Leuten zugetragen – Begegnungen, die doch sehr beunruhigend seien.

Jakob Kaiser lief vor Zorn rot an. Er war mit Recht empört, denn kein Wort dieser Gerüchte stimmte ... Ob nun Adenauer dieses Geschwätz in der Tat gehört oder ob er es selber erfunden hatte, wird wohl nicht mehr festzustellen sein. Er gab diese Geschichte jedenfalls zum Besten, obwohl er selbst sicher nicht an sie glauben konnte.

Das Verhalten unserer westdeutschen Freunde enttäuschte uns sehr. Schliesslich hatten wir das Unsere zur Gründung der Partei beigetragen. Von Anfang an hatten wir alles versucht, der CDU einen gesamtdeutschen Charakter zu geben. Dass wir nicht selten auch durch finanzielle Mittel zur Entwicklung der Partei in den Westzonen beigetragen hatten, ist bereits erwähnt worden. Umso bedrückender wirkte auf uns Berliner nun die Erkenntnis, dass wir alleinstanden, dass wir isoliert waren, dass der Einfluss Adenauers in einer solchen entscheidenden Frage derart dominierend war.

Dieses folgenschwere Missverständnis und mangelnde Einfühlungsvermögen in die politischen Positionen der einen oder anderen Zone erwiesen sich in diesen Tagen als unheilvoll. Leidenschaftlich hatte ich am zweiten Tag in Königstein darauf hingewiesen, niemand der Deutschen habe sich nach Geschmack seine Besatzungsmacht wählen können, schicksalhaft seien wir recht unterschiedlich den Besatzungsmächten ausgeliefert worden. Für uns, die wir zur geschichtlichen Begegnung einer dynamischen, totalitären Besatzungsmacht bestimmt waren, forderte ich erregt, bei unseren Freunden im Westen auf mehr Vertrauen, Weisheit und Verständnis zu stossen.

Kaiser, Tillmanns, Gradl und ich waren von Bitterkeit erfüllt. Das spürte Adenauer, der nach dem Ende der Konferenz Kaiser und mich zum intimen Gespräch unter sechs Augen bat. Er versuchte, uns zu besänftigen, nur mit geringem Erfolg. Nur in unseren menschlichen Beziehungen konnten einige schmerzliche Stacheln gezogen werden.

Ich habe über diese Vorgänge nur mit zwei Menschen gesprochen, die mir besonders nahestanden und von denen ich angenommen hatte, dass sie genauso dächten wie ich. Sie hatten klare Vorstellungen über die schicksalhafte Bedeutung unserer alten Reichshauptstadt. Deshalb war es umso unfassbarer für uns, dass sie uns bei der Abstimmung im Stich

liessen. Ich wandte mich an Heinrich von Brentano mit den Worten: «Lieber Freund, was hier geschieht, ist für uns Berliner eine schreckliche Enttäuschung. Wir haben uns mit Problemen herumzuschlagen, von denen ihr euch im Westen vielleicht keine rechte Vorstellung machen könnt. Wir denken an die Zukunft Berlins, wir denken an die Zukunft Deutschlands. Ihr aber lasst uns einfach fallen.»

Brentano gab mir darauf diesen Bescheid:

«Es gibt in der Politik Tatsachen, die ein solches Gewicht haben, dass man sich nicht nach Gefühlen richten darf, wenn ein harter Entschluss gefasst werden muss. Ich habe mir alles genau angehört, was Adenauer gegen einen zentralen Sitz in Berlin vorzubringen hat, und ich war anfangs durchaus geneigt, ihm nicht so ohne Weiteres zu vertrauen, sondern seine Argumentation kritisch zu durchdenken. Aber glauben Sie mir, lieber Lemmer: der Alte hat recht. Hier in den drei westlichen Zonen haben wir eine echte Chance, wieder souverän zu werden. Wenigstens ein Teil unseres Volkes kann sich über kurz oder lang zusammenschliessen. Dann haben wir wenigstens einen Anfang. Das Weitere muss sich finden. In Berlin aber, unter der Kontrolle einer totalitären Macht, liegen die Dinge anders. Das müssen Sie doch selbst einsehen.»

Ich gab zu, dass man die Argumente Adenauers nicht einfach ignorieren könne. Natürlich sei die unverfrorene Einmischung unserer Besatzungsmächte nicht zu leugnen. Doch dann hielt ich Brentano entgegen:

«Kaiser und seine Freunde haben doch wohl bisher klar genug bewiesen, dass Widerstand möglich ist, ohne seinen Charakter zu verlieren. Man kann doch nicht zum Werkzeug eines fremden Willens missbraucht werden, wenn man selbst es nicht will. Gerade unser Widerstand, Brentano, bedeutet für euch im Westen eine gewisse Verpflichtung, auf unsere Wünsche einzugehen. Mit eurer Unterstützung hätten wir schliesslich gegenüber den Sowjets und der SED einen ganz andern Rückhalt. Es ist ein Unterschied, ob wir nur in unserem eigenen Namen sprechen oder im Namen aller unserer Parteifreunde im Westen.»

Diese Worte schienen Brentano zu beeindrucken, doch anscheinend hatte er inzwischen Adenauer versprochen, dessen Richtlinien zu folgen.

Ähnlich verlief meine Unterhaltung mit Josef Müller, mit dem ich

ebenso eng befreundet war und bin wie mit Heinrich von Brentano. (Vielleicht darf ich an dieser Stelle, um das Mass unserer Freundschaft anzudeuten, die Bemerkung einfügen, dass ich nach dem testamentarischen Willen Brentanos auf der Trauerfeier der Partei seines Wahlkreises Heppenheim die Abschiedsrede hielt.) Auch dem Freunde aus Bayern verbarg ich meine tiefe Enttäuschung nicht. Er versicherte mir, es sei keineswegs die Person Adenauers gewesen, die sein Verhalten bestimmt habe, sondern allein die sachliche Erwägung, dass der Wiederbeginn der politischen Arbeit nur in den Westzonen ungehindert möglich sei.

Nun, Adenauers Einstellung zu Berlin war und ist bekannt. Ich muss zugeben, dass seine Argumente einen realen Kern hatten. Dennoch bleibe ich bei meiner Auffassung, dass bei etwas mehr Mut zum Risiko die politische Entwicklung vielleicht anders verlaufen wäre, wenn sich damals alle Anwesenden spontan zu Berlin bekannt hätten. Natürlich war das Risiko nicht abzusehen. Die Entscheidung für Berlin hätte sich möglicherweise als ein schwerwiegender Fehler herausstellen können – aber sie wäre nicht unbedingt ein Fehler gewesen.

Geschichtliche Fragen

ES WAR den Landsleuten aus dem Westen natürlich nicht unbekannt, dass die Sowjets mit allen Mitteln die Kommunisten unterstützten und damit die gesellschaftliche, ökonomische und staatspolitische Situation nach volksdemokratischem Muster auszurichten versuchten. Unzählige. Verordnungen der Sowjetischen Militäradministration und der SED liessen dieses Ziel klar erkennen. Wäre damals die Wiedervereinigung gelungen, so hätte sich die innere Struktur Deutschlands schon damals erheblich unterschieden, aber schliesslich hätten sich die Deutschen in diesem Rumpfstaat zwischen Görlitz und Aachen doch selbst für die eine oder andere Gesellschaftsform entscheiden können. Keine Besatzungsmacht hätte einen Prestigeverlust erlitten, wenn etwa 1948 oder 1949 eine gesamtdeutsche Regierung geschaffen worden wäre. Rückblickend stelle ich entgegen manchen Legenden fest, dass es damals indessen keine reale Möglichkeit für eine Wiedervereinigung nach dem freien Willen aller Deutschen zwischen Oder-Neisse und Rhein

gegeben hat. Es erschien als aussichtslos, dieses Volk in absehbarer Zeit wieder in einem freiheitlichen Rechtsstaat zu vereinen. Die Geschichte nahm einen andern Verlauf, als wir ihn uns wünschten. Der Zusammenschluss der drei Westzonen, der im Jahre 1948 von den westlichen Alliierten gebilligt wurde, zwang alle Parteien Westdeutschlands, den Boden für einen neuen Staat vorzubereiten. Sie konnten nicht länger warten, bis auch die Voraussetzungen in der sowjetischen Zone geschaffen waren, sondern sie mussten handeln. Westdeutschland wäre sonst der totalen Demoralisation anheimgefallen.

Ob ich mich damals geirrt habe, als ich mich gemeinsam mit meinen Freunden gegen die Bildung eines westlichen Teilstaates aussprach, wird erst die Geschichte entscheiden können. Wir befürchteten, wenn erst einmal ein solcher Teilstaat entstanden sei, werde es in Zukunft noch schwerer sein, zur deutschen Einheit zu finden. Es hat später noch einige Situationen gegeben, die eine baldige Wiedervereinigung als aussichtsreich erscheinen liessen. Darüber ist von anderen seither so viel gestritten worden, dass ich hier auf eine nähere Erörterung verzichten möchte. Ich denke an die Jahre 1952 bis 1954, als im Bundestag erbiterte Debatten zwischen den Regierungsparteien und der Opposition um die europäische Integration entbrannten. Den Befürchtungen der Opposition, die Spaltung Deutschlands könne durch die Integration der Bundesrepublik in das europäische Bündnissystem vertieft werden, stellte ich meine Erlebnisse in Mitteldeutschland entgegen. Die sowjetische Deutschlandpolitik war von Anbeginn an unveränderlich darauf gerichtet, entweder ein separates kommunistisches Regime in Mitteldeutschland zu errichten oder (wenn sie klüger operiert hätte, als sie es getan hat) ein zwar einheitliches und sozialistisches Deutschland, aber auch nur eines, das für den Kreml die Rolle eines Mitläufers in seiner Frontstellung gegen den Westen hätte spielen können.

Auch später hat sich nichts an der allgemeinen Lage geändert. Die Note Chruschtschows vom 10. März 1961, die noch einmal so viele verlockende Angebote enthielt, konnte die Kenner kommunistischer Dialektik nicht täuschen. Die Wiedervereinigung wurde von so schwerwiegenden Voraussetzungen und Bedingungen abhängig gemacht, dass ich meine Landsleute verstehen kann, die nach den traurigen Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Diktatur endlich wieder in einem Rechtsstaat leben wollen und deshalb wenig Neigung

verspürten, sich näher mit dieser Note zu befassen. Ich halte die Wahrung der freiheitlichen Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Würde jedes Menschen, welchen Berufes, Standes, Glaubens und Rasse auch immer, für übergeordnet. Meine Freunde wissen, wie sehr mir die Wiedervereinigung unseres Volkes am Herzen liegt, aber sie muss vorerst – so schwer es uns auch ankommen mag – an zweiter Stelle stehen, bis Freiheit und Sicherheit für alle Deutschen nicht mehr gefährdet sind. Bürger eines sowjetischen «Generalgouvernements Deutschland» zu werden – dazu war ich nie bereit und werde ich auch nie bereit sein. Mit der grossen östlichen Weltmacht in Frieden und Freundschaft zu leben, das ist etwas anderes. Wenn es darum geht, die Beziehungen zwischen Deutschen und Russen zu verbessern, werde ich immer dabei sein. Das liegt in unser aller Interesse.

Konrad Adenauer und Karl der Grosse

MEIN persönliches und politisches Verhältnis zu Konrad Adenauer war gewiss nicht immer ungetrübt. Ich gehörte zu jenen CDU/CSU-Mitgliedern, die dem alten Herrn gelegentlich einige Schwierigkeiten gemacht haben – nicht etwa aus Bosheit, sondern weil ich ganz einfach anderer Meinung war. Respekt für diesen grossen Mann habe ich immer empfunden, schon bei unseren ersten Begegnungen nach 1945, aber auch bei Meinungsverschiedenheiten, die wir im Kabinett oder in der Fraktion auszutragen hatten.

Adenauer wurde oft unwirsch, wenn er auf Widerstand traf, und das passte gar nicht zu seinem sonst ausgeglichenen Wesen. Seine Reaktionen konnten geradezu kränkend sein. Aber schon nach wenigen Minuten pflegte sich sein Unmut zu legen; später freilich – manchmal erst nach Wochen – griff er zuweilen den umstrittenen Vorgang noch einmal auf, und zwar in dem Gefühl, zu heftig und zu hart gewesen zu sein.

Ich fühlte mich stets als Berliner. Für mich war klar: Geht Berlin verloren, dann ist auch Deutschland nicht mehr gesichert. Zusammen mit Jakob Kaiser teilte ich die Ansicht einiger Freunde im Westen nicht, dass die Einheit der Nation irgendwann und eines Tages von selbst wiederhergestellt würde. Kaiser, Hermes, ich und andere dachten nicht daran, den Schwerpunkt der deutschen Nachkriegsentwicklung an den

Rhein zu verlegen. Wir erblickten in der sowjetischen Deutschlandpolitik noch Ansatzpunkte, welche die endgültige Teilung Deutschlands verhindern könnten, und wir wollten Berlin zum Ausgangspunkt einer Wiederaufrichtung des ganzen zerschlagenen Vaterlandes machen.

Konrad Adenauer dachte in diesem Punkte weit skeptischer. Er sah in der geteilten Stadt keine Möglichkeit für eine echte Meinungsbildung über den Wiederbeginn unseres politischen Lebens. Die Politik der Sowjetischen Militäradministration erfüllte ihn mit tiefem Misstrauen. Er hatte freilich auch schon zum preussischen Berlin nie eine innere Beziehung gehabt. Meine Freunde und ich bekamen das zu spüren.

Wir hingegen bezogen unsere politische Stellung noch aus einem anderen Grunde in der ehemaligen Reichshauptstadt. Wir befürchteten zwei Gefahren: einmal den Separatismus, die Bildung abhängiger Sonderstaaten im Westen, Süden, Norden und Osten des Reichsgebietes; zum andern argwöhnten wir, dass es bei der überragenden Bedeutung Berlins für die östliche Siegermacht entweder zur Teilung Deutschlands oder zur sowjetischen Kontrolle ganz Deutschlands kommen könnte. Solche Bedenken erhoben sich nicht nur in den Reihen der CDU, auch andere politische Gruppen diskutierten sie – und die Besatzungsmächte schenkten solchen Erörterungen grosse Aufmerksamkeit.

Adenauer versuchte, Kaiser und mich davon zu überzeugen, dass wir unter sowjetisch-kommunistischer Kontrolle niemals frei arbeiten könnten. Er lud uns bereits im Frühjahr 1946, um die Osterzeit, nach Rhöndorf ein, zunächst Kaiser und zehn Tage später mich (Ich hatte meinen Ausreise-Propusk eine Woche später erhalten als Jakob Kaiser). Ich wurde mit viel Gastfreundschaft empfangen, was damals kein leichtes war. Adenauer sprach zu mir in gütigem Ton, denn nach seiner Denkungsart sah er in Kaiser und mir eher tragische Figuren, die Phantomen nachjagten und allen Ernstes glaubten, die Wiedervereinigung innerhalb gewisser Grenzen wäre jetzt schon zu erreichen. Ich war aber doch verblüfft, als er mich kurzerhand aufforderte, Berlin lieber zu verlassen. Kaiser sei geborener Mainfranke, ich Rheinfranke, also sei der Westen doch unsere engere Heimat, unser natürliches Aufgabenfeld, nachdem die Katastrophe Berlin an den Rand der Ereignisse verschoben hätte. Bei dem Mangel an erfahrenen Politikern sei es unbedingt notwendig, dass Kaiser und ich schleunigst

in den Westen übersiedelten. Adenauer machte grosse Versprechungen: wir beide würden keineswegs nebensächliche Rollen spielen; in einer starken Partei sollten wir vielmehr mithelfen, Deutschland zunächst in jenen Gebieten wiederherzustellen, wo das möglich sei: also in den Westzonen. Adenauer war sich darüber im Klaren, dass auch dies nicht leicht sein würde, vor allem nicht angesichts der noch sehr distanzierten Haltung der Franzosen, die sich ja später – und das ist einer der grossen Erfolge der Adenauerschen Politik – vollkommen geändert hat.

Auch im Westen, so versicherte er mir damals, müssten wir noch sehr viel Geduld haben, bis an eine neue Staatwerdung zu denken sei. Wollten wir indessen warten, bis die sowjetische Besatzungsmacht und die drei westlichen Alliierten einem neuen Staat ihre Zustimmung gäben, dann würden wir das kaum noch erleben. Ein wiedervereinigtes Deutschland in allen vier Zonen sei so bald nicht möglich. Daran glaubte Adenauer fest. Er fügte hinzu, es sei demnach der vernünftigste Weg, vorerst mit den westlichen Siegermächten in geordnete Beziehungen zu kommen. Ein demokratisches Deutschland sei identisch mit den staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen der Westalliierten, die im Übrigen daran interessiert sein könnten, Deutschland (so meinte er) etwa in den Grenzen des Reiches Karls des Grossen wiederherzustellen.

Dieser historische Vergleich erschütterte mich. Ich antwortete ihm empört:

«Aber Herr Adenauer, wie stellen Sie sich das denn vor? Meine Geschichtskenntnisse mögen nicht ausreichend sein, aber ich glaube doch zu wissen, dass zum Reiche Karls des Grossen beispielsweise das Bistum Erfurt gehörte. Erfurt liegt aber heute in der sowjetischen Zone, und wenn ich mich nicht sehr täusche, muss man davon ausgehen, dass das Reich Karls des Grossen bis zur Elbe reichte und dass infolgedessen grosse Teile dieses Reiches in einem Staat fehlen würden, der sich lediglich aus den drei Westzonen zusammensetzt. Diese historische Konstruktion ist doch sehr bedenklich.»

Wenn Adenauer auch von der Wiederaufrichtung Deutschlands innerhalb der Grenzen des Karolingerreiches sprach, so betonte er doch immer, dass eine solche Lösung nur ein Anfang sein könne. In Wirklichkeit hat er niemals aufgehört, an Gesamtdeutschland zu denken. Das zeigte die harte Politik, die er nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Kreml im Jahre 1955 den Russen gegenüber vertrat.

Noch härter war seine Politik gegen das Regime Ulbrichts. In seinen Augen war Ulbricht lediglich ein Statthalter Moskaus auf deutschem Boden. Er meinte, ein Regime, das sich seiner Bevölkerung nicht in freien Wahlen stelle, könne und dürfe nicht als gleichberechtigt anerkannt werden. Dies war für Adenauer ein entscheidender Gesichtspunkt.

Konrad Adenauer war des Glaubens, die Wiedervereinigung lasse sich leichter in einem europäischen Rahmen erreichen als durch eine direkte Auseinandersetzung mit der sowjetischen Besatzungsmacht. Von Bemühungen, mit Ulbricht ins Gespräch zu kommen, hielt er nichts. Immer wieder warnte er davor, Ulbricht als Partner in der deutschen Frage anzuerkennen. Der Weg zu einem vereinigten Deutschland führe, mit Zustimmung der Sowjetunion, über Europa.

Das Zerwürfnis zwischen den Siegermächten

ÜBER DIE ZIELE der sowjetischen Deutschlandpolitik gab ich mich anfangs – wie viele andere – noch Illusionen hin. Wir glaubten, mit der Siegermacht aufrichtig zusammenarbeiten zu können. Ich war der Meinung, es gehöre zu den Grundsätzen der russischen Politik, sich nun nach ihrem Sieg zunächst in den Grenzen ihrer Eroberungen zu halten. Die Berliner sagen gern: «Man soll nicht mehr fressen, als man vertragen kann, weil man sonst kotzen muss.» Dieses derbe Bild scheint mir den Irrtum der sowjetischen Politik gegenüber Deutschland genau widerzuspiegeln. Es wird noch viel Geduld erfordern, Moskau von diesem Irrtum abzubringen.

Aber die Sowjets sollten sich doch auch der Erfahrungen erinnern, die sie mit einigen Deutschen gemacht haben. Schliesslich haben sie ja nicht nur solche kennengelernt, die sich ihnen servil unterwarfen, sondern auch Männer, die von der Notwendigkeit einer russisch-deutschen Zusammenarbeit durchaus überzeugt waren, ohne sich dabei gegen den Westen missbrauchen zu lassen. Die Sowjets haben meiner Überzeugung nach geglaubt, sie könnten die Deutschen gleich den Polen und andern westslawischen Völkern in ihr rotes Imperium integrieren (natürlich mit gewissen Sonderrechten, die sich aus der zahlenmässigen Grösse unseres Volkes ergaben).

Deshalb fiel es auf, dass sie wiederholt nachdrücklich von der Wieder-

vereinigung sprachen, so wie es auch einige Kommunisten in Ost-Berlin heute wieder tun. In den letzten Tagen der Jahre 1945, 1946 und 1947 erhielt ich von Oberst Tulpanow Glückwunschkarten zum Jahreswechsel. Dies entsprach nicht allein der Etikette: für das neue Jahr wurde stets der Wunsch ausgesprochen, Deutschland möge wieder eine Einheit werden. Ein derartiger Wunsch mag heute überraschen; solche Worte mögen den Eindruck erwecken, diejenigen hätten recht behalten, die in einer anderen Politik eine Chance sahen, Deutschlands Einheit früher zu erreichen. Wenn man sich mit den Russen auf intime Gespräche einliess, stellte sich indessen bald heraus, dass sie von der Notwendigkeit eines geeinten deutschen Staates zwar überzeugt waren (was ja auch auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam zum Ausdruck kam, wenngleich nur in Form einer Alternative). Die Russen wollten jedoch entweder die totale Zersplitterung, die Zerschlagung dessen, was einmal das Deutsche Reich gewesen war, oder die Wiederherstellung eines wenn auch territorial amputierten, aber immerhin noch einheitlichen Deutschlands.

Die Begegnungen zwischen den Russen und uns hatten in ihrer Sicht den Zweck, Menschen für sich einzunehmen, und zwar solche, die sie für einflussreich hielten, um sie den sowjetischen Interessen dienstbar zu machen – oder um sie zu missbrauchen. Die Methoden waren sehr differenziert; sie beruhten spürbar auf psychologischen Erkenntnissen. Ich kann nur immer wieder betonen, dass die sowjetische Politik unter dem Gesetz der Dialektik steht, was vielen Westdeutschen wie Westeuropäern und Amerikanern zu begreifen schwerfällt. Die Sowjets halten den für einen harmlosen Wicht, der sich bieder und naiv gibt. Ihre Worte haben einen anderen Sinn als bei uns.

Ich fand das sehr bald heraus und musste manchen Freund ermahnen, nicht gar zu kritiklos zu sein. Die sowjetischen Gesprächspartner bemühten sich ja, unser Selbstbewusstsein wieder zu stärken; sie wünschten, dass wir wieder den Glauben an unser Volk fänden. Immer und immer wieder sprachen sie von dem «grossen deutschen Volk». Das klang verführerisch, das war verlockend. Jede solcher Unterhaltungen war von ihnen psychologisch und analytisch genau vorbereitet.

Ich entsinne mich eines denkwürdigen Tages, des 6. November 1947, als ich mit Jakob Kaiser dem Marschall Sokolowskij die Glückwünsche der CDU zum dreissigsten Jahrestag der Oktoberrevolution aussprach. Der Marschall nahm besonderes Interesse an uns. Das Ge-

sprach zog sich über mehrere Stunden hin. Getrunken wurde dabei nichts; das geschah erst, nachdem der ernste Teil erledigt war.

Gerade deswegen erschütterte mich dieses Gespräch so sehr, weil es in absoluter Nüchternheit verlief und der Marschall demnach durchaus wissen musste, welche Wirkung seine Worte auf uns haben würden. Die sich vertiefenden Gegensätze zwischen Ost und West waren uns zwar nicht verborgen geblieben, aber es war doch sehr starker Tobak, als Sokolowskij plötzlich ganz sachlich feststellte, er glaube, ein stärkeres Potential an Panzerdivisionen hätte die letzte deutsche Offensive in den Ardennen zu einem anderen Ergebnis geführt. Es schien, als ob der Sowjetmarschall es nicht ungern gesehen hätte, wenn das deutsche Oberkommando noch einige Panzerdivisionen mehr an die deutsche Westfront geworfen hätte. Sokolowskij fuhr fort:

«Die deutsche Offensive hätte die Amerikaner und ihre Verbündeten in den Ozean geworfen, denn der deutsche Soldat ist ein hervorragender Soldat, so hervorragend wie der Sowjetsoldat. Die Franzosen ...» Er machte eine wegwerfende Hemdbewegung, die besagen sollte, dass die Franzosen in Moskau militärisch nicht ernst genommen würden. Das erklärt ja auch die Unlust Stalins, Frankreich eine Besatzungszone einzuräumen. Die Franzosen wurden damals von den Sowjets gering eingeschätzt, den Amerikanern freilich erging es kaum besser. Der sowjetische Marschall erklärte uns beiden hilflosen Parteirepräsentanten, die ganz in seiner Hand waren:

«Amerikaner nicht guter Soldat, aber Amerikaner viele Maschinen, viele Technik. Sie wollen nicht kämpfen und sterben. Sie wollen Maschinen kämpfen und sterben lassen, aber nicht Menschen. Wenn die Ardenneoffensive mehr Kraft gehabt hätte: Amerikaner wären ins Meer geworfen worden.»

So gab uns der Dolmetscher seine Äusserungen weiter. Kaiser und ich starteten einander verdutzt an. Unsere eigene Meinung zu diesem Thema konnten wir ja wohl kaum äussern. Wir hockten als stumme Zuhörer solcher militärhistorischer Exkursionen aus dem Munde eines sowjetischen Marschalls auf unseren Stühlen. Sokolowskij beschäftigte sich schliesslich auch noch mit den Engländern, wobei seine Feindseligkeit kaum geringer erschien, doch wir spürten, dass er immerhin geneigt war, den Kampfeswillen des englischen Soldaten eher anzuerkennen als den der übrigen Alliierten.

Nach diesem Gespräch fuhren wir in erregter Stimmung von Karls-

horst nach Hause. In der Wohnung Kaisers rekonstruierten wir das Gehörte. Es war noch die Zeit des Kontrollrats, die Berliner Kommandantur war noch von allen vier Mächten besetzt. Wir konnten nur den Schluss ziehen, dass die Beziehungen zwischen den Siegermächten erschüttert sein mussten. Die Bestätigung dieser Annahme erhielten wir wenig später durch den Abbruch der Londoner Konferenz vom 10. November bis 2. Dezember 1947.

Jetzt versteifte sich auch das Verhältnis der CDU Mitteldeutschlands zur Sowjetischen Militäradministration.

Eine nationale «Repräsentanz»

UNTER DEM deprimierenden Eindruck des in vier Besatzungszonen mit unterschiedliche[^] sozialer Ordnung und Rechtsgestaltung zerrissenen Volkes empfand ich mehr und mehr, wie wichtig es sei, dass wir aus eigener Initiative etwas unternähmen. In den beiden ersten Jahren der Besetzung hatten wir uns in der Enge unserer Zonen bemüht, wieder eine deutsche Politik zu betreiben, aber der gesamtdeutsche Zusammenhalt war unbefriedigend. Wohl bestand er schon zwischen den Parteien und einzelnen Persönlichkeiten, doch die Trostlosigkeit unseres Schicksals zwang zu Überlegungen, was wir selbst tun könnten. Ich schrieb im Januar 1947 in unserem sowjetzonalen Parteiorgan «Neue Zeit» einen Leitartikel über die beunruhigende Lage unseres Vaterlandes und fand dabei wohl die treffende Formulierung, als ich den Begriff der «Nationalen Repräsentanz» prägte.

Meine Ausführungen machten im engeren Freundeskreis Eindruck, die Parole wurde beachtet, doch politische Aktivität vermochte sie nicht auszulösen. Diesem Artikel war eine massive Auseinandersetzung mit dem damaligen bayrischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner vorausgegangen, der in einer Verlautbarung eine weitere Distanzierung des bayrischen Staates – wohlgermerkt: des Staates, nicht etwa des Landes – gefordert hatte, und zwar mit der Begründung, das bayrische Volk müsse selbständiger werden, es müsse von einem möglicherweise wieder entstehenden Deutschland unabhängiger sein. Mit dieser Erklärung wollte Hoegner wohl den latenten föderalistischen Strömungen in Bayern ein Stichwort geben.

Man erinnert sich heute kaum noch an die schwere Gefährdung unse-

rer nationalen Existenz während dieser bitteren Jahre. Vor mir liegt ein Artikel, den ich am 5. Oktober 1947 in der «Neuen Zeit» veröffentlicht habe. Ich zitiere daraus einige Sätze:

«Es liegt auf der Hand, dass durch die unverkennbar gewordenen Spannungen zwischen den grossen Mächten die Besatzungssituation in Deutschland nur schwieriger geworden ist. Man kann sogar feststellen, dass durch solche Dissonanzen der an sich schon bedrohte Zusammenhalt der deutschen Nation aufs Äusserste gefährdet wird. Schon spricht man in Deutschland in den verschiedenen Zonen vielfach eine verschiedene politische Sprache, die unbewusst fremder Terminologie entlehnt zu sein scheint. Eine geistige oder gar politische Scheidung in Deutschland müsste die Lösung des deutschen Problems in verhängnisvoller Weise erschweren ... Umso mehr müssten die verantwortlichen Männer in den Parteien der Versuchung widerstehen, zu den weltpolitischen Auseinandersetzungen eindeutige Stellung zu nehmen ... Wer in deutschen Blättern und Zeitschriften für Deutsche schreibt, wer in Versammlungen und auf Kundgebungen zu den politisch noch vielfach verstörten Menschen seines Volkes spricht, trägt heute wahrhaftig eine grosse Verantwortung. Es müsste absolut ausgeschlossen sein, dass in der Bevölkerung einzelner Zonen gegen diese oder jene andere Besatzungsmacht törichte Ressentiments geweckt werden.»

Bei meiner Polemik gegen Hoegner empfand ich bitter, wie schmerzlich es war, dass sich unser Volk in den Zonen bemühte, sich der jeweiligen Besatzungsmacht anzupassen, ohne die gesamtdeutschen Zusammenhänge erfassen zu können. Ich empfand es als Gebot der Stunde, schnellstens ein Organ zu schaffen (ob legitimiert oder nicht, das war mir gleichgültig), das die Deutschen aller Zonen gegenüber dem Kontrollrat der Alliierten zu repräsentieren vermochte. In meinem Freundeskreis war man damit einverstanden, dass ich auf einer Vorstandssitzung der interzonalen Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, die am 12. und 13. März 1947 in Berlin stattfand, meine Ideen unseren Freunden aus dem Westen unterbreitete. Das tat ich denn auch mit grosser Leidenschaft; ich versuchte, an das Gewissen aller zu appellieren, damit sie den Vorstand ermächtigten, mit den bereits bestehenden Parteiführungen in allen vier Zonen Fühlung zu nehmen, um auch sie für den Gedanken einer Nationalen Repräsentanz zu gewinnen.

Zwei Männer waren es, die auf dieser Sitzung mit Wärme und Überzeugungskraft für diese Anregung eintraten: Jakob Kaiser und Josef

Müller aus München. Der Vorstand fasste einen einmütigen Beschluss. (Es waren Vertreter aus allen Zonen anwesend, auch die aus dem französisch besetzten Gebiet, die sich irgendwie nach Berlin durchgeschlagen hatten.) Am 26. März veröffentlichte «Der Abend» unter der Überschrift «Nationale Repräsentation» diese Meldung:

«Die Vorsitzenden von CDU und SED hatten am Dienstag eine erste Besprechung im Zusammenhang mit dem Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft von CDU und CSU zur Bildung einer aus allen massgeblichen deutschen Parteien zu bildenden «Nationalen Repräsentation». An der Dienstbesprechung nahmen Jakob Kaiser, Ernst Lemmer, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl teil.

Ausgangspunkt der Besprechungen war die Fühlungnahme zwischen den Unterhändlern der CDU und CSU mit den Vertretern der SPD, Dr. Kurt Schumacher, Erich Brost und Erich Ollenhauer, sowie die Reden Schumachers. Heute werden Kaiser und Lemmer mit dem Vorsitzenden der LDP und Mitvorsitzenden der Demokratischen Partei Deutschlands, Reichsminister a. D. Wilhelm Külz, zum ersten Male verhandeln...»

Ein Leitartikel im Berliner «Tagesspiegel» unterstützte uns wärmstens, aber auch aus andern Zonen erhielten wir zustimmende Erklärungen, so dass ich beinahe schon zu hoffen wagte, wir würden hier einen ersten Schritt tun können. Anfangs hatten wir befürchtet, die sowjetische Besatzungsmacht werde uns Schwierigkeiten bereiten, doch wir erlebten eine Überraschung: Ein politisch führender General namens Malinin, genannt Georgiew, Mitglied der Militäradministration im Kontrollrat, erteilte uns bei einem Empfang in Karlshorst die Zustimmung der Sowjets.

Am 22. Mai 1947 hatten Jakob Kaiser und ich im Parteihaus der Sozialistischen Einheitspartei in der Lothringer Strasse (wo sie sich, für die damaligen Verhältnisse, recht grosszügig etabliert hatten) eine Begegnung mit SED-Spitzenfunktionären. Es war ein sachliches Gespräch. Zunächst diskutierten wir das von dem englischen Aussenminister Bevin verkündete Dreipunkteprogramm. Gemäss den Potsdamer Beschlüssen forderte es die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit bis zum 1. Juli 1947, die Errichtung einer deutschen Zentralverwaltung und die Schaffung einer gesamtdeutschen Körperschaft mit beratender Funktion (gesamtdeutsche Repräsentation), die eine provisorische Verfassung ausarbeiten sollte.

Auf meine Frage, ob die Sowjetunion bemüht sein werde, den von der SED vorbereiteten Verfassungsentwurf durchzusetzen, antwortete Grotewohl:

«Unser Entwurf soll vorläufig nicht mehr sein als eine Diskussionsgrundlage. Wir haben ihn der Öffentlichkeit übergeben, um endlich eine Diskussion in Gang zu bringen.»

Anschliessend äusserte der SED-Funktionär Erich Gniffke die Bemerkung:

«In Westdeutschland wird wenig für die Wiedervereinigung geleistet. Ständig heisst es, die Siegermächte seien für die Wiederherstellung der Einheit zuständig. Dabei wird aber geflissentlich übersehen, dass beispielsweise die Franzosen lieber nur fünfundvierzig Millionen Deutsche an ihrer Ostgrenze sehen als sechzig Millionen.»

Kaiser, der sich für die Bildung einer Nationalen Repräsentanz aussprach, richtete an Wilhelm Pieck die direkte Frage:

«Sind Sie bereit, sich gegebenenfalls als einziger Vertreter der SED einer kleinen Verhandlungskommission für die Vorbereitung einer solchen Repräsentanz anzuschliessen?»

Pieck erwiderte ohne Zögern:

«Wenn das Zentralsekretariat die Zustimmung gibt – womit gerechnet werden kann –, dann bin ich durchaus bereit, an der Vorarbeit teilzunehmen.»

«Zu der Vorarbeit würden Verhandlungen mit Dr. Adenauer und Dr. Kurt Schumacher gehören», erinnerte Kaiser.

«Natürlich», versetzte Pieck. «Ich rede mit wem auch immer. Wenn es notwendig ist, sogar mit dem Teufel.»

Nun schaltete sich Ulbricht ein:

«Zunächst ist es ja noch nicht soweit – ja? Stellen wir fest: Wir sind bereit, an der Durchführung des Bevinschen Dreipunkteprogramms mitzuarbeiten. Gut. Dann müsste festgestellt werden, ob die führenden Politiker in Westdeutschland Erlaubnis – ja – Erlaubnis bekommen, in einer Gesamtdeutschen Repräsentation mitzumachen, ja?»

Jetzt mischte sich wiederum Gniffke ins Gespräch:

«Es scheint doch so zu sein, dass drei Besatzungsmächte, die Briten, die Sowjets und die Amerikaner, die Bestrebungen unterstützen werden, zu einer Einheit zu kommen, wenn sich bei einer deutschen Mehrheit die Lösung anbahnen würde.»

«Vielleicht», meinte Grotewohl, «sollten Kaiser und Lemmer in West-

deutschland sondieren. Um noch einmal auf den Verfassungsentwurf zurückzukommen: Es sollte noch ein zweiter Entwurf – meinetwegen ein Gegenentwurf – vorbereitet werden.»

«Von uns aus kann man die Weimarer Verfassung als Verhandlungsgrundlage nehmen», erklärte Pieck.

Kurze Zeit darauf meldete sich Max Reimann, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Westzonen, schriftlich bei uns, um im Namen seiner Genossen die Unterstützung unserer Nationalen Repräsentanz zuzusagen. Fast gleichzeitig erhielt ich einen Brief vom damaligen Vorsitzenden der Freien Demokratischen Partei der westlichen Zonen, meinem alten Freund Theodor Heuss, der die vorbehaltlose Zustimmung seiner liberalen Gesinnungsgenossen gab. Selbstverständlich sagte auch Wilhelm Külz, der Vorsitzende der LDP der sowjetischen Besatzungszone, seine Mitarbeit zu.

Noch aber standen die Sozialdemokraten aus, ohne die unser Versuch scheitern musste. In der West-Berliner Sozialdemokratie verhielt man sich zurückhaltend, weil noch keine Stellungnahme Schumachers aus Hannover eingetroffen war. Unsere Anstrengungen richteten sich nun auf ein Gespräch mit Dr. Schumacher. Zu einem ersten Treffen kam es in Berlin. In seinem Büro in der Brandenburger Strasse, wo der Schwerkriegsbeschädigte von seiner anhänglichen und zuverlässigen Mitarbeiterin Annemarie Renger betreut wurde, nahmen Kaiser und ich mit dem SPD-Chef die Verhandlungen auf. Ollenhauer war nicht zugegen.

Wir spürten Schumachers Misstrauen, seine Bereitschaft, nein zu sagen, wiewohl er das entscheidende Wort noch nicht aussprach. Die ganze Unterredung verlief derart unbefriedigend, dass wir bald erkennen mussten, unser Vorschlag werde an Schumachers Veto möglicherweise scheitern. Seine Einwände waren die gleichen, die wir schon vorher und auch nachher immer wieder aus seinem Munde hören mussten und die ihm sein abgrundtiefes Misstrauen eingab: In Berlin sei wegen des beherrschenden Einflusses einer totalitären Besatzungsmacht eine gesamtdeutsche Politik einfach nicht zu machen. Allerdings ist es aber auch möglich, dass Schumacher befürchtete, aus einer anfangs harmlosen Berührung mit den Kommunisten werde eine kommunistische Infizierung der westdeutschen Arbeiterschaft erwachsen.

Es ging jetzt darum, so bald wie möglich zu einem offiziellen Gespräch mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand in Hannover zu kommen.

Auf einer Rückfahrt aus Westdeutschland nach Berlin wollten Kaiser und ich Anfang April Schumacher in der Hannoveraner Odeonstrasse aufsuchen, um die Berliner Unterredung zunächst inoffiziell fortzusetzen. Wir kamen jedoch vergebens. Auch Ollenhauer war nicht anwesend. Zum Gespräch stellte sich lediglich der dritte Mann, wie man ihn damals wohl nennen durfte: Fritz Heine. Auch er machte grosse Vorbehalte, ja Einwände, doch sie waren immerhin nicht so schwerwiegend, dass wir alle Hoffnung aufzugeben brauchten. Wir verabredeten nun mit Heine einen Termin im Mai, damit es endlich offiziell zur Aussprache mit den Führungsgremien der beiden grossen Parteien kommen konnte.

Diese Verhandlung zog sich stundenlang hin. Das Ergebnis war niederschmetternd. Am 29. Mai 1947 schrieb die «Neue Zeit» unter dem Titel «Schumacher versagt sich»:

«Kurt Schumacher brachte unter Berufung auf einen Beschluss seiner Parteiinstanzen besonders zum Ausdruck, dass die SPD sich erst dann zu beteiligen vermöge, wenn sie gemäss der ihr zukommenden Stärke in allen Teilen Deutschlands zur Geltung kommen könne.»

Tief bedrückt kehrten wir nach Berlin zurück. Resignierend mussten wir feststellen, dass dieser erste und nach meiner heutigen Meinung aussichtsreichste Versuch einer massvollen Repräsentanz unseres Volkes gegenüber den vier Besatzungsmächten erfolglos geblieben war. Wie leidenschaftlich sich Schumacher unseren Plänen widersetzte, war schon wenige Tage zuvor deutlich geworden, als der Führer der westdeutschen Sozialdemokratie sich in Gelsenkirchen mit der Schaffung einer Nationalen Repräsentanz beschäftigte und dabei als eine Voraussetzung die Aufhebung der Zonengrenzen verlangte. Er hatte sich in einer Rede vor den Jungsozialisten sogar zu der Behauptung hinreissen lassen, der russische Volkskommissar Berija sei der Urheber des Gedankens einer solchen politischen Repräsentanz. Jakob Kaiser hatte zu dieser Unterstellung am 25. Mai 1947 in der «Neuen Zeit» erklärt: «Sollten deutsche Politiker sich nicht von der Neigung einer vergangenen Epoche frei machen, hinter jeder politischen Idee andere dunkle Zusammenhänge zu wittern? Schumachers Kombination ist so grotesk, dass sich die Union damit nicht auseinandersetzen kann. Auch Schumacher weiss ja, dass unsere Initiative auf Schaffung der nationalen Repräsentation von der Union aller Zonen getragen ist.»

Es hat in der Folgezeit an ähnlichen, weniger hoffnungsvollen Versu-

chen nicht gefehlt, um die doch schon zu spürende Spaltung zwischen Ost und West aufzuhalten. Sie blieben allesamt völlig wirkungslos. Dazu gehörte auch die gespenstische Begegnung der Ministerpräsidenten aller Zonen in München vom 6. bis 7. Juni 1946, die bisher die einzige repräsentative Zusammenkunft auf Regierungsebene geblieben ist. Die Chefs der sowjetzonalen Landesregierungen brachen bereits am zweiten Tag die Gespräche ab und reisten nach Hause, da die Bedingungen, die sie gestellt hatten, nicht anzunehmen waren. Auch die Ministerpräsidenten aus der französischen Besatzungszone waren anwesend, was deshalb bemerkenswert ist, weil bei dem Hannoveraner Gespräch mit Schumacher die Vorsitzenden der Zonenorganisationen im französischen Besatzungsgebiet gefehlt hatten. Zur Reise nach München hatten sie aber die Erlaubnis erhalten, so dass nun auch Südbaden, Südwürttemberg und Rheinland-Pfalz vertreten waren. Allerdings waren sie nicht imstande, ohne vorherige Rücksprache mit ihrer Besatzungsmacht Bindungen einzugehen. So scheiterte auch dieser Versuch, über die Ministerpräsidenten der Länder interzonale Beziehungen anzubahnen und damit die für Deutschlands Wiedervereinigung wichtige Voraussetzung zu schaffen.

Bei den entscheidenden Verhandlungen in Hannover war im Übrigen die CDU/CSU repräsentativ vertreten, allein es fehlte Konrad Adenauer, der sich zu unseren Plänen bis dahin in Schweigen gehüllt hatte. Ein öffentliches Nein hat er nicht ausgesprochen; anscheinend wollte er erst einmal abwarten. Sämtliche prominenten Politiker der westdeutschen CDU und CSU unterstützten unsere Berliner Initiative und versuchten die beiden sozialdemokratischen Vorsitzenden mit handfesten Argumenten zu überzeugen. Sie räumten ein gewisses Risiko ein, wiesen andererseits aber auf die drohende Spaltung Deutschlands hin, wenn es uns Deutschen nicht selbst gelänge, rechtzeitig ans Werk zu gehen. Die Politik der Besatzungsmächte – so wurde erklärt – lasse die Wiederherstellung eines geeinten Deutschland nicht erwarten.

Ich berichte über diese Vorgänge deswegen so ausführlich, weil heute Hinz und Kunz bei allen möglichen Anlässen die Weisheit verkünden, wir Deutschen müssten nun endlich selber die Lösung der deutschen Frage anpacken. Diese Chance damals, die sich – vielleicht – noch geboten hätte, sie wurde vertan. Damals war Realität, was zur Zeit Utopie ist. Von keiner der Besatzungsmächte war direkter Widerspruch laut geworden, obwohl sicher nicht ohne Misstrauen beobachtet wurde,

was da deutsche Politiker einzufädeln versuchten. Vermutlich wollten die Alliierten abwarten, wie sich die Deutschen untereinander einigen würden. Wir bemerkten, dass die Russen sich für diese Vorgänge interessierten, doch sie schienen keine Bedenken zu haben, sonst hätten sie uns mit gewohnter Eile ihre Meinung kundgetan. Vielleicht glaubten sie, mittels einer derartigen nationalen Repräsentanz mit dem Sitz in Berlin die Entwicklung stärker beeinflussen zu können, doch darin wären sie bestimmt enttäuscht worden. Die westdeutschen Parteiorganisationen waren bereits stark genug, um sich einer einseitigen Bevormundung zu entziehen, was im Übrigen auch von den Westmächten verhindert worden wäre.

Noch heute, nach zwanzig Jahren, beklage ich aufs Tiefste den ergebnislosen Ausgang dieses Versuchs. Damals war noch alles im Fluss, damals war die deutsche Frage noch nicht erstarrt, damals klafften die weltweiten Gegensätze noch nicht zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, damals gab es auch noch keine NATO, keinen Warschauer Pakt: niemand hätte bei diesem schüchternen Versuch der Deutschen, ihr Schicksal wieder in die eigenen Hände zu nehmen, das eigene Gesicht verloren.

Dass unsere Mühe umsonst war, hat mich bitter enttäuscht. Die Freien Demokraten haben die negative Entscheidung in Hannover nicht weniger bedauert als wir. Die Kommunisten jedoch setzten nun zu einer groben Polemik gegen die Sozialdemokratische Partei in Westdeutschland und Berlin an, um ihre seit dem Scheitern dieses Versuchs deutlich werdende separatistische Politik zu verschleiern.

DIE BEIDEN TEILE DEUTSCHLANDS lebten sich nun rasch weiter auseinander. In den Monaten Mai und Juni 1947 liess sich die wirtschaftliche Spaltung unseres Vaterlandes immer deutlicher erkennen: Im Westen entstand der Zwei-Zonen-Wirtschaftsrat, kurz danach wurde im Osten die ständige Wirtschaftskommission gegründet. Am 29. Mai veröffentlichten die Oberkommandierenden der amerikanischen und englischen Zone, die Generäle Clay und Robertson, eine Proklamation zur Schaffung der «Bizone». Es sollten ein Wirtschaftsrat, ein Exekutivausschuss und – nach besonderen Richtlinien – eine Verwaltung gebildet werden.

Der Wirtschaftsrat trat am 25. Juni zu seiner konstituierenden Sitzung im Saal der Frankfurter Börse zusammen. Ihm gehörten vierundfünf-

zig Parteivertreter an: einundzwanzig von der CDU/CSU, zwanzig von der SPD, fünf von der FDP. Die Kommunisten waren durch drei Mitglieder vertreten. Die übrigen fünf Sitze verteilten sich auf Splittergruppen, die bei der späteren politischen Entwicklung der Bundesrepublik keinen Einfluss mehr ausübten.

Das Zentralsekretariat der SED hatte erklärt, durch die Bildung dieses bizonalen Wirtschaftsrates werde den Verhandlungen der alliierten Aussenminister vorgegriffen; ausserdem könnte dadurch die Wiederherstellung der deutschen Einheit erschwert werden, denn die Zwei-Zonen-Vereinigung bedeute «Unterordnung unter die Kräfte des westlichen Monopolkapitals, die ihre Weltherrschaft errichten wollten».

Die Antwort der Sowjets auf das westliche Vorgehen liess nicht lange auf sich warten: Am 14. Juni bildete die Sowjetische Militäradministration einen Koordinierungsausschuss, die sogenannte «Ständige Wirtschaftskommission». Sie sollte dafür sorgen, dass die Methoden der Wirtschaftsplanung verbessert und die planwirtschaftlichen Massnahmen der Länder mit denen der Zentralverwaltungen koordiniert wurden.

Im Juni 1947 geschah ein weiteres bedeutsames Ereignis: George C. Marshall, der amerikanische Aussenminister, kündete ein grosszügiges Hilfsprogramm der US-Regierung für alle Länder Europas, ohne Unterschied ihrer politischen Systeme, an. Ernest Bevin bat den sowjetischen Aussenminister Molotow zu einer Aussprache über dieses Thema nach Paris. Die Aussenminister tagten vom 27. Juni bis 2. Juli. Die Einstellung der Sowjets war von vornherein negativ, doch die französische und die britische Regierung forderten alle europäischen Staaten auf, an einer Konferenz teilzunehmen, die ein Programm zum Wiederaufbau Europas nach den von Marshall entworfenen Richtlinien ausarbeiten sollte. Sechzehn Regierungen sagten zu, alle Ostblockstaaten winkten ab.

Dr. Schumacher äusserte sich Anfang Juli auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg zu dem amerikanischen Hilfsprogramm mit den Worten: «Ein Projekt von so gewaltigem Ausmass ist niemals eine vorwiegend geschäftliche Angelegenheit, sondern zeugt von echter Hilfsbereitschaft.»

Die SED konnte sich indessen nicht so schnell zu einer klaren Stellungnahme aufraffen; erst am 25. Juli gab das Zentralsekretariat eine offizielle Entschliessung bekannt. Darin hiess es, der Marshallplan sei eine

«Finte des amerikanischen Monopolkapitalismus, der Deutschland – wie schon einmal – unter dessen Botmässigkeit» bringen sollte. Gleichzeitig verlangte die SED-Führung die sofortige Freigabe eines umfassenden Interzonenverkehrs und die Bildung gesamtdeutscher zentraler Verwaltungen, die Demokratisierung des Wirtschaftslebens durch Ausschaltung der Konzernherren und Grossgrundbesitzer mittels Enteignung und Verstaatlichung der Betriebe, die bislang Kriegsverbrechern und aktiven Nationalsozialisten gehört hatten; ferner sollte das volle Mitbestimmungsrecht der Werktätigen in allen Bereichen der deutschen Wirtschaft verwirklicht werden.

Der Bruch

AM 26. NOVEMBER 1947 wurde in der Zone zu einem Volkskongress aufgerufen, zu dem die Parteien und Massenorganisationen nach einem willkürlich aufgestellten Schlüssel Delegierte zu entsenden hatten. Es war klar, dass die SED über die Abgesandten des FDGB, der Bauernvereinigung und des Kulturbundes die Zweidrittelmehrheit erringen musste und dass mit diesem Kongress die sogenannte volksdemokratische Entwicklung nach osteuropäischem Muster gefördert werden sollte. Nach gewissenhafter Beratung beschloss das Berliner Führungsgremium der CDU, unter keinen Umständen an diesem Volkskongress teilzunehmen. Wir bestanden auf der freien Wahl eines Parlamentes ohne Tarnorganisationen, an dem nur Parteien mit klarem Programm Anteil haben durften. Dies war aber genau das, was die Helfer Moskaus nicht wollten. Sie verlangten die Alleinherrschaft unter dem Deckmantel einer parlamentarischen Demokratie westlicher Prägung.

Die Russen machten die grössten Anstrengungen, mich auf ihre Seite hinüberzuziehen. Ich kann nichts dafür, dass ich offenbar ein Typ bin, den sie mochten und den sie nicht ein einzigesmal unanständig behandelt haben. Es wäre unfair und unwahr, wenn ich mich als Märtyrer sowjetischer Gewalttätigkeit ausgeben wollte. Von dergleichen konnte nie die Rede sein. Aber ich blieb unserer Sache und den Menschen meiner Gesinnung treu, billigte die Entscheidung Kaisers, dem Volkskongress fernzubleiben und bekannte mich trotz meines Wohnsitzes in der Zone auf der nun folgenden Vorstands Versammlung zu seiner festen Haltung.

Diese Sitzung, an der auch Mitglieder aus Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg und Brandenburg teilnahmen, fand Anfang Dezember in unserem Parteihaus im Ostsektor statt. Die Sowjets hofften, es werde zu einem Beschluss kommen, der Kaiser und mich isolierte. Der Volkskongress sollte bald nach dem 1. Januar 1948 zu einer zweiten Sitzung einberufen werden, und die Russen rechneten damit, dass die Sowjetzonen-CDU doch noch auf diesem Kongress erscheine.

Eine zweite Sitzung des Gesamtvorstandes Mitte Dezember wurde zu einem historischen Ereignis. Die Russen hatten einen Verbindungs-offizier, den nicht unsympathischen Hauptmann Kratyn, zu unserer Überwachung delegiert. Auf unseren Notruf erschienen auf dem schnellsten Wege einige besonders einflussreiche und angesehene Freunde aus Westdeutschland, um uns in diesen schweren Stunden beizustehen: Josef Müller, Heinrich von Brentano, Gustav Heinemann und einige andere, allesamt in Westdeutschland nun schon bekannte Politiker.

Vor der Eröffnung kam es zu dem unvermeidlichen protokollarischen Zusammenstoß. Die westdeutschen Freunde forderten, unterstützt von Jakob Kaiser, Hauptmann Kratyn solle die Sitzung verlassen; wir wollten nicht unter Aufsicht die Beratung einer der folgenschwersten Entscheidungen unserer Politik in der Sowjetzone führen. Kratyn verlangte nun seinerseits, die westdeutschen Gäste, die nicht zum Vorstand gehörten, sollten den Tagungsort ebenfalls verlassen, denn auch sie hätten hier nichts zu suchen. Daraufhin erklärte Kaiser, Georg Dertinger, gegen den er das tiefste Misstrauen hegte, sei gleichfalls unerwünscht. Kratyn versuchte für Dertinger zu intervenieren, ohne zu bemerken, welchen Bärendienst er damit seinem Schützling erwies. Am Ende verließen Kratyn und Dertinger die Sitzung, unsere westdeutschen Freunde aber blieben. Kratyn hatte wohl die Anweisung erhalten, es auf einen Krach nicht ankommen zu lassen. Jetzt hatte er über den Zwischenfall seinen Vorgesetzten zu berichten.

Während der nun folgenden Beratungen wurde es den Mitgliedern aus der Zone recht schwer gemacht. Jakob Kaiser zeigte meiner Ansicht nach zu viel Härte. Er ging von der Auffassung aus, jeder habe an seinem Platz vorbehaltlos seinen Mann zu stehen. Kaiser hatte seinen Wohnsitz ausserhalb der Zone und kannte die dort herrschenden Verhältnisse nur aus Berichten und Besuchsreisen. Eine Persönlichkeit vom

Ränge des Theologieprofessors Hugo Hickmann aus Dresden rief in der Diskussion die erschütternden Worte aus:

«Herr Kaiser, was Sie hier fordern, das geht ganz einfach über unsere Kraft!»

Wenn Professor Hickmann der Entscheidung nicht zustimmen wollte, ohne sich zuvor mit seinen Freunden in Sachsen abgesprochen zu haben, so hatte er dazu zwingende Gründe. Ich, der auch in der Zone lebte, verstand ihn durchaus; andere jedoch haben sich weniger verständnisvoll gezeigt. Ich habe indessen auch ihnen niemals einen Vorwurf machen können. Der eine war eben härter, der andere weicher. Hickmann zählte ohne Zweifel zu den Härtesten. Er hatte recht, als er sagte, ohne Rücksprache könne er der Resolution nicht zustimmen. Er konnte sich nämlich – im Unterschied zu den Berliner Vorstandsmitgliedern – gut ausmalen, was folgen würde. Erfreulich war, dass dennoch kein einziger gegen den Antrag Kaisers stimmte und nur wenige sich der Stimme enthielten. Vor allem mit Hilfe der Berliner Mitglieder wurde Kaisers Haltung gebilligt. Damit aber war eine geschichtliche Entscheidung gefallen.

Es dauerte noch eine Stunde, dann erschien der Hauptmann Kratyn abermals, um uns im Namen des Marschalls Sokolowskij mitzuteilen, dass die Herren Kaiser und Lemmer ihrer Ämter als Vorsitzende der CDU enthoben seien, dass sie das Haus in Kürze zu verlassen hätten und nicht mehr befugt seien, im Namen der CDU Erklärungen abzugeben. Es hatte also deutlich «gebumst». Ich habe zwar noch einige Monate lang dennoch mein Büro aufgesucht, vom Parteibetrieb aber war ich von nun an ausgeschaltet.

AM ZWEITEN Weihnachtsfeiertag 1947 hatte ich eine bemerkenswerte Zusammenkunft mit ehemaligen Sozialdemokraten, die jetzt zur Führung der neuen SED gehörten. Erich Gniffke, mit dem ich auch in schwierigen Situationen Kontakt bewahrt hatte, lud meine Frau und mich zum Nachmittagskaffee in seine Wohnung im amerikanischen Sektor ein. Auch Grotewohl, der mit Gniffke verschwägert war, gesellte sich hinzu. Dieses Treffen sollte wie zufällig erscheinen. Einige Häuser weiter wohnte damals Ernst Reuter, der inzwischen aus der Türkei zurückgekehrt war, um bald seine historische Rolle im Berliner Freiheitskampf als erster Regierender Bürgermeister zu spielen. Wenn sich Gniffke in seinem Buch auf «sehr alte Beziehungen» zu mir be-

ruft, tut er das mit Recht. Dieser immer lebhaftere Mensch, voll Energie geladen, stand mir im Führungskreis des republikanischen Reichsbanners besonders nahe.

Zunächst unterhielten wir uns über den Marshall-Plan. Nach Gniffkes eigener Darstellung in dem von seinem Sohn kürzlich herausgegebenen Buch «Jahre mit Ulbricht» kritisierte ich im Gegensatz zu Grotewohl die sowjetische Einstellung zu dem amerikanischen Hilfsprogramm. Später äusserte Grotewohl, Kaiser und Lemmer hätten sich als Führer der CDU in der Zone zwar unmöglich gemacht, dennoch müsste versucht werden, wenigstens einen von ihnen zu halten, und dieser eine sei Lemmer. Grotewohl fragte Gniffke, ob er sich zutraue, mich mit Hilfe von Semjonow gegen Tulpanow und Ulbricht zu halten. Gniffke zweifelte daran und wies darauf hin, dass ich mich doch mit Kaiser solidarisch erklärt hätte. Erich Gniffke schrieb:

«Am nächsten Tag besuchte ich Ernst Lemmer, der in Klein-Machnow bei Berlin wohnte, das zur sowjetisch besetzten Zone gehörte. Wir sprachen lange miteinander. Fast drei Jahre hatten wir jetzt im Zentralen Blockausschuss zusammengearbeitet. Vor 1933 gehörten wir beide zur Führung des «Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold». Wir kannten uns gut und hatten Vertrauen zueinander. Ich nahm seine Einladung zum zweiten Feiertag an.»

So kam es also zu diesem Weihnachtskaffee. Ich liess keinen Zweifel daran, dass ich mit Jakob Kaiser einer Meinung sei. Kaiser war nach und nach verbittert worden, weil seine Bemühungen an der sowjetischen Besatzungspolitik gescheitert waren, von der die Arbeit der CDU behindert wurde. Diese weihnachtliche Begegnung blieb ohne Ergebnis.

Ich verliess die Runde in nachdenklicher Stimmung. Man hatte dem Treffen durch die Teilnahme der Frauen, die in einem andern Raum sassen, ein familiäres Gepräge geben wollen, damit ich nicht sofort das Haus verliess, nachdem Grotewohl eingetroffen war. Gniffkes Darstellung trifft zu. Von ihm selbst glaube ich, dass er gern dem Wunsch seines Schwagers nachgekommen war, noch einmal mit mir zu konferieren. Grosse Erwartungen freilich dürfte Gniffke ebensowenig wie ich damit verknüpft haben. Gniffke hatte mich wissen lassen, dass er schon seit Langem im Stillen vor der Entwicklung resigniere. Ich glaubte ebenso fest, dass es nach dem Bruch kein politisches Zurück mehr geben konnte. Wenn ich der Einladung gefolgt bin, dann nur deshalb, weil

Gniffke mir immer ehrenhaft vorgekommen war und weil ich Gesprächen über die Folgen des Bruchs der CDU mit den Parteien des Volkstages nicht ausweichen durfte, denn diese negative Entscheidung konnte doch nicht der Abschluss einer Politik sein, an deren Ende nach unseren Vorstellungen die Wiederherstellung eines ganzen Deutschland stehen sollte.

Ich hatte nicht mehr die geringste Hoffnung, dass sich die Entwicklung noch korrigieren liesse. Auch Gniffke hatte (wie aus seinem Buch hervorgeht, das ein Vorwort von Herbert Wehner enthält) keinerlei Illusionen mehr. Wenn er dann doch länger aushielt als ich – ein Jahr –, dann nur, weil er immer noch glaubte, er könne mit Grotewohl zusammenarbeiten und ihn wieder aus seiner totalitär bestimmten Politik herauslösen.

Dertinger und Nuschke

GEORG DERTINGER gehörte – wie mein Kollege Wilhelm Gries – während des Krieges zu den integeren Journalisten, die sich um den Geheimrat Katzenberger scharten. Daneben gab es einen Freundeskreis von Journalisten, die mit unbedingter Offenheit miteinander diskutierten und von denen keiner Nationalsozialist war. Auch in diesem Zirkel verkehrte Dertinger ebenso wie Karl Brammer, Dr. H. J. Kausch und Otto Nuschke.

Später beschloss Dertinger zu seinem Unheil, bei der CDU der Sowjetzone Politiker zu werden. In dem Moment, da er selber die politische Szene betrat, statt sie – wie bisher – zu beobachten, kam seine Spielernatur zum Durchbruch. Sie verleitete ihn zu den verwegenen Experimenten. Sein brennender Ehrgeiz, den er auf Seiten seiner alten Freunde nicht genügend befriedigen zu können glaubte, unterwarf ihn dem totalitären Willen der Kommunisten. Er wurde der erste Außenminister der von den Sowjets gebildeten Regierung Mitteldeutschlands. Zusammen mit Otto Grotewohl unterzeichnete er am 6. Juli 1950 in Görlitz einen Vertrag mit Polen, durch den die Oder-Neisse-Linie als Grenze anerkannt wurde. Ein alter Kommunist sollte damit nicht belastet werden. (Die Ratifizierung durch die Parlamente in Warschau und Ost-Berlin erfolgte 1952.)

Vor der Geschichte waren beide Unterzeichner dazu nicht berechtigt,

weil nur eine gesamtdeutsche Regierung einen völkerrechtlich gültigen Vertrag über die deutsche Ostgrenze – wie immer sie auch verlaufen mag – mit Warschau abschliessen kann. Die Polen selbst nahmen den operettenhaft inszenierten Unterzeichnungsakt, hinter dem der Wille der Sowjets stand, offenbar nicht ganz ernst: Dertinger hat Freunden geschildert, wie ihm unter dem Einfluss von viel Wodka ein polnischer Journalist rundheraus erklärte, kein Pole könne denen trauen, die territoriale Verzicht auf diese Weise anerkannten.

Ich habe Georg Dertinger dennoch als guten Kameraden aus seiner Journalistenzeit in Erinnerung. Er genoss unser ungeteiltes Vertrauen. Es wird wohl schwer zu ergründen sein, aus welchem Gemisch von Motiven er seine Haltung später so sehr geändert hat. Ich habe ihn stets davor gewarnt, sich einem totalitären Regime anzuliefern. Jakob Kaiser und ich hatten ihm eine ernsthafte Chance geboten, sich auf demokratische Art an der politischen Wiederaufrichtung unseres Landes zu beteiligen, doch seine Bindung an die sowjetische Besatzungsmacht erwies sich als zu stark. Mir gegenüber rechtfertigte er im Sommer 1947 sein Verhalten mit der Begründung, er sähe eine Zukunft der Deutschen vornehmlich im Bunde mit Moskau. Ob dies lediglich eine Ausrede war?

Als schliesslich Kaiser und ich von der Sowjetischen Militäradministration in unseren Führungsämtern der mitteldeutschen und der Berliner CDU abgesetzt wurden, fanden wir Georg Dertinger auf der Seite der Russen. Er ist als Aussenminister der DDR schon nach drei Jahren gescheitert, weil ihn die Sowjets nicht mehr für zuverlässig hielten: Er galt ihnen als Doppelspieler, sein Typ konnte den misstrauischen sowjetischen Repräsentanten auf die Dauer nicht liegen. Vielleicht hat es ihm auch geschadet, dass er sich nach der Dezember-Krise noch einmal mit mir getroffen hat. Da bei der SED ohnehin Argwohn gegen ihn bestand, weil er noch Beziehungen zu West-Berlinern pflegte, wurde er am 15. Januar 1953 in seinem Amt verhaftet und zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt, von der er einen guten Teil abbüssen musste. Danach hatte er eine bescheidene Stellung als Verlagslektor in Leipzig. Dort ist er im Januar 1968 nach einer schweren Operation gestorben.

OTTO NUSCHKE hatte bereits als Weimarer Parlamentarier eine russophile Haltung eingenommen, war aber ein ganz anderer Typ als Dertinger:

solide, charakterlich gefestigt, doch gerade er liess sich bei schwierigen Entschlüssen leicht von Wunschvorstellungen leiten.

Das nationalsozialistische Regime hatte Nuschke im Jahre 1934 als Bauern, der Besitzer eines kleinen Hofes von achtzig oder hundert Morgen im brandenburgischen Kreis Osthavelland war, entschädigungslos enteignet. Bis zum Kriegsende hatte er sich hart um sein tägliches Brot mühen müssen, wobei er von Brammer, mir und anderen unterstützt wurde. Als ihm der Marschall Shukow zu Ende des Jahres 1945 seinen Hof feierlich zurückerstattete, war Nuschke in der Tiefe seines Gemütes erschüttert. Er fühlte sich zur grössten Dankbarkeit verpflichtet, ohne die politischen Folgen ganz absehen zu können. Über seinen Einfluss auf das Geschehen in der Zone machte er sich Illusionen. Sein Wirken als Stellvertretender Ministerpräsident blieb bedeutungslos – mit Ausnahme seiner Tätigkeit als Minister für kirchliche Angelegenheiten. In dieser Funktion vermochte er manches Bedrohliche durch seinen unmittelbaren Kontakt zu den Russen abzuwenden.

Als Otto Nuschke starb, wollte meine Frau Wilma gemeinsam mit Margarete Grüber, der Frau des Propstes Heinrich Grüber, stellvertretend für mich an der kirchlichen Feier, auf der Heinrich Grüber die geistliche Trauerrede hielt, im Berliner Ostsektor teilnehmen. Die Genehmigung wurde an die Bedingung geknüpft, dass die Frauen auch dem Staatsakt im Ost-Berliner Haus der Ministerien beiwohnten. Dazu waren beide nicht bereit. Die Kirchen dankten Nuschke durch ihre Teilnahme an der Trauerzeremonie. Auch Bischof Otto Dibelius und ein Prälat des Berliner Domkapitels erwiesen ihm die letzte Ehre.

Zum letztenmal bei Tulpanow

NACH DEM BRUCH mit der Sowjetischen Militäradministration bin ich noch einmal bei Oberst Tulpanow gewesen, um mich zu verabschieden. Er war erkältet und empfing mich daher in seiner Wohnung. Seine letzte Erklärung ist mir dem Sinn nach unvergesslich geblieben. Sehr enttäuscht, aber auch diesmal sehr höflich, sagte er zu mir:

«Ernst Lemmer, Sie setzen auf die falsche Karte. Die Zukunft gehört dem Sozialismus, und wenn Sie jetzt auf die andere Seite übergehen,

dann ist das ein schwerer Fehler. Die geschichtliche Entwicklung ist Naturgesetzen unterworfen. Es wird zu einer radikalen Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf der ganzen Welt kommen.» Ich habe an diese letzten Worte Tulpanows oft denken müssen. Man muss heute auf unserer Seite, in der freiheitlichen Welt, leider viele böse Symptome erkennen, die scheinbar eines Tages Sergej Tulpanow recht geben könnten. In Erinnerung an diese Prophezeiung habe ich in den vergangenen Jahren äusserst sensibel auf alle Entartungserscheinungen im Leben der nicht vom Kommunismus beherrschten Völker reagiert: Wir haben die Probleme der NATO erlebt, die nicht nur allein wegen der Haltung de Gaulles Krisen erkennen lässt; wir haben gesehen, wie der Egoismus der auf ihre Freiheit stolzen Nationen wieder aufflackert; gleichzeitig aber haben wir beobachtet, wie sich disziplinierte, mit Moskau verbundene Völker zu einem Block zusammenschlossen, der dem Westen gegenübersteht, während die westeuropäische Entwicklung stagniert, weil es an der wirklichen Zusammenarbeit immer noch fehlt.

Trotz mancher Besorgnisse, die den Zeitgenossen beschleichen müssen, wird der Oberst Tulpanow jedoch am Ende nicht recht behalten. Der Mensch will von Natur aus frei sein. In der menschlichen Seele ruhen Werte, die auch durch alle methodischen Einwirkungen nicht zerstört werden können. Der Mensch will kein Roboter sein. Auch der russische Bauer ist Mensch geblieben wie seine Väter. Der Kommunismus ist, so glaube ich, eine Übergangserscheinung, die helfen könnte, zu einer konstruktiven, positiven, grossartigen Synthese zwischen sozialistisch geordnetem Leben und Freiheit des Individuums in einem Rechtsstaat zu gelangen. Schon heute ist der Sozialismus ja in vielen Ländern längst nicht mehr das, was er vor zwanzig oder fünfzig Jahren war, und auch der Kapitalismus ist mit dem der Frühzeit nicht mehr zu vergleichen.

Den Kampf der Ideologie möchte ich mit dem Kampf der Konfessionen der christlichen Religion vergleichen. Es gab in vergangenen Jahrhunderten Glaubenskriege fürchterlichster Art. Es gab noch bis in die Mitte dieses Jahrhunderts hinein eine Intoleranz, die man heute nicht mehr für möglich halten könnte. Und jetzt sehen wir, wie die christlichen Konfessionen, ja überhaupt die Religionen der Welt, einander näherkommen und verstehen lernen. Die tiefen Gegensätze, welche die Menschheit in den westlichen und östlichen Teil spalten,

werden eines Tages auch überwunden werden – wenn die Menschen sich im Zeitalter totaler nuklearer Vernichtungswaffen nicht selbst in ihre letzte Katastrophe hineinschleudern wollen.

TULPANOW, der später zum General befördert worden ist, hat nach dieser Begegnung keine Verbindung mehr mit mir gesucht und kein weiteres Lebenszeichen gegeben. Er war wohl der Überzeugung, dass ich für ihn und seine Sache verloren sei. Da er jedoch kein Hassler, kein Fanatiker ist, hat er mich auch nicht verfolgen lassen. Er hätte ohne Weiteres einen Haftbefehl erwirken können; dies stand durchaus in seiner Macht, da er Chef der Politischen Abteilung der Militäradministration war.

Ein knappes Jahr lang blieb ich noch Dritter Vorsitzender des FDGB, dann verabschiedete ich mich auch dort. Im Gewerkschaftshaus in der Wallstrasse, wo der Bundesvorstand des FDGB seinen Sitz hat, ging ich zum Bundesvorsitzenden Herbert Wamke. Ihm sagte ich, dass ich scheiden wolle, da dieser Gewerkschaftstypus nach sowjetischem Muster mit seinen kommunistischen Grundsätzen mir fremd bleiben werde und ich nicht länger in einer Atmosphäre mangelnden Vertrauens mit ihm und den andern zusammenarbeiten könne. Ich verabschiedete mich mit Händedruck. Auch Wamke hätte nur auf den Knopf zu drücken brauchen, um mich vom Staatssicherheitsdienst verhaften zu lassen. Er tat es nicht.

Danach nahm ich in der Sondersitzung eines Teil Vorstandes des FDGB Abschied. Er wurde von dem früheren Sozialdemokraten Bernhard Göring geleitet, der nun Zweiter Vorsitzender des FDGB für die Zone war. In dieser Sitzung sagte ich:

«Ich will nicht herausschleichen aus diesem Haus, sondern ich will erheben. Hauptes diesen Platz verlassen, auf dem ich wegen meiner Weltanschauung und meiner politischen Gesinnung keine Betätigungsmöglichkeit mehr sehe.»

Auch dies hat zu keinen Konsequenzen geführt, vielleicht deshalb nicht, weil ich nicht erwähnte, dass ich nach West-Berlin übersiedeln wollte. Aber das konnten sie sich an den Fingern abzählen.

Auf dem Treppenaufgang des Brandenburgischen Landtages sprach ich Wilhelm Pieck mit den Worten an:

«Du wirst verstehen können» – man duzte sich damals in diesem Milieu –, «ich kann niemals Kommunist werden. Mein Weltbild und

meine Traditionen sind nun einmal anders. Ihr könntet mir niemals vertrauen, wenn ich im sowjetischen Machtbereich politisch mitarbeiten würde.»

Ich habe mich immer bemüht, keine Ressentiments gegen die Sowjetunion zu hegen. Wenn ich gegen ihre Politik später Stellung bezogen habe, dann nur, wenn es um eine ernste Sache ging, bei der ich nach meiner Kenntnis der Dinge warnen musste. Ich habe dabei immer betont, dass die Sowjetunion weithin das Schicksal Europas geworden ist, dass man sie nicht unterschätzen sollte, aber auch nicht zu überschätzen brauche. Antisowjetische Hysterie ist mir stets ferngelegen. Ob es gelingt, die Beziehungen zwischen uns und den Russen zu normalisieren – davon wird das Glück oder das Unglück der Völker Europas abhängen.

Nachts beim NKWD

IN DIESEN TAGEN wurde ich mehrmals unter Druck gesetzt, weil ich als einziger des Berliner Führungskreises der CDU in der Zone lebte. Mein persönliches Risiko war also ungleich höher als das meiner in den Westsektoren wohnenden Kollegen. In manchen Gesprächen versuchten sowjetische Funktionäre, mich zu besänftigen, indem sie mir versicherten: verheiratet seien sie mit Herrn Ulbricht schliesslich ja auch nicht, er bedeute nicht alles für die Deutschlandpolitik Moskaus, in letzter Instanz würde unabhängig von seiner Meinung entschieden; Ulbricht sei nicht der Mann, der eine vernünftige Regelung der Verhältnisse verhindern könne. Sie haben Ulbricht indessen niemals verleugnet oder tatsächlich gar abgewertet. Sie wollten lediglich klarstellen, dass die Politik von ihnen und nicht von Ulbricht gemacht werde – womit sie ja auch die Wahrheit sprachen.

Ausser diesen seriösen Gesprächen gab es allerdings auch noch Begegnungen mit dem NKWD, die von anderer Art waren. Freunde von mir hatten nach 1945 schon einige einschlägige Erfahrungen mit dem sowjetischen Geheimdienst sammeln können. Für den Bewohner der Zone war der NKWD eine ernste Realität. Eines Nachts um zwei Uhr (ich lag gerade im schönsten Schlaf) klingelte es Sturm an meiner Wohnungstür. Ich tappte aus dem Bett – und sah zwei sowjetische Militärpersonen vor mir stehen. Sie baten höflich um Entschuldigung, aber es

sei dringend: der Stadtkommandant General Kotikow müsse mich unbedingt sprechen. Auf meine Frage, worum es sich denn handele, erhielt ich die Antwort, es ginge um irgendwelche Presseangelegenheiten. Im Übrigen vertrauten sie mir an, dass grosse Dinge in Vorbereitung seien, und die Sowjetmenschen – das müsse ich ja wissen – arbeiteten nun einmal gern in der Nacht. Also möge ich den späten Besuch verzeihen und mitkommen.

Ich kleidete mich wohl oder übel an, verabschiedete mich von meiner Frau, die sich bei solchen Gelegenheiten immer sehr standhaft zeigte. Sie versprach mir:

«Ich mach' dir ein schönes Frühstück. Du wirst schon bald wieder zurückkommen, denn so lange kann ja kein Gespräch mit dem General dauern.»

Wir trennten uns ohne jede Rührseligkeit. Keiner von uns beiden konnte wissen, ob ich überhaupt wiederkehren würde.

Die Fahrt ging natürlich nicht in die Luisenstrasse, wo der Stadtkommandant residierte, sondern kreuz und quer durch den Kreis Teltow. Ich wurde immerfort in belangloses Gerede verwickelt, damit ich nicht darauf achten konnte, wohin die Reise führte. Auf meine Bemerkung, wir führen ja gar nicht nach Berlin, bekam ich keine Antwort. Endlich hielt der Wagen, und zwar auf einem grossen Gutshof, in dem sich damals – wie ich später erfuhr – das Hauptquartier des NKWD befand. Nun hatte ich es nicht mehr mit Subalternen zu tun. Man führte mich höflich ins Haus, und ich musste erst einmal von zwei bis vier Uhr in einem hübsch eingerichteten Zimmer warten. Ich dachte mir: Donnerwetter, das ist ja eine ausgeklügelte Nervenmassage. Erst holen sie einen Menschen mitten in der Nacht aus seinem Bett, dann fahren sie ihn durch eine finstere Gegend, und schliesslich lassen sie ihn in einem gemütlichen Zimmerchen zunächst tüchtig schmoren, damit er sich allen möglichen trüben Gedanken hingeben kann. Immerhin hatte die Sache Methode.

Endlich wurde an die Tür geklopft, und es erschien ein verhältnismässig junger Oberleutnant, der sich ungemein harmlos gab. Er tat so, als sei es selbstverständlich, mich auf diese Weise kennenzulernen. Gemächlich nahm er neben mir Platz, erkundigte sich nach meinem Alter, meinen Familienverhältnissen – es war eine höchst freundnachbarliche Zwitscherei. Schliesslich erzählte mir der junge Mann, er sei Bergsteiger und stamme aus dem Kaukasus; dort habe er als einer der

ersten in Rekordzeit den höchsten Berg, den Elbrus, erstiegen. Ich warf ein, dahin seien ja auch Hitlers Soldaten gekommen, doch der Oberleutnant meinte dazu verächtlich, das sei kein Kunststück gewesen: vom Norden aus sei es eine Kleinigkeit; von Süden her aber sei das eine Leistung.

Das alles gab er in fließendem Deutsch von sich, wenn auch mit starkem Akzent. Der junge Mann muss eine qualifizierte Kraft des Geheimdienstes gewesen sein. Nachgerade wurde mir diese ganze Geschichte aber doch zu dumm, und ich fragte ihn reichlich unwirsch: «Was soll das nun eigentlich, lieber Freund? Jetzt unterhalten wir uns hier über alles Mögliche, inzwischen ist es vier Uhr geworden – was soll werden? Was haben Sie mit mir vor? Offensichtlich befinde ich mich hier nicht beim sowjetischen Stadtkommandanten von Berlin. Entweder bringen Sie mich jetzt wieder nach Hause oder zu dem Herrn, der sich so für mich interessiert, dass er mich mitten in der Nacht aus dem Bett schmeissen lässt.»

Der junge Offizier reagierte prompt:

«Nur noch einen Moment! Ich will zu Oberst gehen.»

Und damit verschwand er. Wieder musste ich warten. Die Uhr zeigte nun bald fünf, doch es war noch dunkel draussen. Schliesslich kam der Oberleutnant ganz vergnügt und ohne ein Zeichen von Nervosität wieder ins Zimmer und erklärte:

«Der Oberst lässt sich vielmals entschuldigen: Die Einladung war ein Irrtum. Der Oberst hat mir befohlen, Sie wohlbehalten in Ihre Wohnung nach Klein-Machnow zurückzubringen.»

Ich fragte, immer noch gereizt:

«Und deshalb macht ihr ein solches Theater mit mir?»

«Ja, Sie müssen entschuldigen. Der Oberst ist sehr beschäftigt, sonst käme er selber, um sich vielmals zu entschuldigen.»

Um sechs in der Frühe sass ich dann heil bei meinem Frühstück. Dieses Erlebnis war nicht das einzige dieser Art, aber das sonderbarste.

Es soll hier nicht verschwiegen werden, dass ich in diesen Jahren 1948 und 1949 von einer gewissen Furcht geplagt wurde: Ich rechnete damit, es werde mir etwas zustossen können. Schliesslich hatte ich in sehr wesentlichen Fragen dem Willen der Sowjets Widerstand entgegengesetzt. Wenn ich damals nicht in eine Panikstimmung geraten bin, dann nur deshalb nicht, weil ich immerhin sowohl mit führenden Repräsentanten der Sowjetischen Militäradministration als auch mit den lei-

tenden Männern der SED ein – wie ich glaubte – sauberes Verhältnis gehabt hatte, so dass ich hoffen durfte, nicht ein Opfer der Gewaltpolitik zu werden. Es hat sich herausgestellt, dass meine optimistischen Erwartungen gerechtfertigt waren. Ich vermute sogar, es blieb weder den sowjetischen Beobachtern noch den Aufpassern der SED verborgen, dass ich meine Übersiedlung nach West-Berlin vorbereitete. Sie hatten jedoch offensichtlich kein Interesse daran, gerade aus mir einen Märtyrer zu machen. Sie zeigten vielmehr eine ungewöhnliche Toleranz.

Abschied von Klein-Machnow

NACHDEM feststand, dass ich auch meine letzte Position im sowjetischen Besatzungsbereich, die im Vorstand des FDGB, räumen würde, musste meine Übersiedlung nach West-Berlin vorbereitet werden. Mit diesem Gedanken beschäftigte ich mich schon seit dem Sommer 1948.

In zahllosen Gesprächen beriet ich mit meiner Frau den bevorstehenden Schritt in allen Einzelheiten. Für eine Hausfrau musste es noch viel schwerer sein als für einen Mann, alles im Stich zu lassen, was bisher ihre Welt ausmachte. Mein Siedlungshaus war während der Weimarer Zeit buchstäblich mit Spargroschen erbaut worden. Ende 1932 – vor der grundlegenden Veränderung meiner öffentlichen Stellung und beruflichen Tätigkeit – waren wir von Zehlendorf in diese aufblühende Wohnsiedlung umgezogen. Jetzt also sollte der Weg zurück nach Berlin eingeschlagen werden. Alles aufzugeben: das vertraute Heim, den schönen grossen Garten, die freundlichen Nachbarn, die herrlichen Kiefernwälder – es fiel uns unendlich schwer. Der Entschluss konnte nicht von heute auf morgen gefasst werden, er musste langsam heranreifen.

Von Anfang Januar 1949 an brachte ich zunächst meine umfangreiche Bücherei und Dokumente von Wert nach und nach in Sicherheit. Manches schlepten meine beiden Kinder auf ihrem täglichen Schulweg in ihren Taschen unauffällig nach West-Berlin. Mein Freund Karl Brammer, der in der Nähe ihrer Schule wohnte, räumte hilfsbereit ein Zimmer aus, damit dort Stück um Stück eingelagert werden konnte. Meine Frau und ich brachten kleinere Teile unseres Hausrats, vor allem Garderobe, Wäsche, Silber, Schmuck und Porzellan, heimlich nach Zehlendorf, was damals noch nicht allzu schwierig war: An den grösseren

Grenzübergängen kontrollierten zwar sowjetrussische Posten, an andern Stellen konnte man jedoch verhältnismässig ungefährdet passieren.

Endlich war dann aller leichtere Hausrat in Berlin; zurück blieb das schwere Mobiliar: Dies aufzugeben war der Preis für ein neues Leben in Sicherheit und Freiheit. Nachdem wir uns einmal entschieden und die seelische Kraft zur Trennung aufgebracht hatten, fiel uns dieser Verlust auch nicht mehr schwer. Voraussetzung für den Wohnungswechsel war natürlich, dass ich überhaupt eine neue Wohnung fand. West-Berlin war nach der Zerstörung umfangreicher Wohngebiete überfüllt, und ohne die Unterstützung der amerikanischen Besatzungsmacht wäre es weit schwieriger gewesen, auch nur zu einer Notunterkunft zu kommen.

Der Abschied von Klein-Machnow ging ohne Sentimentalitäten vor sich. An einem Morgen, als meine Kinder ihren Schulweg angetreten hatten, verliessen meine Frau und ich das Haus, übergaben den Schlüssel einem Nachbarn und spazierten die etwa sechshundert Meter an der Bahnlinie Potsdam-Zehlendorf-Berlin-Potsdamer Bahnhof entlang über die Demarkationslinie, um dann mit der S-Bahn in die Nähe unserer neuen Wohnung zu fahren. Um der Gemeindeverwaltung, an deren Spitze ein Mitglied der CDU stand, keine Schwierigkeiten zu machen, verständigte ich den Bürgermeister Gellert, der heute auch in Westdeutschland lebt, von meiner Abwanderung nach West-Berlin, die er registrieren liess, ohne dass weiter Aufhebens davon gemacht worden wäre. Praktisch bin ich also mit polizeilicher Abmeldung «geflüchtet» – wohl auch ein seltener Vorgang in dieser wirren Zeit.

Zuvor hatten wir uns selbstverständlich von allen unseren Nachbarn verabschiedet, soweit wir ihnen trauen konnten (und das waren fast alle). Auch dem guten Bäcker Zinke und dem braven Fleischermeister Fuhrmann drückten wir die Hand. Meine Klein-Machnow wer Mitbürger haben mich ganz gewiss nicht ohne Trauer Weggehen sehen, denn sie hatten viel Vertrauen zu mir und wussten, dass ich immer zu ihrer Verfügung stand, wenn Schwierigkeiten mit den Kommunisten oder mit Organen der Besatzungsmacht auftauchten. Durch meinen Fortgang wurde jedoch die Fluchtbereitschaft vieler Klein-Machnow wer gesteigert, so dass sich schliesslich im Laufe der Jahre der grössere Teil der 1945 in der Gemeinde wohnenden Menschen nach Westdeutschland oder West-Berlin abgesetzt hat.

Die Zehlendorfer Bezirksstadtverwaltung war angewiesen, für meine Familie eine Wohnung dadurch frei zu machen, dass amerikanische Besatzungsangehörige in damals schnell erbaute Siedlungen umzogen. Meine neue Wohnung fand ich in der Schützallee 155 in einem dreistöckigen solide gebauten Wohnhaus, das kurz vor 1933 errichtet worden war. Die Räume waren anfangs reichlich armselig möbliert, denn wir mussten eben noch einmal von vorn anfangen, und erst allmählich konnten wir unser Heim wieder so wohnlich einrichten, wie wir es uns wünschten.

Wichtiger aber war die Frage meiner Existenz, denn ich war ja ohne feste berufliche Zusagen nach West-Berlin gekommen. Mir schwebte vor, wieder als Journalist zu arbeiten; das war ja schliesslich lange Jahre mein Beruf gewesen. Ein Zufall wollte es, dass ich an einem der ersten Tage nach der Übersiedlung mit leeren Taschen und drückenden Sorgen einem alten Freund aus der Nazizeit begegnete: Paul Ravoux, der kurz vor dem Kriege als Berliner Chefkorrespondent der amtlichen französischen Nachrichtenagentur Agence Havas ausgewiesen worden war. Wir kannten uns seit dem Ende der zwanziger Jahre. Er hatte sofort Verständnis für meine Lage und versicherte mir, er werde Mittel und Wege finden, mir zu helfen.

Paul Ravoux, der zu jener Zeit erster Presseoffizier bei der französischen Kommandantur war, hielt sein Wort. Er vermittelte meine Berufung als einer der Lizenzträger der Berliner Abendzeitung [«Der Kurier»](#) und veranlasste meine Einsetzung als zweiter Chefredakteur neben Paul Bourdin, dem hervorragenden Journalisten, der als erster Chefredakteur für dieses Blatt verantwortlich war. Am 1. Mai 1949 konnte ich meine neue Stellung antreten. Unerwartet schnell war meine Existenz nun gesichert und auch das Wohnungsproblem gelöst. Auch als sich später mein Lebensstandard durch die Wahl in den Bundestag und durch die fast zehnjährige Tätigkeit als Bundesminister hob, blieb ich dieser Wohnung treu. Ich habe sie natürlich in der Zwischenzeit mit Hilfe meiner Frau zu einem echten Heim verschönern können, in dem ich mich heute noch so wohl fühle, dass ich niemals daran denken werde, Berlin zu verlassen noch diese Wohnung aufzugeben.

In der ersten Zeit hatte ich indessen nicht nur äussere Schwierigkeiten zu überwinden. Manche meiner politischen Freunde verdachten es mir, dass ich so lange ausgehalten hatte. Sie hätten es lieber gesehen, wenn

ich sogleich nach meiner Absetzung als Vorsitzender der Zonen-CDU in den Westen übergesiedelt wäre. Wenn sich auch Misstrauen bei dem einen oder andern geregt haben mag, so kann ich mich doch nicht darüber beklagen, dass dies in taktloser Weise zum Ausdruck gekommen wäre. Direkt wurde ich deswegen überhaupt nicht angesprochen, aber ich fühlte, dass eine gewisse Spannung überwunden werden musste.

Die Bewohner von Klein-Machnow wussten, dass ich sie nur verliess, um von West-Berlin aus ungefährdet für sie und meine Mitbürger im sowjetischen Machtbereich weiterhin wirken zu können. Sie wussten, dass ich mich nicht leichtfertig oder ängstlich auf und davon gemacht hatte. Was meinen Entschluss, wegzugehen, so sehr erschwerte, das war diese solidarische Verbundenheit mit den Menschen. Vor allem mein Ausharren als Dritter Vorsitzender des FD GB der Zone wurde nicht zuletzt dadurch bestimmt, dass ich den Gewerkschaftsmitgliedern in den mitteldeutschen Ländern so lange wie nur möglich ein helfender Freund sein wollte. In manchen Fällen habe ich denn auch noch während des Jahres 1948 Kollegen in Leipzig, Rostock und Halle mit meinem Einfluss zur Seite stehen können. Vielfach konnte ich eingreifen, um Unrecht zu verhindern und Menschen, die bedroht waren, in Sicherheit zu bringen.

Auch dies haben manche meiner westlichen Freunde zunächst nicht verstehen können: dass ich ja auch moralisch an Menschen gebunden war, die ich durch mein Absetzen nach West-Berlin im Stich lassen würde. Diese Bindungen an gefährdete Mitbürger in Mitteldeutschland sind bis auf den heutigen Tag so eng geblieben, dass mich die Frage, wie wir wieder zu einer gemeinsamen staatlichen Ordnung kommen können, mehr beschäftigt als jedes andere Problem.

Neubeginn in Freiheit

NACH MEINEM Weggang aus Klein-Machnow schaltete ich mich sofort wieder in die Politik ein. Bald wurde ich Landes- und Fraktionsvorsitzender der CDU in West-Berlin. Bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Dezember 1950 fasste ich in Berlin wieder Fuss. In der fünften Wahlperiode gehöre ich nun dem Berliner Landesparlament an. Meine politischen Freunde wünschten, dass ich Abgeordneter blieb,

auch nachdem ich an der Jahreswende 1951/52 als Bundestagsabgeordneter nach Bonn entsandt wurde und auch noch während meiner langjährigen Zugehörigkeit zur Bundesregierung. Mir war dies sehr recht, denn auf diese Weise stand ich unmittelbar in der Berliner Politik und konnte gleichzeitig bedeutungsvolle Aufgaben in Bonn erfüllen.

Die SPD hatte bei den Wahlen zum ersten Abgeordnetenhaus eine unerwartete Schwächung erlitten. Obwohl Ernst Reuter 1948 von der ersten freigewählten Stadtverordneten-Versammlung West-Berlins zum Bürgermeister berufen worden war, verlor die Sozialdemokratische Partei fünf Sitze und damit die Mehrheit. Ferdinand Friedensburg hatte gemeinsam mit Louise Schröder die Stadtverwaltung hervorragend geleitet, was die Wähler wohl nachträglich zu honorieren wünschten, wengleich mit Reuter eine Persönlichkeit von grosser Charakterstärke und mit den Eigenschaften eines Staatsmannes ihr Nachfolger geworden war.

Meine Arbeit am Aufbau der CDU in den Ländern Mitteldeutschlands, aber auch in den Westzonen, hatte mir bisher keine Zeit gelassen, mich intensiv um die Entwicklung in Gross-Berlin zu kümmern. Vor der Teilung der Drei-Millionen-Stadt im Herbst 1948 trugen neben Dr. Friedensburg und Frau Schroeder grosse Verantwortung vor allem Walter Schreiber, Heinrich Vockel, Robert Tillmanns, Heinrich Krone, Karl Brammer, Franz Neumann, Otto Suhr, Ernst Scharnowski, Arno Scholz, Carl-Hubert Schwennicke, Hermann Fischer. Ich bedauere, nicht alle bei Namen nennen zu können, die sich um die Entwicklung West-Berlins in diesen schweren Jahren verdient gemacht haben. Bis zur gewaltsamen Zerschlagung der Gross-Berliner Verwaltung und der Bildung einer West-Berliner Kommunalverwaltung im Schöneberger Rathaus unter Ernst Reuter war Zentrum der innerstädtischen Spannungen das unweit des Alexanderplatzes gelegene Stadthaus in der Parochialstrasse. Die führende Kraft war unzweifelhaft Ferdinand Friedensburg; furchtlos und ganz im Stil des pflichtbewussten preussischen Beamten führte er die Geschäfte. Alle sowjetischen und kommunistischen Einmischungsversuche, die rechtswidrig waren, wehrte er mannhaft ab. Er dürfte auch unbestritten der letzte Repräsentant des einheitlichen Berlin gewesen sein, der erst am 1. Dezember 1948 unter massiver Gewalt von seiner Arbeitsstätte verdrängt wurde.

Die Hauptgefahr drohte ihm am Nachmittag des Vortages, als der

FDGB Unter den Linden und im Lustgarten Hunderttausende von Demonstranten gegen die Parochialstrasse aufgeboten hatte. Wenn auch die Masse der Teilnehmer nur auf Befehl erschienen war, so gab es doch auch Fanatiker, die nicht aus dem Auge gelassen werden durften. Das Stadthaus war während der Demonstrationstunden deshalb leer – bis auf Ferdinand Friedensburg und seinen persönlichen Referenten Dr. Rolf May. Sie wollten sich nicht widerstandslos verdrängen lassen.

Mit Friedensburg war ich damals schon seit vielen Jahrzehnten freundschaftlich eng verbunden. Weil ich um seine Sicherheit bangte, begab ich mich eiligst zu ihm, um auf jeden Fall an seiner Seite zu stehen. Bei meiner damaligen Position in den Gewerkschaften konnte ich hoffen, gerade noch so viel Autorität zu haben, um einen Freund in der Bedrängnis schützen zu können.

In der Parochialstrasse spielten sich wilde Szenen ab. Die SED wollte es jedoch an diesem Nachmittag anscheinend nicht zum Äussersten kommen lassen; deshalb wurden die Eingänge abgeriegelt. Der Lärm der Strasse vermochte die Stimmung im Büro Friedensburgs nicht gerade zu heben. Am nächsten Tage waren alle Türen für ihn endgültig gesperrt, so dass nun auch er, als letzter, in das Schöneberger Rathaus umziehen musste. Auch dort tat Friedensburg neben Ernst Reuter in der neugebildeten Verwaltungsführung West-Berlins seine Pflicht, bis er Anfang 1949 durch Walter Schreiber als Stellvertretender Bürgermeister abgelöst wurde. Danach übernahm er das neugeschaffene Institut für Wirtschaftsforschung als Präsident. Als Bundestagsabgeordneter wirkte er schliesslich nahezu fünfzehn Jahre im Parlament.

Mein besonderes Interesse galt begrifflicherweise allen Fragen gesamtdeutscher Politik, weshalb ich in den Bundestagsausschuss für gesamtdeutsche und Berliner Fragen entsandt wurde. Ich hätte vielleicht dessen Vorsitzender werden können, wenn ich nicht sogleich erklärt hätte, dass meine Bonner Tätigkeit mit der in Berlin übereinstimmen müsse. Ich sei nicht in der Lage, mich ausschliesslich den Arbeiten des Parlamentes zu widmen, sondern müsse an bestimmten Tagen der Woche regelmässig in Berlin sein, wo ich als Vorsitzender der CDU-Fraktion des Berliner Landtages, später auch als Vorsitzender des Landesverbandes der CDU, stark beansprucht war.

Sofort nach meiner Übersiedlung hatte ich das noch von Andreas Hermes eingerichtete CDU-Büro in der Schlüterstrasse, Ecke Kurfürsten-

damm, mit zwei Räumen übernommen. Auch während meiner Arbeit für den «Kurier» hatte ich dort nachmittags meine Sprechstunde. So blieb ich mit vielen Menschen aus der Umgebung Berlins und aus Mitteldeutschland in Verbindung. Es war mir ein Bedürfnis, diese Beziehungen zu pflegen, weil ich so lange Zeit ihr Leben geteilt hatte, ihre Nöte kannte und oft mit Rat und Tat beispringen konnte, wo sich das als notwendig und möglich erwies. Viele Jahre und bis heute blieb ich so mit unseren Landsleuten in enger persönlicher Berührung, für deren Los ich mich mitverantwortlich fühlte.

Im Laufe der Zeit sind indessen sehr viele den gleichen Weg wie ich gegangen. Von den damaligen Landesvorsitzenden sind später mit Ausnahme des ehrwürdigen Theologieprofessors Hugo Hickmann alle nach dem Westen abgewandert. Hickmann, der Vorsitzender der Landesunion in Sachsen war, wurde schliesslich von Dertinger Ende 1949 oder Anfang 1950 im Auftrag der SED abgesetzt, doch besuchte er mich regelmässig auch weiterhin alle zwei Monate bis zu seinem Tode.

Ernst Reuter

ICH UNTERHIELT bereits in der Weimarer Zeit Beziehungen zu Ernst Reuter, die sich in doppelter Weise ergaben: einmal in seiner Stellung als Oberbürgermeister von Magdeburg, der Stadt mit den Führungsorganen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, und zum andern nach seiner Wahl in den Reichstag. Damals bereits erkannte ich in ihm das staatsmännische Format. Ich bedauerte sehr, dass dieser befähigte Mann nicht in Schlüsselpositionen seiner Berliner Parteizentrale oder als ihr Vertreter in der Reichsregierung wirken konnte.

Auf der Fahrt von Magdeburg zum Potsdamer Bahnhof in Berlin hatten wir oft Gelegenheit zu zwanglosem Gedankenaustausch. Mir fielen dabei seine strenge Nüchternheit, seine undoktrinäre Beurteilung politischer Vorgänge sowie Niveau und Stil seines sprachlichen Ausdrucks auf. Bei aller Besorgnis, die der Jüngere mit dem Älteren teilte, konnten wir das Ausmass der nahenden Katastrophe nicht einmal ahnen. Einig waren wir uns über die Fehlerhaftigkeit einer Demokratie, die ihre Autorität gegenüber skrupellosen Kräften der Destruktion – oft mehr aus Harmlosigkeit als aus Schwäche – nicht zu wahren wusste. In Magdeburg hatte die demokratische Autorität bis zuletzt ihren Platz. Dort

waren neben Ernst Reuter Männer wie Otto Hörsing und Karl Höltermann auf ihren Posten.

Reuter kehrte zu spät aus seinem Exil zurück. Zum Rivalitätskampf Grotewohl – Schuhmacher hätte er Entscheidendes zu sagen gehabt. So aber musste dieser profilierte Politiker infolge des Einspruchs der Sowjets zu lange im politischen Wartezimmer verbleiben. Als er es endlich verlassen konnte, waren bereits historische Entschlüsse gefasst: die Teilung Deutschlands und seiner Hauptstadt war vollzogen. Ob Reuters Engagement für die Bildung eines problematischen Staatswesens ohne die Sowjetzone gut war, wird erst die Zukunft lehren. Mit der Spaltung von Land, Volk und Metropole rückte Reuter als Oberbürgermeister und dann als Regierender Bürgermeister der ehemaligen Reichshauptstadt in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Meine Freunde Kaiser, Schreiber und Friedensburg halfen ihm oft mehr als manche Leute seiner eigenen Partei. Als Landes- und Fraktionsvorsitzender meiner Partei tat ich alles, um ihn zu unterstützen.

Reuter brauchte Zeit, um populär zu werden und Anerkennung zu finden. Die CDU und die FDP unter Carl-Hubert Schwennicke schlugen Dr. Walter Schreiber, der gleichfalls ein Politiker von überdurchschnittlichem Format war (einst war er Wirtschaftsminister in Preussen gewesen), zum Regierenden Bürgermeister vor. Die geheime Abstimmung erbrachte Stimmgleichheit und also keine Entscheidung. Mit nobler Geste trat Schreiber angesichts dieses «doppelten Lottchens» von der Kandidatur zugunsten Reuters zurück und wurde Zweiter Bürgermeister. Beide arbeiteten vertrauensvoll zusammen. In der parlamentarischen Aussprache über die Senatsbildung versprach ich unter allgemeiner Heiterkeit, ich würde Reuter auf keinen Fall mehr Schwierigkeiten bereiten als seine von dem eigenwilligen und oft sehr kritischen Franz Neumann geführte SPD-Fraktion. Neumann hat bleibende Verdienste um die Verteidigung des freien Berlins, sein untadeliger Charakter ist unbestritten, aber er machte Reuter die Regierungstätigkeit nicht leicht. So ergab sich einmal die Situation, dass eine Vertrauensentschliessung für den Senat nur mit ganz knapper Mehrheit angenommen wurde, weil aus allen drei Fraktionen zahlreiche Nein-Stimmen kamen. In meiner entschiedenen Rede für Reuter sprach ich davon, dass sich augenscheinlich aus drei jetzt zwei Fraktionen gebildet hätten: für und gegen Reuter.

Solch ein ungewöhnliches Schauspiel sollte sich nicht wiederholen. Die-

ser Senat legte in einem grossen Konzept den politischen, materiellen und ideellen Grundstein (Sicherung durch die Bundesrepublik und Vertrauen der Schutzmächte) für den beispiellosen Wiederaufbau einer schwer zerstörten Millionenstadt, die zudem geteilt und von einem feindlich gesonnenen Regime umgeben war. Stellvertretend auch für andere nenne ich von den Mitgliedern dieses ersten Berliner Senats die Namen von Paul Hertz, Günter Klein, Otto Theuner, Valentin Kie-linger, Joachim Tiburtius, Friedrich Haas und Karl Mahler.

Die Ära Reuter war geschichtsträchtig. Ohne ihn sähe das Weltbild heute anders aus, nicht zugunsten Deutschlands. Zwischen Reuter und mir gab es keine parteipolitischen Trennlinien. Sein jäher Tod traf mich stark. Er hat Berlin vor dem Untergang im Meer des östlichen Totalitarismus gerettet. Reuter besass die Autorität, die Westmächte in Berlin an ihre Verpflichtungen zu binden.

Nach dem allzu frühen Tode Reuters folgten im Herbst 1953 als Regierender Bürgermeister Walter Schreiber und im Jahre darauf Otto Suhr, der 1957 gleichfalls zu früh dahinging. Sein Nachfolger wurde Willy Brandt bis zu seiner Berufung als Aussenminister in das Kabinett Kiesinger im Dezember 1966. Seitdem steht Klaus Schütz an diesem politisch so entscheidend wichtigen Platz.

Abgeordneter in Bonn

DURCH DAS sogenannte dritte Überleitungsgesetz, das die Beziehungen der Bundesrepublik zu West-Berlin regelte, war es möglich geworden, eine grössere Anzahl von Bundestagsabgeordneten als Vertreter Berlins nach Bonn zu entsenden. Entsprechend der damaligen Bevölkerungszahl wurden zweiundzwanzig Berliner Mitglieder des Bundestages. Zu denen, die im Laufe des Jahres 1951 gewählt wurden, gehörte auch ich.

Anfang Januar 1952, nach Beendigung der Weihnachtspause, betrat ich dann zum erstenmal das Gebäude des Deutschen Bundestages in Bonn, meldete mich förmlich bei der Fraktion der CDU/CSU, erhielt meine Papiere als Abgeordneter und begegnete nun in den Ausschüssen und im Plenum zahlreichen alten Freunden, die ich zum Teil schon in der Weimarer Republik gekannt hatte. Ein parlamentarischer Neuling war ich ja gerade nicht. Ich fand mich deshalb schnell auf diesem

mir wohl vertrauten Parkett zurecht und konnte mir auch bald eine relativ einflussreiche Position verschaffen. Man wusste um meine Vergangenheit als Parlamentarier, um meine Mitwirkung bei der Parteigründung und auch um die Schwierigkeiten, die ich in Ost-Berlin zu bestehen gehabt hatte.

Erregend in Bonn waren für mich besonders die ersten Jahre. Ich muss bei dieser Gelegenheit wieder einmal meinen alten Freund und Gefährten Jakob Kaiser erwähnen. Wir empfanden beide, ohne dass darüber hätte gesprochen zu werden brauchen, die Verpflichtung, in diesem Idyll am Rhein und seinen rebenbekränzten Bergen die alte deutsche Hauptstadt nicht zu vergessen. Viele hatten Berlin längst vergessen, manche wohl auch abgeschrieben, und diese Erkenntnis hat mich stets tief deprimiert. Ich konnte dann immer nur mahnend sagen: «Glaubt ihr am Rhein hier ja nicht, ihr könntet in Berlin Ballast abwerfen, um euch mit grösserer Sicherheit am hohen Lebensstandard eures Wirtschaftswunderlandes zu erfreuen. Die Sicherheit der Bundesrepublik steht und fällt mit der Selbstbehauptung des Westens in den drei westlichen Sektoren von Berlin.»

Aus dem Munde massgeblicher amerikanischer, englischer und französischer Diplomaten habe ich oft zustimmende Worte dazu vernommen. Meine nächsten Freunde standen gleich mir (wie ich bereits ausgeführt habe) der Gründung der Bundesrepublik mit bangen Zweifeln gegenüber. Wir hatten diese Zweifel auch noch, als die Bundesrepublik Vertragspartner der ehemaligen Kriegsgegner im Westen geworden war. Die damaligen Auseinandersetzungen aber kreisten zunächst um eine neu zu schaffende Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Sie scheiterte schliesslich am Widerstand der Franzosen. Schliesslich fand die angelsächsische Politik über die Westeuropäische Union einen Weg, der dann doch die Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Bündnissystem ermöglichte.

In diesen Auseinandersetzungen um die Deutschlandfrage hatten wir – wie bei der Gründung der Bundesrepublik – die Befürchtung, dass durch Militärbündnisse mit dem Westen bei gleichzeitiger Einbeziehung der Sowjetzone in ein östliches Bündnissystem die Wiederherstellung eines geeinten deutschen Staates noch weiter erschwert würde. Wir sind nicht ohne Sorge über diese Skrupel hinweggekommen, wobei die Argumente Konrad Adenauers, der nichts für dringlicher hielt, als Westdeutschland politisch und militärisch abzusichern, nicht von

der Hand zu weisen waren. Die Präambel zu den Deutschland-Verträgen ist in der CDU/CSU nicht zuletzt durch die Einflussnahme von Jakob Kaiser, Robert Tillmanns und mir zustande gekommen. Sie besagt, dass diese Verträge dann ihre Gültigkeit verlieren, wenn die Deutschen wieder in der Lage sind, in einem Staatsverband auf demokratischer und rechtstaatlicher Grundlage zusammenzuleben.

Adenauer befürchtete, dass wir in einem politischen Niemandsland zwischen Ost und West am Ende das Opfer eines robusteren Nachbarn würden, wenn wir die ausgestreckte Hand des Westens nicht ergriffen. Wenn ich mich heute zu den folgenschweren Entscheidungen von damals bekenne, dann allerdings unter der einen Voraussetzung, dass alle Bündnisverträge, welche die Bundesrepublik abgeschlossen hat, an jenem Tage hinfällig werden, der uns die Wiedervereinigung beschert. Ebenso müssten dann auch alle Verträge Ulbrichts mit dem Kreml und seinen Nachbarn aufgehoben werden. Dann erst wird Deutschland eine gänzlich neue Politik beginnen können.

Dass die Wiedervereinigung nur unter erheblichen Gegenleistungen erreicht werden kann, ist für mich selbstverständlich. Die Sowjetunion, die eine Weltmacht ist und bleiben wird, wird kaum geneigt sein, der Einbeziehung des mitteldeutschen Territoriums mit seinem Potential an Menschen und Wirtschaft in ein westliches Bündnissystem einfach zuzustimmen. Man sollte darüber in der Öffentlichkeit weniger reden und mehr darüber nachdenken.

Die sowjetischen Beobachter in Moskau und Karlshorst täuschen sich meiner Meinung nach nicht über die latente innere Schwäche des Ulbricht-Regimes. Sie sind über die wahre Stimmung der Bevölkerung unterrichtet. Sie wissen, dass bei Ausübung des Selbstbestimmungsrechts durch die Deutschen zwischen Oder-Neisse und Elbe-Werra ein Ergebnis zustande käme, das unseren Erwartungen und Vorstellungen wohl ungefähr entspräche. Da die sowjetischen Analytiker der gesamtdeutschen Situation illusionslos gegenüberstehen, werden sie dafür sorgen, dass dieses Deutschland nicht das weltpolitische Gleichgewicht der Kräfte stören kann.

Die Exil-CDU

NACHDEM vom Frühjahr 1949 an die CDU in der sowjetischen Besatzungszone zerbrochen und eine totale Gleichschaltung auf die Politik der kommunistischen Staatspartei erzwungen wurde, sahen sich Zehntausende von Vertrauensleuten zur Flucht genötigt. In Berlin und Westdeutschland fanden sich nach und nach fast alle Mitglieder des Hauptvorstandes, zahlreiche ehemalige Landes-, Kreis- und Ortsverbandsvorsitzende ein. Viele einfache Parteimitglieder wurden gleichfalls Opfer dieser Verfolgungswelle.

Jakob Kaiser und ich hielten an dem uns erteilten Auftrag fest und beschlossen gemeinsam mit unseren Freunden Johann B. Gradl, Ernst Eichelbaum, Ferdinand Friedensburg, Heinrich Krone, Georg Schneider (jetzt Hamburg) und Robert Tillmanns, die «Exil-CDU» zu gründen. Der Gründungsparteitag fand im Herbst 1950 in Bonn statt. Konrad Adenauer nahm als Vorsitzender der Gesamtpartei daran teil. Auf dieser Tagung und allen folgenden, die bis heute in regelmässigen Zeitabständen zusammentreten, wurden Jakob Kaiser und ich, später – nach dessen Tode – Johann B. Gradl, als Vorsitzende immer wiedergewählt. Dadurch sollte der Anspruch auf Tradition und Legalität vor der Öffentlichkeit deutlich gemacht werden. Die Exil-CDU gehört gleichberechtigt als Landesverband zum Bundesgefüge meiner Partei. Die Bildung dieser Exilgruppe wäre kaum denkbar gewesen, wenn ihr nicht der mannhafteste Widerstand der Masse ihrer Anhänger in der Zone vorausgegangen wäre. Ihrer soll mit grossem Dank gedacht werden. Zu ihnen zählen auch die Zehntausende von treuen Mitgliedern in der heutigen, der verfälschten Ost-CDU, denen nichts anderes übrigblieb, als mit den Wölfen zu heulen. Ich bin aber davon überzeugt, dass von den früheren Mitgliedern der alte Kern unverändert sauber geblieben ist. Die Geschichte wird einst auch die Haltung derer zu würdigen wissen, die nicht geflohen sind, die nicht unmittelbar zum Weggang in den Westen gezwungen waren. Wir, die wir nicht bleiben konnten, werden uns gewiss nicht anmassen, über ihr Verhalten zu urteilen, wenn wir alle eines Tages wieder vereint sein werden.

IN BONN fand ich sofort Freunde über die Grenzen der Fraktionen hinweg sowohl unter den Sozialdemokraten, von denen es damals noch viele Abgeordnete des Weimarer Reichstages gab, als auch bei den

Freien Demokraten, bei denen sich gleichfalls eine ganze Reihe von Männern befand, die einst mit mir in der Deutschen Demokratischen Partei zusammengearbeitet hatten. Diese freundschaftlichen Kontakte führten indessen nicht zu einer Verwischung meines politischen Profils als Anhänger der Christlich-Demokratischen Union. Ich hatte ja schliesslich bei deren Gründung nicht mitgewirkt, um mich später von ihr zu lösen: ich hatte mich dieser Partei aus Überzeugung angeschlossen.

Ich erinnere mich eines Gesprächs mit Jakob Kaiser aus dem Jahre 1936. Schon damals hatte ich ihm erklärt, dass ich nicht bereit sein würde, nach dem zu erwartenden Bankrott Hitlers wieder der früheren Deutschen Demokratischen Partei beizutreten. Mittlerweile hatte ich nämlich längst begriffen, dass in einem Parlament kleine Fraktionen nur in seltenen Fällen (falls sie ungewöhnliche Persönlichkeiten zu stellen vermögen) Einfluss gewinnen können. Wer in der Politik mitbestimmen will, muss einer grossen Partei angehören, über deren Haltung niemand ohne Weiteres zur Tagesordnung übergehen kann. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Partei nun gerade die Regierung bildet oder die Opposition.

Meinungsverschiedenheiten mit alten Freunden, die nun in der FDP waren, traten in den ersten Jahren schon deshalb nicht auf, weil die Freien Demokraten neben der CDU Regierungspartei waren. Wir standen in einer Koalition, wenn auch gelegentliche Spannungen nicht ausbleiben konnten. Grösser war in jenen Jahren hingegen manche Gegensätzlichkeit zu meinen alten Freunden in der Sozialdemokratie. In der letzten Phase der ersten Legislaturperiode des Bundestages von 1949 bis 1953 kam es beispielsweise über die Frage des Beitritts zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu grundsätzlichen und leidenschaftlich geführten Auseinandersetzungen. Die Sozialdemokraten waren zwar bereit, sich mit meinen Argumenten zu befassen, aber ich vermochte dennoch nicht ihre Zustimmung zu erlangen.

In einer meiner Reden erinnerte ich an die Annahme des Versailler Vertrages im Sommer 1919 in Weimar. Ich bezog mich dabei auf die Erinnerungen des hochgeschätzten Reichstagsabgeordneten der Volkspartei, Professor Kahl, eines berühmten Staatsrechts- und Völkerrechtslehrers, der am Tage der schicksalhaften Abstimmung über die Annahme des unser Volk unendlich bedrückenden Vertrages auf der Treppe einen sozialdemokratischen Abgeordneten voller Sorge gefragt

hatte: «Es wird doch wohl eine Mehrheit für die Annahme zustande kommen?» Dieser brave Abgeordnete Kahl stimmte freilich wenige Stunden danach gegen die Annahme. An diesen Vorgang erinnerte ich nun die Sozialdemokraten im Bundeshaus und behauptete, ich sei sicher, dass viele von ihnen deshalb mit Nein stimmen würden, weil sie damit rechneten, eine Mehrheit würde diese unpopulären Gesetzesvorlagen doch annehmen. Paul Lobe und Louise Schröder waren aufmerksame Zuhörer meiner Rede. Dass sich später die sozialdemokratische Politik auf dem Gebiet der militärischen und politischen Sicherheit offiziell jener der Regierung anschloss, überraschte mich nicht allzusehr.

Adenauer und Heuss

zu DENEN, die sich meiner sogleich annahmen, nachdem ich als «Neuling» in den Bundestag eingetreten war, hatten vornehmlich Heinrich von Brentano, Robert Tillmanns und natürlich Jakob Kaiser mit seinen Freunden gehört. Auch Heinrich Krone war mir seit Langem bekannt und schon vor und nach 1933 mit mir befreundet.

Der Mann in Bonn, der mich am meisten fesselte, das war Konrad Adenauer. Jetzt konnte ich ihn als Bundeskanzler und als Parteivorsitzenden der westdeutschen CDU aus nächster Nähe erleben. Wir beide waren vom Schöpfer als sehr unterschiedliche Wesen in die Welt gestellt worden. Adenauer war in allem ein gänzlich anderer Typ als ich. Er hatte bereits in seiner Jugend politische Erlebnisse gehabt, die sehr wesentlich von den meinen abwichen. Seine Wurzeln reichten tief in den Boden des linken Rheinufer, während ich mich (was bei Rheinländern selten vorkommt) als Preusse begriff. Noch bevor ich in Berlin sesshaft geworden war, hatte ich mich dem Zentrum unseres nationalen Lebens, der Hauptstadt Berlin, innig verbunden gefühlt.

Adenauer dagegen hat, wie ich glaube, gewisse rheinische Ressentiments gegenüber Berlin niemals überwinden können, obwohl er bei seinen Besuchen als Kanzler an der Spree stets erstaunlich herzlich begrüßt worden ist. Gelegentliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Adenauer und mir, die auch in den Fraktionssitzungen zum Ausdruck kamen, taten der gegenseitigen Achtung keinen Abbruch. Wir begegneten einander recht unbefangen. Wir wussten um unsere politischen

Differenzen, die nicht nur das Resultat verschiedenartiger Traditionen waren, sondern auch wesensfremden Vorstellungen über die deutsche Politik entstammten, die nicht miteinander in Einklang standen. Meine Berufung in das Kabinett bestätigte, was ich längst empfand: dass zwischen diesem bedeutenden alten Mann und mir trotz allem ein gegenseitiges Respektsverhältnis bestand. Dies führte dazu, dass ich Adenauer in seinen letzten Jahren schliesslich nähergekommen bin – wiewohl er mich auf eine wenig vornehme Weise im Dezember 1962 aus seinem Kabinett entfernt hatte. (Wovon noch die Rede sein wird.) ES GEHÖRTE zu meinen beglückendsten Erlebnissen, dass ich durch den Einzug in das Parlament meinem alten Freund Theodor Heuss nun wieder regelmässig begegnen konnte. Er strich mir gegenüber natürlich niemals auch nur im Geringsten die Würde des Staatsoberhauptes heraus. Wir unterhielten uns so zwanglos wie in früheren Zeiten und sassen als alte Freunde beisammen. Heuss hat mich in seinen Erinnerungen betont herzlich erwähnt. Ich möchte es jedoch nicht als die verständliche Erfüllung einer Dankespflicht betrachtet wissen, wenn ich jetzt ausspreche, dass ich nur ganz wenigen Politikern so unentwegt innerlich nahestand wie unserem ersten Bundespräsidenten. Für konventionelle Betriebsamkeit hatte er nie etwas übrig; vielmehr gab er sich so, wie es ihm gerade passte.

Zum siebzigsten Geburtstag von Theodor Heuss wurde im Jahre 1954 eine Sammlung von Artikeln seiner Freunde unter dem Titel «Begegnungen mit Theodor Heuss» herausgegeben. Vielleicht darf ich aus meinem damaligen Beitrag einige Sätze zitieren.

«Als Mittelglied zwischen den Generationen nahm er den Neuling bei der Hand, gelegentlich auch einmal beim Ohr, und leistete an ihm in den Fraktions- und Ausschusssitzungen eine nicht aufdringlich lehrhafte, aber klug pädagogische Erziehungsarbeit. Unter seiner Anleitung kam bald die Einsicht, dass auch zur Bürde des Gesetzgebers Erfahrung gehört, um sie mit Würde zu tragen, und dass Politik, die sich von Emotionen beherrschen lässt, keinen Erfolg im Sinne echter Demokratie verspricht. Heuss war es, der mich eines Tages mit trockener Stimme warnte, ‚aus der Jugend in der Politik einen Beruf zu machen‘. Das liess ich mir gesagt sein, und ich habe diesen nützlichen Rat seitdem an mehr als einen Stürmer und Dränger weitergegeben.

Immer hat mich die unbestechliche, durch keinerlei Rücksichtnahme

oder taktische Spitzfindigkeiten zu beeinflussende Sachlichkeit beeindruckt, die Heuss bei jedem Problem der praktischen Parlamentsarbeit walten liess. Das geschah nicht mit temperamentloser Nüchternheit, sondern in den charmanten Formen, in denen er in seinem hohen Amt brilliert hat, im Bedarfsfall aber auch mit jener groben Urwüchsigkeit, die ein Wesenszug schwäbischer Demokraten ist und in meinem bergisch-rheinischen Herzen verwandte Saiten anklingen liess. Es war nicht zuletzt das Verdienst seiner Persönlichkeit, wenn in jener Zeit unsere Partei den Beweis erbrachte, dass in der Demokratie auch kleinere Gruppen durch ihr geistiges Gewicht weit über ihre zahlenmässige Bedeutung hinaus wirken können.

Nicht nur im Kreis von uns damals jungen Demokraten, auch über die Parteigrenzen hinaus erschien Theodor Heuss als der Nachfolger und der Verwalter des geistigen Erbes Friedrich Naumanns, dessen Lehre er lange in der ‚Hilfe‘ pflegte, dem er auch in der Art zu reden und zu schreiben auffallend glich. Als er mich auf dem parlamentarischen Parkett anleitete, dessen marmorne Glätte im Wallot-Bau immerhin durch reichlichen Teppichbelag minder gefährlich war, imponierte dem Jüngeren schon die äussere Erscheinung. Trotz seiner erst vierzig Jahre bereits ergraut, mit markantem Profil, ein fast professoraler Typ, freilich ohne Lehrhaftigkeit, kurzum Respektsperson. Und die Achtung stieg mit der Beobachtung, wie scharf, wie grob er reagierte, wenn unechte Töne und unlautere Motive sich lärmend Geltung zu verschaffen suchten: Interessentenklüngel, kleine Ehrgeize oder radikales Pathos.»

HEUSS liess sich nicht in das Korsett repräsentativer Etikette pressen. Bei einem alten Freunde trat das natürlich noch mehr in Erscheinung. Gänzlich ungeniert pflegten wir über Menschen und Dinge zu plaudern. Auch seiner allzufrüh heimgegangenen bedeutenden Frau Elly Heuss-Knapp stand ich nahe. Während unserer Berliner Zeit verkehrte ich ständig in ihrem Haus, anfangs in der Fregestrasse in Friedenau, später in der Lichterfelder Kamillenstrasse. Heuss zögerte nicht, mich nach meinem Urteil über Menschen zu befragen. Ebenso wünschte er meine Meinung über manche komplizierten Vorgänge im parlamentarischen Geschehen kennenzulernen, und da ich in diesen Fragen vielfach mit seinem getreuen Ekkehard, dem persönlichen Referenten Hans Bott, übereinstimmte, glaube ich sagen zu dürfen, dass ich zu den wenigen zählte, die dem sonst sehr eigenwilligen, selbst-

bewussten und seine Entscheidungen völlig unabhängig treffenden Mann manchen Rat mit Erfolg geben konnte.

Schliesslich kannten wir uns ja auch schon seit Jahrzehnten, und unser Verhältnis war stets intim gewesen, ob wir nun unter einem demokratischen System lebten oder unter der Diktatur. Hinzu kam, dass wir beide unter dem Einfluss der Gedankenwelt Friedrich Naumanns standen, dessen Ideen vor allem in seinem hervorragenden Schüler Heuss weiterlebten.

Friedrich Naumann hat mich in meiner Jugend stärker geprägt als mein liberales Elternhaus. Im Frühjahr 1914 hörte ich in meiner Vaterstadt einen Vortrag von ihm. Naumann fesselte mich durch seine Rhetorik und sein Auftreten. Ich hatte das Gefühl: Hier spricht ein Mensch mit prophetischen Gaben. Schon vor Ausbruch des Krieges war ich ständiger Leser seiner Wochenzeitung [«Die Hilfe»](#), deren Chefredakteur Heuss war, und ich habe auch mit ihm korrespondiert.

«Das Rekenntnis zur Nationalität und zur Menschwerdung der Masse sind für mich zwei Seiten ein und derselben Sache.» Dieser Satz Naumanns kennzeichnet seine Persönlichkeit. Für ihn gab es in der Politik nur zwei Tugenden: national sein und sozial sein. Er wollte die Massen durch eine wirtschaftliche Demokratie emanzipieren. Ebenso wie die heutigen Gewerkschaftsführer lehnte er Klassenunterschiede ab. Die soziale Rechtsbasis des Lohn- und Gehaltsempfängers war vor dem Ersten Weltkrieg schmal. Naumann trat daher für das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben ein. Der Arbeiter sollte sich an Selbstverwaltungsaufgaben beteiligen und mit dem Unternehmer zusammenarbeiten. Kollektives Arbeitsrecht, Tarifverträge und allmähliche Steigerung des Lebensstandards sollten der Verelendung der Arbeiterschaft und damit dem Kommunismus entgegenwirken.

Naumann gründet zunächst eine eigene Partei auf dem rechten Flügel des Liberalismus, den National-Sozialen Verein, der sich jedoch nicht durchsetzen konnte. Darauf ging er zu den Linksliberalen, die sich damals «Fortschrittliche Partei» nannten. Im Juli 1919 wurde er zum Vorsitzenden der neu gegründeten «Deutschen Demokratischen Partei» gewählt, doch er überlebte diesen Triumph im Saal der Berliner Philharmonie nur um knapp vier Wochen. Ende August verstarb er an einem Herzschlag in Travemünde. Sein Tod war ein Unglück auch für die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Partei. Er hätte ihr ein stärkeres Profil gegeben, als seine Nachfolger es vermocht

haben. Wie stark aber auch Theodor Heuss von dieser Gedankenwelt geprägt war, hat er in Wort und Schrift immer wieder bekannt.

Fremden Menschen gegenüber verhielt sich Theodor Heuss zunächst etwas misstrauisch. Wenn ihn jemand enttäuschte, dann pflegte er sich in der urwüchsigen Sprache der Schwaben zu äussern, die nicht immer druckreif ist. Sein Verhältnis zu Adenauer war vielschichtig, jedenfalls nicht so einfach, wie es von einigen Biographen und Historikern nach beider Tod dargestellt worden ist. Dass es nicht öfters zu ernsteren Konflikten kam, war nur dem Takt Adenauers zu danken, der in seltener Feinfühligkeit den Bundespräsidenten nicht als Figur zweiten Ranges behandelte, sondern ihn immer wieder spüren liess, dass er, Adenauer, Theodor Heuss als Staatsoberhaupt respektierte.

Bemerkenswert ist auch, dass die Beziehungen von Heuss zu der von ihm nach dem Krieg mitgegründeten Partei, den Freien Demokraten, nicht immer ungetrübt waren. Dies lag wohl auch daran, dass sich doch sehr heterogene Elemente mit unterschiedlichen Traditionen in dieser sich liberal nennenden Partei zusammengefunden hatten. Unter ihrem ersten Repräsentanten nach der Wahl von Theodor Heuss, Franz Blücher, der auch erster Bundesvorsitzender der FDP war, begann die Entfremdung des Bundespräsidenten zu seiner Partei. Leider kam es auch mit einigen alten Freunden der Weimarer Zeit, zu denen Thomas Dehler gehörte, zu ernsten und anhaltenden Verstimmungen. Ich habe Grund zu der Annahme, dass für Dehlers Nichtberufung in das zweite Kabinett Adenauer nach den Wahlen von 1953 dem Bundespräsidenten Heuss eine gewisse Mitbeteiligung nicht abzusprechen war. Dehler lag Heuss im Wesen ganz und gar nicht. Meine Versuche, zwischen beiden eine vertrauensvollere Verbindung herzustellen, blieben erfolglos, so dass ich es in den letzten Jahren der Präsidentschaft von Heuss unterlassen musste, meine Bemühungen fortzusetzen.

Bedeutsam scheint mir eine andere Feststellung zu sein: In der grossen politischen Konzeption lag dem Schwaben Heuss der gesamtdeutsche Gedanke besonders nahe, und ich darf annehmen, dass gerade darin bei manchen Entscheidungen von Tragweite zwischen ihm und Konrad Adenauer Unterschiede in den Auffassungen zutage traten.

Wer mit Theodor Heuss einigermaßen gutstehen wollte, musste im Übrigen ein trinkfester Mann sein. Die Weinmengen, die mein Freund Heuss im Laufe seines Lebens konsumiert hat, vermag man kaum auszurechnen. Da ich nun einem guten Tropfen gleichfalls keineswegs

feindlich gesonnen bin, tat der Wein das Seine, unsere Freundschaft immer wieder aufs Neue zu beleben. Rührend war, dass Heuss als Schwabe mit Vorliebe die Weine seiner Heimat trank, sofern sich dies ermöglichen liess. Wer nach einem offiziellen Essen bis in die frühen Morgenstunden bei ihm aushielt, der musste sich an den schwäbischen Rebensaft gewöhnen – so wie er bei dem früheren Vizekanzler Hermann Robert Dietrich die Bekanntschaft mit den badischen Weinen zu machen hatte.

Ich habe nicht nur die Rhein- und Moselweine als höchst edle Kreszenzen schätzengelernt, sondern auch die Produkte der schwäbischen und badischen Weinberge. Heuss war zuweilen, wie dies bei allen originellen Persönlichkeiten vorzukommen pflegt, ein weinseliger Mensch, aber kein harter Trinker, geschweige denn ein Alkoholiker. Sein Referent und Freund Hans Bott hatte Routine darin entwickelt, seinen Chef in später (vielmehr früher) Stunde ins Schlafzimmer des obersten Stockwerks der Villa Hammerschmidt zu schaffen, um ihn für die dringend gebotene Ruhe zu präparieren.

Heuss hat mir bei meiner ersten Ernennung zum Bundesminister am 13. November 1956 in der üblich feierlichen Weise die Ernennungsurkunde überreicht. Diese Zeremonie fand indessen nicht – wie bei allen andern Ministern – in den Prunkräumen des Präsidentenpalais statt, sondern in seinem bescheidenen Arbeitsraum im Nebengebäude des Palastes. Es kam uns beiden ein wenig komisch vor, dass der eine von zwei alten Freunden nun plötzlich sozusagen das Objekt eines Staatsaktes sein sollte. Wir hielten uns freilich nicht lange mit tönenden Reden auf, sondern sprachen wie eh und je akkurat so, wie uns der Schnabel gewachsen war. Zum Abschied meinte Heuss in seiner unkonventionellen Art:

«Nun, Lemmer, dann machen Sie's mal gut. Ich drücke alle Daumen für Sie.»

Nicht leicht zu beantworten wäre die Frage, wie sich Adenauer und Heuss, diese beiden Zentralgestalten unserer Nachkriegspolitik, gegenseitig einschätzten. Ich glaube, ihr verschiedenartiges Naturell machte ihnen den Umgang eher leichter, als wenn sie gleichsam aus demselben Holz geschnitzt gewesen wären. Wohl kann ich keine konkrete Äusserung Adenauers nennen, aber wenn über den Bundespräsidenten gesprochen wurde, dann liess der Kanzler keineswegs auch nur andeutungsweise erkennen, dass er Heuss nicht ganz ernst nähme. Doch –

wenn Worte überhaupt einen Sinn haben – dann erschien es mir stets so, als ob er in Theodor Heuss einen literarischen Bohemien sähe und durchaus wisse, dass die Lebensart des Präsidenten einer solchen Vorstellung nahekam.

Aus gutem Grund hatte sich Adenauer 1948/49 für Heuss als Bundespräsidenten entschieden: Einmal erwartete er dadurch die Beteiligung der Freien Demokraten an der ersten Regierungsbildung; zum andern war er sicher, in Heuss, diesem durchgegeistigten Typ, einen leicht zu behandelnden Partner zu finden. Umgekehrt wusste selbstverständlich auch Heuss, dass der Kanzler von ganz anderem Schlag war als er selbst. Er hat Konrad Adenauers Schläue und seine Bedenkenlosigkeit, in bestimmten Situationen nicht immer ganz harmlose Mittel anzuwenden, zweifellos durchschaut. Mehr als einmal sprach Heuss von diesem «alten Fuchs», aber doch keineswegs geringschätzig, obschon Heuss zu den politischen Praktiken eines Adenauer keine inneren Voraussetzungen mitbrachte: Er sah lediglich den Erfolg des Kanzlers und konnte es deshalb nicht für seine Pflicht halten, mit schulmeisterlichen Manieren einzugreifen – zumal er ein gutes Jahrzehnt jünger war.

Heuss zeigte sich erstaunt, als er hörte, dass mich Adenauer in sein Kabinett zu berufen gedachte. Bei einem Nachmittagskaffee vertraute er mir an:

«Lemmer, Sie sind dem Alten irgendwie ausserhalb des Kabinetts unbequem geworden. Weil er Sie ernst nahm, hat er Sie in sein Kabinett geholt, um Sie besser unter seine Fuchtel zu kriegen.»

Dem widersprach ich keineswegs. Ich versetzte lediglich:

«Lieber Heuss, aus welchen Gründen man in der Politik an irgendeine Schaltstelle gesetzt wird, das ist doch eigentlich gleichgültig. Die Hauptsache ist, dass man dabei ist, dass man mit mehr oder weniger Autorität, mit grösserem oder geringerem Einfluss, an Entscheidungen mitwirkt, die einem auf der Seele Hegen.»

Heuss nickte. Das war Ethos im Geiste Naumanns. Deshalb verstanden wir den tieferen Sinn dieses in frotzelndem Ton begonnenen, aber unversehens ernst gewordenen Gesprächs.

Gustav Heinemann

DEN NAMEN meines alten Freundes Gustav Heinemann habe ich in diesem Buch schon mehrfach genannt. Nie war unsere Verbindung in den vergangenen Jahrzehnten unterbrochen. Nun traf ich auch ihn in Bonn wieder.

Mein alter Freund und Kampfgefährte aus den Jahren 1919 und 1920, der im ersten Kabinett Adenauer Bundesinnenminister gewesen war, hatte 1950 seinen Rücktritt erklärt. Er schloss sich den Bedenken der Sozialdemokraten an, als es um die Entscheidung ging, die Bundesrepublik enger an die westliche Welt anzulehnen. Er gehörte dann noch eine Zeitlang der CDU an, doch als er schon aus dem Kabinett ausgeschieden war, zeigte er sich seit 1953 nicht mehr bereit, für die von ihm mitgegründete Partei zu kandidieren. Er versuchte vielmehr durch eine neue Partei eine politische Bewegung nach seinen Ideen zu entwickeln. Es war dies die «Gesamtdeutsche Partei», der man von Anfang an keine grosse Chance geben konnte, die aber zu meiner Überraschung immerhin doch eine grössere Zahl von Wählerstimmen erhielt, als ich vermutet hatte.

Dieser Misserfolg legte Gustav Heinemann leider für eine ganze Reihe von Jahren brach. Erst im Jahre 1957 kehrte er nach seinem Übertritt in die SPD in den Bundestag zurück. Heinemann wurde von einer Sorge geplagt, die ich nicht einfach abtun konnte: Er befürchtete, die Wiederherstellung eines ganzen Deutschland werde durch die Eingliederung der Bundesrepublik in zahlreiche westeuropäische Institutionen und überhaupt durch die einseitige Orientierung nach dem Westen schwer gefährdet.

Wir waren zu allen Zeiten Freunde, auch wenn wir politisch verschiedene Auffassungen hatten oder sogar parteipolitisch getrennte Wege gingen. Wir sind Freunde geblieben bis auf den heutigen Tag, und ich bin sicher, dass wir Freunde bleiben werden bis an unser Lebensende.

Willy Brandt

WAHRSCHEINLICH kannte Willy Brandt mich früher als ich ihn. Ende der zwanziger Jahre verhalfen meine Freunde von der Deutschen Demokratischen Partei in Lübeck der SPD zur Erhaltung ihrer Regie-

rungsposition. Ein Flügel meiner Parteiführung erstrebte in der Hansestadt einen regierungsfähigen Bürgerblock. Weil ich anderer Meinung war, stand ich meinen linksorientierten Parteigängern bei, um eine republikanische Senatsführung mit der SPD zu wahren, deren bedeutendster Mann Julius Leber war. Mit ihm verband mich Freundschaft über die politische Zeitenwende hinweg. In Lübeck trat ich unverhältnismässig oft auf, um eine Rechtsorientierung zu verhindern. Meine Versammlungen verliefen stürmisch. Vermutlich war Willy Brandt als junger Sozialist dabei.

Ende 1946 vermittelte mein Freund Eduard Geilinger von der [«Neuen Zürcher Zeitung»](#) im Berliner «Hotel am Zoo» eine Begegnung zwischen mir und dem damals noch als Norweger etikettierten Willy Brandt. Es wurde ein langes Gespräch, wir fassten Vertrauen zueinander. Brandt fühlte, dass sein Platz in Deutschland war. In den folgenden Jahren trat er öffentlich in Erscheinung, zuerst für Berlin, dann für das geteilte Deutschland. Wir arbeiteten beide im Berliner Landesparlament zusammen und standen in West-Berlin für die Verteidigung der Freiheit ein.

Nun ist er Aussenminister der Grossen Koalition. Ob ich mit seinen tagespolitischen Konzeptionen immer übereinstimme, ist eine andere Frage; bei entscheidenden Themen ist das gewiss der Fall. Dies zeigte sich bei allen grossen Geschehnissen im geteilten Berlin, wenn es darauf ankam, der mitunter erschütterten Bevölkerung Vertrauen zu übertragen. In unser bescheidenes Berliner Parlament brachte Willy Brandt manches mit, was dazu beitrug, nicht nur den Geist der Solidarität zwischen den Berlinern aufrechtzuerhalten, sondern ich spürte, dass er aus der klassischen Schule des Parlamentarismus kam und zu jeder Zeit bemüht war, einen guten Stil bei politischen Auseinandersetzungen zu entwickeln. Solange Ernst Reuter lebte, war Brandt einer seiner zuverlässigsten Helfer.

Für Brandts politischen Lebensweg war es höchste Zeit, die Berliner Tribüne mit der in Bonn zu tauschen. An der Spree waren für mich schon die ersten Symptome einer gewissen Verkrampfung sichtbar geworden. Man sollte es in Bonn begrüssen, dass unsere Aussenpolitik von einem so weltoffenen Mann geleitet wird, der die guten Formen des diplomatischen Umgangs kennt und sicherlich keine Neigung zu unklugen Experimenten und Abenteuern haben wird.

Ludwig Rosenberg

ICH WAR auch überaus befriedigt, als vor einigen Jahren als Nachfolger von Willy Richter, den ich sehr geschätzt hatte, Ludwig Rosenberg zum Vorsitzenden des DGB gewählt wurde. Rosenberg war für mich durchaus kein Unbekannter. Freilich kannte ich ihn nur flüchtig; er hatte früher in einer Angestelltenbewegung gearbeitet, die zu meiner Spitzenorganisation gehört hatte. Ludwig Rosenberg fand in Grossbritannien ein Exil und wurde dort wohl von den Gewerkschaften unterstützt. Er stand als Ratgeber in gewerkschaftlichen Fragen schon während der Kriegszeit mit den englischen Behörden in enger Verbindung. Bei unserem ersten Wiedersehen gab es eine herzliche Begrüssung. Obwohl soviel Zeit vergangen war, fanden wir sogleich zu unserem früheren Vertrauensverhältnis zurück. In der Folge sollte Ludwig Rosenberg, inzwischen Mitglied der Labour Party, Kontakte zu den sozialdemokratischen Gründungsmitgliedern der freien Gewerkschaftsbewegung im Gebiet der heutigen Bundesrepublik einschliesslich von West-Berlin anknüpfen.

Rosenberg ist ein kluger Mann, der Typ des modernen gebildeten Gewerkschaftsführers, der – obwohl Intellektueller – doch schnell die Berührung mit Arbeitern und Angestellten herzustellen wusste. Er ist ein Mann von nüchternem Urteil, und er war stets ein fairer Kamerad. Ludwig Rosenberg verstand durchaus, in welcher schwieriger Lage ich mich damals vor 1949 in Ost-Berlin befand; er empfahl mir deshalb auch, vorsichtig zu sein, mich nicht unnötig zu gefährden.

Ich hätte in einer interzonalen Gewerkschaftsbewegung eine gewaltige Klammer für den gesamtdeutschen Zusammenhalt gesehen, wäre nur der Versuch gelungen, über die Interzonenkonferenzen zu einer gesamtdeutschen Gewerkschaftsbewegung zu gelangen – also vor Gründung der Bundesrepublik und der DDR. Ich glaube, damit wäre ein für die Spaltung sehr schwer zu überwindendes Hindernis geschaffen worden.

Der grösste Deutsche

MEIN KONTAKT zu Konrad Adenauer war anfangs dünn, um nicht zu sagen: kühl. In einer fröhlichen Stunde in einem Gasthaus an der Mosel hat er mich einmal den «rabiatesten Berliner» genannt, den er kenne. Er befürchtete, ich würde es ihm, gleich Jakob Kaiser und andern, noch schwerer machen, sich mit seinen ganz bestimmten Vorstellungen über die Deutschlandpolitik in der Union durchzusetzen. Einmal – aber das lag jedoch schon eine Weile zurück, es muss in den ersten Oktobertagen des Jahres 1947 gewesen sein – hatte ich Adenauer aus dem Konzept gebracht, wiewohl er es sich nicht anmerken liess. Auch damals spielte der gute Moselwein seine Rolle.

Unter dem Vorsitz des Koblenzer Rechtsanwalts Dr. Süsterhenn hielten wir auf dem Rittersturz bei Koblenz eine Konferenz der internationalen Arbeitsgemeinschaft unserer Partei ab. Es ging dabei hoch her: wieder einmal stand uns Berlinern und Delegierten aus der Sowjetzone die Front Adenauers nebst ihrem näheren Anhang gegenüber. Auf dem Höhepunkt der Debatten wurde Jakob Kaiser plötzlich zu dem französischen Kommandanten des Bezirks Koblenz gerufen, so dass ich nun die Auseinandersetzung im Wesentlichen allein weiterführen musste. Freunde aus der amerikanischen Besatzungszone vermittelten, und am Nachmittag war glücklich ein einigermaßen befriedigender Kompromiss erreicht.

Dadurch hatte sich die Stimmung wieder etwas gehoben. Zudem lag die Einladung eines der bekanntesten Weingutsbesitzer an der Mosel vor: Wir sollten an diesem ungewöhnlich schönen und warmen Herbsttag in einem seiner Weinberge eine Art Winzerfest begehen. Wir fuhren also hin, wurden grossartig bewirtet, genossen den herrlichen Blick auf das in der frühen Herbstpracht leuchtende Flusstal und wurden erst gegen Abend, als die Dunkelheit einbrach, in die Kellergewölbe des Gutes vertrieben, wo die Fröhlichkeit anhielt. Adenauer zeigte wie immer seine erstaunliche Vitalität. Ohne ein Zeichen der Ermüdung machte er bei allem mit. Wie die meisten von uns pokulierte er wacker bis zur Mitternachtsstunde. Während der Zecherei bestieg ich im Übermut eines der grossen Weinfässer, um eine «Rede an mein Volk» zu halten. Die Runde verstummte, alle Welt erwartete eine politische Ansprache. Das hatte ich freilich nicht im Sinne, ich wollte lediglich etwas zur Belebung der Gemüter beitragen. Kategorisch stellte ich die Frage:

«Welcher Deutsche ist wohl geeignet, unser jetzt in vier Besatzungszonen auseinandergerissenes Volk gegenüber unseren unwillkommenen Souveränen, den vier Besatzungsmächten, zu vertreten? Ich bin der Meinung, dass wir in dieser nächtlichen Stunde eine Vorentscheidung treffen müssen. Ich fordere Sie auf, mit mir darüber nachzudenken und einen Vorschlag zu machen. Nur die stärkste und gewaltigste Persönlichkeit unseres Volkes kann für diese schwere Aufgabe in Frage kommen.»

Alle waren wie verdattert. Sie wussten nicht recht, ob ich im Ernst oder im Scherz sprach, aber schliesslich wurden doch Namen genannt. Als erster fiel selbstverständlich der von Konrad Adenauer. Ich versicherte, dass ich für Adenauer die grösste Hochachtung empfindete, jedoch nicht zugeben konnte, dass er das erforderliche Format für jene Gestalt besitze, die ich mir als Vertreter eines gegen seinen Willen geteilten Volkes vorstelle. Adenauer verzog bei meinen Worten keine Miene. Es war ihm nicht anzumerken, ob er mich durchschaute. Andere indessen nahmen die Sache todernst, wie ihre nachdenklichen Gesichter verrieten. Nacheinander folgten aus der Runde weitere Namen, darunter auch der von «Ochsen-Sepp» – ich lehnte sie alle ab, weil keiner mir gross genug erschien.

Schliesslich wurde die in ihrer Fröhlichkeit gestörte Zechrunde ungemütlich und forderte mich auf, gefälligst selber einen Vorschlag zu machen. Dazu erklärte ich mich denn auch bereit. Ich nahm eine besonders würdevolle Pose ein, um lautstark zu verkünden:

«Ich ernenne hiermit in dieser mitternächtlichen Stunde des Jahres 1947 im Tal der Mosel zum Reichsprotector aller Deutschen, zum Schutzherrn unseres Schicksals gegenüber den Besatzungsmächten in aller Feierlichkeit unseren grossen Landsmann Götz von Berlichingen!» Ein Sturm von Heiterkeit brach los. Peter Altmeier, der spätere Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, meinte zwar, ganz so harmlos sei mein Spässchen ja nicht gewesen, er zwinkerte mir dabei aber zu. Ob Konrad Adenauer sich getroffen fühlte, verriet er mir leider nicht. Doch konnte ich es mir nicht vorstellen, dafür hatte er zu viel Sinn für Humor.

Ein knapper Wahlentscheid

NACH DEM plötzlichen Tod des zweiten Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers im Jahre 1954 ergab sich für mich eine unerwartete Situation. Unversehens stand die Frage seiner Nachfolgeschaft zur Diskussion. Die Fraktion der CDU/CSU hatte als die stärkste Partei das Recht, einen Kandidaten vorzuschlagen. Bei den ersten Besprechungen fiel mein Name. Ich wurde als erfahrener Parlamentarier für geeignet erachtet. Es war bekannt, dass ich grosse Versammlungen und Konferenzen in der Weimarer Zeit und Parteitage in der Nachkriegszeit geleitet hatte, wobei es kaum zu Pannen gekommen war.

Doch Konrad Adenauer stemmte sich sofort mit seiner ganzen Autorität heftig gegen meine Kandidatur. Er tat dies mit gewohnter Gründlichkeit und Rücksichtslosigkeit, mit der er ihm nicht genehme Entscheidungen der Fraktion stets abzuwehren pflegte, und schlug statt meiner den Abgeordneten Dr. Eugen Gerstenmaier vor. Im Führungskreis der Fraktion kam es zu keiner Verständigung; man verschob daher die Entscheidung auf einen evangelischen Arbeitskreis, an dem ich mich nicht beteiligte: Die Angelegenheit war für mich erledigt. (Ich bin ein Gegner aller konfessionellen Zusammenschlüsse innerhalb der CDU/CSU, weil diese Partei überkonfessionell auf gesamtchristlicher Grundlage stehen sollte.)

Die Entscheidung überraschte mich keineswegs: Die evangelischen Mitglieder der Fraktion – übrigens nahm nur die Hälfte an der Abstimmung teil – einigten sich auf Dr. Gerstenmaier. Er erhielt etwa achtzig, ich etwa vierzig Stimmen. Nachdem nun diese evangelische Arbeitsgruppe der Gesamtfraktion Gerstenmaier als ihren Kandidaten vor geschlagen hatte, galt seine Wahl als gesichert, da die katholischen Abgeordneten diese Entscheidung respektierten.

Ich bekenne freimütig, dass das Amt des Bundestagspräsidenten für mich die Krönung meiner langen politischen Laufbahn gewesen wäre. Es hätte mir bestimmt auch gelegen, und ich hätte der parlamentarischen Arbeit in mancher Hinsicht einen anderen Stil und eine andere Richtung gegeben als mein Freund Gerstenmaier. Damit möchte ich dessen Amtsführung natürlich nicht kritisieren. Jeder verfügt über ein anderes Temperament, aber auch ich hatte meine ganz bestimmten Vorstellungen über die Arbeitsweise eines Parlaments.

Nachdem die Mehrheit sich für Gerstenmaier ausgesprochen hatte,

schien alles glatt zu verlaufen und der Fall abgeschlossen. Da in Berlin, wo ich damals noch als CDU-Fraktionsvorsitzender im Stadtparlament amtierte, einiges zu regeln war, glaubte ich nicht unbedingt bei der Wahl dabeisein zu müssen und flog nach Berlin. Am Wahltag leitete ich nachmittags eine Fraktionssitzung und sass später mit Freunden in einem Schöneberger Restaurant beim Skat. Da erreichte mich ein dringender Telefonanruf. Unwirsch ging ich an den Apparat (ich hatte gerade einen Grand mit Vieren in der Hand) und hörte die Stimme eines Fraktionskollegen, der in grösster Erregung ausrief:

«Mensch, du stehst ja jetzt in engster Konkurrenz zu Gerstenmaier! Warum bist du denn nicht in Bonn geblieben?»

Ich konnte nur antworten, dass nach dem Fraktionsentscheid dergleichen nicht vor auszusehen gewesen sei. Der Parteifreund teilte mir noch mit, dass der erste Wahlgang soeben stattgefunden habe und dass Gerstenmaier die erforderliche Mehrheit nicht habe erringen können.

Die Geschäftsordnung des Bundestages sieht vor – wie die der meisten Parlamente –, dass der Präsident mit absoluter Mehrheit gewählt werden muss, also mit mehr als der Hälfte aller Stimmen. Kommt keine Majorität zustande, so muss ein zweiter Wahlgang stattfinden, für den die gleiche Bestimmung gilt. Im dritten Wahlgang wird dann mit relativer Mehrheit gewählt, das heisst: derjenige wird Präsident, der die meisten Stimmen auf sich vereinigen kann. Man muss diese wahltechnische Seite kennen, um das Folgende zu begreifen.

Mir war also mitgeteilt worden, Dr. Gerstenmaier habe im ersten Wahlgang das erforderliche Stimmensoll nicht erreicht, worauf der FDP-Abgeordnete Professor Dr. Hans Reif mich als Gegenkandidaten vorgeschlagen hatte. Gerstenmaier sei hinter der absoluten Mehrheit zurückgeblieben, weil sich einige Abgeordnete der Stimme enthalten hatten. SPD, FDP und BHE hätten sich darauf geeinigt, im zweiten Wahlgang mir ihre Stimmen zu geben. Mein Bonner Fraktionsfreund meinte, es könne noch ein Wunder geschehen.

Aber dieses Wunder geschah mitnichten. Nach etwa einer Stunde rief mich der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU an, um mir zu berichten, dass auch der zweite Wahlgang keine Entscheidung gebracht habe. Gerstenmaier sei mit einem guten Dutzend Stimmen unter der erforderlichen Zahl geblieben; für mich hätten jedoch nahezu zweihundert Abgeordnete des Bundestages gestimmt. Also müsse ein dritter Wahlgang erfolgen. Die Fraktion habe ihn beauftragt, mich zu fragen, ob

ich eine Wahl annehmen würde, die von Mitgliedern aller Fraktionen, nur nicht von denen meiner eigenen getragen wäre. Ich erwiderte, meine Annahme hänge von einer nachträglichen Zustimmung der Fraktion ab. Eine Entscheidung könne ich erst treffen, wenn ich tatsächlich gewählt worden sei. Ich würde sie alsdann von einem Beschluss der Fraktion abhängig machen.

Heinrich Krone, ein getreuer Paladin Adenauers, gleichzeitig aber auch ein alter Freund von mir, stellte nun während einer Geschäftsordnungsdebatte zwischen der zweiten und dritten Abstimmung vor dem Plenum des Bundestages (nicht ganz korrekt) fest, ich würde die Wahl nicht annehmen, denn ich hielte mich an die Fraktionsdisziplin gebunden. Heute bin ich dessen sicher: Hätte Krone diese – um mich vorsichtig auszudrücken – etwas vorgreifende Mitteilung nicht gemacht, dann wäre der dritte Wahlgang anders verlaufen. Wäre ich jedoch in Bonn geblieben, so hätten meine Freunde von mir erfahren können, dass an Krones Erklärung etwas daneben traf. Wahrscheinlich hätten sie mich daraufhin gewählt; so aber unterlag ich gegen Gerstenmaier mit etwa neun Stimmen. Es wurden meiner Erinnerung nach hundertsevenundneunzig gegen zweihundertsechs Stimmen bei zwanzig Enthaltungen abgegeben. Auch im dritten Wahlgang also wurde Gerstenmaier nicht mit absoluter Mehrheit gewählt.

In Berlin stand mein Telefon nicht mehr still. Ununterbrochen erhielt ich Anrufe aus Bonn, von Presseagenturen und Zeitungen; alle wollten wissen, was ich zu diesem Wahlausgang zu sagen hätte und ob ich der Abstimmung gar absichtlich ferngeblieben wäre. Ich konnte nur erwidern, dass dies nicht zutrefte und dass ich nach dem Beschluss der Fraktion die Wahl Gerstenmaiers als gesichert betrachtet hätte.

Dr. Eugen Gerstenmaier wurde ein guter Präsident. Seine Wahl war also kein Unglück. Ich aber war nun durch diesen Vorgang stärker in den Vordergrund des öffentlichen Lebens getreten. Eine solch knappe Wahlentscheidung hatte Aufsehen erregt. Dass solch ein Aussenseiter-Kandidat diese wichtige Wahl beinahe gewonnen hätte, wurde als Sensation gewertet. Ein Schweizer Blatt schrieb damals, ich sei einer der Männer, die noch eine grössere Rolle in der Politik der Bundesrepublik spielen würden. Bis dahin sollte freilich noch einige Zeit vergehen.

Das erste Ministeramt

ZWEI JÄHRE später rief mich Heinrich Krone von Bonn aus an und tat zunächst sehr geheimnisvoll:

«Stehst du oder sitzt du, Ernst?» wollte er wissen. Ich versicherte ihm, ich sässe in meinem Sessel am Schreibtisch. Dann platzte er mit der Mitteilung heraus:

«Adenauer will dich in seinem neuen Kabinett als Minister für das Post- und Fernmeldewesen haben.»

Ich war so überrascht, dass ich um einige Tage Bedenkzeit bat. Ich wollte erst noch an der Plenarsitzung der Europäischen Versammlung in Strassburg teilnehmen und von dort nach Bonn fahren. Als erstes jedoch beriet ich mich mit meiner Familie und meinen engeren Freunden. In Strassburg dann gab ich Nachricht, dass ich bereit sei, falls durch mein Ministeramt meine Beziehungen zu Berlin nicht beeinträchtigt würden.

In Bonn suchte ich den Kanzler auf, um Näheres zu erfahren. Ohne Weiteres genehmigte er mir, meinen Wohnsitz in Berlin beizubehalten, wie dies früher auch bei Robert Tillmanns und Jakob Kaiser der Fall gewesen war. Auf meine Bitte, mir ausserdem ein zweites «Ministerbüro Berlin» zu belassen, gab er nach einigem Zögern seine Zustimmung. Dadurch wurde ich jenes Kabinettsmitglied, das praktisch immer mit einem Fuss an der Spree und mit dem andern am Rhein stand. Ich glaube, diese doppelte Basis hat sich günstig auf meine politische Arbeit in der Bundesregierung wie auf die Berliner Senatspolitik ausgewirkt. Nach meiner Vereidigung vor dem Bundestag bat mich Heinrich Krone in sein Zimmer. Er beglückwünschte mich zu meiner Berufung und meinte dann beiläufig:

«So, Ernst, jetzt sind wir beide quitt. Ich habe dich dem alten Herrn zur Aufnahme in sein Kabinett mit entsprechender Begründung vorgeschlagen, und Adenauer hat auf mich gehört. Ich habe ausgeglichen, was dich an meinem Verhalten vor zwei Jahren bei der Präsidentenwahl enttäuscht hat.»

Meine einjährige Dienstzeit als Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen – 1956 bis 1957 – war die schönste Zeit meines politischen Lebens überhaupt. Als Angehöriger des Kabinetts war ich durch die Mitwirkungsmöglichkeit bei Kabinettsbeschlüssen jedem andern Ressortminister gleichgestellt und stand einem Fachministerium vor, das

seiner Funktion nach nicht mit dem unmittelbaren politischen Geschehen verbunden war. In diesem klassischen Ministerium begegnete ich einer hervorragenden Beamtenschaft, ausgezeichneten Staatssekretären wie Dr. Hans Steinmetz und Professor Friedrich Gladenbeck sowie vortrefflichen Abteilungsleitern. Die Atmosphäre des Hauses war erfreulich. Natürlich hatte ich die Post bis dahin nur als Konsument, also von der andern Seite des Schalters aus, gekannt.

Man wird mir daher nachfühlen können, dass ich mich mit einem gewissen Bangen an die Spitze eines Ministeriums stellen liess, von dessen Struktur ich keine Ahnung hatte. Adenauer hatte mich allerdings getröstet, indem er mir bei der Bestallung versicherte:

«Herr Lemmer, Sie brauchen gar keine Sorge zu haben; es stehen Ihnen ja grossartige Staatssekretäre zur Verfügung. Um Einzelheiten brauchen Sie sich wirklich nicht zu kümmern. Von denen verstehen Sie ja übrigens sowieso nichts. Die grosse Linienführung müssen Sie natürlich verantworten. Ich denke da auch an die Briefmarken. Meine Kinder und Enkel beklagen sich dauernd bei mir. Sie behaupten, die Marken wären miserabel. Auch von Briefmarkensammlern bekomme ich immer wieder Zuschriften. Sie jammern über die allzu moderne Kunstauffassung der Markentypen. Nun machen Sie dat mal mit gesundem Menschenverstand.»

Das war die einzige Richtschnur, die ich vom Regierungschef erhielt. Bei der Amtsübergabe durch meinen Vorgänger, den Professor Siegfried Balke, musste ich mich nun meinem Personal präsentieren. Anwesend waren alle Bediensteten des Hauses, vom Staatssekretär bis zum Amtsgehilfen. Die Elite der Deutschen Bundespost sass also vor mir und wartete interessiert auf meine Antrittsrede. Meine Befangenheit wich indessen sofort, als ich am Rednerpult stand. Ich bat meine künftigen Mitarbeiter um Geduld und Nachsicht, denn ich träte einerseits mit diesem Tage zwar als Minister, andererseits aber auch als Posteleve an. Wenn sie sich alle loyal zu mir verhielten, könne aus mir nach einem Jahr oder mehreren schliesslich doch noch ein sachkundiger Chef werden. Im Augenblick sei ich mir bewusst, dass jeder einzelne von ihnen mehr vom Post- und Fernmeldewesen verstünde als ich.

Diese Bescheidenheit machte Eindruck. Zweifellos brachten meine Vorgänger und auch meine Nachfolger mehr Sachkenntnis mit als ich, doch ein Postminister, der zugab, von postalischen Dingen nichts zu wissen, das war etwas Neues. Ich spürte, dass ich Sympathien gewann.

Zunächst nahm ich mich also der Briefmarken an. Dabei stiess ich auf Granit in Gestalt eines Kunstbeirats, dem Akademieprofessoren aus München, Berlin und Düsseldorf angehörten. Dieser Beirat begutachtete die Entwürfe und traf danach seine Auswahl. Der künstlerische Ruf dieser Persönlichkeiten stand ausser Zweifel; freilich huldigten sie allesamt der modernsten Kunstauffassung. Auf sie gingen die vom Bundeskanzler und von der Öffentlichkeit vielfach kritisierten Entwürfe zurück. In Philatelistenkreisen war man damals mit der Gestaltung der deutschen Briefmarken so unzufrieden, dass sich die Vereinigung der Philatelistenverbände ein Jahr später mit der beschwörenden Bitte an den Bundeskanzler wandte, mir doch ja die Führung des Postministeriums zu belassen, weil ich das Vertrauen und die Zustimmung der Sammler gewonnen und endlich einmal für volkstümliche Entwürfe gesorgt hätte.

Nun, ich habe den Granit nicht erweichen können, sondern ihn wegschieben müssen. Es kam zu fortgesetzten Zusammenstössen zwischen führenden Herren dieses Kunstbeirats und mir. Wir sprachen sehr ungeniert. Einmal erklärte ich zu einem Entwurf kurzerhand:

«Das ist doch Blödsinn!»

Einer der Professoren liess das nicht auf sich sitzen. Er konterte mit den gereizten Worten:

«Herr Minister, Sie sind in künstlerischen Dingen ein Banause.»

Worauf ich ihm freundlich zurückgab:

«Meinetwegen. Lieber will ich ein Banause sein als für Briefmarken verantwortlich, die von der Masse der Bevölkerung missverstanden und abgelehnt werden. Ich will Marken sehen, die den Leuten etwas sagen und die ihnen gefallen.»

Diesen Kunstbeirat habe ich nach einiger Zeit schlicht verabschiedet und mit den Entwürfen von Fall zu Fall sachverständige Graphiker beauftragt, deren es genug bei der Bundesdruckerei in Berlin und in der freien Wirtschaft gab. Berlin hatte damals das Recht, eigene Briefmarken herauszugeben und dabei bewiesen, dass es mehr auf Sachkenntnis ankam als auf graphische Experimentierlust: Die Berliner Marken hatten einen wesentlich besseren Ruf als die in Bonn herausgegebenen.

DA ICH damit rechnete, nur für eine begrenzte Zeit Bundespostminister bleiben zu können, widmete ich den Briefmarken meine ganze Auf-

merksamkeit. In einem Jahr wurden fünfzehn Sondermarken herausgebracht, die alle Porträts bedeutender Deutscher darstellten, darunter fünf von deutsch-jüdischer Abstammung.

Als erste Marke erschien eine mit dem Bild des grossen Reeders der Kaiserzeit und Begründers der HAPAG-LLOYD in Hamburg, Albert Ballin (1859-1918). Als nächster folgte Leo Baeck (1873-1956), der geistige Repräsentant des deutschen Judentums vor und während der Zeit der Verfolgung. Er hatte Theresienstadt überlebt und war nach dem Kriege nach England übersiedelt. Wiederholt besuchte er von dort aus seine alten Gemeindemitglieder in Berlin. Er ist der Verfasser bedeutsamer Schriften über den Geist des Judentums und der Beziehungen zwischen Deutschen und Juden. Die nächste Sondermarke zeigte das Porträt von Heinrich Hertz (1857-1894), dem Schöpfer und Erfinder des modernen Funkwesens. Er war seit 1885 Ordentlicher Professor an der Technischen Hochschule Karlsruhe, späterhin, seit 1889, Universitätsprofessor in Bonn. Die Marke erschien aus Anlass seines hundertsten Geburtstages. Seinen beiden Töchtern, die zu jener Zeit noch in England lebten, hatte ich ein Ehrengeschenk überreichen lassen.

An der Technischen Hochschule in Karlsruhe fand zu Ehren von Hertz eine akademische Feierstunde statt. In einem Laboratorium dieser Hochschule hatte er seine ersten Druck-Experimente mit Erfolg gemacht. Ich hielt eine Laudatio auf den berühmten Forscher. Zunächst stellte ich den Menschen und sein Schicksal dar. Für den technischen Teil meiner Rede hatten mir meine Mitarbeiter etwas mir ganz Unverständliches, aber wissenschaftlich sicherlich Grossartiges aufgeschrieben, wie dies bei Ministern oft üblich sein soll; sie brauchen dann nur abzulesen, was andere für sie verfasst haben. Ich aber erklärte, bei derlei wollte ich lieber nicht mitmachen. Nachdem ich zehn Minuten lang gesprochen hatte, legte ich eine kurze Pause ein und verkündete der Festversammlung alsdann:

«Nun darf ich Ihnen vorlesen, was meine hervorragenden Mitarbeiter mir über die technisch-wissenschaftliche Bedeutung von Heinrich Hertz notiert haben.»

Es gab einen Lacherfolg, und ich erntete anschliessend stürmischen Applaus, der gewiss meiner unverhohlenen Abneigung gegen geistige Hochstapelei galt. Es war mir einfach zuwider, über Dinge zu sprechen, von denen ich nichts verstand. Gerade in technischer Hinsicht bin ich besonders unbegabt.

Die Briefmarke zum Gedenken an Max Reinhardt (1873-1943) liess ich in Berlin herausgeben, an der Wirkungsstätte dieses grossen Theatermannes; auch ihm wollte ich ein Denkmal setzen.

Keine dieser Sondermarken habe ich jedoch mit grösserer Genugtuung erscheinen lassen als die von Fritz Haber (1868-1934). Haber, seit 1906 Professor in Karlsruhe, seit 1911 in Berlin, ist als Erfinder der Stickstoffgewinnung aus der Luft in die Geschichte eingegangen. Ohne seine Erfindung wäre das Deutsche Reich spätestens im Jahre 1915 wegen Munitionsmangels zum Frieden gezwungen worden, da die Blockade die Salpeterimporte aus Chile verhinderte. Aus vielen Briefen geht hervor, dass Haber ein glühender deutscher Patriot war. Als Hauptmann der Reserve hatte er im Frühjahr 1915 den ersten Gasangriff der deutschen Truppen bei La Bassée geleitet. Dieser deutsche Jude hat mit seiner schöpferischen Kraft leidenschaftlich alles versucht, um vom Deutschen Reich die Niederlage abzuwenden.

Nach dem Ersten Weltkrieg bemühte sich Fritz Haber, auf synthetischem Wege Gold zu gewinnen gleich den Alchimisten, damit das Reich seine Reparationen bezahlen könne. Es gelang ihm freilich nicht. Seine patriotische Einstellung blieb dieselbe, als er, ein Nobelpreisträger, im Frühherbst 1933 sein Vaterland verlassen musste. Er ging nach England ins Exil. Man hatte noch versucht, ihn in Deutschland zu halten, ihn gewissermassen zu «arisieren». Er wäre ein schlechter Jude gewesen, hätte er sich dadurch bestechen lassen, in einem Lande auszuharren, wo seine Glaubensgenossen schwersten Verfolgungen ausgesetzt waren.

Ein Jahr nach seiner Emigration reiste Fritz Haber in die Schweiz und mietete in einem Baseler Hotel ein bescheidenes Zimmer. Am Morgen des 29. Januar 1934 brach er in Richtung der deutschen Grenze auf, die er nicht überschreiten durfte. Nahe der Rheinbrücke bei Weil, mit dem Blick auf die Höhen des Schwarzwaldes, schoss er sich eine Kugel in den Kopf. In seinem Zimmer fand man Stunden danach seine Abschiedsbriefe. In tiefster seelischer Not hatte er geschrieben, in der Fremde könne er nicht leben, sein Vaterland jedoch habe ihn verstossen, damit sei das Leben sinnlos für ihn geworden. Adieu ...

Max Planck wollte damals eine Totenfeier für seinen grossen Kollegen abhalten. Der akademische Senat war einmütig seiner Meinung, die nationalsozialistischen Behörden genehmigten indessen eine Trauerfeier für einen Juden nicht. Am ersten Jahrestag seines Todes fand

dennoch eine nachträgliche Gedächtnisfeier statt, auf der Max Planck die Bedeutung dieses grossen Wissenschaftlers würdigte. Nur die Auslandskorrespondenten waren zugelassen, die Inlandspresse war nicht vertreten. Zu jener Zeit standen die Nationalsozialisten unter dem Druck der noch nicht ganz einflusslosen Reichswehr und der Wissenschaft; sie machten gute Miene zum bösen Spiel. Jede Berichterstattung über das Ereignis war verboten, allen Angehörigen der Reichsbehörden war die Teilnahme untersagt. Dennoch war der grosse Saal des Hamack-Hauses überfüllt. Jedermann war bewegt, als Oberst Dr.-Ing. Josef Koeth, der als Chef der Rohstoffabteilung im Kriegsministerium ein besonders enges Arbeitsverhältnis zu Fritz Haber gehabt hatte, nun erstmals von den Umständen berichtete, unter denen dieser Wissenschaftler aus dem Leben geschieden war. Ich erinnere mich, wie erschüttert mein Kollege Dr. Caratsch und ich das Harnack-Haus verliessen. Ich hatte Tränen der Scham in den Augen.

ALS MINISTER hat man mit den Sorgen zahlreicher Menschen zu tun, und es kommt sehr darauf an, das richtige Gefühl für berechnete oder unberechnete Forderungen zu haben. Einmal während meiner Postministerzeit fiel ich allerdings fürchterlich herein. Aus reinem Mitgefühl glaubte ich nämlich, einen sozialen Fortschritt bei der Bundespost einführen zu müssen: Ich wollte älteren Rentenbeziehern den – wie ich meinte – mühseligen monatlichen Weg zum Postamt ersparen. Oft hatte ich am Monatsende Schlangen von Menschen beobachtet, die stundenlang vor Schaltern warteten, um ihre Rente zu kassieren. Ich war in vielen Postämtern gewesen und fand dieses Schauspiel entwürdigend. Alte Mütterchen standen bei jedem Wetter und zu jeder Jahreszeit im Freien.

Meine Mitarbeiter hatten mich gewarnt. Man habe zwar Verständnis für meinen Wunsch, doch es fehle an Personal. Zunächst erreichte ich immerhin, dass die Rentenbezieher über siebzig Jahre nicht mehr am Postschalter vorsprechen mussten, sondern ihr Geld überwiesen bekamen. Auf diese humanitäre Heldentat war ich reichlich stolz; auch die Presse wusste meine Massnahme gebührend zu bewundern. Bald aber wurde ich durch ein Erlebnis nach einem Vortrag in der Volkshochschule von Marl-Hüls total ernüchert. Ich hatte erzählt, wie ich dazu gekommen war, meine fortschrittliche Tat der Rentenüberweisung durch die Post anzuordnen, und weitere Vergünstigungen in Aussicht

gestellt. Ich fand sofort Zustimmung bei allen, die keine Rentenbezieher waren.

Nachher stand ich noch im Kreise einiger Zuhörer. Der eine wünschte dies, der andere jenes; Händeschütteln hier, Händeschütteln dort. Mir fiel auf, wie ein Rentner mit Krückstock auf mich zuhumpelte. Der Mann schaute dabei scheu rückwärts, als werde er verfolgt. Endlich hatte er mich erreicht und sprach in seinem westfälischen Platt diese schicksalschweren Worte:

«Herr Minister, dat will ich Ihnen sagen: Wat Se mit de Renten gemacht haben, dat is Unfug. Ich kann nur sagen, dat Se keine Ahnung von nichts haben, welchen Spass uns dat macht, wenn wir Kumpels zum Postamt gehen, de Rente abheben, in de nächste Kneipe ziehen un ein paar schmettern un dabei alte Erinnerungen austauschen. Dat haben Se uns jetzt jenommen. Dat is schlecht, Herr Minister. Nehmen Se de Verordnung zurück. Ausserdem» – er guckte ängstlich über die Schulter, als fürchtete er, seine Frau habe zugehört –, «un dann, Herr Minister, kriegt jetzt dat Geld meine Olle zuerst in die Finger, un die teilt mir dann zu, was se für richtig hält. Vorher hab ich dat Geld gekriegt und meiner Frau zugeteilt. Ich braucht' ihr ja auch nicht immer zu sagen, wenn da so ne Erhöhung kam. Also jetzt hat die Olle dat Portemonnaie, un das ist kein Zustand nicht für'n Mann! Herr Minister, nix wie zurück mit der Verordnung!»

Ich fühlte mich «am Boden zerstört». Theorie und Praxis, hier klafften sie wieder einmal weit auseinander. Meine Verordnung nun wieder rückgängig zu machen, das ging nicht. Aber ich glaube doch, dass sich die Methode inzwischen eingespielt hat, so dass praktisch nur solche Rentenbezieher, die es selber ausdrücklich wünschen, ihre Rente auf ein Konto überwiesen erhalten.

IN MEINER ZEIT als Postminister kam es oft zu internationalen Begegnungen. Diese Veranstaltungen verliefen deshalb so harmonisch, weil sie abseits aller politischen Finessen an einem idyllischen Flecken im unteren Maintal stattfanden, nämlich in Klein-Heubach bei Miltenberg. Alle Jahre versammeln sich dort Postler aus aller Herren Länder des Weltpostvereins zu Tagungen. Wir luden die ausländischen Gäste in ein Schloss des Fürsten zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg ein, das wir als Schule für die Bundespost gepachtet hatten.

Es dürfte in der Nachkriegszeit keinen Postminister gegeben haben, der

angesichts des wachsenden Personalmangels nicht seine Schwierigkeiten gehabt hätte, den Zustellungsdienst in Gang zu halten. Die Sachbearbeiter des Ministeriums drängten darauf, dass bei Errichtung von Neubauwohnungen Briefkästen für alle Mieter an der Haustür angebracht wurden. Auch heute noch gibt es schliesslich vielstöckige Neubauten ohne Aufzug. Was den Briefboten oft zugemutet wird, ahnt das Publikum wohl kaum. Ohnehin müssen sie viel umfangreiches Drucksachenmaterial mit sich herumschleppen. Die moderne Reklame wendet sich ja in steigendem Masse an die Verbraucher selbst. Ich hätte gar zu gern durchgesetzt, dass allen Besitzern mehrstöckiger Häuser die Auflage gemacht wird, Briefkästen im Erdgeschoss anzubringen. Die Post erklärte sich sogar bereit, die Unkosten zu übernehmen. Mittlerweile haben sich die Verhältnisse zwar etwas gebessert, zufriedenstellend sind sie freilich noch lange nicht.

Eine andere grosse Sorge war damals wie heute, die Ausgaben- und Einnahmenseiten im Bundesposthaushalt auszugleichen. Wenige Wochen nach meiner Amtsübernahme, etwa vierzehn Tage vor Weihnachten 1956, sollte ich eine Verordnung unterzeichnen, derzufolge umfangreiche Aufträge an die elektrotechnische Industrie wegen der schlechten Finanzlage der Post gesperrt worden wären. Meinem Staatssekretär, Professor Gladenbeck, konnte ich klarmachen, dass mir derartiges nicht zugemutet werden könne: Gerade die Berliner Elektroindustrie wäre durch diesen Auftragsentzug erheblich betroffen worden. Ausserdem hätten unmittelbar vor dem Weihnachtsfest Arbeiter entlassen werden müssen. Ich weigerte mich strikt, und – siehe da – es ging auch anders.

Minister für Gesamtdeutsche Fragen

ICH EMPFAND es als politische Aufwertung, dass ich nach den Wahlen von 1957 als Bundespostminister abgelöst und zum Nachfolger meines schwer erkrankten Freundes Jakob Kaiser als Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen berufen wurde. Diesem Ressortwechsel habe ich ohne Zögern zugestimmt, obwohl mich die Erkenntnis bedrückte, dass nicht die geringste Chance bestand, die gestellte Aufgabe zu lösen. Dass dabei mein seit dem Bruch gespanntes Verhältnis zu den Sowjets als Hemmschuh gewirkt haben könnte, glaube ich nicht. Die Russen

denken politisch sehr nüchtern. Sie hätten gewiss mit jedem Föhlung aufgenommen, wenn es ihren Interessen dienlich gewesen wäre. Als Ulbricht begann, seine Propagandamaschine anlaufen zu lassen, um meine moralische und meine politische Position zu attackieren, meinte ein sowjetischer Diplomat in Bonn in der Wandelhalle des Plenarsaals auf meine Beschwerde hin nur lakonisch:

«Aber Herr Lemmer, Sie sind doch Politiker!»

Damit wollte er sagen, dass man sich in exponierter Stellung nicht dagegen wehren könne, zur Zielscheibe von Verleumdungen gemacht zu werden.

Das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen ist eine Schöpfung Jakob Kaisers; er allein gab ihm Aufgabe und Bestimmung. Im engsten Freundeskreis des Parlamentarischen Rates wurde darüber bereits während der Verhandlungen über das Grundgesetz gesprochen. (Die heutige Bundesrepublik wurde ja von Anfang an lediglich als ein Provisorium betrachtet, das den nicht von den Sowjets beherrschten Teil unseres Landes umfassen sollte.)

Es gab viele Widerstände zu überwinden. Dem Verdacht einer separatistischen Staatsgründung unter dem Protektorat der westlichen Siegermächte sollte von vornherein klar begegnet werden. Kaiser beharrte auf seinem Standpunkt, sonst hätte er sich an der in Aussicht stehenden Kabinettsbildung nicht beteiligt. Im Adam-Stegerwald-Haus in Königswinter gab es bei leidenschaftlich geföhrten Diskussionen oft heisse Köpfe. Franz Thedieck, gegen dessen Berufung als Staatssekretär sich Adenauer monatelang hartnäckig gewandt hatte, konnte von Kaiser schliesslich doch durchgesetzt werden. Seine Sachkenntnis war viele Jahre lang jedem der Leiter dieses Ressorts dienlich, ebenso wie seine grosse Verwaltungserfahrung.

Die anhaltende Ost-West-Wanderung vieler Deutscher aus der Zone warf schwierige Probleme auf. Bis zum August 1961 kamen Millionen Menschen in den Westen, danach noch Zehntausende, die meisten unter Geföhrdung von Freiheit und Leben.

Dieses Ministerium, das ohne Beispiel war, hat mir die Möglichkeit gegeben, immer wieder an unser Volk zu appellieren, in seinen Bemühungen um eine Verständigung nicht nachzulassen, sich selbst und seiner Geschichte treu zu bleiben, die Begegnung untereinander als ein wichtiges Politikum anzusehen und nicht aufzuhören, durch Standfestigkeit, Geduld und Phantasie die Voraussetzungen zur Lösung der

deutschen Frage zu schaffen. Die Menschen der Bundesrepublik sollten sich durch den wachsenden Wohlstand nicht korrumpieren lassen und die Beziehungen zu den von uns getrennten Deutschen eifrig pflegen.

Ich glaube, es war Anfang 1959, als ich bei Theodor Heuss meinem ganzen Verdruss und Ärger darüber Ausdruck gab, dass die gesamtdeutsche Politik doch wenig Spielraum habe, weil Dr. Adenauer auf jede Anregung nicht nur negativ reagierte, sondern einen sogar geradezu abkanzeln konnte, wenn er auf Konzeptionen stiess, die nicht der seinigen entsprachen. Adenauer hatte seinen Kurs für die gesamtdeutsche Politik, die von ihm positiv gemeint war, nach der Situation festgelegt, die bei Bildung der Bundesrepublik und in den nachfolgenden Jahren bestanden hatte; er wollte die Realität der Bundesrepublik auf keinen Fall auch nur irgendwie dadurch gefährden, dass er einmal etwas anderes versuchte. Es war bedrückend, dass wir auf diesem Gebiet nicht nur nicht weitergekommen waren (höchstens in der Festigung der inneren Stabilität); auf dem internationalen Feld war unsere Bewegung eher rückläufig geworden. Wir alle, die wir in dem «Kuratorium Unteilbares Deutschland» mitwirkten, wurden von einer zunehmenden inneren Unruhe erfüllt, so dass wir uns immer wieder die Frage stellten: Wie ist die gesamtdeutsche Politik zu aktivieren?

Aus diesen Überlegungen und Sorgen heraus hatte ich ein Zeitungsinterview gegeben, in dem ich darstellte, wir könnten von unseren Landsleuten in Mitteldeutschland nicht erwarten, dass sie jahrzehntelang in der politischen Isolierung von uns ihre nationale Moral erhalten würden. Diese Gedanken trug ich nun Heuss vor und beklagte mich darüber, dass ich von Adenauer ziemlich brüsk zurechtgewiesen worden sei, als ich ein Gespräch mit ihm über dieses Thema suchte. Heuss versprach mir, bei der nächsten Lagebesprechung beim Bundeskanzler von sich aus ähnlichen Besorgnissen Ausdruck zu geben, um auf diese Weise unauffällig mein Anliegen fördern zu können. Ich weiss, dass er sein Wort gehalten hat und dass es zwischen beiden zu einer ungewöhnlich langen Aussprache gekommen ist. Leider hat mich Theodor Heuss über Einzelheiten nicht unterrichtet, doch war mir wohlbekannt, wie Heuss über diese Dinge dachte und wieviel anders Adenauers Standpunkt war.

Dennoch sind wir, alles in allem, unseren Zielen nicht einen Schritt nähergekommen. Meine Nachfolger haben versucht, durch andere Methoden der Wiedervereinigung näherzukommen. Dr. Rainer Bar-

zel, Dr. Erich Mende und Herbert Wehner haben sich – jeder auf seine Weise – in dem Aufgabenbereich dieses Hauses darum bemüht, ein weiteres Auseinanderleben unseres Volkes zu verhindern. Mit ihnen fühle ich mich in der Leidenschaft für die Aufgaben dieses Ministeriums tief verbunden. Zu bedauern hatte ich seitdem nur, dass seine Fühlung mehrfach wechselte, nachdem Jakob Kaiser von 1949 bis 1957 und danach ich für sechs Jahre dieses Amt bekleidet haben. Bis jetzt ist keine Besserung der Lage zu verzeichnen. Mein derzeit amtierender Nachfolger, Herbert Wehner, der zu jenen gehört, die tief unter der Teilung von Land und Volk leiden und der mit viel Phantasie und starkem Willen versucht, Wege zu einer neuen Politik einzuschlagen, hat bisher nur enttäuschende Ablehnungen erfahren. Je mehr von uns getan wurde, umso entmutigender war Ulbrichts Reaktion.

ICH WILL NICHT verhehlen, dass ich am 11. Dezember 1962 mit Enttäuschung meine Ablösung durch den heutigen Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, Dr. Rainer Barzel, zur Kenntnis nehmen musste. Meine Verabschiedung erfolgte in einem sehr schlechten Stil. Von einem Portier zu erfahren, dass ein anderer bei der Neubildung des Kabinetts das eigene Ressort übernommen hatte, kam einer Demütigung gleich.

Ich habe damals den Reportern gesagt, dass eine Kabinettsumbildung ein ganz natürlicher Vorgang wäre, der zum Wesen einer Demokratie gehört. Was mich aber doch verletzt hat, war der Umstand, dass weder der Bundeskanzler noch der damalige Fraktionsvorstand mich über den Wechsel informiert hatten. Meinem Nachfolger Barzel habe ich dennoch gern meinen Rat zur Verfügung gestellt. Er zeigte als Jüngerer viel Takt und politisches Stilgefühl. Meine Beziehungen zu Adenauer jedoch wurden durch diesen Mangel an Form für eine ganze Zeit gestört. Da ich indessen nicht nachtragend bin und diese Charaktereigenschaft auch als unfeine Haltung empfinde, konnte unser Verhältnis wieder bereinigt werden. Meine Fraktion versuchte, mich durch einen Beschluss zu trösten, was gar nicht nötig gewesen wäre, aber man hatte doch wohl das Gefühl, dass etwas geschehen müsse. Auf Vorschlag des Vorsitzenden, Dr. von Brentano, wie Dr. Barzeis wurde ich mit grosser Mehrheit zum Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU gewählt. Das gab mir die Gelegenheit, in Zusammenarbeit mit Dr. Adenauer und später auch mit Ludwig Erhard unmittelbaren Einfluss auf den Gang der politischen Entwicklung zu nehmen.

Die Tonband-Panne

IM JAHRE 1958 hatte das Kabinett beschlossen, zu den Olympischen Spielen 1960 in Squaw Valley und Rom eine deutsche Vertretung zu fördern. Bei der sportlichen Erörterung der Vorbereitungen war eine Streitfrage aufgetaucht, die eigentlich schon früher hätte erwartet werden müssen: Die mitteldeutschen Sportler forderten, in einer eigenen «DDR-Mannschaft» zugelassen zu werden und nicht – wie bisher – mit den Teilnehmern der Bundesrepublik eine gemeinsame, also eine gesamtdeutsche Mannschaft zu bilden. Auf jeden Fall wurde in Ost-Berlin kategorisch verlangt: wenn eine Mannschaft, dann müsse jede Gruppe ihre eigenen Embleme führen.

Mir war jedoch daran gelegen, auch für diese Olympiade eine gemeinsame Mannschaft zu retten und nicht vor der ganzen Welt die Spaltung Deutschlands besonders drastisch sichtbar zu machen. Das hätte nur bedeutet, im Sinne von Ulbricht und seinen Freunden zu handeln. Ich hörte von den Kompromissanregungen des uns wohlgesonnenen Chefs des Internationalen Olympischen Komitees, des Amerikaners Avery Brundage. Er befürchtete, die Bildung einer gesamtdeutschen Mannschaft werde wohl am Fahnsymbol scheitern, doch er wollte – in Übereinstimmung mit Willi Daume und den anderen führenden Männern des Deutschen Sportbundes – dafür eintreten, dass eine gesamtdeutsche Olympiamannschaft zustande käme, wie dies später, 1964, auch noch in Tokio möglich sein sollte. Ich erklärte mich bereit, einen Kompromiss zu fördern – allerdings als einziger im Kabinett. Den Kompromiss des Internationalen Olympischen Komitees hielt ich für durchaus tragbar.

Brundage hatte zunächst unter lebhafter Zustimmung des Deutschen Sportbundes und aller an den Olympischen Spielen interessierten Deutschen vorgeschlagen, auf beide Flaggen die olympischen Ringe zu setzen. Dagegen hatte ich nichts einzuwenden, weil wir dadurch ja nichts preisgaben. Die olympischen Ringe sind als ein ehrenwertes Symbol in aller Welt bekannt und geachtet. Wenn diese Ringe auf den Fahnen – unter Weglassung von Hammer und Zirkel einerseits und des Bundesadlers andererseits – die Aufstellung einer gesamtdeutschen Mannschaft zu sichern vermochten, dann schien mir das der Billigung wert. Unsere deutschen Nationalfarben waren ja unumstritten.

Ich unterlag jedoch im Kabinett, was mich sehr verdross, denn ich sah

jetzt zum erstenmal auf einer Olympiade zwei deutsche Mannschaften getrennt in die Arena einziehen: die eine Gruppe unter der schwarz-rot-goldenen Fahne mit dem Bundesadler, die andere unter Schwarz-Rot-Gold mit Hammer und Zirkel. Ich war entschlossen, selbst wenn es meine Stellung im Kabinett kosten sollte, zwar in geziemender Weise, doch in der Sache fest, für den Kompromissvorschlag des Internationalen und des Nationalen Olympischen Komitees der Bundesrepublik einzutreten. Die Reaktion der Öffentlichkeit war ungewöhnlich heftig: die Sportwelt stimmte mir einhellig zu. Die Presse brachte meine Erklärung, die ich in der Berliner Kongresshalle vor der Winterolympiade auf einer Tagung des «Kuratoriums Unteilbares Deutschland» abgegeben hatte, durchweg mit Schlagzeilen auf der ersten Seite. Die Öffentlichkeit schien überwiegend auf meiner Seite zu stehen. Eine Spaltung der Olympiamannschaft in Ost und West wäre tief beklagt worden.

Von Adenauer hörte ich in dieser Frage zunächst gar nichts. Ich wusste nicht, wie er auf meine leichte Insubordination reagiert hatte. Jedenfalls schwieg er sich aus. Auch vom Bundespresseamt kam keine Stellungnahme, die mich desavouiert hätte, denn ich hatte meinen Standpunkt sehr zurückhaltend vorgetragen, um niemanden zu provozieren.

Dann aber passierte etwas Unerwartetes, das noch grössere Schlagzeilen machte als meine Berliner Rede. Der Bundeskanzler war zu einem Rundfunkgespräch in ein Bonner Studio eingeladen worden. Da die technischen Vorbereitungen noch nicht beendet waren, wartete er mit dem Chef des Bundespresseamtes, meinem Freund Felix von Eckardt, in einer Kabine, die akustisch bereits für die Aufnahme hergerichtet war, so dass jedes Gespräch automatisch auf Band ging. Wie das geschehen konnte, weiss ich auch nicht.

Die deutsche Öffentlichkeit erfuhr nun von folgendem Zwiegespräch: Von Eckardt: «Herr Bundeskanzler, haben Sie den Text der Rede von Minister Lemmer vor dem ‚Unteilbaren Deutschland‘ zur Olympiade-Flagge gelesen?»

Adenauer: *Schweigen.*

Von Eckardt: «Herr Bundeskanzler, ich bedaure diese Haltung Ihres Ministers, weil sie eben die Bundesregierung uneinig erscheinen lässt. Das ist immer schlecht.»

Adenauer: *Schweigen.*

Der Bundeskanzler hatte offenbar keine Neigung, sich selbst gegen-

über seinem Vertrauten auf dieses heikle Thema einzulassen. Der zähe Eckardt, der nun erst recht die Meinung Adenauers erfahren wollte, um Fragen der Presse beantworten zu können, und der ja auch nicht ahnen konnte, dass das Gespräch aufgenommen wurde, meinte drängend, es müsse doch irgendeine kurze Erklärung abgegeben werden.

Jetzt endlich entschloss sich Adenauer zu einer Entgegnung:

«Wat woll'n Se, Herr von Eckardt? Ich hab' damit jetzt Ärger jenuch. Wat soll ich denn mit de' Herrn Lemmer machen? Soll ich den Kerl jetzt deswegen aus dem Kabinett rausschmeissen? Wo er Berliner ist!»

Diese Unterhaltung gelangte wortwörtlich in die Presse, und das war äusserst peinlich. Ein Blatt brachte am anderen Morgen unter dicken Balken den kränkenden Satz des Kanzlers. Der empörte Techniker, zufällig ein Mitglied der «Jungen Union», stand so sehr auf meiner Seite, dass er aus Gesinnungsgründen das Gespräch den Reportern weitergab. Er sollte deswegen später disziplinarisch belangt werden, was aber dann doch unterblieb.

In der nächsten Kabinettsitzung machte ich deutlich, dass ich mich verletzt fühlte. Ich sprach nicht ein einziges Wort und sah Adenauer kaum an. Seine witzigen Bemerkungen, die er so liebte und mit denen er oft eine begangene Härte ausbügeln wollte, die ihm dann leid tat, kamen bei mir nicht an. Ich verzog keine Miene. Er merkte bald, dass ich wegen der Äusserung «Ich kann doch den Kerl nicht rausschmeissen, wo er Berliner ist» beleidigt war. Die Sitzung ging zu Ende. Adenauer erhob sich, schaute zu mir herüber und sprach wie beiläufig:

«Herr Lemmer, kommen Sie doch, bitte, für einen Augenblick mit mir hinauf.»

Der Kabinettsitzungsraum liegt im Erdgeschoss des Palais Schaumburg, die Arbeitszimmer des Kanzlers befanden sich in der ersten Etage. Wir gingen die Treppe hoch, und Adenauer bat mich, Platz zu nehmen. Gespräche mit dem Kanzler, auch wenn sie unter vier Augen verliefen, erfolgten meist nicht an seinem Schreibtisch, sondern an einem langgestreckten Tisch mitten im Raum, wo er sich an der Kopfseite niederzulassen pflegte.

Wir setzten uns. Wir schwiegen beide. Wir blickten uns an. Ich hatte nicht die Absicht, die Unterhaltung zu eröffnen, denn ich war ja zu

dieser Unterhaltung aufgefordert worden. Nach längerem Schweigen fragte Adenauer ein wenig ratlos:

«Nu, Herr Lemmer, wat machen wir denn jetzt?»

Ich erwiderte:

«Herr Bundeskanzler, ich habe lediglich eine Bitte: Wir müssen durch ein knappes Kommuniké der Öffentlichkeit davon Kenntnis geben, dass wir uns ausgesprochen haben und dass ich weiterhin Ihr Vertrauen genieße.»

Worauf mich Adenauer ganz verdutzt anschaute und fragte: «Vertrauen? Grosses Vertrauen, Herr Lemmer! Ich habe grosses Vertrauen zu Ihnen.»

Ich erkundigte mich, ob das im Kommunique zum Ausdruck gebracht werden könne.

«Selbstverständlich», versicherte der Kanzler.

Es wäre für mich unerträglich gewesen, ohne einen derartigen Vertrauensbeweis weiter im Kabinett zu verbleiben. Adenauer verstand dies. Ich war bei diesem Streit um die Olympiadeflagge und um die gesamtdeutsche Mannschaft zuständig, weil ich ja Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen war.

Adenauer blickte mich noch eine Weile mit listigem Lächeln an. Ich ahnte, was jetzt kommen würde.

«Nun, Herr Lemmer, jetzt seien Sie mal ganz ehrlich, die Sache ist ja erledigt: Haben Sie hinter meinem Rücken nicht auch schon gelegentlich etwas gesagt, was nicht gerade erfreulich in meinen Ohren geklungen hätte?»

Ich beeilte mich mit meiner Antwort:

«Herr Bundeskanzler, ich versichere Ihnen: unzählige Male habe ich das schon getan.»

Jetzt musste er doch lachen. Zum Abschluss meinte er noch:

«Seh'n Se, Herr Lemmer, Sie haben eben nur nicht das Pech gehabt, dass es auf Band gekommen ist und damit in die Öffentlichkeit.»

Wir schieden versöhnt. Er begleitete mich mit seinem ausgesprochenen Stilgefühl bis zur Ausgangstür und verabschiedete mich mit einem Händedruck. Dieses Verhalten zeigte, dass er grosszügig sein konnte, nicht überheblich war und Charme besass. Dieser Zug im Wesen Adenauers hat mich immer beeindruckt.

Eines Tages hatte ich mit dem Bundeskanzler wieder einmal eine Differenz. Es handelte sich um eine Bagatelle, die bald beigelegt wurde.

Plötzlich jedoch fiel mir auf, dass Adenauer mein Gesicht eingehend musterte. Ich dachte: Will er jetzt Physiognomiestudien betreiben, oder was soll das sonst bedeuten? Auf einmal platzte er heraus:

«Sagen Sie mal, Herr Lemmer, was haben Sie doch für wunderbare blaue Augen! Dat ist mir doch eigentlich bis jetzt noch gar nicht aufgefallen, obwohl ich Sie schon solange kenne. Sie erinnern mich aber noch an einen andern, der auch so schöne blaue Augen hat, die sind mir sofort aufgefallen, aber ich kann im Augenblick nicht sagen, wer das war . . . Doch, jetzt weiss ich es wieder: Dat war der Herr Bulganin.»

Lächeln auf beiden Seiten. Das sollte natürlich eine kleine Frotzelei sein. Ich erinnerte ihn daran, dass auch die Engel im Himmel blaue Augen haben sollen ...

Eine Skatrunde mit der SED

DIE SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI Deutschlands hatte sich bei den ersten Berliner Landeswahlen auffallend zurückgehalten. Sie fühlte wohl, wie schwach ihre Position war, und anscheinend hatten auch die östlichen Leitstellen die Parole ausgegeben, kein unliebsames Aufsehen zu erregen. Jedenfalls merkte man in den Wahlkämpfen der ersten Jahre von der Mitwirkung der SED so gut wie nichts.

Das wurde erst bei den Landtagswahlen von 1958 anders. Jetzt war leicht zu erkennen, dass die Ost-Berliner Führung der Kommunisten alles darauf angelegt hatte, ihre Anhänger in West-Berlin aktiver werden und auf die Öffentlichkeit einwirken zu lassen. In den grösseren Wahlversammlungen traten sie in geschlossenen Gruppen auf, beteiligten sich mit mehreren Rednern an den Diskussionen und konnten bei manchem Zuhörer den Eindruck erwecken, dass die Kommunisten einen grösseren Wahlerfolg in West-Berlin erzielen würden. Wie sich dann herausstellte, verloren sie stattdessen weiter an Stimmen – trotz oder vielleicht gerade wegen ihrer grösser gewordenen Aktivität.

Ich erinnere mich einer Versammlung in meinem Wahlbezirk Reinickendorf, im industriellen Ortsteil Tegel-Nord, bei der die SED ihr Häuflein aus verschiedenen Trupps zusammengezogen hatte, um meine Kundgebung zu stören. Während der Rede hagelte es Zwischenrufe und Proteste. Langsam wurde die Lage ungemütlich. Es gelang mir

in der Tat zunächst nicht, die Randalierer zur Ruhe zu bringen. Die Polizei wollte ich ganz und gar nicht herbeirufen, denn sonst hätte in den Ost-Berliner Blättern am nächsten Tage gestanden: «Der CDU-Sprecher konnte nur durch die Polizei vor dem Entrüstungsturm seiner Zuhörer geschützt werden.» Doch auf eine andere, recht unorthodoxe Weise brachte ich die Kommunisten schliesslich zum Schweigen. Ich erklärte ihnen nämlich, im Grunde seien wir doch alle Berliner, seien alle Deutsche, und ich hätte den Wunsch, nach Schluss der Versammlung noch eine Weile mit einigen von ihnen beisammenzusitzen – aber nicht etwa, um weiter zu politisieren; davon hätte ich dann die Nase voll. Ich schlug vielmehr einen zünftigen Skat vor. Ich wollte es ihnen überlassen, drei Partner zu stellen, damit wir einmal im Kartenspiel unsere Kräfte messen konnten.

Merkwürdigerweise trat jetzt Ruhe ein, die Stimmung wurde gelockert, und nach der Versammlung meldeten sich zum Entsetzen ihrer Funktionäre tatsächlich drei dieser SED-Männer bei mir, um einen Skat zu dreschen. Um uns herum standen natürlich Dutzende von Neugierigen ohne Unterschied der Partei und hatten ihren Spass daran, dass jetzt ein aktiver Bundesminister, Kandidat der CDU im Verwaltungsbezirk Reinickendorf, mit seinen kommunistischen Versammlungsgegnern um einen Zehntelpfennig Skat spielte. Nachdem die höheren Funktionäre wutschnaubend verschwunden waren, herrschte am Skattisch eine prachtvolle Stimmung. Bei der Abrechnung hatte ich an meine kommunistischen Mitspieler genau zwei Mark vierzig verloren, die ich ihnen mit den Worten überreichte:

«Hier, ein kleiner Beitrag für eure Wahlkampfkasse.»

Die braven Genossen nahmen lächelnd das Geld entgegen, sind aber sicherlich nicht ohne Besorgnis nach Hause gegangen. Vermutlich erhielten sie am nächsten Tag von ihren Spitzenfunktionären wegen dieser Skatverbrüderung einen ordentlichen Rüffel verpasst.

Im Auto durch die Zone

SEIT ICH dem Bundestag angehörte, fuhr ich meist mit dem Auto nach Bonn, also durch die Zone hin und zurück. Das blieb auch so, nachdem ich im Herbst 1956 von Adenauer als Postminister ins Kabinett berufen wurde. Daran änderte sich selbst dann noch nichts, als mir ein Jahr

danach das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen anvertraut wurde. Trotz der gegen dessen jeweiligen Minister gerichteten Verleumdungspropaganda aus Ost-Berlin sah ich keinen Anlass, die Fahrten durch das Zonengebiet, über Helmstedt, Hof, Eisenach oder Lauenburg, einzustellen. Das Verhalten der Grenzbeamten der Volkspolizei war stets korrekt, oft eher betont freundlich.

Eines Nachts, als ich nach einer Rede im Bundestag bei Marienborn die übliche Kontrolle über mich ergehen liess, fragte der Kommandant des Grenzpostens, ob ich denn eigentlich keine Angst hätte, mich nach solch einer «Hetzrede» gegen die DDR in deren Gewalt zu begeben. Um ein wenig Zeit zu gewinnen, antwortete ich mit der Gegenfrage, woher er denn meine angebliche Hetzrede kenne – höre er vielleicht gar den westdeutschen Rundfunk ab? Das brachte ihn sichtlich in Verlegenheit. Er wurde indessen noch verlegener, als ich ihm erklärte, natürlich fühlte ich mich im Bereich Ulbrichts ein bisschen unsicher, jedoch wohl kaum mehr als er selbst. Dies allerdings verschlug dem anscheinend keineswegs böartigen Vopo-Offizier die Sprache. Er wandte sich wortlos ab.

Ein aufregenderes Erlebnis hatte ich während eines ungewöhnlich langen Winters, Anfang März 1959, bei einer nächtlichen Rückfahrt von Hannover, wo ich einen Vortrag beim CVJM gehalten hatte. Die Autobahn war stark vereist, der Verkehr sehr schwach, ich quälte mich mit einer fiebrigen Erkältung ab. Auf der westlichen Höhe vor dem Elbetal bei Magdeburg versagte der Motor, und der Wagen blieb unweit des Rasthauses und der Werkstätte stehen. Mein braver Fahrer Wallitschke sah keine Möglichkeit, vor dem Morgen weiterzukommen. Bei meinem angeschlagenen Gesundheitszustand hielt er es für ratsam, das nächste in Richtung Berlin fahrende Auto anzuhalten und um Mitnahme zu bitten.

Ehe der erste Wagen kam, verging eine unangenehm lange Zeit. Der Fahrer war einer der leitenden Ärzte des Evangelischen Hubertus-Krankenhauses in Berlin-Schlachtensee, der mich kannte und sogleich bereit war, mich mitzunehmen. Unterwegs bekamen wir beide einen Schrecken, als wir bemerkten, dass mein Name ja nicht auf seinem «Laufzettel», sondern auf dem meines Chauffeurs eingetragen war. Wir machten uns schon auf ernste Schwierigkeiten in Babelsberg gefasst, wobei vor allem ich ein schlechtes Gewissen hatte.

An dieser Kontrollstelle herrschte gegen fünf Uhr in der Frühe über-

haupt kein Betrieb. Der Beamte am Kontrollschalter für die Personal- und Wagenpapiere war eingenickt; wir mussten ihn erst wecken. Schlaftrunken nahm er die Ausweise des Arztes entgegen, wurde aber hellwach, als er den ungenügenden Laufzettel sah und hörte, wer der «blinde Passagier» sei. Der Arzt musste sich zu seinem Wagen zurückbegeben, während der Beamte mich in eine andere Baracke führte. Seinen Kameraden, die sich im Vorraum aufwärmten, rief er zu, hier habe er einmal einen leibhaftigen Bundesminister vor sich, und zwar diesen Ernst Lemmer.

Obwohl ich mit einem freundlichen «Guten Morgen, Herr Lemmer» begrüsst wurde, war mir nicht sehr wohl zumute. Der Kommandant, «Schichtmeister» angesprochen, empfing mich wohl neugierig, doch sachlich und kühl. Er wies mir einen Stuhl in seiner Stube an und verliess den Raum dann, um meine Angaben in Marienborn telefonisch zu überprüfen. Ein Unteroffizier liess sich nun am Tisch des Schichtmeisters nieder. Der Mann spielte eine Weile stumm mit einem Lineal. Plötzlich fragte er mich:

«Herr Bundesminister, wie lange soll dieser traurige Zustand in unserem Land eigentlich noch fortdauern? Können Sie mir darauf eine Antwort geben?»

Mit schlichten Worten beteuerte ich, wie sehr gerade ich unter der Teilung unseres Volkes litte. Ich erzählte ihm, dass mir fast jeder Weg und Steg im sowjetischen Besatzungsgebiet bekannt sei, dass ich seit Jahrzehnten in der Reichshauptstadt wohne und dass ich mich den Menschen in der DDR genau so innig verbunden fühlte wie jenen, die in Westdeutschland zu Hause seien. Der Unteroffizier sah mich gross an und nickte: Ja, das wisse er.

Ein bedrücktes Schweigen folgte. Nach längerer Zeit trat der Kommandant des Polizeipostens wieder ein und liess mich wissen, dass alles in Ordnung sei. Ich verabschiedete mich von den beiden Männern und ging zum Wagen des wartenden Arztes. An der letzten Sperre hatten sich unterdessen neugierige Grenzpolizisten und auch einige sowjetische Soldaten eingefunden. Wir konnten nun ohne Kontrolle passieren. Auf der West-Berliner Seite, in der Kontrollstelle Dreilinden, galt ich seit Stunden als «überfällig». Man hatte bereits polizeilichen Alarm ausgelöst. Der lebenswürdige Arzt brachte mich noch bis zu meiner Wohnung. Persönlich stärker betraf mich später ein Erlebnis mit einer meine Personalien prüfenden Grenzbeamtin. Als sie meinen Namen las, fragte

sie mich verwundert, ob ich etwa jener Lemmer sei, der früher in Klein-Machnow, Hohe Kiefer 15, direkt an der West-Berliner Stadtgrenze gelegen, gewohnt habe. Nachdem ich dies bestätigt hatte, meinte sie ganz verwirrt:

«Seltsam, seltsam ...»

Nun erkundigte ich mich, was denn daran so Merkwürdiges sei. Ich erfuhr, dass sie jetzt, zusammen mit der Familie eines Kollegen, in meinem ehemaligen Haus wohnte ...

Wenn man bei solchen Fahrten gelegentlich auch brummigen Grenzen begegnete – öfter in Babelsberg als in Marienborn –, so sind mir wirklich peinliche Zwischenfälle doch erspart geblieben. Ich konnte in diesen Autoreisen durch das Zonengebiet kein besonderes Risiko sehen. Das politische Klima mochte wechseln, an der korrekten Haltung der Beamten änderte sich nichts.

Konrad Adenauer freilich war anderer Meinung. Im Spätfrühjahr 1959 fragte er mich in einer Kabinettsitzung, ob es wahr sei, dass ich, dem die Kommunisten den albernen Titel eines «Spionageministers» verliehen hatten, denn immer noch mit dem Auto durch die Zone fahre. Als ich bejahte, ersuchte er mich dringend, «dies in Zukunft zu unterlassen». Nach der Sitzung meinte er dann in einem privaten Gespräch, Mut zu zeigen, sei zwar gut, doch in diesem Falle sollte ich von der Mutprobe lieber Abstand nehmen. Denn die Bundesregierung könne wohl nicht gut ihren Verbündeten einen Krieg mit den Sowjets nahelegen, falls Herr Lemmer einmal festgehalten werden sollte ...

Der Strom der Flüchtlinge

DER TÄGLICHE Flüchtlingsstrom schwoll im Frühjahr 1961 immer mehr an. Als Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen beunruhigte mich diese Entwicklung naturgemäss sehr. Waren es anfangs einige Hunderte, die Tag für Tag in den Berliner Notaufnahmelagern Einlass fanden, so stieg diese Zahl bald mit jeder neuen Woche. Voller Sorge beobachtete ich, dass sich Ende Juli und Anfang August täglich Tausende meldeten.

Die Berliner Sozialbehörden, mit denen die Bundesorgane eng zusammenarbeiteten, vollbrachten die höchsten Leistungen. Die Flüchtlinge wurden nicht nur zunächst einmal in Berlin untergebracht, gepflegt,

zum Teil neu eingekleidet, sondern auch nach wenigen Tagen schon – falls sie dies wünschten – über eine Art Luftbrücke in die erweiterten Aufnahmelager in Westdeutschland gebracht. Der Zustrom war so stark geworden, dass ich mit den Berliner Sozialsenatoren Bach und Exner übereinkam, die üblichen umfangreichen Registrierungen nur bei einigen Flüchtlingen in Berlin vorzunehmen, während die Mehrzahl erst in Westdeutschland überprüft wurde.

Solche Flüchtlinge, die von politischer Bedeutung waren, fanden natürlich das Interesse der alliierten Nachrichtendienste. Wenn sich die Aufnahmebehörden nach der Person und den Gründen der Flucht erkundigt hatten, mussten damals die Flüchtlinge noch eine sorgfältige Vernehmung durch alliierte Beamte über sich ergehen lassen. Welche Rechte die Alliierten dafür auch geltend machen wollten – gefallen hat mir diese Ausfrage-Prozedur niemals. Ich sah dergleichen mit mehr als gemischten Gefühlen. Es entging mir nicht, dass manche Flüchtlinge (vermutlich nicht die schlechtesten) diese Ausfragerei als äusserst peinlich empfanden.

Bekannte Persönlichkeiten lehnten den Weg durch die Notaufnahmelager ab, zum Beispiel der von mir stets sehr geschätzte Professor Dr. Alfred Kantorowicz. Ich hatte ihn bereits im Freundeskreis von Johannes R. Becher, beim «Kulturbund für die demokratische Erneuerung Deutschlands», kennengelernt. Er meldete sich in meinem Büro am Kurfürstendamm und liess mich wissen, dass er auf keinen Fall bereit sei, sich von Nachrichtendiensten aushorchen zu lassen. Für dieses aufrechte Verhalten hatte ich volles Verständnis. Ich sorgte für seinen schnellen Abflug aus Berlin, ohne dass er irgendwelchen Behörden oder alliierten Stellen gegenübergestanden hätte. In den folgenden Jahren bin ich Alfred Kantorowicz oft begegnet. Mit ihm und seiner Frau Ingrid verbindet mich eine echte Freundschaft. Ende 1967 erreichte mich sein neuestes Buch mit dem Titel «Im zweiten Drittel unseres Jahrhunderts – Illusionen, Irrtümer, Widersprüche, Einsichten, Voraussichten». Alles, was Alfred Kantorowicz nach seiner Emigration aus dem kommunistischen Machtbereich geschrieben hat, kündigt von der charakterlich und geistig untadeligen Haltung dieses Mannes. Ich bin heute noch froh darüber, dass ich ihm und einigen andern, deren Namen ich hier nicht nennen möchte, damals helfen konnte, der von sensiblen Menschen als Inquisition empfundenen «Überprüfung» durch fremde Nachrichtenorgane auszuweichen.

Die Mauer

AM 10., 11. UND 12. AUGUST 1961 strömten so viele Flüchtlinge nach West-Berlin wie nie zuvor: am 12. August allein wurden viertausend gezählt. Nun war nicht länger mehr daran zu zweifeln, dass Ulbricht etwas Ungewöhnliches vorhaben musste. Jedermann begriff auch, dass er einer solchen Menschenabwanderung aus Mitteldeutschland nicht länger tatenlos werde zusehen können. Nach der Begegnung von John F. Kennedy mit Nikita Chruschtschow in Wien hatten wir von Amerikanern gehört, dass sich auch die Sowjets ernstliche Sorgen über den Flüchtlingsstrom machten: Sie fürchteten schon, die halbe Bevölkerung ihres Besatzungsbereiches werde auf und davon laufen. Dass dieser Vorgang einer Bankrotterklärung des Ulbricht-Regimes gleichkam, wussten sie sicherlich nicht weniger als wir, obwohl sie aus verständlichen Gründen darüber nichts verlauten liessen.

Eine Tatsache war bei uns bekanntgeworden: Ulbricht hatte in seiner Not bereits vor Monaten die Zustimmung der Sowjetregierung zu drastischen Massnahmen erhalten, um die Flüchtlingsbewegung unterdrücken zu können. Welcher Art diese Massnahmen sein sollten, konnten wir freilich nicht wissen, sondern nur ahnen. Auch die Amerikaner, Briten und Franzosen besaßen keine genauen Informationen über seinen Plan (was ich gegenüber gewissen Gerüchten, die noch bis heute im Umlauf sind, authentisch versichern kann). Ich selber glaubte eher daran, dass die sowjetzonalen Behörden den Besuch von mitteldeutschen Landsleuten in Ost-Berlin nun stärker kontrollieren würden, weil ja der Fluchtweg meist über den Ostsektor und von dort nach West-Berlin führte.

Am Samstag, dem 12. August 1961, sass ich abends noch im Kreise von Berliner Journalisten beim Bier. Wir fühlten alle, dass wir unmittelbar vor einem grossen Ereignis standen. Aber meine Freunde von der Presse – sie mögen mir nicht Übelnehmen, dass ich dies feststelle – hatten sich ebensowenig wie Diplomaten und Politiker vorstellen können, was dann in der Frühe des 13. August wirklich geschehen sollte.

Ich war kaum eingeschlafen, als das Telefon schrillte. Benommen griff ich nach dem Hörer. Es meldete sich eine Polizeidienststelle, um mich offiziell als den einzigen in Berlin residierenden Bundesminister davon in Kenntnis zu setzen, dass zwischen zwei und drei Uhr zunächst nur an einzelnen Plätzen, jetzt aber entlang der gesamten Sektorengrenze,

Drahthindernisse errichtet würden. Zehntausende von Angehörigen der sowjetzonalen Streitkräfte und Arbeitermilizen seien am Werk. Der Polizeiinspektor meinte, diese Vorgänge liessen nur den Schluss zu, dass wohl die Grenze jetzt vollständig dichtgemacht werden sollte.

Dieser Anruf alarmierte mich sofort. Ich rief meinen Fahrer herbei, damit ich so schnell wie möglich einen unmittelbaren Eindruck von dem gewann, was da vor sich ging. Etwa gegen vier Uhr war ich am Potsdamer Platz, am Brandenburger Tor, an der Bernauer Strasse (die in den folgenden Tagen und Wochen so viele betrübliche Vorfälle sehen sollte), danach im Bezirk Kreuzberg und Neukölln: Überall bot sich mir das gleiche Bild, das keinen Zweifel mehr offenliess: Zwischen beiden Teilen der Hauptstadt wurde ein unüberwindliches Hindernis errichtet.

Um sechs war ich wieder in meiner Zehlendorfer Wohnung. Der Morgen dämmerte blau und klar herauf. Ich rief den Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Dr. Globke, an und bat ihn, meine Beobachtungen sofort dem Kanzler zu melden. Globke versprach, sogleich in Rhöndorf anzurufen. Im Laufe des Vormittages, nachdem ich weitere Eindrücke gesammelt hatte, führte ich noch mehrere Telefongespräche mit Politikern aus allen Parteien.

Ich habe dabei eindringlich betont (was später aus der Umgebung Adenauers mehr oder weniger deutlich bestritten oder abgeschwächt wurde), dass der Kanzler so rasch wie nur irgend möglich nach Berlin kommen müsste: Die Bevölkerung sei begreiflicherweise auf das Äusserste erregt, und die Weltöffentlichkeit würde es unbegreiflich finden, wenn der Leiter der deutschen Politik an diesem schicksalhaften Tage nicht an der Stätte des Geschehens weilte. Adenauer kam nicht. Deshalb er femblieb, das habe ich bis zum heutigen Tage nicht genau herausfinden können. Gerüchtweise hiess es, die alliierten Vertretungen hätten dringend von einem solchen Besuch abgeraten, da sie ohnehin ernstere Zwischenfälle befürchteten, die sich womöglich noch hätten ausweiten können, falls Adenauer in Berlin erschienen wäre. Ob dies stimmt, vermag ich nicht zu sagen.

Adenauer also kam weder an diesem Tage noch unmittelbar darauf nach Berlin. In dieser Nacht war auch Willy Brandt zunächst nicht in der Hauptstadt; er machte eine Wahlkampfreise durch Westdeutschland, kehrte indessen noch am Vormittag zurück, wie es seine selbstverständliche Pflicht als Regierender Bürgermeister war. Der Kanzler

hingegen hielt an diesem schicksalsschwangeren Sonntag ebenfalls eine grosse Wahlversammlung in Süddeutschland ab. Er traf dann am Wochenende in Berlin ein – aber erst nach dem Besuch des amerikanischen Vizepräsidenten Johnson, den Kennedy zur Beruhigung der Bevölkerung entsandt hatte. Durch diese Geste wollte Kennedy wohl auch dem Osten gegenüber demonstrieren, dass jede Verletzung der west-östlichen Demarkationslinie nicht ohne massive Reaktion hingenommen würde. Am Mittwoch dieser ereignisreichen Woche weilte ich für einen halben Tag in Bonn, um in der grossen Strassenbahnhalle in einer von Tausenden besuchten Versammlung zu sprechen. Ich schilderte in eindringlichen Worten die Situation in Berlin. Adenauer sprach nach mir; er knüpfte an meine Ausführungen an, hielt aber sonst eine ganz und gar auf die westdeutsche Lage ausgerichtete Wahlrede. Am Schluss der Kundgebung, in der er versichert hatte, auf jeden Fall noch in dieser Woche nach Berlin zu fliegen, deutete er mir im Gespräch an, dass er Johnson begleiten wolle; er habe sich auch schon angemeldet.

Sicher ist, dass die Amerikaner damals gewünscht haben, der Bundeskanzler möge Johnson nicht auf dessen Berlinreise begleiten. Adenauer hatte sich, sobald er von der Absicht des amerikanischen Vizepräsidenten hörte, als Reisebegleiter angeboten.

Als erster Besucher der Garantiemächte erschien nun allein Johnson, der überaus herzlich empfangen wurde, was diesen nicht gerade empfindsamen Mann sichtlich beeindruckt hat. Ich glaube nicht, dass der spätere Präsident der Vereinigten Staaten je wieder derart umjubelt worden ist wie am Ende dieser tragischen Woche in Berlin. Ich hatte fast den Eindruck, die gesamte erwachsene Bevölkerung der Stadt sei auf den Beinen. Der Rudolf-Wilde-Platz, wo Johnson sprach, erwies sich als viel zu klein, um auch nur annähernd die Menschenmengen zu fassen, die sternförmig von allen Seiten zum Schöneberger Rathaus drängten.

Dieser Besuch Johnsons sowie der spätere von Kennedy haben wesentlich dazu beigetragen, das Engagement der Vereinigten Staaten in Berlin noch zu verstärken. Kennedys Ausruf: «Ich bin ein Berliner!» riss die Massen einfach hin. Ich habe selber schon manchen Gefühlsausbruch auf Kundgebungen von Hunderttausenden erlebt, aber das, was sich während des Aufenthaltes von Kennedy in Berlin ereignet hat, das war beispiellos. Auch der zu unserem tiefsten Leidwesen so früh dahingestreckte John F. Kennedy wird nie zuvor etwas Vergleichbares

erlebt haben. Zweifellos hat er nicht vergessen, was er an diesem Tage in der geteilten Stadt zu sehen bekam: die Mauer, den Stacheldraht, die Wachtürme – jene Hindernisse, in denen seither so viele Menschen bei dem Versuch, ihr Leben in die Freiheit zu retten, verblutet sind.

DIE ENTTÄUSCHUNG der Berliner war dennoch gross: Die alliierten Mächte hatten zwar ihre Sektoren geschützt, blieben im Übrigen jedoch untätig. Man hatte vermutet, sie würden diese eklatante Verletzung des Potsdamer Abkommens mit Gewaltanwendung beantworten, den Bau der Mauer und die Anlage des Todesstreifens mit ihren Panzern verhindern. Doch nichts davon geschah. Auch die alliierten Freunde, die ich an diesem 13. August und an den nachfolgenden Tagen sprach, waren enttäuscht: Es war ihnen geradezu peinlich, von Berlinern nach den Gründen ihres passiven Verhaltens befragt zu werden.

Die Erklärung ist einfach: Um die Katastrophe eines neuen Weltkrieges zu vermeiden, hatten sich die Alliierten längst damit abgefunden, dass die militärische Besetzungsgrenze von 1945 zur Demarkationslinie ihrer politischen Rechte und Interessen geworden war. Diese Linie aber verlief entlang des Potsdamer Platzes und des Brandenburger Tores nun mitten durch Berlin. Der östliche Sektor wurde damit stillschweigend der sowjetischen Zuständigkeit überlassen. Die Sorge vor einem militärischen Zusammenprall der rivalisierenden Grossmächte, aus dem automatisch ein neuer Weltkrieg hätte entstehen können, hatte den westlichen Alliierten keine andere Wahl gelassen, so rechtswidrig das Vorgehen der sowjetischen Besatzungsbehörden und ihrer deutschen Helfershelfer auch war. Ich bin jedoch ganz sicher, dass sie nicht passiv geblieben wären, dass sie sich zu militärischen Konsequenzen entschlossen hätten, wenn auch nur ein Quadratmeter West-Berliner Gebietes verletzt worden wäre.

So also war die Lage, die wir bald begreifen mussten, die sich auch heute nicht geändert hat und von der wir nicht wissen, wie lange sie noch anhalten wird.

An zahlreichen Stellen dieser neuen Sperren mussten wir beobachten, wie verzweifelte Menschen versuchten, noch im letzten Augenblick herüberzuwechseln. Ich glaube, an diesem Tag ist noch Tausenden der rettende Sprung in den Westen geglückt. Blutopfer wurden am ersten und zweiten Tage nicht gebracht. Soviel ich weiss, fielen auch noch keine Schüsse. In der Bernauer Strasse, die ich am Nachmittag des 13. August

ein zweitesmal aufsuchte, sah ich einen Mann seinen Wagen mittel-deutschen Bautyps mit voller Wucht gegen die Sperren lenken. Das Auto blieb im Stacheldraht stecken, der Fahrer sprang mit Frau und zwei Kindern heraus, West-Berliner halfen ihm über die Grenzlinie. Volkspolizisten eilten herbei, um die Flucht der Familie im letzten Moment noch zu verhindern, doch sie kamen zu spät. Die Rettung dieser Leute hatte nur gelingen können, weil die Volkspolizisten nicht geschossen hatten. Ähnliche Szenen sah ich im Bezirk Kreuzberg, in der Nähe der berüchtigt gewordenen Oberbaumbrücke, wo im Laufe der Jahre besonders viele Flüchtlinge ums Leben gekommen sind. Am 13. und 14. August 1961 konnten viele noch über die Spree fahren, nicht nur einzeln, sondern auch in grösseren Gruppen.

WENIGE WOCHEN nach dem Bau der Mauer, nach dieser ZerreiSSung eines lebendigen Organismus, der die Bevölkerung einer Stadt ja ist, ging ich mit meinem Referenten an den Checkpoint Charlie in der Friedrichstrasse, um mit eigenen Augen zu sehen, was sich dort abspielte. Die Isolierung wurde nun mit jedem Tage grösser. Ich ging bis zu dem weissen Strich, der die Grenze zwischen dem Ulbrichtschen Teil Berlins und dem Berliner Teil der Bundesrepublik kennzeichnet. Dieser Strich war von den Amerikanern und Sowjets gemeinsam gewünscht worden, damit jedermann wusste, wo seine «Zuständigkeit» begann oder aufhörte.

Ich hatte das Glück – wenn man es so nennen will –, einem prominenten Repräsentanten der andern Seite, der sich sonst kaum an einem solchen Übergang blicken liess, nämlich dem Kommandeur der Volkspolizei, Kreikemeier, in seiner massigen Person gegenüberzustehen. Ich war damals körperlich gewichtiger als heute, doch mein Gegenüber stellte noch mehr vor als ich. Er trug einen braunen Ledermantel, strahlte von Kopf bis Fuss geballte militärische Wucht aus und musterte mich, den er genau kannte, mit einer solchen Feindseligkeit und einem solchen Hass, dass ich fast erschrocken wäre. Hinter ihm standen mehrere Vopo-Offiziere, die normalerweise so zahlreich auch nicht auftraten. Neben mir hielt sich ein zwei Meter langer amerikanischer Sicherheitsbeamter in Zivil, der tatsächlich die Befürchtung hegte, die Herren drüben könnten mich mit einem Ruck auf ihre Seite ziehen. Er hielt seine Hand in der Manteltasche. Was darin war, hat er mir nicht verraten. Wäre ich jedenfalls erst mal drüben gewesen, dann hätte er laut

Dienstvorschrift nichts mehr machen können. Amerikanische Uniformierte waren in Alarmbereitschaft, doch haben sie mich – entgegen der kommunistischen Darstellung – durchaus nicht gehindert, an den weissen Strich heranzutreten. Sie haben mich auch nicht abgedrängt, wie es später auf verfälschten Fotos zu sehen war, die von kommunistischer Seite fabriziert worden sind.

Als ich genug von diesem tristen Anblick hatte, ging ich – diesmal allerdings von Amerikanern umgeben – wieder zurück. Dabei dankte ich Bürgern, die mir aus den Fenstern der wenigen noch bewohnten Häuser östlich der Markierung mit Taschentüchern zuwinkten, ebenso herzlich, indem ich zu ihnen hinübergriess. Mir war die Kehle zugeschnürt. Das war kein Platz für Wort oder Rede.

Noch an dem weissen Strich aber hatte ich die Vopo-Offiziere mit lauter Stimme gefragt:

«Was seht ihr mich denn alle so feindselig an? Wir sind doch alle Deutsche! Wollen wir das wirklich vergessen?»

Über den weissen Streifen kam keine Antwort.

Berlin – Stadt des Schicksals

IN BERLIN stehen sich bis zum heutigen Tage immer noch unheildrohend Ost und West in weltpolitischer Kontroverse gegenüber. Nicht nur die lebensgefährdende Blockade von 1948 bis 1949, auch spätere Ereignisse forderten die Berliner stets von Neuem zu Bewährungsproben heraus. Nur selten in den nun mehr als zwanzig Nachkriegsjahren hat die Nervenanspannung der Bevölkerung nachgelassen. Ereignisse, die Millionen erregten, spielten sich in der früheren Hauptstadt des Deutschen Reiches ab, und sie stellten die politisch Verantwortlichen im freien Teil Berlins vor manche schwere Aufgabe: der blutig unterdrückte Aufstand vom 17. Juni 1953 in Ost-Berlin; die von den Sowjets niedergeschlagene ungarische Revolution im Oktober und November 1956, die ihre Wellen bis nach Berlin schlug; die Krise des 20. November 1958, als Chruschtschow sein Ultimatum an die Westmächte richtete.

Ich habe auf manchen eindrucksvollen Kundgebungen der Berliner gesprochen und meine Zuhörer aufgerüttelt. In äusserst kritischen Situationen sprach ich vor Zehn- und Hunderttausenden vor dem Reichstagsgebäude oder vor dem Schöneberger Rathaus. Am erregtesten war

die Stimmung wohl an jenem Tag Anfang November 1956, da russische Panzer den Freiheitskampf der Ungarn erstickten. Ausserhalb Ungarns kam vermutlich an keinem Ort der Welt eine solch leidenschaftliche Anteilnahme zum Ausbruch wie in Berlin.

Da Franz Neumann auf dieser Kundgebung ausnahmsweise keinen guten Tag hatte, obwohl er sonstwie wenige das Ohr der Berliner Bevölkerung zu gewinnen verstand, musste ich als zweiter Redner die Unruhe mit rhetorischer Kraft und psychologischem Einfühlungsvermögen beschwichtigen. Wäre es nicht gelungen, wir hätten die Folgen nicht übersehen können. Nachdrücklich warnte ich vor Zusammenstössen mit sowjetischem Militär an der Sektorengrenze. Dennoch zogen einige tausend Menschen in einzelnen Trupps zum Brandenburger Tor. Zusammen mit Willy Brandt stellte ich mich diesen Demonstranten entgegen, um eine Katastrophe zu verhindern.

Die Führung der Berliner CDU legte ich im Frühjahr 1961 in die Hände von Franz Amrehn, der seine Freunde und mich nicht enttäuschte: An seiner Aufgabe wuchs sein Format; heute leitet er die Partei mit grossem Verantwortungsgefühl. Ich selber wurde mittlerweile zum Ehrenvorsitzenden ernannt. In meinem Berliner Wahlkreis Frohnau-Hermsdorf hat mir die Mehrheit der Stimmberechtigten bei der direkten Wahl zum Abgeordnetenhaus am 12. Mai 1967 ihr Vertrauen ausgesprochen.

Ich lebe nun seit sechsundvierzig Jahren in Berlin und kann, was immer auch geschehen möge, nicht mehr von dieser Stadt lassen. In ihrer Erde werde ich neben meiner Frau meine letzte Ruhestätte auf dieser Welt finden. Die derzeitige politische Stagnation vermag vielleicht einmal zum Guten und zur Versöhnung führen, doch wer kann das wissen? Wachsamkeit, klare Führung und diszipliniertes Verhalten aller Bürger bleiben auch weiterhin geboten. Für mich ist diese Stadt Berlin schicksalhaft: Ihr Los wird über die Zukunft der Deutschen, über die Zukunft der westeuropäischen, nicht von Moskau kontrollierten Völker entscheiden – und somit über den Frieden der Welt.

Minister für Vertriebene und Flüchtlinge

IM HERBST 1963 trat Adenauer als Bundeskanzler zurück, und Erhard wurde sein Nachfolger. Über diese Zeit möchte ich mich noch nicht äussern; es wäre verfrüht, zu den Ereignissen dieser Epoche Stellung zu nehmen. Es war jedoch auch für mich eine grosse Überraschung, als Erhard mich im Februar 1964 zum Nachfolger von Dr. Krüger in das Bundesministerium für Vertriebene und Flüchtlinge berief.

Dieses Ministerium, mein drittes, leitete ich bis zu den Bundestagswahlen von 1965. Es war leichter zu führen als das Gesamtdeutsche Ministerium, wenn auch nicht so verantwortungsschwer, weil es keine ideologischen Aktionen vorzubereiten hatte. Es war vielmehr ein Sozialministerium, in dem Menschen zu betreuen waren, die der praktischen Hilfe bedurften. Mit Unterstützung des Staatssekretärs Dr. Nahm konnten mehrere Novellen zum Lastenausgleich entstehen, und für meine mitteldeutschen Schicksalsgefährten konnte ich durch meine Mitarbeiter die ersten grundlegenden Gesetze verabschiedungsreif vorlegen und schliesslich noch vor den Wahlen von 1965 im Bundestag durchsetzen.

Diese entscheidenden Vorlagen waren das Beweissicherungs- und Feststellungsgesetz, durch das die Flüchtlinge aus Mitteldeutschland die Möglichkeit erhielten, sich bei den Lastenausgleichsämtern registrieren zu lassen, um die Basis für ihre spätere Entschädigung zu schaffen. Ich konnte auch das Flüchtlingshilfegesetz durchbringen, allerdings nur gegen grössere Widerstände, obwohl dieses Gesetz vor allem den sozial Schwachen und den Älteren eine recht bescheidene zusätzliche Fürsorgehilfe sicherte. Beide Gesetze haben bei meinen mitteldeutschen Landsleuten (als Berliner darf ich mich zu den Mitteldeutschen rechnen) eine positive Aufnahme gefunden, so dass ich auch meine Tätigkeit als Minister für Vertriebene und Flüchtlinge nicht ohne Befriedigung abschliessen konnte. Die Zusammenarbeit mit meinem Staatssekretär Dr. Nahm war ungewöhnlich harmonisch und für die Sache fruchtbar, wofür ich ihm auch an dieser Stelle danken möchte.

Dass ich bei der Neubildung des Kabinetts Erhard zum zweitenmal übergegangen wurde, hat mich nicht verletzt. Ein Minister ist als Kabinettsmitglied Leiter eines Ressorts mit täglicher Kündigung. Aber auch diesmal liess die Form sehr zu wünschen übrig: Ich erfuhr von meiner Nichtwiederberufung in das Kabinett aus der Tagesschau des Fern-

sehens. Zuvor war mir mit keinem Wort auch nur angedeutet worden, dass ein Wechsel beabsichtigt sei.

Später hörte ich, Erhard habe nicht im Sinn gehabt, mich zu übergehen; er sei jedoch offenbar von verschiedenen Seiten unter Druck gesetzt worden. Man hatte wohl nichts an meiner Haltung zu kritisieren, wünschte indessen einen neuen, bis dahin nicht zum Ministerressort vorgedrungenen Politiker in das zweite Kabinett Erhard zu bringen.

Kabinettsitzungen unter Adenauer und Erhard

DIE KABINETTSFÜHRUNG unter Ludwig Erhard war völlig anders als die unter seinem Vorgänger. Bei Adenauer war es sehr schwierig, auch wirklich in der Reihenfolge der Wortmeldungen sein Sprüchlein sagen zu können, denn er bestimmte souverän, wen er hören wollte und wen nicht. Es kam nicht selten vor, dass man trotz wiederholter Wortmeldung nicht zum Reden kam. Adenauer sorgte dafür, dass die Minister mit äusserster Knappheit sprachen. Wollten sie längere Ausführungen machen, dann wurde er unruhig und wusste sogar durch drastisches Eingreifen in die Debatte dem einen oder andern das Wort zu entziehen.

Dieses Verfahren hatte seine Vorteile und Nachteile. Der Vorteil war, dass die Sitzungen schnell verliefen und die Probleme nicht durch allzu viele Redereien vernebelt wurden. Der Nachteil war, dass vor allem bei bedeutsamen politischen Entscheidungen die oft schicksalhaften Probleme nicht genügend diskutiert werden konnten. Das hatte Adenauer meist im kleinsten Kreise seiner Vertrauten schon vorher getan, so dass man oft den Eindruck hatte, er stellte sie in den Kabinettsitzungen allein deshalb zur Debatte, um der Geschäftsordnung zu folgen, nach der ja nur das Kabinett Beschlüsse fassen darf. Durch diese intimen Beratungen Adenauers mit seinen engsten Vertrauten wurden freilich auch verwirrende Diskussionen vermieden. Doch die Minister empfanden es nicht selten als unbefriedigend, dass sie durch diese Zusammenraffung der sachlichen Debatte im Kabinett nur einen sehr indirekten Einfluss nehmen konnten – vor allem dann, wenn sie von ihrem eigenen Ressort her gewichtige Einwände oder zumindest Fragen zu stellen hatten, die dann nicht genügend beachtet wurden.

Bei Ludwig Erhard war die Sache ganz anders. Er leitete die Kabi-

nettssitzungen mehr der Form als der Sache nach. Erhard, der sich mir dann mit grossem Eifer an den Verhandlungen beteiligte, wenn es um Entscheidungen ging, die ihm nahelagen, liess sonst eher die Zügel locker, ohne zur Entscheidung zu drängen; in der nächsten Sitzung musste dann wieder von vorn angefangen werden. Der erste Bundeskanzler war in allem reichlich autoritär gewesen, Erhard bot das andere Extrem. Er liess jeden Minister reden und erfüllte erst zum Schluss durch Zusammenfassung der verschiedenen Auffassungen seine Aufgabe als Vorsitzender des Kabinetts und Bundeskanzler. Die Folge war, dass die Sitzungen länger dauerten, aber sie waren für die Teilnehmer weitaus befriedigender, denn sie konnten sich nun ungeniert zu Wort melden und wurden nicht mehr durch einen ungeduldigen Vorsitzenden unsicher gemacht.

Ich glaube, die beste Verhandlungsführung liegt in der Mitte zwischen diesen beiden Verhaltensweisen. Ich könnte mir vorstellen, dass Kurt Georg Kiesinger Kabinettsitzungen etwa in diesem Stil führen würde. Leider habe ich ihn nur bei der Verhandlungsführung in Parteigremien kennengelernt, wo er sich so verhielt, dass niemandem Hemmungen auferlegt wurden.

Kiesinger bestätigte mich im Übrigen in der von Ludwig Erhard geschaffenen Stellung eines Sonderbeauftragten des Bundeskanzlers für Berlin. Ich hatte den Eindruck, dass er anfangs zögerte, weil von sozialdemokratischer Seite wohl Bedenken erhoben worden waren – nicht wegen meiner Person, sondern aus Sorge vor einer Art politischer Zwischenschaltung. Mittlerweile haben sich die Gemüter beruhigt. Mein Auftrag hat keine neue Amtsstelle ins Leben gerufen, er hat mich nicht in eine neue verwaltungspolitische Position gebracht. Ich übe als Parlamentarier meine Funktion aus und versuche das Meine, um zwischen Bonn und Berlin eine gute Atmosphäre zu bewahren sowie die für Berlin so überaus wichtigen kulturellen Beziehungen zum In- und Ausland zu stärken. Ich arbeite ehrenamtlich, also ohne Gehalt. Das bedeutet, dass ich auch nicht weisungsgebunden bin wie etwa der Bundesbevollmächtigte in Berlin oder wie ein Staatssekretär. Ich bin unabhängig und daher auch in der Lage, dem Bundeskanzler freimütig vorzutragen, was ich für notwendig halte. In dieser Position fühle ich mich wohl, weil sie meiner unveränderlichen Verwurzelung in Berlin entspricht und mir zugleich gestattet, in Bonn, wo die Entscheidungen fallen, meinen Einfluss geltend zu machen.

Der Reichstag und der Bundestag

ES LIEGT NAHE, zwischen dem Reichstag der Weimarer Republik und dem Bonner Bundestag Vergleiche anzustellen und nach ihren Unterschieden zu forschen, wenn man in beiden Parlamenten viele Jahre gesessen hat. Doch ein solcher Versuch ist nicht einfach: Gar zu verschieden ist das politische Klima, gar zu verschieden sind die bauliche und organisatorische Struktur – ganz zu schweigen von der Gegensätzlichkeit des historischen Hintergrundes. Auch ihre von der nationalen Existenznot gestellten Aufgaben waren andere. Der Reichstag hatte bereits eine Tradition, wenn auch erst eine zwei Generationen alte; der Bundestag dagegen fing im geteilten und gewaltig amputierten Deutschland ohne jede Voraussetzung und ohne jede Überlieferung an. Das Reich war zerschlagen, die Bundesrepublik nicht Deutschland, wenn sie sich auch so nennt: nicht zu Unrecht, denn zur Zeit verkörpert sie die einzige demokratisch legitimierte Gestaltung deutscher Staatlichkeit. Immerhin bleibt sie ein Provisorium, wenn auch wegen ihres ökonomischen und bevölkerungsmässigen Potentials eines von nicht geringem Gewicht.

Mit dem Perfektionismus, der dem Deutschen eigen ist, wurde und wird in beiden Parlamenten qualitativ und quantitativ Gesetzgebungsarbeit geleistet, die sich mit der parlamentarischen Tätigkeit anderer Länder messen kann. Vielleicht ist die Gesetzesproduktion im Bonner Parlament noch intensiver – so sehr, dass aus ihr eine mit fast zuviel Präzision entwickelte Maschinerie der Legislative entstand, während das politische Engagement unterentwickelt blieb (wie es in seinen Anfängen, zurzeit der Alliierten Hochkommissare auf dem Petersberg, wohl auch nicht anders sein konnte).

Im Parlament nach dem Ersten Weltkrieg hingegen stand die Politik vorn an, da sie sich bei der schweren inneren Krise unseres zerrissenen Volkes unabweisbar anbieten musste. Hatte schon selbst der nahezu ohnmächtige Reichstag der bloss halbkonstitutionellen Monarchie grosse politische Tage voll dramatischer Spannung erlebt, umso mehr das Parlament der Weimarer Republik mit seinen hinreissenden, aber mitunter auch selbstzerstörerischen Leidenschaften. Bonn hatte nur wenige Tage dieser Art aufzuweisen; es fehlte vom Beginn an, was sich aus dem Schicksal seines Zustandekommens ergab: an der Tiefe kontroverser Auseinandersetzungen. Die Langeweile steigerte sich da-

durch, dass ein befriedigender Stil für das Austragen von Gegensätzen im Plenum bis heute kaum gefunden wurde. Monologe, Vorlesungen mit viel Pathos, dazu eine bis zum Exzess «liberalistische» Geschäftsordnung erschweren das Aufkommen rhetorischer Talente, ohne die echte Debatten in freier Rede unmöglich sind.

So breitet sich wachsendes Unbehagen aus – mit Recht, denn dem gesprochenen Wort mangelt es an präziser Aussage; es wird viel zu weitschweifig und umständlich geredet. Kein Wunder, dass demnach «grosse Tage», die im Plenum und in der Öffentlichkeit Resonanz finden könnten, immer seltener geworden sind. Eine vom Blatt abgelesene Rede mag daheim vor dem Spiegel mit noch so vielen Gesten und sogar Zeigefingerübungen einstudiert worden sein – der Zuhörer merkt es und verlässt bald den Plenarsaal. Was mit anerkanntem Fleiss in Ausschusssitzungen noch so hervorragend erarbeitet sein mag, darf im Plenum nicht in Details wiederholt werden. Soll die Öffentlichkeit im Einzelnen unterrichtet werden, dann muss die Presse bereits bei den Arbeiten im Ausschuss vertreten sein.

So war es im Reichstag, und so hat es sich bewährt. Nur in seltenen Fällen wurde die Redezeit nicht beschränkt; möglichst viele Sprecher zahlreicher Fraktionen sollten ein lebendiges Bild von den Kontroversen geben. Ihre zeitliche Beschränkung wurde gewährleistet, so dass – von bestimmten Ausnahmen abgesehen – echt und ohne Manuskript «parliert» werden musste. Der Reichstagspräsident Lobe achtete darauf unerbittlich. Die Folge war, dass in Berlin viel weniger geredet wurde als später und heute in Bonn; die Abgeordneten fanden dadurch mehr Zeit für ihren Beruf und für Kontakte mit ihren Wählern.

In dem einer überdimensionalen Turnhalle ähnelnden Plenarsaal des Bundestages, wo die «Hinterbänkler» beinahe auf die Verwendung von Ferngläsern angewiesen sind, kann nur höchst selten so etwas wie Atmosphäre entstehen. Ist schon wegen des anfänglichen «Provisoriums» das Bundeshaus in seinem langgestreckten Grundriss eine Fehlkonstruktion, so muss der Sitzungssaal in seinem inneren Aufbau als eine absolute Unmöglichkeit bezeichnet werden, Wallots Schöpfung in Berlin hatte auch ihre Mängel, doch wie eindrucksvoll war ihre grosszügige Anlage, wie glücklich proportioniert waren die Masse des Plenarsaales, wie zweckmässig die Sitzungsräume für Fraktionen und Ausschüsse, wie würdig und repräsentativ bot sich die grossartige Wandelhalle dar,

und wie sehr dem Hohen Haus angemessen waren die Restaurationsräume eingerichtet!

Beim Bonner Parlament deutet sich eine ernste Malaise an. Seine mangelnde Popularität sollte Sorgen bereiten. Die Verantwortlichen sollten diese Warnung ernst nehmen.

Politik und Kompromiss

ES WIRD immer Auseinandersetzungen darüber geben, was eigentlich das Wesen der Politik sei. Wir besitzen grossartige Abhandlungen über dieses Thema von Plato bis zu Max Weber und Friedrich Naumann. Nach meiner Lebenserfahrung ist Politik die schwierige Gabe, Katastrophen zu vermeiden und der Wohlfahrt aller Völker wie auch aller Schichten des eigenen Volkes zu dienen. Jede Diktatur und jeder Fanatismus sind gefährvoll.

Politik, so hat einmal Bismarck gesagt, ist die Kunst des Möglichen. Ich habe diesen Satz so verstanden, dass eine Politik dann gut ist, wenn sie nicht zu Konflikten führt. Diese Erkenntnis hat Bismarck in der Innenpolitik kaum beherzigt, doch in der Aussenpolitik war er äusserst vorsichtig und liess sich von fanatischen Radikalen und verantwortungslosen Nationalisten niemals zu Entscheidungen drängen, von deren Gefährlichkeit für den Bestand des Reiches er überzeugt war.

Die Vertreter radikaler Anschauungen sprechen oft verächtlich von Kompromisspolitik. Ich bekenne mich jedoch zu ihr, wenn ein anderes Verhalten schwere Folgen für jene Menschen mit sich bringt, die den Politikern ihr Vertrauen schenken. Ich habe diese massvolle Auffassung schon in meiner Jugend vertreten, da man sich im Allgemeinen radikal gebärdet und von Kompromissen nichts wissen will. In der Innenpolitik habe ich die Vermeidung von Konflikten oder Krisen und in der Aussenpolitik die Vermeidung von Kriegen als höchstes staatsmännisches Geschick bewundert.

Mir ist eine Aussprache mit Angehörigen der «Jungen Union» vom September 1946 im Gedächtnis geblieben. Wir trafen uns damals im Parteihaus der mitteldeutschen CDU in der Ost-Berliner Jägerstrasse. Bei diesem Gespräch spürte ich im Unterton, dass sie mich für einen Kompromisspolitiker hielten. Sie übten an meiner Haltung taktvoll Kritik und sprachen sich abwertend über jede kompromissbereite Poli-

tik aus, die sie für grundfalsch ansahen. Als Beispiel nannten sie unser Verhältnis zur sowjetischen Besatzungsmacht. Hier seien wir viel zu sehr durch Kompromissversuche gehemmt.

Ich bemühte mich nun, meinen jungen Freunden verständlich zu machen, dass es keineswegs gerecht sei, in jedem Fall einen als Kompromisspolitiker Handelnden für charakterlos zu halten, für ein schwankendes Rohr oder für einen blossen Opportunisten. Um ihnen zu veranschaulichen, wie die Wirklichkeit beschaffen sei, führte ich sie in mein Arbeitszimmer, öffnete das Fenster und zeigte den etwa zwanzig Gesprächspartnern das Panorama der total zerstörten Berliner Innenstadt, von der Jägerstrasse bis zum Halleschen Tor und noch darüber hinaus. Soweit sie sehen konnten, gab es nichts als Trümmer, Verwüstung und Hoffnungslosigkeit. Dann erläuterte ich meinen Besuchern:

«Was Sie hier vor Augen haben, das ist allerdings das Ergebnis einer kompromisslosen Politik, nämlich der Gewaltpolitik Hitlers. Sie war kompromisslos bis zum Wahnwitz. Eine kompromissvolle Politik, die Hitler seiner Natur nach freilich gar nicht hätte treiben können, würde niemals zu solchen Resultaten führen, wie wir sie jetzt von diesem Fenster aus überblicken müssen.»

Angesichts dieser Vernichtung bekannte ich mich zu unserer damaligen Kompromisspolitik und brachte meine jungen Freunde dazu, in ihr die aufbauenden und konstruktiven Kräfte zu sehen. Das ganze Menschenleben ist ohne Kompromisse überhaupt nicht denkbar. Reden wir also nicht so schnell von faulen Kompromissen. Das ist ein gar zu billiges Schlagwort. Wenn die deutsche Politik in den vergangenen hundert Jahren mehr Kompromissbereitschaft gezeigt hätte, dann wäre es nicht zweimal zur Zerstörung des Deutschen Reiches gekommen.

Rückblick und Ausblick

DER POLITIKER ist ein Mensch wie jeder andere auch. Man sollte ihn so sehen, wie er nun einmal ist: fehlerhaft wie alle. Dem einen kann man mit Vertrauen, dem anderen muss man mit Vorsicht begegnen. Wer politisch handelt, kann gut oder schlecht, anständig oder unanständig, weise oder beschränkt sein. Auf keinen Fall sollte sich der Politiker als

eine Art höheres Wesen fühlen. Wer nicht raucht und keinen Alkohol trinkt, ist nicht besser als solche, die das Leben auf ihre Art genießen. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass die sogenannten Asketen meist böse Erscheinungen waren, die viel Unheil anrichteten. Was sie nach faszinierendem Beginn hinterliessen, war in der Regel die Katastrophe.

Nach meiner Meinung findet der Politiker dann am ehesten das notwendige Vertrauen seiner Mitmenschen, wenn er sich so gibt, wie ihn der Herrgott nun einmal geschaffen hat, und allezeit daran denkt, dass er ein ganz gewöhnlicher Sterblicher ist. Schöpferische politische Arbeit für den Menschen kann nur gemeinsam mit den Menschen geleistet werden. Doktrinen und Dogmen sind meistens störend. Mich hat auf meinem politischen Lebensweg nichts mehr ermutigt, ja begeistert, als die aufrichtige Zuneigung und das Vertrauen derer, für die ich wirken wollte. Das hat mir, besonders in Krisenzeiten, viel Kraft und Zuversicht gegeben. Ich will mit den Menschen lachen und weinen können.

Niemals habe ich es als peinlich empfunden, eigene Fehler zu bekennen – warum auch? Den Gegner, der dann über mich herfallen möchte, kann ich um sein Gewissen nicht beneiden. Leider hat der Rufmord in unserem Lande von jeher Übles angerichtet.

Mitunter möchte man sagen: Wehe dem Politiker, der sich fehllos gibt; einmal wird er dafür zu büßen haben. Statt zu heucheln, um unauffällig intrigieren zu können, sollte er lieber menschlich bleiben. Das Geschütz im Rücken ist stets verabscheuungswürdig. Es ist wahrlich keine Tugend, vollkommen zu erscheinen und vorzugeben, etwas zu sein, was man nicht ist.

EIN POLITIKER muss auch seine Steckenpferde haben. Die Vorstellung, nur Politiker zu sein und sonst nichts, erfüllt mich mit Grausen. Es macht mich glücklich, wenn ich von Zeit zu Zeit in Stammlokalen der Berliner Arbeiterbezirke mit befreundeten Taxifahrern, Müllkutschern und Industriearbeitern zusammensitzen kann! Mich begeistert ein bis zum Rand gefülltes Stadion, wenn Zehntausende vor sportlicher Leidenschaft rasen und toben! Dem Fussball gehörte schon immer meine Vorliebe. Das Fussballspiel fesselt mich auch heute noch wie in meiner Jugendzeit. In jungen Jahren war ich rechter Flügelstürmer, der zwar selten Tore schoss, aber durch uneigennütziges Flankenbälle seine Mitspieler im Mittelfeld so gut ins Spiel zu bringen wusste, dass sie Tore schiessen konnten.

In der Öffentlichkeit ist auch nicht verborgen geblieben, dass ich dem Skatteufel verfallen bin. Ja, ein handfester Skat ist für mich die herrlichste Entspannung. Wir Soldaten haben sie uns in den Materialschlachten des Ersten Weltkrieges zu verschaffen gewünscht. Wenn die Unterstände unter den Einschlägen der schweren Kaliber wankten, schien oft eine Runde Skat das einzige Abwehrmittel gegen die heraufziehende Angst. Seitdem bin ich ein ausdauernder Skatspieler. Der Skat zwingt auch zu logischem Denken, zu ebenso vorsichtiger Zurückhaltung wie zu mutiger Bereitschaft zum Risiko. Würden die Staatsmänner zu allen Zeiten in der Politik ähnlich verfahren sein, hätte die Weltgeschichte vermutlich einen glücklicheren Verlauf genommen. Beim Skatspiel lernt man aber auch, auf anständige Weise zu verlieren. Das sollte in der Politik genauso sein. In der Politik wie beim Kartenspiel fing ich ziemlich «links» an, heute verhalte ich mich eher konservativ. Der Deutsche Skatbund möge an dieser Stelle zur Kenntnis nehmen, dass ich, was die Skatregeln betrifft, äusserst reaktionär bin: Ich lehne den modernen «Revisionismus» ganz entschieden ab. Ich will spielen nach den Regeln meiner Väter.

MIR WÄRE die Mühe, das Wesentliche aus meinem langen und ereignisreichen Leben darzustellen, nicht zu gering gewesen, wenn ich gewiss sein dürfte, dass meine Leser diese Seiten so verstehen, wie ich es mir wünsche: als den bescheidenen Versuch, in schlichten Worten von einem langen Zeitraum tragischer deutscher Geschichte zu berichten, der zugleich das Angesicht der Erde verändert hat. Wir Deutsche sind leider ein unpolitisches Volk. In den Künsten und Wissenschaften haben Deutsche Geniales vollbracht, unser Ordnungssinn und unsere technische Begabung haben in aller Welt Anerkennung, als auch Neid und Feindseligkeit wachgerufen. Der politische Instinkt blieb uns sehr oft versagt.

Der Deutsche ist seiner Natur nach konservativ, die fortschrittlichen Kräfte sind bei uns meistens gescheitert. Niemand kann aber leugnen wollen, dass unser Volk anfällig ist für Extreme. Entweder schossen wir weit über das Angemessene hinaus und kultivierten einen nationalen Grössenwahn, der alle Realitäten vergass, was zur Folge hatte, dass die Umwelt uns misstraute, oder wir verfielen in würdelose Zerknirschung und verloren dabei das Selbstbewusstsein, ohne das kein Volk leben kann. Ich gehöre zu den Menschen, die das Wort Vaterland aussprechen können, ohne vorher einen Schnaps getrunken zu haben. Wer

sich heute in der politischen Landschaft umschaute, muss zu dem betäublichen Schluss kommen, dass es offenbar viele Deutsche gibt, die dieses Wort auch nach mehreren Schnäpsen noch nicht über die Lippen bringen – ein seltsam krankhafter Zustand der Verklemmung, der eine konstruktive Politik so sehr erschwert. Die Ausgeglichenheit, der Weg in der Mitte, die kontinuierliche Politik – offenbar fällt uns Deutschen nichts schwerer, als zu diesem Ebenmass zu gelangen.

Mein Leben lang bin ich Optimist gewesen, auch wenn der Himmel noch so umdüstert war; mir scheint, selbst heute noch könnte ich manchem Jüngeren etwas von meiner Zuversicht abgeben. Freilich verhehle ich mir keineswegs den beinahe ausweglos erscheinenden Ernst unserer Situation. Obwohl die Katastrophen unseres Jahrhunderts wie in Kettenreaktionen aufeinanderfolgten und jede fürchterlicher war als die vorangegangene, hat die Menschheit noch immer nicht verstanden, wie finster die Drohung ist, unter der sie insgesamt lebt und die sie selber heraufbeschworen hat. Heute besitzen wir nur eine absolute Gewissheit, nämlich die der Ungewissheit. Es hat auch keinen Sinn, die Augen vor einer erschreckenden Tatsache zu verschliessen, die wir nur allzu gerne leugnen möchten: Die Generationen lernen nichts voneinander, die Jungen begehen die nämlichen Fehler wie die Alten, wenn nicht noch schlimmere.

Besteht überhaupt noch eine Chance, dass wir in absehbarer Zeit wieder zu einem vereinten deutschen Vaterland kommen? Beunruhigend stimmt nicht nur die politische Lage zwischen Ost und West, sondern auch die gegenwärtige moralische und geistige Verfassung in der Bundesrepublik. Nach wie vor besteht in Europa und auch in Übersee die Angst vor einem grossen vereinten deutschen Volk. Es ist eine Illusion, zu glauben, dass andere Staaten sich für eine Wiedervereinigung Deutschlands einsetzen. Achtzig Millionen Deutsche in einem Staat, so erklärte mir ein Schweizer Freund, würden der Bevölkerung der Schweiz wieder schlaflose Nächte bereiten. Andererseits jedoch behagt den führenden ausländischen Politikern die Friedlosigkeit im Herzen Europas nicht. Als Dauerzustand möchte man die deutsche Teilung wohl doch nicht betrachten.

Wie soll unser Volk sich wieder zusammenfinden? Kein Mensch weiss das Rezept. Manche stellen sich aber auch die Entspannungspolitik zu einfach vor. Jede Seite wird Leistungen wie Opfer bringen müssen, ehe einmal die Grenzpfähle fallen, die heute unser Land trennen.

In dunklen Stunden drängt sich mir der quälende Gedanke auf, dass die Menschheit dem Jüngsten Gericht vielleicht näher ist, als wir selber ahnen. Ein Dritter Weltkrieg mit supernuklearen Waffen könnte unseren Planeten zu einem kahlen Gestirn machen, auf dem kein Leben sich mehr zu regen vermöchte. Ein solcher Wahnsinn, der leider nur allzu nahegerückt ist, kann nur verhindert werden, wenn sich die Staatslenker zu einer echten und weltweiten Koexistenz bereitfinden. Doch damit allein ist es nicht getan. Überall um uns liegen Aufgaben, die zur Lösung drängen. Wer das Glück hatte, in einer freien Gesellschaft geboren zu sein und in ihr aufzuwachsen, vergisst nur allzuleicht, dass auch Freiheit und Menschenwürde Güter sind, die immer wieder von Neuem verteidigt und von Neuem erworben werden müssen. Wenn um das Jahr 2'000 die expansive Ideologie des Kommunismus nicht über die Idee der Freiheit der Menschen gesiegt haben soll, muss auch die westliche Welt ihre unverkennbaren Dekadenzerscheinungen überwinden und zu einem besseren Ideal der Zusammengehörigkeit aller Völker finden.

Uns bleibt nur eine Hoffnung, dass die Jugend trotz allem aus dem unsäglichen Verhängnis zweier Weltkriege schliesslich doch die Lehre ziehen wird. Man sollte die jungen Menschen von heute nicht nach den lautstarken Äusserungen einiger Extremisten beurteilen: Ihr Kern ist lauter wie ihre Gesinnung anständig; diese Jugend hat keinen Sinn mehr für hohles Pathos und falsches Heldentum. Ihre Nüchternheit – mag sie manchen Älteren auch verstören – kann heilsam sein. Mögen diese jungen Menschen ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen, um ein Leben führen zu können, das friedlicher ist, als es das unsere war.

Nachwort

Wie sein Verfasser, hatte auch dieses Buch sein Schicksal. Seit vielen Jahren drängten mich meine Freunde in Berlin und in Bonn, den schon vor langer Zeit gefassten Plan eines Lebensberichtes zu verwirklichen, doch kamen immer wieder politische und persönliche Verhinderungen dazwischen. Aus dem Aufgeschoben drohte ein Aufgehoben zu werden. Aber dann zwang mich ein Unfall für längere Zeit auf das Krankenlager, und als ich es endlich verlassen durfte, hatte der Verleger, mein Freund Heinrich Scheffler, als «Ablenkung» für die Zeit der Nachkur seine junge Mitarbeiterin Christine Wiecke zu mir abgeordnet, die mit grosser Einfühlungsgabe im Sommer 1967 den grössten Teil des hier vereinigten Textes auf Tonbänder aufnahm. Mein Sohn Henning half mir bei der Vorbereitung der Textarbeit und der Zusammenstellung des dokumentarischen Materials. Damit erst wurden Diktat und Niederschrift möglich. Bei der redaktionellen Gestaltung der endgültigen Textfassung, insbesondere auch in der Ermittlung zahlreicher geschichtlicher und zeitgeschichtlicher Einzelheiten, leisteten Herr Claus Velmeden wie der Verlag wertvolle Mitarbeit. Dafür fühle ich mich allen Beteiligten zu grossem Dank verpflichtet. Mir war mehr daran gelegen, ein lesbares Buch für ein politisch interessiertes Publikum zu schaffen, als ein umfassendes historisches Quellenwerk. Sollten eines Tages Historiker den Wunsch haben, die Spuren meines politischen Wirkens im einen oder anderen Zusammenhang zu verfolgen, werden sie in den Archiven hinreichendes Material finden. Dennoch habe ich es mir versagt, allzu ausführlich zu zitieren, was schon einmal gesagt und geschrieben wurde. Statt dessen zog ich es vor, den Leser von heute aus anzusprechen und ihm die Motive meines Handelns wie das meiner Freunde klarzulegen. Auf diese Weise ist zwar kein besonders systematisches Buch entstanden, aber ich hoffe doch wenigstens ein lebendiges; und, wie ich wohl

hinzufügen darf, war es mein Bestreben, ein aufrichtiges Buch zu schaffen. Soweit menschlicher und politischer Takt es erlaubt, hoffe ich diesem Vorsatz gerecht geworden zu sein.

Wie dem auch sein mag – ich fühle eine grosse Verpflichtung des Dankes gegen edle, die mich ermutigt haben, den Plan dieses Buches schliesslich doch zu verwirklichen. Dazu gehören insbesondere meine Freunde von der in Bonn und Berlin vertretenen In- und Auslands-
presse; Walter Henkels gab mir manche Anregung, Günter Müggen-
burg, Claus Dieter Nagel, Dieter Gütt und Max Schnetzer haben stets den Plan in meinem Bewusstsein lebendig gehalten, Marianne Krell hat mit Geschick und Umsicht geholfen, dass er verwirklicht werden konnte. Meine Freunde von der Presse aber sind zu zahlreich, um alle bei Namen genannt zu werden. Wertvolle Angaben verdanke ich meinen Freunden Gustav Heinemann und Arno Scholz. Schliesslich schulde ich besonderen Dank meiner Berliner Mitarbeiterin Frau Eva Günther, die bei Textabschrift und Korrektur unermüdlich mithalf, dass trotz meiner erheblichen politischen Beanspruchung das Buch noch rechtzeitig zu meinem 70. Geburtstag seinen Weg in die Öffentlichkeit findet.

Berlin, den 28. April 1968

Ernst Lemmer

Namenregister

- Abbot, Mr. (Times) 209
Adenauer, Konrad 207 287-298 304
 331 333 335-336 339 341-342
 345-346 347 350 351 358 359 360
 362-365 366 369 372-373 378 379
Agartz, Viktor 57 82
Altmeier, Peter 287 346
Amrehn, Franz 377
Ansorge, Alfred 228
Arndt, Ernst Moritz 11
Arnold, Karl 207 261
Assmann, W. 185
- Bach, Otto 370
Baden, Prinz Max von 32 179
Baeck, Leo 353
Balke, Prof. Siegfried 351
Ballin, Albert 353
Baltrusch, Friedrich 88 183
Banasch, Prälat 190
Barzel, Rainer 359-360
Bastide, Paul 184
Batzel, Ottmar 280
Bauer, Gustav 63
Bäumer, Gertrud 119
Bebel, August 14 122 151
Becher, Johannes R. 272-273 275 370
- Lily 273
Below, Otto von 35-36 41-44 69
Benesch, Eduard 199
Benz, P. 209
Bernhard, Georg 120 121
Bersarin, Generaloberst 228 229-230 245
Bevin, Ernest 305 309
Biel, Ulrich 286-287
Bismarck, Otto v. 42 177 383
Bloch, Peter 219 228
- Blücher, Franz 339
Blun, Georges 199-200 209
Böckler, Hans 281
Bokow, sowj. General 260
Borsig, Ernst v. 89 90 124
Bosch, Robert 89
Bose v., Oberreg. R. 193-194
Bott, Hans 337 340
Bourdin, Paul 324
Brammer, Karl 214 314 322 326
Brandt, Willy 330 342-345 577
Brass, Otto 48 279 282
Braun, Otto 153 160-161
Braun von Stumm, Gustav 185 217
Brauns, Heinrich 102
Breitscheid, Rudolf 51 119 120
Brentano, Heinrich v. 261 287 292
 293 335 360
Bretscher, Willy 216
Briand, Aristide 135 136 138
Brockdorff-Rantzau, Graf Ulrich v. 151
Brodauf, Alfred 127
Brost, Erich 303
Brundage, Avery 361
Brüning, Heinrich 126, 149-154 159
 162 194-195 213
Buchholz, Prälat 255
Bulganin, Nikolaj Alex. 365
Bülow, Bernhard v. 185
Bünger, Wilhelm 188 189
Buttlar, Major v. 77 78
- Caratsch, Reto 209 355
Chamberlain, Joseph Austen 135 136
- Neville 199-200
Chruschtschow, Nikita 294 371 376
Chwalek, Roman 239
Clay, Lucius D. 276, 308

Cohnstaedt, Wilhelm 84
 Conradus, Conrad 113 115
 Crispian, Arthur 51
 Cuno, Wilhelm 100 102
 Curtius, Julius 152

Daladier, Edouard 184 199-200
 Daume, Willi 361
 De Gaulle, Charles 317
 Dehler, Thomas 339
 Dekanosow, Wladimir 204-205
 Dertinger, Georg 207 311 314-315
 316 328
 Dibelius, Otto D. 171 316
 Diels, Rudolf 80
 Dietrich, Hermann Robert 119 152
 170 184 213 214 340
 Dimitroff, Georgi 185 189
 Dittmann, Wilhelm 49 51 126
 Duderstadt, Henning 57 67 75 79

Ebert, Friedrich 45 48 50 55 112 123
 165 178 179
 Eckardt, Felix v. 362-363
 Ehlers, Hermann 347
 Ehrhardt, Hermann 63 64 98
 Eichelbaum, Ernst 333
 Eickhoff, Richard 12
 Eisner, Kurt 56
 Enderes, Guido 209
 Erdmann, Carl 124
 Erhard, Ludwig 360 378 379
 Erkelenz, Anton 86 89 90 126
 Erzberger, Matthias 32 56 96
 Exner, Kurt 370

Fechner, Max 267
 Feder, Ernst 58
 Feiler, Arthur 84
 Filipoff (Tass) 204
 Fischer, Hermann
 Flügel, Wilhelm 47
 Forschbach, Edmund 193-194
 François-Poncet, André 194
 Freisler, Roland 189 210
 Frick, Wilhelm 152
 Friedensburg, Ferdinand 255 276
 326-327 333
 Friedrich II. d. Grosse 42 43
 - III. 42

- Wilhelm I. 42
 Fröhlicher, Hans 219
 Fürstenberg, Max 89

Galen, Kard. Graf von 191
 Ganeval, Gilbert 264 276
 Geck, Rudolf 84
 Geilinger, Eduard 206 209 219 343
 Gellert, Bürgermeister 322
 Germer, Karl 266-267
 Gerstenmaier, Dr. Eugen 347-349
 Gessler, Otto 65 66 77 93
 Gilsa, Frh. v. u. zu 62 76
 Gladenbeck, Prof. Friedrich 351 357
 Globke, Fritz 372
 Gniffke, Erich 304 312-314
 Goebbels, Joseph 152 156 157-158
 168 169 193 194 198 201 210-213
 240 246 259
 Goerdeler, Carl 213 216 217 253
 Göring, Bernhard 282 318
 - Emmy 192
 - Hermann 81 123 152 162 172 192
 198 201
 Gradl, Joh. B. 287 291 333
 Grassmann, Peter 102 164
 Grczesinsky, Albert 161
 Gries, Wilhelm 314
 Groener, Wilhelm 39 40 46 140 152
 165 195
 Grosseck, Melchior 273
 Grotewohl, Otto 264-270 303 304
 312-313 329
 Grüber, Propst Heinrich 85 255 316
 Güllich, Wilhelm 57
 Günther, Eva 391

Haas, Friedrich 330
 Haas, Dr. Ludwig 72 76 119
 Haber, Fritz 354
 Hacha, Emil 200
 Haenisch, Konrad 61
 Hartmann, Gustav 126
 Heilmann, Moritz 174
 Heinemann, Gustav 57 68 73 190
 192 194 239 242 342
 Helfferich, Karl 97 98 99
 Helldorff, Wolf Graf v. 218
 Hermelink, Prof. Ludwig 89
 Hermes, Andreas 236 237 240 253-
 254 255 265 269 271 272 282 295

Herriot, Edouard 135 184
 Hertz, Heinrich 353
 - Paul 330
 Heuser, H. 67
 Heuss, Theodor 126 170 174 184 214
 305 335 336-341 359
 - Knapp, Elly 337
 Heyde, Prof. Ludwig 89
 Hickmann, Hugo 287 312 328
 Higgins, Margaret 268
 Hilferding, Rudolf 51 119
 Hilpert, Werner 287 289
 Himmler, Heinrich 81
 Hindenburg, Oskar von 193
 - Paul von 36 39 40 46 111-115 140 149
 153-154 156 159 160 163 164 167 168
 196
 Hitler, Adolf 32 99 108 150 153 159
 160 161 164 166 168 169 170 173
 181 182 183 188 189-190 192 197
 198 199 200-220 241 254 321 334
 Hoegner, Wilhelm 301 302
 Höltermann, Karl 126 329
 Holzapfel, Friedrich 261 287 289
 Höpker-Aschoff, Hermann 243
 Hörsing, Otto 71 329
 Hoetzsch, Prof. Otto 175
 Howley, Frank 223 224 276 286
 Hugenberg, Alfred 136 164 168 195

 Jäderlund, Christer 209
 Jarres, Karl 9112
 Jatho, Karl 10
 Jelisarow, Oberst 231 255 236
 Jendretzky, Hans 282
 Johnson, Lyndon B. 373
 Jung, Edgar 193-194

 Kaas, Ludwig 171 195
 Kahl, Wilhelm 334-335
 Kaiser, Jakob 102 164 217-218 236
 237 240 243 247 252-255 259-260
 265 266 269 271 279 282 288 289-
 292 295 300 302 303 304 305 310
 311-312 315 329 332 333 334 335
 345 350 357 360
 - Nebgen, Elfriede 252 267
 Kantorowicz, Prof. Alfred 370
 Kapp, Wolfgang 40 42 62-66 70 73

 Kastl, Ludwig 89
 Kausch, H. J. 314
 Katzenberger, Hermann 206 207
 283 287 314
 Kayssler, Friedrich 226
 Kennedy, John F. 371 373-374
 Kerensky, Alex. F. 105
 Kielinger, Valentin 330
 Kiesinger, Kurt Georg 380
 Klein, Günter 330
 Klepper, Otto 68
 Knudsen, Helga 205 209
 Koch-Weser, Erich 119 214-215
 Koeth, Josef 355
 Köhler, Bürgermeister 243
 - Erich 261 287 288
 König, Pierre 264
 Kotikow, Alex. 231 320
 Kratyn, Hptm. 311
 Kreikemeyer, Willi 375
 Krestinski, Kommissar 107
 Krone, Heinrich 72 126 255 326 333 335
 349-350
 Kronika, Jacob 209
 Krüger, Hans 378
 Külz, Wilhelm 266 269 303 305

 Lambach, Walther 139
 Lambert, Charles 209
 Landahl, Heinrich 170
 Landauer, Gustav 56
 Landsberg, Otto 45 119 120
 Léger, Alexis 199
 Legien, Karl 90
 Leicht, Prälat 119
 Leinert, Robert 47
 Leipart, Theodor 88 164 167 168
 Lemmer, Alfred 12
 - Henning 85 322 390
 - Ingeborg 85 322
 - Ludwig 12
 - Wilma 85 110 235 316 320 322 377
 Lenin, W. D. 105
 Lenz, Otto 255 261 262 287
 Leuschner, Wilhelm 123 164 183 255
 Levy, Prof. Paul 156
 Ley, Robert 146
 Liebknecht, Karl 78
 - Wilhelm 122 151
 Lloyd George, David 27

Lobe, Paul 45 97 98 112 120-124
 126 137 153 157-158 162 166 335 382
 Lochner, Louis P. 208 209 244
 Loewenthal, Gerhard 85
 Löwenstein-Wertheim-Rosenberg,
 Fürst Karl zu 356
 Lubbe, Marinus van der 186-189
 Lüdemann, Hermann 270
 Ludendorff, Erich 25
 - Mathilde 192
 Lüttwitz, Walter Frhr. v. 63

 MacDonald, Ramsey 135
 Mahler, Karl 330
 Mahraun, Arthur 138 176
 Maier, Reinhold 170 172 184
 Maltzan, Ago v. 104 105 133-134
 Mariaux, Franz 193-194
 Maron, Kurt 226
 Marshall, George C. 309 313
 Marx, Karl 45 49 87 90 119 243
 - Wilhelm 112
 Masaryk, Thomas G. 199 200
 May, Rolf 327
 Meissner, Otto 113 114
 Mende, Erich 360
 Mierendorff, Carlo 126
 Molotow, W. M. 309
 Müller, Albert 216
 - Josef 261 262 263 287 288 292 303 346
 - Paul 233-235
 - Franken, Hermann 119 141 143 145 149
 Münzenberg, Willy 156 246
 Mussolini, Benito 130 199
 Murphy, Robert 234 276
 Nahm, Peter P. 378
 Naumann, Friedrich 58 68 86 92
 151 337 338 341 383
 Neumann, Franz 266 326 329 377
 Neurath, Konstantin Frhr. v. 207
 Neustedt, Franz 88
 Niemöller, Martin 191-192
 Nikolaus II. 263
 Noske, Gustav 62 63 64 65 76
 Nuschke, Otto 243 314-316

 Oberföhrn, Ernst 175
 Oldenburg-Januschau, Elard v. 161
 Ollenhauer, Erich 270 303 305
 Oshima, Hiroshi 217
 Otte, Bernard 88 164 166-167 183

 Paffrath, Friedrich 57
 Papen, Franz v. 154 159-163 168 169/193
 Pechel, Rudolf 193-194
 Peters, Prof. Hans 287
 Petersen, Karl 58
 Pieck, Wilhelm 156 250 267 278 303 304-
 305 318
 Planck, Max 354 355
 Plievier, Theodor 258
 Poincaré, Raymond 101, 135
 Posadowsky-Wehner, Graf Arthur v. 28 151
 Prawin, Jakob 273
 Preuss, Hugo 49 50 58
 Preussen, Wilhelm, Prinz von 179
 - Louis Ferdinand, Prinz von 179
 Prittitz, Friedrich v. 287

 Rade, Martin 68
 Raeder, Erich 145 146
 Rathenau, Walther 91-99 100 104-108
 Ravoux, Paul 209 324
 Reif, Prof. Hans 138 348
 Reimann, Max 305
 Reinhardt, Max 354
 - Walther 63
 Remarque, Erich Maria 26
 Renger, Annemarie 284 305
 Reuter, Ernst 276 312 326 327 328 329-330
 343
 Ribbentrop, Joachim v. 204-205
 Richter, Eugen 151
 - Willy 344
 Richthofen, Hartmann Frhr. v. 126
 Robertson, Sir Brian 308
 Robeson, Mr. 201 209
 Röhm, Ernst 81 192 197
 Ronneburg, Heinrich 219
 Röpke, Prof. Wilhelm 56 57
 Rosenberg, Alfred 254
 - Ludwig 344
 Rössiger, Max 89

Royce, Major 272 285
 Rmnshoettel, General 72 76
 Rundstedt, Gerd v. 161

 Sack, Alfons 188 189
 Seldte, Franz 168
 Semjonow, Wladimir 255 236 237
 Severing, Carl 27-28 45 103 126 161 196
 Seydoux, François 264
 Shukow, G. K. 236-257 245 279 316
 Siehr, Ernst 41
 Silverberg, Paul 89
 Simon, Heinrich 84
 Soireaux, Alexandre 28-30
 Sokolowskij, W. D. 237 299-300 312
 Sonnemann, Leopold 84
 - Emmy 192
 Spahn, Peter 119
 Spliedt, Franz 246
 Spranger, Eduard 255
 Suess, Louis 209
 Suhr, Otto 280 330
 Süsterhenn, Alfons 345

 Schacht, Hjalmar 202-203
 Schamowski, Ernst 326
 Schauff, Johannes 126
 Scheffler, Heinrich 381
 Scheidemann, Philipp 45 50 90
 119 178 179
 Schellenberg, Prof. Ernst 222
 Schenck zu Schweinsberg, Major v. 66 67
 Schipschinski 268
 Schleicher, Kurt v. 159 163-167 194 195
 Schlimme, Hermann 282
 Schmidt, Paul 217
 Schneider, Ludwig 86 89 126
 Schnetzer, Max 209
 Scholz, Amo 285 326
 - Ernst 139
 Schreiber, Walter 236 253 255 282 326 327
 329
 Schröder, Louise 121 276 326 335
 Schücking, Prof. Walter 62 75 76 119 126
 Schulenberg, Friedrich Werner, Graf v. d.
 205
 Schulte, Karl Joseph, Kardinal 31

 Schumacher, Kurt 156 246 265 269 270
 283-285 303 304 305 309 329
 Schütz, Klaus 330
 Schwander, Rudolf 67 69 71
 Schwarz, Urs 205 216
 Schwennicke, Carl-Hubert 326 329

 Stalin, J. W. 201-202 258 300
 Stammer, Franz 222
 Stampfer, Friedrich 126 174
 Stark, Oskar 84
 Stegerwald, Adam 90 164 358
 Steiner, Ulrich 287
 Steinmetz, Hans 351
 Steltzer, Theodor 252 271 287
 Stinnes, Hugo 89 90
 Stoffels, Jem 209
 Stolzmann, General v. 69
 Storch, Anton 287
 Strasser, Gregor 163 164 167
 Strauss, Walter 287
 Streicher, Julius 211
 Stresemann, Gustav 97 102 107 119
 135-139 Hi 176

 Teusch, Christine 120
 Thälmann, Ernst 112 153 196 228
 Thedieck, Franz 358
 Theuner, Otto 350
 Tiburtius, Joachim 330
 Tiemann, Toni 85
 Tillmanns, Robert 291 326 332 333 355 350
 Toller, Ernst 56
 Torgler, Ernst 185 187 189 196
 Traeger, Prof. 55 60
 Treviranus, Gottfried 157 175
 Troeltsch, Prof. Ernst 61
 Trott zu Solz, August Frhr. v. 53
 Tschitscherin, Georgij W. 105
 Tulpanow, Sergej 238-242 243 249-250 272
 299 313 316-318

 Ulbricht, Walter 156 225 228 230
 242 245-250 256 266 277 279 282
 298 304 313 319 332 358 360 361
 367 371 375

 Velmeden, Claus 390
 Vockel, Heinrich 22 126 255 326

Warnke, Herbert 282 318
Weber, August 138 214
- Helene 126
- Max 383
Wehner, Herbert 226
Wels, Otto 119 142 172
Werner, Arthur 226
Westarp, Kuno Graf 119 126 141 175
Wiecke, Christine 390
Wilhelm II. 7 8 27 31 39 40 42 46 55
88 150 152 177 178

Wilson, Woodrow 136
Windthorst, Ludwig 151
Winterfeldt, Detlef v. 32
Winterstein, Eduard v. 226
Wirth, Joseph 93 97 98 100 10
106 119 131-134 143 145 152
Wolff, Theodor 112 113 114 11
Wulf, Franz 217
Wuolijok, Hugo R. W. 120
Zehnder, Alfred 219
Zetkin, Clara 119 123 155-156

Abbildungen

Die Stadt Remscheid im Jahre 1918 1 • Als Kriegsfreiwilliger im ersten Heimaturlaub, 1916 2 • In der Arras-Schlacht, 1917 3 • Aus der Zeit des Kapp-Putsches: Reiseausweis der Reichszentrale für Heimatdienst 4 • Die republikanischen Zeitfreiwilligen von Marburg, 1920 5 • Auf der Überfahrt nach New York mit der alten «Bremen», 1925 6 • Eine Reichsbanner-Versammlung in Stolp, 1930 7 • Ein Schreiben von Reichskanzler Heinrich Brüning, 1941 8 • Im Fussballstadion von Berlin, 1931 9 • Im Olympia-Stadion, Berlin 1961 10 • Präsidialsitzung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands 11 'Walter Ulbricht vor Stalingrad, 1942 12 • Auge in Auge mit Walter Ulbricht, 1947 13 • Nach der Frankfurter Vierzonen-Tagung der CDU/CSU, 1947 14 • Neben Jakob Kaiser nach der Amtsenthebung durch Marschall Sokolowskij, 1947 15 • Mit Theodor Heuss und Jakob Kaiser in Berlin, 1948 16 • In der Bernauer Strasse, 5. Mai 1962 17 • An der Berliner Sektorengrenze, 1962 18 • Ein Besuch von Paul Lobe am Krankenbett, 1967 19 • An der Mauer vor Klein-Machnow, 1962 20 • Karikaturen 1931 bis 1967 21-23

Bildernachweise

Die Abbildung Nr. 1 stellte freundlicherweise das Amt für Wirtschafts- und Verkehrsförderung der Stadt Remscheid zur Verfügung, die Abbildungen Nr. 2, 5, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 16, 21-23 entstammen dem Besitz des Verfassers, die Abbildungen Nr. 10 und 17 dem Ullstein-Bildarchiv, die Abbildungen Nr. 11, 14, 15, 19 und 20 dem dpa-Bildarchiv, Nr. 12 der Bildstelle (VFWD), Berlin, Nr. 13 und 18 der Landesbildstelle Berlin. Das Foto der Rückseite des Umschlages entstammt ebenfalls dem Bildarchiv der dpa, das Foto der Vorderseite ist von Sven Simon.